BERNHARD SCHWERTFEGER

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914

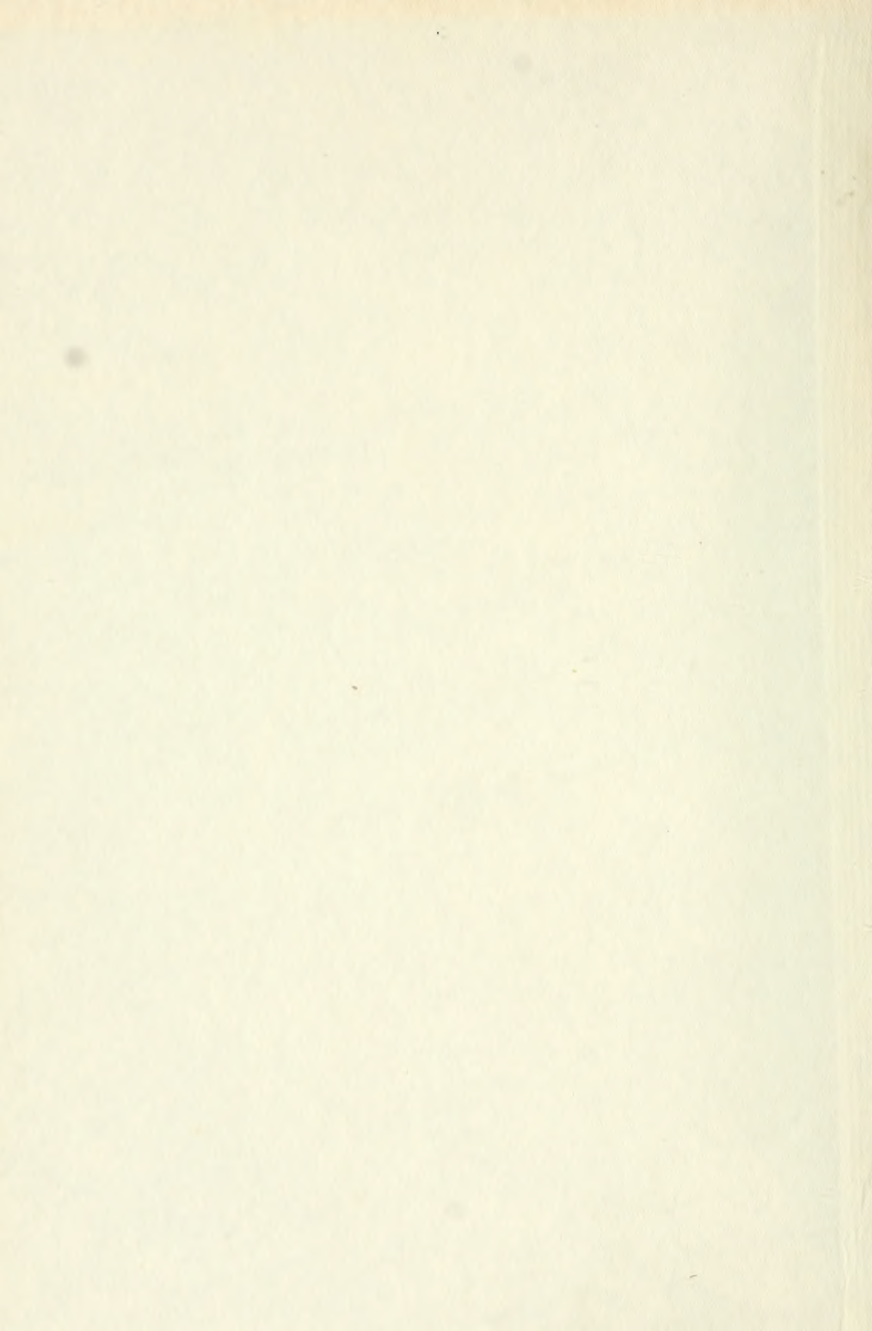
Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

Vierter Teil:
Die Isolierung der Mittelmächte
II

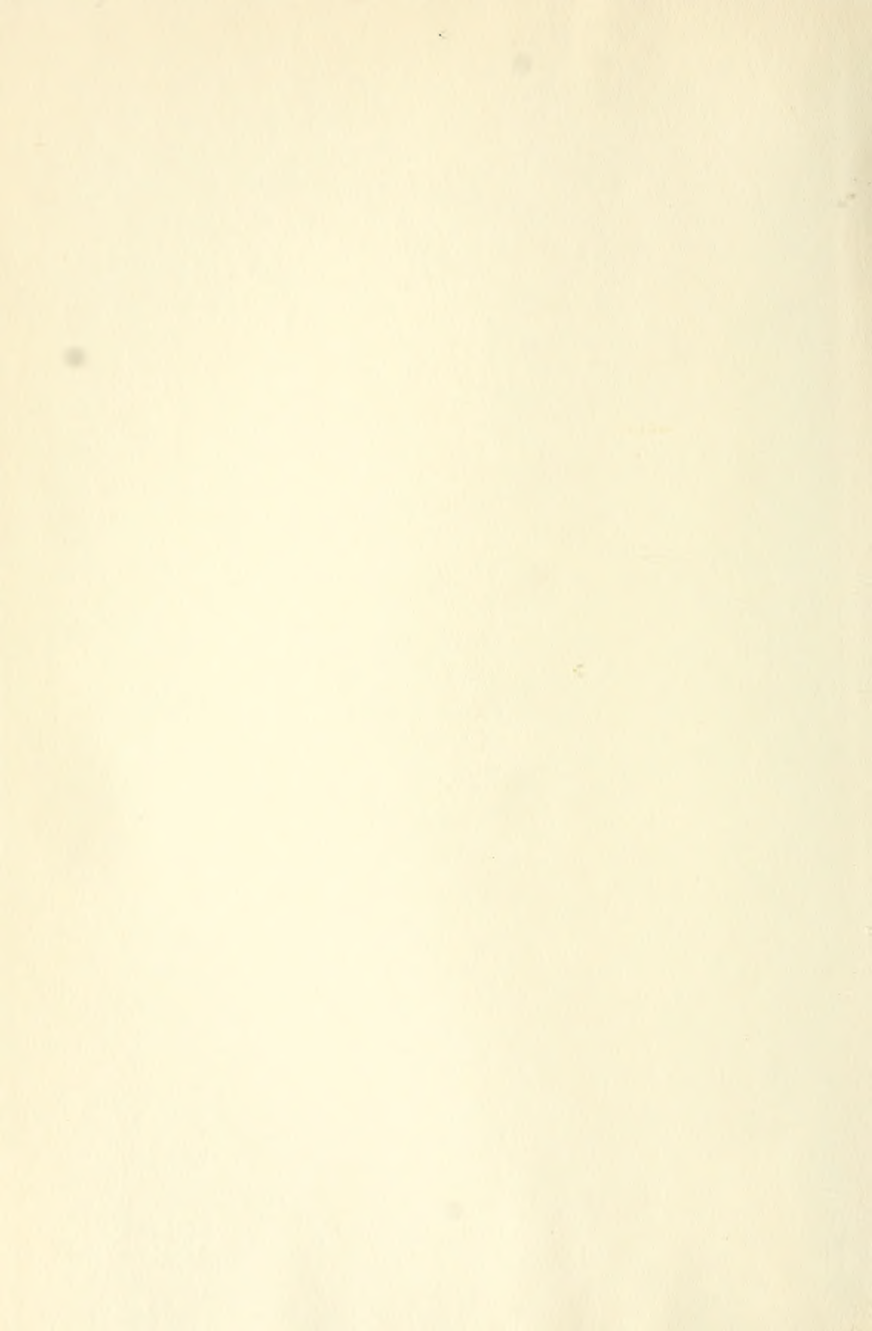


Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN

L




Die
Diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amtes
1871–1914

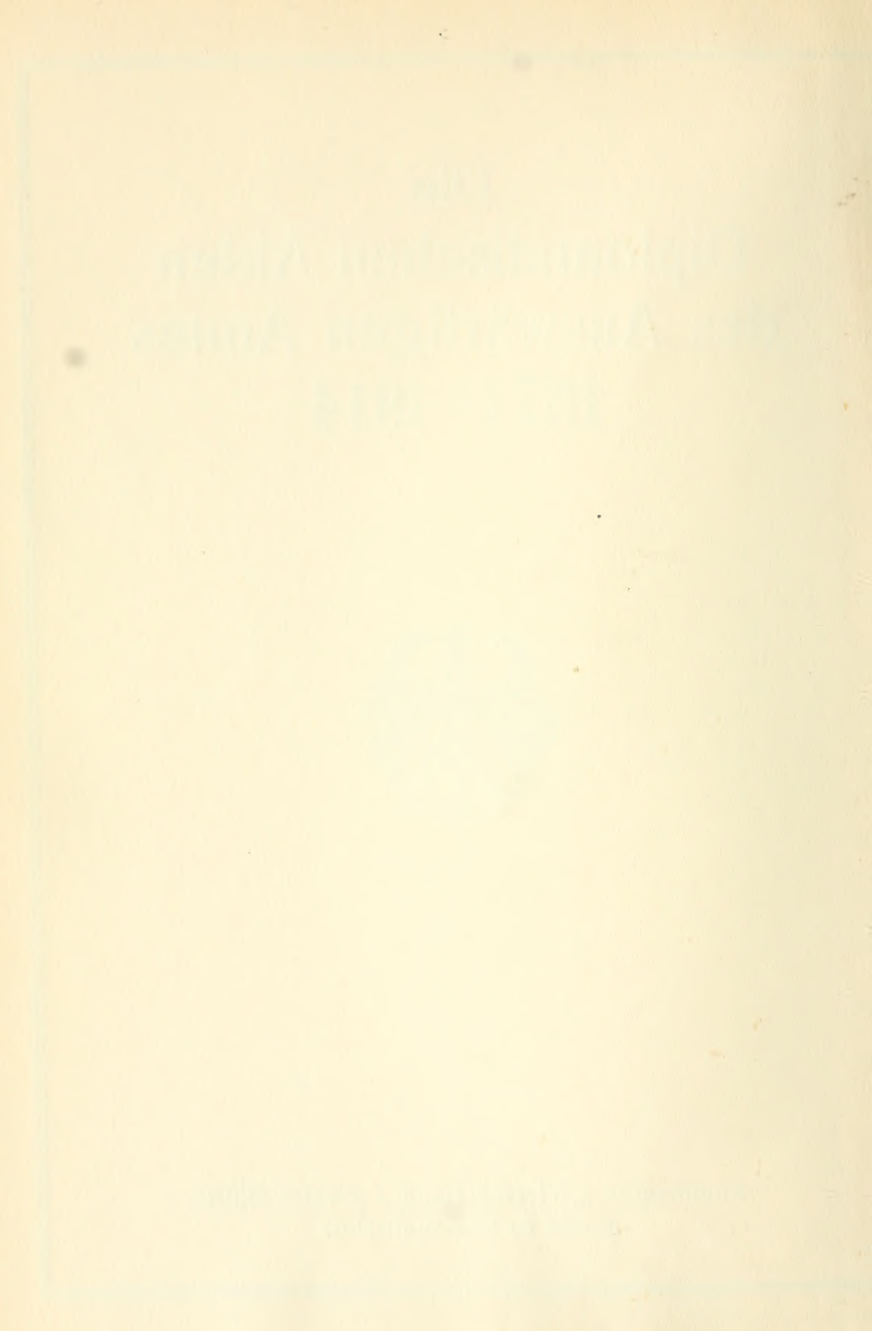


Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Kommentar / Vierter Band / Zweite Hälfte

(6. Band des Gesamtkommentars)





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

1 9 2 7

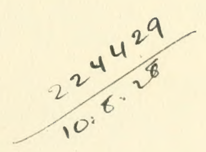
DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Vierter Teil

Die Isolierung der Mittelmächte 1904—1908

Zweite Hälfte
(Band 22 bis 25, 2. Hälfte)

6. Band
des Gesamtkommentars



1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3.
Auflage
 / Gesetzt und gedruckt
in der Buchdruckerei
F. E. Haag in Melle
in Hanno-
ver

Zur Einführung

Die Bände 22 bis 25 erstrecken sich zeitlich auf die Jahre 1904 bis Ende 1908, im 24. Bande bis Februar 1909. Einzelne Stücke greifen über diese Zeitpunkte hinaus, wenn die Herausgeber es für wichtig gehalten haben, ein abschließendes oder beurteilendes Dokument aus einer späteren Epoche zum besseren Verständnis der Zusammenhänge einer früheren Gruppe von Aktenstücken mit anzuhängen. So ist es z. B. im 128. Kapitel — 24. Band — der Fall, der die „Daily-Telegraph"-Affäre im November 1908 behandelt. Hier werden anschließend an die Schriftstücke von 1908 mehrere Schreiben vom September 1909 mitgeteilt, die sich mit der Behandlung einer Richtigstellung der Vorgänge von 1908 befassen, die von dem inzwischen von seinem Amte als Reichskanzler zurückgetretenen Fürsten Bülow gewünscht worden war. An solchen Stellen des großen Aktenwerkes ist man den Herausgebern dafür dankbar, daß sie nicht etwa pedantisch an der historischen Zeitfolge schroff festgehalten, sondern den schwierigen Stoff nach sachlichen Gesichtspunkten gruppiert haben. Der von mehreren Kritikern gegen die Editionsart der Herausgeber erhobene Vorwurf, daß man durch diese Anordnung den historischen Faden verliere, wird durch die Benutzung meiner synchronistischen Zusammenstellungen ohne weiteres ausgeglichen.

Der große inhaltliche Umfang auch der zweiten Hälfte der vierten Gruppe hat es nötig gemacht, sie wiederum in sechs selbständige gebundene Einheiten zu zerlegen. Die sehr starken Bände 23 und der das Namenregister der Bände 19—25 enthaltende 25. Band mußten in je zwei Bände zerlegt werden.

In den Jahren, die der Inhalt der Bände 22—25 deckt, kommt die Isolierung der Mittelmächte zum Abschluß. Nach den ersten tastenden Versuchen des Neuen Kurses — Bände 7—12 — hatten sich die Lenker der deutschen Politik allmählich zu der Überzeugung bringen lassen, daß Deutschlands Interessen in der Welt durch die Politik der Freien Hand am besten zu wahren seien. Fest gestützt auf das Bündnis mit Österreich legte man der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde eine übergroße Bedeutung nicht bei. Ein Lieblingsgedanke des Deutschen Kaisers war es immer gewesen, durch eine stark entwickelte Persönlichkeitspolitik Deutschlands Interessen von

Fall zu Fall durch Anschluß an die eine oder an die andere Macht zu wahren. In vielen Fällen hat auch zweifellos die Freundschaft des Kaisers zum Zaren in Verbindung mit den immer wieder unternommenen Annäherungsversuchen an Frankreich die Gefahren des Zweibundes für das in unerhörter wirtschaftlicher Blüte aufstrebende Deutschland zu beschwören vermocht. Diese Versuche haben aber die eigentlichen Grundlagen der Zweibundpolitik niemals ernstlich zu erschüttern vermocht, zumal der Zweibund seine festeste Stütze in der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Zarenreiches von Frankreich besaß, und die französische Republik diese Abhängigkeit stets in dem Sinne eines stärkeren Ausbaues der russischen Wehrmacht, der russischen Festungen und der russischen für einen Aufmarsch gegen Deutschland und Österreich-Ungarn wichtigen westlichen und südwestlichen Bahnen auszunutzen verstanden hat.

Zwischen dem Zweibunde und dem immer brüchiger werdenden Dreibunde hatte England sich lange Jahre hindurch seine völlige politische Unabhängigkeit zu bewahren gewußt. Mit dem Augenblick, wo es die Gefahr seiner „splendid isolation" einsah und einen entschiedenen Anschluß an eine der Festlandsgruppen politisch erstrebte, war für die deutsche Politik die Pflege der deutschen Beziehungen zu England wohl das wichtigste Problem. Es scheint in den Jahren, deren Akten nunmehr vor uns liegen, in Berlin nicht immer mit gleicher Deutlichkeit in Rechnung gestellt worden zu sein, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde von dessen Ursprunge an stets von einer freundschaftlichen Haltung des Dreibundes zu England abhängig blieb. Mit vollendeter Klarheit berichtete am 19. November 1908 der Botschafter Graf v. Monts an den Reichskanzler Fürsten v. Bülow (Dokument No. 8268), das Verhältnis Italiens zu England, besser gesagt, die Abhängigkeit der Halbinsel von dem seegewaltigen Albion, sei ein Moment, das immer und immer wieder in das kontinentale Bundesverhältnis hinübergreife. „Die Allianz (mit Italien) beruhte bekanntlich von allem Anfang an auf dem Gedanken, daß England sich zu derselben dauernd freundlich stelle." Nunmehr seien aber die Versuche der Italiener, ihr Staatsschiff durch die Brandung des englisch-deutschen Gegensatzes hindurchzulavieren, immer mühevoller geworden. So hatte Marchese di Rudini dem Grafen Monts einst rundweg erklärt: „Ein Krieg, in dem England in der Reihe unserer Gegner steht, würde das Bundesverhältnis notgedrungen lösen. Denn ‚ultra posse nemo obligatur' und nur unter dieser einschränkenden, ihm damals von unserer Seite als ganz unmöglich bezeichneten Modalität habe er seinerzeit die Allianz erneut."

Die Lage Deutschlands in einem Zukunftskriege war sehr bedenklich, falls England sich in die Reihe unserer Gegner stellte. Daraus ergab sich folgerichtig als Ziel der deutschen Politik, entweder sich zur See so stark zu machen, daß man die Auseinandersetzung mit Eng-

land nicht zu scheuen brauchte, oder aber, wenn dies nicht möglich war, auf politischem Wege alle Differenzpunkte mit England so rechtzeitig auszugleichen, daß eine ernsthafte Verstimmung nicht daraus entstehen konnte.

Die vorliegenden neuen Bände zeigen uns die persönlichen Bemühungen Kaiser Wilhelms II. um Verbesserung der Beziehungen zu England, aber zugleich erweisen sie, wie durch den Gang der deutschen Flottenpolitik Englands Mißtrauen zunächst wachgerufen und sodann immer weiter gesteigert wurde. Man gewinnt aus der Durchsicht der Dokumente den Eindruck, daß es damals das Ziel der deutschen Politik gewesen ist, beide soeben skizzierten Zwecke gleichzeitig zu verfolgen, also einerseits zur See zu rüsten, andererseits aber England freundschaftlich zu behandeln. Letzteres Ziel verfolgte Kaiser Wilhelm II. ganz persönlich mit denjenigen Mitteln, die er offenbar für die wirksamsten hielt, nämlich mit den Mitteln einer ganz ausgesprochenen englandfreundlichen Persönlichkeitspolitik. Das Jahr 1908 bietet hierfür die eindringlichsten Belege in der Angelegenheit des Briefes an Lord Tweedmouth, den ersten Lord der britischen Admiralität, in dem der Kaiser versicherte, daß Deutschland nicht daran denke, die britische Überlegenheit zur See in Frage stellen zu wollen. Dieser Brief, vom Monarchen eines anderen Landes an eine amtliche Persönlichkeit Englands gerichtet, erregte, da er nicht geheim blieb, in England und besonders auch bei König Eduard VII. eine lebhafte Mißstimmung. Es gelang aber noch, den Sturm zu beschwören.

Weit größere Tragweite hatte die Affäre des „Daily Telegraph" im Herbst 1908, durch die Kaiser Wilhelm II., obwohl er offensichtlich das Beste gewollt und die ganze Angelegenheit zu amtlicher Behandlung an das Auswärtige Amt gegeben hatte, in die peinlichsten Erörterungen hineingezogen wurde. Wir erfahren aus dem 24. Bande zum ersten Male alles, was an amtlichen Schriftstücken über den „Novembersturm von 1908" im Auswärtigen Amt vorhanden gewesen ist.

Mit diesem „Novembersturm", der die Stellung des Reichskanzlers Fürsten Bülow gegenüber dem Kaiser endgültig erschütterte, und im weiteren Verlaufe auch die Entlassung des Fürsten und die Berufung Bethmann Hollwegs zur Folge hatte, tritt die deutsche Geschichte der Vorkriegszeit in ihr letztes, entscheidendes Stadium. Bisher hatte Kaiser Wilhelm II. in festem Glauben an sein Können und an die Wirkung seiner persönlichen Politik einen, wenn auch sicherlich nicht immer endgültig maßgebenden, so doch in vielen Fällen bestimmenden Einfluß auf die Führung der deutschen Außenpolitik ausgeübt. Durch die Vorgänge bei dem „Novembersturme" bereitete sich bei dem Monarchen eine Zurückhaltung von den amtlichen Geschäften vor, die jedenfalls nicht im Sinne der von Bismarck gedachten und geschaffenen Reichsverfassung gelegen hat. „Unter dem äußeren Mantel seines alten

Selbstbewußtseins", so schildert Kronprinz Wilhelm in seinen „Erinnerungen" diese Entwicklung seines kaiserlichen Vaters, „hat er sich von da ab mehr und mehr eine Zurückhaltung auferlegt, die vielfach noch hinter den durch seine verfassungsmäßige Stellung gezogenen Grenzen zurückblieb. Im Kriege führte ihn diese Selbstbescheidung fast bis zur völligen Ausschaltung seiner Person gegenüber den operativen und organisatorischen Maßnahmen des Chefs des Generalstabes [1]." Den Ausgangspunkt für diese Zurückhaltung des Kaisers haben wir in den Vorgängen von 1908 zu suchen.

Für die Beurteilung der Frage der Schuld am Weltkriege zeigen auch die neuen Akten, daß es immer das Bestreben des deutschen Kaisers und seiner Ratgeber gewesen ist, den Frieden zu erhalten.

Hannover, 16. Mai 1926

Bernhard Schwertfeger

---

[1]) Karl Rosner, Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta, 1922, S. 94.

Inhalt

Inhaltsübersicht der Bände XXII—XXV,2

Zweiundzwanzigster Band

Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907

Dreiundzwanzigster Band

Die Zweite Haager Friedenskonferenz

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Erste Hälfte

Abschnitt I

Die Friedenskonferenz

Dreiundzwanzigster Band

Die Zweite Haager Friedenskonferenz

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Zweite Hälfte

noch: Abschnitt I (Die Friedenskonferenz)

Abschnitt II

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Vierundzwanzigster Band

Deutschland und die Westmächte 1907—1908

Abschnitt I

Die Flottenfrage

Abschnitt II

Die Marokkofrage

Fünfundzwanzigster Band

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Erste Hälfte

Fünfundzwanzigster Band

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Zweite Hälfte



Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907

Der zweiundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 22. Bandes

Kapitel 158

Österreichisch-Russisches Neutralitätsabkommen Oktober 1904

Der Abschluß eines Defensiv-Abkommens mit Rußland bildete während des russisch-japanischen Krieges einen politischen Lieblingswunsch Kaiser Wilhelms II.[1]) Rußland hatte sich ihm gegenüber ausweichend verhalten.

Um so peinlicher berührte in Berlin ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph von Österreich an seinen deutschen Bundesgenossen vom 1. November 1904, in dem er mitteilte, er habe soeben mit dem Kaiser von Rußland ein Übereinkommen geschlossen, das den beiden Staaten gegenseitig die Beobachtung strikter und loyaler Neutralität für den Fall auferlege, daß einer der beiden Staaten ohne eigene Provokation mit einer dritten Macht in einen Krieg verwickelt werden sollte. Hierbei waren der Balkan und alle damit zusammenhängenden Fragen ausdrücklich ausgenommen, über die man sich von Fall zu Fall besonders verständigen wollte. Als Begründung für den Abschluß des Übereinkommens mit Rußland führte der Kaiser von Österreich die bedenklichen Erscheinungen in Italien an, und wies ferner darauf hin, daß Rußland angesichts seines japanischen Krieges sich eine größere Bewegungsfreiheit zu sichern suchen müsse. 7344

Dieses Schreiben des Kaisers von Österreich wurde dem Deutschen Kaiser erst am 22. November durch den Botschafter v. Szögyényi überreicht. Graf Bülow hatte den Monarchen tags zuvor davon unter Hinweis darauf verständigt, er selbst habe dem Botschafter Szögyényi weder Pikiertheit noch Überraschung gezeigt und ihm „ohne Enthusiasmus aber mit ruhiger Freundlichkeit" gesagt, dieses Neutralitäts-Abkommen erscheine ihm höchst verständig, da es Rußland seine langgestreckte österreichische Grenze sichere und Österreich für den Fall eines Irredenta-Konflikts eine Beruhigung gewähre.

Auch der Zar fühlte sich bewogen, den deutschen Kaiser über den Abschluß des Übereinkommens mit Österreich-Ungarn zu verständigen[2]). Auch er erwähnte, daß die Balkanfrage von diesem Übereinkommen ausgeschlossen sein solle, und hob hervor, daß der Abschluß vom Kaiser sicher mit freundlicher Sympathie begrüßt werden würde, da auch er sich ja immer um den allgemeinen Frieden bemühe. Auf den Vorschlag des Grafen Bülow, die Mitteilung des 7345

[1]) Vgl. Wegweiser Band IV, 1, Kapitel 135, S. 34 ff.

[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7345 siehe hinten Teil 3 (Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente).

Zaren mit einigen Dankesworten zu beantworten, ging Kaiser Wilhelm nicht ein.

Das Antwortschreiben des Deutschen Kaisers an den Kaiser Franz 7346 Joseph vom 27. November 1904 beschränkte sich auf die Versicherung der Geheimhaltung und betonte, daß die Grundsätze konservativer Politik, die den Kaiser zu dem Abkommen mit dem Zaren geführt hätten, der sympathischen Würdigung des Deutschen Kaisers gewiß seien. Es ergebe sich aus diesem Abkommen eine wertvolle Verstärkung des status quo und damit eine Förderung des Weltfriedens.

In Petersburg ließ Deutschland durch seinen Botschafter er-7347 klären, die kaiserliche Regierung sei mit dem Abkommen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn einverstanden. Graf Alvensleben erfuhr bei diesem Anlasse, daß der Zar auf dieses Abkommen Wert gelegt habe, um nötigenfalls die österreich-ungarische Grenze von Truppen entblößen zu können. Graf Lamsdorff wollte in diesem Abkommen einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Zusammenschluß der drei Kaisermächte erblicken.

Deutschland hielt die ihm gemachten Mitteilungen sorgfältig 7348 geheim; nur der Botschafter in Wien, Graf Karl v. Wedel, wurde persönlich durch das Auswärtige Amt über die Vorgänge verständigt.

Kapitel 159

Deutsche Anregung eines Deutsch-Russischen Uneigennützigkeitsabkommens Frühjahr 1905

Die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Österreich-Ungarns bot Deutschland immer neuen Anlaß zur Sorge. Der im Herbst 1904 unternommene Versuch des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses zu ändern, hatte zu einer gefährlichen Erstarkung der ungarischen Unabhängigkeitspartei geführt, die eine volle Trennung der beiden Reichshälften der Doppelmonarchie anstrebte. Ein Sieg der Unabhängigkeitspartei rückte anfangs Januar 1905 in den Bereich der Möglichkeit. Botschafter Graf Wedel berichtete über diese Entwicklung sehr besorgt. Vielleicht war es möglich, durch einen deutsch-russischen Uneigennützigkeitsvertrag die aus der ungarischen Entwicklung befürchteten Gefahren zu bannen. Reichskanzler Graf Bülow entschloß sich, einen derartigen Versuch zu machen.

7349 In einem Schreiben vom 15. Februar 1905 an den Botschafter in Petersburg beauftragte er diesen, dem Grafen Lamsdorff zu sagen, er, Graf Bülow, sei bereit, beim Kaiser den Abschluß eines russisch-

deutschen Abkommens zu befürworten, „durch welches die beiden Kontrahenten erklären, unter keinen Umständen und gleichviel, welche Wendung die inneren Verwicklungen Österreich-Ungarns nähmen, aus denselben für sich territoriale Vorteile irgendwelcher Art ziehen zu wollen". Nach Bülows Ansicht würde ein solcher deutsch-russischer Uneigennützigkeitsvertrag nicht nur die einzige Ursache etwaigen künftigen Mißtrauens zwischen Deutschland und Rußland beseitigen, sondern die auch jetzt allseitig anerkannte Solidarität der monarchischen Interessen gegenüber der zersetzenden Tätigkeit der internationalen revolutionären Propaganda praktisch betätigen.

Graf Alvensleben entledigte sich seines Auftrages und fand zunächst beim Grafen Lamsdorff ein ebenso lebhaftes wie warmes 7350 Entgegenkommen; dieser wünschte aber eine entsprechende Formulierung von deutscher Seite zu erhalten. Hieran nahm der Vortragende Rat v. Holstein sofort Anstoß. Seiner Meinung nach mußte Rußland mit der Formulierung den ersten Schritt tun, nachdem die Anregung zu dem Abkommen von deutscher Seite ausgegangen war. Der Reichskanzler ließ denn auch nach Petersburg mitteilen, daß er es im Interesse eines günstigen Endergebnisses nützlich finden würde, wenn 7351 Graf Lamsdorff die Deklaration in dem ihm genehmen Sinne formulierte.

Hierzu war dieser aber nicht geneigt. Er zog sich dahin zurück, daß ihm ein deutscherseits bereits formulierter Vorschlag den Vortrag 7352 beim Zaren erleichtern würde.

Eine zusammenfassende Niederschrift Holsteins vom 18. März 1905 zeigt den Abschluß der Bülowschen Anregung und verbreitet 7353 zugleich klares Licht über Holsteins Mißtrauen, diesen bestimmenden Charakterzug des deutschen Staatsmannes. Nicht mit Unrecht wies er darauf hin, das Uneigennützigkeits-Abkommen könne mit wenigen Zeilen redigiert werden; man dürfe daher nicht annehmen, daß man sich in Petersburg vor dieser Arbeit scheue. Offenbar wolle Graf Lamsdorff den deutschen Vorschlag als Druckmittel gegenüber Frankreich bei neuen Geldforderungen Rußlands benutzen. „Die Nachricht, daß wir Rußland ein politisches Abkommen vorgeschlagen haben, dessen Inhalt geheim gehalten wird, würde nicht nur das Mißtrauen Japans erhöhen, sondern auch vielleicht zerstörend auf unsere neuen Beziehungen zu Amerika wirken." Offenbar habe der russische Minister Nebenabsichten, die nichts Gutes für Deutschland bedeuteten. In der Sorge, wegen eines solchen deutsch-russischen Uneigennützigkeitsvertrages von den Panslawisten oder auch von Frankreich angegriffen zu werden, wolle er offenbar mit guter Art aus der Sache herauskommen. Nach Holsteins Ansicht sollte nun auch Deutschland ebenso verfahren.

In diesem Sinne fand die Angelegenheit im April 1905 ihren Abschluß. Bülow ließ sich zunächst den Entwurf eines an den Botschafter 7354

in Petersburg zu richtenden Schreibens vorlegen, der ganz im Sinne der Holsteinschen Aufzeichnungen gehalten war, aber nicht zur Absendung gelangt ist. Wie sehr Bülow an dem Gedanken hing, die drohenden Konflikte durch ein derartiges Abkommen aus der Welt zu schaffen, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Reichskanzler sich den Entwurf noch zehnmal hat vorlegen lassen. Erst am 22. April 1906 ließ er ihn endgültig zu den Akten gehen.

Aus den Dokumenten des 159. Kapitels ergibt sich jedenfalls das eine mit voller Klarheit, daß die deutsche Regierung damals dem Gedanken durchaus ferngestanden hat, sich zu irgendeinem Zeitpunkte österreichische Gebietsteile anzueignen.

Kapitel 160

Das Verhältnis der Dreikaisermächte Monarchen- und Ministerbegegnungen 1906—1907

Einen sehr wichtigen Wendepunkt in der Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen bedeutete die Ernennung Iswolskis zum russischen Minister des Äußern, die am 12. Mai 1906 erfolgte. Bei der entscheidenden Bedeutung, die gerade die Tätigkeit Iswolskis für die Entwicklung der Dinge zum Weltkriege gewonnen hat[1]), ist für uns die Beurteilung wichtig, die damals die deutschen Diplomaten der Persönlichkeit Iswolskis haben zuteil werden lassen.

7355 Am 14. Mai berichtete Botschafter v. Schoen über den Ministerwechsel. Schoen war mit Iswolski von Kopenhagen her befreundet. Er schrieb darüber: „Ich habe Herrn Iswolski als einen fachmännisch sehr gründlich gebildeten, gewandten und klugen Diplomaten und aufrichtigen, zuverlässigen Kollegen schätzen gelernt. Er hat manche delikate Frage in vertrauensvoller Offenheit mit mir besprochen, und ich habe ihn niemals auf einer Unwahrheit ertappt. Ich kann mich daher dem vielfach verbreiteten Urteil, das ihn als einen mit Vorliebe auf ungeraden Wegen wandelnden Mann hinstellt, nicht anschließen. Ohne ihn als einen erprobten Freund Deutschlands zu bezeichnen, bin ich der Überzeugung, daß er den Wert einer engen und aufrichtigen Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland aus Rück-

[1]) Vgl. „Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914". 4 Bände. 1924. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8; Friedrich Stieve, „Iswolski und der Weltkrieg", 1924; Friedrich Stieve, „Iswolski im Weltkriege, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis aus den Jahren 1914—1917", Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1925.

sichten der äußeren wie der inneren Politik zu hoch einschätzt, um nicht auf die sorgsamste Pflege eines solchen Verhältnisses bedacht zu sein. Den Franzosen steht er, trotz aller Neigung für französische Literatur und Kunst, politisch unbefangen gegenüber. Für die Gefahren eines allzu intimen Verhältnisses zu der Republik für die inneren Zustände Rußlands hat er volles Verständnis. Die Engländer haßt er. Er kann ihnen ihre antirussische Politik, die er in Tokio aus nächster Nähe kennen gelernt, nicht vergessen.“ Bei seinem Antrittsbesuche bei dem deutschen Botschafter bemerkte Iswolski ausdrücklich, er werde es sich auf das Ernsteste angelegen sein lassen, die deutsch-russischen Beziehungen so freundschaftlich und so aufrichtig wie nur möglich zu gestalten. Eine gewisse Trübung dieser Beziehungen seit Algeciras sei unverkennbar; es werde aber sein ernstestes Bestreben sein, diese Wolke zum Zerrinnen zu bringen.

Ganz anders urteilte über Iswolski wenige Tage später Graf Henckel, der in Kopenhagen Schoens Nachfolger geworden war. In seinem Berichte vom 17. Mai 1906 hieß es: „Zuneigungen und Abneigungen auf politischem Gebiete sind Iswolski naturgemäß durchaus fremd; sein Leitstern ist die Förderung von Rußlands Interesse. Er meint nun, wie ich von Freunden Iswolskis höre, daß dieses Interesse durch Fruktifizierung des französisch-russischen Bündnisses besonders gefördert wird. . . . Demgemäß wird der neue Leiter des russischen Auswärtigen Amts das in Rede stehende Bündnis noch enger zu gestalten suchen, denn in der Tat zieht Rußland aus diesem Zustande großen Nutzen.“

In London wartete man zunächst ab, wie sich die neue Besetzung des russischen Außenministeriums auswirken würde. Für den Rücktritt des Grafen Lamsdorff glaubte man vor allem die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Rußland verantwortlich machen zu sollen, da Graf Lamsdorff mit der Duma nichts zu tun haben wollte. Nach der Auffassung des russischen Botschafters in London war das russische Außenministerium außerordentlich reformbedürftig. Vielleicht konnte der neue Mann hierin Wandel schaffen. 7356

In Petersburg selbst erhoffte der österreich-ungarische Botschafter, Frhr. v. Aehrenthal, daß sich nunmehr die Möglichkeit bieten werde, den Gedanken des Dreikaiserbündnisses wieder aufzunehmen. Vielleicht könne es jetzt gelingen, den Zaren von dem französischen Bündnis abzubringen und ihn zu veranlassen, sich an seine beiden Nachbarmonarchen anzuschließen. „Sei dieses mächtige Bündnis einmal ins Leben getreten, so werde es den drei Monarchen nicht schwer werden, sich über Verminderung der Rüstungen zu verständigen und hiermit dem Dreikaiserbund die ungeteilten Sympathien der gesitteten Welt und zugleich dem Kaiser Nikolaus einen Erfolg zu sichern, auf welchen dieser edeldenkende Monarch ein gewisses Anrecht des geistigen Eigentums habe.“ 7357

7358 Fürst Bülow stand diesen Gedankengängen an sich wohlwollend gegenüber und erkannte darin einen alten Lieblingsgedanken des Barons Aehrenthal. Er meinte aber nicht mit Unrecht, daß es für Österreich und Baron Aehrenthal viel leichter sei, derartige Möglichkeiten zu erörtern als für Deutschland, dem man so gern machiavellistische Hintergedanken nachsage. Dementsprechend wurden 7359 deutsche Schritte in dieser Richtung nicht getan.

Aehrenthal war aber nicht so leicht zu entmutigen. Er kam in seinen Gesprächen mit den deutschen Diplomaten in Petersburg 7360 immer wieder auf seinen Gedanken zurück, Iswolski wolle in der russischen Politik anscheinend neue Wege einschlagen, und eine Annäherung Deutschlands an Rußland könne doch nur durch den Dreikaiserbund erfolgen, nicht etwa durch eine Verständigung Deutschlands 7361 mit Rußland und Frankreich. Aehrenthal beklagte es, daß Deutschland in dieser Hinsicht wenig Entgegenkommen gezeigt habe, als Graf Lamsdorff noch Minister war.

Im Oktober 1906 weilte Iswolski zeitweise in Deutschland und sprach dort auch den gerade in Berlin weilenden Botschafter v. Schoen. 7362 Bei dieser Gelegenheit teilte er ihm seine Absicht mit, dem Kaiser sowie dem Reichskanzler seine Aufwartung zu machen und sich über die Hauptfragen der Politik mit ihnen auszusprechen, dabei auch über den gegenwärtigen Stand der englisch-russischen Annäherungs-Bestrebungen. Schoen benutzte die Gelegenheit, ihm zu sagen, daß Deutschland im Interesse seines an Bedeutung zunehmenden Handels in Persien auf persische Anregung hin dort eine Bank zu errichten gedenke. Die Haltung Iswolskis gegen Deutschland schien damals noch durchaus freundschaftlich.

Am 24. Oktober 1906 wurde in Wien an Stelle des Grafen Goluchowski Baron Aehrenthal zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ernannt. In Rußland erhoffte man daraus eine möglichst 7363 günstige Gestaltung der Beziehungen der beiden östlichen Kaisermächte. Vier Tage später traf Iswolski in Berlin ein, wo er bis zum 30. Oktober weilte und auch von Kaiser Wilhelm II. in Audienz empfangen wurde. Über seine Unterredungen mit dem Fürsten Bülow liegen aktenmäßige Berichte nicht vor, doch entnehmen wir aus einer 7364 Aufzeichnung des damals noch in Berlin anwesenden Botschafters v. Schoen, daß er damals noch einen durchaus deutschfreundlichen Standpunkt vertrat. Insonderheit sprach er sich über die russisch-englischen Pläne bezüglich Persiens offen aus und teilte auch mit, daß er der Einladung zu einem Besuche in London aus dem Wege gegangen sei. Iswolski erklärte sich von dem Ergebnis seiner Besprechungen in Berlin „in vollstem Maße befriedigt“.

Baron Aehrenthal hatte in Wien kaum seine neue Stellung ange- 7365 treten, als er seinen Lieblingsgedanken einer festeren Gestaltung des Verhältnisses der drei Kaisermächte mit Lebhaftigkeit aufgriff. Ruß-

land konnte sich seiner Meinung nach dadurch wieder konsolidieren, und dann auch in Deutschland und selbst in dem weniger kapitalkräftigen Österreich Geld finden. Der monarchische Gedanke müsse durchaus in den Vordergrund gestellt werden, dann werde sich das russische Verhältnis zu dem jetzigen radikalen Frankreich von selbst lockern, und auch das Königreich Italien werde durch die monarchische Gruppe angezogen und festgehalten werden. Kaiser Wilhelm II. vermerkte durchaus zutreffend hierzu: „Aehrenthal hat Phantasien! Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!"

Iswolskis Berliner Besprechungen schienen anfangs wirklich eine Besserung der deutsch-russischen Beziehungen einzuleiten. Zu Schoen sagte Iswolski, Deutschland könne sicher sein, an ihm keine Enttäuschung zu erleben. Dem Zaren und ihm liege es im wohlverstandenen Interesse Rußlands in erster Linie am Herzen, die Beziehungen mit Deutschland auf den guten alten Ton vertrauensvoller Freundschaft zurückzubringen, der nie hätte gestört werden sollen. Als anfangs November 1906 Baron Aehrenthal zur Verabschiedung von seinem Botschafterposten in Petersburg weilte, erhielt er von Iswolski ganz ähnliche beruhigende Aufklärungen wie die deutschen Staatsmänner in Berlin. 7366

Die französischen Diplomaten verzeichneten dies alles damals mit einem gewissen Mißtrauen. Sie beurteilten Iswolski als einen Mann von unstillbarem Ehrgeize, dessen Pläne über den Posten eines Ministers des Äußern hinausgingen, und der gewohnt sei, seinen Zielen mit Skrupellosigkeit zuzustreben, was Schoen im Interesse Deutschlands als erfreuliches Symptom begrüßte. 7367

Bei Überreichung seines Abberufungsschreibens in Petersburg brachte Aehrenthal zum Ausdruck, daß er mit treuem Festhalten an dem Dreibunde eine aufrichtige Freundschaft für Rußland verbinde, und benutzte die Gelegenheit, sich mit Iswolski über die Fortführung des Mürzsteger Programms gründlich auszusprechen. Dieser gab ihm bei diesem Anlasse befriedigende Versicherungen, und Aehrenthal betonte, an dem aufrichtigen Willen Iswolskis, die vereinbarte Bahn genau und gewissenhaft einzuhalten, sei nicht zu zweifeln. Doch könne der gute Wille Iswolskis, da er hauptsächlich Opportunist sei, ihn doch gelegentlich verleiten, nach englischer Seite hin Rücksichten walten zu lassen, die mit den realen Interessen Österreich-Ungarns im nahen Orient nicht recht im Einklange stehen würden. So lasse Iswolski die russische Presse, die systematisch gegen das Mürzsteger Übereinkommen hetze, ruhig gewähren. Vielleicht wolle Iswolski hauptsächlich und mehr als ersprießlich populäre Politik treiben. Aehrenthal zweifelte daran, ob Iswolskis Wille stark genug sein werde, um den Versuchungen einer populären, dem russischen Volkswillen entsprechenden liberalen und damit den Westmächten zu-

neigenden Politik auf die Dauer zu widerstehen. Man werde ihm auf die Finger sehen und ihm gelegentlich den Rücken stärken müssen. In diesem Sinne wurde der Nachfolger Aehrenthals in Petersburg, Graf Berchtold, durch Aehrenthal verständigt.

In Rußland stellte sich im Spätherbst 1906 eine gewisse Entspannung der inneren Lage ein. Der Zar sprach sich zu dem deutschen Botschafter v. Schoen erfreut darüber aus und ließ bei einer Audienz 7368 am 15. November 1906 auch den Gedanken der Solidarität der drei Kaiser anklingen. Der Monarch war unter dem Eindruck der Besserung der inneren Lage frischeren Mutes als in dem durch das Fehlschlagen des ersten konstitutionellen Versuches getrübten Sommer 1906.

Am 14. und 15. November hatte Reichskanzler Fürst Bülow mit 7369, 7371 dem in Berlin anwesenden Baron Aehrenthal zwei eingehende politische Unterhaltungen. Er gewann daraus einen günstigen Eindruck und glaubte, daß die monarchisch-konservative Ader bei Aehrenthal noch mehr ausgebildet sei als bei seinem Vorgänger, dem Grafen Goluchowski. Aehrenthal verhehlte dem Kanzler nicht, daß ihm das Dreikaiserbündnis als Ideal vorschwebe, bekundete aber schon bei dieser Gelegenheit ein gewisses Mißtrauen gegen Iswolski, der sich über das Abkommen zwischen Rußland und Österreich nie unumwunden ausgesprochen, dagegen Besorgnisse geäußert hätte, ob ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien von der russischen öffentlichen Meinung nicht mit Unmut gesehen werden würde. Fürst Bülow suchte Aehrenthals Mißtrauen gegen Iswolski damit zu erklären, daß Aehrenthal mit Iswolskis Vorgänger, dem Grafen Lamsdorff, besonders intim und freundschaftlich gestanden und dessen Rücktritt noch nicht ganz verwunden habe.

Auch die Frage des Verbleibens Italiens im Dreibunde wurde bei diesem Anlasse zwischen den Staatsmännern erörtert. Er wisse wohl, sagte Aehrenthal, daß es in Italien viele unzuverlässige Elemente gebe, aber wenn Italien auch formell aus dem Dreibunde austrete, so würde das nicht nur den Übermut der kriegerischen Elemente in Frankreich und England steigern, sondern in gleicher Weise auch den Irredentismus in Italien. Er habe deshalb mit Tittoni sogleich freundschaftliche Versicherungen ausgetauscht und werde Italien trotz eines gewissen Mißtrauens äußerlich freundlich behandeln; Kaiser Franz Joseph billige durchaus diese Auffassung. In diesem Zusammenhange gab Aehrenthal seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England sich weiter günstig gestalten würden. Dies würde auch die Gefühle der Italiener für den Dreibund erwärmen. Als sein Programm bezeichnete Aehrenthal: Aufrechterhaltung des Dreibundes unter besonderer Pflege der deutsch-österreichischen Beziehungen zu Rußland, da bei der gegenwärtigen Weltlage und bei dem Fortschreiten der demokratischen Anschauungen und Einrichtungen in

fast allen Ländern nur durch das Zusammenhalten der drei Kaisermächte der Fortbestand der Monarchie gewährleistet würde.

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Österreich und Serbien, die im Sommer 1906 in einem förmlichen Zollkriege zum Ausdruck kam, erregte schon damals in Petersburg eine gewisse Besorgnis. Iswolski äußerte zu Schoen, Graf Goluchowski sei gegen 7370 Serbien vielleicht etwas zu scharf vorgegangen, und Aehrenthal habe seinem Vorgänger vielleicht darin folgen müssen; eine zu gewalttätige Politik Serbien gegenüber sei aber nicht unbedenklich, und er, Iswolski, suche daher in Belgrad mäßigend und beruhigend zu wirken.

Der Gedanke der Annäherung an Österreich war in den ersten Regierungsmonaten Iswolskis unverkennbar und kam auch in der Herzlichkeit des Empfanges zum Ausdruck, den der Zar dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, Grafen Berchtold, 7372 zuteil werden ließ. Der Zar benutzte diese Gelegenheit, der Politik Aehrenthals wärmste Anerkennung zu zollen und versicherte dem Grafen Berchtold, er könne, wenn er in gleichem Sinne wirke, stets auf seine Unterstützung rechnen.

Vom 30. April bis 4. Mai 1907 weilte Baron Aehrenthal in Berlin und hatte bei diesem Anlasse grundlegende Aussprachen mit dem 7373 Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Tschirschky. Aehrenthal betonte den Wunsch, daß der Dreibundvertrag unverändert beibehalten werden möge, damit Italien nicht in die englisch-französische Kombination hineingetrieben werde. Bülows Ansicht, daß es besser sei, große Staatsverträge selbst dann, wenn sie sich nicht mehr völlig den veränderten Verhältnissen anzupassen scheinen, ruhig auslaufen zu lassen, statt durch vorzeitige Kündigung Beunruhigungen und Ungewißheiten zu schaffen, wurde auch von Aehrenthal geteilt. Dieser hatte den Wunsch, Frankreich für seine Orientpolitik zu gewinnen, womit man in Berlin ganz einverstanden war. In Wien wünschte man ferner eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. Aehrenthal sprach außerdem schon damals von seinem Wunsche, einen Bahnanschluß von Bosnien nach Saloniki zu schaffen. Er hoffte hierfür auf die Unterstützung Deutschlands in Konstantinopel, wo Österreich allein wenig ausrichten würde, da man dort die Wegnahme Bosniens und der Herzegowina nicht vergessen wolle. Die deutschen Staatsmänner zeigten sich bereit, das österreichische Bahnprojekt zu unterstützen, falls sich die Zustimmung des Sultans hierzu erlangen lasse.

Durch eine Äußerung des Zaren zu dem deutschen Marineattaché Kapitän Hintze wurde am 12. Juli 1907 die Absicht des Zaren 7374 bekannt, am 3. August in Swinemünde einzutreffen und dort zur Besichtigung der deutschen Flotte drei Tage zu bleiben. Im Auswärtigen Amte wurden für die bevorstehende Begegnung der deutschen und russischen Staatsmänner auf Weisung des Reichskanzlers nunmehr

7375 schriftliche Vorarbeiten gemacht, die am 22. Juli dem Kanzler überreicht wurden. Die Ausarbeitungen betrafen: den Vertrag von Björkoe, den man deutscherseits als stillschweigend zu Recht bestehend ansah; die Abrüstungsfrage, Aufzeichnungen über Persien und die Bagdadbahn, über Mazedonien, über die Neutralisierung Norwegens und den Gedanken einer russischen, in Deutschland aufzulegenden An-
7376 leihe, dem man ablehnend gegenüberstand. Am 25. Juli folgten noch Nachträge zu diesen Aufzeichnungen.

Da der Zar Iswolski nach Swinemünde mitbringen wollte, außerdem den Marineminister Birilew und den Chef des Marinestabes, verfügte Kaiser Wilhelm II., daß außer dem Reichskanzler auch die Admirale v. Tirpitz und Büchsel in Swinemünde anwesend sein sollten.

Für das Zusammentreffen des Reichskanzlers mit Iswolski hielt Botschafter v. Schoen es für erwünscht, dem Kanzler einen Rückblick auf die bisherige amtliche Tätigkeit Iswolskis als Außenminister zu
7377 übermitteln. Er unterbreitete dem Kanzler einen solchen am 25. Juli und führte darin aus, daß Iswolski von vornherein bestrebt gewesen sei, die durch die Vorgänge von Algeciras einigermaßen getrübten deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern. Iswolski habe sich auch bestrebt, den Eindruck abzuschwächen, als wenn er England allzu weit entgegenkomme, und deshalb auch eine ihm zugegangene Einladung zu einem Besuche in London abgelehnt. Fragen der großen Politik wie etwa einer Verbindung zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich oder eines Dreikaiserbundes seien bisher zwischen ihm, Schoen, und Iswolski nicht erörtert worden. Schoens Auffassungen teilte Kaiser Wilhelm II. nur bedingt und kennzeichnete sie in einer Schlußbemerkung als „im ganzen richtig, vielleicht etwas zu günstig für Iswolski".

Die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Swinemünde fand vom 3. bis 6. August 1907 statt. Der Zar war
7378 in sehr guter Stimmung, der Verkehr zwischen den Majestäten ungezwungen und freundschaftlich. Iswolski wurde vom Deutschen Kaiser sehr zuvorkommend behandelt. Der russische Außenminister benutzte die Gelegenheit, dem deutschen Reichskanzler das russisch-japanische Abkommen mitzuteilen und ihm zu sagen, dieses Abkommen sei für Rußland eine bittere Notwendigkeit gewesen; die vielen Unklarheiten des Portsmouther Friedeninstruments hätten es nötig gemacht, das ganz verfahrene politische russische Geschäft zu liquidieren. Da Rußland unter keinen Umständen in der Lage gewesen wäre und noch lange nicht sein werde, Japan militärisch entgegenzutreten, so sei ein Abkommen mit Japan eine militärische Notwendigkeit geworden.

Fürst Bülow war mit dem Inhalte des ihm mitgeteilten Abkommens durchaus einverstanden, da es sich mit den Zielen der deutschen Politik in Ostasien, mit der Aufrechterhaltung des Friedens, mit dem Grundsatze der Offenen Tür und der Integrität Chinas deckte. Über

das englisch-russische Abkommen sagte Iswolski nur, daß es sich lediglich auf Tibet, Afghanistan und Persien beziehen werde, und betonte im übrigen, daß er in der mazedonischen Frage mit Österreich-Ungarn zusammengehen werde, sowie daß er in Sofia habe mitteilen lassen, Bulgarien werde, wenn es zum Kriege mit der Türkei treibe, diesen Krieg auf eigene Rechnung und Gefahr zu führen haben. Iswolski teilte ferner mit, daß er die Auflösung des Vertrages von 1856 über die Aalandsinseln auf dem Wege direkter Verständigung mit Schweden ohne Hineinziehung Englands und Frankreichs zu erreichen versuchen werde. Er hoffte hierbei auf die deutsche Unterstützung in Schweden[1]).

Der Swinemünder Besuch wirkte, da er vorher sorgfältig geheimgehalten worden war, in der diplomatischen Welt Petersburgs 7379 als vollkommene Überraschung, besonders auf den französischen und englischen Botschafter. Man befürchtete offenbar, daß es Aehrenthal nunmehr gelingen könne, seiner Lieblingsidee, dem Dreikaiserbunde, näherzukommen. Die Äußerungen der russischen Presse zu der Swinemünder Begegnung waren kühl und anfangs nicht ohne Mißtrauen. Iswolski selbst sagte zu Schoen, man habe in Swinemünde den beiderseitigen festen Willen bestätigt, die allgemeine Politik in einer Richtung zu halten, die dem Geiste des Björkoe-Abkommens entspreche. Fürst Bülow habe den Wunsch der deutschen Politik bekundet, den Franzosen in Marokko keine Schwierigkeiten zu bereiten, solange sie der Verpflichtung loyal nachkämen, Deutschland vollkommene wirtschaftliche Gleichstellung einzuräumen. In allen anderen schwebenden Fragen habe er ein vollkommenes Einvernehmen mit den deutschen Staatsmännern feststellen können. Die Manöver der deutschen Flotte hätten auf die Russen einen überwältigenden Eindruck gemacht.

In Wien begrüßte man es bereits als ein erfreuliches Symptom, daß der Zar überhaupt in der Lage gewesen war, sein Reich für kurze Zeit zu verlassen. Aehrenthal, dem Fürst Bülow seine Eindrücke durch einen persönlichen Brief am 8. August mitgeteilt hatte, war, wie dieser dem Fürsten Bülow am 21. August schrieb, besonders erfreut über 7380 Iswolskis Absicht, in allen Balkanfragen Hand in Hand mit Österreich gehen zu wollen. Aehrenthal hatte inzwischen die Gelegenheit einer Begegnung mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien am 5. August dazu benutzt, ihn vor jeder übereilten Handlung zu warnen, und Iswolski von dieser Tatsache, noch während er in Swinemünde weilte, verständigen lassen. Aehrenthal gibt in seinem Schreiben vom 21. August eine interessante Kennzeichnung des Fürsten, indem er sagt: „Fürst Ferdinand ist übrigens auch nicht der Mann heroischer Entschlüsse. Er liebt vielmehr die Mittel der Diplomatie des 17. und 18. Jahrhunderts à la Richelieu. Auch sind die inneren Zustände

[1]) Vgl. hierzu Band XXIII, 2. Hälfte, Kapitel 173.

Bulgariens derart, daß ein coup de tête des Fürsten für diesen selbst im Lande höchst nachteilige Folgen nach sich ziehen könnte. Der Fürst ist sich auch darüber klar, daß die Mächte für eine aktive Politik im Balkan nicht günstig gestimmt sind.“ Besonders der König von England hatte den Fürsten in sehr deutlicher Weise warnen lassen, nicht etwa eine abenteuerliche Politik zu beginnen. Diese Tatsache hatte er am 15. August in Ischl dem Kaiser Franz Joseph selbst mitgeteilt, nachdem er tags zuvor, am 14. August, Kaiser Wilhelm II. in Wilhelmshöhe besucht hatte[1]). In Ischl hatte König Eduard, ebenso wie der Unterstaatssekretär Sir Ch. Hardinge, mit dem größten Nachdruck die Besserung in den Beziehungen Deutschlands zu England betont und zum Ausdruck gebracht, England verfolge in Europa und hauptsächlich im Balkan die Politik des strengsten status quo; England wünsche sehnlichst die Erhaltung und Festigung des Dreibundes.

Im September 1907 entwickelte Iswolski eine ungewöhnliche Reisetätigkeit. Am 5. September besuchte er in Marienbad den König Eduard VII., am 25. September in Wien den Minister v. Aehrenthal. Kaiser Franz Joseph empfing den Minister am 28. September und verlieh ihm das Großkreuz des Stephansordens. Man rechnete nun in Wien für die Zukunft auf eine weitgehende Übereinstimmung der russischen und österreichischen Politik in allen Balkanfragen, besonders bei den zur Unterdrückung des Banden-Unwesens in Mazedonien zu unternehmenden Schritten. Von Wien kehrte Iswolski nach Karlsbad zurück, begrüßte am 5. Oktober in München den vor kurzem ernannten Staatssekretär v. Schoen und begab sich dann nach Paris, wo in den maßgebenden französischen Kreisen beruhigende Versicherungen über die zweibundfreundliche Haltung Rußlands abgegeben und Pläne zur Vervollständigung des russischen Marine- und Heeresmaterials erörtert wurden.

7381

Nach der am 7. Oktober 1907 erfolgten Verabschiedung des Statthalters von Elsaß-Lothringen, Fürsten Hohenlohe-Langenburg, wurde der bisherige Botschafter in Wien, Graf Karl v. Wedel, zu seinem Nachfolger bestimmt. In seinem letzten Berichte, den er am 23. Oktober 1907 aus Wien erstattete, wies er nachdrücklich darauf hin, daß Deutschland wenige Freunde und viele Feinde habe und sogar in dem verbündeten Österreich-Ungarn, zumal nachdem sich die jetzt herrschende Unabhängigkeitspartei Ungarns zum Teil von Deutschland abgewendet habe. Nach seiner Überzeugung konnte Deutschland Österreich-Ungarns nach wie vor sicher sein, wenn es auf dem Balkan seine Kreise nicht störte. Auf Aehrenthal könne man sicher zählen, wenn man ihm offen und loyal begegne, die eingegangenen Verpflichtungen erfülle und sich von der Neigung zur Bevormundung freihalte.

7382

[1]) Vgl. Band XXIV, Kapitel 174.

„Jede unberechtigte und anmaßende Kritik liegt mir selbstredend absolut fern, aber ich habe mich in den letzten Jahren des Eindrucks hin und wieder nicht erwehren können, daß wir selbst in kleinen Dingen, wo wir durch Entgegenkommen uns Freundschaft und Dank hätten erwerben können, uns in starrer Ablehnung gefielen, daß wir allzu mißtrauisch waren und dadurch Mißtrauen ernteten.“

„Wir sind ein hochentwickeltes Volk von 60 Millionen, wir gebieten über eine starke, herrliche Armee, und darum achtet und fürchtet man uns. Darin auch liegen werbende Faktoren für politische Freundschaften. Betätigen wir aber diese Werbung nicht, stehen wir allein, so wird auch die Furcht sich vermindern, Neid und Haß werden ungeschminkt in die Erscheinung treten und leicht zu gefährlichen Eruptionen führen.“

„Darum auch muß es, meiner unerschütterlichen Überzeugung nach, unsere vornehmste Aufgabe sein, uns Österreich-Ungarn und damit auch, wenigstens bei der augenblicklichen Weltlage, Rußland zu sichern. In einem Zusammengehen der Dreikaisermächte liegt, wenn auch das Zarenreich momentan von inneren Wirren zerrissen ist, ein so gewaltiger Machtfaktor, daß niemand dagegen die Hand zu erheben wagen wird. Der Draht nach Petersburg aber wird sich, wenn ich mit dieser These auch vielleicht auf Widerspruch stoße, heute um so sicherer und fester erweisen, je mehr der uns mit Wien verknüpfende jeden Zweifel an seine Widerstandskraft ausschließt.“

Hiernach war also auch Graf Wedel für die Aehrenthalschen Gedankengänge eines Dreikaiserbündnisses gewonnen worden. Aehrenthal selbst betrachtete daher auch das Scheiden des Grafen Wedel 7383 von dem Wiener Botschafterposten als einen schmerzlichen Verlust. Wedels Nachfolger wurde der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr v. Tschirschky.

Eine beunruhigende Entwicklung schien sich aus Iswolskis Wunsche zu ergeben, mit der Zeit die Meerengenfrage im russischen Sinne lösen zu wollen. Aehrenthal teilte dies dem Fürsten Bülow am 31. Oktober 1907 in der Annahme mit, daß Iswolski sich auch dem 7383 Fürsten gegenüber in Swinemünde in ähnlichem Sinne geäußert habe, was aber durch den Inhalt der Akten nicht bestätigt wird. Aehrenthal hatte Iswolski sofort gesagt, daß er sich mit einem sehr schwierigen Problem beschäftige, und daß er, Aehrenthal, sich vorbehalten müsse, wenn es zur Aufrollung der Meerengenfrage wirklich kommen sollte, die Stellungnahme Österreich-Ungarns zu präzisieren. Aehrenthal war der Meinung, daß sich ein Gegensatz zu England, möglicherweise auch zu Frankreich, unbedingt herausbilden werde, falls Iswolski etwa daran denke, den russischen Lieblingstraum eines Tages zu verwirklichen.

Diese Meinung teilte auch Fürst Bülow und hielt den russischen Gedanken nur unter der Voraussetzung für ausführbar, daß Rußland 7384

sich vollständig mit Österreich-Ungarn verständigte. Er rechnete dabei auch auf Gegenleistungen für Deutschland.

Auch in einem ausführlichen Berichte des deutschen Botschafters 7385 am Goldenen Horn, Frhr. v. Marschall, der am 14. Dezember 1907 in Wien mit Aehrenthal eine Begegnung hatte, ging hervor, daß nach Aehrenthals Ansicht Rußland fest entschlossen war, im nahen Orient aktive Politik zu treiben und seine lange gehegten Pläne zur Durchführung zu bringen. Auch Marschall war der Ansicht, daß Rußland dahin gelangen wolle, seine Kriegsschiffe frei durch die Meerengen nach dem Mittelländischen Meere führen zu können, während das Schwarze Meer für die Flotten aller anderen Großmächte verschlossen bleiben sollte. Eine Lösung der Meerengenfrage in diesem Sinne mußte Rußland zum Herrn von Konstantinopel machen. Aehrenthal wollte aber zunächst noch abwarten, was Rußland tun würde, um nicht durch schroffen Widerspruch gegenüber Iswolski eine Verständigung zwischen Rußland und den Westmächten zu fördern.

Nach Pera zurückgekehrt, ergänzte Botschafter Frhr. v. Marschall seinen Bericht über die Unterredung mit Aehrenthal noch durch ein 7386 Schreiben vom 26. Dezember 1907. Von einer Russenfreundlichkeit Aehrenthals, von der gelegentlich die Rede sei, habe er nichts bemerkt, und sicherlich liege dem Minister der Gedanke ganz fern, dem Steuer der österreich-ungarischen Orientpolitik eine Drehung nach der russischen Seite hin zu geben. Seit wenigen Monaten habe sich die russische Politik von Grund aus geändert und nehme auf die österreich-ungarischen Orientinteressen keine Rücksicht mehr. Hierzu habe Aehrenthal noch keine bestimmte Stellung genommen. Iswolskis Wunsch, die Meerengen zu gewinnen, müsse zu einer radikalen Lösung der Orientfragen und zu einer Katastrophe auf dem Balkan führen. Marschall hatte darauf hingewiesen, daß in einer so komplizierten Frage der Weg vom Gedanken zur Tat doch ein sehr weiter sei, und ferner darauf aufmerksam gemacht, daß auch Deutschland im nahen Orient jetzt bedeutsame Interessen besitze, sowie daß das berühmte Wort von den „Knochen des pommerschen Grenadiers" nicht mehr in Geltung sei. „Die amtliche Erklärung, daß wir in einem fremden Gebietsteile, der die Begehrlichkeit anderer Mächte auf sich lenkt, keine politischen Interessen besitzen, kann für einen bestimmten aktuellen Zweck nützlich und selbst notwendig sein. Aber zu einem allezeit gültigen Dogma kann eine solche Erklärung niemals werden." In diesem Sinne habe auch der Fürst Bismarck dieses Wort sicherlich nicht gebraucht. In jugendlicher Expansionskraft habe sich das Kapital, die Industrie und der Handel Deutschlands in den entlegensten Gebieten des Erdenrundes nutzbringend festgelegt: diesen Unternehmungen sei der deutsche Schutz gefolgt, und daraus ergäben sich in den Ländern, die einer geordneten Regierung in

deutschem Sinne entbehrten, jetzt politische Interessen, an die vor zwei Jahrzehnten noch niemand gedacht habe. „Wir haben durch die Konzession der Bagdadbahn ein gewaltiges Prestige unter den orientalischen Völkern uns erworben, und die bekannte Rede Seiner Majestät des Kaisers in Damaskus klingt heute noch in der muselmanischen Welt wieder. Das ist ein Kapital, das wir hüten müssen. Denn der Tag wird vielleicht kommen, da wir es nutzbar verwerten können.“

Kapitel 161

Die Mazedonischen Reformen

I. Die Gendarmeriereform

A. Die Organisation der Gendarmerie

Die Akten des 161. Kapitels führen uns um fast vier Jahre zurück[1]).

Am 24. November 1903 hatte die Pforte die Mürzsteger Abmachungen[2]) über die Reorganisation der Gendarmerie angenommen. Zur Leitung der Reorganisation war der italienische General de Georgis Ende Januar 1904 in Konstantinopel eingetroffen, wo sich die von den Mächten bestimmten Offiziere, unter ihnen der deutsche Major v. Alten, versammelten. 7387

Bei den im Februar beginnenden Besprechungen stellten sich von vornherein Schwierigkeiten heraus. Der deutscherseits zur Verfügung gestellte Major v. Alten gewann den Eindruck, daß man gern Deutschland vorschieben wollte, da die neuen Gendarmerie-Einrichtungen nur durch Einwirkung des deutschen Einflusses bei den Türken durchzusetzen seien. Man wünschte daher, Deutschland möge noch mehr Offiziere zur Verfügung stellen. Major v. Alten wurde angewiesen, bei den weiteren Erörterungen sich stets seinen österreichischen und russischen Kollegen anzuschließen. 7388 7389 7390

Für die Beruhigung der Verhältnisse in Mazedonien erhoffte die russische Diplomatie viel von der neuen mazedonischen Gendarmerie und betonte den Wunsch, daß die fünf beteiligten Staaten, Österreich, Rußland, England, Frankreich und Italien, ihren Anteil an Offizieren und Unteroffizieren möglichst bald absenden möchten. Zunächst sollte jeder dieser Staaten ein Bataillon aufstellen und einen bestimmten Bezirk übernehmen. Die Komitatschis würden es sich dreimal überlegen, ehe sie gegen europäische Offiziere vorzugehen wagten. 7391

---

[1]) Siehe synchronistische Zusammenstellung, S. 193 ff.
[2]) Vgl. Band XVIII, Kapitel 118; Wegweiser Band III, siehe S. 175 ff.

Ende Februar schien es in der Gendarmerie-Kommission in Konstantinopel zu neuen Schwierigkeiten zu kommen, da Italien, auf 7393 Frankreich und England gestützt, eine Sonderpolitik zu vertreten anfing. Deutschland wünschte aus diesen Gegensätzen herauszubleiben, da offensichtlich England immer mit Italien stimmte und dadurch jeden Fortschritt erschwerte. Nach einem Berichte aus London vom 7395 26. Februar 1904 war man dort ungeduldig geworden und wünschte 7399 die englische öffentliche Meinung durch irgendein greifbares Ergebnis zu befriedigen. Auch aus Konstantinopel kamen Klagen über 7396 die fortwährenden englischen Intrigen. Zeitweise fürchteten die Italiener, Österreich-Ungarn könne die Gelegenheit benutzen, von Bosnien aus nach Süden weiter vorzurücken. Österreich-Ungarn aber 7397 wünschte nicht, daß italienische Offiziere in solche Bezirke entsendet würden, die von Albanesen bewohnt seien.

Anfangs März unterbreitete der mit der Reorganisation der 7398 Gendarmerie betraute italienische General de Georgis den Mitgliedern der Militärkommission einen Schriftsatz[1]), in dem davon die Rede war, daß General de Georgis und die fremden Offiziere in der Lage sein sollten, türkische Offiziere, die sich ihren Anordnungen nicht fügten, zu kassieren und des Landes zu verweisen. Diese Bestimmungen schienen der Türkei ganz unannehmbar. In Berlin verfolgte 7400 man diese Entwicklung der Dinge mit Sorge, und man war dort der Meinung, das Mürzsteger Programm setze ein Zusammenwirken der fremden Offiziere mit der Pforte voraus; letztere müsse die Befehle geben, die die Durchführung der Reorganisation der türkischen Gendarmerie sicherstellten. In der Forderung, daß dem Chef der fremden Gendarmerie die Befugnis eingeräumt werden sollte, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne die Vermittlung der türkischen Behörden türkische Offiziere zu entlassen, erblickte die deutsche Regierung eine Gefährdung des Reformwerkes und folglich auch des europäischen Friedens. Die Reorganisation der Gendarmerie bildete das wichtigste Glied des Reformwerkes überhaupt; scheiterte oder trat sie in einer Form ins Leben, die schließlich alles beim alten lasse, so wären nach österreichischer Ansicht die Folgen eines solchen Fiaskos gar nicht abzusehen.

Der deutsche Vorschlag, die für die Pforte unannehmbar schweren 7402–7405 Bedingungen zu mäßigen, zeitigte insofern einen schnellen Erfolg, als die Mächte, in ihrer Mitte Rußland, einzulenken begannen. Man be- 7406, 7407 strebte sich nun, eine neue Formel zu finden, die der Zustimmung aller Mächte sicher sei, und dachte zeitweilig auch an eine maze- 7408 donische Konferenz. Eine solche hielt man in Berlin für durchaus unerwünscht, weil man sich einen Erfolg von ihr nicht versprach, und auch Rußland stand dem Gedanken ablehnend gegenüber.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7398 siehe hinten Teil 3.

Den an einer tatsächlichen Besserung der Verhältnisse in Mazedonien ernstlich interessierten Mächten schien es nun erwünscht, daß die Reform-Gendarmerie ihre Tätigkeit in Mazedonien endlich einmal aufnehme, ehe England das Reformwerk durch Sonderwünsche zu Fall 7309 zu bringen vermochte. In Konstantinopel wurde der Streit über die Befugnisse der Gendarmerie immer verworrener. Das Unangenehmste 7310 war, daß die Pforte aus der mangelnden Einmütigkeit der Mächte eine Ermutigung zum Widerstande gegen die ihr zugedachten Re- 7311 formen entnahm. In dieser Beziehung ließ Deutschland der türkischen Regierung keine Zweifel. Der Botschafter Frhr. v. Marschall erhielt den Auftrag zu erklären, die deutsche Haltung werde lediglich 7312 durch den Gedanken bestimmt, den alsbaldigen Beginn der Reform der Gendarmerie, wie er in dem Mürzsteger Programm vorgesehen sei, sicherzustellen.

Nach weiteren zeitraubenden Verhandlungen über Einzelheiten, deren nähere Zergliederung nur für Spezialstudien Bedeutung haben könnte, reiste General de Georgis Mitte April 1904 nach Saloniki ab. Es war schließlich eine Übereinstimmung über alle der Regelung be- 7413–7431 dürftigen Einzelfragen mühsam zustande gekommen, und die deutsche Regierung hatte ihren Einfluß in dem Sinne geltend gemacht, die Türkei zum Einlenken zu bewegen. Der Sultan fühlte sich daher veranlaßt, dem Deutschen Kaiser seinen Dank dafür aussprechen zu lassen, daß er ihm bei den schwierigen politischen Verhandlungen 7430 hilfreich zur Seite gestanden habe. Für den Gang dieser Verhandlungen ist ein Telegramm des Reichskanzlers Grafen Bülow an den Botschafter Grafen Alvensleben vom 7. April 1904 bezeichnend. Da- 7428 nach drohte einmal die Reformaktion der Ententemächte im letzten Augenblick an der Frage zu scheitern, welche Kopfbedeckung der neuen Gendarmerie verliehen werden sollte.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Verhandlungen und die schließlich erzielten Ergebnisse vermittelt ein ausführlicher Bericht 7432 des Botschafters Frhrn. v. Marschall vom 20. April 1904. Er berichtete nach der Abreise des Generals de Georgis: „Damit ist die Gendarmeriereform endlich in das erste Stadium der Ausführung getreten. Es war hohe Zeit dazu. Zwei Monate lang haben die fremden Offiziere hier beraten. Das Ergebnis ist, wie dies nicht anders zu erwarten war, ziemlich dürftig ausgefallen. Ein sehr erfreuliches Bild haben die Verhandlungen nicht geboten. Vielfach wird jetzt die Ansicht laut, daß es ein Mißgriff war, die Offiziere hier so lange festzuhalten."

Marschall bedauerte es auch, daß die Haltung der österreichungarischen Vertreter von Anfang an den Türken gegenüber unnachgiebig gewesen sei. Sie hätten die günstige Gelegenheit gehabt, die Verhandlungen auf einer maßvollen, bei den Türken Vertrauen erweckenden Linie zu führen; diese Gelegenheit hätten sie leider voll-

kommen versäumt. „Toujours en arrière d'une idée!" vermerkte der Kaiser hierzu.

Der deutsche Major v. Alten hatte aus den Verhandlungen ernste Zweifel darüber entnommen, ob Österreich-Ungarn wirklich den Frieden und die Ruhe auf der Balkanhalbinsel wolle. Baron Giesl, der Vertreter der Donaumonarchie als österreichischer Militärattaché, habe stets die schroffste Sprache gegenüber der Türkei geführt und überall, wo sich die Möglichkeit eines Ausgleichs bot, alles aufgewendet, ihn zu hintertreiben.

B. Neue Schwierigkeiten in der Gendarmeriefrage

Das Verhalten des österreichischen Militärattachés Barons Giesl in Konstantinopel in der Gendarmeriefrage löste in Berlin erhebliche Bedenken aus. Eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein 7433 vom 8. Mai 1904 schob seinem Verhalten die Hauptschuld daran zu, daß stets neue Bedenken, neue Schwierigkeiten, neue Anträge auftauchten, wodurch die kaum erreichte Einigkeit alsbald wieder in Frage gestellt wurde. „Das stete Wiedererscheinen desselben Mannes," fragte Holstein, „immer in derselben Rolle berechtigt zu der Frage: Ist Giesl wirklich nur Giesl oder bedeutet Giesl Österreich?"

Nach Holsteins Ansicht konnten die österreichisch-ungarischen Staatsmänner sehr wohl zu der Ansicht gekommen sein, daß der japanische Krieg die längst gewünschte Gelegenheit biete, um die Balkanfrage endgültig und zwar gegen Rußland zu regeln. Wenn England, Frankreich, Italien und Österreich, die in einer Hinsicht alle das gleiche Interesse hätten, die Orientfrage in Fluß brächten, während Rußland sich der Japaner kaum erwehren könne, so würde die türkische Erbschaft unter Bedingungen verteilt werden, die den russischen Wünschen ganz zuwiderliefen. Vielleicht auch führe diese Erbschaftsregulierung einen Verzweiflungskampf des Türkentums herbei. Rußland würde den anderen Großmächten England, Frankreich, Italien und Österreich gegenüber alleinstehen und sich zu einer Verständigung entschließen müssen, bei der es ebensowenig seine Rechnung finde wie Deutschland. Nach Holsteins Ansicht mußte bei einer derartigen Entwicklung die Leitung der Weltpolitik an Mächte übergehen, die entschieden deutschfeindlich waren. Er kam daher zu dem Schluß, Deutschland habe das gleiche Interesse wie Rußland, während der Dauer des ostasiatischen Krieges einem Balkankonflikte möglichst vorzubeugen.

Diesen Auffassungen entsprach eine vollkommene Zurückhaltung 7434 Deutschlands in der Gendarmeriefrage. Vor allem schien es nicht er- 7435 wünscht, die Türkei durch weitere Verschärfungen der Reformforderungen zu bedrängen. Je mehr sich aber Deutschland zurückhielt,

eine um so gesteigertere Tätigkeit entwickelte die österreich-ungarische Politik in Mazedonien, was besonders auch darin zum Ausdruck kam, daß man den „türkenfeindlichen, energischen und prä- 7436 ponderanten“ Baron Giesl nach Mazedonien entsandte. Der persönliche Konflikt zwischen ihm und dem italienischen General de Georgis 7437 spitzte sich mehr und mehr zu. Zeitweise war in den diplomatischen Kreisen Konstantinopels sogar das Gerücht verbreitet, daß Österreich-Ungarn die Abberufung des Generals beim Sultan beantragen werde. In Berlin bedauerte man diese Gegensätze wegen ihrer unvermeidlichen Rückwirkung auf die österreich-italienischen Beziehungen sowohl wie auf den Dreibund und erhob in Wien Vorstellungen. Dort 7438 behauptete man, von einer Verschärfung der Gegensätze überhaupt nichts zu wissen.

Eine neue Verschlimmerung der Lage ergab sich durch eine Rede des Grafen Goluchowski in der österreichischen Delegation am 16. Mai 1904. In dem Wunsche, sich im Reformeifer von England nicht überflügeln zu lassen, erhob Goluchowski schwere Vorwürfe gegen die Türkei, die der Reorganisation der Gendarmerie immer neue Schwierigkeiten in den Weg lege. Diese Behauptungen empfand man in Konstantinopel als außerordentlich unberechtigt, denn man 7439 dürfe der Türkei nicht alles aufbürden, was von anderer Seite gesündigt werde. Dadurch würde nur der Sultan in seinem tiefen Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn bestärkt. Als man kurze Zeit darauf in österreichischen Kreisen einzulenken schien und den Baron Giesl aus dem Inneren Mazedoniens zurückberief, glaubte man hierin eine 7440–7442 Einwirkung Rußlands erblicken zu dürfen, das vielleicht gegen ein 7443 allzu lebhaftes Tempo in der Reformaktion Vorstellungen erhoben habe.

Im Juni 1904 schienen sich die Verhältnisse in Mazedonien ein 7444 wenig zu bessern. In Wien wollte man darin hauptsächlich eine Folge des energischen Auftretens gegen die Türkei erblicken. 7445

Besonderes Aufsehen erregte anfangs Juli 1904 die unverkennbare Annäherung, die England durch seinen Botschafter am Goldenen 7446 Horn an die Türkei suchte. Welche Ziele England verfolgte, blieb im unklaren. Man glaubte aber, die englische Begehrlichkeit richte sich unter anderem auch auf die Ausdehnung des britischen Machtbereiches im Persischen Golf.

Während des Sommers 1904 kam die Reform kaum von der Stelle. Die Vertreter der Donaumonarchie und Rußlands hielten eine Vermehrung der österreichischen und russischen Gendarmerie-Offi- 7447–7449 ziere in den Wilajets Üsküb und Saloniki für nötig. Um den Türken jede Möglichkeit abzuschneiden, durch allerlei Winkelzüge die Erledigung dieser Frage in die Länge zu ziehen, kündigten die Botschafter dieser beiden Mächte schließlich, unbekümmert darum, ob 7450 man türkischerseits damit einverstanden war oder nicht, die bevor-

stehende Ankunft weiterer Offiziere an. Die türkische Regierung wurde ersucht, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit der Abschluß der erforderlichen Kontrakte keinen Aufschub erleide.

Österreichs Vorgehen in der Gendarmeriefrage ist deutscherseits damals ziemlich abfällig beurteilt worden. Der Geschäftsträger in 7451 Wien, Graf Botho v. Wedel, berichtete am 9. August 1904, daß die Balkankleinstaaten vielfach gegen Österreich mißtrauisch seien. „Es konnte nicht ausbleiben, daß das Mißtrauen gegen die Doppelmonarchie durch die Rede des Grafen Goluchowski in den Delegationen, namentlich durch den Hinweis auf Kossowo als österreichische Interessensphäre, sowie durch die Kreditforderungen für Heer und Flotte neue Nahrung erhielt. Man liebt es hier, den Balkanstaaten ‚von oben herunter' zu kommen. Österreich hat ja überhaupt die Neigung, sich großen und kleinen Nachbarn gegenüber auf einen olympischen Standpunkt zu stellen, eine Neigung, die besonders bezüglich der Balkanstaaten zum Ausdruck kommt. Freunde gewinnt man auf diese Weise nicht, und es ist nicht zu verwundern, daß Österreich-Ungarn, mit Ausnahme von Rumänien, an der unteren Donau überhaupt keine Freunde mehr zu haben scheint, obwohl es früher, namentlich in Bulgarien, auf solche zählen konnte." König Peter von Serbien habe nach seinem Regierungsantritte besonders auf Österreich-Ungarn gehofft und wäre sicherlich für die kleinsten Beweise des Wohlwollens dankbar gewesen. Die damals gebotene Gelegenheit einer Belebung des österreichischen Einflusses in Serbien habe man aber nicht ausgenutzt, und gerade der österreichische Gesandte in Belgrad habe immer die schärfste Sprache geführt. Man habe kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, den Serben Unfreundlichkeiten zu erweisen und ihnen zu zeigen, daß man nichts mit ihnen gemein haben wolle.

Die Begegnung des Kaisers Franz Joseph mit dem Könige Eduard VII. am 16. August in Marienbad erregte in der Türkei die Besorgnis, es könnten bei diesem Anlasse neue Verständigungen 7452 zwischen Österreich-Ungarn und England in der Orientfrage erzielt werden. Man befürchtete daraus eine weitere Verschärfung und Erweiterung des Mürzsteger Programms und bat den Deutschen Kaiser um Unterstützung. Als im August 1904 Italien mit dem Antrage 7453 hervortrat, die Tätigkeit des Generals de Georgis freier und von der Zivilregierung unabhängiger zu gestalten, hielt sich Deutschland zurück. Man rechnete damals damit, daß auch Italien aus politischen Gründen mehr Offiziere nach Mazedonien schicken werde, sobald Rußland und Österreich auf diesem Wege vorangegangen seien. 7455 Deutschland nahm einen vermittelnden Standpunkt ein und betonte, daß es sich getreu seiner bisherigen Haltung eines Eingreifens in Einzelheiten der Durchführung des Mürzsteger Programms enthalten wolle.

Ein ausführlicher Bericht des Botschafters Frhrn. v. Marschall vom 7. September 1904 schildert den Weitergang der Entwicklung. 7456 An den Ufern des Bosporus herrschte damals, wie er im Gegensatze zu den Verhältnissen vor einem Jahre hervorhob, eine vollkommene politische Ruhe. Wie lange diese idyllische Ruhe dauere, vermöge freilich niemand vorherzusehen. Aber selbst wenn neue Stürme eintreten sollten, so biete die Erfahrung der letzten Monate die Hoffnung auf die Wiederkehr ruhigerer Zeiten. Gegen die periodisch erscheinenden Nachrichten von armenischen und albanischen Aufständen, die noch immer die europäischen Börsen beeinflußten, werde man in Konstantinopel allmählich abgestumpft. Der ostasiatische Krieg habe entscheidend gewirkt. Die bulgarischen Revolutionäre schlügen nicht los, weil sie des Erfolges nicht sicher seien, und weil sie wüßten, daß Rußland außerstande sei, ihnen zu helfen. Überhaupt habe der ostasiatische Krieg bei den Revolutionären den Glauben an die russische Macht erschüttert, und er sei damit ein wirksamerer Faktor für Ruhe und Ordnung geworden, als es die große Reformaktion jemals sein werde. Der gewaltige Kampf im Fernen Osten habe aber auch die Stellung der Mächte am Goldenen Horn wesentlich beeinflußt. Früher bildete der englisch-russische Gegensatz den springenden Punkt im nahen Orient. Im Vordergrunde stand die Meerengenfrage und mit ihr in engster Verbindung die Frage des Schwarzen Meeres. Rußland wünschte den „Schlüssel zum eigenen Hause" zu freier, ausschließlicher Verfügung zu haben, England wollte die internationalen Verträge verteidigen und ihre Abänderung nur auf der Grundlage des gleichen Rechtes gestatten. Auf diesem russisch-englischen Gegensatze, der für die Türkei ein erhaltendes Moment bildete, hatte Abdul Hamid seine Politik aufgebaut, die bald der einen, bald der anderen jener beiden Mächte sich zuwandte. Jetzt habe sich das geändert: Rußland sei bestimmend geworden, da England an der Meerengenfrage und an dem Nahen Orient kein so großes Interesse mehr zu nehmen scheine. Auf dem Boden dieser neuen Sachlage habe Rußland mühelos Früchte geerntet. Nun allerdings habe der ostasiatische Krieg sein Prestige vernichtet, und das sei gerade bei orientalischen Völkern von der größten Bedeutung.

Die englische Politik hätte nach Marschalls Ansicht blind sein müssen, wenn sie sich diesen Umschwung nicht zunutze gemacht hätte. England erkannte seine Stunde und trat in der Malakka-Frage[1]) sehr energisch auf. Das imponierte den Türken, denen es nun gelang, mit englischer Rückendeckung von Rußland Zusagen bezüglich der Freiwilligen-Flotte zu erwirken, die deren militärischen Wert wesentlich herabminderten. An den Dardanellen trat das englische Gegenge-

---

[1]) Vgl. Band XIX, 1. Hälfte, Kapitel 132, Nr. 6063.

wicht dem übermächtig gewordenen östlichen Nachbarn gegenüber wieder in Wirksamkeit.

Marschall befürchtete nicht, daß England, wenn es wirklich in türkenfreundlichem Sinne einlenken sollte, Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete ein unbequemerer Konkurrent werden könnte, als es bereits sei. Wenn erst jene Stimmungen und Verstimmungen verschwunden seien, die in der englischen öffentlichen Meinung gerade dann zur Geltung kämen, wenn sie unberechtigt wären, dann werde auch die Stellung Englands zu dem großen Unternehmen der Bagdadbahn eine andere werden. „Ich bin überzeugt," schrieb Marschall wörtlich, „die Bagdadbahn wird mit England bis zum Persischen Golf gebaut werden. Jeder Kilometer, den wir bauen, wird das englische Interesse an dem Werke steigern und uns jenem Ziele näherführen." Kaiser Wilhelm II. bezeichnete den sehr lesenswerten Bericht, der Marschalls Eindrücke nach Rückkehr von einem längeren Urlaub eindrucksvoll zusammenfaßte, als „vorzüglich".

7457 Das persönliche Verhalten des Barons Giesl führte im Oktober 1904 aufs neue zu ernsten Reibungen. Der österreichische Botschafter hatte den Großwesir darüber zur Rede gestellt, daß er die Haltung der Militärattachés kritisiert habe, und sich derartige Vorwürfe gegen ein Mitglied seiner Botschaft verbeten. Österreich forderte nun die 7458 Vermehrung der Gendarmerie-Offiziere. Die türkische Regierung er- 7459 hob Einspruch. Deutschland sollte vermitteln. Die Türken beriefen 7460, 7461 sich immer wieder darauf, daß Deutschland in der Frage der Gen- 7462 darmerie-Vermehrung mit den übrigen Mächten nicht zusammengehe und im Gegensatze zu den anderen Mächten nur einen einzigen Offizier entsandt habe.

Deutschland wollte aber aus seiner bisher geübten Zurückhaltung nicht heraustreten. Wenn es an den politischen Fragen Mazedoniens einen gewissen Anteil nehme, so geschah es, wie der Geschäftsträger Frhr. v. Romberg anfangs November 1904 in Petersburg dem dortigen österreichischen Botschafter Baron Aehrenthal auseinandersetzte, in erster Linie, um das verbündete Österreich-Ungarn zu unterstützen. Deutschland könne es aber den Ententemächten niemals recht machen. „Sobald wir regeren Anteil an den Balkanfragen nähmen, so würde sofort in der slawischen Presse behauptet, wir hätten politische Ambitionen im nahen Orient; verhielten wir uns reserviert, dann würde uns zum Vorwurf gemacht, daß wir die Ententemächte im Stich ließen." Aehrenthal hatte erwidert, nur die deutsche Regierung sei bei ihren Beziehungen zur Pforte in der Lage, durch freundschaftliche Ermahnungen den Sultan davon zu überzeugen, daß es nur sein eigenstes Interesse sei, die Ratschläge der Ententemächte anzunehmen.

7463 Anfangs November hofften die Mächte, sich mit der Pforte über die Vermehrung der Gendarmerie-Offiziere verständigen zu können, ohne daß Deutschland zu vermitteln brauchte. Damals schon trat ein

scharfes Mißtrauen der italienischen Staatsmänner gegen angebliche 7464 „österreichische Expansionsgelüste auf der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel“ zutage.

Ende November trafen die russischen und österreichischen Offi- 7465 ziere in ihren Bestimmungsorten ein. Nun sollte der deutsche Botschafter wieder bei der Pforte dafür eintreten, daß sie die Kontrakte mit den neuen Offizieren unterzeichne. Marschall war der Meinung, daß ein derartiges Verhalten für Deutschlands Stellung in Kon- 7466 stantinopel nicht nützlich wäre. In diesem Sinne entschied sich auch das Auswärtige Amt. Marschall wurde angewiesen, wenn nötig zu erklären, es liege außerhalb des Rahmens der deutschen Politik auf 7467 der Balkanhalbinsel, wo Deutschland direkte politische Interessen nicht besitze, weiter auf die Einzelheiten des Reformwerkes einzugehen.

Die beabsichtigte Entsendung weiterer, auch italienischer Offiziere nach der Türkei löste anfangs Dezember 1904 einen neuen 7468, 7469 heftigen Widerstand der Pforte aus. Die Pforte war nicht nur dagegen, sondern wünschte auch die Zurückberufung der neu ent- 7470 sandten Offiziere der anderen Mächte. Daraufhin betonten die Ententebotschafter am 13. Dezember 1904 die Notwendigkeit der Ver- 7471 mehrung der fremden Offiziere in Mazedonien unter Hinweis auf die Unfähigkeit der Pforte, daselbst Ordnung zu schaffen, und wiesen auf die schweren Folgen weiteren Widerstandes der Türkei hin. Die von den Botschaftern Rußlands, Frankreichs, Österreichs, Englands 7472 und Italiens unterzeichnete Note wurde von Marschall nicht unterschrieben, der darauf hinwies, daß Deutschlands Lage in der Offizierfrage eine wesentlich andere sei als die der übrigen Großmächte.

Den Abschluß der unerquicklichen Auseinandersetzungen bildete eine Mitteilung der Pforte vom 26. Dezember 1904, wonach sie bereit 7473 war, die weiteren 25 Offiziere in ihren Dienst zu nehmen. Sie stellte dabei die Bedingung, daß eine weitere Vermehrung nicht stattfinden solle, und bat zugleich die Mächte, ihren Einfluß in Sofia, Belgrad und Athen aufzuwenden, um den Übertritt von Banden auf türkisches Gebiet zu verhindern.

Kapitel 162

Die Mazedonischen Reformen

II. Die Finanzreform

Hatte das Jahr 1904 durch die Übernahme weiterer fremdherrlicher Offiziere in die Gendarmerie eine gewisse Entspannung gebracht, so schuf im Januar 1905 die Überreichung des Entwurfes

eines Finanzprogramms für die mazedonischen Provinzen durch die 7474 Botschafter der Ententemächte Rußland und Österreich in Konstantinopel eine neue Schwierigkeit. Die Vorschläge waren sehr weitgehend. Die Agenturen der Ottomanbank in Üsküb, Saloniki und Monastir sollten die allgemeine Zahlstelle für die drei Provinzen bilden, alle Einnahmen durch sie erhoben und alle Ausgaben durch sie nach Maßgabe eines Budgets geleistet werden, das zu seiner Gültigkeit der vorherigen Genehmigung durch die interessierten Mächte bedurfte.

Mußte von vornherein mit dem Widerstande der Türkei gerechnet werden, so waren auch noch weitere Mächte mit diesem Schritte Rußlands und Österreichs nicht einverstanden, so besonders 7475 Italien. Österreich entschuldigte sich damit, daß England auf eine Regelung der Finanzfrage gedrängt habe. Wenn die Ottomanbank ausgedehnte staatliche Funktionen und Kontrollrechte über drei türkische Provinzen erhielt, so bekam sie dadurch ein politisches und 7476 wirtschaftliches Übergewicht, das auch auf Deutschland lastete, zumal sie eigentlich nur eine französische Privatgesellschaft darstellte.

In einem ausführlichen Berichte vom 23. Januar 1905 führte Mar- 7477 schall denn auch aus, daß diese Finanzforderungen den Rahmen des Mürzsteger Programms weit überschritten. Auch würde es dem deutschen Interesse direkt widerstreiten, wenn die Ottomanbank, der „Pionier des wirtschaftlichen Franzosentums in der Türkei", durch die politische Aktion von Großmächten eine wesentliche Stärkung erführe. Die ganze Organisation sollte auf die Oberkontrolle von Zivilagenten zugeschnitten sein, deren Einrichtung dem Sultan peinlich war. Jetzt sei die „mazedonische Gefahr", die bis vor zwei Jahren ein ziemlich harmloses Dasein geführt hatte, in dem Augenblick akut geworden, in dem die Großmächte es unternahmen, diese Gefahr zu beseitigen.

In den kommenden Monaten entspann sich, ganz wie Marschall 7478–7501 es vorausgesehen hatte, ein erbitterter diplomatischer Kampf zwischen der Türkei und den Mächten um die neuen Finanzvorschläge. Am 11. März fragte der türkische Botschafter in Berlin an, welche Stellung 7502 die Kaiserliche Regierung zu dem mazedonischen Finanzentwurfe einnehme. Dieser Entwurf sah die Aufstellung eines Budgets für Mazedonien seitens des türkischen Finanzministers sowie die regelmäßige Zahlung der Gehälter der Zivil- und Militärbeamten durch die Ottomanbank vor. Die deutsche Regierung hatte Einwendungen 7503 nicht zu erheben und sprach ihr grundsätzliches Einverständnis aus, das sie auch Rußland und Österreich-Ungarn mitteilen ließ[1]. Am 7504 21. März 1905 suchten sich die Botschafter dieser beiden Mächte in Berlin nochmals der deutschen Zustimmung zu versichern. Ihnen

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7503 siehe hinten Teil 3.

wurde erwidert[1]), die deutsche Regierung werde den Entwurf prüfen, könne aber das der ottomanischen Bank vorbehaltene Kontrollamt nicht annehmen, da es mit Deutschlands Interessen nicht übereinstimme. In Wien erregte diese Zurückhaltung Deutschlands lebhafte Verstimmung. 7505 7506, 7507

In Konstantinopel wurde der deutsche Botschafter von seinen Kollegen wiederholt lebhaft bestürmt, seinen Einfluß bei der Pforte für das neue Finanzprogramm einzusetzen. Nach seiner Meinung konnte man sich mit den Russen und den Italienern unschwer verständigen, während Österreich-Ungarns Haltung unklar blieb. Am 26. April machte der österreich-ungarische Botschafter Frhr. v. Calice Marschall die Mitteilung, man habe das frühere Finanzprogramm der Ententemächte jetzt aufgegeben und einen neuen Vorschlag entworfen[2]), über den in den nächsten Tagen eine Botschafterbesprechung stattfinden sollte. Über den Wortlaut verhandelte man hin und her, und am 3. Mai 1905 konnte Marschall telegraphisch in Berlin anfragen, ob er der Formel zustimmen dürfe, die voraussichtlich am 4. Mai auf der Botschafterkonferenz beschlossen würde[3]). Nach weiteren Auseinandersetzungen über die schriftliche Festlegung der an die Pforte zu richtenden Note erhielt der den deutschen Botschafter in Konstantinopel vertretende Geschäftsträger Frhr. v. und zu Bodman am 24. Juli die Ermächtigung, die Kollektivnote über die mazedonische Finanzreform mit zu zeichnen. 7508–7512 7513 7514 7515 7516 7517–7526 7527

Am 31. Juli wurde diese Note der Pforte übergeben. Marschall weilte damals in Deutschland. Nach Ausweis einer ausführlichen Aufzeichnung, die im Auswärtigen Amt am 1. August 1905 vorlag, rechnete er damit, daß die Pforte ebenso wie bisher Schwierigkeiten machen würde. Seine Ansichten faßte er wie folgt zusammen: „Wir sind den anderen Mächten gegenüber, mit welchen wir einen gemeinsamen Vorschlag ausgearbeitet haben, moralisch verpflichtet, die Mittel anzuwenden, welche geeignet sind, den türkischen Widerstand gegen denselben zu brechen, ohne uns in politische Komplikationen hineinzuführen. Wir müssen uns hüten, irgendeine leitende Rolle dabei spielen zu wollen. Wir dürfen auch nicht aus Türkenfreundschaft eine Haltung einnehmen, die uns isolieren und uns das Mißtrauen namentlich der verbündeten Mächte zuführen würde. Es wäre dies ein schlechter Dienst, den wir den Türken erwiesen, denn diese würden Hoffnungen schöpfen, die mit schweren Enttäuschungen enden müßten. Auf der anderen Seite können wir uns auch nicht vorschieben lassen, um durch unseren ‚Einfluß' Konzessionen zu erreichen, welche für andere nicht erreichbar sind." 7528 7529

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7504 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7514 siehe hinten Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7516 siehe hinten Teil 3.

Wie die weitere Berichterstattung des Frhrn. v. und zu Bodman ergibt, lehnte der Sultan zunächst die neue Finanzkollektivnote als unannehmbar ab, obwohl auch Deutschland dafür eintrat. Mit allen Mitteln versuchte er Deutschlands Unterstützung gegen die anderen Mächte zu gewinnen. Deutschland sei dazu in der Lage und müsse im Interesse der Erhaltung seines türkischen Einflusses die Türkei schützen. Ebenso wie seinerzeit Napoleon III. könne es Europa seine Gesetze diktieren. Da die Pforte keine Miene machte einzulenken, entschlossen sich die Botschafter im September 1905 zu der Mitteilung an die Pforte, daß die für die mazedonische Finanzkommission ernannten Delegierten anfangs Oktober in Saloniki eintreffen würden. Die Pforte wurde ersucht, die nötigen Befehle zu geben, damit die Kommission alsbald ihre Arbeit beginnen könne. Die Pforte beharrte bei ihrer Ablehnung.

Nunmehr erwogen die Botschafter Zwangsmaßregeln. Der inzwischen nach Konstantinopel zurückgekehrte Botschafter v. Marschall erschöpfte alle Mittel persönlicher Beredsamkeit, um die Türkei zum Einlenken zu bewegen, bis er schließlich von Berlin ermächtigt wurde, den Sultan auf den Ernst der Lage vorzubereiten.

Die Botschafter am Goldenen Horn prüften jetzt den Gedanken, ob man den türkischen Widerstand gegen die mazedonische Finanzkommission durch eine Flottendemonstration zu brechen versuchen solle. Dieser Gedanke, gegen den der russische Botschafter Sinowiew die ernstesten Bedenken hegte, war von England angeregt worden. In England hatte man die Entwicklung der Dinge schon lange mit Sorge betrachtet[1]), da die öffentliche Meinung Englands sich immer lebhaft mit der mazedonischen Frage beschäftigt hatte. Lord Lansdowne fragte den Grafen Metternich nach Deutschlands Stellung zur mazedonischen Reformfrage. Metternich wurde am 23. Oktober zu der Antwort ermächtigt, Deutschland wünsche ebenso wie England in dieser Frage im Einvernehmen mit den übrigen Mächten zu handeln. In diesem Sinne wurden auch die Ententemächte Österreich-Ungarn und Rußland verständigt.

Am 26. Oktober verlangten die sechs Botschafter in Konstantinopel für den kommenden Tag eine Kollektivaudienz, um für die Annahme der mazedonischen Finanzkommission persönlich beim Sultan Vorstellungen zu erheben. Ein Erfolg wurde nicht erzielt, so daß am 7. November 1905 der österreich-ungarische und der russische Botschafter in Berlin amtlich die Aufforderung überreichten, an einer Flottendemonstration gegen die Türkei teilzunehmen.

Alle Versuche des Sultans, jetzt noch eine Rückendeckung beim Deutschen Kaiser zu finden, blieben vergeblich. So kam denn am

---

[1]) Vgl. Nr. 7541.

13. November 1905 in Konstantinopel eine Kollektivnote[1]) zustande, 7565
in der die Pforte zur Annahme des Finanz-Reglements aufgefordert wurde. Sie endete mit der Androhung weiterer Maßregeln, die die Mächte im Interesse ihrer Würde auszuführen sich in der peinlichen Notwendigkeit sehen würden, falls die Türkei die Forderungen nicht annähme. Die Überreichung der Note erfolgte am 15. November.

Die Beteiligung Deutschlands an der Flottendemonstration scheiterte an dem scharfen Widerstande Kaiser Wilhelms II., der hierfür Kriegsschiffe nicht zur Verfügung stellen wollte. „Dazu ist meine Kriegsflagge zu gut," schrieb er auf den Rand eines Kanzlerberichtes vom 13. November 1905. „Entweder im bitteren Ernst eingesetzt 7566
oder gar nicht gezeigt! Für dergleichen Maskeraden wie die vorliegende ist sie mir nicht feil!" Demgemäß wurde nach Wien mitge- 7568
teilt, die deutsche Regierung nehme zwar die Einladung der österreich-ungarischen und der russischen Regierung zur Flottendemonstration gegen die Türkei an und werde das Vorgehen sympathisch begleiten sowie moralisch unterstützen, sie sei aber leider nicht in der Lage, die Demonstration zur See mitzumachen, da sie keine Kriegsschiffe im Mittelmeer halte und wegen der Winterreparaturperiode auch keine Schiffe dorthin entsenden könne. Diese Mitteilung rief in Wien eine tiefgehende Enttäuschung hervor. 7571

Die weitere Entwicklung der Dinge geht aus den Dokumenten Nr. 7572—7593 hervor. Die Flottendemonstration machte auf den 7572–7593
Sultan nicht den erhofften Eindruck, wohl aber trugen Marschalls Warnungen das Beste dazu bei, daß schließlich eine Einigung zustande kam. Am 16. Dezember vermochte der deutsche Dragoman bei der 7594
Botschaft in Pera an das Auswärtige Amt zu telegraphieren, die Pforte habe die Forderungen der Mächte bezüglich der mazedonischen Finanzreform angenommen, und der Kommandant der internationalen Streitkräfte sei angewiesen worden, die Flottendemonstration einzustellen. Damit war diese, wie Kaiser Wilhelm II. auf einem Telegramm vom 17. Dezember 1905 vermerkte, ausgegangen wie das „Hornberger Schießen".

Kapitel 163

Die Erhöhung der Türkischen Einfuhrzölle

Unter der Begründung, zur Lösung der mazedonischen Reformfrage einer Erhöhung der türkischen Eingangszölle von 8 auf 11 % zu bedürfen, hatte die türkische Regierung schon am 14. Februar 1905 um die Genehmigung nachgesucht, diese Erhöhung vornehmen zu

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7565 siehe hinten Teil 3.

dürfen, und die Ententemächte Österreich-Ungarn und Rußland hatten sich unter gewissen Voraussetzungen damit einverstanden erklärt. Die Pforte sollte das von den Ententemächten aufgestellte Finanzprogramm übernehmen, die sich aus der Erhöhung der Zölle ergebenden Mehreinnahmen, soweit sie nicht von der Dette publique aufgezehrt würden, für Mazedonien verwenden und ihre Zollreglements im Sinne der von den Mächten wiederholt geltend gemachten Forderungen abändern. Während Deutschland der dreiprozentigen Erhöhung im allgemeinen zustimmte, hatte die englische Regierung sehr scharfe Bedingungen gestellt und u. a. auch eine Änderung der türkischen Minen-Gesetzgebung gefordert.

Die Dokumente des 163. Kapitels setzen mit dem 17. Januar 1906 7595 ein. Die Türkei hatte ihr Minengesetz geändert und glaubte damit eine der englischen Hauptbedingungen für die Genehmigung des dreiprozentigen Zollzuschlages erfüllt.

7596, 7597 England war aber noch keineswegs zufrieden, und auch Rußland stellte immer neue Bedingungen. So forderte es anfangs März 1906, daß die gesamten Einnahmen aus der dreiprozentigen Erhöhung Maze- 7598 donien zufallen müßten, und daß die Dette publique nichts davon erhalten dürfe. Die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens am Goldenen Horn vertraten demgegenüber die Auffassung, daß die Gewährung der Zollerhöhung an die Türkei, nachdem diese eine Reihe 7599 von Verbesserungen nicht nur zugesagt, sondern teilweise auch schon ausgeführt habe, nunmehr eine moralische Verbindlichkeit bilde. Deutscherseits schien es erwünscht, die Frage zunächst mit der Türkei zu regeln.

Am 30. April 1906 richtete die Pforte eine Note an die Bot- 7600 schafter, in der sie die Erhöhung der Eingangszölle als unabweisbare Notwendigkeit bezeichnete. Eine daraufhin stattfindende Botschafterkonferenz ergab von der Seite keiner Macht einen grundsätzlichen Widerspruch, da die Türkei das mazedonische Defizit aus den bisherigen Staatseinnahmen nicht zu decken vermochte. Man entschloß sich aber, der Pforte gewisse Bedingungen zu stellen und einigte 7601–7603 sich schließlich auf eine Note, die am 28. Mai 1906 der Pforte über- 7604 reicht wurde [1]). Die Türkei erließ daraufhin ein Irade über die Er- 7605 höhung der Zölle, nahm alle wesentlichen Bedingungen der Mächte an und machte einige, nicht unwichtige Vorbehalte. Sie erklärte sich 7606 außerdem bereit [2]), mit der deutschen Botschaft ein Sonderprotokoll über den türkisch-deutschen Handelsvertrag vom 23. August 1890 zu unterzeichnen.

Ein Telegramm des Geschäftsträgers Frhr. v. und zu Bodman vom 7607 23. Juni an das Auswärtige Amt bezeichnete die Antwort der Pforte

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7604 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7606 siehe hinten Teil 3.

in mehr als einem Punkte als unbefriedigend. Sie habe die von den Botschaftern verlangte Garantie mit Stillschweigen übergangen, und die Botschafter hätten sich daher entschlossen, die Pforte zunächst 7608 mündlich um Aufklärungen zu ersuchen.

Anfangs Juli nahm die ganze Frage durch die energische Weigerung Englands, sich an einer neuen Kollektivnote zu beteiligen, eine 7609 unerwartete Wendung. In London herrschte offenbar eine starke Mißstimmung gegen die Türken, und die Botschafter der anderen Mächte 7610 befürchteten nunmehr eine noch weitere Verschleppung des ganzen 7611 Reformwerkes. Sir Edward Grey sandte ein Memorandum vom 10. Juli 1906 über die türkische Frage an den Reichskanzler Fürsten 7612 Bülow, das noch weitere Forderungen an die Türkei stellte.

Von englischer und französischer Seite wurde nunmehr der Versuch gemacht, die Frage der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle mit der der Bagdadbahn in Beziehung zu setzen. Frhr. v. und zu Bodman wurde angewiesen, dem Sultan in einer Audienz davon Mit- 7613 teilung zu machen. Der Wunsch Englands war damals, die Türkei dazu zu zwingen, daß sie andere Mittel zur Deckung des mazedonischen Defizits erschließen solle.

Über das englische Memorandum vom 10. Juli 1906 wurde nun in 7614–7616 Konstantinopel hin und her verhandelt. Den vereinten Bemühungen der Botschafter schien es zeitweilig zu gelingen, den Botschafter Englands, Sir Nicholas O'Conor, davon zu überzeugen, daß sachliches 7617 Interesse und Billigkeit die Annahme der Zollerhöhung verlangten. Der Vertreter Englands stand schließlich allein, verharrte aber bei seiner Auffassung. 7618–7627

Ein Vorschlag des Botschafters Frhrn. v. Marschall[1]), wonach die 7628, 7629 Türkei sich verpflichten sollte, Sicherheiten für den Fall zu bestellen, daß die dreiprozentige Zollerhöhung für die Ausgaben der drei mazedonischen Wilajets nicht ausreiche, bot schließlich die Möglichkeit zu einer Verständigung, da auch der Botschafter Frankreichs ihm beitrat. 7630 Constans selbst entwarf einen Wortlaut[2]), mit dem auch Marschall 7631 sich einverstanden erklären konnte. Die Botschafterkonferenz vom 7. September 1906 einigte sich auf eine neue Fassung des Notenent- 7632 wurfs, der am 13. September von den Botschaftern Italiens, Öster- 7633 reich-Ungarns, Rußlands und Deutschlands unterschrieben wurde. Die Vertreter Frankreichs und Englands waren dazu noch nicht ermächtigt. Nunmehr erhob England neue Bedenken, so daß die Redaktions- 7634 7635 arbeit der Botschafter von neuem beginnen mußte. Der Vertreter 7636 Italiens schlug eine Fassung vor[3]), die den Wünschen Englands Rechnung trug, aber auch den türkischen Souveränitätsrechten ent-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7628 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7631 siehe hinter Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7636 siehe hinten Teil 3.

7637–7640 gegenkam. Der deutsche Botschafter wirkte auch weiterhin aus-
7641 gleichend und wußte auch den englischen Wünschen entgegenzukommen[1]). Am 30. September 1906 fand unter seinem Vorsitze eine
7642, 7643 Botschafterkonferenz statt, in der die Note wegen der drei Prozent
7644 von allen Vertretern gezeichnet wurde. Man zweifelte nun auch in England nicht mehr daran, daß der Sultan sich den Forderungen der Mächte fügen werde.

7645 In der Tat beschloß am 14. Oktober 1906 ein türkischer Ministerrat, den Forderungen der Mächte nachzugeben. Der Sultan zögerte
7646 aber noch mit dem Erlasse des Iradees, das aber anfangs November
7647 endlich doch erteilt wurde. Nun fehlte aber noch die Zustimmung der englischen Regierung, da letztere immer noch weitere Redaktionsänderungen geltend zu machen wußte. Auch die Zustimmungserklärung
7648–7668 des französischen Parlaments zu der dreiprozentigen Zollerhöhung ließ auf sich warten. Sie wurde endlich am 1. Juli 1907 erteilt, und die Botschafterkonferenz machte der Pforte am 11. Juli davon Mitteilung. Tags darauf trat die Erhöhung in Kraft.

Kapitel 164

Die Mazedonischen Reformen

III. Das Justizreformprojekt

Im November 1906 hatte die Pforte die Hauptforderungen der Botschafter für die mazedonische Finanzreform erfüllt. Alsbald trat bei den Botschaftern, besonders bei dem Vertreter Rußlands, der Wunsch hervor, die mazedonische „Justizreform" in Angriff zu
7669 nehmen. Was darunter zu verstehen sei, wußte, wie Marschall am 14. November 1906 launig berichtet, niemand. Die Parole war, es müsse doch irgend etwas geschehen. Marschall selbst hatte gegen eine solche Justizreform die allerschwersten Bedenken. In Mazedonien seien die nationalen Leidenschaften derart erregt und der Terrorismus so wirksam, daß trotz des Eides niemand eine für Stammesangehörige belastende Aussage abzugeben wage. Damit sei eine türkische Strafjustiz, die ohnehin nur von einem Teile der christlichen Bevölkerung als gerecht angesehen werde, unmöglich. Die Mächte könnten lediglich die vorhandene Justiz zerstören, ohne irgend etwas Brauchbares an ihre Stelle zu setzen. Auch in Berlin teilte man
7670 die Meinung, daß es erwünscht sei, die weitere Reformtätigkeit in Mazedonien in ruhigere Bahnen zu lenken.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7641 siehe hinten Teil 3.

In der Türkei erregten die Wünsche der Mächte nach einer Justizreform naturgemäß lebhaftes Bedenken. Vorarbeiten zu einer 7671 solchen wurden tatsächlich im Dezember 1906 bereits von dem österreichischen und russischen Botschafter in Konstantinopel ausgearbeitet. 7672–7673 Deutschland entschloß sich, dem Projekte insoweit keine Schwierigkeiten zu bereiten, als es zur Herstellung von Ruhe und Ordnung in 7674 den mazedonischen Wilajets und damit zur Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan beizutragen geeignet erscheinen konnte und die Billigung der übrigen Vertragsmächte fand. In Wien mußte im Januar 1907 der deutsche Botschafter darauf hinweisen, man möge 7675 dem Sultan Zeit lassen und ihn nicht durch weitere Pressionen bedrängen.

Als Frhr. v. Aehrenthal am 30. April 1907 nach Berlin abreiste[1]), 7676 teilte er vorher dem Botschafter Grafen v. Wedel mit, er wolle mit dem Fürsten Bülow die mazedonischen Justizreformen besprechen; England dränge in dieser Richtung immer mehr, und ein Zusammenschluß der Mächte, die eine konservative Politik auf der Balkanhalbinsel verfolgten und für die Integrität der Türkei einträten, sei sehr erwünscht. Österreich-Ungarn allein vermöge die Last nicht auf seine Schultern zu nehmen, aber mit Deutschlands Hilfe müsse man versuchen, Rußland und Frankreich für die gleichen Ziele zu gewinnen. Bei seiner Anwesenheit in Berlin hat Aehrenthal diese Frage aber nur obenhin besprochen und um Unterstützung durch die deutsche Diplomatie in Konstantinopel gebeten. Aehrenthal hatte auch in Petersburg sondiert, inwieweit Rußland geneigt sein würde, auf die Gedanken einer mazedonischen Justizreform einzugehen. Von diesen verschiedenen Schritten Aehrenthals hatte England Kenntnis erhalten, was 7677 eine starke Verstimmung gegen Aehrenthal herbeiführte. Er selbst vermutete eine Indiskretion Iswolskis, der ihm schon eine sehr gewundene Antwort gegeben habe, als er mit ihm darüber sprach. Der weltgeschichtlich bedeutsame Gegensatz zwischen diesen beiden Persönlichkeiten kündigt sich hier bereits in der Bemerkung Aehrenthals an, er habe Iswolski niemals recht getraut. Nunmehr ließ Aehrenthal in London erklären, daß seine Petersburger Besprechung keinerlei 7678 Mißtrauen gegen England enthalten habe. In Petersburg versicherte Iswolski, mit niemandem über die Sache gesprochen zu haben.

Aehrenthals Wunsch ging nun dahin, der Sultan möge selbständig 7679 von sich aus in der Frage der Justizreform vorgehen, während der Sultan gerade in der Justizreform eine besondere Demütigung er- 7680 blickte. Er suchte vorzubauen und ließ in Berlin erklären[2]), die Pforte 7681 habe bereits aus eigener Entschließung die Neuordnung der Rechtseinrichtungen in den drei rumelischen Wilajets in die Hand ge-

---

[1]) Siehe oben S. 11.

[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7681 siehe hinten Teil 3.

nommen und hege die Hoffnung, daß die Mächte es nicht für erforderlich halten würden, ihr einen neuen Vorschlag zu machen.

Der türkische Versuch, in dieser schwierigen Frage wiederum Deutschland vorzuschieben, wurde abgelehnt. In Therapia war man verstimmt, machte aber in Berlin nochmals einen Versuch, Deutschland vorzuschieben. Der Sultan hob hervor, der von den Mächten beabsichtigte Schritt sei ein Eingriff in seine Souveränitätsrechte; er selbst habe bereits eine Untersuchungskommission abgeschickt, und man möge ihm doch nur Zeit lassen.

Da in Petersburg großer Wert auf die Zustimmung Deutschlands zu dem Reformwerke gelegt wurde, fragte das Berliner Auswärtige Amt bei dem stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel, dem Gesandten v. Kiderlen, an, welche deutsche Antwort in Konstantinopel vielleicht günstig wirken würde. Kiderlen schlug einen Wortlaut vor, der der Türkei empfahl, sich den Mächten entgegenkommender zu zeigen; sie könne dann auch auf die wohlwollende Unterstützung Deutschlands rechnen. Die deutsche Regierung war nun gewillt, bei den Kabinetten in Wien und St. Petersburg einen vermittelnden Schritt zu tun und anzuregen, ob die Vertreter der Ententemächte nicht an der Hand des Reformprojektes zunächst vertraulich mit der Pforte in Verbindung treten möchten, um deren Ansicht über die Zweckmäßigkeit und praktische Durchführbarkeit der geplanten Reformen zu hören. Hiermit war der Reichskanzler, der damals gerade in Norderney weilte, einverstanden. Es wurde nun demgemäß verfahren, was vom Sultan dankbar begrüßt wurde.

Zwischen dem Minister v. Aehrenthal und Tittoni wurde im Laufe des Sommers 1907 eine weitgehende Verständigung über die Reformfrage anläßlich der Begegnungen in Desio am 15. Juli und am Semmering am 23. und 24. August erzielt. In Wien rechnete man nunmehr auf die Zustimmung Italiens zu den Vorschlägen Österreichs und Rußlands.

Die Überreichung eines türkischen Reformvorschlages aus eigenem Antriebe schuf am 15. September 1907 den Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen. Die Botschafter waren sich sofort darüber einig, ihren Regierungen den Antrag zu unterbreiten, daß sie die von der Türkei angebotenen Reformen annehmen möchten. Man wollte wieder eine gemeinsame Note an die Pforte richten, die der französische Botschafter zu entwerfen bereit war[1]). Der Fortgang der Angelegenheit litt aber dauernd unter den Einsprüchen des englischen Botschafters. Dieser, nach Kiderlens Kennzeichnung[2]) „ein unklarer Kopf, aber großer Intrigant", beherrschte die Lage; der französische Botschafter, der ihm allein die Stange halten konnte,

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7702 siehe hinten Teil 3.

[2]) Zu Dokument Nr. 7702.

war aber durch die Weisungen seiner Regierung gebunden, den Engländern selbst gegen das französische Interesse Folge zu leisten. Nach Kiderlens Ansicht war nunmehr die Hauptsache, daß die Mächte sich darüber klar wurden, wie weit sie in der Anwendung von Druckmitteln gehen wollten. Für Deutschland schlug er vor, gleich von vornherein kategorisch zu erklären, „daß wir für Pressionsmittel zugunsten der englischen Phantasiewünsche nicht zu haben sind". (Nr. 7702.) In diesem Sinne trat das Berliner Auswärtige Amt mit Wien in Verbindung[1]).

Für die Kenntnis der damaligen Türkenpolitik Deutschlands in der Reformfrage mag an dieser Stelle der Hinweis darauf genügen, daß Deutschlands Lage zwischen der Türkei einerseits, mit der es seine freundschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten wünschte, und mit dem reformeifrigen Österreich andererseits zeitweise eine recht schwierige gewesen ist. „Worauf es ankommt," schrieb Fürst Bülow am 16. November 1907 an den Rand einer im Auswärtigen Amte entstandenen Aufzeichnung vom 15. November 1907, „ist, Aehrenthal davon zu überzeugen, daß unsere Stellungnahme nicht aus der Absicht hervorgeht, uns in Konstantinopel lieb Kind zu machen und uns dort Sondervorteile und eine privilegierte Stellung zu sichern, auch nicht aus Rechthaberei und Empfindlichkeit, sondern daß es im Interesse der konservativen Mächte und speziell Österreichs liegt, die Türkei nicht allzusehr zu schwächen und den Sultan nicht zur Verzweiflung zu treiben." Ein Erlaß in diesem Sinne wurde am 21. November an die deutsche Botschaft nach Konstantinopel gerichtet. 7707

Die weiteren Einzelheiten dürfen hier übergangen werden. Einen vortrefflichen Überblick vermittelt ein Bericht des Botschafters Frhrn. v. Marschall, der auf der Rückreise nach Konstantinopel im Dezember 1907 seinen Weg über Wien nahm und sich am 14. Dezember mit Baron Aehrenthal gründlich aussprach. Die Botschafter in Konstantinopel waren zu dieser Zeit in der Hauptsache zu einer Einigung gelangt. Marschall sprach sich über die juristische Seite der Reformen eingehend aus, an der er Verschiedenes zu tadeln hatte. Aehrenthal stimmte ihm bei und erklärte, er gebe ihm die ganze Justizreform und die Reformen überhaupt preis, denn es sei vollkommen zutreffend, daß Reformen gegen nationale Strömungen aussichtslos seien. Aber das Bestreben, irgend etwas zu tun, sei nun einmal Axiom Rußlands und Englands geworden, die sich beide in scharfen Reformanträgen überböten, und Frankreich sowohl wie Italien gingen mit ihnen. Die beiden Staatsmänner waren sich völlig klar über die ernste Gefahr, die sich aus der Justizreform ergeben konnte. Weder Österreich-Ungarn noch Deutschland waren aber ihrer Ansicht nach 7708–7718 7719

[1]) Deutscher Wortlaut von Nr. 7705 siehe hinten Teil 3.

gegenwärtig in der Lage, eine andere Politik zu verfolgen, als sich den übrigen Mächten in der Frage der Justizreform anzuschließen.

Nach Konstantinopel zurückgekehrt, unterrichtete sich Marschall sofort über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Klar trat bereits zutage, daß das ganze Reformwerk seinen Zweck verfehlt hatte, und daß die Lage in Mazedonien sich immer mehr verschlimmerte. Mar-
7720 schalls großer hierüber erstatteter Bericht vom 24. Dezember 1907 ist dadurch besonders reizvoll, daß er uns eine genaue Kenntnis der Auffassung der verschiedenen Botschafter und ihrer Persönlichkeiten vermittelt. Die Lage schien ihm sehr gefährlich: „Jede der rivalisierenden Nationen will sich für den Fall des Zusammenbruches der türkischen Herrschaft die größtmögliche ethnographische Zone sichern. Nun ist es zweifellos, daß die Reformaktion der Mächte die türkische Herrschaft erschüttert hat, zuerst durch die Zivilagenten, dann durch die internationale Gendarmerie und endlich durch die Finanzkontrolle. Immer erbitterter und blutiger ist der Kampf geworden. Jetzt kommt die Justizreform! Die türkische Justiz mag schlecht sein, sie hat immerhin da und dort noch abschreckend gewirkt. Jetzt soll die türkische Justizhoheit zugunsten von Einrichtungen beseitigt werden, die desorganisierend und auflösend auf das ganze Rechtsgebiet, vor allem auf die Strafjustiz wirken müssen. Die Wirkung auf die streitenden Balkanvölker ist vorherzusehen.“ Besonders beklagte Marschall die Haltung Englands, das, von Rußland unterstützt, Einzelfragen mitten in der sachlichen Diskussion vor die Kabinette gebracht und sogar Druckmittel in ihrem Sinne angewendet habe.

In ähnlichem Sinne sprach sich Sir Edward Grey am 19. Dezember
7721 in einer zu Berwick gehaltenen Rede aus. Er sagte darin, die englische Regierung sei zwar gewillt, die Vorschläge anderer Mächte zu unterstützen, sie sei aber auch bereit, andere Vorschläge anzuregen, die geeignet sein könnten, eine Besserung der Lage auf dem Balkan herbeizuführen. Der deutsche Geschäftsträger in London, Wilhelm v. Stumm, schloß aus der Haltung des englischen Staatsmannes, daß er bestrebt sei, sich Grundlagen für ein engeres Zusammengehen Rußlands und Englands auch in Balkanfragen und damit einen Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen im näheren Orient zu schaffen.

Die ersten Monate des Jahres 1908 wurden am Goldenen Horn durch Erörterungen über die Mandatsverlängerung der mazedonischen
7722 Reformorgane ausgefüllt. Die Pforte bestand anfangs auf der Übernahme der Zivil- und Finanzagenten in den türkischen Dienst. Es wurde dann noch eine Reihe weiterer Noten ausgetauscht, bis endlich die Pforte im März 1908 ihren Widerstand aufgab und den Botschaftern der sechs Mächte durch Note vom 13. März 1908 anzeigte,
7748 die Mandate des Generalinspektors, der zwei Zivilagenten, der Finanzkommission, des Generals de Georgis-Pascha und der übrigen

fremden Gendarmerie-Offiziere würden bis zum 12. Juli 1914 verlängert. Diese Persönlichkeiten würden während dieses neuen Zeitraumes fortfahren, wie in der Vergangenheit, ihre Befugnisse entsprechend den eingegangenen Verabredungen auszuüben. In diesem letzteren Satze vermutete Marschall eine Schutzwehr gegenüber den Versuchen, der Finanzkommission neue Tätigkeiten aufzuerlegen.

7723–7747

Von den Dokumenten Nr. 7723—7747, die Deutschlands Stellung zu den Vorgängen in der Türkei klarlegen, sei hier nur auf die Berichte Marschalls vom 5., 11., 13. und 31. Januar, 3., 6., 12., 15., 17. und 25. Februar, sowie vom 8. März 1908 hingewiesen, die einen zusammenhängenden Überblick gewähren.

7726



Die Zweite Haager Friedenskonferenz
Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Der dreiundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 23. Bandes

Erste Hälfte

Abschnitt I

Die Friedenskonferenz

Abschnitt I

Die Friedenskonferenz

Kapitel 165

Deutschland-England-Amerika und der Schiedsgedanke 1904

A. Das Deutsch-Englische Schiedsabkommen von 1904

Der Abschluß des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 hatte bei den Staatsmännern der Mittelmächte zu der Erwägung geführt, ob es nicht für die Dreibundmächte, insbesondere die Kabinette von Berlin und Wien, möglich sein würde, über die aus der Entente cordiale für Ägypten hervorgehenden Schlußfolgerungen in einen Gedankenaustausch einzutreten[1]). Hieraus entwickelte sich später deutscherseits der Wunsch, mit England zu einer ähnlichen Verständigung zu gelangen, wie sie soeben zwischen England und Frankreich zustande gekommen war. Eine Flotteneinigung zwischen Deutschland und England schien allerdings erst möglich, wenn Deutschland sich über die anderen Fragen mit England wenigstens grundsätzlich einigermaßen geeinigt hatte. Graf Bülow hielt es aber für möglich, in die Besprechungen mit England über Ägypten auch alle übrigen kleineren und größeren, noch schwebenden Fragen — Samoa und Transvaal-Entschädigungen, Kanada und Vorzugsrecht des Mutterlandes — mit hineinzunehmen. Vor allem sollte der Schiedsvertrag zum Abschluß gebracht werden[2]).

In London war man mit dem Abschlusse eines Schiedsabkommens einverstanden, wollte dieses aber gesondert behandelt und nicht als Teil eines allgemeinen Abkommens nach Art des englisch-französischen Vertrages vom 8. April 1904 angesehen wissen.

Der bevorstehende Besuch König Eduards VII. vom 25. bis 30. Juni 1904 bei Kaiser Wilhelm II. in Kiel bot eine günstige Gelegenheit für weitere Verhandlungen. Man einigte sich dort leicht über den Text eines Schiedsabkommens, wonach streitige Rechtsfragen und 7749 Streitfragen, die sich auf die Auslegung der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen bestehenden Verträge bezogen, sofern sie sich nicht auf diplomatischem Wege erledigen ließen, dem durch das Abkommen vom 29. Juli 1899 eingesetzten ständigen Schiedshofe im Haag überwiesen werden sollten. Vorausgesetzt blieb dabei, „daß solche Streitfragen nicht die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragschließenden Staaten berühren und nicht die Interessen dritter Mächte angehen".

---

[1]) Vgl. Wegweiser IV, 1. Hälfte, S. 80.

[2]) Vgl. Nr. 6444; Wegweiser IV, 1. Hälfte, S. 80.

Der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, war in Kiel mit anwesend und führte nach seiner Rückkehr die Verhandlungen in London weiter. Lord Lansdowne war zum Abschlusse des Ab-
7750 kommens über den Schiedsvertrag bereit, hatte aber offenbar wenig Neigung, die anderen von der deutschen Regierung zur Erörterung gestellten Punkte gleich mit zu erledigen. Das war für Deutschland wenig angenehm, denn im Interesse der Beschleunigung der Operationen gegen die aufständischen Hereros in Südwestafrika hätte es gelegen, wenn England die Landung deutscher Truppen in der Walfischbai und ihren Durchzug gestattet haben würde, zumal die Landung in Swakopmund sehr schwierig war. Lord Lansdowne lehnte den deutschen Wunsch aber mit der Begründung ab, daß die englische Regierung den Eindruck zu vermeiden wünsche, als ob sie in irgendeiner Art mit den deutschen Truppen zusammenwirke.

7751 Graf Metternich wurde am 9. Juli zur Unterzeichnung des Schiedsabkommens ermächtigt. Tags darauf traf ein deutsches Geschwader von 33 Kriegsschiffen zum Besuch in Plymouth ein. Graf Bülow hielt daher diesen Zeitpunkt als für die Unterzeichnung besonders geeignet. Da Lord Lansdowne auf die Landung deutscher
7752 Truppen in der Walfischbai auch weiterhin nicht einzugehen wünschte,
7753 wurde der Schiedsvertrag gesondert am 12. Juli 1904 durch Lansdowne und Metternich unterzeichnet. Der englischen Presse wurde amtlich mitgeteilt, daß ein Schiedsabkommen auf der gleichen Grundlage wie das von England mit Frankreich, Spanien und Italien vereinbarte nunmehr auch mit Deutschland abgeschlossen worden sei. Einer be-
7754 sonderen Ratifikation bedurfte dieser Vertrag nicht, wurde vielmehr durch die Unterzeichnung ohne weiteres rechtskräftig.

In England wurde der Abschluß des Abkommens mit Deutschland keineswegs einhellig freundlich aufgenommen. So bezeichnete es z. B.
7755 „Morning Post“ als einen politischen Fehler, da der Eindruck der Verständigung mit Frankreich dadurch vermindert werde. „Daily Mail“ sprach offen aus, erst wenn Deutschland einwillige, sein Marinebudget herabzusetzen, könne man an eine Wandlung seiner Gesinnung gegenüber England glauben. Auch „Globe“ betonte, wenn es auch an sich erwünscht sei, mit Deutschland in Frieden zu leben, so dürfe man sich doch nicht durch derartige Abmachungen täuschen lassen und vergessen, daß Deutschland seine Flotte nur gegen England baue. Es fehlte aber auch nicht an freundlicheren Zeitungsstimmen.

7756 In Amerika, dessen Presse damals gerade lebhaft mit der Präsidentenwahl beschäftigt war, stellte die Presse an der Hand dieser Vorgänge mit Bedauern das tief eingewurzelte englische Mißtrauen gegen Deutschland fest. Die meisten Blätter begrüßten indes die in dem Abkommen liegende Friedensbürgschaft.

B. Das Projekt eines Deutsch-Amerikanischen Schiedsabkommens

Am 25. Oktober 1904 berichtete der deutsche Botschafter in Washington, Frhr. Speck v. Sternburg, telegraphisch über einen ihm 7757 mündlich mitgeteilten Wunsch des Präsidenten Roosevelt, mit Deutschland — und nicht mit England allein — einen Arbitrationsvertrag abzuschließen, der nur einige wenige Paragraphen zu enthalten brauche. Dieser Wunsch sollte dem Deutschen Kaiser mitgeteilt werden.

Kaiser Wilhelm II. erklärte sofort seine Zustimmung, worauf 7758—7760 Roosevelt den Staatssekretär Hay beauftragte, den Text des Schiedsvertrages mit dem deutschen Botschafter zu besprechen. Hays Wunsche entsprach es, die Artikel 1 bis 3 des englisch-französischen 7393 Vertrages als Vorlage zu nehmen. Deutscherseits hatte man nur den Wunsch, daß eine besondere Ratifikation auch in Amerika nicht 7761, 7762 als erforderlich erachtet werden möchte.

Nach amerikanischem Staatsrecht war aber die Ratifikation durch den Senat erforderlich. Auch wünschte Staatssekretär Hay, daß das 7763 Abkommen auf fünf Jahre abgeschlossen werden möge. Er schlug deshalb vor, außer dem Schiedsvertrage noch eine geheim zu haltende 7764 Erklärung[1]) zu unterzeichnen, wonach das Abkommen zufolge der Verfassung der Vereinigten Staaten der Ratifikation durch den Präsidenten „unter und mit Beratung und Zustimmung des Senats“ bedürfe, um seine volle Rechtskraft zu erlangen. In Berlin war man 7765 damit einverstanden und, falls Amerika das wünschte, auch bereit, das Abkommen dem Kaiser zur Ratifikation zu unterbreiten.

Nunmehr fand am 23. November 1904 in Washington die Unter- 7766 zeichnung des Schiedsvertrages und der geheimen Erklärung durch den Staatssekretär Hay und den deutschen Botschafter statt.

Die Ratifikation durch den Senat gestaltete sich schwieriger, als man in Berlin angenommen hatte. Häufig schon hatten die Senatoren Veränderungen geringfügiger Natur an den ihnen vorgelegten Verträgen vorgenommen, nur um auf diese Weise darzutun, daß ohne 7767 ihren Willen kein Vertrag zustande kommen könne. Da eine Einigung zwischen dem Präsidenten und dem Senate hierüber nicht zu erzielen war, ließ Roosevelt alle acht ihm vorgelegten Schiedsverträge, darunter auch den deutsch-amerikanischen, einstweilen auf 7768 sich beruhen und nahm die Frage erst nach der zweiten Haager Konferenz wieder auf.

---

[1]) Deutscher Wortlaut von Nr. 7764 siehe hinten Teil 3.

Kapitel 166

England-Deutschland und der Abrüstungsgedanke
Der Flottenstandard 1906

Im Mai 1906 wurde im englischen Unterhause der Antrag des 7769 liberalen Mitgliedes Vivian, „die britische Regierung solle auf der nächsten Haager Konferenz die Frage einer internationalen Verständigung über eine allgemeine Verringerung der Rüstungen zur See und zu Land in ihr Programm aufnehmen“, ohne Abstimmung und mit lauten Beifallsbezeugungen angenommen. Vivian fügte hinzu, die Ausgaben müßten erheblich herabgesetzt werden, zumal Rußlands Lage sich verändert habe, und das englische Programm dürfe immer nur einen defensiven, nie aber einen aggressiven Charakter tragen. Sir Edward Grey erwiderte, alle Nationen seien mit Rüstungen überbürdet, aber eine jede warte darauf, daß die andere mit der Reduzierung beginne. Zu keiner Zeit vorher sei die absolute und relative Oberherrschaft Englands zur See größer gewesen als jetzt, deshalb könne die Regierung der ernsten Frage erhöhter Sparsamkeit in den Ausgaben für Rüstungen nähertreten.

Als am 25. Mai 1906 Lord Avebury im Oberhause die Abrüstungs- 7770 frage anschnitt, erklärte der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord Fitzmaurice, die Regierung hoffe und glaube, im nächsten Jahre imstande zu sein, einige Einschränkungen in den Rüstungsausgaben vorzuschlagen. England sei keine aggressive Nation, und man müsse hoffen, daß, wenn es mit dem Beispiele der Rüstungseinschränkungen voranginge, Europa seinem Beispiele folgen werde. In der Diskussion brachte Lord Lansdowne zum Ausdruck, England dürfe sich nicht binden: es liebe den Frieden, müsse aber zum Kriege bereit sein, falls dieser unvermeidlich werde.

Am 23. Juli 1906 sollte in London eine interparlamentarische Union zusammentreten. Da auf ihr auch die Abrüstungsfrage erörtert 7771 werden sollte, fragte der deutsche Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm mehrere Wochen vorher den Kriegsminister Haldane, was eigentlich die Absichten der englischen Regierung in dieser Frage seien. Haldane erwiderte, die liberale Regierung sei, gestützt auf ihre große Majorität, entschlossen, in der Abrüstungsfrage einen ernsten Schritt zu tun und sie auf der nächsten Haager Friedenskonferenz anzuschneiden. Das englische Flottenprogramm solle zunächst nicht weiter ausgedehnt, die Armee nur organisatorisch vervollkommnet werden. Alles weitere werde von der Haltung der anderen Mächte abhängen müssen. Herr v. Stumm wies darauf hin, daß wegen der geographischen Lage Deutschlands sowie angesichts der Überlegenheit der englischen und französischen Flotte diese Frage für Deutschland ganz besonders schwierig sei; es werde sich aber sicher an einer Erörterung beteiligen.

Am 27. Juli 1906 beantragte die englische Regierung im Parlament eine Verminderung des Bauprogramms für 1906/07. Danach 7772 sollten statt vier Linienschiffe deren drei, statt fünf Seezerstörer deren zwei und acht Unterseeboote statt zehn gebaut werden, was eine Verminderung der Kosten um $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling ausmachte. Auch für das Jahr 1907/08 waren Verringerungen vorgesehen. Im Parlament wies Balfour bei diesem Anlasse auf den Gegensatz 7773 zwischen der scheinbaren Abrüstung und der auf eine erhebliche Verstärkung des Expeditionskorps hinauslaufenden geplanten englischen Heeresreform hin. Auch nach der Ansicht britischer Seeoffiziere konnten die beabsichtigten Abstriche im Marinebudget die 7774 britische Vorherrschaft zur See in keiner Weise gefährden.

Mit besonderer Freude begrüßte die belgische Presse Englands damalige Haltung. Eigentlich nur das „XXe Siècle“ nahm einen etwas 7775 skeptischen Standpunkt ein und wollte in den britischen Abrüstungsvorschlägen nur den Wunsch erkennen, dem britischen Interesse zu dienen. Den Belgiern, meinte das Blatt, könne es übrigens nur recht sein, wenn England mit seinen Plänen durchdringe, denn England sei der erste Bürge der belgischen Neutralität.

Im Juli 1906 lief das englische Linienschiff „Montagu“ im Nebel auf ein Riff bei Lundy Island. Da auch eine Reihe kleinerer Havarien 7776 bei anderen Schiffen vorkamen, wurde die öffentliche Meinung unruhig, und man glaubte nicht mehr wie bisher an die Überlegenheit der englischen Flotte und ihres Personals unter allen Umständen.

Vom November 1906 an trat die Frage des Baues von Dreadnoughts in England und Deutschland in den Vordergrund des Interesses. In England hatte man, wie der deutsche Marineattaché Kapitän z. S. Coerper am 19. November 1906 berichtete, vorzeitig ein großes 7777 Triumphgeschrei über die Gefechtsstärke der neuen Dreadnoughts angestimmt. Bestimmt hatte man darauf gerechnet, daß die hohen Kosten, die Abmessungen des Kaiser Wilhelm-Kanals und der deutschen Docks Deutschland davon abhalten würden, England im Bau von Schiffen des Dreadnought-Typs nachzufolgen. Man glaubte somit die Überlegenheit der englischen Flotte auch ohne weitere finanzielle Lasten gesichert. Um so größer war die Enttäuschung, als Deutschland trotz aller Schwierigkeiten Schiffe gleicher Stärke zu bauen sich entschloß. Als Coerper im Dezember 1906 an einem Marinevortrag in der Royal United Service Institution teilnahm, 7778 hatte er den Eindruck, daß über der ganzen Versammlung das Gespenst der deutschen Flotte schwebe.

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die damaligen englisch-deutschen Beziehungen warf eine Zeichnung im „Punch“ vom 26. Dezember 1906, in der die Figur der Britannia dem erschreckten Kaiser Wilhelm II. eine Tafel mit den Treffergebnissen der englischen Schiffsartillerie aus den drei letzten Jahren entgegenhielt. Der eng-

lische Marineattaché in Berlin Commander Dumas sprach am 9. Januar 1907 bei seinem Besuche des Staatssekretärs v. Tirpitz diesem sein Bedauern über die unpassende Karikatur aus und machte von sich aus den Vorschlag, ob nicht die Lords der Admiralität, im besonderen Lord Fisher und Tirpitz, eine Zusammenkunft haben könnten, um des gegenseitige Mißverstehen zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Tirpitz sagte ihm, das deutsche Budget betrage noch nicht ein Drittel des englischen, und dementsprechend seien auch die Seestreitkräfte Englands den deutschen um mehr als das Dreifache überlegen. Auf der ganzen Welt gäbe es keine einzige Frage, die Deutschland zu einem aggressiven Vorgehen gegen England veranlassen könne. „Sehr gut und richtig!" vermerkte hierzu Kaiser Wilhelm II. Auch eine Konkurrenz mit England im Schiffsbau bestritt Tirpitz unter dem Hinweis darauf, daß die Marineleitung im vorigen Jahre leicht das Doppelte von dem hätte fordern können, was tatsächlich gefordert worden sei.

7779

Im Verlaufe des Gesprächs wies Dumas darauf hin, daß man auch in England in den urteilsfähigen Kreisen die Möglichkeit einer Abrüstung nicht als vorhanden betrachte. Die englische Regierung werde trotzdem einen derartigen Abrüstungsantrag stellen. Kaiser Wilhelm II. vermerkte hierzu, die Seestreitkräfte eines jeden Landes müßten dem Umfange seiner See- und Handelsinteressen entsprechen. „Das Mißverhältnis zwischen beiden dürfte bei uns noch größer sein als irgendwo anders. Und wollen Frankreich, Nordamerika, Japan mit ihren Seerüstungen aufhören?"

Die Anregung des englischen Marineattachés wurde vom Reichskanzler Fürsten Bülow sofort aufgegriffen. Auch er hielt es für erwünscht, wenn Admiral v. Tirpitz gelegentlich eine Aussprache mit den britischen Lords der Admiralität, besonders mit Lord Fisher, haben könnte. Nur hielt er es nicht für erwünscht, diese Zusammenkunft gerade für die Kieler Woche oder auch sonst gerade in Kiel in Aussicht zu nehmen, da die englischen Admirale dort vielleicht einen falschen Begriff von unseren Seestreitkräften gewinnen würden, „wodurch leicht das gerade Gegenteil einer Beruhigung herbeigeführt werden könnte".

7780

Als anfangs März 1907 im englischen Unterhause der Marine-Etat zur Beratung stand, wurde die Regierung wiederholt wegen ihrer Marinepolitik angegriffen. Dabei ergaben sich auch verschiedene Ausfälle gegen Deutschland. Sir Henry Campbell-Bannerman bedauerte diese Hineinziehung Deutschlands und erklärte, wenn auch in gewundener Form, daß auch er ein Anhänger des Two-Power-Standard-Grundsatzes sei. Dieser Standard müsse für die nächsten dreieinhalb Jahre vor einer Gefährdung gesichert sein, und das sei auch nach den Darlegungen der Admiralität der Fall. In längerer Rede wandte sich sodann Balfour gegen den Premierminister und

7781

wies auf den Gegensatz hin, der zwischen der von der Regierung vertretenen Abrüstungsidee und den Erklärungen liege, die sie über die organisatorische Vermehrung der Wehrkraft Englands zu Lande und zu Wasser abgebe. Zutreffend berichtete der Marineattaché in London, Kapitän z. S. Coerper, am 6. März 1907 nach Berlin, es sei 7782 nur zu erklärlich, daß eine Regierung sich nicht klar und präzise für einen Two-Power-Standard aussprechen könne, die gerade die Abrüstungsfrage anzuregen entschlossen sei. „Denn das kann sie selbst ihren besten Freunden und Alliierten nicht zumuten, daß diese und die anderen Nationen die Hegemonie Englands zur See vertragsmäßig in Permanenz erklären sollen." Beruhte doch die Freundschaft der Mächte zu England, wie der Botschafter Graf Metternich am 8. März im Anschluß an eine Äußerung Balfours zutreffend ausführte, 7783 zum großen Teile auf der Stärke der englischen Flotte.

Je mehr die Frage der Abrüstung in England öffentlich erörtert wurde, um so stärkere Widerstände machten sich geltend. Den Rednern, die sich für den Abrüstungsgedanken erwärmten, wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch von anderen Mitgliedern des Unterhauses entgegengehalten, daß die Suprematie zur See für England eine Lebensfrage bilde. Andere betonten, England dürfe nur dann seine Rüstungen einschränken, wenn die anderen Staaten damit begännen. Unter keinen Umständen dürften Verschiebungen zu Un- 7784 gunsten Englands eintreten.

Anfangs März 1907 wurde Kapitän z. S. Coerper von seiner Stellung als Marineattaché in London abberufen. Am 14. März übersandte er dem Admiral v. Tirpitz eine Aufzeichnung mit bemerkens- 7785 werten marinetechnischen Betrachtungen. Danach bildete die stetig wachsende Seemacht Deutschlands das größte Hindernis für Englands politische Aktionsfreiheit. „Das ist der Kernpunkt des mangelhaften Verhältnisses der beiden Nationen zueinander. Alle anderen häufig angeführten Gründe — Konkurrenz in Handel, Industrie und Schiffahrt, Parteinahme im Transvaalkriege pp. — sind nebensächlicher Art." Der englische Steuerzahler müsse die enormen Kosten für einen fast Three-Power-Standard aufbringen und fühle sich trotzdem nicht mehr ganz sicher. Daran sei seiner Ansicht nach lediglich Deutschland schuld. Noch im Jahre 1898 wurde die deutsche Flotte als eine „quantité négligeable" betrachtet. Man hielt es in England nicht für möglich, daß Deutschland neben seiner Riesenarmee auch noch eine starke Flotte erhalten könnte. Das Programm von 1899, das Erscheinen des deutschen Manövergeschwaders an der irischen Küste und die Versammlung der deutschen Flotte in Kiel bei der Anwesenheit des englischen Königs änderten diese Anschauungen. Man erkannte in England die Stetigkeit des deutschen Entschlusses zur Durchführung des Flottenprogramms. Von nun an wurde in der Presse und im täglichen Gespräch der Gedanke erörtert, ob man nicht

der deutschen Flottenpolitik Halt gebieten und im Weigerungsfalle die deutsche Flotte vernichten solle, ehe sie zu stark werde. Nach der Seeschlacht von Tschusima, die den Beweis dafür erbrachte, daß es nicht das Material allein sei, das die Seeschlachten gewinne, wuchs die Sorge der Engländer. Man erkannte die deutsche Flotte als Machtfaktor an und suchte nun durch Dreadnoughts und Invincibles das englische Übergewicht unbestritten wiederherzustellen. Daß Deutschland auf diesem Wege folgen könne, hielt man für ausgeschlossen. Kapitän Coerper rechnete für das nächste entscheidende Stadium der englisch-deutschen Beziehungen mit Ende 1910. Dann müßten 16 oder 17 englische Großkampfschiffe 14 deutschen gegenüberstehen. Coerper hielt es für gewiß, daß mit der zunehmenden Stärke Deutschlands zur See die Hetzerei der Presse in England abflauen, der Wunsch nach Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern stärker werden würde.

Am 25. April 1907 kritisierte der „Daily Telegraph" ziemlich 7786 abfällig die Absicht der englischen Regierung, den Abrüstungsvorschlag vor der Haager Konferenz zur Sprache zu bringen. Deutschland sei völlig berechtigt, den englischen Friedensbestrebungen nicht zu trauen, wenn England gleichzeitig erkläre, daß es unter allen Umständen, ob mit oder ohne Abrüstung, die Vorherrschaft zur See haben müsse. Die englischen Delegierten hätten offenbar die Instruktion, England dem Gelächter der Welt preiszugeben[1]).

7787 Als der deutsche Geschäftsträger in London, W. v. Stumm, mit Sir Edward Grey im Mai 1907 über die Abrüstungsfrage sprach, gab dieser zu, daß die Frage der Dreadnoughts jetzt bestimmend sei. Stumm hatte ihm gesagt, wenn England plötzlich neue Schiffstypen nach der Art der Dreadnoughts einführe, sei auch Deutschland gezwungen, sein Schiffsbauprogramm zu ändern, da andernfalls die deutsche Flotte aus minderwertigem Material bestehen würde.

7788 Am 31. Mai 1907 sprach Graf Metternich mit Sir E. Grey über denselben Gegenstand; der englische Minister betonte bei diesem Anlasse, er habe mit der Anregung der Abrüstungsfrage bezweckt, daß die Mächte sich gegenseitig im voraus ihre Flottenprogramme mitteilen möchten. Hierin sei doch gewiß keine Falle zu erblicken. Graf Metternich erwiderte, Deutschland habe durch sein Flottengesetz ganz öffentlich den Inhalt und Umfang seiner Seerüstungen festgelegt. Auf der englischen Seite herrsche hingegen in dieser Beziehung ein gewisses Dunkel durch die Geheimhaltung der Typen der Dreadnought- und Invincible-Klasse. Sir Edward Grey entgegnete, das englische Programm werde von Jahr zu Jahr festgelegt; man kenne aber nicht das Tempo des deutschen Programms und wisse

---

[1]) Bezüglich des Zusammentretens der Haager Konferenz vgl. die synchronistische Zusammenstellung.

auch nicht, ob nicht bald eine neue Flottenvorlage käme. Graf Metternich hob demgegenüber hervor, daß das deutsche Flottenprogramm auf Jahre hinaus bestimmt sei.

Kapitel 167

Die ersten Vorverhandlungen vor der Konferenz 1904—1906

Die Dokumente des 167. Kapitels springen nunmehr zeitlich um zweieinhalb Jahre zurück[1]).

Ende Oktober 1904 bat der russische Botschafter in Berlin, Graf v. der Osten-Sacken, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes um Auskunft über Deutschlands Stellungnahme zu einer von Washington aus angeblich zu erwartenden Einladung zu einer Wiederholung der Haager Friedenskonferenz. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erwiderte dem Botschafter mündlich, das Bevorstehen einer solchen Einladung sei zu bezweifeln. Deutschland sei im übrigen keinesfalls geneigt, sich an der Konferenz zu beteiligen, soweit diese sich mit dem gegenwärtigen — russisch-japanischen — Kriege beschäftige. In Washington betonte der Präsident Roosevelt, daß er jeden Mediationsversuch sorgfältig vermeiden würde. Der amerikanische Staatssekretär machte geltend, der russische Kaiser habe 1898 zur Teilnahme an der ersten Haager Friedenskonferenz aufgefordert[2]), als Amerika und Spanien sich im Kriegszustande befanden. Die zweite Konferenz habe ebenfalls mit dem Kriege nichts zu tun und solle sich lediglich mit den unvollendeten Aufgaben der ersten Konferenz beschäftigen. 7789 7790

Rußland hielt zunächst an seiner Ablehnung des Konferenzgedankens fest, was man in Berlin bedauerte, da es auf einer Konferenz vielleicht gelingen konnte, durch Hand-in-Hand-Gehen mit Rußland in gewissen Neutralitätsfragen, z. B. Benutzung neutraler Häfen durch Kriegführende und Behandlung neutraler Schiffe, einer Regelung solcher Fragen im einseitigen englischen Interesse entgegenzuwirken. 7791 7792

Am 5. November 1904 überreichte der amerikanische Geschäftsträger H. Percival Dodge in Berlin die Einladung zur Konferenz. Der Reichskanzler verfügte daraufhin die Einholung einer gutachtlichen Äußerung von den Völkerrechtsspezialisten des Auswärtigen Amtes Klehmet und Kriege. In Berlin war man entschlossen, die Einladung anzunehmen, falls alle Mächte annahmen. Nach einer

[1]) Vgl. synchronistische Zusammenstellung.
[2]) Vgl. Wegweiser Bd. III, S. 83 ff. und S. 91 ff.

7793 Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom 6. November 1904 hätte eine Rumpfkonferenz von Hause aus ihre Spitze gegen die nichtbeteiligten Mächte gekehrt, lief somit dem Zwecke, Frieden und Wohlwollen zu fördern, unmittelbar zuwider.

7794 In Petersburg erklärte man nunmehr, daß Rußland grundsätzlich mit dem Gedanken einer zweiten Friedenskonferenz sympathisiere; solange aber der Krieg dauere, halte es die Konferenz für inopportun und würde nicht in der Lage sein, daran teilzunehmen.

An der Weigerung Rußlands und an der lauen Aufnahme des Gedankens durch andere Mächte, so besonders England, scheiterte 1904 der Konferenzplan. Ein Telegramm des Reichskanzlers Grafen Bülow 7795 vom 18 November 1904 an den deutschen Botschafter in Washington gab dem Bedauern Ausdruck, daß an das Zustandekommen einer allgemeinen Konferenz für jetzt leider nicht mehr zu denken sei. „Unter diesen Umständen möchten wir dem Präsidenten Roosevelt und der Regierung der Vereinigten Staaten zur Erwägung stellen, ob nicht der großen zivilisatorischen Aufgabe, die unsere wärmste Sympathie hat und unserer vollsten Unterstützung sicher ist, ein größerer Erfolg winken dürfte, wenn die Konferenz verschoben würde, bis die Dinge in Ostasien sich geklärt haben. Die Zwischenzeit könnte dann mit Vorteil benutzt werden, um eine nähere Verständigung über ein festes Konferenzprogramm vorzubereiten."

Der Konferenzgedanke ruhte nun fast ein Jahr. Im September 7796 1905 tauchten Pressenachrichten auf, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtige, den seinerzeit vertagten Gedanken wieder aufzunehmen. Da der russisch-japanische Krieg durch den 7797 Frieden von Portsmouth seinen Abschluß gefunden hatte, war nunmehr Rußland bereit, die Einladungen ergehen zu lassen. Am 26. Sep-7798 tember 1905 überreichte der russische Geschäftsträger Bulazell in Berlin die Einladung zur zweiten Haager Friedenskonferenz und stellte die baldige Mitteilung eines genaueren Konferenzprogramms in Aussicht. In Washington ließ Roosevelt erklären, er habe die 7799 Initiative gern dem Zaren überlassen, und die amerikanische Regierung werde die Einladung annehmen. Eine entsprechende Mitteilung 7800 ließ auch das deutsche Auswärtige Amt an die Petersburger Regierung gelangen.

Das von Rußland in Aussicht gestellte nähere Konferenzprogramm ließ zunächst auf sich warten. Als am 19. Februar 1906 die russische Regierung nach Berlin mitteilen ließ, daß sie auch die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte auf der Friedenskonferenz behandelt sehen möchte, ließ das Berliner Auswärtige Amt dem russischen Bot-7801 schafter in Berlin eine kurze Denkschrift[1]) zustellen, wonach Deutschland die Hinzufügung der Frage der obligatorischen Schieds-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7801 siehe hinten Teil 3.

sprechung zu dem Programm der zweiten Konferenz nicht befürwortete.

Am 3. April 1906 erst stellte der russische Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amte einen Schriftsatz über die Grundgedanken der neuen Konferenz zu[1]). Danach bedurften die auf der ersten Konferenz geschlossenen Abkommen über die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten gewisser Verbesserungen. Die Regelung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges sollte in einer Art vervollständigt und verdeutlicht werden, daß für die Zukunft jedes Mißverständnis ausgeschlossen blieb. Die russische Regierung fügte sodann die Hauptpunkte an, auf deren Erörterung sie Wert legte. Wie auf der Konferenz von 1899 sollte es als abgemacht gelten, daß die bevorstehenden Verhandlungen sich weder auf die politischen Beziehungen zwischen den Staaten oder den durch die Verträge geschaffenen Stand der Dinge, noch im allgemeinen auf solche Fragen erstrecken dürften, die sich nicht unmittelbar in das von den Kabinetten angenommene Programm einfügten. Als Termin für den Zusammentritt wurde die zweite Hälfte des Monats Juli 1906 in Aussicht genommen. 7802

Ein weiteres Schriftstück[2]) vom 3. April 1906 bezeichnete die internationale Erörterung der Fragen des Seekrieges als eine der Hauptaufgaben der Konferenz. Die russische Regierung habe es ferner für unmöglich erachtet, diejenigen Fragen vom Konferenzprogramm auszuschließen, die sich auf die Abänderung der Abkommen vom Jahre 1899 und insbesondere des Abkommens über die Schiedssprechung bezögen. Es solle sich jetzt nicht um eine Revision, aber um eine Vervollkommnung der Beschlüsse von 1899 handeln. Daher verzichte die russische Regierung auf die Vorlage eines alle Fragen erschöpfenden genauen Konferenzprogramms. Rußland sei nicht mehr in der Lage, von sich aus auch nur ein einziges Wort des Programmes zu ändern. Eine jede solche Änderung würde die vorherige Befragung aller 47 zur Konferenz eingeladenen Staaten erfordern und den Zusammentritt noch im Jahre 1906 unmöglich machen. „Die moralische Verantwortung für diese Verschiebung würde auf denjenigen Staat zurückfallen, der eine Programmänderung gewünscht hätte.“ Die Note gab sodann der Erwartung Ausdruck, daß im Hinblick auf diese Darlegungen die deutsche Regierung dem Programm zustimmen und den Wunsch einer daran vorzunehmenden Änderung nur im Falle äußerster, unabweislicher Notwendigkeit vorbringen werde. 7803

Gegen den Termin des Zusammentritts erhob sogleich Amerika Einwendungen, weil für die zweite Hälfte Juli der Panamerikanische Kongreß nach Rio de Janeiro bereits einberufen worden war. 7804

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7802 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7803 siehe hinten Teil 3.

Roosevelt legte der deutschen Regierung nahe, bei Rußland auf eine Verschiebung der Haager Konferenz um zwei Monate hinzuwirken. Noch lieber würde er es sehen, wenn sie auf den Sommer 1907 ver- 7805 schoben werden könnte. Deutschland war hiermit einverstanden und 7806 verständigte in diesem Sinne die russische Regierung. Eine Note vom 7807 15. April 1906[1]) nahm das russische Konferenzprogramm an und erklärte das Einverständnis mit einer Verschiebung, die wohl am besten zwischen Rußland und Amerika unmittelbar geregelt würde.

In Washington war man über diese Haltung Deutschlands sehr 7808 erfreut. War doch Deutschland fälschlicherweise in Amerika beschuldigt worden, durch Festhalten am Zusammentritt der Konferenz im Juli auf eine Hintertreibung der panamerikanischen Konferenz hingewirkt zu haben.

Im Mai 1906 griff man, wie bereits berichtet[2]), den Gedanken auf, die bevorstehende Konferenz zu einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen auszuwerten. Namens der Opposition hatte Balfour am 9. Mai 1906 im Unterhause betont, England brauche eine starke Flotte und ein starkes Heer zu defensiven, nicht zu aggressiven Zwecken, und könne sich, falls es eine große Katastrophe vermeiden wolle, nicht auf eine Einschränkung der Rüstungen einlassen, auf denen seine Sicherheit beruhe. Auch Sir Edward Grey betonte, es sei nicht möglich, die Ausgaben bedeutend einzuschränken, ohne die nationale Sicherheit zu gefährden. Seiner Ansicht nach sollte die Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen auf der Haager Konferenz verhandelt werden.

7809 Der Geschäftsträger W. v. Stumm berichtete hierüber am 10. Mai an den Reichskanzler. Zu diesem Berichte vermerkte der Kaiser: „Wenn einer seine Rüstungen einschränken kann, ist es nur England, da es eine so kolossale Übermacht hat! Aber weil es dieselbe hat, will es dieselbe in aeternum behalten, und daher dürfen die anderen nicht ihre Rüstungen — Flottenbauten — weiter entwickeln. Besonders wir nicht!"

Für die schwierige Lage Deutschlands inmitten Europas hatte man damals in England noch ein gewisses Verständnis. So erörterte 7810 am 31. Juli 1906 ein Leitartikel des „Daily Telegraph" die Stellung Deutschlands zur Abrüstungsfrage in sehr verständiger Weise. Deutschland sei als das am meisten zentral gelegene Land des Kontinents auch das exponierteste. Da es von jedem Punkte angreifbar sei, müsse es auch an jedem Punkte seiner Grenzen angriffsbereit sein. „Die Deutschen wüßten, daß ein Nachlassen in ihrer Verteidigungsbereitschaft sie für immer zu einer untergeordneten Rolle im Kreise der Völker verurteilen müßte. Nie würden Deutsche, die

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7807 siehe hinten Teil 3.
[2]) Siehe Kapitel 166, o. S. 44 ff.

aus ihrer eigenen Geschichte wüßten, was nationale Schwäche bedeute, das Geschick ihres Reiches papierenen Garantien oder frommen Versprechungen anvertrauen."

Vom 23. bis 25. Juli 1906 fand in London eine interparlamentarische Konferenz statt[1]), die sich nachdrücklich für den Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken einsetzte. In einer Begrüßungsansprache hatte der Ministerpräsident Sir Henry Campbell Bannerman der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die bevorstehende zweite Haager Konferenz zu einer Milderung der schweren Rüstungsausgaben führen möge. Während der Verhandlungen wurde gelegentlich angeregt, einmal Berlin als Versammlungsort des Kongresses zu wählen. Die anwesenden deutschen Konferenzteilnehmer hatten diesen Gedanken entgegenkommend begrüßt. Sie regten beim deutschen Botschafter in London an, eine Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Vorschlage herbeizuführen.

Graf Metternich war der Ansicht, daß eine solche Berliner Konferenz vor allem den Erfolg haben könnte, die im Auslande vielfach verbreitete Legende von der reaktionären Regierung Deutschlands und von ihrem geflissentlichen Fernbleiben von allen modernen Friedensbestrebungen zu vernichten. Das schien um so wichtiger, als die französischen Konferenzteilnehmer in London sich durchaus nicht davon hatten überzeugen lassen wollen, daß der Deutsche Kaiser keinen Angriffskrieg auf Frankreich im Sinne habe. 7811

Fürst Bülow trat in einer Aufzeichnung für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (Norderney, 5. August 1906) den Ansichten des Grafen Metternich bei. Auch nach seiner Meinung mußte Deutschlands internationale Stellung erleichtert werden, wenn Berlin zum Sitz einer solchen Konferenz wurde. „Jetzt liegt die Situation so, daß man uns für reaktionär, rauflustig und eroberungslüstern hält, während wir in Wirklichkeit eine sehr friedliche Politik machen. Andere Mächte, welche weniger friedlich und enthaltsam sind als wir, wissen sich dadurch geschickt in den Mantel moderner, humaner und liberaler Anschauung zu drapieren. Dieses unsere Stellung schwächende, unsere Politik lähmende und selbst unsere Rüstungen hemmende Mißverhältnis würde aufhören, wenn wir eine interparlamentarische Konferenz in Berlin unter freundlicher Haltung der Kaiserlichen Regierung und Seiner Majestät des Kaisers zu einer solchen abhalten ließen." Fürst Bülow ließ daher den Bericht des Grafen Metternich vom 2. August 1906 (7811) durch das Auswärtige Amt mit einem zustimmenden Kommentar dem Kaiser vorlegen. 7812

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky entledigte sich seines Auftrages in einem an den Monarchen gerichteten Schreiben vom 20. August 1906. Auch er pflichtete der Ansicht des 7813

[1]) Vgl. o. S. 44.

Grafen Metternich bei und verwendete fast wörtlich die Aufzeichnung des Fürsten Bülow (7812). Seiner Meinung nach mußte eine in Berlin stattfindende interparlamentarische Konferenz den Verleumdungen, die immer noch gegen Deutschlands friedfertige Tendenzen verbreitet würden, in wirksamer Weise den Boden entziehen, ohne daß Deutschland sich in seiner praktischen Politik irgendwelche Fesseln aufzuerlegen brauchte. Er bat um die Entscheidung des Monarchen, ob er die an den Konferenzen beteiligten deutschen Parlamentarier in entgegenkommendem Sinne verständigen dürfe.

Kaiser Wilhelm II. sah sich durch dieses Schreiben vor eine wichtige Entscheidung gestellt. Seiner Meinung nach war es England bei der Vorbringung der Abrüstungsfrage im Haag nicht so sehr um eine Verminderung der Marinerüstungen als vielmehr darum zu tun, Näheres über die deutschen Flottenpläne zu erfahren. Da er nicht die Absicht hatte, sich in den Ausbau der deutschen Flotte irgendwie hineinreden zu lassen, faßte er den Entschluß, die neue Konferenz nur zu beschicken, wenn die Abrüstungsfrage ganz ausgeschaltet bleibe. So lehnte er denn auch den Gedanken einer interparlamentarischen Konferenz in Berlin am 21. August 1906 mit den Worten rundweg ab: „Ich sehe gar keinen Nutzen davon und sehr viel Schaden ... Ich bin ganz entschieden dagegen."

Als einige Monate später, am 12. Dezember 1906, Staatssekretär v. Tschirschky den Gedanken eines solchen Berliner Kongresses erneut beim Kaiser zur Sprache brachte, ließ dieser seinen Widerspruch unter der Voraussetzung fallen, daß auf dem Kongresse keine Angriffe gegen die preußische Armee oder die deutsche Marine erhoben werden dürften. Fürst Bülow hat dieses Entgegenkommen des Kaisers freudig begrüßt. Er schrieb darüber am 14. Dezember 1906 an Tschirschky: „Wir haben jedes Interesse daran, die Friedensbewegung und die interparlamentarische Union vor den Wagen unserer (Friedens-)Politik zu spannen, statt sie von anderen gegen uns verwerten zu lassen." So ist es denn tatsächlich, wie hier vorgreifend bemerkt werden mag, zwei Jahre später zu einem Berliner Kongresse gekommen, indem vom 17. bis 19. September 1908 die interparlamentarische Konferenz in Berlin tagte und im Namen der Kaiserlichen Regierung durch den Fürsten Bülow amtlich begrüßt wurde.

Am 21. April, 27., 28., 29. Mai und am 6. Juli 1906 hatten im 7814 Auswärtigen Amte unter Vorsitz des Vortragenden Rats Kriege kommissarische Besprechungen über die bevorstehende Konferenz stattgefunden. Auf die Frage der Rüstungsbeschränkung war man dabei überhaupt nicht eingegangen und hatte hinsichtlich der obligatorischen Schiedssprechung die Meinung vertreten, daß vom deutschen Standpunkte allgemeine und besondere Gründe gegen eine erneute Erörterung dieser Frage sprächen. Eine unparteiische Entscheidung sei

vom Haager Schiedsgericht nicht immer mit Sicherheit zu erwarten; auch sei das Verfahren vor diesem Gericht zu kostspielig und zu langwierig.

Als am 15. und 16. August 1906 König Eduard VII. seinen kaiserlichen Neffen im Schlosse Friedrichshof im Taunus besuchte, kam das Gespräch auch auf die bevorstehende Haager Konferenz. Der König verurteilte diese Konferenz als „Humbug". Sie sei nicht nur 7815 unnütz, da sich im Ernstfalle doch niemand an ihre Beschlüsse halten würde, sondern geradezu gefährlich. „Wenn eine größere Zahl von Mächten, die ihrer Natur nach ganz verschiedene Interessen zu verfolgen hätten, gezwungen würden, unter dem Drucke der Öffentlichkeit und unter dem schädlichen Einflusse der Rivalitäten verschiedener Gruppen unter ihnen sich über vitale Interessen in einer bestimmten Zeit zu einigen, so könnten da nur zu leicht weitere Reibungen entstehen."

Auch Kaiser Wilhelm II. betonte, daß nach seiner vollen Überzeugung die Konferenz besser unterbleiben würde. Finde sie aber statt, so scheine es ihm im Interesse des friedlichen Verlaufes der Verhandlungen zu liegen, wenn Deutschland und England sich über einige Hauptfragen möglichst vorher verständigten, vor allem über die maritimen. König Eduard und seine Berater nahmen diesen Gedanken bereitwillig auf. Das englische Kabinett gab aber der Anregung keine Folge.

Nachdrücklich betont der Kaiser in seiner in Friedrichshof am 15. August 1906 niedergeschriebenen Aufzeichnung seinen Wunsch nach intimeren Beziehungen zwischen England und Deutschland. Er habe aber dem Könige wiederholt und nachdrücklich auseinandergesetzt, daß Deutschland an dem vor sechs Jahren festgelegten und veröffentlichten Flottengesetze festhalten müsse. „Deutschland baue seine Flotte nicht in aggressiver Tendenz gegen den einen oder den anderen Staat, sondern würde seine Seemacht nur nach den Bedürfnissen des eigenen Interesses zum Schutze seines Handels einrichten. Ob England gut tue und in der Lage sei, auf die Dauer den sogenannten ‚Two-Power-Standard' aufrechtzuerhalten, erscheine (ihm) bei dem fortdauernden Wachsen aller übrigen Flotten der Welt zweifelhaft"

Über die bevorstehende Haager Konferenz sprach sich der Kaiser mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles rückhaltlos aus. Auch dieser behauptete, das Nichtzustandekommen der Konferenz auf das Sehnlichste zu erhoffen. Die Aufzeichnung des Kaisers über diesen wichtigen Punkt lautet: „Wir kamen überein, daß sie eine Quelle gefährlichster Art für Trübungen und Reibungen werden könne. Ich erklärte ihm, daß meine Instruktionen für meine Minister dieselben geblieben seien wie für die erste Konferenz: im Falle des Auftauchens der Abrüstungsfrage in irgendeiner Form unterbleibe

die Teilnahme Deutschlands. Da ich sowohl wie mein Volk es niemals dulden würden, uns von Fremden irgendwelche Vorschriften über unsere militärischen und maritimen Verhältnisse machen zu lassen. Sir Frank erwiderte mir: ‚Ich verstehe das durchaus und stimme ganz mit Ihnen überein, daß das ganz außer Frage steht und unmöglich ist. Bei uns ist es ganz das Gleiche.'"

Anfangs September 1906 weilte der englische Kriegsminister Haldane zum Studium der deutschen Heereseinrichtungen in Deutsch-
7816 land und unterhielt sich am 3. September 1906 mit dem Staatssekretär v. Tschirschky auch über die Haager Friedenskonferenz. Den Standpunkt des deutschen Kaisers fand er begreiflich und hatte auch volles Verständnis für den grundlegenden Unterschied im Heerwesen Deutschlands und Englands. Für England, meinte er, spiele die Marine im Volksbewußtsein eine ähnliche Rolle wie in Deutschland das Heer, und er sei überzeugt, daß er und das Kabinett bei seinen Landsleuten sehr bald jede Popularität einbüßen würden, wenn etwa mit einer wirklichen Herabsetzung der Flotte vorgegangen werden sollte. Was die Konferenz anbetraf, so hielt es Haldane für sehr wichtig, daß Deutschland nicht etwa den anderen dort vertretenen Staaten gegenüber isoliert werde, und versprach, in diesem Sinne auf Sir Edward Grey einzuwirken. England werde weder im Haag noch sonstwo jemals seine Zustimmung zu einer Maßnahme geben, die Deutschland isolieren oder zu anderen Mächten in Gegensatz bringen könnte. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete Haldane den Gedanken eines englisch-französisch-russischen Dreibundes schon nach der geographischen Lage Deutschlands als unannehmbar. Der deutsche Botschafter in London erhielt Weisung, im Sinne dieser Mitteilungen mit den britischen Staatsmännern diese Fragen vorsichtig weiter zu erörtern.

Eine wichtige Anregung für den Kongreß gab anfangs September
7817 1906 Präsident Roosevelt in einer Besprechung mit dem deutschen Botschafter in Washington. Nachdrücklich sprach er sich gegen den Bau von Schlachtschiffen vom Dreadnoughttyp aus und regte an, ob nicht der Deutsche Kaiser mit ihm, dem Präsidenten, gemeinsam und vielleicht unter Hinzuziehung Frankreichs auf der nächsten Haager Konferenz beantragen wollte, daß in Zukunft das Deplacement aller Schlachtschiffe 15 000 Tonnen nicht übersteigen dürfe. In diesem Sinne ließ Roosevelt auch die Könige von England und Italien ver-
7818 ständigen. Einen entsprechenden Schritt gegenüber der französischen Regierung behielt er sich vor.

Kaiser Wilhelm II. wurde durch den Admiral v. Tirpitz im Ok-
7819 tober 1906 in Rominten über Roosevelts Absicht unterrichtet, ging aber auf seine Anregung nicht weiter ein. Als das Auswärtige Amt ihn um eine Entscheidung anging, was auf den nunmehr amtlich vorliegenden Antrag Roosevelts geantwortet werden solle, verfügte

der Monarch ablehnend. „Jeder Staat baut das, was ihm paßt! Geht keinen Anderen was an!" erklärte er am 15. Oktober 1906. Der deutsche Botschafter in Washington erhielt die Weisung, die Angelegenheit Roosevelt gegenüber in einer Weise zu behandeln, die eine Mißstimmung bei ihm nicht aufkommen lasse. Dem Botschafter wurde anheimgegeben, darauf hinzuweisen, daß zunächst die Zustimmung von England und Japan zu Roosevelts Vorschlage erforderlich scheine, da diese Mächte im Bau von Schlachtschiffen am weitesten vorgeschritten seien. Dem Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg gelang es, unter Benutzung der antiamerikanischen Stimmung in Japan die Angelegenheit mit Präsident Roosevelt in durchaus zufriedenstellender Weise zu erledigen. 7820 7821 7822

Anfangs Januar 1907 berichtete Herr Carnegie, ein intimer Freund und Berater Roosevelts, daß nach Äußerungen eines englischen Kabinettsmitgliedes der Deutsche Kaiser die nächste Haager Friedenskonferenz zu vereiteln strebe. Er baue seine Flotte nicht gegen England, sondern gegen die Vereinigten Staaten. Der Kaiser war über dieses Gerücht, das ihm telegraphisch am 4. Januar gemeldet wurde, ganz entrüstet und richtete am 5. Januar ein ausführliches Telegramm an den Präsidenten[1]), in dem er die ihm zugegangene Nachricht als die unerhörteste Quertreiberei bezeichnete, die jemals gegen ihn und das Deutsche Reich angezettelt worden sei. Es sei wahrhaftig zu unsinnig, ihn für so allen gesunden Menschenverstandes bar zu halten, daß er seine Flotte gegen Amerika bauen sollte. Fürst Bülow telegraphierte an den deutschen Botschafter in Washington, der von England gewählte Kanal durch Carnegie sei besonders perfide ausgedacht, um so den ritterlichen Präsidenten unter dem Deckmantel der Freundschaft gegen die Person des Deutschen Kaisers zu beeinflussen und womöglich die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Amerika zu stören. 7823 7824

Roosevelt legte den Meldungen Carnegies keinen Wert bei. Als der Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg ihn am 6. Januar 1907 aufsuchte[2]), sprach er sich im vollen Vertrauen mit ihm darüber aus und deutete an, er werde es in Zukunft unterlassen, politische Fragen mit Carnegie zu erörtern. So richtete er denn auch am 8. Januar ein ausführliches Privatschreiben an den Kaiser[3]) und versicherte ihm, daß durch keine Klatscherei zwischen Deutschland und Amerika Mißtrauen gesät werden könne. 7825 7826

Aus einer Äußerung des Präsidenten, die er im Februar 1907 zu dem deutschen Botschafter in Washington tat, durfte man entnehmen, daß die Quelle der Mitteilungen Carnegies nicht Sir Edward Grey, vielleicht aber Sir H. Campbell Bannerman gewesen war. 7827

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7824 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7825 siehe hinten Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7826 siehe hinten Teil 3.

Kapitel 168

Programm und Vorbereitung der Konferenz 1907

Als der russische Minister des Äußeren Iswolski vom 28. bis 30. Oktober 1906 in Berlin weilte, regte er an, durch mündliche Besprechung zwischen einem deutschen und russischen Sachverständigen ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder auf der zweiten Haager Friedenskonferenz vorzubereiten. Das Auswärtige Amt hatte zugestimmt, wünschte aber nicht, in dieser Frage ohne Einverständ-
7828 nis mit Österreich-Ungarn vorzugehen. Diesem Wunsche entsprach
7829 die Entsendung des geheimen Legationsrates Kriege nach Wien, der sich dort über einige verwickelte völkerrechtliche Fragen mit den Referenten des Ministeriums aussprechen sollte.

In Wien war man einverstanden. Man legte dort Wert darauf, daß die deutsche und österreich-ungarische Regierung nach Her-
7830 stellung der Verständigung gemeinsam mit der russischen in Verbindung treten möge, um auch mit dieser ein Einvernehmen über die auf der Konferenz zu beobachtende Haltung zu erzielen.

Am 20. Januar 1907 kündigte die russische Regierung das dem-
7831 nächstige Eintreffen des russischen Völkerrechtslehrers v. Martens in Berlin an. Dieser sollte in verschiedenen Hauptstädten die Fragen der zweiten Haager Konferenz besprechen und womöglich eine vorbereitende Verständigung herbeiführen. In Berlin war man bereit, ihn zu empfangen, hielt es aber für nötig, gemäß der dem Präsidenten Roosevelt gegebenen Zusage die amerikanische Regierung über die Besprechungen auf dem laufenden zu erhalten. Roosevelt sprach für
7832 dieses Entgegenkommen telegraphisch seinen Dank aus.

Wenn Präsident Roosevelt auch die Initiative zu der Haager Konferenz Rußland überlassen hatte, so schien ihm doch in Rücksicht auf die öffentliche Meinung Amerikas viel daran zu liegen, als Förderer des Friedensgedankens zu erscheinen. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Tower, genoß nicht das besondere Vertrauen des Präsidenten, wohl aber der amerikanische Botschafter in Rom, H. White. Der deutsche Botschafter in Rom Graf Monts
7833 berichtete nun am 22. Januar 1907, daß White vielleicht nach Berlin kommen und sich bei Kaiser Wilhelm II. zum Anwalt der Ideen des Herrn Roosevelt machen werde. White hatte in Rom mit dem Grafen Monts ausführlich über den Abrüstungsvorschlag gesprochen und hervorgehoben, daß dieser von Idealisten ausgehe, die vielfach die Wirklichkeit der Dinge, die Geschichte und die sich kreuzenden Interessen der großen staatlichen Gemeinwesen nicht kennten. Auch Amerika sei nicht gesonnen, sich in seinen Schiffsbauten Beschrän-

kungen auferlegen zu lassen. Indes wäre doch die Friedensbewegung in der anglo-amerikanischen Welt so stark, daß ihr unter allen Umständen ein Ventil geöffnet werden müsse.

In Wien war Ende Januar der Geheime Legationsrat Kriege zu den bereits erwähnten Besprechungen eingetroffen, die alsbald ein weitgehendes Einverständnis der deutschen und der österreichischen Teilnehmer ergaben. 7834

Am 27. Januar 1907 hatte Kaiser Nikolaus II. anläßlich der Galatafel zu Ehren des Geburtstages des Deutschen Kaisers ein ausführliches Gespräch mit dem Botschafter v. Schoen. Hierbei sprach er von der Zuspitzung der Dinge zwischen Japan und Amerika, die für Europa eine nicht unwillkommene Ablenkung bedeute. Angesichts dieser Erscheinungen und der Erfahrungen der letzten Jahre scheine es ihm ganz ausgeschlossen, dem Gedanken der Abrüstung, der neuerdings von England so eifrig erörtert werde, näherzutreten. Er selbst sei von seinen früheren Illusionen in dieser Beziehung abgekommen. Die erste Haager Konferenz habe viel Nützliches auf dem Gebiete des Völkerrechts geschaffen, die bevorstehende zweite werde dies auch tun können, sich aber nicht in die Gedankenrichtung des Pazifisten Stead und der Baronin Suttner verlieren dürfen. 7835

Eine bedeutende Rolle in den Erörterungen der nächsten Wochen spielt immer wieder die Abrüstungsfrage, die Deutschland auf der Konferenz nicht behandelt sehen wollte. Nach englischen Pressemeldungen sollten Ende Januar 1907 Verhandlungen über diese Frage zwischen der britischen und französischen Regierung stattgefunden haben. In Berlin befürchtete man, daß diese beiden Länder den Versuch machen würden, die Initiative für die Aufrollung dieser Frage der amerikanischen Regierung zuzuschieben. Der deutsche Botschafter in Washington sollte die Frage vertraulich mit dem Präsidenten besprechen. Roosevelt erklärte, er werde auf der Haager Konferenz nichts vorschlagen, was Deutschland schädigen könnte. 7836 7837

In Berlin suchte man sich vor allem der Haltung Rußlands in dieser wichtigen Frage zu vergewissern. Am 30. Januar 1907 übersandte Staatssekretär v. Tschirschky dem russischen Botschafter in Berlin einen Schriftsatz[1]), wonach sich die deutsche Regierung ihre Stellungnahme gegenüber etwa neu in das Konferenzprogramm aufzunehmenden Vorschlägen vorbehielt. Das Programm enthalte jetzt schon so viele und wichtige Fragen, daß die ganze Tätigkeit der Konferenz dadurch vollauf in Anspruch genommen sein dürfte. 7838

In ähnlicher Weise wurde auch der deutsche Botschafter in London verständigt. Ihm wurde ferner mitgeteilt, daß die deutsche Regierung infolge ihrer mit Rußland geführten Verhandlungen in der Lage sei, auf der Konferenz ein Eingehen auf die obligatorische 7839

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7838 siehe hinten Teil 3.

Schiedssprechung zu verweigern. Graf Metternich sollte zu erfahren suchen, welche Verhandlungen der auch nach London entsandte russische Geheimrat v. Martens mit der dortigen Regierung oder mit dortigen fremden Vertretern führte.

Graf Metternich hatte bereits am 8. Februar Gelegenheit, mit Sir Edward Grey über die bevorstehende Konferenz zu sprechen. Grey erklärte, daß die englische Regierung die Rüstungsbeschränkungen erörtert zu sehen wünsche. Sie müsse der allgemeinen Stim-7840 mung im Lande Rechnung tragen und die fortschreitende Last für die Rüstungsausgaben durch internationale Abmachungen zu begrenzen suchen. Als Graf Metternich entgegnete, auf dem Kontinent scheine keine Neigung vorhanden zu sein, die Abrüstung auf der Konferenz zu erörtern, besonders auch nicht in Frankreich, erwiderte Sir E. Grey, der Schwerpunkt der Entscheidung scheine ihm vielmehr in Deutschland zu liegen. Komme die Abrüstungsfrage im Haag nicht zur Erörterung, so werde er bei der Wichtigkeit, die in England dem Gegenstande beigemessen werde, gezwungen sein, dem Parlamente die Gründe der Ablehnung mitzuteilen.

Damit kam ein neuer und beunruhigender Ton in die Vorverhandlungen. „Die Eröffnungen Sir E. Greys" telegraphierte Fürst 7841 Bülow am 10. Februar 1907 nach London, „sind von schwerwiegender Bedeutung. Sie richten ihre Spitze direkt gegen Deutschland. Während England uns die Berechtigung des Baues einer unseren Welthandelsinteressen entsprechenden Kriegsflotte bestreiten will, verliert es kein Wort über die Seerüstungen Frankreichs, Amerikas und Japans, die teilweise weit bedeutender sind als unsere." Besonders bedenklich erschien es dem Fürsten Bülow, daß Sir E. Grey unter Umständen bereit zu sein schien, Deutschland als Friedensstörer zu brandmarken. Grey wisse, daß er damit eine populäre Note anschlage. Vor weiteren Entschlüssen wünschte Bülow zunächst zu wissen, wie man sich in Washington und Petersburg zu dieser Frage stelle.

7842 Botschafter v. Schoen erhielt Auftrag, im Einverständnis mit Iswolski eine Audienz beim Zaren nachzusuchen und die Sachlage offen mit ihm zu besprechen. Er sollte dabei andeuten, daß auch Wien in der Abrüstungsfrage den gleichen Standpunkt einnehme wie Deutschland und Rußland; ein gleichmäßiges Vorgehen der drei großen Monarchien werde wohl genügen, um die Abrüstungsidee unschädlich zu machen. Ein ähnliches Telegramm wurde am 10. Februar nach Washington gerichtet.

Die Rückantwort aus Petersburg ging telegraphisch bereits am 7843 11. Februar ein. Danach war Iswolski in der grundsätzlichen Ablehnung des englischen Gedankens mit Deutschland einig und beabsichtigte, tags darauf dem Zaren Bericht zu erstatten. Aus Paris meldete Fürst Radolin, der beauftragt gewesen war, über die Verhandlungen des Herrn v. Martens mit der französischen Regierung Mit-

teilungen zu machen, daß Martens sich fortgesetzt auf ganz allgemeine 7844 Redensarten beschränkt habe, die einen sicheren Rückschluß auf seine in Paris geführten Verhandlungen nicht zuließen. Die russische Regierung befinde sich in vollkommenster Übereinstimmung mit der französischen und stehe der Abrüstungsfrage ablehnend gegenüber. Aus London telegraphierte Graf Metternich am 12. Februar, er habe 7845 soeben mit Martens gesprochen, und dieser sei der Meinung, die englische Regierung habe in der Abrüstungsfrage noch keinen bestimmten 7845 Entschluß gefaßt.

In Wien nahm Aehrenthal den ihm von jeher sympathischen Gedanken eines Zusammengehens der drei Kaisermächte lebhaft auf. Seiner Ansicht nach war Iswolski jetzt nicht mehr ganz im englischen 7846 Fahrwasser; vielleicht wäre es angezeigt, meinte Aehrenthal, unter Umgehung der Minister mit dem Zaren selbst zu verhandeln, sowie er, Aehrenthal, es während seiner Amtstätigkeit in Petersburg öfters gemacht habe. Es gelte, den Kaiser Nikolaus davon zu überzeugen, daß es „ein Unwahrheit der Engländer wäre, nachdem sie zuerst Japan gegen Rußland aufgehetzt und die russische Flotte vernichtet hätten, jetzt eine Einschränkung der Rüstungen zu verlangen, um ein für allemal ihre Superiorität zu See festzulegen.“

In diesem Sinne ließ Aehrenthal in Rußland verhandeln und schien der Gangbarkeit der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Wege sicher zu sein. Tatsächlich erklärte auch Iswolski, daß er in der Rüstungsfrage nicht ohne enges Einvernehmen mit den 7848 beiden Kaisermächten weitergehen werde. Sein kaiserlicher Herr und er stellten mit lebhafter Befriedigung die Solidarität der grund- 7849 sätzlichen Anschauungen der drei Kaisermächte fest und legten großen Wert auf ihre Erhaltung. Die bei Zurückweisung der Abrüstungsfrage einzuschlagende Taktik könne erst nach der Rückkunft des Herrn v. Martens festgelegt werden.

In London erklärte nun auch Sir E. Grey, daß er sein Möglichstes 7850 tun werde, um Friktionen zwischen den Mächten in der Rüstungsfrage, die aber erörtert werden müßte, zu vermeiden. Graf Metternich vertrat den Standpunkt, daß einer nützlichen Diskussion über Einschränkung der Rüstungen der Versuch der Beruhigung der großen 7851 Staaten Europas vorausgehen müsse. „Wenn England die Rolle des Friedensstifters zwischen Frankreich und Deutschland übernähme, so leiste es der Welt einen größeren Dienst als mit der Besprechung kontroverser Fragen.“ Präsident Roosevelt blieb bei seiner Absicht, auf der kommenden Konferenz nichts zu tun, was Deutschland 7852 schädigen könnte. Bedenklich erschien, daß Iswolski in der Ab- 7853 rüstungsfrage den Versuch machte, nach Möglichkeit beiden Auffassungen gerecht zu werden.

Nachdem am 18. und 19. Februar 1907 im Auswärtigen Amt unter Vorsitz des Geheimrats Kriege kommissarische Beratungen über das

7854 Konferenzprogramm stattgefunden hatten, begab sich Kriege nochmals nach Wien, um dort die Fühlung aufzunehmen. Die dortigen 7859, 7860 Besprechungen nahmen einen befriedigenden Verlauf. Man einigte sich auf eine völlige Ablehnung der Abrüstungsfrage. Während dieser Zeit setzte Martens seine Rundreise an den europäischen Höfen fort und kam Ende Februar auch nach Rom. Auch dort erklärte er, daß 7855, 7856 England auf der Erörterung der Abrüstungsfrage bestehen werde. In 7858 7857 gleichem Sinne hatte er sich am 22. Februar 1907 auf der Reise von London nach Rom in Brüssel geäußert. Die Dokumente Nr. 7861 7861–7866 bis 7866 beleuchten die Haltung der Mächte zu der strittigen Frage.

Einen gewissen Abschluß bildete das Eintreffen des Herrn 7867 v. Martens anfangs März 1907 in Berlin. Martens wünschte dem Kaiser das Ergebnis seiner Rundreise persönlich vorzutragen, was auch geschah, und vertrat den Standpunkt, daß man England nicht verhindern könnte, die nicht auf dem russischen Programm stehende Abrüstungsfrage gleichwohl auf der Konferenz zur Sprache zu bringen. Da man in Berlin beabsichtigte, im Verein mit Österreich-Ungarn durch bestimmtes Auftreten in Petersburg die Erörterung der Frage von vornherein zu Fall zu bringen, beschloß man, Herrn v. Martens über die endgültige Stellung der deutschen Regierung im unklaren zu lassen.

Bei einem Besuche des Staatssekretärs v. Tschirschky teilte Mar- 7870 tens diesem als Ergebnis seiner Informationsreise mit, daß alle Regierungen mit Ausnahme der englischen fest entschlossen seien, die Konferenz im Haag zu beschicken. Im englischen Marine-Amte arbeite man energisch dagegen, und auch König Eduard scheine am liebsten die ganze Konferenzidee scheitern zu sehen. Tschirschky antwortete, er müsse sich jeder endgültigen Stellungnahme noch enthalten, da man in Deutschland über die Tragweite der englischen Pläne und Vorschläge noch ganz im unklaren sei.

Sir Edward Grey blieb nach Ausweis eines Telegrammes vom 7869 8. März 1907 dabei stehen, daß England mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Lande und die dem Parlament gegenüber abgegebenen Erklärungen die Abrüstungsfrage unbedingt anregen müsse. Präsident Roosevelt, der im übrigen weiterhin versprach, die deutschen 7868 Interessen auf der Konferenz nicht gefährden zu wollen, äußerte sich immerhin jetzt auch dahin, „daß Deutschland seine Stellung wesentlich verstärken würde, falls Seine Majestät der Kaiser sich bereit erklären sollte, einer Besprechung der Abrüstungsfrage zuzustimmen mit dem Vorbehalt, daß deutsche Interessen nicht gefährdet würden."

Die zeitraubenden Vorverhandlungen führten bis zum 9. März 1907 zu dem Ergebnisse, daß ein gemeinsamer Schritt Deutschlands 7871 und Österreich-Ungarns erfolgen sollte, um eine Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Konferenz zu verhindern. Botschafter v. Schoen

erhielt einen vom 9. März 1907 datierten Schriftsatz[1]), in dem ausgeführt wurde, daß die Frage der Rüstungsbeschränkung durch Überweisung an eine internationale Konferenz höchstwahrscheinlich keine Lösung finden könnte. Indes sei damit zu rechnen, daß die Erörterung dieser Frage zu unerwartet ernsten Meinungsverschiedenheiten führen könnte. Dies könnte nicht nur das Scheitern der Konferenz zur Folge haben, worunter das edle Werk der Menschlichkeit leiden würde, das sie zu vollbringen berufen sei, sondern vielleicht auch in Zukunft ernste Schwierigkeiten für die Zusammenberufung einer neuen Konferenz schaffen. In diesem Sinne sollte sich Botschafter v. Schoen mit dem Zaren und dem Minister Iswolski aussprechen.

7872 Nun war durch die Rückkunft des Herrn v. Martens nach Petersburg dort die Meinung entstanden, daß Kaiser Wilhelm II. bereit sei, sich der akademischen Besprechung der Rüstungsbegrenzung nicht zu widersetzen, vorausgesetzt, daß sich die Mächte zuvor über Form und Grenzen der Diskussion verständigten. In diesem Sinne sollte sich der Kaiser zu Herrn v. Martens geäußert haben. Staatssekretär v. Tschirschky telegraphierte sogleich nach Petersburg, daß Deutschland jede kommissarische Behandlung eines etwa gestellten englischen Vorschlages im Haag vermieden sehen wolle. Man begebe sich mit einer solchen auf eine schiefe Ebene, auf der dann nur durch eine schroffe Wendung, die sicher nicht im Sinne einer Friedenskonferenz liegen würde, das völlige Hinabgleiten verhindert werden könne. In diesem Sinne habe er, Tschirschky, sich auf Befehl des Kaisers auch mit Herrn v. Martens hinreichend deutlich ausgesprochen. (7873)

7874 Als Botschafter v. Schoen in diesem Sinne mit Iswolski sprach, zeigte dieser sich hierüber und über den Inhalt der deutschen Denkschrift (Nr. 7871) geradezu bestürzt. Nunmehr, meinte er, sei eine Lage geschaffen, die für ihn eine „grausame" Verlegenheit bedeute. Auf der einen Seite fühle er die Verpflichtung, die Solidarität der drei Kaisermächte nicht zu verleugnen, auf der anderen habe er ernste Bedenken gegen eine Abweisung der englisch-amerikanischen Wünsche. Eine unverbindliche Besprechung, etwa durch eine Kommission, deren Arbeiten in einem frommen Wunsche ausklingen würden, hätte das Gute, daß sie den in allen Ländern, auch in Rußland, sich regenden liberalen und pazifistischen Neigungen eine gewisse beruhigende Genugtuung bieten, zugleich aber alle Welt von dem utopistischen Wesen der Sache überzeugen würde. Für Rußland, das die Erbschaft der Ersten Haager Konferenz habe antreten müssen, würde es überaus peinlich sein, das Odium, das aus einer grundsätzlichen Abweisung jeglicher Besprechung des Abrüstungsgedankens erwachsen müßte, auf sich zu nehmen. Schoen betonte

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 7871 siehe hinten Teil 3.

demgegenüber, die Aussicht auf Erhaltung der für Rußland im
monarchischen Interesse so wichtigen Solidarität der drei Kaiser-
mächte lohne es, dem Versuche des Einschmuggelns unlösbarer Pro-
bleme in die Friedenskonferenz unbeugsamen Widerstand entgegen-
zusetzen.

Auch in Wien hatte man alsbald Kenntnis davon, wie Deutsch-
lands Haltung auf Iswolskis Verhalten gewirkt hatte. Aehrenthal
7875 vertrat aber einstweilen noch ganz dieselbe Anschauung wie
7876 Deutschland. In diesem Sinne äußerte sich auch der österreichische
Botschafter in Petersburg, Graf Berchtold, in einer Audienz beim
Zaren. Letzterer hob die Schwierigkeit seiner Lage hervor, da die Ab-
lehnung jeglicher Diskussion England veranlassen könnte, überhaupt
nicht zur Konferenz zu kommen; dann aber würde alle Welt Rußland
für dieses Scheitern verantwortlich machen.

Einen Tag nach dieser Audienz trug am 16. März 1907 Bot-
7877 schafter v. Schoen dem Zaren die deutschen Ansichten vor. Er
gewann hierbei denselben Eindruck, wie tags zuvor Graf Berchtold.
Der Zar betonte seine überaus schwierige Lage und rechnete damit,
daß er persönlich das Ziel der heftigsten Angriffe werden würde.
Wenn er auch auf England wenig Rücksicht nehmen wolle, so müsse
er doch Amerika schonend und vorsichtig behandeln. Er habe schon
daran gedacht, ob er, um aus dem Dilemma der Erwägungen heraus-
zugelangen, nicht eine Verschiebung der Konferenz um ein Jahr vor-
schlagen sollte. Auf die Frage des Botschafters v. Schoen, was er
seinem kaiserlichen Herrn melden dürfe, antwortete der Zar aus-
weichend, was den Kaiser zu einer sehr abfälligen Äußerung über
den Zaren in einer Randbemerkung zu dem Botschafterberichte ver-
anlaßte.

Eine Vertagung der Konferenz um ein Jahr schien den deutschen
7878 Staatsmännern ganz zwecklos. Man rechnete immer noch damit, daß
7879 Iswolski an der Seite der beiden anderen Kaisermächte bleiben würde.
Vertrat er doch Herrn v. Schoen gegenüber den Standpunkt, daß die
Abrüstung ein Gedanke lediglich von Juden, Sozialisten und hysteri-
schen Weibern sei. Nunmehr wollte er ein Rundschreiben an die
Mächte richten und darin mitteilen, daß alle Mächte das Programm
rückhaltlos angenommen hätten, während nur England und Amerika
den Wunsch hegten, einen Vorschlag über eine Rüstungsbegrenzung
vorzubringen. Im übrigen hielt auch Iswolski die Verschiebung der
7880 der Konferenz für eine unglückliche Lösung der Frage. Diesen Stand-
7881 punkt teilte auch Österreich.

Von entscheidender Bedeutung war nach wie vor die Haltung
Englands. Wenn auch Sir Edward Grey jetzt gelegentlich betonte,
es sei nicht richtig, von „Abrüstung“ oder von „Einschränkung der
7882 Rüstungen“ zu sprechen, da es sich lediglich um die „Ausgaben für
7883 Rüstungen“ handele, so hielt er doch daran fest, daß die englische

Regierung sich das Recht der Besprechung der Ausgaben für Rüstungszwecke auf der Konferenz vorbehalte. In diesem Sinne ließ er das Petersburger Kabinett verständigen.

Iswolski hielt es für ausgeschlossen, England die Erörterung dieses Punktes auf der Konferenz zu verwehren. Er plante die Versendung eines Rundschreibens an die Mächte, nicht in der Form einer 7884 Einladung, sondern einer Darstellung des Sachverhaltes unter Hervorhebung des russischen Standpunktes, daß Rußland sein Programm unverändert aufrechtzuerhalten gedenke. Hiermit war man in Berlin 7885 einverstanden.

Über die von Iswolski zu wählende Form dieses Rundschreibens wurde nun zwischen Berlin und Wien verhandelt. Iswolskis Ansicht schien zu sein, daß es im Falle des Aufwerfens der Abrüstungsfrage 7886 das Klügste wäre, wenn die Vertreter der drei Kaisermächte nach vorher erhaltenen Instruktionen sich an der Erörterung nicht beteiligten. Deutscherseits wurde eine Denkschrift hierüber ausgearbeitet, in der zum Ausdruck kam, daß der englisch-amerikanische Vorbehalt nicht 7887 zu Verhandlungen über die Abrüstungsfrage führen dürfe. Einer Beteiligung daran müßte sich die deutsche Regierung enthalten. Diese Denkschrift wurde dem österreich-ungarischen Botschafter in Berlin übergeben.

In Wien war man inzwischen bedenklich geworden. Aehrenthal fürchtete, daß die beiden Kaisermächte durch bedingungslose Ablehnung der Abrüstungsfrage von vornherein vielleicht gerade Englands Geschäfte besorgen würden. Mit großem Nachdruck wies der deutsche Botschafter in Wien, Graf Karl von Wedel, darauf hin, daß Deutsch- 7888 land in dieser Frage nur Schulter an Schulter mit Österreich marschieren dürfe. Wir könnten jetzt noch ohne Gefahr einer Schädigung unseres Ansehens einen gewissen Frontwechsel dahin vornehmen, daß wir die Erörterung der Abrüstung nicht von Hause aus als unzulässig ablehnten, sondern uns darauf beschränkten, gegebenenfalls unsere Nichtbeteiligung zu erklären und uns jeder Ablehnung zu enthalten. Auf diesem Wege werde Aehrenthal sicher an unserer Seite bleiben.

Über diesen wichtigen Punkt entspann sich in den letzten Märztagen des Jahres 1907 ein lebhafter Depeschenwechsel[1]) zwischen 7889—7900 Wien und Berlin einerseits und zwischen den beiden Mächten und Petersburg andererseits. Graf Wedel arbeitete dabei dauernd mit dem Hinweise darauf, daß Deutschland bei einer allzu starren Betonung seines Standpunktes den leitenden Minister Österreich-Ungarns kopf- 7901 scheu machen und schließlich auf der Konferenz ganz isoliert sein würde. Nach Aehrenthals Ansicht war Rußland bis zur erreichbaren Grenze den beiden Kaisermächten entgegengekommen. Er warnte davor, ihm noch mehr zuzumuten. 7902

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7894 siehe hinten Teil 3.

Das Wiener Kabinett machte nun der russischen Regierung die 7903 Mitteilung[1]), es nehme die Absicht der russischen Regierung zur Kenntnis, sich mit dem Wiener und dem Berliner Kabinett dahin zu verständigen, daß beide sich an der Erörterung der Abrüstungsfrage nicht beteiligten und die beiderseitigen Bevollmächtigten mit strengen Weisungen in diesem Sinne versahen. Österreich sprach den Wunsch aus, einen darauf bezüglichen Vorbehalt in das von der russischen Regierung zu versendende Rundschreiben aufgenommen zu 7904 sehen. Mit diesem Wortlaut war man in Berlin einverstanden. Botschafter v. Schoen erhielt Weisung, sich der österreich-ungarischen Erklärung anzuschließen.

Nun erhob Iswolski wegen Aufnahme dieses Vorbehaltes Schwie- 7905 rigkeiten. In Berlin wünschte man, daß der Beitritt Deutschlands 7906 und Österreich-Ungarns zu dem russischen Vorbehalt in unmittelbarem Anschluß an diesen aufgeführt würde. Iswolski verstand sich 7907 nur ungern dazu, da er sofort nach dem Bekanntwerden der aus dem Rundschreiben ersichtlichen Gruppierung der Mächte eine heftige Pressekampagne gegen Rußland und insbesondere gegen die Person des Zaren befürchtete.

In Wien war man nicht abgeneigt, Iswolski entgegenzukommen. Aehrenthal bat den Botschafter Grafen Karl v. Wedel um die Über- 7908 mittlung seiner dringenden Bitte an den Fürsten Bülow, doch ja nicht an der starren Form festzuhalten, da es keine solche Bedeutung habe, ob der Vorbehalt der beiden Kaisermächte unmittelbar vor oder nach dem russischen stehe. Aehrenthal befürchtete ernstlich, daß Iswolski die Nerven verlor, und daß damit die Solidarität der drei Kaisermächte gesprengt werde. „Ich plädiere gewiß nicht für unnötige Nachgiebigkeit, aber ich kann mich des Ausdrucks der Befürchtung nicht enthalten, daß wir uns durch ein Versteifen auf Formalien in dem jetzigen kritischen Moment den österreich-ungarischen Minister entfremden und uns damit der Gefahr einer völligen Isolierung aussetzen.“

Aus Petersburg meldete Schoen, daß Iswolski durch die bisherigen 7909 Verhandlungen ganz ungewöhnlich nervös geworden sei. „Mit seiner Verstimmung, die sich nicht sobald verflüchtigen dürfte, werden wir insofern zu rechnen haben, als wir ihn unseren Wünschen in manchen politischen und unpolitischen Dingen weniger zugänglich finden dürften wie bisher.“ Immerhin fügte Schoen hinzu, Deutschland habe für Rußland soviel und so Gewichtiges getan, daß es vollauf berechtigt sei, von Rußland eine rücksichtsvolle Anpassung zu erwarten.

Am 3. April 1907 überreichte der russische Botschafter in Berlin, 7910 Graf von der Osten-Sacken, dem Berliner Kabinett eine „Darstellung

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7903 siehe hinten Teil 3.

der gegenwärtigen Lage“[1]). Darin waren die Vorbehalte der einzelnen zu der Haager Konferenz eingeladenen Mächte aufgeführt und wunschgemäß der Vorbehalt der beiden Kaisermächte hinter der russischen Erklärung.

Auch in Italien hatte der Gedanke an eine Erörterung der Abrüstungsfrage beunruhigend gewirkt. In Rapallo, wo Fürst Bülow während des Osterfestes am 30. und 31. März 1907 verweilte, sagte der Außenminister Tittoni zu ihm, es sei doch wünschenswert, daß 7911 während der Haager Konferenz keine Unstimmigkeit zwischen Italien und Deutschland hervortrete. Der Vertreter Italiens solle daher seine Haltung gegenüber dem Konferenzprogramm möglichst mit der deutschen in Einklang bringen. 7912

Italien suchte auch in Rußland zu vermitteln und trat für eine Zulassung der Diskussion über die Abrüstungsfrage unter der Voraussetzung ein, daß die Absicht, diese Frage vorzubringen, vorher allen Mächten notifiziert werde. In Deutschland war man durchaus dagegen und setzte sich sofort mit dem Wiener Kabinett in Verbindung. In 7913 Wien fürchtete man, daß auf Grund des italienischen Vorschlages Iswolski wieder schwankend werden könnte.

Am 6. April 1907 machte der italienische Botschafter in Berlin 7914 amtlich einen Vermittlungsvorschlag[2]). Staatssekretär v. Tschirschky erwiderte ihm, daß Deutschland weit davon entfernt sei, eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz verhindern zu wollen. Der Vorschlag Tittonis, die Verhandlungen über diese Frage nach Schluß der Haager Konferenz an die Großmächte verweisen zu wollen, schließe aber ein Moment unberechenbarer Beunruhigung auf lange Zeit hinaus ein und sei daher für Deutschland unannehmbar. In ähnlicher Weise äußerte sich Botschafter v. Schoen in Petersburg. 7915

Am 8. April 1907 beantwortete das Auswärtige Amt das russische Zirkularschreiben vom 3. April (Nr. 7910)[3]). Diese Antwort 7916 hob die vorhergegangene Einigung der drei Kaisermächte hervor und endete mit der Aufforderung an die russische Regierung, sich mit dem Berliner und dem Wiener Kabinett zwecks Feststellung des Inhaltes der den Abgeordneten der drei Kaisermächte für die Konferenz zu gebenden strengen Weisungen ins Einvernehmen zu setzen. An die italienische Regierung erging tags darauf eine Mitteilung[4]), aus der hervorging, daß der italienische Vermittlungsvorschlag eine Berücksichtigung nicht gefunden hatte. 7917

Nun schien es wichtig, daß auch Frankreich für den Standpunkt 7918 der drei Kaisermächte gewonnen wurde. Iswolski war in dieser Richtung nicht ohne Hoffnung. Zwischen England und Frankreich 7919

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7910 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7914 siehe hinten Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7916 siehe hinten Teil 3.
[4]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7917 siehe hinten Teil 3.

bestand damals ein besonders lebhafter Gedankenaustausch. Es
7920 schien, als wenn die englische Regierung recht froh wäre, wenn sie
die ganze Frage überhaupt nicht angerührt hätte. Italien, das seine
7921 Vermittlungsvorschläge auch nach London mitgeteilt hatte, zog sie
einstweilen zurück, um bei passender Gelegenheit während der Konferenz darauf zurückzukommen.

Auch Japan äußerte sich scharf gegen eine Erörterung der Ab-
7922 rüstungsfrage auf der Konferenz. Am meisten kam es den Japanern auf die genaue Festlegung der Pflichten der neutralen Mächte bezüglich der Behandlung von Schiffen der kriegführenden Mächte in ihren Häfen an. Unter der von der französischen Regierung während des russisch-japanischen Krieges der baltischen Flotte gegenüber geübten Rücksicht hätte die japanische Regierung so empfindlich gelitten, daß diese Frage beinahe zu einem Kriege mit Frankreich und damit zu einer Hineinziehung Englands in den Krieg geführt habe. Japan hatte nun den Wunsch, durch eine strengere Feststellung der Pflichten der Neutralen einer Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft vorzubeugen.

7923– Der französische Standpunkt klärte sich allmählich dahin, daß
7926 es sich von einer Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz nicht ausschließen würde.

Erhebliches Aufsehen erregte am 15. April 1907 eine in Magdeburg gehaltene Rede des damaligen Führers der nationalliberalen Partei und Reichstagsabgeordneten Bassermann. Bassermann richtete in dieser Rede scharfe Vorwürfe gegen die deutschfeindliche Politik Englands und bezeichnete es als eine Heuchelei, daß die englische Regierung für die Abrüstung eintrete, während sie im eigenen Lande die Rüstungen fieberhaft betreibe.

Sir Edward Grey sprach sich mit dem Geschäftsträger Wilhelm
7927 v. Stumm am 20. April 1907 über diese Rede aus und wiederholte, daß die Regierung ja gar nicht die Frage der Abrüstung anzuregen beabsichtige, sondern nur die einer Beschränkung der Ausgaben für die Rüstungen. Sein Gedanke sei der, daß sich die Mächte gegenseitig ihre Flottenprogramme mitteilen möchten. Nach Stumms Ansicht beabsichtigte die englische Regierung, Deutschlands Weigerung, an der Diskussion der Abrüstungsfrage teilzunehmen, als Vorwand zu benutzen, um ihrer Partei gegenüber eine erneute Steigerung der Ausgaben für die Flotte zu rechtfertigen. „Die liberale Partei... wird daher in Zukunft, ebenso wie ihre Vorgängerin, in fieberhafter Sorge um die Aufrechterhaltung des Vorsprunges, den ihre Machtmittel zur See gegenüber denjenigen Deutschlands haben, an der Vervollkommnung und Verstärkung derselben weiterarbeiten."

In Berlin wünschte man, daß nun recht bald die Einigung der
7928 drei Kaisermächte über die Haltung ihrer Delegierten auf der Kon-
7929 ferenz erfolgen möge. Man trat hierüber zunächst mit Wien in Ver-

bindung. Dort hatte man bereits vorgearbeitet, stimmte aber mit Deutschland nicht in allen Punkten völlig überein.

Bemerkenswert war eine Unterhaltung des russischen Botschafters in Wien, Fürsten Urussow, mit dem Grafen Wedel. Man hätte sich auf das italienische Vermittlungsprogramm einigen sollen, meinte Urussow, dann wäre man in der Lage gewesen, vor der Besprechung der Abrüstungsfrage das gesamte Konferenzprogramm mit seinen vielen wichtigen Punkten unter Dach und Fach zu bringen. Als Graf Wedel ihm erwiderte, immerhin habe sich jetzt aus dem Gange der Verhandlungen eine erfreuliche Solidarität der drei konservativen Kaisermächte ergeben, stimmte ihm allerdings Fürst Urussow lebhaft zu.

Eine wesentliche Entspannung der Lage, besonders gegenüber England, ergab sich aus der großen Reichstagsrede des Fürsten Bülow am 30. April 1907. Er begründete in dieser Rede die deutsche Politik in der Konferenzfrage ohne jede peinliche Anspielung auf England und führte aus, warum sich Deutschland von einer Erörterung der Abrüstungsfrage nichts verspreche. „Ist zu besorgen, daß wir dadurch den Zorn aller Friedensfreunde auf uns laden würden? Nun, ich habe Grund zu der Annahme, daß auch andere Mächte eine der unseren ähnliche Haltung einnehmen, und es gibt in England, in Frankreich, in Italien, in Amerika Freunde der Zivilisation genug, welche dem Frieden am besten zu dienen glauben, wenn sie keine Illusionen aufkommen lassen und bei der Verfolgung idealer Zwecke die Realitäten nicht aus den Augen verlieren ... An einer nach unserer Überzeugung wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen. Wir denken aber nicht daran, diese unsere Auffassung anderen aufzwingen zu wollen; und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unseres Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht.“ 7930

„Die offene und ernste, von jedem kritischen Hinweise auf die englische Politik freie Darlegung des deutschen Standpunkts hat hier wie eine Erlösung gewirkt,“ berichtete Geschäftsträger W. v. Stumm am 4. Mai 1907 aus London. Sir Edward Grey sagte zum Grafen Metternich, er sehe jetzt die praktische Undurchführbarkeit seines Gedankens betreffend die Abrüstungsfrage ein und sei nunmehr auch in der Lage, dem Parlament gegenüber erklären zu können, daß er auf ihn verzichten müsse. 7931

Weitere praktische Schlußfolgerungen hinsichtlich des Flottenbaues aus der veränderten Lage zu ziehen, war die englische Regierung aber nicht gewillt. Als ihr am 6. Mai nahegelegt wurde, auf den Bau des dritten Schlachtschiffes des diesjährigen Flottenprogramms zu verzichten, gab sie eine ausweichende Erklärung ab.

7932 Die Haltung Frankreichs blieb noch unklar, doch schien es ihm
erwünscht, daß die Großmächte sich vor dem Zusammentritt der
Konferenz über eine Formel in der Abrüstungsfage einigten. Hierbei
müßten England, die Vereinigten Staaten und Japan zusammenwirken.

Auch in Amerika machte die Reichstagsrede des Fürsten Bülow
vom 30. April einen bedeutenden Eindruck. Man erkannte im all-
7935 meinen an, daß sie sachlich sei und den besonderen geographischen
und politischen Verhältnissen Deutschlands entspreche. In der Ab-
rüstungsfrage dachte der Präsident für seine Person skeptisch, wäh-
rend die Regierung den pazifistischen Elementen aus innerpolitischen
Gründen bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen wünschte.
7937 Englands Stellung in dieser Frage aber hing wesentlich von der-
jenigen der Vereinigten Staaten ab.

Am 11. Mai 1907 übersandte das Berliner Auswärtige Amt dem
7936 deutschen Geschäftsträger in Petersburg, v. Miquel, die Instruktionen
für die deutschen Konferenzdelegierten. Dabei wurde ausgesprochen,
daß ein Fernbleiben der russischen Delegierten ebenso wie der-
jenigen der beiden anderen Kaisermächte von der Diskussion über
die Abrüstungsfrage nicht ausdrücklich beantragt werden würde.
7939 Geschäftsträger v. Miquel führte seinen Auftrag am 15. Mai aus und
7940 überreichte Iswolski bei dieser Gelegenheit eine Denkschrift[1]) mit
den Richtlinien für das Verhalten der Delegierten, falls die Ab-
rüstungsfrage aufgeworfen werde.

Iswolski war mit den deutschen Vorschlägen keineswegs ein-
7941 verstanden und überreichte Herrn v. Miquel am 20. Mai einen
Schriftsatz, der den russischen Standpunkt begründete. Es handelte
sich hierbei besonders um das seitens des Präsidenten der Konferenz
in dem Falle anzuwendende Verfahren, daß die Abrüstungsfrage auf-
geworfen wurde.

In Berlin verhielt man sich ablehnend und wünschte durchaus,
an den mit Österreich-Ungarn vereinbarten Vorschlägen festzu-
7942– halten. Hieraus ergab sich im weiteren Verlaufe wieder eine neue
7947 Verstimmung Iswolskis. Dieser begründete seine abweichende Mei-
7948 nung in einem Schriftsatze[2]). Die beiden Botschafter der Kaiser-
mächte hatten aber den ablehnenden Standpunkt ihrer Regierungen
7949 schon vor Empfang dieses Schriftsatzes in Petersburg mitgeteilt und
7950 beharrten auch in dieser Auffassung. Nunmehr erklärte Iswolski,
7951 er könne nicht weitergehen, als er es bereits zugestanden habe, und
ließ auch eine „gewisse Empfindlichkeit über die von Berlin und
Wien auf ihn ausgeübte, einer Bevormundung ähnelnde Pression er-
7952 kennen." Zu weiterem Entgegenkommen war er nicht zu bewegen,
7953 worauf Aehrenthal in einem Telegramm vom 12. Juni 1907 an seinen
Botschafter eine ziemlich schroffe Haltung gegen Iswolski annahm.

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 7940 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7948 siehe hinten Teil 3.

Nach Ansicht der Botschafter der Kaisermächte in Petersburg war es nunmehr an der Zeit einzulenken. „Im Privatkreise“, berichtete Botschafter v. Schoen am 11. Juni 1907, „hat Herr Iswolski, wie ich höre, sich geäußert, er habe noch nie so schwierige und unangenehme Verhandlungen zu führen gehabt wie in bezug auf die Haager Konferenz. Graf Berchtold und ich können von uns das gleiche sagen. Wir haben das Bewußtsein, unsere ganze Kraft eingesetzt, schließlich aber, wenn auch Wesentliches, so doch nicht alles erreicht zu haben. Wir müssen angesichts des letzten hartnäckigen Verhaltens Herrn Iswolskis leider bekennen, daß wir weitere Anstrengungen für aussichtslos halten ... Meine und Graf Berchtolds Meinung ist die, daß wir uns, wie die Dinge nun liegen, mit der Hauptsache, der zugesicherten Nichtbeteiligung der Russen an einer sachlichen Diskussion der Rüstungsfrage, begnügen, und der anscheinend berechtigten Hoffnung hingeben müssen, daß im Haag alles glatt mit dem frommen Wunsch weiterer Prüfung der Rüstungsbeschränkung verläuft. Sollte diese Hoffnung sich nicht erfüllen, so dürfte uns nichts anderes übrig bleiben, als unbekümmert um das, was die Russen zu tun und zu lassen belieben, unsere eigenen Wege zu gehen. Vielleicht entschließt sich Herr Nelidow[1]) doch noch, unseren Delegierten den Weggang unauffällig zu ermöglichen, wenn er sieht, daß es uns bitterer Ernst ist, denjenigen, die das Abrüstungsroß besteigen wollen, nicht die Steigbügel zu halten. Auf Dank der Russen werden wir schwerlich zu rechnen haben, ob wir ihnen nun den Gefallen tun, bei dem Begräbnis der Abrüstungsidee gegenwärtig zu sein oder nicht.“ In der persönlichen Unterredung, die Graf Berchtold und Herr v. Schoen gemeinsam mit Iswolski gehabt hatten, war deutlich zutage getreten, daß Iswolskis Entgegenkommen nunmehr eine Grenze gefunden hatte. Schoen berichtete darüber: „Je mehr Graf Berchtold und ich auf Herrn Iswolski eindrangen, um so hartnäckiger verteidigte er seinen Standpunkt. Er zeigte wiederholt nervöse Gereiztheit und vergaß sich in einem Moment so weit, in weinerlichem Tone lebhaft darüber zu klagen, daß Wien und Berlin sich in den Einzelphasen jeweils verständigten und ihn fast in drohender Weise vor gefaßte Beschlüsse stellten; das sei eine Pression, eine Bevormundung, die dem gemeinschaftlichen Interesse und dem Ansehen, das er zu vertreten habe, nicht entspreche.“ 7954

Ob es angezeigt war, schon vor Beginn der Konferenz zur Erreichung eines Nebenzweckes so schweres Geschütz aufzufahren, darf billigerweise bezweifelt werden.

Iswolski war nunmehr ersichtlich angenehm berührt, daß er in der Frage des Präsidiums der Konferenz nicht weiter gedrängt wurde, 7955 und wies den für das Präsidium bestimmten Herrn Nelidow tele- 7956

[1]) Nelidow war als Leiter der Konferenz vorgesehen.

graphisch an, eintretendenfalls eine Unterbrechung der Konferenzsitzung eintreten zu lassen, um den deutschen und österreich-ungarischen Delegierten das Fernbleiben von der weiteren Verhandlung zu ermöglichen.

Da in den Diplomatenkreisen Londons der Eindruck entstand, daß 7957 die englische Regierung sich in Übereinstimmung mit derjenigen der Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage auf der Konferenz die größte Mäßigung auferlegen und sich voraussichtlich auf das Vorbringen eines „Wunsches" nach dem Vorgange der Konferenz von 1899 beschränken würde, konnte man der für den 15. Juni 1907 vorgesehenen Eröffnung der Konferenz einigermaßen beruhigt entgegensehen.

Kapitel 169

Der Verlauf der Konferenz

Für die Vorlage der Dokumente, die sich auf die zweite Haager Friedenskonferenz beziehen, haben die Herausgeber die Anordnung gewählt, zunächst einige Dokumente zusammenzufassen, die einen großzügigeren Überblick über den Gesamtverlauf gewähren. In besonderen Abschnitten folgen sodann die Aktenstücke, die sich auf die Rüstungsbeschränkung (170. Kapitel), die Schiedsgerichtsfrage (171. Kapitel) und das Seebeuterecht (172. Kapitel) beziehen.

Als Hauptdelegierte Deutschlands auf der Konferenz waren der Botschafter in Konstantinopel Frhr. v. Marschall und der Erste Vortragende Rat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Kriege, schon im Februar 1907 bestimmt worden. Fürst Bülow hatte Marschall als Ersten Delegierten ausgewählt, da er ihn auf Grund seiner großen diplomatischen Erfahrung sowie seiner gründlichen staatsrechtlichen und juristischen Kenntnisse für ganz besonders geeignet hielt, diese für den damaligen Augenblick wohl wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu übernehmen und mit Erfolg durchzuführen. Galt es doch unter Umständen, dem Versuche entgegenzuwirken, Deutschland in der Abrüstungsfrage zu isolieren und in den Augen der Welt als Friedensstörer erscheinen zu lassen.

Am 14. Juni 1907 übersandte der Reichskanzler der Dele- 7958 gation unter Beifügung verschiedener Anlagen nähere Weisungen für ihr Verhalten auf der Konferenz. Die sorgfältigen Vorarbeiten des Auswärtigen Amtes sollten für die Haltung der Delegation maßgebend sein.

Schwierigkeiten bot besonders die Frage des Seebeuterechts. Wurde diese auf der Konferenz zur Erörterung gestellt, so sollten die deutschen Delegierten zunächst erklären, Deutschland habe der Abschaffung des Seebeuterechts von jeher sympathisch gegenübergestanden. Dieser Gegenstand bilde indes nur einen Teil des Komplexes derjenigen Fragen, die sich auf den Schutz des Privateigentums zur See bezögen und könne daher nicht getrennt erledigt werden. Solle dem Privateigentum zur See im Falle eines Seekrieges ein weitergehender Schutz als bisher gewährt werden, so bedürfe es zunächst einer Erörterung und Entscheidung über andere Fragen des Seekriegsrechtes, die bei diesem Gegenstande gleichfalls in Betracht kämen und in solcher Weise geregelt werden müßten, daß die Abschaffung des Seebeuterechtes allen Nationen gleichmäßig zugute komme. Erst nach Verständigung über diese Frage werde es möglich sein, die Tragweite der Abschaffung des Seebeuterechtes zu übersehen und endgültig zu ihr Stellung zu nehmen.

Kam die Abrüstungsfrage auf, so wollte sich Deutschland an einer etwaigen Verhandlung darüber nur insoweit beteiligen, als die Wiederholung des 1899 ausgesprochenen „Wunsches“ ohne Diskussion angenommen wurde. Weiteren Verhandlungen sollte die Delegation fernbleiben.

Was schließlich die obligatorische Schiedssprechung betraf, so war Deutschland nach seinen mit Rußland geführten Verhandlungen nicht verpflichtet, auf eine Diskussion hierüber einzugehen, wollte sich aber doch nach den mit Österreich-Ungarn getroffenen Verabredungen einer etwaigen Erörterung dieser Frage nicht von vornherein entziehen.

Die deutschen Delegierten, insbesondere Frhr. v. Marschall und Dr. Kriege, aber auch der Militärdelegierte General v. Gündell und der Marinedelegierte Konteradmiral Siegel, waren von den zahlreichen Sitzungen und der hierfür nötigen Vorbereitung so stark in Anspruch genommen, daß sie kaum Zeit zu einer ausführlichen Berichterstattung fanden. Marschall, der sonst immer ausführlich und gern berichtete, holte das, was er auf der Konferenz infolge Arbeitsüberlastung sich hatte versagen müssen, nach Abschluß der Konferenz auf seinem Gute Neuershausen zum Teil nach[1]).

Am 15. Juni 1907 wurde die Konferenz eröffnet. Die zweite Sitzung fand am 19. Juni statt. In ihr wurden vier Kommissionen gebildet. Sie waren, wie Fürst Bülow an den auf der Nordlandreise befindlichen Kaiser Wilhelm II. am 26. Juli 1907 berichtete, folgendermaßen verteilt. Die erste Kommission unter dem Vorsitze des früheren französischen Ministers des Äußern Bourgeois befaßte sich mit dem Ausbau des internationalen Schiedswesens. Deutschland 7959 7960

[1]) Siehe u. S. 75.

hatte einen Vorschlag über die Errichtung eines internationalen Oberprisengerichts eingebracht, der von der Konferenz mit Beifall begrüßt und als Zeichen dafür gedeutet wurde, „daß Deutschland mit praktischem auf das Erreichbare gerichteten Sinne an den Arbeiten der Konferenz tätigen Anteil" nehmen wollte. Ein englischer Antrag erstrebte auf zum Teil abweichenden Wegen gleichfalls die Einführung einer internationalen Prisengerichtsbarkeit.

Die zweite Kommission beschäftigte sich unter dem Vorsitze des belgischen Staatsministers Beernaert mit dem Landkriegsrechte. Deutscherseits gehörte Generalmajor v. Gündell zu dieser Kommission.

Die dritte Kommission beriet unter Leitung des italienischen Botschafters in Paris, Grafen Tornielli, über einzelne Fragen des Seekriegsrechtes. Als deutscher Marinedelegierter gehörte Konteradmiral Siegel zu dieser und zu der vierten Kommission, die unter dem Vorsitze des zweiten russischen Delegierten v. Martens über Seebeuterecht und Konterbande zu beraten hatte. In seinem Berichte an den Kaiser hob Fürst Bülow hervor, daß die deutsche Delegation und ihre gründliche Vorbereitung für die Aufgaben der Konferenz allseitig und auch auf ganz unparteiische Personen einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe.

7961 Der erste ausführliche Bericht von Marschalls Hand datiert vom 28. Juli 1907. Marschall schildert in seiner fesselnden Schreibweise den ungefügen Versammlungskörper der Friedenskonferenz, in der 46 Staaten mit etwa 250 Delegierten vertreten waren. Geschichtlich von großem Wert sind die Kennzeichnungen, die Marschall von den hauptsächlichen Konferenzteilnehmern entwirft. Neben Bourgeois schien ihm der Amerikaner Mr. Choate die markanteste Persönlichkeit. Aber auch der Führer der englischen Delegation, Sir Edward Fry, ein Mann von 82 Jahren, flößte ihm trotz seiner Weltfremdheit und trotz seiner ungeschickten Behandlung der englischen Presse eine gewisse Achtung ein. Am wenigsten Gutes weiß Marschall von den Russen zu sagen. Der Präsident der Konferenz Herr Nelidow war „ein Diplomat ganz alter Schule, dabei selbst alt, unsicher und konfus, um nicht zu sagen unzuverlässig". Von Herrn v. Martens hatte Marschall nur eine geringe Meinung und bezeichnete ihn als „Schaumschläger". Auch der russische Oberst Michelson entsprach durchaus nicht den im Haag an ihn gestellten Anforderungen. Den ersten japanischen Delegierten Tsudzuki kennzeichnete Marschall als einen bedeutenden Mann, wie überhaupt Japan im Haag sehr gut operiert zu haben scheint.

Infolge der langen Dauer der Verhandlungen erlahmte sehr bald das Interesse der Öffentlichkeit für die zweite Haager Konferenz. Sir 7962 Edward Grey bezeichnete es daher dem deutschen Botschafter gegenüber als wünschenswert, daß in Zukunft vor Zusammentritt einer neuen Haager Konferenz die Regierungen über ihr jeweiliges Pro-

gramm sich schon vorher ins Benehmen setzten, damit die Arbeiten auf der Konferenz von vornherein einen raschen Gang nehmen könnten. Dabei hatte es gerade Sir Edward Grey unterlassen, seine dem deutschen Botschafter bereits angekündigte Absicht einer solchen vorherigen Aussprache auszuführen.

Am 21. Oktober 1907 erstattete Frhr. v. Marschall aus Neuershausen seinen ersten ausführlichen Bericht über die Konferenz an den Reichskanzler. „Die Friedenskonferenz ist geschlossen. Es war Zeit. Denn unsere raschlebige Welt liebt im öffentlichen Leben die Sensation und kümmert sich wenig um ernste andauernde Arbeit. Als am 15. Juni etwa 250 Vertreter von 45[1]) Staaten im Binnenhofe zusammentraten, waren im landläufigen Sinne die Augen der ganzen Welt auf die holländische Residenzstadt gerichtet. Aber schon nach wenigen Wochen war das anders geworden. Der ungeheure Arbeitsstoff, der uns größtenteils ohne die nötige Vorbereitung unterbreitet und durch Anträge von allen Seiten fortwährend vermehrt wurde, bot für die Allgemeinheit kaum ein Interesse . . . Das Gefühl drängte sich allmählich allen Delegierten auf, daß, je ernster wir arbeiteten, um so langweiliger wir nach außen hin wurden.“ Nur einmal, als Sir Edward Fry seine Leichenrede für den englischen Abrüstungsvorschlag gehalten habe, sei das anders geworden. Die Konferenz habe aber nicht nur sehr fleißig gearbeitet, sondern auch manches positiv Nützliche geschaffen. Wenn sie trotzdem eine üble Nachrede finden werde, so liege dies nicht an ihr, sondern an der falschen ihr gegebenen Bezeichnung als Friedenskonferenz. 7963 7964

In zwei weiteren Berichten vom 28. Oktober 1907 und vom 10. November 1907 an den Reichskanzler entwarf sodann Herr v. Marschall ein farbenprächtiges Bild der Konferenz, auch unter Schilderung der dortigen Lebensformen und gesellschaftlichen Zerstreuungen, und kennzeichnete mit überlegener Strichführung die Charaktere und Tätigkeit der im Haag in vorderster Linie stehenden Diplomaten, besonders derjenigen des Dreibundes. Mit dem Ersten italienischen Delegierten, Botschafter Grafen Tornielli, verknüpften Marschall die besten persönlichen Beziehungen, und auch den Ersten österreich-ungarischen Delegierten Baron Mérey kennzeichnete Marschall als einen ganz hervorragend tüchtigen, ernsten und zuverlässigen Mann. Gut vertreten war auch Belgien durch den Baron Guillaume. 7965

Eine ausführlichere Wiedergabe der Berichte Marschalls an dieser Stelle ist entbehrlich. Niemand sollte sich des Reizes dieser Berichterstattung berauben, die bei einer bruchstückartigen Wiedergabe wesentlich verlieren würde.

---

[1]) Im Berichte vom 28. Juli 1907 (Nr. 7961) ist von 46 Staaten die Rede.



Die Zweite Haager Friedenskonferenz
Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Der dreiundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 23. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 170

Die Rüstungsbeschränkung auf der Konferenz

Offenbar in Nachwirkung der beruhigenden Kanzlerrede des Fürsten Bülow[1]) beabsichtigte auch England nicht, einen Vorschlag für die Beschränkung der Rüstungen auf der Konferenz vorzubringen. In diesem Sinne sprach sich Sir Edward Fry am 17. Juni 1907 Herrn v. Marschall gegenüber aus. Seine Regierung, meinte er, erkenne an, daß bei einer Diskussion über die Beschränkung der Rüstungen zur Zeit nichts Praktisches herauskommen könne. Sie behalte sich vor, nach dem Vorgange von 1899 wiederum einen Wunsch (voeu) zu beantragen. Für diesen „Wunsch“ schlug Sir E. Fry am 20. Juni folgenden Wortlaut vor: „Die Konferenz bestätigt den von der Konferenz von 1899 angenommenen Entschluß hinsichtlich der Begrenzung der militärischen Lasten; und im Hinblick darauf, daß die militärischen Lasten in fast allen Ländern seit dem genannten Jahre beträchtlich gewachsen sind, erklärt die Konferenz die Frage für mehr als je dringend (plus que jamais urgente) und wünscht, die Regierungen das Studium dieser Frage wiederaufnehmen zu sehen.“ Eine Diskussion sollte über diesen „Wunsch“ seinerzeit nicht stattfinden. Sir E. Fry wollte ihn einfach vorlegen, ohne sich in eine nähere Begründung einzulassen. 7966 7967

Auch Amerika wollte in der heiklen Frage den Vortritt nicht übernehmen, war aber bereit, falls die Abrüstungsfrage von anderer Seite angeregt würde, dafür zu stimmen. In diesem Sinne äußerte sich auch der Stahlkönig Mr. Carnegie bei einem Diner auf seiner amerikanischen Yacht in Kiel, zu dem er den deutschen Kaiser eingeladen hatte. Er fügte hinzu, daß er ein Gegner der englischen Abrüstungsidee sei, da sie seiner Ansicht nach zu einem praktischen Ergebnisse nicht führen könne. 7968 7969

Im Anschluß an die Tatsache, daß England, Frankreich und Spanien am 16. Mai 1907 sich über den Schutz des status quo im Mittelmeer durch Notenaustausch verständigt hatten, entwickelte sich in Petersburg eine Aussprache zwischen dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Berchtold und Iswolski. Letzterer betonte, an 7970

[1]) Vgl. o. S. 69.

dem Zustandekommen dieser neuen Verträge ganz unbeteiligt zu sein; Rußland habe keinerlei Neigung, sich an irgendeiner Koalition oder Kombination, am wenigsten an einer solchen, die eine den Kaisermächten unfreundliche Tendenz haben könnte, zu beteiligen. An einer Diskussion über die Rüstungsfrage auf der Konferenz werde Rußland sich nicht beteiligen, sondern der Abmachung der drei Kaisermächte treu bleiben.

Am 24. Juni erklärte der Präsident der Haager Konferenz, Nelidow, dem deutschen Ersten Delegierten, daß der englische Delegierte nunmehr schriftlich beantragt habe, den englischen „voeu" bezüglich 7971 der Begrenzung der Rüstungen als englischen Antrag drucken und verteilen zu lassen, damit er in einer der nächsten Plenarsitzungen behandelt werden könne. Marschall erklärte sofort, die Worte „la question est plus urgente que jamais" (die Frage ist dringender als je) seien für Deutschland unannehmbar. Auch könne man nicht vor der ganzen Welt eine Frage als dringend bezeichnen, wenn niemand wisse, wie sie zu lösen sei. Die deutsche Regierung werde deshalb wohl höchstens einer Bestätigung des „Wunsches" von 1899 zustimmen. Von Wien aus wurde der österreichische Erste Delegierte 7972 angewiesen, sich Herrn v. Marschall anzuschließen.

Iswolski dachte sich den weiteren Verlauf im Haag so, daß der 7973 Erste englische Delegierte in einer längeren Rede über die englischen Flottenverhältnisse, die Preise der Schiffe usw. sprechen und am Schlusse seiner Rede den englischen „Wunsch" vorbringen sollte. Darauf sollte ohne jede Diskussion Nelidow das Wort nehmen und den englischen „Wunsch" zur Annahme durch die Konferenz empfehlen. In Berlin erklärte man indes, daß die beanstandeten Worte unannehmbar seien. Sollte es nicht gelingen, die Engländer zu bestimmen, die Bezeichnung „dringlich" fallen zu lassen, so sollten die deutschen und österreichungarischen Delegierten mit ihrem ganzen Personal der Sitzung fern- 7974 bleiben. Für Iswolski war die Lage einigermaßen schwierig. Persönlich war er stets ein entschiedener Gegner der Abrüstung gewesen. Ob seine Taktik, durch Erbauung goldener Rückzugsbrücken für die Engländer im Haag die Abrüstungsfrage auf ein totes Gleis zu bringen, Erfolg versprach, darüber sprach sich Botschafter v. Schoen skeptisch aus.

Im Haag erklärte der englische Erste Delegierte nunmehr seine Bereitwilligkeit, die beanstandeten Worte fallen zu lassen. Er schlug folgenden Wortlaut vor: „Die Konferenz erklärt, daß es mehr denn 7975 je erwünscht ist, die Regierungen das ernsthafte Studium dieser Frage wiederaufnehmen zu sehen." Marschall bat um Weisungen aus Berlin und wurde telegraphisch ermächtigt, den Wortlaut anzunehmen. Er 7976 sollte sich aber der Zustimmung des österreich-ungarischen Delegierten 7977 versichern. Auch Iswolski wirkte im Sinne einer schnellen und glatten Erledigung der bedenklichen Frage.

Am 30. Juli teilte Sir Edward Fry Herrn v. Marschall den Wortlaut mit, den er zur Begründung des Antrages auf Begrenzung der Rüstungen verwenden wolle[1]. 7978 Es hieß darin, daß eine große Masse von Menschen durch Vorbereitungen auf den Krieg gezwungen sei, „sich unfruchtbaren und undankbaren Arbeiten zu unterziehen.“ In dieser Kennzeichnung erblickte Marschall einen fast verletzenden Widerspruch gegen die deutsche Volksanschauung, wonach der Militärdienst einen unentbehrlichen Teil der Volkserziehung bildete. In Berlin verzichtete man indes darauf, neue Einwendungen zu erheben. 7979

Jetzt endlich kam es zur Verständigung zwischen den beiden Delegierten über den Wortlaut der zur Abrüstungsfrage abzugebenden 7980 Erklärungen. Der Wortlaut der Ansprache, die Präsident Nelidow nach der Rede Sir Edward Frys zu halten gedachte, wurde Herrn v. Marschall vorher, am 13. August 1907, mitgeteilt. Marschall hatte 7981 keine Bedenken. Der amerikanische Delegierte Mr. Choate entschloß sich, seine Bemerkungen zu dem Antrage Frys schriftlich an den 7982 Präsidenten Nelidow zu richten. Auch hiermit waren Marschall und der österreichische Delegierte einverstanden.

Am 17. August 1907 war der große Tag, an dem „der englische Abrüstungsantrag durch den bereits gemeldeten ‚voeu‘ zu Grabe ge- 7983 tragen“ wurde. Alles verlief im allgemeinen programmäßig. Nur erhielt der französische Delegierte Bourgeois Gelegenheit, ein paar Worte zur Unterstützung des englischen Antrages zu sagen. Eine weitere Wortmeldung erfolgte nicht, so daß Marschall keinen Anlaß fand, Einspruch zu erheben. Wie man in pazifistischen Kreisen die Vorgänge beurteilte, ergab sich aus einer Mitteilung im „Courrier de la Conférence“ vom 17. August 1907, in dem es an hervorragender Stelle hieß: „Es wäre wünschenswert, daß alle Pazifisten in großer 7984 Trauer um 3 Uhr im Rittersaal der feierlichen Zeremonie der Beerdigung der Rüstungsfrage ohne sichere Hoffnung auf eine fröhliche Auferstehung beiwohnten. Krepp und schwarze Kleider sind für diejenigen am meisten geeignet, die sich an den Rändern eines offenen Grabes befinden.“ Marschall berichtete über den wichtigen Tag ausführlich an den Reichskanzler. Den Abschluß hatte die Mitteilung eines argentinisch-chilenischen Abrüstungsvertrages gebildet.

In den Kabinetten atmete man auf, daß die schwierige Frage 7985 endlich erledigt war. Auch Präsident Roosevelt war froh darüber, da er persönlich an die Durchführbarkeit der Abrüstung nicht glaubte. 7986

Kapitel 171

Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz

Bei Beginn der Konferenz hatten die deutschen Delegierten den Eindruck, daß England nicht für ein obligatorisches Schiedsgericht 7987

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7978 siehe hinten Teil 3.

eintreten werde. In diesem Sinne hatte der Lordkanzler Lord Loreburn mit dem Grafen Metternich gesprochen. „Obligatorisch" setze eine zwingende Instanz voraus, was dem Gedanken des schiedsrichterlichen Verfahrens widerspreche.

Ähnlich dachte Österreich-Ungarn, wenn die Regierung auch mit 7988 Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Ungarn gewillt war, in dieser Frage Konzessionen zu machen. Damit war man in Berlin wenig einverstanden. Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Karl 7989. von Wedel, sprach sich mit Aehrenthal wiederholt darüber aus, und 7990 dieser deutete an, daß Österreich-Ungarn in einer engbegrenzten Ausgestaltung der schon mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Schiedsverträge nichts Gefährliches erblicke. Die amerikanische Dele- 7991 gation hatte Anweisung erhalten, einen allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrag nach dem Muster des zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen einzubringen [1]).

Über den weiteren Verlauf werden wir durch einen Bericht des 7992 Reichskanzlers Fürsten Bülow an den Kaiser vom 29. Juli 1907 unterrichtet. Danach hatte die amerikanische Delegation ihren Antrag eingebracht. Da er inhaltlich über den Rahmen des seinerzeit von Rußland vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Konferenzprogramms hinausging, hatten sich mehrere Staaten mit ihrer Stellungnahme zurückgehalten, während Großbritannien, Österreich-Ungarn und die Schweiz grundsätzlich zustimmten. Die Einführung einer obligatorischen Schiedssprechung für internationale Streitigkeiten über bestimmte Rechts- und Auslegungsfragen war auf der ersten Haager Konferenz an dem entschlossenen Widerspruche Deutschlands — der Kaiser vermerkte zu dieser Stelle des Bülowschen Berichtes „mit Recht" — gescheitert. Ein Weltschiedsvertrag, „der uns ganz allgemein und auch böswilligen kleineren Staaten gegenüber der Möglichkeit berauben würde, den Machtfaktor zur Geltung zu bringen", schien dem Fürsten Bülow völlig unannehmbar. Kaiser Wilhelm billigte diesen Standpunkt: „Wir lassen uns auf nichts ein und wahren unseren bisherigen Standpunkt."

Eine Überraschung für die deutsche Delegation war es, daß England seinen anfänglich ablehnenden Standpunkt allmählich aufgab. Diese Schwenkung erfolgte in erster Linie aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Englands. Eine Erleichterung des deutschen 7993 Standpunktes ergab sich aus einer gewissen Zustimmung Rußlands zu seiner Auffassung. Am meisten waren an dem Zustandekommen der 7994 obligatorischen Schiedssprechung die Schweizer interessiert, die von 7995 Bourgeois, dem Vertreter Frankreichs, lebhaft unterstützt wurden. Da am 28. August 1907 die Vertreter Rußlands und Frankreichs in 7996 Berlin vorstellig wurden, Deutschland möge ein gewisses Entgegen-

[1]) Vgl. Kapitel 165, B, siehe o. S. 43.

kommen zeigen, willigte die Regierung ein, keine Bedenken dagegen zu erheben, wenn die Konferenz einen „Wunsch" zugunsten der obligatorischen Schiedsgerichtssprechung beschlösse.

Anfangs September 1907 machte der Vertreter Italiens auf der Konferenz, Graf Tornielli, der bis dahin für die weitgehendsten Anträge bezüglich des Weltschiedsgerichtsvertrages gestimmt hatte, einen Ausgleichsvorschlag [1]), mit dem er in einer Plenarsitzung starken Eindruck machte. Die Hauptberatungen führten schließlich zu dem Ergebnisse, daß die Anträge mit einer Mehrheit von nur 13 gegen 5 Stimmen angenommen wurden. Dagegen stimmten Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien und Griechenland. Danach war ein Konferenzbeschluß zugunsten des Weltschiedsvertrages nicht mehr möglich. Da es für Deutschland wichtig schien, Italien bei einer entscheidenden Abstimmung auf seiner Seite zu haben, hielt es Marschall für angezeigt, für den italienischen Ausgleichsvorschlag zu stimmen. In Berlin hatte man für diesen Fall verschiedene, mehr redaktionelle Wünsche. 7997 7998

Mit dem Grundgedanken der Konferenz war es kaum vereinbar, daß England es im September 1907 rundweg ablehnte, die Frage der Berechtigung gewisser Schadenersatzansprüche für einen deutschen Reichsangehörigen aus Anlaß des britisch-südafrikanischen Krieges dem Haager Schiedshofe zu überweisen. Marschall erhielt Weisung, diese Ablehnung bei Sir Edward Fry oder einem der anderen britischen Delegierten in ernster Weise zur Sprache zu bringen, da sie mit der Stellungnahme Englands zur Frage der obligatorischen Schiedssprechung im Haag nur schwer in Einklang zu bringen sei. Sir E. Fry teilte die deutsche Auffassung, vermochte aber mit seiner Ansicht in London nicht durchzudringen. 7999

Am 7. Oktober 1907 erfolgte im Haag die Gesamtabstimmung über den Weltschiedsvertrag. Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Rumänien, die Schweiz, die Türkei, Griechenland, Bulgarien und Montenegro, also neun Staaten, stimmten dagegen, während Italien, Japan und Luxemburg sich der Stimme enthielten und Rußland sein bejahendes Votum an die vorläufig unerfüllbare Bedingung der Errichtung eines permanenten Schiedshofes knüpfte. Damit war das Weltschiedsgericht endgültig gefallen, da weder „Einstimmigkeit" noch „quasi Einstimmigkeit" erzielt wurde. 8000

Abschließend berichtete Marschall hierüber am 11. Oktober 1907 aus Scheveningen: „Wie vorauszusehen war, hat die feste und entschiedene Stellung, die Deutschland gegen das Weltschiedsgerichtsverfahren eingenommen hat, sowie die Unterstützung, die wir dabei von Österreich-Ungarn, der Türkei, Rumänien, der Schweiz, Belgien und einigen kleineren Staaten und indirekt auch durch die Stimm- 8001

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 7997 siehe hinten Teil 3.

enthaltung Italiens und Japans gefunden haben, trotz der numerisch starken Mehrheit, die uns entgegenstand, zum Siege geführt."

Der Vertreter Frankreichs, Bourgeois, legte großen Wert darauf, daß die Konferenz nicht mit einer Dissonanz auseinandergehen sollte. Er erklärte sich daher bereit, den Weltschiedsvertrag aufzugeben, wenn die Delegierten sich zu einer Erklärung verstanden, in der die Übereinstimmung der Konferenz über gewisse Punkte ausgesprochen werden sollte. Auf Anregung des Grafen Tornielli kamen die Hauptdelegierten zusammen und einigten sich dabei über eine verhältnismäßig nichtssagende Formel [1]).

Kapitel 172

Das Seebeuterecht auf der Konferenz

Die Dokumente des 172. Kapitels führen bis in den Februar 1907 zurück. Damals fanden in Berlin die kommissarischen Beratungen über die Vorarbeiten zur Haager Konferenz statt.

Das Reichsamt des Inneren und das Handelsministerium legten mit Rücksicht auf Deutschlands bedeutende Handels- und Schiffahrtsinteressen den größten Wert auf die Abschaffung des Seebeuterechts. Das Reichsmarineamt und der Admiralstab erklärten aber, auf das Seebeuterecht, namentlich im Hinblick auf einen Krieg mit England, nicht verzichten zu können. Das Auswärtige Amt wollte indes aus politischen Gründen für seine Abschaffung eintreten, weil dies der deutschen Tradition und dem Wunsche entsprach, mit den Vereinigten Staaten von Amerika möglichst zusammenzugehen. Dort betrachtete man die Abschaffung des Seebeuterechts gewissermaßen als Glaubenssatz.

8002

Eine Einigung zwischen diesen entgegengesetzten Standpunkten wurde, wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz am 28. Februar 1907 an den Reichskanzler berichtete, nicht erzielt. Die Ausführungen des Admirals hierüber sind insofern von Bedeutung, als sie zeigen, wie Tirpitz das Entstehen der politischen Reibungsflächen zwischen Deutschland und England erklärte. Danach bestanden die Gegensätze hauptsächlich in den wirtschaftlichen Erfolgen Deutschlands. „Man fühlt in der City of London die wachsende Bedeutung des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Bei der fast völligen Abhängigkeit, in der sich die englische Politik von den Interessen der City befindet, hängt die Entscheidung über Krieg und Frieden wesentlich mit davon ab, welche Stellung die großen Kaufherren zu dieser Frage einnehmen. Solange das Seebeuterecht besteht, würden die Interessen des englischen Handels und damit die

8005

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8001 siehe hinten Teil 3.

der City im Falle eines Krieges einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sein.“ Mit dem Augenblick seiner Aufhebung verschwinde diese für die Lebensinteressen Großbritanniens erhebliche Gefahr und damit auch sofort eine sehr erhebliche Garantie für den Frieden zwischen Deutschland und England. „Denn wenn die englische Schiffahrt nicht mehr bedroht ist, so gehen in England Handel und Schiffahrt im Kriege wie im Frieden weiter, und die großen Herren der City haben kein Interesse mehr an der Erhaltung des Friedens. Im Gegenteil, sie haben alle Aussicht, nicht nur ein gutes Geschäft zu machen, sondern ihren gefährlichsten Gegner im Wettbewerb des Handels und der Schiffahrt zu Boden zu werfen.“

Tirpitz sah somit im Seebeuterecht eine erhebliche Friedensgarantie und zugleich, falls es zum Kriege kam, ein Mittel, England zum Frieden geneigt zu machen. „Jeder Verlust eines Schiffes, der in der City bekannt wird, würde uns dem Frieden näher bringen. Die Drohung eines ganz rücksichtslosen Krieges gegen den englischen Handel wird fast das einzige Mittel bilden, die City zum Frieden geneigt zu machen. Denn bis wir so stark sind, daß wir zu einer Invasion Englands übergehen könnten, bis dahin werden noch mehrere Jahrzehnte vergehen.“ Schließlich führte Tirpitz noch aus, es sei geradezu unbegreiflich, wie Rußland, Frankreich und Amerika sich auf diesem Gebiete so blind von dem schlauen England unter dem Deckmantel der Humanität an der Nase herumführen ließen. „Humanitätsideen zuliebe opfert man wegen Mangels an klarem Erfassen der hier in Frage kommenden realen Seiten die wichtigsten Lebensinteressen und macht das seegewaltige England für alle übrigen fast unangreifbar. Solange unsere Flotte noch nicht fertig ist, ergibt sich hieraus für uns aber eine große Gefahr.“

Die Grundgedanken des Unterseebootkrieges klingen in diesem Schriftstück bereits deutlich an. Der Staatssekretär v. Tschirschky übersandte es in Abschrift nach London, damit der dortige Botschafter 8004 sich zu den darin enthaltenen politischen Gesichtspunkten gutachtlich äußern möge.

Graf Metternich entledigte sich seines Auftrages in einem ausführlichen Berichte vom 21. März 1907. Er unterschied sich grund- 8005 legend von der Auffassung des Admirals v. Tirpitz. Nach seiner Überzeugung lag der wesentliche Grund zur politischen Spannung zwischen Deutschland und England in neuerer Zeit nicht in den Handelsbeziehungen, sondern in der wachsenden Bedeutung der von England gefürchteten deutschen Kriegsmarine. „Das Aushungern Englands mit Zuhülfenahme des Seebeuterechts wäre allerdings ein probates Mittel, den Krieg zu unseren Gunsten zu wenden und den Frieden nach unserem Diktat zu schließen. Wir besitzen es aber nicht.“ Graf Metternich hielt es daher für sehr zweifelhaft, ob die englische Regierung sich zur Abschaffung des Seebeuterechts auf der Haager

Konferenz bekennen werde. Wahrscheinlich werde sie an ihrer bisherigen Tradition festhalten.

Die Auseinandersetzungen waren mit der Darlegung dieser entgegengesetzten Standpunkte aber noch nicht beendet. Admiral v. Tirpitz legte der Frage eine so große Bedeutung bei, daß er sich mit 8006 einem „ganz geheimen" Schreiben am 20. April 1907 nochmals an den Reichskanzler wendete. Mit stärksten Worten beschwor er ihn, „mit allen Mitteln und Kräften dafür einzutreten, daß etwaige englische Versuche, das Seebeuterecht zu beseitigen, auf der Haager Konferenz zu keinem Resultat führen." Die Aufhebung dieses Seebeuterechtes sei für Deutschland zur Zeit weniger eine wirtschaftliche als eine militärische Frage. Sie müsse daher auch vorwiegend von militärischen Gesichtspunkten entschieden werden. Durch Aufhebung des Seebeuterechts in einem Kriege mit England würde Deutschland keinerlei wirtschaftliche oder militärische Vorteile haben. England hingegen erfahre dadurch eine ungeheure Steigerung seiner jetzt schon gewaltigen maritimen Machtstellung. „Die Achillesferse für England, die einzigste Stelle, an der es sich selbst noch für verwundbar hält, nämlich die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien, soll durch Beseitigung des Seebeuterechts gegen jede Störung gesichert werden. Und dazu wollen wir selbst helfen! . . . Euere Durchlaucht werden nicht die Verantwortung vor der Geschichte übernehmen wollen, das Vaterland aus humanitären und weit überschätzten wirtschaftlichen Gesichtspunkten eines so wichtigen Kriegsmittels zu berauben, wie es das Seebeuterecht für uns England gegenüber ist." Vor diesem persönlichen Appell wich der Reichskanzler mit der Randbemerkung „Gewiß nicht" entsetzt zurück.

Da Tirpitz wußte, daß das Reichsamt des Inneren und das Handelsministerium einen anderen Standpunkt vertraten, fügte er eine ausführliche Darlegung „über die Bedeutung des Seebeuterechts" seinem Schreiben bei. Auch in diesem Schriftstücke wurde als Hauptgrund der englischen Gefahr der wirtschaftliche Gegensatz bezeichnet. Die Stimmung Englands gegen uns sei in der Schlacht bei Sedan geboren und habe sich seither folgerichtig zu dem jetzigen Stadium weiter entwickelt. Friedensversicherungen einzelner Engländer könnten hieran nichts ändern. Komme es zu einem Kriege mit England, so gehe es um die Existenz Deutschlands. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, daß Deutschland den Krieg, gerade so lange es schwach sei, auf eine Weise führen müsse, die von vornherein und planmäßig den Kriegszweck selbst auf das Rücksichtsloseste im Auge habe. Hierfür aber sei die Erhaltung des Seebeuterechts für Deutschland unerläßlich.

Tirpitz verbreitete sich dann ausführlich über die voraussichtliche Gestaltung eines solchen Krieges. England werde in erster Linie die Blockade gegen Deutschland anwenden. Damit höre der Seehandel

nach und von Deutschland auf. „Das Kriegsmittel der Blockade ist also schon ausreichend, uns auf die Länge der Zeit niederzuzwingen.“ Bei Abschaffung des Seebeuterechts würde die Blockade nicht gehindert. Eine Blockade Englands durch uns komme aber auf absehbare Zeit überhaupt nicht in Frage. „Landungen in England im napoleonischen Stil sind eine Utopie, solange die englische Flotte existiert; selbst eine zeitweilig erheblich schwächere englische Flotte würde solche Landungen unmöglich machen.“

Am 29. April 1907 wandte sich Tirpitz nochmals in einem ausführlichen Schreiben an den Reichskanzler. Hierin setzte er sich mit den Anschauungen des Grafen Metternich [1]) auseinander. Seine Darlegungen gipfelten in der Feststellung: „Der Mächtige — und das ist hier England — würde durch die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See ohne gleichzeitige Beschränkung der Blockade noch mächtiger und unverwundbarer, der Schwache in noch höherem Maße unfähig gemacht, sich gegen Willkür und Übergriffe des Mächtigen zu wehren. Nicht ein gerechter Ausgleich widerstreitender Interessen, sondern die einseitige Bevorzugung des Interesses eines Einzigen wäre das Resultat einer derartigen Regelung. Eine solche Satzung widerstreitet den einfachsten Anforderungen, die an ein richtiges Recht zu stellen sind.“ 8007

Als der Botschafter Graf Metternich im Mai 1907 vorübergehend in Berlin weilte, wurde ihm die Tirpitzsche Denkschrift zur Erstattung eines Gutachtens vorgelegt. In seinem Schriftsatze vom 12. Mai 1907 ging er davon aus, daß nach der Ansicht des Reichsmarineamts die Abschaffung des Seebeuterechts Englands Seemacht ins Ungemessene steigern müsse. Die englische Admiralität und die englische Regierung, von denen man annehmen müsse, daß sie das eigene Interesse auch einigermaßen selbst beurteilen könnten, seien aber anderer Ansicht. Hätten sie nicht die Überzeugung, daß Englands Flotte für absehbare Zeiten stark genug bliebe, um England vor dem Ausgehungertwerden zu bewahren, so müßten sie die ersten sein, die unter allen Nationen dringend für die Beseitigung des Seebeuterechts einträten. England wolle aber dieses Recht beibehalten. „Hierin eine Finte zu erblicken, die die wahre Absicht verschleiern soll, setzt eine Diplomatie voraus, die schwer zu erklären ist.“ 8008

Durchaus zutreffend wies Graf Metternich darauf hin, daß nach der Ansicht des Reichsmarineamts die Entscheidung dieser Frage zwar auf militärischem Gebiete liege, daß ihre Ausführungen sich indessen zum größten Teile auf politischem und wirtschaftlichem Wege bewegten. „Die Frage, auf welche Weise, durch welche Mittel, wie wir den englischen Handel vernichten und Englands Zufuhr zur See ernstlich gefährden können, wird von dem Herrn Staatssekretär nicht er-

[1]) Dokument Nr. 8005.

läutert. Hierauf kommt es aber gerade an. Genügen unsere Machtmittel zur See, jetzt oder in absehbarer Zeit, um England die Zufuhr zur See zu unterbinden, so liegt die Beibehaltung des Seebeuterechts wenigstens in unserem militärischen Interesse. Genügen sie dagegen nicht, so sprechen alle anderen Gründe für die Abschaffung... Können wir den englischen Handel nur relativ schädigen, ohne England durch Abschneidung der Zufuhr in seiner Existenz zu bedrohen, während andererseits unser Seehandel der Vernichtung anheimfällt und zugleich unsere Weltpolitik objektlos wird, so ist es weise, ein Kriegsmittel fallen zu lassen, das in der Hand des Gegners ungleich stärker wirkt als in der unsrigen . . . Eine Versicherung, wenn auch noch so ernst und dringend vorgebracht, kann nicht an die Stelle des Beweises treten, zumal wenn auf der anderen Seite schwerwiegende Argumente für die Abschaffung des Seebeuterechts, als unserem Interesse dienend, sprechen."

Schließlich setzte sich Graf Metternich noch mit der Theorie des Admirals v. Tirpitz auseinander, wonach es aus der geschichtlichen Entwicklung heraus zum Entscheidungskampfe zwischen England und Deutschland kommen müsse. Das Beispiel von Spanien, Holland und Frankreich werde angeführt, und daß die Gefahr dieses Kampfes nur durch die volle Entfaltung unserer Macht zur See gemindert werden könne. Nun gebe es aber keine Partei in England, die den Krieg mit Deutschland wünsche oder darauf hinarbeite. „Trotzdem ist die Lage zwischen Deutschland und England ernst. Denn das Heranwachsen unserer Flotte verursacht in England allgemeine Beunruhigung. Sie wird mit dem Wachsen unserer Flotte zunehmen, nicht abnehmen. Es ist möglich, daß aus der Zunahme der Beunruhigung bald schon oder erst im Laufe der Jahre der aggressive Gedanke geboren wird: zu kämpfen, ehe es zu spät ist. Wir sind entschlossen, unsere Flotte auszubauen, und müssen daher die damit verbundene Gefahr eines Krieges mit England mit in den Kauf nehmen. Wir müssen uns aber hüten, die Ursachen unseres Verhältnisses zu England auf einem falschen Terrain zu suchen, und sollen versuchen, den Argwohn und die Beunruhigung, welche unsere Flotte in England erzeugt, durch die Anbahnung eines vertrauensvollen und freundschaftlichen politischen Verhältnisses zwischen beiden Ländern auszugleichen. Gelingt dies während der nächsten Jahre nicht, so wird die Lage infolge der Erstarkung unserer Flotte noch gespannter und gefährlicher werden, denn so stark wird sie auch in zehn Jahren nicht sein, daß der Engländer sich unbedingt vor ihr beugen muß."

Dieses Urteil des Grafen Metternich hat in den kommenden Jahren durch die Tatsachen eine grandiose und für Deutschland unendlich schmerzliche Bestätigung gefunden.

Auf Grund des nunmehr vorliegenden Materials wurde im Auswärtigen Amt ein „Votum betreffend Stellungnahme der deutschen

Delegierten für die zweite Haager Friedenskonferenz zur Frage der Abschaffung des Seebeuterechts" hergestellt und am 16. Mai dem Staatsministerium übersandt. Das Auswärtige Amt trat darin für die Abschaffung des Seebeuterechts ein, da eine solche den Traditionen Preußens und Deutschlands entspreche und eine demgemäße Haltung auf der Konferenz den deutsch-amerikanischen Beziehungen zugute kommen müsse.

Das bildete nunmehr für den Admiral v. Tirpitz die Veranlassung, die Frage des Seebeuterechts bei dem Monarchen unmittelbar zur Sprache zu bringen, zumal er wußte, daß der Kaiser persönlich in dem Seebeuterecht die beste Waffe erblickte, die Deutschland England gegenüber besitze. Bei Gelegenheit eines Immediatvortrages, den Tirpitz zu halten hatte, äußerte sich Kaiser Wilhelm II. denn auch 8009 auf das Entschiedenste gegen die Abschaffung des Seebeuterechts. Tirpitz teilte dies sofort dem Reichskanzler mit, und zwar mit dem Zusatze, daß der Kaiser eine Aussprache zwischen ihm, Tirpitz, und Herrn v. Marschall vor dessen Abreise nach dem Haag gewünscht habe. Diese Besprechung fand statt, und Marschall mußte sich die Gesichtspunkte des Reichsmarineamts zu eigen machen.

Nach Beginn der Konferenz stellte es sich sehr bald heraus, daß die Befürchtungen des Reichsmarineamts gegenstandslos gewesen waren. Graf Metternich hatte den Standpunkt vertreten, daß nach englischer Anschauung die Abschaffung des Seebeuterechtes nicht im Interesse Englands liege und daher von ihm auch nicht erstrebt werde. Die Darlegungen des Reichsmarineamts vom 29. April 1907 (8007) hatte er als einen Versuch gekennzeichnet, „das englische Interesse richtiger zu beurteilen, als die englische Regierung dies selbst zu tun vermag" (Nr. 8008). Nun telegraphierte Frhr. v. Mar- 8010 schall am 18. Juni 1907 nach Berlin, daß England bestimmt für die Aufrechterhaltung des Seebeuterechts eintrete; es stehe auf dem Standpunkte, „daß es der Humanität am meisten entspreche, den Krieg unter den Kriegführenden so scharf und wirksam zu führen als nur möglich, weil nur auf diesem Wege eine Abkürzung des Krieges erzielt werden könne. Darum müsse das Seebeuterecht bestehen bleiben." England war aber bestrebt, bei der Beratung von Einzelheiten diese im Sinne seiner speziellen Interessen, besonders hinsichtlich seiner Versorgung mit Lebensmitteln im Kriege, zu beeinflussen. Neutrale Schiffe sollten von dem Kriege ganz unberührt bleiben, so weit sie nicht der feindlichen Flotte vertragsmäßig 8011 Soldaten, Geschütze, Waffen, Munition, Kohlen und andere Hülfsmittel zuführten. Dahingegen sollten Lieferungen für die feindliche Armee auf neutralen Schiffen die Unantastbarkeit dieser Schiffe nicht in Frage stellen. Von der Abschaffung des Begriffs der Konterbande konnte eine befreiende Wirkung auf den neutralen Handel aus- 8012 gehen. Dieser englische Vorschlag mußte daher auf solche Mittel-

und Kleinstaaten, die mit England kaum in eine ernstliche Verwicklung geraten konnten, einen günstigen Eindruck machen.

8013 Über die weiteren Verhandlungen im einzelnen sind genauere Berichte in den Akten des Auswärtigen Amtes nicht vorhanden, so daß es sich bei weitergehendem Interesse für diesen Gegenstand empfiehlt, Einsicht in die Konferenzprotokolle zu nehmen. Einen gewissen Abschluß der Verhandlungen, so weit die Haltung Englands in Frage 8014 kam, bedeutet ein Bericht des Grafen Metternich vom 6. Juli 1907 an den Reichskanzler, wonach die englische Regierung das Seebeuterecht „weder auf geradem noch auf hinterlistigem Wege" zu Falle zu bringen suche. Sie wolle es vielmehr beibehalten, weil es dem Interesse Englands als der stärksten Seemacht so entspreche. Admiral v. Tirpitz erblickte in dem Verhalten der englischen Delegierten hin- 8015 gegen die Absicht, „das geltende Seebeuterecht nicht etwa intakt zu erhalten, sondern dem einseitig national-englischen Bedürfnis entsprechend umzugestalten".

8016 Schon zu Beginn der Konferenz hatten die britischen Delegierten den Antrag auf Aufhebung der Konterbande gestellt. Sie wiederholten ihn anfangs September. Ob die Annahme der englischen Vorschläge vom deutschen militärischen Standpunkte aus möglich erschien, vermochte die deutsche Delegation im Haag nicht im vollen Umfange zu übersehen. Ihrer Ansicht nach mußte ein entsprechendes Abkommen auch Deutschland erhebliche Vorteile bringen. Der Reichskanzler 8017–8019 wurde daher um Weisungen gebeten. Über den Begriff der „voyage continu" und andere Einzelheiten wurde hin und her verhandelt, bis die britische Delegation am 23. September 1907 mitteilte, Nachrichten aus London gemäß sei die britische Admiralität kaum in der Lage, sich während der für die Konferenz noch zu Gebote stehenden Zeit darüber schlüssig zu machen, in welchem Umfange den deutschen Wünschen wegen Abschaffung der „voyage continu" stattgegeben 8020 werden könne. Man faßte daher im Haag den Beschluß, die Regelung der Konterbande und Blockade auf der Konferenz nicht zum Abschluß zu bringen, zumal auch die russische und französische Delegation keine entsprechenden Weisungen besaß.

Schwierigkeiten bereiteten die Verhandlungen über den Gebrauch 8021 von Streu- und Treibminen im Kriege. Die Engländer hatten den Wunsch, den Gebrauch der von den Schiffen zu legenden Minen aller Art so weit wie möglich einzuschränken, um weniger Gefahren durch diese Waffe ausgesetzt zu sein. Sie vertraten ihre Wünsche mit allen Mitteln der Dialektik und wirkten in der Presse durch Hervorhebung des Gefühlsmomentes. Der allgemeine Beifall, den sie dabei fanden, führte allmählich zu einer noch weiteren Ausdehnung ihrer ursprünglichen Forderungen. Aus der ablehnenden Haltung Deutschlands und Rußlands, denen sich bald einige andere Staaten anschlossen, ergab sich indes allmählich ein gewisser Widerstand gegen die scharfen An-

sprüche Englands, so daß der Vorschlag, die Minen für die Sperrung aller Häfen mit Ausnahme der Kriegshäfen zu verbieten, abgelehnt wurde. Schließlich verschwanden aus den Kommissionsbestimmungen alle Beschränkungen des freien Gebrauches der Minen bezüglich des Orts und der Dauer ihrer Wirksamkeit, und es blieb nur die bedeutungslose Bestimmung erhalten, daß Streuminen nicht lediglich zu dem Zwecke vor der Küste und den Häfen des Feindes gelegt werden dürften, um den Handelsverkehr zu sperren.

Die Kriegskonterbandefrage wurde auf der Konferenz auch nicht endgültig gelöst. England machte den Versuch, diejenigen Staaten, die ehemals für die völlige Abschaffung des Begriffs der Konterbande gestimmt hatten, zu einer Sondererörterung zu veranlassen. Die Frage 8022 blieb aber ungelöst.

In welchem Geiste England seine Interessen auf der Konferenz wahrzunehmen gesucht hat, ergab sich klar aus einer Rede Sir Ed- 8023 ward Greys anfangs Februar 1908. Er erklärte, daß die Instruktionen der Vertreter im Haag unter richtiger Einschätzung der Abhängigkeit Englands von der Seeherrschaft dahin gelautet hätten, daß sie ihre Zustimmung zu allen Anträgen verweigern sollten, die eine Schwächung der Offensivmittel der englischen Flotten bezweckten. Wenn aber dem feindlichen Privateigentum auf See englischerseits Sicherheit garantiert würde, so gäbe England damit eine seiner Hauptoffensivwaffen gegen die Kontinentalmächte aus der Hand. „Es würde ein Trugschluß sein, wenn man die Einschränkung der Rüstungen mit der Sicherheit des Privateigentums in Zusammenhang bringen und daraus folgern wollte, daß die zu seinem Schutze verwendeten Seestreitkräfte dadurch überflüssig würden.“

Abschnitt II

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Kapitel 173

Die Verhandlungen über ein Nordsee- und ein Ostsee-Abkommen

A. Das Vorspiel

Das Norwegische Integritätsabkommen
1905—1907

Am 7. Juni 1905 erfolgte die Kündigung der Union mit Norwegen. Tags zuvor hatte in Berlin die Feier der Vermählung des deutschen Kronprinzen stattgefunden. Der zur Feier anwesende Kronprinz Gustav von Schweden brachte gegenüber dem Reichskanzler Fürsten Bülow die schwedisch-norwegische Unionskrise zur Sprache. Bei dieser Gelegenheit teilte der Kronprinz dem Reichskanzler die Auffassung der englischen Regierung dahin mit, daß der am 21. November 1855 zwischen dem skandinavischen Königreiche und den Westmächten abgeschlossene Vertrag, worin jenes sich verpflichtete, Rußland weder einen Hafen noch sonstige Hoheitsrechte auf skandinavische Gebiete einzuräumen, mit der Lösung der Union hinfällig würde. Kronprinz Gustav vertrat die Auffassung, daß dieser Vertrag nunmehr durch neue Abmachungen der Einzelmächte Schweden und Norwegen mit England und Frankreich ersetzt werden müßte.

Fürst Bülow sagte nunmehr dem Kronprinzen, Deutschland habe gar nichts gegen ein solches Abkommen, das aber nicht allein mit 8024 England und Frankreich abgeschlossen werden dürfe, da es sich sonst direkt gegen Deutschland richte. Schweden müsse ein gleiches Abkommen auch mit Deutschland schließen. Hiermit war der schwedische Kronprinz durchaus einverstanden gewesen.

Im Sommer 1906 fand in Drontheim eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser und dem norwegischen Königspaare statt. Die Gelegenheit schien günstig, hierbei die Aufhebung des gegen Rußland gerichteten Novembervertrages von 1855 zu erörtern 8025 und an seine Stelle eine Vereinbarung treten zu lassen, die Norwegen mit den damaligen Westmächten England und Frankreich unter Hinzutritt Deutschlands und Rußlands abschlösse. In diesem Sinne wurde schon vor der Monarchenbegegnung Ende Juni 1906 in Berlin angefragt. Das Auswärtige Amt ließ antworten, der kurze

Besuch des Kaisers scheine zu näherem Eingehen auf politische Fragen 8026 kaum geeignet, doch sei der Monarch geneigt, auf den norwegischen Vorschlag einzugehen. In diesem Sinne äußerte sich Kaiser Wilhelm II. am 9. Juli 1906 abends zum Könige Haakon. Im November 8027 1906 wurden norwegischerseits die amtlichen Schritte bei den in 8028, 8029 Betracht kommenden Höfen eingeleitet.

Auch in Rußland war man geneigt, auf den norwegischen Vorschlag einzugehen. Der russische Botschafter in Berlin machte am 24. November 1906 im Auswärtigen Amt eine darauf bezügliche 8030 Mitteilung[1]). Norwegen sollte sich dabei verpflichten, sich weder durch Abtretung noch durch Verpachtung irgend eines Teiles seines Gebietes zu entäußern.

Eine Weiterung ergab sich Ende November 1906 aus der Anregung Norwegens in London, ob nicht die Neutralität und Integrität Norwegens von Deutschland, England, Frankreich und Rußland garantiert werden könnte. England ließ nunmehr in Stockholm sondieren, ob auch Schweden geneigt sei, seinerseits einen ähnlichen Antrag an 8031 die gleichen Mächte zu richten. Hierzu war aber in Stockholm keinerlei Neigung vorhanden, da es ausgeschlossen schien, sich die Neutralität und zugleich Integrität von den vier Großmächten garantieren zu lassen. Nunmehr teilte Sir Edward Grey den Regierungen 8032 von Deutschland, Frankreich und Rußland mit, er sei bereit, mit ihnen über einen norwegischen Neutralitätsvertrag in Verhandlungen einzutreten.

Am 15. Dezember 1906 übersandte der nowegische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amte den Entwurf eines zwischen Deutschland und Norwegen abzuschließenden Vertrages zur Sicherstellung 8033 der territorialen Integrität und Unabhängigkeit Norwegens[2]). Die Formulierung der einzelnen Artikel entsprach zum Teil englischen Anregungen, da England lebhaft daran interessiert war, daß keine andere Macht sich in einem Hafen der norwegischen Küste festsetzte. Man hatte aber in Petersburg Bedenken gegen den Wortlaut und wünschte, sich mit Deutschland über die nötigen Abänderungsvor- 8034 schläge zu verständigen. In Berlin war man dazu bereit. 8035

In Petersburg arbeiteten nunmehr Botschafter v. Schoen und Iswolski gemeinsam einen Gegenentwurf aus[3]), den Schoen am 24. 8036 Dezember 1906 nach Berlin übersandte. Über den Wortlaut wurde zwischen Berlin und Petersburg hin und her verhandelt. Man legte 8037—8040 aber in Berlin Wert darauf, daß der mit Petersburg vereinbarte Gegenentwurf nicht ausdrücklich als russisch-deutsche Arbeit erschien. 8041 Deshalb wurde der Weg gewählt, daß Rußland den norwegischen Vertragsvorschlag mit dem vereinbarten Gegenentwurfe beantwortete

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8030 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8033 siehe hinten Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8036 siehe hinten Teil 3

und diesen zugleich in Berlin, London und Paris mitteilte. Daraufhin 8042 ließ die deutsche Regierung in Christiania erklären, das russische Projekt entspreche auch den deutschen Anschauungen.

Einen zusammenfassenden Überblick über den Werdegang der Vereinbarung bildet ein Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 29. 8043 Januar 1907 an den deutschen Gesandten in Kopenhagen, Grafen Henckel v. Donnersmarck. Danach hatte Norwegen anfangs gehofft, jede der vier in Betracht kommenden Mächte werde ihm auf Verlangen seine Gebietsintegrität, seine Unabhängigkeit und Neutralität mit bewaffneter Hand schützen. Da diese Verpflichtung der Mächte zu weitgehend erschien, war der russische Gegenentwurf aufgestellt worden. Im Hinblick auf die Möglichkeit eines Zukunftskrieges legte Deutschland Wert darauf, sich an der hauptsächlich von englischer Seite betriebenen Neutralisierung Norwegens mit zu beteiligen, während ein derartiger deutscher Wunsch hinsichtlich Schwedens oder gar Dänemarks wegen der Rückwirkungen auf die Verteidigung der deutschen Küsten nicht vorlag. Die deutschen Vertreter in Kopenhagen und Stockholm wurden angewiesen, dementsprechend zu verfahren. Der Gedanke einer vertragsmäßigen Neutralisierung Dänemarks war für Deutschland unannehmbar. Man rechnete auch damit, daß sich Rußland ablehnend dagegen verhalten würde, weil dadurch der Einbruch der englischen Flotte in die Ostsee wesentlich erleichtert werden mußte.

In Norwegen war man mit dem russischen Gegenvorschlage nicht völlig einverstanden. Man wünschte unbedingt den Vorbehalt, 8044 daß Norwegen sich gegebenenfalls einem skandinavischen Schutzbündnisse anschließen dürfe, da es ihm wahrscheinlich schien, daß Dänemark und Schweden nach dem Vorgehen Norwegens in absehbarer Zeit ebenfalls ihre Neutralisierung einleiten würden. Falls Dänemark unter Freilassung des Großen Belts für alle Schiffe die Neutralität erlangte, mußte nach norwegischer Auffassung ein Schutzbündnis der drei skandinavischen Nationen die natürliche Folge sein. Man wollte 8045 aber in Christiania nicht den Anschein erwecken, als flüchte sich Norwegen unter Verleugnung seiner skandinavischen Stammverwandt- 8046 schaft vor der schwedischen Gefahr zu den Großmächten. Man hatte auch den Wunsch, daß der Vertrag kündbar abgeschlossen werde.

Deutschland war bereit, Norwegen weit entgegenzukommen, auf 8047 die Kündbarkeit des Vertrages einzugehen und die entsprechende For- 8048—8050 mulierung Norwegen zu überlassen. In Paris stellte man sich, ebenso wie in London, auf die Seite Rußlands.

Neue Auseinandersetzungen wurden nötig, als im April 1907 ein 8051 neuer norwegischer Vorschlag bei den Mächten einging, der wiederum 8052 die Klausel über einen skandinavischen Neutralitätsbund enthielt. Die russische Regierung hielt aber den neuen Entwurf für unannehmbar, worauf Norwegen eine andere Fassung vorschlug. Rußland wünschte

die Aufhebung des Vertrages vom Jahre 1856 über die Aalandsinseln und erbat hierfür Deutschlands moralische Unterstützung.

In Berlin hielt man die Verquickung der Frage der Aalandsinseln mit dem norwegischen Problem für nicht unbedenklich, wünschte aber Rußland in der Frage der Aalandsinseln keine Schwierigkeiten zu bereiten. Am besten schien es, wenn Rußland diese Frage mit Schweden 8053 ins Reine brachte, ohne daß daraus ungünstige Rückwirkungen auf die skandinavischen Verhandlungen entstanden.

Im Mai 1907 änderte England seine Haltung in auffallender 8054 Weise. Es schien jetzt eine Neutralitätserklärung Norwegens ver- 8055 hindern zu wollen. In Christiania war man der Meinung, daß England an ein deutsch-dänisches Abkommen glaubte, wonach Deutschland im Falle eines Krieges mit England dänische Häfen benutzen könnte. Man wolle sich daher in London die Möglichkeit der Besetzung norwegischer Küstenpunkte offenhalten. Dem entsprach es auch, daß die englischen Gesandten an den skandinavischen Höfen geflissentlich 8056 verbreiteten, Deutschland sei an der Stockung der Neutralitäts-Verhandlungen schuld. In Wirklichkeit war Deutschland von Anfang an stets für die Erfüllung des norwegischen Wunsches nach Neutralisierung eingetreten und zwar im Einverständnis mit Rußland, während auf englischer Seite zweifellos eine Schwenkung vorlag.

Anfangs Juni 1907 übersandte Iswolski den neuen Entwurf eines Rundschreibens, das er an die an der norwegischen Neutralitätsfrage beteiligten Kabinette richten wollte. In Berlin war man einverstanden, 8058, 8059 ebenso auch in Christiania. Kaiser Wilhelm II. hatte die Vollmacht für den Gesandten v. Treutler zum Abschlusse des Neutralitätsvertrages bereits vollzogen, als sich anfangs Juli 1907 England plötzlich 8060 weigerte zu unterzeichnen, da erst der alte Vertrag zwischen Skandinavien und England—Frankreich formell aufgehoben werden müßte, und ferner Verhandlungen zwischen den Mächten, die den neuen Vertrag abschließen wollten, wünschenswert erschienen. Daraus ergab sich eine neue Verzögerung, für die vielleicht auch die Erwägung mit maßgebend war, daß England Bedenken wegen der Aalandsinseln hatte.

Noch dem Pariser Vertrage durfte Rußland die auf den Aalandsinseln belegenen, 1854 durch die englische Flotte zerstörten Befestigungen von Bomar Sund nicht wieder aufbauen. Diese Bestimmung 8061 schützte Schweden gegen Rußland. Tatsächlich begründete England sein Zögern auch mit der sich hieraus in Schweden ergebenden Beunruhigung. In Berlin wünschte man zu erfahren, welches die wirk- 8062 lichen Gründe für Englands veränderte Haltung seien, und ob die eng- 8063 lische Politik etwa von der Absicht geleitet werde, durch Herbeiführung einer skandinavischen Neutralität die Nordstaaten an einer Annäherung an Deutschland zu hindern.

In Petersburg erblickte man in Englands Weigerung hauptsächlich 8064 eine Rücksichtnahme auf die Frage der Aalandsinseln. England be-

zwecke, „durch Verkuppelung verschiedener an sich getrennter Fragen und unter der Maske besonderer Rücksichtnahme auf Schweden ... Einfluß und gewissermaßen Sitz und Stimme in Fragen der Ostsee zu erlangen“. Diesem Bestreben wünschte Iswolski entgegenzutreten. Überhaupt [8065] lag ihm daran, die norwegische Frage möglichst bald zum Abschluß zu bringen, um England jede Möglichkeit des Eindringens in baltische Fragen zu nehmen.

Über den neuesten englischen Vorschlag, einen Vertrag mit Norwegen über die Integrität abzuschließen, ohne die Neutralität zu erwähnen, [8066] trat Berlin sofort mit Petersburg in Verbindung, um die russische Anschauung über die praktische Tragweite des neuen englischen [8067] Vorschlages kennen zu lernen. Iswolski äußerte die Ansicht, daß hinter der neuerlichen Abneigung Englands gegen Garantierung der norwegischen Neutralität der Gedanke liegen dürfte, im Kriegsfalle norwegische Häfen ohne formellen Vertragsbruch zeitweilig benutzen zu können.

Aus London berichtete am 18. Juli der Botschafter Graf Metternich, [8068] die englische Regierung sei nunmehr bereit, die Integrität Norwegens vertraglich festzulegen, nicht aber seine Neutralität. Man wollte nach Auflösung des alten Vertrages Schweden nicht schutzlos lassen.

In einer Garantierung der norwegischen Integrität durch die [8069] Mächte erblickte Schweden eine gewisse Härte gegen sich. Man war der Ansicht, Norwegen sei in der Lage, an Schweden den Krieg zu erklären, ohne sich der Gefahr auszusetzen, bei einer Niederlage eine Gebietsabtretung gewärtigen zu müssen. Diese Auffassung teilte [8070] Schweden mit Bitte um Unterstützung in Berlin mit. Dort war man [8071] gern bereit, jeden schwedischen Wunsch in Rücksicht zu ziehen, hielt aber die Stockholmer Auffassung nicht für begründet.

Am 26. September vollzog Kaiser Wilhelm II. eine neue Vollmacht [8072] für die Unterzeichnung des abgeänderten Vertrages. Es kam aber noch nicht zur Unterzeichnung, da Schweden in Petersburg zum [8073] Ausdruck bringen ließ, daß die schwedische Regierung sich durch den norwegischen Integritätsvertrag verletzt fühle. König Oskar habe geäußert, er würde die Trennung Norwegens nicht so leicht hingenommen haben, wenn er einen solchen Vertrag vorausgesehen hätte, [8074] der nur gegen Schweden gerichtet sein könne. Nunmehr erklärte man sich in Berlin bereit, Schweden zur Mitunterzeichnung des norwegischen Integritätsvertrages zuzulassen. Während Rußland daran festhielt, die Auflösung des die Aalandsinseln betreffenden russisch-englisch-französischen [8075] Vertrages vom Jahre 1856 zu erreichen, der für [8076] Rußland eine mit seiner Würde unverträgliche Fessel bilde, machte gerade diese Bedingung Schweden mißtrauisch.

Gegen Ende Oktober 1907 wurden die letzten der Unterzeichnung noch entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt. Am 1. November 1907 teilte Schweden amtlich in Christiania mit, daß es darauf verzichte, Abänderungsvorschläge zum Integritätsvertrage zu machen. Daraufhin hoben Frankreich, England und Norwegen am 2. November 1907 den Vertrag von 1855 auf; anschließend daran wurde der Integritätsvertrag von den bevollmächtigten Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Rußlands und Norwegens unterzeichnet. Sein Wortlaut ist im Dokument Nr. 8082 enthalten[1]). Als Zweck dieses Vertrages wurde angegeben, Norwegen innerhalb seiner jetzigen Grenzen und mit Einschluß der neutralen Zone seine Unabhängigkeit und seine territoriale Unverletzbarkeit sowie die Wohltaten des Friedens zu sichern. Die norwegische Regierung verpflichtete sich im Artikel 1 des Vertrages, keiner Macht weder in Form des Besatzungs- noch irgendeines anderen Verfügungsrechtes irgendeinen Teil norwegischen Gebietes zu überlassen. Der Vertrag wurde für einen Zeitraum von zehn Jahren abgeschlossen und sollte, wenn er nicht mindestens zwei Jahre vor Ablauf der Frist gekündigt wurde, in der gleichen Weise für weitere zehn Jahre gültig sein.

8077, 8078

8079

8080

8082

Ein Bericht des Reichskanzlers Fürsten Bülow vom 5. November 1907 an Kaiser Wilhelm II. gibt eine zusammenfassende Darlegung der Schwierigkeiten, die sich dem Abschlusse des Vertrages bis gegen Ende entgegengestellt hatten. Es war schließlich nicht möglich gewesen, Schweden die Mitzeichnung zu erlauben, da Norwegen sich dieser Forderung auf das Entschiedenste widersetzt hatte. Norwegen würde in der Zulassung Schwedens die Einräumung der Stellung einer protegierenden Großmacht an Schweden erblickt und das als eine Differenzierung im Range der beiden Völker empfunden haben. Schweden hatte daraufhin seinen Einspruch zurückgezogen, blieb aber dennoch verstimmt.

8081

B. Das Nordsee- und Ostsee-Abkommen 1907—1908

An der Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit dem Zaren in Swinemünde vom 3. bis 6. August 1907 nahmen auch der Reichskanzler Fürst Bülow und Minister Iswolski teil. Hierbei wurde auf Anregung Iswolskis eingehend über den Abschluß eines Ostsee-Abkommens zwischen den Uferstaaten verhandelt. Iswolski wünschte, den Nichtuferstaaten, in erster Linie England, die Möglichkeit zur Einmischung in die Angelegenheiten der Ostsee zu nehmen und bei dieser Gelegenheit Rußland von den Fesseln zu befreien, die

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8082 siehe hinten Teil 3.

es mit der Konvention vom 30. März 1856 hinsichtlich der Aalandsinseln hatte auf sich nehmen müssen. Er legte daher dem Fürsten Bülow den Entwurf eines zwischen Rußland und Deutschland abzu- 8083 schließenden Geheimprotokolls [1]) vor, in dem zum Ausdruck kam, beide Mächte verpflichteten sich, in Zukunft keine andere Macht als an den Ostsee-Angelegenheiten interessiert anzuerkennen, als Deutschland, Rußland, Schweden und Dänemark.

In Berlin war man sofort bereit, für die Erhaltung des status quo in der Ostsee einzutreten, hielt aber nach einer Aufzeichnung des 8084 Vortragenden Rats v. Jagow vom 11. August 1907 die Ausschließung jedes anderen politischen Einflusses in der Ostsee als für Deutschlands Interessen nicht angemessen. Die Ostsee habe niemals als mare clausum gegolten. Die „Ausschließung jeden fremden Einflusses“ könne daher nur als gegen England gerichtet angesehen werden. Unsere Politik gebiete uns aber, jede unnötige Spitze gegen England zu vermeiden. Diese Auffassung wurde von den maßgebenden Per- 8085 sönlichkeiten des Auswärtigen Amts und auch vom Reichskanzler geteilt. Man sandte am 23. August 1907 einen Gegenentwurf nach 8086 Petersburg [2]), der von der Voraussetzung ausging, daß zunächst Deutschland und Rußland allein abschließen sollten, während Schweden und Dänemark später hinzutreten könnten. Man wollte aber nicht 8087 den Grundsatz der Ausschaltung jedes anderen politischen Einflusses als desjenigen der vier Ostseestaaten ausdrücklich und vertragsmäßig festlegen.

Iswolski zeigte sich im großen und ganzen einverstanden, 8088 wünschte aber vorherige Erledigung der Frage der Aalandsinseln. In Berlin kam man ihm dahin entgegen, daß man einverstanden war, in 8089 Bezug auf die Aalandsindeln ein Sonderprotokoll mit Rußland zu unterzeichnen.

8090 Nun erhob aber Iswolski einige weitere Bedenken und schob die Frage der Aalandsinseln in den Vordergrund. Da Iswolski im Sep- 8092 tember 1907 für längere Zeit verreiste, wünschte er den Abschluß bis nach seiner Rückkehr hinauszuschieben. Für Deutschland ent- 8091 stand die Frage, ob es noch vor dem Abschlusse mit Rußland an England herantreten solle, um eine Vereinbarung über die Nordsee zu treffen. Es erschien wünschenswert, einer etwaigen englischen Anregung zuvorzukommen.

Am 22. September 1907 bat Botschafter Graf Metternich um vertrauliche Übersendung der Entwürfe zu einem Ostsee- bezw. Nordsee-Abkommen. Staatssekretär v. Tschirschky übersandte ihm den ge- 8093 wünschten Entwurf am 4. Oktober 1907. Er war mit einigen Ab-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8083 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8086 siehe hinten Teil 3.

änderungen dem Vertrage nachgebildet, den Iswolski in Berlin hinsichtlich der Ostsee vorgeschlagen hatte. Deutschland und Großbritannien erklärten, daß ihre Politik in den Nordseegebieten auf die Aufrechterhaltung des status quo gerichtet sei. Die Niederlande und Dänemark sollten von beiden Mächten gemeinsam aufgefordert werden, gleichartige Verträge mit Deutschland und Großbritannien sowie unter sich abzuschließen, damit auf diese Weise die allgemeine Aufrechterhaltung des status quo in der Nordsee sichergestellt werde.

Während seiner Reise besuchte Iswolski in Wien am 4. Oktober 1907 den deutschen Botschafter Grafen Karl von Wedel. Bei dieser Gelegenheit übergab er ihm ein Schriftstück zur weiteren Beförderung nach Berlin. In diesem „Promemoria"[1]) war der Standpunkt Iswolskis zu dem geplanten Ostsee-Abkommen genau auseinandergesetzt. Ein russisch-deutsches Geheimabkommen sollte entsprechend dem deutschen Vorschlage mit einer besonderen Klausel hinsichtlich der Aalandsinseln von beiden Mächten gezeichnet werden. Ferner sollten offenkundige Erklärungen zwischen den Uferstaaten der Ostsee mit einer für die russisch-schwedische Erklärung bestimmten Klausel über die Aalandsinseln ausgetauscht werden. Mündlich hatte Iswolski die Frage der Aalandsinseln als eine russische Ehrensache bezeichnet. Es finde dauernd Waffenschmuggel nach Finnland statt, den zu unterbinden Rußland einer militärischen Basis auf den Aalandsinseln bedürfe. Nach Ansicht des Grafen Karl v. Wedel war das von Iswolski beabsichtigte Übereinkommen für die deutsche Machtstellung in der Ostsee und für die Pflege der deutschen Beziehungen zu Rußland so wichtig, daß Deutschland seinen ganzen Einfluß aufbieten müsse, um Schweden zum Beitritt zu bewegen. 8094

Aus Petersburg übersandte Botschafter v. Schoen am 29. Oktober 1907 ein Geheimprotokoll[2]) über die Aufrechterhaltung des status quo in der Ostsee, das er am gleichen Tage mit einem besonders hierzu ermächtigten Vertreter Iswolskis abgeschlossen hatte. Danach sollten Schweden und Dänemark zum Abschlusse von Sonderverträgen mit den beiden Kaiserreichen zugelassen werden können, und die deutsche Regierung erkannte an, daß eine etwaige Aufhebung des Aalands-Abkommens vom 30. März 1856 nicht als den in dem neuen Vertrage ausgesprochenen Grundsätzen zuwiderlaufend angesehen werden solle. 8095

Aus London berichtete Graf Metternich am 29. Oktober, England werde den Ostseevertrag ohne Beteiligung seinerseits ungern sehen. England habe immer eine Rolle in der Ostsee gespielt, 1807 Kopenhagen beschossen, 1855 einen Vertrag mit Frankreich, Schweden und Norwegen geschlossen und 1856 einen solchen mit Frankreich über die 8096

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8094 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8095 siehe hinten Teil 3.

Aalandsinseln. Die beiden letzten Verträge seien zum Schutze Schwedens bestimmt und gegen Rußland gerichtet gewesen. Damit der neue Ostseevertrag seine volle Wirkung erziele, sollten nach Metternichs Ansicht die Trümmer früherer Verträge möglichst hinweggeräumt werden. Metternich hielt es daher für richtig, England den perfekten Ostseevertrag in dem Augenblick mitzuteilen, wo Deutschland in Verhandlungen über die Nordsee mit ihm eintreten wolle. Derartige Verhandlungen dürften aber nicht in die Zeit kurz vor, während oder nach der für den 10. bis 18. November 1907 geplanten Reise des deutschen Kaisers nach England stattfinden. Ein Vertrag, der äußerlich mit dem Kaiserbesuch in Zusammenhang gebracht werden könne, werde in England von vornherein mit Vorurteil aufgenommen werden. Hinsichtlich Belgiens war Graf Metternich der Meinung, daß es von den Vereinbarungen über die Nordsee unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben müsse: seine Neutralität wäre garantiert; es dürfe daher nicht an Verträgen über den status quo seiner Küsten beteiligt
8097 werden. Metternichs Ansichten wurden vom Fürsten Bülow geteilt.

Mit der Möglichkeit, daß König Eduard VII. den Kaiser während seines Aufenthaltes in England auf ein Nordsee- und Ostsee-Ab-
8098 kommen anreden würde, rechnete man in Berlin nicht, da der König dem Besuche den Charakter eines Familienbesuches zu geben und die Politik möglichst auszuschalten wünschte. Der Kaiser sollte daher „größte Zurückhaltung in politicis beobachten". Das schien auch wegen Rußlands geboten, dem Deutschland versprochen hatte, nur im äußersten Notfalle England das Ostsee-Abkommen mitzuteilen. Im Haag ließ Deutschland streng vertraulich mitteilen, daß Deutschland beabsichtige, den Küstenstaaten der Nordsee ein Abkommen vorzu-
8099 schlagen, durch das England, Deutschland, die Niederlande und Däne-
8101 mark gegenseitig die Integrität ihres Küstenbesitzes in der Nordsee anerkannten. Im Haag nahm man diese Nachricht erfreut auf.

Auf Grund einer Anfrage des Kronprinzen von Schweden in Berlin und der endlich erfolgenden Rückkehr Iswolskis nach Petersburg kam anfangs November 1907 — also noch vor dem Besuche Kaiser
8100, 8102 Wilhelms II. in England — die Erörterung des Nordsee- und Ostsee-Abkommens aufs neue zur Sprache. Da während des Kaiserbesuches
8103 in England die Ostseefrage von englischer Seite nicht berührt wurde, bald aber bekannt wurde, daß das englische Kabinett von deutsch-
8104, 8105 russischen Ostsee-Verhandlungen offenbar auf dem Wege über Stockholm Wind bekommen hatte, schien es nunmehr notwendig, England bald deutscherseits zu verständigen. Graf Metternich war zwar der
8106 Meinung, daß es besser sei, den Ostseevertrag vorher zum Abschluß
8107, 8108 zu bringen; man mußte sich nun aber doch zu weiteren Mitteilungen an England entschließen. Graf Metternich erhielt am 3. Dezember
8109 1907 telegraphisch Auftrag, dem englischen Kabinett mündlich und streng vertraulich durch Herrn v. Stumm mitteilen zu lassen, daß

Deutschland genau nach dem Vorbilde der Mittelmeer-Deklarationen zunächst mit Rußland ein Einvernehmen über die Ostsee herbeigeführt habe, das die Aufrechterhaltung des status quo an der Ostsee zum alleinigen Inhalt habe; die weiteren Uferstaaten sollten herangezogen werden. Deutschland werde sich freuen, wenn England bereit wäre, mit Deutschland und den übrigen in Betracht kommenden Nordseestaaten entsprechende Abmachungen über den status quo an der Nord- 8110 see zu treffen. Hierfür sei auch mit Holland und Dänemark zu verhandeln.

Sir Edward Grey nahm die Mitteilungen erfreut auf und ließ 8111 dem Kaiser und der Kaiserlichen Regierung für die offene Mitteilung danken, die geeignet sei, irgendwelchen Argwohn zu zerstreuen, der auf Umwegen etwa hätte entstehen können. Grey fragte dann, ob von Deutschland oder Rußland die französische Regierung vertraulich benachrichtigt worden sei. Als Sir Edward Grey die Frage aufwarf, ob nicht auch Belgien und Norwegen heranzuziehen seien, sagte ihm Graf Metternich, Belgien liege nicht an der eigentlichen Nordsee, sondern am Kanal und sei schon durch seine Neutralität geschützt; Norwegen aber liege seitwärts ab nach dem nördlichen 8112 Eismeer und habe den Schutz des letzten Integritäts-Abkommens.

Am 9. Dezember fand in London eine neue Besprechung zwischen Sir Edward Grey und Graf Metternich statt. Der Minister teilte mit, daß auch die russische Regierung ihn über das Ostsee-Abkommen verständigt habe. Zu den Nordsee-Staaten aber gehöre auch Frankreich, eine Auffassung, die vom Grafen Metternich bestritten wurde, da es eine künstliche und unnatürliche Konstruktion sei, Frankreich 8113 zum Beitritt zu dem Abkommen aufzufordern. Graf Metternich gewann hierbei den bestimmten Eindruck, daß England kein Nordsee-Abkommen ohne Frankreich mit Deutschland abschließen wollte. Fürst 8114 Bülow teilte Metternichs Ansicht, war aber bereit, aus allgemeinen politischen Erwägungen die Beteiligung Frankreichs an den Verhandlungen in irgendeiner noch näher zu vereinbarenden Form zuzulassen. In diesem Sinne wurde Fürst Radolin zu einer Anfrage in Paris er- 8115 mächtigt. Auch Metternich berichtete aus London, daß es doch wohl zu empfehlen sei, den Standpunkt aufzugeben, wonach Frankreich 8116 geographisch nicht zur Nordsee gehöre.

In Paris ging man auf die Beteiligung erfreut ein. Pichon äußerte, ein Nordsee-Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, England, Dänemark und den Niederlanden scheine ihm erstrebenswert, ebenso 8117 wie ein Ostsee-Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Rußland, England und Schweden. In Berlin wünschte man indes mit Frankreich nur über die Nordsee zu verhandeln, die Zurückweisung 8118 des französischen Anspruches an einer Beteiligung an der Ostsee-Abmachung aber zunächst Rußland zu überlassen.

In Petersburg vertrat Iswolski jetzt den Standpunkt, daß das in 8119 Aussicht genommene Nordsee-Abkommen, dem er an sich wegen seiner friedlichen Tendenz nur Beifall zollen könne, eine Reihe schwieriger, zum Teil delikater, internationaler Fragen aufrolle.

Die Hauptschwierigkeit für einen endgültigen Abschluß lag in der 8120 Tatsache, daß sich Schweden und Rußland nicht verständigen konnten. Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, daß Frankreich seinen 8121 Wunsch bekundete, an dem Ostsee-Abkommen teilzunehmen. Botschaftsrat Baron v. der Lancken hatte in einem Gespräch mit einem französischen Diplomaten darauf angespielt, daß Deutschland doch auch an dem Mittelmeer-Abkommen von 1907 nicht beteiligt worden sei. Diesen Gedanken griff man in Berlin auf und erklärte, daß 8122 Deutschland unter der Voraussetzung gleichberechtigten Beitritts zu Mittelmeer-Abmachungen voraussichtlich gegen die Beteiligung Frankreichs an Ostsee-Abmachungen nichts einwenden würde.

Die Gegensätze zwischen Rußland und Schweden wurden peinlich, da hierdurch eine Einmischung Englands und Frankreichs immer nähergerückt wurde. Offenbar ging England darauf aus, daß ein 8123 einziger Gesamtvertrag über beide Meere oder jedenfalls Sonderverträge abgeschlossen würden, wobei England und Frankreich in der Ostsee mitredeten. Graf Metternich mahnte daher von London am 10. und 11. Januar 1908 zur Eile. In Berlin legte man Wert darauf, 8124 Grey die Gründe gegen ein allgemeines, Nord- und Ostsee umfassendes, Abkommen klarzulegen. Als nun Grey am 23. Januar 1908 er- 8125 klärte, der Ministerrat sei im Grundsatze bereit, dem Vorschlage betreffs der Nordsee zuzustimmen und ihn einer wohlwollenden Prüfung 8126 zu unterziehen, ermächtigte das Auswärtige Amt den Londoner Botschafter zur sofortigen Zeichnung, falls Grey dazu bereit sei. Um Frankreichs Empfindlichkeit zu schonen, teilte das Auswärtige Amt 8127 den Text des Entwurfes für das Nordsee-Abkommen dem französischen Botschafter in Berlin mit.

Nunmehr nahmen die Dinge einen schnelleren Verlauf. Grey wiederholte am 24. Januar dem deutschen Botschafter mündlich seine 8128 bereits schriftlich gemachten Mitteilungen über die günstige Stellungnahme des Ministerrats zu dem geplanten Nordsee-Abkommen. Über 8129—8132 Einzelheiten des Wortlautes wurde noch hin und her verhandelt, bis Grey am 10. Februar 1908 dem Botschafter Grafen Metternich einen 8133 Entwurf für das Nordsee-Abkommen übermittelte, den er dem englischen Kabinett vorzuschlagen beabsichtigte [1]). Dieser Entwurf unter- 8134 schied sich nur unwesentlich von dem deutschen, und das Kabinett trat dem Entwurf bei. In Deutschland zeigte man gleichfalls Entgegenkommen und war auch bereit, Schweden die Beteiligung am 8135 Nordsee-Vertrage zuzugestehen, da England diesen Wunsch unterstützte.

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8133 siehe hinten Teil 3.

Die Verhandlungen nahmen nunmehr einen ziemlich glatten Verlauf. [8136] Aufzeichnungen des Staatssekretärs v. Schoen über das Ostsee- und Nordsee-Abkommen vom 20. und 21. Februar 1908 unterrichten [8137, 8138] über die Einzelheiten, ebenso ein Bericht des Grafen Metternich vom 29. Februar 1908 über die englischerseits noch geltend gemachten [8139] Wünsche. Da auch Schweden von dem Fortgange der Verhandlungen [8140] befriedigt war und Rußland sich grundsätzlich bereit zeigte, die territoriale status-quo-Frage und die der Aalandsinseln gänzlich zu trennen, [8141] mußte man die möglichst gleichzeitige Unterzeichnung des Nordsee- und Ostsee-Abkommens in Berlin ins Auge fassen. Das Auswärtige Amt sandte am 6. März ein Memorandum nach London und fragte [8142] an, ob man dort mit seiner Fassung einverstanden sei[1]). Ferner übersandte es einen Erklärungsentwurf, wonach die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden sich über den territorialen status quo in der Nordsee einigten. England sollte sich zunächst darüber äußern, ob zu diesem Erklärungsentwurfe noch Bemerkungen zu machen seien. Eine von der niederländischen Regierung stammende Äußerung zu dem Ent- [8143] wurfe des Nordsee-Abkommens[2]) sandte das Auswärtige Amt gleichfalls zur Kenntnisnahme durch Grey nach London. Die weitere Behandlung der Angelegenheit war so gedacht, daß nach Erlangung der englischen Zustimmung Deutschland den fünf beteiligten Nordseemächten durch ein Memorandum seine Ansicht zur Nordsee-Abmachung wie folgt mitteilen wollte[3]): daß der Grundsatz der Aufrechterhaltung [8144] des status quo sich lediglich auf die territoriale Unverletzbarkeit aller heute vorhandenen Besitzungen der vertragschließenden Parteien beziehe, und daß diese auf die Ausübung der Hoheitsrechte der vertragschließenden Parteien keinen Einfluß habe, daß ferner die Nordsee im Osten als bis zu ihrer Vereinigung mit den Gewässern der Ostsee reichend anzusehen sei.

Der weitere Gang der Verhandlungen geht aus den Dokumenten Nr. 8145—8153 hervor. [8145—8153] Am 13. April 1908 berichtete der Staatssekretär v. Schoen an Kaiser Wilhelm II., es sei nunmehr eine Eini- [8154] gung über alle wesentlichen Punkte hergestellt. Für die Ostsee solle eine Deklaration und ein Memorandum von Deutschland, Rußland, Schweden und Dänemark und für die Nordsee eine Deklaration und ein Memorandum von Deutschland, England, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Schweden unterzeichnet werden. Als Hauptziele der deutschen Politik hierbei bezeichnete Schoen, einerseits England und Frankreich keinen Einfluß auf die Ostsee einzuräumen und andererseits mit England zu einem Vertrage zu gelangen, der beruhigend wirke. [8155]

---

1) Deutscher Wortlaut der Anlagen zu Dokument Nr. 8142 siehe hinten Teil 3.
2) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8143 siehe hinten Teil 3.
3) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8144 siehe hinten Teil 3.

Am 23. April 1908 wurde die Nordsee-Deklaration und das Memorandum unterzeichnet. Da alle Beteiligten einschließlich England mit der sofortigen Bekanntgabe einverstanden waren, erfolgte die Veröffentlichung des Nordsee-Abkommens sowie des gleichzeitig in 8156 Petersburg unterzeichneten Ostsee-Abkommens in Berlin am 25. April 8157 1908. Einen besonderen Eindruck in der öffentlichen Meinung Englands machte das Bekanntwerden des Wortlautes nicht. Die Nichtbeteiligung Englands an dem baltischen Abkommen hatte aber in manchen Kreisen verstimmend gewirkt und der Auffassung derjenigen neue Nahrung zugeführt, die Deutschland die Absicht zuschoben, aus der Ostsee eine mare clausum zu machen. „Daß das die Wogen beherrschende England von einem Abkommen ausgeschlossen ist, das einen erheblichen Teil des Weltmeeres zum Gegenstande hat, wird hier vielfach als eine Demütigung empfunden", berichtete W. v. Stumm am 30. April 1908.

In der niederländischen Presse wurden die Verträge durchweg 8158 recht günstig besprochen. Bei einem Besuche der englischen Majestäten in Kopenhagen am 25. April 1908 kam dagegen zum Ausdruck, daß die Stimmung beiderseits gegen früher um einen Ton kühler ge- 8159 worden war. König Eduard VII. konnte nicht recht verhehlen, daß Dänemark sich seiner Meinung nach in ein allzu freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland eingelassen habe. Graf Raben, der dänische Minister des Äußeren, hatte wiederholt mit Sir Charles Hardinge gesprochen und bei ihm eine ähnliche Stimmung wie bei König Eduard VII. vorgefunden. Der britische Unterstaatssekretär habe sich namentlich wegen des Tempos in den deutschen Flottenrüstungen beunruhigt gezeigt und geäußert, dies sei der wesentliche Punkt, an dem die Herstellung aufrichtig freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland zu scheitern drohe. Bemerkenswert ist die „zynische" Äußerung des englischen Gesandten in Dänemark, Sir Alan Johnstone, zu dem dänischen Minister des Äußeren, „es würden sich wohl wenige Leute finden, die naiv genug wären, diesen papierenen Abmachungen irgendeinen Wert beizumessen."

Wer denkt hierbei nicht an den „chiffon de papier" (scrap of paper) der belgischen Neutralität?

Deutschland und die Westmächte
1907—1908

Der vierundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 24. Bandes

ABSCHNITT I

Die Flottenfrage

ABSCHNITT II

Die Marokkofrage

Abschnitt I

Die Flottenfrage

Kapitel 174

Monarchenreisen. König Eduard VII. in Wilhelmshöhe und Ischl Wilhelm II. in London. August—November 1907

Für den 14. August 1907 war der Besuch König Eduards VII. in Wilhelmshöhe angesagt. Fürst Bülow weilte damals in Norderney und kam zu dem Besuche nach Wilhelmshöhe hinüber. Da mit der Möglichkeit politischer Erörterungen mit dem Könige und Sir Ch. Hardinge, dem in seiner Begleitung befindlichen Unterstaatssekretär, gerechnet werden mußte, hatte er sich vom Auswärtigen Amt kurze Aufzeichnungen über den gegenwärtigen Stand der politischen Fragen schicken lassen. Das Auswärtige Amt übersandte die geforderten Äußerungen am 8. August. Sie betrafen die Haager Konferenz und die Abrüstungsfrage, das Mittelmeerabkommen, die Bagdadbahn, die deutsche Bank in Persien, die mazedonische Frage, Deutschlands Stellung zu den russisch-englischen Verhandlungen und Südafrika.

Der Besuch des englischen Königs verlief programmgemäß. Bei einer Abendtafel am 14. August wechselten die Monarchen Trinksprüche, die im wesentlichen nur dem Wunsche Ausdruck gaben, daß zwischen ihren beiden Ländern die besten und angenehmsten Beziehungen bestehen möchten. König Eduard äußerte außerdem seine Freude über den für den Herbst 1907 in Aussicht genommenen Besuch Kaiser Wilhelms II. in England. Noch am Abend des 14. August setzte der König seine Reise nach Ischl zur Begegnung mit Kaiser Franz Joseph fort.

Wie Fürst Bülow die damaligen englisch-deutschen Beziehungen auffaßte, geht aus seiner Aufzeichnung vom 15. August 1907 hervor. 8160 Sir Ch. Hardinge hatte sich befriedigt darüber ausgesprochen, daß die Beziehungen zwischen den Delegierten Deutschlands und Englands im Haag während der ganzen Konferenz immer die besten gewesen seien. So scheine nun auch die heikle Frage der Abrüstung, die die englische Regierung aus innerpolitischen und parlamentarischen Rücksichten zur Diskussion habe stellen müssen, durch unmittelbare Aus-

sprache zwischen den Delegierten in befriedigendem Sinne erledigt zu sein. Über Deutschlands Verhältnis zu Frankreich sagte Bülow zu Sir Ch. Hardinge, daß er es ohne Optimismus und ohne Pessimismus betrachte, da für beide Völker kein Grund zu ernstlichen Reibungen vorliege. Er wisse wohl, daß im Hinblick auf die Vergangenheit ein wirklich freundschaftliches und intimes Verhältnis in absehbarer Zeit ausgeschlossen scheine, aber ebensowenig glaube er, daß die Franzosen bei ihrer notorischen militärischen Unterlegenheit einen Waffengang mit Deutschland herausfordern würden. „Ruhige und korrekte Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien sehr gut möglich, und wir wünschten, daß solche Beziehungen zwischen unseren Ländern beständen. Sir Ch. Hardinge erklärte, daß nach seinen Beobachtungen eine détente in Frankreich eingetreten sei, was England zur größten Befriedigung gereiche."

Nach Wien ließ Bülow mitteilen, die Begegnung sei gut verlaufen. Für den Weitergang der Haager Konferenz sähen die Engländer keine 8161 weiteren Schwierigkeiten voraus, nachdem in der Abrüstungsfrage ein Einvernehmen zwischen den Kaisermächten und England erzielt sei. Hardinge habe auch betont, daß bei den russisch-englischen Verhandlungen deutsche Interessen nicht beeinträchtigt werden sollten. Als Bülow geäußert habe, daß er Frankreich und Spanien bei ihrem Vorgehen in Marokko keine Schwierigkeiten in den Weg legen würde, gab Sir Ch. Hardinge der Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich den Boden der Algeciras-Akte nicht verlassen werde. Hinsichtlich der Orientpolitik hatte Bülow dem Engländer gesagt, daß Deutschland im Orient grundsätzlich mit allen Maßregeln einverstanden sei, die Österreich und Rußland für nützlich hielten. Man hoffe auf eine Billigung des Mürzsteger Programms auch seitens der anderen Mächte.

Letztere Erklärung wurde in Wien besonders erfreut aufge-8162 nommen. Frhr. v. Aehrenthal erklärte daraufhin, er werde die deutsche Regierung sofort und eingehend über alle Schritte unterrichten, die er im Balkan zu tun veranlaßt sein könnte. Das Zusammentreffen der beiden Monarchen in Ischl am 15. August sei sehr befriedigend verlaufen.

Der politische Wert des englischen Königsbesuches wurde durch die anfangs bezweifelte, bald darauf bestätigte Nachricht einigermaßen herabgemindert, daß König Eduard in Marienbad mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zusammentreffen würde. 8163 Als Zweck der Begegnung wurde in der Presse die Absicht des Königs bezeichnet, mit dem ihm persönlich bekannten und sympathischen französischen Staatsmanne das Ergebnis der Begegnungen von Wilhelmshöhe und Ischl sowie die marokkanische Frage zu erörtern. Graf Brockdorff-Rantzau, der als deutscher Geschäftsträger in Wien am 20. August 1907 darüber berichtete, fügte hinzu, Clemenceau werde wohl nicht verfehlen, dem Könige über die Absichten

Frankreichs befriedigende Aufklärungen zu geben und auszuführen, daß Frankreich keine Eroberungspläne in dem afrikanischen Sultanate verfolge. Frankreich sei heute weiter als jemals davon entfernt, sich auf Abenteuer einzulassen, und fest entschlossen, „sich nicht in Marokko so weit zu engagieren, daß seine anderweitige Aktionsfähigkeit hierunter leiden könnte“.

König Eduard VII. stand damals tatsächlich im Mittelpunkte der europäischen Politik. Am 21. August traf er mit Clemenceau in Marienbad zusammen, und am 5. September empfing er auch Iswolski. In allen europäischen Kabinetten verfolgte man diese Begegnungen mit gespannter Aufmerksamkeit.

Die konservative Presse Englands hob die Bedeutung der Unterredung König Eduards mit Clemenceau sofort stark hervor. Sie erblickte darin die natürliche Ergänzung der Besuche in Wilhelmshöhe 8164 und Ischl. König Eduard habe durch seine Begegnung mit dem französischen Premier Frankreich zeigen wollen, daß seine Zusammenkünfte mit den Souveränen Deutschlands und Österreichs das Verhältnis Englands zu Frankreich in keiner Weise beeinflußten. Die in letzter Zeit eingetretene Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen sei mit dem französisch-englischen Verhältnisse ebenso vereinbar wie der bevorstehende Abschluß eines englisch-russischen Abkommens mit dem englisch-japanischen Vertrage. König Eduard habe Clemenceau die Versicherung gegeben, daß Deutschland dem französischen Vorgehen in Marokko keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen würde.

Tatsächlich war damals eine gewisse deutsch-englische Entspannung festzustellen. Der Geschäftsträger W. v. Stumm berichtete darüber am 22. August 1907, daß nach englischen Presse-Äußerungen 8165 eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen durch die Begegnung der Monarchen tatsächlich erzielt worden sei. Die Tatsache, daß der König, eine sehr beachtenswerte Figur auf dem politischen Schachbrett, sich nach außen hin zum Träger einer deutschfreundlichen Politik gemacht habe, hätte die Wirkung gezeitigt, bei dem großen Vertrauen der englischen Bevölkerung zu ihrem Herrscher seiner Politik die wünschenswerte Popularität im Lande zu verschaffen. Die Besserung der Beziehungen kam darin zum Ausdruck, daß England Deutschland seine Hilfe zur Verfügung stellte, um von der Kapkolonie aus in Deutsch-Südwestafrika den Hottentottenhäuptling Morenga unschädlich zu machen. In einem späteren Berichte verzeichnete W. v. Stumm auch das Gerücht, wonach die freundlichere Haltung der englischen Politik gegen Deutschland auf der Besorgnis vor einer Kombination Deutschland-Amerika-Rußland beruhe. Tat- 8166 sächlich schien man in englischen Regierungskreisen anfangs September 1907 an eine allgemeinere Verständigung mit Deutschland zu denken. Sir Edward Grey war, wie W. v. Stumm am 13. September 8167

berichtet, für den Gedanken indes noch nicht gewonnen. Stumm selbst stand daher dem Gedanken einer deutsch-englischen Annäherung vorläufig noch sehr skeptisch gegenüber.

Wie sehr er mit dieser Beurteilung recht hatte, zeigte sich in 8168 einem Artikel der „Times“ vom 10. Oktober 1907. Das Blatt hieß den bevorstehenden Besuch Kaiser Wilhelms II. in England willkommen, nahm aber dem Reichskanzler Fürsten Bülow gegenüber eine so unfreundliche Stellung ein, daß man daraus nur die Absicht entnehmen konnte, den Besuch des Kanzlers in England zu verhindern. Graf Metternich erklärte daraufhin in London, daß die taktlosen Äußerungen der „Times“ im jetzigen Augenblick und bei dem Herannahen des Kaiserbesuches einen sehr ungünstigen Eindruck auf die 8169 öffentliche Meinung in Deutschland haben müßten. Der Ausfall der „Times“ fand übrigens in London allgemeine und scharfe Verurteilung, so besonders auch im „Daily Telegraph“ vom 12. Oktober 1907, der den bevorstehenden Kaiserbesuch lebhaft begrüßte. Das Blatt 8170 fügte hinzu, auch der Kanzler werde in England willkommen sein und sein Eintreffen die Bedeutung des Besuches erhöhen. Fürst Bülow hielt es aber doch für angezeigt, auf die Reise zu verzichten. An seiner Stelle begleitete der soeben ernannte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schoen den Kaiser.

Vom 10. bis 18. November 1907 weilte das deutsche Kaiserpaar in England. Daran anschließend nahm der Kaiser einen dreiwöchigen Aufenthalt in *Highcliffe Castle* gegenüber der Insel Wight. Er fühlte sich dringend erholungsbedürftig, da ihn die äußerst peinlichen Enthüllungen des Ende Oktober 1907 zum Abschluß gebrachten Prozesses Moltke-Harden körperlich und seelisch stark mitgenommen hatten. Fast hätte er sich entschlossen, daraufhin die Reise nach England zu unterlassen, ließ sich aber durch den König überreden, doch an dem Besuche festzuhalten.

Über die politischen Begleitumstände des Monarchenbesuches 8171 sprach sich der neue Staatssekretär v. Schoen am 20. November 1907 in einer ausführlichen Aufzeichnung aus. Danach war der Besuch in jeder Beziehung vortrefflich verlaufen. Nicht nur die Reden der Souveräne hätten sehr günstig gewirkt, sondern der Kaiser habe auch im Gespräche mit dem sehr deutschfreundlichen Kriegsminister Haldane und Sir Edward Grey die britischen Vorurteile und Bedenken wegen der Bagdadbahn mit Erfolg bekämpft. Die britischen Staatsmänner hätten sich immer bestrebt, den Deutschen vertrauensvoll zu begegnen „und den Besuch zu einem entschiedenen Wendepunkt in den Beziehungen beider Länder zu gestalten“. Bezeichnenderweise fügte Herr v. Schoen hinzu, die Flottenrüstungen seien während der Besuchstage weder von englischer noch von deutscher Seite berührt und auch von der englischen Presse nicht hervorgehoben worden. — Das Schwergewicht des Ergebnisses des Kaiserbesuches

lag nach Schoens Ansicht in der Beseitigung des bisher bestehenden Mißtrauens. Offenbar hatte den Staatssekretär, der zum ersten Male in seiner neuen Eigenschaft eine Auslandsreise unter besonders günstigen Umständen unternahm, der auf den Kaiser berechnete Empfang etwas zu optimistisch gestimmt. Das ergab sich wenige Tage darauf aus einem Berichte des Geschäftsträgers W. v. Stumm vom 25. November 1907, in dem es nach einer Konstatierung des günstigen Verlaufes des Kaiserbesuches hieß: „Sich weitgehenden Illusionen in dieser Hinsicht hingeben zu wollen, würde aber meines gehorsamen Dafürhaltens verfehlt sein. Einem höheren Wärmegrade in den deutsch-englischen Beziehungen werden bis auf weiteres zwei Faktoren stets im Wege stehen: die Rücksicht auf Frankreich und der Ausbau der deutschen Flotte.“ Auch hatte die englische Presse wiederholt während des Besuches darauf hingewiesen, daß die Anbahnung besserer Beziehungen zu Deutschland das Verhältnis Englands zu Frankreich nicht beeinträchtigen dürfe. „Was aber die deutsche Flottenpolitik betrifft, so hat das vor einigen Tagen bekannt gewordene neue deutsche Marineprogramm hier wieder starke Beunruhigung hervorgerufen. Ich sehe in der Tatsache, daß diese Beunruhigung in der Öffentlichkeit noch nicht in lebhafterer Weise zum Ausdruck gekommen ist, als dies bisher der Fall war, eine unmittelbare Wirkung des jüngsten Besuches. Auch die überzeugtesten Vertreter einer deutschfreundlichen Politik in England stehen auf dem Standpunkte: Für jedes neue deutsche Schiff müssen zwei englische gebaut werden.“

Als praktisches Ergebnis des Kaiserbesuches bezeichnete der Reichskanzler, daß man versuchen müsse, mit England zu einer Verständigung über die Bagdadbahn zu gelangen, ein Abkommen über die Nordsee zu schließen und die Marokko-Angelegenheit so zu behandeln, daß die Engländer nicht den Eindruck empfingen, Deutschland wolle im Vertrauen auf die Besserung seiner Beziehungen zu England jetzt Frankreich wieder brüskieren. 8172

Kapitel 175

England und das deutsche Flottenprogramm Der Tweedmouth-Brief. Dezember 1907 bis Juni 1908

Am 14. Dezember 1907 berichtete der Botschafter Graf Metternich aufs neue über englische Pressestimmen zum deutschen Flottenprogramm. Während des Aufenthaltes des deutschen Kaiserpaares in England hatte der Bundesrat am 14. November die Einbringung einer neuen Flottenvorlage an den Reichstag genehmigt. Danach wurde die Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre und eine Ver- 8173

teilung der Ersatzbauten für die Jahre 1908-1917 in der Art vorgesehen, daß zunächst für die Jahre 1908-1911 jährlich je drei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer neu aufgelegt werden sollten. Diese Flottennovelle bedeutete durch die Verjüngung des Schiffsmaterials und die Vergrößerung der Neubauten nach dem Vorbilde der Dreadnoughts einen wesentlichen Zuwachs an Kampftüchtigkeit für die deutsche Flotte. In England wuchs die Beunruhigung. Warum halte Deutschland gerade jetzt diese enorme Vergrößerung der Flotte für nötig, fragte „Daily Graphic“ am 14. Dezember, wo man doch eifrig bestrebt sei, die freundlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu fördern? England müsse dieş beachten und demgemäß handeln. Der „Standard“ hielt gleichfalls eine Vergrößerung der englischen Flotte für unumgänglich nötig. „Die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft zur See sei für England eine Lebensfrage, und England könne daher eine Gefährdung derselben auch nicht für einen Augenblick zulassen.“

Am 16. Dezember hielt Haldane in Hanley eine Rede, in der 8174 er ausführte, es würde für England nicht immer leicht sein, den Two-Power-Standard aufrechtzuerhalten, da Deutschlands und Amerikas Bevölkerung rasch zunehme und sich dadurch das Zahlenverhältnis zu Ungunsten Englands verschiebe. Deshalb müsse England, da es sich vielleicht später nicht allein auf seine Flotte verlassen könnte, seine Armee und Landverteidigung stärken. Der „Globe“ bemerkte bei der Erörterung dieser Lage: könne man den Two-Power-Standard nicht mehr aufrechterhalten, so gebe es nur noch die andere Alternative, die allgemeine Wehrpflicht. Auch in Hull, wo Haldane 8175 am 18. Dezember sprach, sagte er, daß England bei dem augenblicklichen Zunehmen der Rüstungen nicht zurückstehen dürfe. Vielleicht gebe es keinen Mann, der den Frieden der Welt aufrichtiger wünsche als der deutsche Kaiser. Dieser sei aber der Auffassung, „daß der Friede nur für den gesichert ist, der gerüstet ist, und er vermehrt daher nicht nur die Ausgaben für seine Flotte, sondern auch für seine Armee“.

In Deutschland hatte der Flottenverein unter Führung des Generals Keim die neue Marinevorlage als ungenügend lebhaft angegriffen, so daß Prinz Rupprecht von Bayern sich veranlaßt fühlte, das Protektorat über den bayerischen Landesverband des Vereins niederzulegen. Diese Vorgänge wurden in England mit Aufmerk- 8176 samkeit beobachtet. Man sprach bereits von dem Herannahen des Momentes, wo das Schwergewicht zur See in deutschen Händen sein werde. Seit den napoleonischen Kriegen, meldete „Outlook“ vom 4. Januar 1908, habe England keine so schwere Krisis durchgemacht; es müsse nunmehr ohne unnötige Worte und Lamentationen seine ganze Wachsamkeit und Energie der Tatsache widmen, daß Deutschland das englische Übergewicht zur See bedrohe wie keine Macht

in den letzten 200 Jahren. Auch die bisher zurückhaltende liberale Presse stimmte auf Grund der Vorgänge im deutschen Flottenverein jetzt dieser Auffassung zu. Der Geschäftsträger W. v. Stumm fürchtete daher, daß in kurzer Zeit der Ton der Mäßigung aus der öffentlichen Erörterung des Verhältnisses zu Deutschland wieder verschwinden würde, der das greifbarste Ergebnis der Entwicklung des vergangenen Jahres darstelle. In einer Rede vor seinen Wählern in Alnwick erklärte denn auch Sir Edward Grey, die erweiterten Flottenprogramme der anderen Staaten machten es für England unmöglich, weitere Beschränkungen des eigenen Flottenbaues vorzunehmen. „Westminster Gazette“ sprach bei diesem Anlasse ihr Bedauern darüber aus, daß der von ihr oft vertretene Gedanke einer deutsch-englischen Vereinbarung über die relative Verstärkung der beiderseitigen Flotten sich nicht habe verwirklichen lassen. 8177

Am 23. Januar 1908 äußerte sich auch der Erste Lord der Admiralität Lord Tweedmouth in gleichem Sinne. Er hob hervor, daß es falsch sei, in ein hastiges Tempo zu verfallen. England wolle nicht das Tempo für die Flottenvermehrung angeben, müsse aber das augenblickliche Kräfteverhältnis aufrechterhalten. 8178

In Deutschland versuchte Admiral v. Tirpitz beruhigend zu wirken. In seiner Reichstagsrede vom 29. Januar 1908 bekämpfte er die Ansicht, daß die deutsche Flottenvorlage in England Beunruhigung habe hervorrufen müssen. Er bezeichnete die besorgten Äußerungen der englischen Presse als Phantasiegebilde, gegen die man mit Gründen sehr schwer aufkommen könne. „Man braucht nur die absoluten Stärkeverhältnisse der beiden Flotten in Betracht zu ziehen. England ist tatsächlich mehr als dreimal so stark wie wir, und England ist auch tatsächlich in der Lage, sehr viel schneller zu bauen als wir.“

Gegen diese Äußerungen wendeten sich am 3. Februar 1908 die „Times“. Das deutsche Flottenprogramm müsse die äußerste Wachsamkeit auf seiten Englands hervorrufen. Sir Edward Grey erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, die englische Regierung sei nach einer auf der Haager Konferenz am 17. August 1907 abgegebenen Erklärung bereit, jährlich denjenigen Mächten die Zahl und Kosten der neu zu bauenden Kriegsschiffe mitzuteilen, die zu der gleichen Maßnahme gewillt seien. Diesen Vorschlag werde die englische Regierung jederzeit aufrechterhalten. 8179 8180

In dieses Stadium der gegenseitigen Beziehungen griff nunmehr Kaiser Wilhelm II. mit einem persönlichen Schreiben an den Ersten Lord der englischen Admiralität, Lord Tweedmouth, ein. Ohne vorherige Verständigung mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schrieb er am 16. Februar an den ihm persönlich gut bekannten Admiral einen Privatbrief [1]). Er lenkte die Auf- 8181

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8181 siehe hinten Teil 3.

merksamkeit des Engländers auf den gegenwärtigen Meinungskampf beider Länder. Schon bei seinem letzten Versuche habe er, der Kaiser, versucht, den englischen leitenden Stellen begreiflich zu machen, welche Richtung die deutsche Flottenpolitik verfolge. Aber seine Ausführungen seien mißverstanden oder nicht geglaubt worden, sonst könne man in England nicht dauernd von einer deutschen Gefahr und von einer deutschen Herausforderung der britischen Vorherrschaft zur See sprechen. „Es ist durchaus widersinnig und unwahr, daß die deutsche Flottenvorlage eine Seemacht liefern soll, die als eine Herausforderung der britischen Herrschaft zur See gemeint sei. Die deutsche Flotte wird überhaupt gegen niemanden gebaut. Sie wird lediglich für die Bedürfnisse Deutschlands gebaut, die mit dem rasch anwachsenden Handel dieses Landes zusammenhängen... Sie enthält nichts Überraschendes, Heimliches oder Verstecktes, und jeder Leser kann mit der größten Leichtigkeit den ganzen für die Entwicklung der Flotte entworfenen Plan verfolgen.“ Die veraltete Flotte habe aus der Liste gestrichen werden müssen. Dadurch sei eine Lücke entstanden und die Anzahl der Schiffe unter das von der Vorlage geforderte Maß herabgedrückt worden. Als Hauptfehler des gegenwärtigen Meinungsstreites bezeichnete der Kaiser die dauernde Erörterung des sogenannten 2—3 oder mehr Mächte-Standards. Jede Nation müsse ihre Seemacht ihren Bedürfnissen entsprechend ausbauen. Weiterhin kam der Kaiser auf das in England verbreitete Gerücht zu sprechen, daß jeder Deutsche vom Kaiser abwärts den Sturz Sir John Fishers wünsche. In Deutschland, schrieb er, denke niemand auch nur im Traume daran, England in der Wahl derjenigen zu beeinflussen, denen es die Leitung seiner Marine anvertrauen wolle. Man dürfe daher nicht vorbringen, deutsche Behörden arbeiteten für oder gegen Personen in amtlichen Stellen in fremden Ländern. Das ewige Hervorkehren der Deutschen Gefahr erscheine ihm als der großen britischen Nation mit ihrem weltumspannenden Reiche und ihrer gewaltigen Seemacht, die ungefähr fünfmal so groß sei als die deutsche, äußerst unwürdig, wenn nicht geradezu komisch. Die deutsche Flottenvorlage sei nicht gegen England gerichtet, und er, der Kaiser, hoffe, daß die englische Kriegsflagge stets auf derselben Seite wehen werde wie die deutsche. Der Kaiser schloß seinen Brief mit der Erinnerung an die Worte des Admirals Sir John Fisher, wenn Eva nicht immer ihre Augen auf den Apfel gerichtet hätte, würde sie ihn nicht gegessen haben, und wir brauchten uns jetzt nicht mit Kleidern zu schleppen.

Lord Tweedmouth geriet durch diesen Brief in einige Verlegenheit. Er bestätigte ihn am 20. Februar 1908[1]) mit dem Hinweise darauf, daß er auf den Brief nicht näher einzugehen brauche, da das

8182

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8182 siehe hinten Teil 3.

Foreign Office bereits eine Denkschrift an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, gesandt habe. Hierin sei alles Wichtige enthalten. In einer Anlage überreichte er ferner dem Kaiser seinen Bericht, den er in der kommenden Woche mit den genauen Voranschlägen für den Jahrgang 1908—1909 dem Parlament vorzulegen beabsichtigte. „Eure Majestät", fügte er hinzu, „werden, wie ich hoffe, zugeben, daß darin keine Beschwerden hinsichtlich der Flottenbaupläne irgendeiner fremden Nation vorkommen. Ich stelle nur unsere eigenen Erfordernisse fest, und ich darf ehrfurchtsvoll darauf hinweisen, daß sich weder nach Form noch Inhalt in dem von mir aufgesetzten Berichte etwas befindet, was die Presse zu Bemerkungen in einem für Deutschland unfreundlichen Sinne aufreizen könnte." Solche Bemerkungen würde die englische Regierung stets bedauern; die Presse in Großbritannien dulde aber keine Beaufsichtigung behördlicherseits, vor allem nicht in Bezug auf die Marine.

8183 Einen ziemlich ernsten Ton atmete ein Schreiben, das König Eduard VII. am 22. Februar 1908 auf Grund dieses Briefwechsels an den Kaiser richtete[1]). Der Kaiser hatte ihn über den an Lord Tweedmouth gerichteten Brief verständigt und sich bei dieser Gelegenheit über die englische Presse beschwert. Der König antwortete ihm: „Dein Schreiben an meinen Ersten Lord der Admiralität bedeutet eine ‚neue Richtung', und ich sehe nicht ein, wie er unsere Presse verhindern könnte, die Aufmerksamkeit auf das starke Wachstum im deutschen Kriegsschiffsbau zu lenken, das uns zwingt, auch unsere Seemacht zu vermehren."

8184 Das von Lord Tweedmouth in seinem Schreiben an den Kaiser erwähnte Memorandum wurde vom englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, am 28. Februar 1908 im Auswärtigen Amt überreicht[2]). Dieses Schriftstück ging davon aus, daß die englische Regierung niemals das Recht in Anspruch genommen habe, das Vorgehen Deutschlands oder irgendeiner anderen Regierung bei der Festsetzung des Umfanges ihrer Erfordernisse in Heer und Marine einer Beurteilung zu unterziehen. Das sei eine Angelegenheit, die jeder unabhängige Staat für sich selbst regeln müsse, und dieser Auffassung habe auch Sir Edward Grey kürzlich öffentlich Ausdruck verliehen. Da nun der Kaiser angeregt habe, es müsse etwas geschehen, um der „deutschfeindlichen Tendenz" der englischen Presse entgegenzuarbeiten, so müsse die englische Regierung sagen, daß sie den Ausdruck des Bedauerns seitens eines unabhängigen britischen Blattes über das Anschwellen der Ausgaben, denen England unvermeidlich durch das Anwachsen der deutschen Seerüstungen ausgesetzt sein würde, nicht als einen begründeten Anlaß zur Erregung in Deutschland anzusehen vermöge. Auch die Organe des deutschen Flotten-

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8183 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8184 siehe hinten Teil 3.

vereins benutzten häufig die englische Marine, um daran die Notwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte hervorzuheben. „Die Unabhängigkeit, ja das Bestehen des britischen Reiches, hängt von der Sicherung seiner Vorherrschaft zur See ab, und die britische Regierung ist verpflichtet, Seestreitkräfte in einem solchen Umfange zu schaffen und zu erhalten, wie für diesen Zweck unerläßlich ist. Es wäre zwecklos, behaupten zu wollen, das Anwachsen der deutschen Flotte sei keiner von den Faktoren, die bei einer Veranschlagung der Stärke, die der englischen Marine gewahrt werden muß, stets in Rechnung zu stellen sind. Eine Verhinderung der englischen Presse an der freimütigen Feststellung und Erörterung einer so offensichtlichen Tatsache würde weder gerecht noch möglich sein.“ Das Memorandum wiederholte dann den schon oft gegebenen Hinweis, daß die englische Regierung keinen maßgebenden Einfluß auf die englische Presse besitze. Die Sache liege jetzt so, daß Großbritannien weder Deutschland noch irgendeinem anderen seiner Nachbarn das Recht bestreite, soviel Schiffe zu bauen, wie sie wollen, daß aber „das entscheidende Interesse der Sicherheit des britischen Reiches die Aufrechterhaltung des von einer Reihe aufeinanderfolgender britischer Regierungen durchgeführten Standes und Verhältnisses der englischen Marine im Vergleich zu denen der Länder Europas erforderlich mache“.

Demgemäß wurde bei den Erörterungen über die Flottenausgaben 8185 im Unterhause anfangs März 1908 amtlich betont, daß auch die engliche Flottenpolitik eine lediglich defensive sei. Die Stellung Englands zur See, so führte der Schatzkanzler Asquith aus, sei zurzeit unangreifbar und müsse es auch bleiben; die Suprematie Englands zur See sei für dieses eine Lebensfrage. Der Stand, auf dem die Flotte zu erhalten sei, müsse ein solcher sein, der ihr die Überlegenheit gegen irgendeine Kombination der Mächte gewährleiste.

Am 6. März 1908 schlug eine Veröffentlichung der „Times“ wie 8186 eine Bombe ein. Ihr militärischer Mitarbeiter Oberst A'Court-Repington teilte mit, der deutsche Kaiser habe an Lord Tweedmouth ein Schreiben gerichtet und den Versuch gemacht, den für das englische Marinebudget verantwortlichen Minister in deutschem Sinne zu beeinflussen. Er forderte, daß das kaiserliche Schreiben und seine Beantwortung unverzüglich dem Parlamente vorgelegt werden müßten, da die Angelegenheit ein offenes Geheimnis geworden sei.

Kaiser Wilhelm II. weilte damals gerade in Wilhelmshaven. Der Reichskanzler bat ihn telegraphisch um eine Abschrift des an Lord Tweedmouth gerichteten Briefes.

Die Lage war sehr peinlich. Graf Metternich vertrat die Ansicht, 8187 daß eine sofortige Veröffentlichung des Kaiserbriefes an Lord Tweedmouth den besten Weg bilde, um den von der Times-Nachricht angerichteten Schaden einigermaßen wieder gutzumachen. Zweifellos würden

Anfragen im Parlament stattfinden. Daraus könne sich der Sturz des Lords Tweedmouth und eine Bloßstellung für die deutschfreundliche liberale Regierung ergeben. „Alle uns freundlich gesinnten Elemente werden geschwächt und die Jingos gestärkt werden. Auch die Popularität Seiner Majestät des Kaisers in England wird leiden und das Mißtrauen gegen unsere Politik wieder zunehmen."

Der Kaiser teilte die Befürchtungen Metternichs nicht und vermutete hinter dem Vorstoß der „Times" eine Machenschaft König Eduards VII. Mit der Veröffentlichung seines Briefes war er einverstanden. In diesem Sinne wurde Graf Metternich verständigt, der zurücktelegraphierte, es möge ohne vorherige Verständigung mit der englischen Regierung keinerlei Veröffentlichung erfolgen. Hiermit war man in Berlin einverstanden. 8188

Am gleichen 6. März 1908 erklärte Asquith im Unterhause, Lord Tweedmouth habe tatsächlich einen Brief vom deutschen Kaiser erhalten. „Es sei eine rein private und persönliche Mitteilung, in durchaus freundlichem Geist abgefaßt, und des Lords Tweedmouth Antwort sei ebenfalls privat und nicht amtlich. Weder Brief noch Antwort seien dem Kabinett bekannt gewesen oder mitgeteilt worden. Das bisherige Marinebudget sei schon vor Eingang des Briefes von der britischen Regierung festgesetzt worden." 8189

Wenn auch gemäßigt denkende Politiker in London damals die Ansicht äußerten, der Sturm werde bald vorübergehen, so war Graf Metternich doch der Meinung, daß man politisches Kapital daraus schlagen werde. Er empfahl, den Gedanken in den Vordergrund zu rücken, daß der Privatbrief, was immer er enthalten möge, selbstverständlich nicht auf eine Beeinflussung der englischen Marinepolitik ausgegangen sein könne. 8190

Inzwischen hatte Fürst Bülow den Kaiserbrief erhalten. Er hielt seinen Inhalt für veröffentlichungsfähig, war aber der Ansicht, daß eine solche Veröffentlichung ohne eine gleichzeitige Bekanntgabe der Antwort von Lord Tweedmouth nicht möglich sei. Diese enthalte nun eine vorzeitige Mitteilung über die englische Flottenvorlage, und daraus könnten sich in England unangenehme Angriffe gegen die gegenwärtige Regierung ergeben. Ohne vorherige Verständigung mit der englischen Regierung sei also eine Veröffentlichung nicht möglich. 8191

Bemerkenswert war die Wirkung dieser Vorgänge auf die französische Presse. Ziemlich allgemein sprach sie die Vermutung aus, daß für die englisch-deutschen Beziehungen eine neuerliche Trübung zu erwarten sei. König Eduard VII. weilte damals auf der Reise nach Biarritz in Frankreich, und es wurde bemerkt, daß sowohl Clemenceau wie Pichon, die vom Könige zum längeren Besuche empfangen worden waren, beide den König noch selten in so heiterer Stimmung gesehen haben wollten, wie eben jetzt. Über den Tweedmouth-Brief soll 8192

er sehr ungehalten gewesen sein und zu seinem Freunde Sir Ernest 8193 Cassel geäußert haben, durch den kaiserlichen Besuch in Windsor sei alles in die besten Bahnen geleitet gewesen, und nun komme diese Sache dazwischen. Auch nach der Ansicht Sir Ernest Cassels war der Hauptgrund für die englischen Besorgnisse der Bau der deutschen Flotte. Eine verlorene Schlacht in der Nordsee bedeute das Ende des englischen Weltreiches, eine verlorene Schlacht auf dem Kontinent noch lange nicht das Ende Deutschlands.

Kaiser Wilhelm II. war ganz anderer Meinung. Die Engländer müßten sich eben an die deutsche Flotte gewöhnen, schrieb er an den Schluß des ihm vorgelegten Berichtes des Grafen Metternich über seine Unterhaltung mit Sir Ernest Cassel. An der Beunruhigung sei hauptsächlich die verrückte englische Dreadnought-Politik schuld; damit hätte sie ihre alte, große Überlegenheit vernichtet, da alle Staaten diese Politik nachmachten, und das sei der eigentliche Grund für die britische Nervosität.

Die amtlichen Leiter der englischen Politik hielten eine Veröffentlichung des Briefwechsels für nicht angezeigt. Ihr Verhalten 8194 kennzeichnete Graf Metternich in einem Berichte vom 8. März 1908 als würdig und geschickt, eine Auffassung, der der Reichskanzler beitrat. Eine üble Folgeerscheinung des Briefwechsels war zweifellos, daß in den Verhandlungen des englischen Unterhauses über das 8195 Marinebudget jetzt gelegentlich direkte Hinweise auf die deutsche Flotte an die Stelle der früheren meist allgemeineren Bezugnahme auf die Flottenrüstungen fremder Mächte traten. Eine Verbesserung der 8196 deutsch-englischen Beziehungen konnte sich daraus kaum ergeben.

Auch im deutschen Reichstage fand eine Erörterung der Tweedmouth-Affäre statt, und zwar am 24. März 1908. Fürst Bülow verteidigte den Kaiser gegen die Unterstellung, daß sein Brief bezweckt habe, den für das englische Marinebudget verantwortlichen Minister in deutschem Interesse zu beeinflussen. Der Charakter unseres Flottenprogramms und unserer Flottenpolitik sei defensiv. „Wir wünschen mit England in Ruhe und Frieden zu leben, und darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizisten immer wieder von der ‚deutschen Gefahr' spricht, obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder stärkere Flotten besitzen als wir und mit nicht geringerem Eifer an dem Ausbau ihrer Flotten arbeiten als wir... So wenig wir England das Recht bestreiten, sich auf denjenigen Flottenstandard einzurichten, den seine verantwortlichen Staatsmänner für notwendig halten, um die britische Weltmacht aufrechtzuerhalten, ohne daß wir darin eine Drohung gegen uns erblicken, so wenig kann man es uns verargen, wenn wir nicht wünschen, daß unsere Schiffsbauten als eine gegen England gerichtete Herausforderung hingestellt werden!" Fürst Bülow ließ 8197 dem Grafen Metternich nach Möglichkeit Material zur Zerstreuung der

„tatsächlich absurden" englischen Besorgnisse vor der deutschen Flotte mitteilen.

Auf ein tatsächliches Einlenken Englands war deutscherseits nicht zu rechnen. So betonte Sir Edward Grey am 14. Mai 1908 in einer Rede auf dem Jahresdiner des Iron and Steel Institutes, die englische Regierung möchte gern die Kosten für die Flotte verringern, bleibe aber von den Aufwendungen anderer Länder abhängig. England sei bereit, die Frage mit anderen Nationen zu diskutieren, wenn diese gleichfalls die gegenseitige Abhängigkeit der Rüstungen zugäben. Das war ein Standpunkt, dem Kaiser Wilhelm II. ein schroffes „Nein" entgegensetzte. 8198

Im Juni 1908 hatte Sir Ernest Cassel eine vertrauliche Unterredung mit Ballin, über die eine interessante Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann vorliegt. Sir Ernest Cassel stand dem englischen Könige nahe. Eduard VII. hatte ihm gesagt, er sei tief davon durchdrungen, daß der rasche Ausbau der deutschen Flotte die englische Stellung zur See bedrohe. Zwar wisse der König, daß Kaiser Wilhelm II. niemals leichtfertig auf Händel ausgehen werde und seiner innersten Natur nach den Schrecken eines Krieges widerstrebe. Er, der König, müsse aber dafür sorgen, seinem Sohne die ihm überkommene Stellung Englands auf den Meeren so zu hinterlassen, daß sie auch der Nachfolger des Kaisers nicht anfechten könne. Die Sorge vor der deutschen Gefahr, fügte Sir Ernest Cassel hinzu, sei die treibende Kraft für die ganze Ententepolitik des Königs. 8199

Kapitel 176

Die Englisch-Französische Intimität
Präsident Fallières in London
Frühjahr 1908

In England hatte am 6. April 1908 der bisherige Schatzkanzler Asquith den erkrankten Campbell Bannerman als Premierminister ersetzt. Asquith war seit langem durch freundschaftliche Beziehungen mit Sir Edward Grey verknüpft und vertrat die gleiche politische Richtung, einen gemäßigten Imperialismus innerhalb der durch die Grundprinzipien des Liberalismus gezogenen Schranken. Auch Asquith teilte nach Ansicht der deutschen Botschaft in London den Wunsch guter Beziehungen zu Deutschland und war für eine glatte Beilegung des Tweedmouth-Zwischenfalles eingetreten. Nach der Ansicht des Geschäftsträgers W. v. Stumm war er aber nicht der Mann, sich durch das Drängen der Partei-Idealisten an dem von ihm als richtig erkannten und verfochtenen Grundsatze der unbedingten Aufrechterhaltung der englischen Suprematie zur See irremachen zu lassen. 8200

8201 Eine äußerlich sichtbare Betonung empfing die Entente cordiale im Mai 1908 durch den Besuch des Präsidenten Fallières in England. Dieser Besuch steigerte infolge der Herzlichkeit des Empfanges, die dem französischen Staatsoberhaupte zuteil wurde, das Selbstgefühl der Franzosen in hohem Maße. Da bald darauf ein Zusammentreffen König Eduards mit dem Zaren in Reval stattfinden sollte, feierte die 8202 französische Presse fast durchweg in überschwenglichen Artikeln die Innigkeit der Freundschaft mit England und ihre hohe Bedeutung für Frankreichs europäische Stellung. Dabei wurde meist die Triple-Entente zum Dreibunde in ziemlich scharfen Gegensatz gebracht und als eine Machtgruppierung bezeichnet, die wohl imstande sei, dem „zentraleuropäischen Block“ Schach zu gebieten. Tardieu forderte im „Temps“ eine grundlegende Reform des englischen Landheeres. Auch über die Frage eines englisch-französischen Handelsvertrages und die 8203 Sicherung des damaligen handelspolitischen Verhältnisses der beiden Länder auf lange Zeit sollten bei dem Londoner Besuch des französischen Präsidenten Verhandlungen gepflogen sein. In London legte man der deutschen Botschaft gegenüber Wert darauf, daß von einer 8204 „Allianz“ keine Rede gewesen sei. England denke nicht daran, sich in europäische Allianzen zu verwickeln; auch sei es ein reiner Zufall, daß dem Besuche des Präsidenten der Besuch in Reval bald folge. 8205 Graf Metternich erblickte in dem unermeßlichen Jubel der Presse über den Präsidentenempfang nichts als eine tendenziöse Übertreibung, wenn er auch anerkannte, daß die Entente cordiale allseitig nach wie vor auf das Freudigste begrüßt werde. Die unliebsamen Erörterungen über die Allianz und die Wehrkraft Englands zu Lande hätten aber einen kleinen Schatten in die Feststimmung geworfen.

Kaiser Wilhelm II. beurteilte die Lage pessimistisch. Der Reichs- 8206 kanzler gab daher am 1. Juni dem Grafen Metternich den Auftrag, über die seiner Ansicht nach durch den Präsidentenbesuch geschaffene politische Weltlage eingehend zu berichten. Metternich telegraphierte am gleichen Tage noch vor Empfang dieser Weisung, daß an den an- 8207 geblichen Bündnisverhandlungen kein wahres Wort sei. Ob eine Allianz einmal abgeschlossen werde, wisse niemand. Höchst wahrscheinlich wäre sein Eintreten, falls Deutschland mit Frankreich in Krieg gerate. „Denn es gilt allmählich als politisches Axiom beider Parteien in England, daß Frankreich nicht noch einmal aus einem Kriege mit Deutschland geschwächt hervorgehen dürfe.“

In der englischen Presse war in jener Zeit mehrfach offen von der Möglichkeit eines militärischen Bündnisses Englands mit Frankreich an Stelle der Entente die Rede. Der Militärattaché Hauptmann 8208 Ostertag berichtete am 4. Juni über diese Zusammenhänge. Wie sollte sich eine englische Hülfe für die Franzosen im Kriegsfalle auswirken? Seiner Ansicht nach würde die englische Flotte in der Nordsee versuchen, die deutsche zu einer Seeschlacht herauszulocken,

um ihr dann ein Tschusima zu bereiten. Das englische Heer sollte nicht Seite an Seite mit den Franzosen, sondern durch Landung an der Nordseeküste ablenkend verwendet werden. Auch war Ostertag wiederholt der Auffassung begegnet, daß England sofort Antwerpen besetzen und als Basis für Operationen in der rechten Flanke der deutschen Armeen benutzen würde, falls durch Deutschlands Vorgehen gegen Frankreich die belgische Neutralität litte. „Ausgeschlossen ist es nicht, daß von englischer Seite dieser Schritt getan[1]) würde, ohne erst einen deutschen Neutralitätsbruch abzuwarten. Man würde sich dann mit der Entschuldigung in Antwerpen einnisten, daß man die Neutralität Belgiens schützen wolle."

Am 5. Juni 1908 erstattete Graf Metternich den vom Reichskanzler geforderten ausführlichen Bericht über die Weltlage und zwar in geradezu klassischer Form. Er ging von der Feststellung aus, daß, während wir früher bei einem Kriege mit Frankreich zum mindesten auf die wohlwollende Neutralität Englands rechnen konnten, wir jetzt in diesem Falle zum mindesten mit der übelwollenden Neutralität, höchstwahrscheinlich und ziemlich sicher sogar mit der offenen Feindschaft Englands rechnen müßten. An eine innere Feindschaft des englischen Volkes gegen Deutschland glaubte Metternich nicht, wohl aber an die zunehmende Furcht vor der deutschen Superiorität. Bei allen Unterredungen mit maßgebenden Engländern trat ihm die Furcht vor der deutschen Flotte immer wieder entgegen. Kaiser Wilhelm II., der einen derartigen Einfluß des deutschen Flottenbaues, wie dies besonders aus den späteren Schriftstücken sich ergeben wird, durchaus nicht zugeben wollte, bezeichnete diesen Botschafterbericht als sehr gut, was Fürst Bülow sofort erfreut dem Botschafter nach London mitteilte.

8209

8210

Ein bemerkenswertes Licht auf die damaligen englisch-französischen Beziehungen warf ein Besuch Delcassés in London. Delcassé wurde am 24. Juni von König Eduard VII. in Audienz empfangen, und man begrüßte ihn in London wie einen gefeierten Helden.

8211

Kapitel 177

Erste Erörterungen über ein Deutsch-Englisches Rüstungsabkommen Eduard VII. in Kronberg und Ischl Lloyd George in Berlin. Juli—September 1908

Das 177. Kapitel umfaßt die Zeit vom 30. Juni bis zum 22. August 1908 und legt die allmähliche Entfremdung zwischen Kaiser Wilhelm II.

---

[1]) Im Original „getroffen".

und dem deutschen Botschafter in London Grafen Metternich in einer Reihe äußerst bemerkenswerter Schriftstücke dar. Man vermag aus den kaiserlichen Rand- und Schlußbemerkungen zu den ihm vorgelegten Berichten deutlich zu erkennen, von welchem Zeitpunkte ab er seine Beurteilung des Botschafters grundlegend geändert hat. Die Wendung trat mit dem Augenblick ein, wo der Botschafter die Überzeugung allzu offen vertrat, daß die weitere Entwicklung der deutschen Flotte in dem bisherigen Maßstabe unweigerlich zum Bruche mit England führen müsse.

Eine ausführlichere Erörterung der Schriftstücke des 177. Kapitels erübrigt sich für die Zwecke des Wegweisers, da gerade diese Dokumente unbedingt im Wortlaute gelesen und mit den kaiserlichen Bemerkungen in Beziehung gebracht werden müssen.

8212 Zu einem Berichte des Botschafters vom 30. Juni 1908 macht der Kaiser noch eine Reihe zustimmender Bemerkungen. Metternich spricht von dem tiefen Argwohne Englands, der durch den raschen Bau der deutschen Flotte entstanden sei. Der Kaiser beschränkt sich hier auf ein Ausrufungszeichen. Zu dem Satze: „Nichts und niemand wird den Engländer von der Überzeugung abbringen, daß eine in der Nähe seiner Küsten erwachsende mächtige Flotte nicht eine Gefahr, die größte, der er ausgesetzt werden könne, für ihn bedeute", bemerkt der Kaiser: „Sehr einfach! So mache es eine Entente mit uns"; und schreibt am Schlusse des Berichtes: „Die einfachste Lösung ist eine Entente oder Bündnis mit uns, dann sind sie aller Sorgen ledig. Daß wir gute Alliierte sind, zeigt das Verhältnis zu Österreich." Hieraus geht deutlich hervor, daß der Kaiser tatsächlich glaubte, durch Vergrößerung der deutschen Flotte an Bündnisfähigkeit Deutschlands zu gewinnen. Dabei war auch nach der Ansicht des Ersten Botschafts-
8213 sekretärs in London, W. v. Stumm, das Bestreben der englischen Politik, die Zahl der Bundesgenossen Deutschlands in einem Zukunftskriege möglichst zu beschränken. „Eine aggressive Politik würde dem Friedensbedürfnis der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes durchaus widersprechen. Indessen muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die englische Defensive sich in dem Augenblick in eine Offensive verwandelt, in dem die englische Suprematie zur See selbst von dem isolierten Deutschland für gefährdet gehalten werden würde."

Vielleicht konnte durch eine Begegnung der Monarchen die Entfremdung zum Teil beseitigt werden. In diesem Sinne bemühte sich
8214 Albert Ballin, der anfangs Juli 1908 von einer Reise aus London zurückkam.

Rückhaltloses Einverständnis mit der Auffassung des Grafen Metternich bekundete der Kaiser auf Grund eines Berichtes vom
8215 10. Juli über eine Unterredung des Botschafters mit Lord Hugh Cecil, dem Sohne des verstorbenen Lords Salisbury. Nach Metternichs Ansicht fürchtete ebenso wie Cecil sein Vetter Balfour, daß die Lehren

von Treitschke und vielen anderen das deutsche Volk zu dem Gedanken erzogen hätten und erzögen, England stehe der Ausbreitung Deutschlands im Wege und müsse mit Hilfe einer starken Flotte beseitigt werden. Hierzu vermerkte der Kaiser: „So dämlich werden wir niemals sein! Das wäre ja Harakiri!“ Den Bericht Metternichs bezeichnete er als vorzüglich und fügte hinzu: „Es ist hirnverbrannter Blödsinn, sich einzubilden, wir wollten die Engländer angreifen, überfallen oder gar ‚hinwegräumen‘, bloß aus Konkurrenzneid! Das Einzige, was wir wollen, ist, von ihnen in Frieden gelassen zu werden, um ungestört unseren Handel ausbreiten zu können.“

Als der Kaiser im Juli 1908 sich auf der Nordlandsreise befand, berichtete ihm der Reichskanzler von Norderney aus, daß er mit Ballin, den der Kaiser zu einem Besuche in Norderney veranlaßt hatte, sich ausführlich ausgesprochen habe. Auch nach seiner Ansicht beruhe die deutsch-englische Spannung und die Kriegsgefahr in erster Linie auf den deutschen Flottenbauten und besonders auf dem Tempo, in dem wir die Schlachtschiffe bauten. „Wir können nicht zugleich das größte Heer und die größte Flotte haben. Auf einen Wettlauf in Dreadnoughts können wir uns mit dem viel reicheren England gar nicht einlassen.“ 8216

Ein Bericht des Grafen Metternich vom 16. Juli 1908 bildet den Wendepunkt seiner Beziehungen zum Kaiser. Zunächst stellte Metternich fest, daß Sir Edward Grey für den Fall von Schwierigkeiten in Marokko England zu einer Unterstützung Frankreichs für verpflichtet ansehe. Sodann ließ er sich weiter über den Flottenbau aus, über den er sich mit Sir Edward Grey und Lloyd George im Hause des letzteren anläßlich eines Frühstücks ausführlich unterhalten hatte. Sir Edward Grey hatte bei diesem Anlasse von einer etwaigen Besprechung der Seerüstungen gesprochen. Graf Metternich hatte sich an diesem Gespräche beteiligt, was ihm der Kaiser sehr verargte. Trotz lebhafter Anerkennung des Gesamtberichtes mit den Worten „Bravo Metternich! Hat seine Sache sehr gut gemacht.“ tadelte er es mit scharfen Worten, daß der Botschafter auf eine derartige Erörterung überhaupt eingegangen sei. „Wir werden uns niemals vorschreiben lassen, wie unsere Rüstung beschaffen sein soll.“ In einer Schlußbemerkung sagte er: „Es muß ihm (dem Botschafter) bedeutet werden, daß mir ein gutes Verhältnis zu England um den Preis des Ausbaus der Flotte Deutschlands **nicht** erwünscht ist. Wenn England uns nur seine Hand in Gnaden zu reichen beabsichtigt unter dem Hinweis, wir müßten unsere Flotte einschränken, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit . . . Mit demselben Recht können Frankreich und Rußland dann eine Einschränkung unserer Rüstungen zu Lande fordern ... (Das Flottengesetz) wird bis ins letzte Tüttelchen ausgeführt; ob es den Briten paßt oder nicht, ist egal! Wollen sie den Krieg, so mögen **sie** ihn **anfangen**, wir fürchten ihn nicht!“ 8217

Von nun hat sich der Riß in den Auffassungen des Kaisers und des Botschafters Grafen Metternich immer nur noch erweitert. Ende 8218 Juli 1908 trat eine gewisse Entspannung in England ein, die aber bald wieder ihr Ende fand, als Lord Cromer im Oberhause seine 8219 Landsleute vor den kommenden Gefahren warnte und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges voraussagte. Metternichs Mitteilungen über ein wichtiges Gespräch mit Lloyd George, wonach dieser in der Flottenfrage das einzig gravierende Moment in dem Verhalten beider Länder erblickte, fanden beim Kaiser keine Gnade. Er bezeichnete dieses Gespräch als „geradezu unwürdig und provokant für Deutschland". Er hielt den Botschafter für „zu schlapp" und sprach sich darüber drastisch aus.

Der Reichskanzler Fürst Bülow nahm angesichts dieser Entfrem- 8220 dung zwischen Kaiser und Botschafter eine vorsichtige Haltung ein. Offenbar war er mit der Berichterstattung Metternichs trotz kleiner Abweichungen in der Hauptsache einverstanden.

Anfangs August 1908 stand fest, daß König Eduard VII. auf seiner Reise nach Ischl, wo er den Kaiser Franz Joseph zu begrüßen gedachte, den deutschen Kaiser in Homburg v. d. H. aufsuchen werde. Der Kaiser legte auf diesen Besuch besonderen Wert und war auch 8221 bereit, Lloyd George in Wilhelmshöhe zu empfangen, falls er in der zweiten Hälfte des August nach Deutschland komme.

8222— 8227 Über die Vorbereitungen der Monarchenbegegnung und ihren Verlauf werden wir durch die Dokumente Nr. 8222—8227 ausführlich unterrichtet. Der Kaiser selbst hat in einer Reihe von Telegrammen den Reichskanzler über den Verlauf genau unterrichtet. Danach hatte ein sehr bedeutungsvolles Gespräch mit Sir Ch. Hardinge stattgefunden, der in deutlichen Worten davon sprach, Deutschland möge den Bau seiner Flotte stoppen oder jedenfalls langsamer bauen. Der 8226 Kaiser hatte diese Andeutungen scharf zurückgewiesen.

Bei dem Besuche des englischen Königs in Ischl kam deutlich zum Ausdruck, daß der König sowohl wie Sir Ch. Hardinge den Besuch in Kronberg als einen Mißerfolg ansahen, eine Auffassung, die auch von dem belgischen Gesandten in Wien, Baron de Borchgrave, bestätigt worden ist. Die Londoner Presse besprach den Besuch in freund- 8228 schaftlichem Tone; der liberalen Presse schwebte sogar ein mit Deutschland abzuschließendes Flottenabkommen vor, was der Kaiser in einer Randbemerkung aber scharf ablehnte. Er schien zu jener Zeit den Gedanken einer freundschaftlichen Annäherung an England endgültig aufgegeben zu haben und wünschte nicht, die Flotte als Preis dafür zu zahlen. Die Briten müßten sich darüber klar sein, meinte er, daß ein Krieg mit Deutschland den Verlust Indiens und ihrer Weltstellung bedeutete. Graf Metternich blieb unentwegt bei 8229 seiner Überzeugung, daß die englischen Besorgnisse immer hauptsächlich durch das deutsche Flottenprogramm veranlaßt seien.

Über den Verlauf des englischen Königsbesuches in Ischl gibt ein Bericht des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 19. August Auskunft. Danach sollte Kaiser Franz Joseph seinen hohen Gast sehr kühl behandelt haben. Ob die englischen Staatsmänner eine Annäherung Österreich-Ungarns an England auf Kosten der deutschösterreichischen Beziehungen anzubahnen versucht hätten, vermochte er nicht zu sagen. Sir Ch. Hardinge hatte auch in Ischl die Flotten-Rüstungen zur Sprache gebracht. Baron Aehrenthal hatte ihm ruhig, aber bestimmt erwidert, bei der Politik der Entente, die König Eduard zu inaugurieren für gut befunden habe, könne es niemand Deutschland verdenken, wenn es an dem Ausbau seiner Flotte unentwegt weiterarbeite. Kaiser Wilhelm II. war über die Haltung Aehrenthals sehr erfreut. 8230

Kurz darauf erhielt Kaiser Wilhelm II. Nachricht darüber, daß man in England eine Milliardenanleihe aufzulegen beabsichtige. Er erblickte darin den Gedanken, dem deutscherseits beabsichtigten Konkurrenzbau der Flotte ein unerreichbares Paroli zu bieten. Das sei aussichtslos, denn Deutschland habe ein fest abgegrenztes, seit Jahren veröffentlichtes Programm. 8231

Die Reise des Schatzkanzlers Lloyd George nach Deutschland im August 1908 wurde vielfach mit seinem Wunsche erklärt, zu einer Verständigung mit Deutschland über den Flottenbau beider Staaten zu gelangen. Auch das „Berliner Tageblatt" äußerte sich in diesem Sinne. Ein Empfang Lloyd Georges durch den Kaiser erschien dem Grafen Metternich wenig angezeigt. Lloyd George hatte nun die Absicht, unauffällig mit dem Fürsten Bülow zusammenzutreffen und ihn von Hamburg aus in Norderney zu besuchen. Dort war am 19. August Graf Metternich von London her eingetroffen und hatte sich mit dem Reichskanzler über die Flottenfrage ausgesprochen. Bülow hatte ihm bei diesem Anlasse die abfälligen Randbemerkungen des Kaisers zu dem Berichte des Botschafters vom 1. August 1908 (Nr. 8219) mitgeteilt. Höchstwahrscheinlich stand der Rat des Botschafters, Lloyd George nicht zur Audienz beim Kaiser anzumelden, in Verbindung mit der in den Randbemerkungen so schroff betonten Ablehnung des Monarchen zu irgend einem Entgegenkommen im Flottenbau. 8232 8233 8234

Über Lloyd Georges Absichten gibt ein ausführlicher Bericht des Berliner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung", August Stein, vom 22. August 1908 an den Reichskanzler Aufschluß. Lloyd George hatte den Wunsch ausgesprochen, Herrn Stein zu sprechen, und das Auswärtige Amt hatte diese Tatsache benutzt, um Lloyd George durch Herrn Stein von einem Besuche des Kanzlers in Norderney abraten zu lassen. Im Hotel Bristol zu Berlin trafen sich die beiden Herren am 22. August 1908. Der auffallendste Eindruck, den der deutsche Journalist von Lloyd George und den ihn 8236 8235

begleitenden Herren empfing, war, daß die Engländer von dem deutschen Flotten-Gesetz und -Bauplan eine nur ganz unvollkommene Kenntnis besaßen. Der Schatzkanzler richtete mehrere bestimmt formulierte Fragen an Stein, die alle darin gipfelten, ob die deutsche Regierung nicht den bis 1912 festgelegten Bau von Schiffen entweder sistieren oder verlangsamen könne. Stein gewann den Eindruck, daß der Schatzkanzler um jeden Preis mit der Zusicherung einer Verlangsamung der Schiffsbauten nach London zurückkehren wollte. Er sprach auch davon, ob nicht eine Entente mit England oder ein Vertrag über irgendeine politische oder handelspolitische Materie es dem Kaiser und dem Reichskanzler vor den Parteien und der öffentlichen Meinung erleichtern würde, den Bau der Flotte zu verlangsamen oder einzuschränken. Stein tat alles, was in seinen Kräften stand, um den deutschen Standpunkt zu begründen. „Im allgemeinen glaube ich," schrieb er an den Kanzler, „Mr. Lloyd George und seine Begleiter darüber aufgeklärt zu haben, daß eine kriegerische Stimmung in Deutschland gegen England nicht besteht, daß unser Flottenbau keinerlei Spitze gegen England hat, und daß man auch den Kaiser ganz falsch beurteile, wenn man ihm kriegerische Pläne zuschreibe."

„Wie ein Alpdruck lastet auf der ganzen Nation die Furcht vor dem deutschen Schreckgespenst", berichtete der Geschäftsträger 8237 W. v. Stumm am 20. August 1908 an den Kanzler. „. . . Bei der überwiegenden Mehrheit der hiesigen öffentlichen Meinung hat sich die Anschauung festgesetzt, daß unsere Flottenpolitik darauf abzielt, der englischen Flotte den Rang streitig zu machen." Kaiser Wilhelm II., dem dieser Bericht vorlag, bezeichnete diese Auffassung der Engländer als „Blödsinn".

Auch in Italien erregte das Auf und Ab der deutsch-englischen Beziehungen die lebhafteste Aufmerksamkeit. Tittoni setzte dem deutschen Botschafter Grafen Monts mit innerer Anteilnahme auseinander, 8238 wie sehr Italien an einer Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses interessiert sei. Unter der Spannung zwischen London und Berlin habe vor allem sein Vaterland gelitten. Der Dreibund wäre seinerzeit wesentlich unter der Voraussetzung abgeschlossen worden, daß England in guten, ja freundschaftlichen Beziehungen zu seinen drei Teilnehmern stand. Auf die englische Freundschaft sei aber von den drei Kontrahenten am allermeisten Italien angewiesen. Man möge nur einen Blick auf seine langgestreckten Küsten werfen, mit den durchweg offenen Hafenstädten. Im Mittelmeer, das Italien rings umspüle, dominiere das seegewaltige Albion durchaus. Wenn es gelänge, wie man vor allem in seinem Vaterlande wünsche und hoffe, eine Verständigung zwischen Deutschland und den Engländern zu schaffen, so würde ganz Europa, soweit es von friedlichen Tendenzen beseelt sei, aufatmen. Endlich einmal müsse man mit der Vermehrung der Armeen und Flotten Schluß machen.

Fürst Bülow hatte in dieser Zeit die nicht leichte Aufgabe, zwischen dem energischen Standpunkte des Kaisers, der sich in die Flottenfrage durchaus nicht hineinreden lassen wollte, und der von ihm für nötig erachteten Rücksicht auf England einen mittleren Kurs zu halten. Wie schwer das für einen Staatsmann seiner Art sein mußte, erhellt aus einem Schreiben vom 26. August 1908 an den Kaiser. Der Kanzler setzt sich darin mit einigen abfälligen Bemerkungen des Kaisers auseinander, die er zu einem nicht bei den Akten befindlichen Briefe des Kanzlers vom 13. August gemacht hatte. Bülow bat nun den Monarchen, nicht daran zu zweifeln, daß er, der Kanzler, die Flottenbestrebungen des Kaisers nicht nur mit dem Kopfe, sondern auch mit dem Herzen unterstütze. Er bezeichnete die Schöpfung der deutschen Flotte als die Aufgabe, die dem Kaiser von der Geschichte gestellt sei, und bekundete auch seine Auffassung, daß Deutschland vor einem englischen Druck oder einer englischen Drohung unter keinen Umständen zurückweichen dürfe. „Gerade weil Ausführung und Vollendung unseres Flottenprogramms mir so hoch stehen, möchte ich den wachsenden Baum vor Stürmen schützen, die ihn entwurzeln könnten.“ Zwischen der Auffassung des Kaisers und der seinigen bestehe in zwei Punkten ein gewisser Unterschied. Der Kaiser glaube nicht, daß die Engländer es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen lassen würden; er, der Kanzler, halte den Krieg für wohl denkbar, wenn nämlich die Engländer es als ganz sicher ansähen, daß die Seerüstungen unbegrenzt so weitergehen würden. Es seien nicht nur die Hetzer in England, die heute Kriegsgedanken hätten; die Beunruhigung sei eine tiefergehende. Deutschlands Lage im Falle eines Krieges mit England sei aber ernst. Werde Frankreich in den Krieg hineingezogen, so bedeute das für Deutschland wahrscheinlich den Kampf nach drei Seiten, denn Rußland werde in diesem Falle schwerlich neutral bleiben. Ein Aufstand in Indien, den der Kaiser oft als möglich andeutete, sei unwahrscheinlich. Bülow empfahl daher, den Engländern nicht alle Hoffnungen auf eine Verständigung abzuschneiden. „Wenn wir jede Verständigung über den Flottenbau auch in den zahlreichen unverbindlichen Privatgesprächen, die jeder Botschafter führen muß, ab ovo, kategorisch und für immer ablehnen, so wächst die Verstimmung in England in geometrischer Progression; damit entsteht natürlich doch eine reelle Kriegsgefahr, und vor allem baut England mehr wie je. Seine Hülfsquellen auf diesem Gebiete sind größer als die unsrigen.“

8239

Der Kanzler schloß mit einem lebhaften persönlichen Appell: „Euere Majestät mögen versichert sein, daß, wenn das Ungewitter losbrechen sollte, das über dem Kanal steht, mir das Herz nicht in die Hosen fallen wird. Ich werde in Euerer Majestät Dienst dann nach Kräften dafür sorgen, daß wir, wie auch die Chancen liegen,

unseren Feinden viele Leichen vor die Füße werfen. Euere Majestät mögen aber auch verstehen, wie ich bestrebt bin, nach Möglichkeit die Dinge so zu wenden, daß Euerer Majestät Lebenswerk mit Gottes Hülfe aus- und durchgeführt werden kann. Es kommt darauf an, über die nächsten Jahre wegzukommen."

In Berlin mußte es unbedingt zu denken geben, daß Italien immer aufs neue für eine deutsch-englische Flottenverständigung 8240 eintrat. Besonders markant war das in einem Gespräche mit Tittoni zutage getreten, über das der Staatssekretär v. Schoen am 26. August 1908 aus Berchtesgaden berichtet hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte Tittoni sich zu einer vermittelnden Rolle angeboten. Schoen hatte dies unter Hinweis darauf abgelehnt, daß eine Vermittlung die Meinung erwecken könnte, die deutschen Beziehungen zu England seien gespannte; das sei aber nicht der Fall. Im übrigen legte Tittoni Wert darauf, sein unverbrüchliches Festhalten an der Allianz mit Deutschland auch nach außen hin nachdrücklich zu bekunden. Diesem Wunsche entsprach seine Begegnung mit Aehrenthal am 4. September in Salzburg, und mit dem Staatssekretär v. Schoen am 5. September 1908 in Berchtesgaden.

Kurz vorher hatte König Eduard VII. seinen Badeaufenthalt in 8241 Marienbad dazu benutzt, die Entente mit Iswolski und Clemenceau, die ihn am 26. August 1908 in Marienbad aufsuchten, vor aller Welt sichtbar zu machen. Iswolski, der seit dem 21. August in Karlsbad weilte, hatte dem Könige schon tags darauf einen ersten Besuch in Marienbad abgestattet. Bei der Begegnung Schoens mit Aehren- 8242 thal am 5. September in Berchtesgaden erfuhr er von ihm, daß Kaiser Franz Joseph bei der Begegnung in Ischl am 12./13. August 1908[1]) einem etwaigen Versuche englischerseits, Österreich-Ungarn vom Dreibunde zu detachieren, mit der nachdrücklichen Erklärung zuvorgekommen sei, daß das Bündnis mit Deutschland die unveränderliche Grundlage der österreich-ungarischen Politik sei und bleibe. 8243 Aehrenthal deutete auch an, daß König Eduard VII. mit Clemenceau und Iswolski die Frage erörtert habe, was angesichts des Mißerfolges der englischen Politik bei dem Monarchenbesuche in Kronberg zu tun sei.

Einen neuen Gedanken entwickelte der Geschäftsträger W. v. 8244 Stumm in einem Berichte vom 8. September 1908. Vielleicht war doch die deutsche Flottenpolitik ein wertvolles Atout für Deutschland. Ihm schwebte ein Abkommen mit England auf möglichst breiter Basis vor, um auf anderen Gebieten Kompensationen für die Preisgabe der Vorzugsstellung zu erlangen, die Deutschland gegenüber den englischen Flottennöten besitze. „Das russisch-englische Abkommen über Zentralasien, das England von der säkularen Sorge vor einem russischen Einmarsch nach Indien, wenn auch nur temporär und

[1]) Siehe o. S. 124.

wohl nur scheinbar, befreit hat, lehrt, wie gewinnbringend sich englische Zwangsvorstellungen ausnutzen lassen." Zweifellos war damals Fürst Bülow einer Verständigung mit England innerlich geneigt. In England blieb eine gereizte Stimmung bestehen und die Kundgebung deutscher Sympathien war dort bei den Regierungsmitgliedern mit erheblichen Unzuträglichkeiten verknüpft. In der englischen und französischen Presse wurde damals bereits für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England Stimmung gemacht. 8245 8246

Die weltgeschichtlich bedeutsamen Vorgänge bei dem Besuche König Eduards VII. in Kronberg am 11. August 1908 bildeten im September 1908 den Gegenstand einer wichtigen Unterredung zwischen dem Grafen Metternich und Sir Ch. Hardinge. Letzterer erklärte, er habe bei seiner Unterhaltung mit Kaiser Wilhelm II. nach Weisung gehandelt, da es ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, daß die Monarchen sich über die Flottenfrage selbst aussprechen sollten. 8247

Ein Brief des Fürsten Bülow an den Botschafter vom 22. September 1908 behandelte das gleiche Thema. Nach Bülows Ansicht wäre es besser gewesen, wenn Sir Ch. Hardinge statt an den Kaiser an die deutsche Regierung unmittelbar oder durch Sir Frank Lascelles, den Botschafter in Berlin, herangetreten wäre. Vor eine der heikelsten Fragen gestellt, habe der Kaiser nun schroffer geantwortet, als dies wohl sonst der Fall gewesen sein würde. Tirpitz würde die Flottenfrage nicht ungern persönlich mit den englischen Fachmännern besprechen und wisse nur nicht recht, wie er England besuchen solle, ohne Aufsehen zu erregen. Wenn zwischen Deutschland und England erst eine Entspannung eingetreten wäre, sei die Frage wohl erwägenswert und vielleicht nicht unlösbar, ob beide Länder sich nicht über ihre Schiffsbauten verständigen und dadurch ihre gegenseitigen Befürchtungen aus der Welt schaffen könnten. Der Admiral war also damals einer Verständigung nicht abgeneigt. Die Schwierigkeit einer solchen lag aber gerade in der unbedingten Aufrechterhaltung des deutschen Flottenplanes, die der Kaiser wünschte, und von der auch Tirpitz nicht abgehen wollte. 8248

Kapitel 178

Die „Daily Telegraph"-Affäre November 1908

Die „Daily Telegraph"-Affäre hat dadurch eine weltgeschichtliche Bedeutung erlangt, daß sie für die Entwicklung Kaiser Wilhelms II. schlechthin bestimmend geworden ist. Kronprinz Wilhelm führt in seinen von Karl Rosner herausgegebenen „Erinnerungen"[1]) aus, daß

[1]) J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf., Stuttgart und Berlin 1922, S. 20/21.

das Selbstvertrauen des Kaisers unter den für ihn kaum faßbaren und kaum verträglichen Eindrücken der „Daily Telegraph“-Affäre einen Bruch bekommen habe, von dem er sich nie wieder ganz erholte. „Seine bis dahin unverzagte Entschlußfreudigkeit und Willenskraft sind in jenen Tagen geknickt, und ich glaube, daß die Geburtsstunde des Keimes zu vielen von den Unsicherheiten und Schwankungen, die das letzte Jahrzehnt seiner Regierung und namentlich die Kriegszeit aufzuweisen hat, in jenen Tagen liegt. Denn von da ab hat der Kaiser bald mehr und mehr die Geschäfte an die verantwortlichen Ratgeber aus den Kabinetten gleiten lassen, sich selbst und die eigene Stimme aber oft bis zur völligen Ausschaltung seiner Meinung zurückgehalten. Eine heimliche, unausgesprochene Sorge vor neuen Konflikten und Verantwortungen, die er etwa tragen solle, war über ihn gekommen.“

Über die bedeutsamen Vorgänge geben die Dokumente des 178. Kapitels volle Klarheit. Sie zeigen, wie es kam, daß die für die Öffentlichkeit bestimmte Aufzeichnung des Obersten Stuart Wortley über seine Unterredungen mit dem Kaiser während des Kaiseraufenthaltes in Highcliffe Castle im Spätherbst 1907 ohne genügende Prüfung durch das Auswärtige Amt veröffentlicht worden ist.

Oberst Stuart Wortley hatte am deutschen Kaisermanöver in Lothringen im September 1908 teilgenommen und übersandte am 8249 23. September dem Kaiser den auf seinen Unterredungen mit dem Monarchen im Vorjahre fußenden Artikel. Der Gesandte Frhr. v. Jenisch schickte das Manuskript von Rominten, wo der Kaiser sich damals aufhielt, an den Reichskanzler zur persönlichen und ganz vertraulichen Behandlung.

Bülow gab sofort aus Norderney die Weisung an das Auswärtige 8250 Amt, den Artikel sorgfältig zu prüfen, eine Abschrift für den Kaiser herstellen und das Schriftstück selbst möglichst beschleunigt an ihn zurückgelangen zu lassen. Im Auswärtigen Amt übernahm der Vortragende Rat Klehmet das Weitere. Er schlug einige Änderungen 8251 vor, und in dieser Form ging das Schriftstück[1]) nach Norderney zurück. 8252 Die weiteren Vorgänge ergeben sich aus dem Dokument Nr. 8252. Näher an dieser Stelle darauf einzugehen, dürfte sich erübrigen, da die „Daily Telegraph“-Affäre seit Jahren in der geschichtlichen Literatur erörtert worden ist. Der Entwurf des „Daily Telegraph“-Artikels ging dem Obersten E. S. Wortley wieder zu. Letzterer bedankte sich 8253 in einem eigenhändigen Briefe an den Kaiser am 22. Oktober 1908 dafür[2]), indem er seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß der Aufsatz, dessen Quelle niemand erfahren solle, dazu beitragen werde, die törichten Eindrücke über die Empfindungen des Kaisers für England zu berichtigen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut der wichtigen Anlage zu Dokument Nr. 8251 siehe hinten Teil 3, wo sie im Zusammenhange gelesen werden muß.

[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8253 siehe hinten Teil 3.

Am 28. Oktober 1908 veröffentlichte der „Daily Telegraph“ den Aufsatz, der ungeheures Aufsehen erregte. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau fragte sogleich an, ob die Verbreitung des Artikels erfolgen könne. Tags darauf veröffentlichte auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den ganzen Artikel ohne irgendeinen Zusatz. Eine außenpolitisch schädliche Wirkung konnte eigentlich nur von dem Teile des Aufsatzes erwartet werden, der auf die Zukunftsmöglichkeiten im Stillen Ozean hinwies. Im Auswärtigen Amt beeilte man sich daher, in Tokio mitteilen zu lassen, daß diesen Äußerungen keinerlei Spitze gegen Japan innewohne, sondern daß sie sich nur auf die Steigerung der wirtschaftlichen Interessen im Stillen Ozean und deren Schutz bezögen. In Japan machte der Aufsatz dennoch größtes und peinliches Aufsehen. [8254] [8255, 8256]

Die Pressewirkung in England war gleichfalls sehr unerfreulich. Die Veröffentlichung bildete den Ausgangspunkt für heftige Ausfälle gegen den Kaiser und die deutsche Politik. Da Bülow den Aufsatz, wie er in einem Berichte an den Kaiser vom 30. Oktober 1908 ausführlich klarlegte, nicht selbst geprüft hatte, bat er den Monarchen um seine Entlassung. Für den Fall, daß er in seiner Stellung verbleiben solle, erbat Bülow vom Kaiser die Erlaubnis, amtlich in der Presse erklären zu dürfen, daß das Manuskript im Auswärtigen Amt geprüft worden sei, und daß dieses nur geringe Änderungen vorgeschlagen hätte. Daraufhin erfolgte am 31. Oktober 1908 eine amtliche Erklärung im „Reichsanzeiger“. Seinen persönlichen Anteil bei der Prüfung der Angelegenheit stellte der Vortragende Rat Klehmet, dem zeitweise die Hauptverantwortung zugeschoben werden sollte, in einer Aufzeichnung vom 6. November klar. Danach hatte er nur Streichungs- und Änderungsvorschläge zu machen, aber keine Äußerung über die Opportunität der Veröffentlichung abzugeben gehabt. [8257] [8258]

In England erregte die Veröffentlichung großes Aufsehen. Sir Edward Grey sagte am 7. November 1908 zum Grafen Metternich, er habe Anfragen im Parlament bisher zu unterdrücken vermocht, wünsche nun aber nicht, in Deutschland den Eindruck entstehen zu sehen, als ob England die von Deutschland dargebotene Hand zurückweise. Zweifellos hatte das Interview im „Daily Telegraph“ eine große Verwirrung in England angerichtet, und es bedurfte nach Metternichs Ansicht einer langen Zeit absolut ruhiger Politik, um diesen Eindruck wieder zu verwischen. Daneben wuchs die Verstimmung und Befürchtung wegen der deutschen Flotte. Man war aber doch in London bemüht, die Schwierigkeiten abzumildern. In diesem Sinne wirkte eine von Asquith am 9. November 1908 in der Guildhall gehaltene Rede, die des Kaiserbesuches vor einem Jahre in sympathischer Weise gedachte. [8259, 8260] [8262]

Die Stellung des Reichskanzlers war sehr heikel. Er war entschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagsdebatte den Kaiser zu [8261]

decken und die in Deutschland herrschende große Erregung und Verstimmung zu beschwichtigen. Tatsächlich hat er aber den Kaiser in seiner Rede am 10. November 1908 schärfer kritisiert, als er es wohl ursprünglich selbst beabsichtigt hatte. Sprach er doch die Überzeugung aus, daß der Kaiser fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung beobachten werde, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich sei.

Die Wirkung dieser Rede auf die englische Presse war durchaus 8263 uneinheitlich. Oberst E. S. Wortley fühlte sich daher veranlaßt, am 8264 11. November 1908 [1]) an den Kaiser zu schreiben, und sich über die Haltung der englischen Presse bitter zu beklagen. Bei dieser Gelegenheit gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß in späteren Jahren die Haltung des Kaisers Anerkennung finden würde. Sei sie doch darauf ausgegangen, eine von Zweifel und Argwohn getrübte Atmosphäre in eine solche der Klarheit und der Verständigung zu verwandeln.

Die persönliche Stellung des Reichskanzlers zum Kaiser war durch die Haltung des ersteren im Reichstage ernstlich erschüttert. Er bat 8265 daher den damals in Donaueschingen weilenden Kaiser am 12. November 1908 um eine persönliche Audienz. Diese fand am 17. November im Neuen Palais statt. Eine Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" teilte noch am gleichen Tage mit, der Reichskanzler habe in einem mehrstündigen Vortrage die Wirkungen der Veröffentlichung im „Daily Telegraph" auf das deutsche Volk und die Haltung erläutert, die er in den Verhandlungen des Reichstages eingenommen habe. Der Kaiser habe diese Darstellungen mit großem Ernste ent- 8266 gegengenommen und seinen Willen dahin kundgegeben: „unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern." Der Kaiser sprach schließlich dem Kanzler sein Vertrauen aus.

So schien denn eine Kanzlerkrisis zunächst beseitigt, worüber 8267 besonders im Wiener Kabinett Freude herrschte. Auch in Italien 8268 zeigte man sich befriedigt. Die italienischen Staatsmänner begrüßten es mit aufrichtiger Freude, daß ein so erprobter Freund ihres Landes weiter die Staatsgeschäfte führen dürfe.

Ein Schreiben des Gesandten v. Müller, der den Reichskanzler 8269 nach Norderney begleitet hatte, legt seinen persönlichen Anteil an der Behandlung des so bedeutsamen Schriftwechsels zwischen dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amte dar.

8 Monate später, nachdem der Reichskanzler Fürst Bülow am 14. Juli 1909 in weiterer Auswirkung der „Daily Telegraph"-Affäre

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8264 siehe hinten Teil 3.

seinen Posten an Herrn v. Bethmann Hollweg hatte übergeben müssen, erhoben sich in der deutschen Presse Auseinandersetzungen über die eigentliche Ursache der Entlassung. Einen besonders auffallenden Artikel brachte am 23. September 1909 die „Märkische Volkszeitung", der „Die Wahrheit über die Novembertage" betitelt war. Der zu dieser Zeit wiederum in Norderney weilende Fürst Bülow wünschte anfangs nicht, in eine Polemik hineingezogen zu werden. Da nun aber auch die „Kreuzzeitung" in gleichem Sinne wie die „Märkische Volkszeitung" gegen Bülow Stellung nahm, forderte er eine amtliche Abwehr gegen die Darstellung der „Kreuzzeitung" und wendete sich in diesem Sinne am 25. September 1909 in einem Privatbriefe an den Staatssekretär Frhr. v. Schoen. Als Hintermann der gegen ihn ge- 8270 richteten Angriffe betrachtete er den Regierungsrat a. D. Rudolph Martin, den Verfasser des Buches „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.", dem der Botschaftsrat a. D. Frhr. v. Eckardstein das Material zu seinen Angriffen vermittelt haben sollte.

Am 28. September 1909 wendete sich Bülow in einem ausführlichen Schreiben an seinen damals in Linderhof weilenden Nachfolger, 8271 den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Er bezeichnete ein amtliches, unzweideutiges und entschiedenes Dementi für notwendig. Tatsächlich habe er von dem Inhalte des Artikels im „Daily Telegraph" vorher nichts gewußt. Die Bemerkungen über das Wünschenswerte einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen seien harmlos gewesen, aber die eigentliche Sensation hätten folgende Behauptungen ausgelöst: die Behauptung, daß Kaiser Wilhelm II. Rußland und Frankreich verhindert hätte, England bis in den Staub zu demütigen; die Behauptung, daß der Kaiser für England den Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet hätte, und daß dieser Plan mit dem von Lord Roberts durchgeführten ziemlich identisch gewesen wäre; schließlich die Behauptung, daß Deutschland seine Flotte mit dem Hintergedanken baue, sie im Stillen Ozean, d. h. gegen Japan zu verwenden. Derartige Äußerungen würde er, Bülow, niemals gutgeheißen haben, und was Japan angehe, so habe er den Kaiser immer und immer wieder gewarnt, dieses empfindliche und mißtrauische Volk nicht noch argwöhnischer zu machen, als es durch mancherlei Vorgänge — „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter!", Reden über die gelbe Gefahr usw. — ohnehin geworden sei. Nachträglich lehnt Bülow jede Verantwortung auch für andere persönliche Bekundungen Kaiser Wilhelms II. ab und nennt in diesem Zusammenhange den Brief an Lord Tweedmouth, die Verwahrung gegen die Kandidatur des amerikanischen Botschafters Hill, die Swinemünder Depesche an den Prinzregenten von Bayern vom 10. August 1902, das Telegramm an den Fürsten von Lippe vom 26. September 1904, die auf eine Ablehnung der Regentschaftsübernahme hinauskam, und die sehr vielen Kaiserreden, von der Hunnenrede des Sommers 1900 bis zur Schwarzseher-

rede im Manöver am 8. September 1906 in Breslau. Bülow betonte schließlich seinen Wunsch, daß den niederträchtigen Verleumdungen entgegengetreten werden möge, die sich gegen seine Ehre richteten, der doch unter schwierigen Verhältnissen und nicht ohne Erfolge zwölf Jahre Minister und neun Jahre Reichskanzler gewesen sei. Der „Reichsanzeiger" müsse daher ein deutliches und entschiedenes Dementi bringen, der Kaiser ihn demnächst in Berlin empfangen, worauf er sodann nach Rom übersiedeln wolle. Der Brief an Bethmann Hollweg schloß mit den Worten: „Ich zweifle nicht daran, daß Sie, verehrter Freund, der Sie alle Mühen und Kämpfe dieses Winters mit mir durchgemacht haben, im Interesse der Dynastie wie des Vaterlandes weiterem Schaden und Unheil vorbeugen werden."

Bethmann Hollweg hatte noch vor Empfang des Bülowschen Briefes an den Kaiser telegraphiert, daß von einer Erklärung, wie sie der Fürst Bülow wünsche, zunächst noch abgesehen und abgewartet werden müsse, ob etwa die Presse-Erörterungen sich fortsetzten und einen bedenklichen Grad erreichten. In einer ausführlichen Schluß-8272 bemerkung zu diesem Briefe — Rominten, 29. September 1909 — stellte der Kaiser fest, daß Regierung, Volk und Presse im November 1908 in einem schweren verhängnisvollen Irrtum befangen gewesen seien. Diesen habe nur der Fürst Bülow aufzuklären und zu beheben vermocht, dies aber leider unterlassen. Er habe aber dem Fürsten Bülow im März diese Unterlassung verziehen.

Dem Fürsten Bülow ließ nunmehr Bethmann Hollweg durch das 8273 Auswärtige Amt telegraphieren, daß der Kaiser eine amtliche Darstellung der Vorgänge vom November 1908 nicht wünsche. Der Reichskanzler habe volles Verständnis und Mitgefühl für die schwierige und peinliche Lage des Fürsten. Dennoch glaube er, daß der allgemeinen Sache durch möglichste Zurückhaltung ein Dienst geleistet werden 8274 würde. Mit diesem Verfahren war der Kaiser durchaus einverstanden.

Abschnitt II

Die Marokkofrage

Kapitel 179

Das Bombardement von Casablanca und seine Folgen Abdul Asis und Mulay Hafid August 1907 bis August 1908

Die Dokumente des 179. Kapitels springen bis Juli 1907 zurück und erstrecken sich bis zum 25. August 1908, umfassen also den Zeitraum rund eines Jahres.

Die Veranlassung zu neuen Auseinandersetzungen über Marokko boten Vorgänge, die Ende Juli 1907 zur Ermordung mehrerer Europäer in Casablanca durch Kabylen der Umgegend geführt hatten. In einer großen Zahl von Dokumenten (Nr. 8275—8360) werden wir in die Einzelheiten der Vorgänge in Marokko sowie der deutsch-französischen Verhandlungen eingeweiht. Die Grundlage für eine zusammenhängende Berichterstattung über die marokkanischen Vorgänge bilden die Berichte des deutschen Geschäftsträgers in Tanger, Frhr. Langwerth v. Simmern, vom 31. Juli 1907, vom 11. August 1907, [8275. 8281] vom 19. August 1907, des Dragomans Schwabinger vom 11. August [8286. 8287] 1907, des Geschaftsträgers Frhr. Langwerth v. Simmern vom 24. August 1907, [8288] bis Ende November die ausführliche Berichterstattung des deutschen Gesandten in Tanger Rosen einsetzt. Von Rosen liegen Berichte vom 30. September 1907 und sodann eine fortlaufende Be- [8299] richterstattung vor, die mit dem 21. Oktober 1907 beginnt, um mit [8303] einem Berichte vom 4. Juli 1908 zu enden. Die Berichte Nr. 8304, [8348] 8306—8309, 8312, 8313, 8317, 8318, 8320, 8326, 8332, 8343—8348 sind vom Gesandten Rosen erstattet. Im Sommer 1908 erhielt der bisherige Gesandte in Mexiko, Frhr. v. Wangenheim, den Auftrag, den Gesandten in Tanger, Rosen, während des Sommerurlaubs zu vertreten. Er traf am 13. Juli dort ein, nachdem er vorher in Paris mit dem deutschen Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken und dem französischen Journalisten Tardieu eine bedeutsame Unterredung gehabt hatte. Seine Berichterstattung aus Tanger wird in den Dokumenten Nr. 8351, 8354 sowie in dem großen zusammenfassenden Berichte [8351. 8354] Nr. 8355 vom 12. August 1908 vorgelegt. Sie reicht mit einem Privat- [8355] briefe vom 17. August 1908 an den Vortragenden Rat Klehmet und [8356] den Telegrammen Nr. 8359, 8360 bis zum 24. bezw. 25. August 1908. [8359. 8360]

Eine genauere Darlegung der deutschen Marokkopolitik innerhalb des Zeitraumes vom Sommer 1907 bis zum Sommer 1908 an dieser Stelle dürfte sich erübrigen. Um den Ausschreitungen in Casablanca entgegenzuwirken, handelte Frankreich zunächst in Übereinstimmung [8276] mit Spanien. Der Minister des Äußern, Pichon, legte von vornherein Wert darauf, mit Deutschland zusammen zu gehen, und ließ daher [8277] durch den Botschafter Jules Cambon am 7. August 1907 in Berlin eine Note überreichen[1]), wonach die französische Regierung Maßregeln [8278] für den Schutz der fremden Staatsangehörigen zu treffen bereit war. Eine zum warnenden Beispiel dienende Züchtigung sollte den Eingeborenen, die an den Morden und Ausschreitungen schuldig befunden wurden, auferlegt werden, die sofortige Errichtung einer Polizei für die Stadt und das Weichbild von Casablanca erfolgen. Das Auswärtige Amt erklärte sich unter voller Zustimmung hiermit einverstanden. Über die Errichtung der Polizei wollte sich Frankreich mit Spanien [8279] einigen.

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8278 siehe hinten Teil 3.

Das weite Entgegenkommen der deutschen Regierung löste nunmehr in Paris den Wunsch aus, zu einer besonderen deutsch-fran- 8280 zösischen Verständigung in Marokko auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zu gelangen.

Vor und nach der am 9. August erfolgenden Landung größerer französischer Truppenmassen in Casablanca ereigneten sich dort verschiedene Zwischenfälle. Plünderungen fanden statt, und zahlreiche 8281 Europäer waren während dreier Tage großer Lebensgefahr ausgesetzt. Das Verhalten der Franzosen erregte vielfach Kritik. Um so bemerkenswerter war die Auffassung Kaiser Wilhelms II., wonach 8282 Deutschland sich in der Marokkofrage sowohl diplomatisch wie publizistisch die größtmögliche Reserve auferlegen sollte, denn es liege kein Grund vor, die Franzosen zu reizen oder kopfscheu zu machen. 8283 Diesem Grundgedanken entsprach die weitere Behandlung der Angelegenheit, für die maßgebend blieb, daß Deutschland die militärische 8284 Aktion Frankreichs und Spaniens in Marokko nicht stören wollte. Die französische Regierung sprach wegen der Ausschreitungen und Plün- 8285 derungen in Casablanca bei der Landung der französischen Truppen in Berlin amtlich ihr Bedauern aus.

Eine ausführliche Darlegung der Ereignisse in Casablanca findet sich in einem Berichte des Geschäftsträgers Frhr. Langwerth v. Sim- 8286 mern vom 19. August 1907, dem eine von dem deutschen Kaufmanne Karl Ficke stammende Schilderung der Vorgänge beigefügt war. Es handelt sich hier um denselben Kaufmann Karl Ficke, der zu Anfang des Weltkrieges, wie Poincaré in seinen Vorträgen über den Kriegsursprung[1]) mitteilt, in Marokko als deutscher Spion von den Franzosen erschossen worden ist.

Die weitere Entwicklung der Dinge wurde durch die Ausrufung 8288 Mulay Hafids an Stelle seines Bruders Abdul Asis zum Sultan im August 1907 bestimmt. Für Mulay Hafid trat der Süden Marokkos ein. Deutschland legte Wert auf ein gutes Verhältnis zu ihm, falls 8289 er tatsächlich zur Herrschaft gelangen sollte, ohne in den Thronstreitigkeiten Partei ergreifen zu wollen. Einstweilen betrachtete man 8300 in Berlin Abdul Asis als einzig rechtmäßigen Herrscher Marokkos. Die in Marokko entstandene Lage kennzeichnete der Gesandte Rosen am 8303 21. Oktober 1907 treffend dahin: „So steht also ein Sultan ohne treue Untertanen einem Gegensultan gegenüber, der seinen Anhängern nicht zu gebieten vermag. Die Geschichte Marokkos ist die stete Wiederkehr solcher Situationen. Ihre traditionelle Lösung ist Verrat mit oder ohne Meuchelmord gewesen." Die französische Regierung legte Wert darauf, mit Berlin dauernd in Fühlung zu bleiben; dem entsprach ein persönlicher Besuch des Botschafters Jules Cambon am 24./25. August 1907 in Norderney beim Reichskanzler Fürsten Bülow und die Hal-

[1]) Revue de la Semaine illustrée, Hefte Nr. 6—11, Februar—März 1921, (Les origines de la guerre).

tung des Direktors im französischen Ministerium des Äußern Louis 8291
gegenüber dem deutschen Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken. „Wir
legen dem Vorgehen der Franzosen in Marokko keine Hindernisse in
den Weg", bemerkte Bülow zu dem Berichte des Herrn v. der Lancken
vom 2. September 1907. „Unser Verhalten ist freundschaftlich und 8293
loyal. Voraussetzung ist dabei, daß die Franzosen im Rahmen von
Algeciras bleiben und für den Ersatz der Verluste sorgen, die deutsche
Staatsangehörige erleiden."

Allmählich spannte Frankreich seinen Rahmen weiter. Jules Cam-
bon bemerkte am 2. September 1907 im Auswärtigen Amt, nach der
Ansicht der französischen Regierung müßten Frankreichs Rechte in
Marokko im Verhältnis zu den französischerseits dort gebrachten 8292
Opfern zunehmen. Ein Promemoria der französischen Botschaft vom
gleichen Tage teilte mit, daß Frankreich im Einvernehmen mit Spanien 8295
in solchen Vertragshäfen Marokkos, wo es nötig sei, eine provisorische
Polizei einrichten wollte. Die deutsche Regierung betonte demgegen-
über, sie hoffe und wünsche, daß sich schwere Schädigungen der
fremden Kaufleute, wie die in Casablanca erlittenen, nicht wiederholen
möchten. Deutschland wünschte scharf darüber zu wachen, daß die
Handelsfreiheit in Marokko auch tatsächlich gewahrt bliebe und nicht
etwa allerhand französische Behörden sich zwischen die deutschen
Kaufleute und die Marokkaner einschöben.

Daß die deutsche Regierung ihre Antwort auf das Promemoria
der französischen Botschaft vom 2. September 1907 inhaltlich am
9. September in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ver- 8296, 8297
öffentlichte, erregte in Paris erhebliche Verstimmung. Man rechnete
dort mit scharfen Angriffen der Presse. In Berlin wollte man eine
Berechtigung dieser Verstimmung nicht zugeben. Am 17. Oktober 1907 8298
meldete Fürst Radolin aus Paris, der Minister Pichon meine es auf- 8302
richtig und werde alles aufbieten, um mit seiner Marokkopolitik auf
der internationalen festgelegten Basis zu verbleiben.

Im Oktober 1907 entsandte Mulay Hafid Vertreter an die euro-
päischen Höfe, die aber nirgends empfangen wurden, auch nicht im 8304
Auswärtigen Amte in Berlin. Bald nachdem Pichon in Paris erklärt
hatte, es sei der aufrichtige Wunsch Frankreichs, baldmöglichst seine 8305
Truppen aus Casablanca zurückzuziehen und die Stadt und Umgegend
durch eine Mahalla des Sultans Abdul Asis besetzen zu lassen, kam 8306
aus Fes die Nachricht, Abdul Asis sei auf Drängen der Bevölkerung
abgesetzt und Mulay Hafid zum Sultan ausgerufen worden. Nach
der Ansicht des Gesandten Rosen konnte hierin für Frankreich die
Veranlassung liegen, ein größeres Truppenaufgebot in Marokko fest- 8307
zulegen. Die Proklamation des Sultans Mulay Hafid schien überall
mit Jubel aufgenommen zu werden, wo nicht die Franzosen zum Ein- 8308 8309
griffe bereit standen. Die französische Regierung ließ in Berlin mit-

8310 teilen, daß Frankreich und Spanien nach wie vor den Schutz der Europäer in den Hafenstädten Marokkos wahrnehmen würden.

8311 In Berlin wünschte man eine ausdrückliche Anerkennung Mulay Hafids vorderhand zu vermeiden, wurde nun aber doch in die marok- 8312 kanischen Wirren dadurch hineingezogen, daß der Sultan Abdul Asis unter Berufung auf die vom deutschen Kaiser bei seiner Landung in Tanger[1]) abgegebenen Erklärungen der Hoffnung Ausdruck gab, das befreundete Deutsche Reich werde gegen das die Algeciras-Akte verletzende Vordringen der Franzosen in Marokko nunmehr Einspruch erheben. Auch Mulay Hafid richtete die Anfrage an den deutschen 8313 Gesandten in Tanger, ob das französische Vordringen in das Innere durch ein Mandat der Mächte, besonders Deutschlands, sanktioniert sei.

Allgemein erwartete man in Marokko, daß Deutschland jetzt irgendeinen Schritt zur Lösung der gegenwärtigen Wirren tun werde. Von Berlin ließ man sowohl Abdul Asis wie Mulay Hafid mitteilen, 8314 die französische Regierung habe auf das Bestimmteste versichert, daß sie sich bei ihrem Vorgehen in Marokko im Rahmen der Algeciras-Akte halten werde. Glaube die marokkanische Regierung beweisen zu können, daß das französische Vorgehen die Akte verletze, so stehe es ihr frei, sich deswegen an die sämtlichen Unterzeichner der Akte, die ja ihre Vertreter in Tanger hätten, zu wenden. Deutschland allein könne in der Sache nichts tun, werde aber nicht unterlassen, die ihm marokkanischerseits geäußerten Wünsche ohne Verzug zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen.

8315 Die deutsch-französischen Beziehungen wurden nun wieder gespanntere. Pichon erklärte wiederholt dem deutschen Botschafter, 8317, 8318 Frankreich wünsche nichts sehnlicher, als seine Truppen aus dem Gebiete von Casablanca zurückzuziehen.

Am 4. März 1908 tat Frankreich einen entscheidenden Schritt. Es 8319 ließ den Signatarmächten der Algeciras-Akte mitteilen, daß die französische Regierung beschlossen habe, Verstärkungen in Höhe von etwa 4000 Mann nach Casablanca zu entsenden. Staatssekretär v. Schoen bemerkte daraufhin sofort zu dem französischen Botschafter in Berlin, der ihm die Depesche vorlas, er bedauere, daß sich Frankreich durch den Gang der Ereignisse jetzt in die Lage versetzt sähe, die angekündigten Maßregeln zu ergreifen. Einige Zeit darauf, am 24. März, äußerte sich Herr v. Schoen im Reichstage eingehend über die marokkanische Frage und betonte den Glauben der deutschen Regierung an die Aufrichtigkeit und Loyalität der französischen Re- 8321 gierungserklärungen, die sich immer auf den Boden der Algeciras-Akte gestellt hätten. Als der Botschafter Jules Cambon das Auswärtige Amt vor seiner Abreise nach Paris am 2. April 1908 auf- 8322 suchte, benahm ihm übrigens Herr v. Schoen die Auffassung, daß

[1]) 31. März 1905. (Vgl. Wegweiser Band IV, 1. Hälfte, S. 91 ff.)

Frankreich sich in Marokko auf ein europäisches Mandat berufen könne. Man wünschte in Berlin auch zu erfahren, wie die französische Regierung die Lage in Marokko auffaßte, und auf welche Dauer sie die Besetzung und die militärischen Operationen voraussichtlich berechnete. 8323

Am 14. April 1908 glaubte der Botschafter Fürst Radolin darauf hinweisen zu müssen, daß in den ministeriellen und parlamentarischen Kreisen Frankreichs die Auffassung mehr und mehr um sich greife, die deutsche Regierung sei jetzt völlig von den Balkanangelegenheiten in Anspruch genommen und habe jedes lebhaftere Interesse an den Vorgängen in Marokko verloren. Dieser Auffassung trat man von Berlin aus durch Einwirkung auf den französischen Botschafter in Berlin entgegen. Fürst Bülow, der damals in Venedig weilte, betrachtete die Sachlage als ernst, da er im Sinne des Pariser Botschafterberichtes vom 4. April 1908 auch damit rechnete (Nr. 8323), die Kolonial- und Militärpartei könnten eines Tages die französische Regierung mit fortreißen und eine vollendete Tatsache schaffen, die sich mit den Abmachungen von Algeciras nicht vereinbaren lasse. Solche Übergriffe mußten Deutschland nach Bülows Ansicht in eine sehr schwierige Lage bringen. Blieb es nachgiebig, so wurde die Leitung der Außenpolitik in Deutschland den schärfsten Angriffen ausgesetzt; bei einem Widerstande gegen derartige französische Unternehmungen konnte Deutschland möglicherweise bis an die Schwelle ernster Verwicklungen gedrängt werden. 8324 8325 8327

Der Staatssekretär v. Schoen entnahm nunmehr aus dieser Weisung die Veranlassung, bei wiederholten freundschaftlichen Unterhaltungen mit dem französischen Botschafter in Berlin die Sprache auf Marokko zu bringen und zu erkennen zu geben, daß der Gang der Dinge Deutschland mit einiger Besorgnis erfülle. Man habe in Berlin den Eindruck, als ob Frankreich das Netz der in Algeciras eingegangenen Verpflichtungen zwar noch nicht offen zu zerreißen, aber doch vielfach zu durchlöchern bestrebt sei. Auf ein europäisches Mandat dürfte sich Frankreich nicht berufen. Die deutsche Botschaft in Paris wurde entsprechend verständigt. 8328, 8329 8330

Ende April 1908 kamen die Abgesandten Mulay Hafids nach Europa. Der Gesandte Rosen empfahl, sie anzuhören, während Frankreich den Wunsch hegte, die Mission möge nicht empfangen werden. Diesem Verlangen wurde in Berlin nicht entsprochen; vielmehr fand am 13. Mai ein privater Empfang der marokkanischen Abgesandten statt, über den eine Aufzeichnung des damals in Berlin befindlichen Ersten Sekretärs bei der Gesandtschaft in Tanger, Frhr. Langwerth v. Simmern, vorliegt. Die weitere Entwicklung der Dinge geht aus den Dokumenten Nr. 8337—8339 hervor. In Paris befürchtete man zeitweise, die deutsche Regierung könne Frankreich mit der Anerkennung Mulay Hafids zuvorkommen. 8331—8333 8334, 8335 8336 8337—8339

8341 Am 12. Mai 1908 hatten Streitigkeiten zwischen den französischen und spanischen Truppen stattgefunden. Spaniens Lage war schwierig, 8343 Deutschland war aber nicht bereit, ihm eine weniger freundschaftliche Haltung gegenüber Frankreich anzuraten.

In Marokko selbst hatten sich die Dinge inzwischen dahin entwickelt, daß Mulay Hafid von der Bevölkerung fast des ganzen Landes als Sultan anerkannt wurde. Die Mächte mußten sich darüber 8344 klar werden, wie sie sich zu dem legitimen Sultan Abdul Asis zu stellen hätten. Deutschland war nicht geneigt, in Marokko eine 8345 führende Rolle zu übernehmen und wollte auch die Initiative wegen Anerkennung Mulay Hafids den Westmächten überlassen. Die spa- 8347 nische Regierung trat mit der französischen in einen Meinungsaustausch über die Frage, welcher der beiden Sultane anzuerkennen wäre, und ließ das in Berlin mitteilen.

Eine wichtige politische Unterredung fand bei der bereits erwähnten [1] Durchreise des von Mexiko nach Tanger entsandten Freiherrn v. Wangenheim durch Paris statt. Der dortige Geschäftsträger 8350 Frhr. v. der Lancken hatte ihn und Tardieu zum Frühstück eingeladen. Hierbei wurde die marokkanische Frage eingehend besprochen, bis schließlich das Gespräch auf die Möglichkeit eines anglodeutschen Konflikts kam. Wangenheim bewies bei diesem Anlasse, daß Frankreich dann unmöglich neutral bleiben könne. Tardieu entnahm aus diesen nicht ganz unbedenklichen Äußerungen den Hinweis, daß eine Besserung des französisch-deutschen Verhältnisses dämpfend auf England wirken könne, und meinte, er sehe keine Hinderungsgründe für eine bessere Zukunft, falls Deutschland nur wolle. Wangenheim er- 8351 stattete über seine Pariser Eindrücke aus Tanger am 14. Juli einen ausführlichen Bericht an den Staatssekretär v. Schoen und hob hervor, das Gespräch mit Tardieu habe sich nicht in besonders scharfen Formen vollzogen; er habe ihm nur in den Punkten widersprochen, wo Schweigen ein Zugeständnis bedeutet haben würde.

Der französische Außenminister Pichon hielt nach wie vor daran 8352 fest, der deutschen Auffassung in der Marokkofrage entgegenzukommen. Er versicherte dem Fürsten Radolin am 12. August 1908, 8353 daß Frankreich innerhalb zweier Monate den größeren Teil seiner Truppen zurückziehen würde.

Einen zusammenfassenden Überblick über die weitere Entwicklung der Dinge in Marokko selbst vermitteln uns ein Telegramm des Ge- 8354 sandten Frhr. v. Wangenheim vom 12. August 1908, sowie ein aus- 8355 führlicher Bericht vom gleichen Tage. Seine Entsendung nach Tanger war von dem französischen dortigen Gesandten Regnault offenbar als ein Versuch gedeutet worden, einen Systemwechsel in der Marokkofrage anzubahnen. Nach Wangenheims Meinung kam es darauf an,

---

[1] Siehe o. S. 135.

zunächst die bestehende Spannung zu beseitigen und die Möglichkeit 8356
einer deutsch-französischen Zusammenarbeit praktisch zu beweisen.

Am 19. August 1908 erlitt Sultan Abdul Asis bei Kelaa eine entscheidende Niederlage. Wangenheim empfahl, zur Vermeidung einer überflüssigen Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes der deutschen Presse einen Wink zu geben, daß sie einen höhnischen Ton 8357
bei der Erörterung der von allen Franzosen ausnahmslos als schwere, demütigende Niederlage empfundenen Katastrophe vermeiden möge. Das Auswärtige Amt ließ auch in diesem Sinne die deutsche Presse anweisen, und Fürst Bülow betonte ausdrücklich, daß der Eindruck vermieden werden müsse, als seien „wir schadenfrohe und unaus- 8358
stehliche Nachbarn . . . Wir müssen es vermeiden, uns jetzt in kleinen Sachen unangenehm zu machen. Um so mehr aber müssen wir dafür sorgen, daß die dem Fürsten Radolin von Pichon gegebene Zusage einer Zurückziehung der französischen Truppen aus Marokko nach angemessener Zeit erfüllt wird.“

In Tanger machten der französische und englische Vertreter geltend, eine Anerkennung Mulay Hafids könne erst erfolgen, wenn Ab- 8359
dul Asis förmlich abgedankt habe. Nach einem Berichte des Gesandten Frhr. v. Wangenheim vom 25. August 1908 hatte sich jetzt die Lage 8360
vorläufig zu Deutschlands Gunsten verschoben. „Auf die Dauer wird aber Mulay Hafid, falls er nicht aktiv unterstützt wird, Frankreich ebenso unterliegen wie Abdul Asis. Eine Verständigung mit Frankreich bleibt daher immer wünschenswert.“

Kapitel 180

Der Zwischenfall von Casablanca. Herbst 1908

Das 180. Kapitel bildet eine Unterbrechung der Darstellung der marokkanischen Vorgänge des 179. Kapitels. Dieses schließt mit dem 25. August 1908, das 181. Kapitel setzt mit dem 26. August 1908 wieder ein. Durch die Herausnahme der auf den Zwischenfall von Casablanca im Herbst 1908 bezüglichen Dokumente — 27. September bis 18. Dezember 1908 — ist erreicht, daß diese peinliche Sonderangelegenheit nach Entstehung und Verlauf deutlicher heraustritt. Für den Leser empfiehlt es sich, bei der Durchsicht der Aktenstücke des 180. Kapitels stets die synchronistische Zusammenstellung zu benutzen.

Der Zwischenfall von Casablanca ereignete sich am 25. September 8361
1908. Drei deutsche Deserteure der Fremdenlegion sollten vom deutschen Konsulat in Casablanca eingeschifft und nach Deutschland befördert werden. Französische Marinesoldaten waren dagegen eingeschritten und hatten den die Deserteure begleitenden deutschen Konsulatssekretär Just und einen Soldaten des Konsulats mißhandelt.

Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß sich dem Trans-

8362 porte der drei deutschen Fremdenlegionäre noch ein österreichischer, schweizer und russischer Deserteur angeschlossen hatten. Der Tatbestand mußte zunächst einwandfrei festgestellt werden, ein Stand-
8363 punkt, den man in Paris sofort nachdrücklich vertrat. Auch der Reichskanzler Fürst Bülow hatte nach Ausweis seiner Aufzeichnung
8364 vom 28. September 1908 den Wunsch, den unliebsamen Vorfall ohne beiderseitige Rechtsschikanen rasch und gutwillig beigelegt zu sehen. Dazu schien erforderlich, daß die Presse beider Länder die Angelegenheit nicht aufbauschte.

8365 Anfangs zeigten sowohl der französische Botschafter in Berlin
8366 wie auch die Pariser Regierung ein gewisses Entgegenkommen. Als indes nähere Nachrichten aus Tanger in Paris eingingen, verschärfte
8367 sich dort die Stimmung, zumal der in Marokko befehligende General d'Amade in der den deutschen Deserteuren geliehenen Unterstützung eine Störung der militärischen Disziplin erblickte. Die Erörterungen
8368, 8369 nahmen nun einen gereizteren Charakter an, zumal festgestellt wurde,
8370, 8371 daß der deutsche Konsulatssekretär Just auch drei Nichtdeutsche mitgenommen hatte. Kaiser Wilhelm II. beurteilte den Vorfall durchaus
8374 objektiv und wünschte scharfes Vorgehen gegen die Konsulatsbeamten. Auch Fürst Bülow betonte, daß Deutschland „in der Angelegenheit der
8372 deutschen Deserteure keine ganz reine Weste“ habe. Seiner Ansicht nach sollte die deutsche Presse sich nicht sentimental für die Deserteure erwärmen, sondern lieber auf die Verwerflichkeit und Unwürdigkeit, das für die Nation Schmachvolle dieses Landsknechtstums übelster und niedrigster Sorte hinweisen. Es erging alsbald eine telegraphische
8375 Weisung nach Tanger, daß das deutsche Konsulat in Casablanca, solange französische Truppen dort ständen, die Heimschaffung von Deserteuren zu unterlassen habe.

8373, 8376 Eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich kam zu-
8377 nächst nicht zustande. Deutscherseits glaubte man gewisse Forderungen stellen zu sollen, während Frankreich geneigt schien, die An-
8378 gelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Hierfür trat auch der deutsche Geschäftsträger in Paris Frhr. v. der Lancken ein. Das
8379 Auswärtige Amt wollte aber einen schiedsgerichtlichen Austrag nur als letzten Ausweg wählen.

Ein Bericht des deutschen Botschafters in Paris Fürsten Radolin
8380 vom 17. Oktober 1908 zeigte die Verschärfung der Lage. Pichon betonte mit großem Ernste, eine jede militärische Zucht wäre unmöglich, wenn eine fremde Staatsgewalt die Desertion von Soldaten im Kriegszustande durch ihre Autorität deckte. Nach französischem Gesetze verliere jeder Franzose, der in fremden Kriegsdiensten sei, seine Nationalität.

Inzwischen suchte man in Berlin nach einer Formel für die Beilegung des Zwischenfalles. Staatssekretär v. Schoen unterhielt sich am 17. Oktober abends im Beisein des Reichskanzlers mit dem fran-

zösischen Botschafter darüber. Hierbei wurde deutscherseits vorgeschlagen[1]), daß gegenseitig das Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und außerdem die Lösung der Rechtsfrage vermittels eines Schiedsgerichts versucht werden möge. Bei der schroff ablehnenden Haltung Pichons sollte der deutsche Botschafter von sich aus zunächst nicht wieder auf die Frage zurückkommen; erklärte die französische Regierung doch, den Standpunkt ihrer militärischen Organe in Marokko zu teilen. 8381

Am 29. Oktober 1908 nahm Staatssekretär v. Schoen, nachdem er vorher dem französischen Botschafter Jules Cambon eine aktenmäßige Darstellung des Zwischenfalles übersandt hatte, Gelegenheit, mit Jules Cambon die weitere Behandlung der Angelegenheit zu besprechen. Er verlangte die Freigabe der von den französischen Militärs wieder ergriffenen Deserteure und bestand darauf, daß zunächst die verletzte Ehre des deutschen Konsulats wiederhergestellt werden müsse. Dem deutschen Botschafter in Paris teilte er mit, daß Deutschland sich durch die hinhaltende Behandlung der Angelegenheit von französischer Seite aufs äußerste verletzt fühle. Die deutsche Regierung müsse dem Reichstage und dem deutschen Volke den Beweis zu liefern vermögen, daß sie deutsche Beamte und deutsche Rechte nicht verletzen lasse. 8383

Fürst Radolin entledigte sich seines Auftrages in ernster Form. Botschaftsrat Frhr. v. der Lancken, der Ende Oktober 1908 auf Urlaub in Berlin weilte, sprach dort mit Jules Cambon, der ihm erklärte, nach der Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ könnten die Franzosen jetzt keine Konzessionen mehr machen[2]). Die kaiserlichen Äußerungen über die russisch-französischen Interventionsanregungen im Burenkriege hatten in Paris die Besorgnis ausgelöst, als ob die deutsche Regierung sich jetzt aus ihrer inneren Krise durch ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver herausziehen wolle. 8385, 8386 8387

Ein gewisses Entgegenkommen Deutschlands ergab sich nunmehr aus Schoens Vorschlage, auf die sofortige Freigabe der Deserteure zu verzichten, dafür aber für die verletzte Konsulatsehre Sühne zu verlangen. In diesem Sinne schrieb er am 2. November 1908 an Jules Cambon[3]), hatte auch tags darauf eine kurze Unterredung mit ihm, in der vereinbart wurde, daß der in Berlin anwesende französische Rechtsgelehrte Renault mit dem Geheimrat Kriege gemeinsam den Tatbestand und die Rechtsauffassung klarlegen solle. 8388 8389

Nun zeigte man auch in Paris Entgegenkommen, was sich darin aussprach, daß Jules Cambon am 4. November 1908 dem Auswärtigen Amt eine Note überreichte[4]), in der Frankreich auf die schieds- 8390—8394 8395

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8381 siehe hinten Teil 3.
[2]) Vgl. o. S. 129 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8388 siehe hinten Teil 3.
[4]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8395 siehe hinten Teil 3.

richterliche Entscheidung einging. Beide Regierungen sollten sodann in einer kurzen Formel ihr gegenseitiges Bedauern über den 8396 Vorfall aussprechen. Hiermit war man im großen und ganzen in 8397, 8398 Berlin einverstanden. Inzwischen hatte die französische Presse einen maßlos heftigen Ton angeschlagen, dem die Regierung nach Kräften entgegentrat.

In Wien hatte man die Zuspitzung des deutsch-französischen Gegensatzes immer schon besorgt beobachtet. Als Kaiser Wilhelm II. von einem Jagdaufenthalte bei dem österreichischen Erzherzog-Thronfolger in Eckartsau kommend am 6. November 1908 den Kaiser Franz Joseph in Wien besuchte, bat dieser ihn in sehr dringlicher Weise, er möge doch sein Möglichstes tun, um in der Casablanca-Affaire mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen. Frankreich hatte in Wien den sehr dringenden Wunsch ausgesprochen, über 8399 die in Berlin herrschende Stimmung zuverlässig unterrichtet zu werden. Nunmehr erklärte Kaiser Wilhelm II., seine Absicht gehe dahin, diese Frage der Würde Deutschlands entsprechend in friedlichem und freundschaftlichem Wege mit Frankreich zu regeln. Das erschien angezeigt, da eine nähere Prüfung des Tatbestandes das 8400 Verhalten der deutschen Unterbeamten in Casablanca in bedenklichem Lichte erscheinen ließ.

Auch in England verfolgte man die Verhandlungen mit Spannung. Sir Edward Grey versicherte dem Grafen Metternich, er sei zwar von der französischen Regierung über den Gang der Verhandlungen nicht unterrichtet worden, würde es aber bedauern, wenn sich jetzt in Deutschland auf Grund der Vorkommnisse der letzten Wochen („Daily Telegraph"-Affäre) der Eindruck festsetzen würde, als wolle England die von Deutschland dargebotene Hand zurück- 8401 weisen. Er würde sich freuen, wenn England und Deutschland einen gemeinschaftlichen Boden für politische Aufgaben fänden.

Am 10. November teilte Jules Cambon in Berlin mit, seine 8402 Regierung habe den deutschen Vorschlag in der Casablanca-Sache angenommen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers begab sich der Stellvertretende Staatssekretär, Gesandter v. Kiderlen, noch am 8403 gleichem Tage zu Cambon, wobei sie sich auf eine beiderseitige Erklärung einigten [1]). In dieser Erklärung hieß es: „Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Vorkommnisse, die sich am 25. September des Jahres in Casablanca ereignet und untergeordnete Beamte zu Gewaltanwendung und beklagenswerten Gewalttätigkeiten veranlaßt haben, und beschließen, die in dieser Sache aufgeworfenen Fragen insgesamt einem Schiedsverfahren zu unterwerfen." Beide Regierungen verpflichteten sich sodann, ihr Bedauern über das Vorgehen ihrer Beamten nach Maßgabe des Tatbestandes

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8403 siehe hinten Teil 3.

und der Rechtsfrage auszusprechen. Die verabredete Formel wurde von Kiderlen und Jules Cambon noch am 10. November unterzeichnet. 8404

Eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats Kriege vom 27. November 1908 zeigt, daß bei seinen Besprechungen mit dem Professor Renault[1]) dieser in entscheidenden Punkten den deutschen Wünschen 8405 entgegengekommen war. Ein Gespräch, das der Geschäftsträger Frhr. von der Lancken mit einem Redakteur des „Figaro" am 17. Dezember 1908 hatte, ließ dagegen erkennen, daß Deutschlands Haltung in 8406 der Casablanca-Affäre auch bei gemäßigten Beurteilern in Frankreich als sehr schroff empfunden worden war.

Kapitel 181

Die deutsche Initiative zur Anerkennung Mulay Hafids
Die Entsendung Konsul Vassels nach Fes
August bis Dezember 1908

Das 181. Kapitel schließt zeitlich genau an des 179. Kapitel an. Bei der Durchsicht der in ihm zusammengefaßten Schriftstücke muß scharf beachtet werden, daß während der in Frage stehenden Zeit vom August-Dezember 1908 die deutsche Politik gleichzeitig mit drei schwerwiegenden Problemen in Anspruch genommen war. Mit Frankreich stand es in Auseinandersetzungen über Marokko, mit England über den Flottenbau und über die Veröffentlichungen im „Daily Telegraph", während der bedeutsame Entschluß des Wiener Außenministers Frhrn. v. Aehrenthal zur Annexion Bosniens und der Herzegowina das Gesamtproblem der europäischen Politik anfangs Oktober 1908 aufs Schärfste belastete. Zur Aufrechterhaltung des zeitlichen Zusammenhanges ist die Heranziehung der synchronistischen Zusammenstellung gerade bei diesem Kapitel erforderlich.

In Marokko hatten sich Ende August 1908 die Dinge dahin entwickelt, daß Mulay Hafid seinem Bruder Abdul Asis weit überlegen war. Wenn sich die Mächte nicht einmischten, mußte mit seinem 8407 Siege gerechnet werden. Die Schwierigkeit lag nun darin, daß Frankreich bisher immer für Abdul Asis eingetreten war und wenig 8409 Neigung zeigte, Mulay Hafid anzuerkennen. Deutscherseits erwog man nunmehr, ob es angezeigt sei, einen deutschen Beamten, den Konsul Vassel, schon jetzt, wenigstens inoffiziell, nach Fes, der Residenz Mulay Hafids, zu entsenden. Der Weg dahin wurde von Mulay 8408 Hafid beherrscht. Der Ende August zum Vortrag in Berlin weilende Gesandte Rosen befürwortete dringend die baldige Entsendung eines Vertreters nach Fes. Nach eingehenden weiteren Besprechungen kam 8411–8417

[1]) Siehe o. S. 143.

[8418] man in Berlin zum Entschluß, dem Konsul Vassel die Abreise nach Fes aufzutragen, wo er am 4. September eintraf.

Nunmehr richtete man alle Bestrebungen auf die Anerkennung [8419, 8421] Mulay Hafids durch die Mächte, fand dabei aber den Widerstand [8420] Frankreichs. Deutschland ließ Mulay Hafid durch Dr. Vassel in [8422] Fes nahelegen, seine Thronbesteigung dem Diplomatischen Korps von Tanger amtlich mitzuteilen. In Frankreich betrachtete man aber [8423] vielfach den Zusammenbruch der Herrschaft des Abdul Asis als eine Niederlage Frankreichs und fand anscheinend in dieser Auf- [8424] fassung auch die Zustimmung Englands. Als Herr v. der Lancken am 3. September 1908 Pichon aufsuchte, wurde er reserviert und [8425] förmlich empfangen, und Pichon vertrat den Standpunkt, Mulay Hafid dürfe nicht ohne weiteres anerkannt werden. Offenbar hatte ihn das Vorgehen Deutschlands in der Anerkennungsfrage wie ein Mißtrauensvotum gegen Frankreich berührt.

[8426] Man lenkte nun aber in Paris doch ein und wollte Mulay Hafid anerkennen, wenn er zuvor gewisse Garantien gegeben habe. In Berlin wurde ein französischer Vorschlag[1]) durch den französischen Geschäftsträger Baron de Berckheim am 3. September 1908 überreicht. Darin hieß es, die Thronbesteigung scheine bald eine vollendete Tatsache sein zu sollen, und Frankreich sei geneigt, sie zuzulassen, sobald der neue Sultan erst die für den Schutz der fremden Interessen erforderlichen Sicherheiten gegeben habe.

Nach langen, peinlichen Verhandlungen, die sich bis in die [8427—8445] letzte Hälfte September 1908 hinzogen und zeitweilig einen bedrohlichen Grad erreichten, nahm die deutsche Regierung die Bedingungen einer von Frankreich und Spanien in gleichem Wortlaute überreichten Note vom 14. September 1908 an[2]). In einer Note, die [8446] Staatssekretär v. Schoen am 22. September[3]) dem französischen und dem spanischen Botschafter in Berlin übergeben ließ, kam zum Ausdruck, daß die kaiserliche Reichskanzlei erfreut sei, mit dem Pariser und dem Madrider Kabinette nunmehr zu einer Verständigung zu gelangen. Die Note betonte, daß einer amtlichen Anerkennung des neuen Sultans die Erlangung von Garantien und Genugtuungen vorangehen müsse, die allen fremden Interessen gemeinsam seien. In [8447] Wien ließ das Auswärtige Amt diese Note gleichfalls vertraulich mitteilen.

Mit dieser Erledigung der Marokkofrage war Kaiser Wilhelm II. sachlich durchaus einverstanden, nicht aber damit, daß er, der damals in Rominten weilte, über die Zusammenhänge nicht rechtzeitig aufgeklärt worden war. Der Entwurf einer Note hätte ihm, wie er [8448] unter die Meldung des Auswärtigen Amts vom 25. September 1908

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8426 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8433 siehe hinten Teil 3.
[3]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8446 siehe hinten Teil 3.

schrieb, vor der Absendung erst zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden müssen, zumal es sich um eine so wichtige, ganz Europa bewegende Frage gehandelt habe.

Die weiteren Aktenstücke zeigen, wie sehr die Dreibundmächte an der Beilegung der deutsch-französischen Spannung und damit an einer baldigen Regelung der marokkanischen Frage interessiert gewesen sind. Wurde doch die europäische Gesamtlage durch die von Aehrenthal beschlossene Annexion Bosniens und der Herzegowina gerade damals auf das Schärfste belastet. Als Kaiser Wilhelm II. am 6. Oktober die Annexion Bosniens und der Herzegowina erfuhr, war sein erster Gedanke der, daß nun schnell und endgültig die „elende Marokko-Affäre" zum Abschluß gebracht werden müsse. Jetzt endlich müsse Deutschland mit Anstand aus der Affäre herauskommen, wo so große Fragen auf dem Spiele ständen. 8449–8456

Die weitere Entwicklung der Dinge in Marokko schildert zusammenfassend in ausgezeichneter Form ein Bericht des nach Fes entsandten Konsuls Vassel vom 18. September 1908. Es gelang dem Konsul, bald nahe Beziehungen zu Mulay Hafid zu gewinnen, wobei es zutage trat, in welcher Weise die Franzosen an der Befestigung ihres Einflusses in Marokko arbeiteten. 8457 (Anl.) 8458, 8459

Mit dem Bekanntwerden der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn flaute in Paris das Interesse für die marokkanischen Dinge ab. Man empfand in den dortigen Regierungskreisen die Notwendigkeit, jetzt mit Deutschland im Orient zusammen zu arbeiten. Zeitweise kam es so weit, daß zwischen Frankreich, Rußland und England die Einberufung einer europäischen Konferenz über die Orientfrage erörtert wurde. 8460 8463

Nun kam es auch schnell zur Anerkennung Mulay Hafids durch die Mächte. Am 19. Oktober 1908 vermochte der Staatssekretär v. Schoen dem Kaiser einen Entwurf[1]) wegen der Anerkennung Mulay Hafids vorzulegen, der von den Botschaftern Frankreichs und Spaniens stammte. Dieser Entwurf trug allen bisher geltend gemachten Einwendungen der deutschen Regierung Rechnung, so daß er nun ohne weiteres angenommen werden konnte. Drei Telegramme des Gesandten Rosen aus Tanger vom 18. November, 6. und 7. Dezember 1908 zeigen den weiteren Verlauf. Die Mächte verständigten nunmehr ihre Vertreter in Tanger, und da Frankreich keine Einwendungen mehr zu erheben hatte, teilte auch Deutschland am 17. Dezember dem Gesandten Rosen in Tanger mit, daß einer Anerkennung Mulay Hafids keine Bedenken mehr entgegenständen. So wurde denn am 6. Januar 1909 dem Vertreter des Sultans Mulay Hafid in Tanger durch den Doyen des Diplomatischen Korps die Anerkennungsnote der Signatarmächte zugestellt[2]). 8461 8462 8464 8465, 8466 8467 8468 8469 8470

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8461 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8470 siehe hinten Teil 3.

Kapitel 182

Das Deutsch-Französische Abkommen vom 9. Februar 1909

Mitte Dezember 1908 schien man in Paris durchaus den Wunsch zu hegen, daß Marokko als ewiges Streitobjekt aus den deutsch-französischen Verhandlungen ausgeschaltet werden möge. In diesem 8471 Sinne sprach Caillaux mit dem Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken.

8472 Fürst Radolin, der um die Weihnachtszeit 1908 auf seinen Pariser Posten zurückgekehrt war, empfahl dringend, Frankreich einige Zeit 8473 völlige Ruhe zu lassen, eine Meinung, der Fürst Bülow durchaus beitrat. Ministerpräsident Clemenceau betonte in einem freundschaftlichen Gespräche mit dem deutschen Botschafter, daß eine gereizte Stimmung gegen Deutschland tatsächlich vorliege. Vielleicht könnte 8474 die gleiche Beruhigungspolitik, die Frankreich und Deutschland in den Balkanfragen verfolgten, dazu beitragen, die Gegensätze zu mildern. Dem in Paris gelegentlich ausgesprochenen Gedanken, als hätten die inneren Schwierigkeiten Deutschlands („Daily Telegraph"-Affäre) die deutsche Politik dazu veranlaßt, durch schärfere Be-8475 handlung der Casablanca-Affäre eine Ablenkung nach außen zu suchen, ließ Bülow nachdrücklich entgegenwirken.

Mit der Rückkehr des Gesandten Rosen nach Tanger war der dort tätig gewesene Gesandte Frhr. v. Wangenheim von dort abberufen und nunmehr zum Gesandten in Athen ernannt worden. Anfang Januar 1909 weilte er in Berlin und berichtete dort eingehend über die in Tanger gesammelten Erfahrungen. Seine Aufzeichnungen vom 5. und 8476, 8477 6. Januar 1909 beschäftigten sich auch mit der Frage einer deutsch-französischen Verständigung, die dringend erwünscht schien.

Eine gemeinsame Aufzeichnung Wangenheims und des Vortragen-8478 den Rats im Auswärtigen Amt v. Erckert vom 8. Januar 1909 suchte nunmehr Gebiete zu ermitteln, auf denen eine solche Verständigung möglich war. Die Aufzeichnung ging von der sehr richtigen Auffassung aus, daß Deutschland ursprünglich in der Marokkofrage mit dem Kaiserbesuche in Tanger und den daran anschließenden Maßnahmen die Offensive ergriffen, diese aber dann nicht durchgeführt habe und sich nun seit Algeciras in einem Rückzugsgefecht befinde. Solle nun der deutsche Standpunkt gewahrt werden? Wenn ja, wie weit sollte man dann in seiner Verfechtung gehen? „Dieser Zustand schafft eine schiefe und gefährliche Lage. Wir kommen in den Ruf der Planlosigkeit, eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich wird dauernd verhindert — vielleicht sehr zum Schaden der allgemeinen Politik —, und in Frankreich wird, wie wir neuerdings wieder hören, der Glaube erweckt, als wollten wir Marokko zum Kriegsvorwand benutzen." Eine völlige Liquidation der Marokkopolitik erschien ausge-

schlossen. Möglich war aber allenfalls ein Ausgleich der deutsch-französischen Gegensätze auf dem Gebiete der Marokkopolitik selbst und innerhalb der Algecirasakte, bei dem beide Teile etwas zugestanden. Für die deutsche Politik sollte dabei als Leitsatz gelten, den Rückzug möglichst wenig verlustreich zu gestalten und zu retten zu suchen, was zu retten sei. Die beiden Diplomaten machten dann eine Reihe von Vorschlägen für eine wirtschaftliche Verständigung.

In Berlin entschloß man sich, in dieser Weise vorzugehen. Bei einigen grundlegenden Unterredungen des Staatssekretärs v. Schoen mit dem Botschafter Jules Cambon, die von der Erörterung der Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ausgingen, aus der sich leicht ein europäischer Zusammenstoß entwickeln konnte, hob zwar 8479 Herr v. Schoen noch hervor, daß Deutschland seiner Bündnispflicht bis zu den äußersten Konsequenzen treu bleiben werde, wies aber doch bereits auf eine mögliche Entspannung durch Beseitigung der Reibungsflächen zwischen den Großmächten hin. So sei es vielleicht angängig, die marokkanische Frage zu bereinigen. Eine Verständigung über einzelne praktische Fragen, so über ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten deutscher und französischer Interessentengruppen unter Gewährung eines bedeutenden Übergewichtes an Frankreich bei der internationalen finanziellen Hilfe und Kontrolle, sei möglich.

Jules Cambon ging sofort darauf ein, und nunmehr entwickelten sich zwischen Berlin und Paris auf dem Wege über den französischen Botschafter in Berlin und unter Ausschaltung des deutschen Botschafters in Paris, Fürsten Radolin, Verhandlungen, die unter strengster Geheimhaltung geführt wurden und schließlich in dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen vom 9. Februar 1909[1]) ihren Abschluß 8490 fanden. Der Gesandte Rosen in Tanger wurde dahin verständigt, daß er gegenüber Mulay Hafid darauf hinweisen solle, Deutschland wolle 8480 sich bemühen, ihm bei seinen Versuchen zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Marokkos behilflich zu sein, und müsse zu diesem Zwecke naturgemäß mit Frankreich in Verbindung treten.

In Paris konnte man es sich nicht versagen, darauf hinzuweisen, wie wichtig es im allgemeinen Friedensinteresse sei, die gesteigerte 8481 französische Empfindlichkeit zu schonen und die Politik der „systematischen Nadelstiche" nicht weiter zu verfolgen. Man hoffte, daß der eingeleitete Meinungsaustausch nunmehr den Ausgangspunkt zu 8483 einer Verständigung bilden würde. In diesem Sinne äußerte sich auch Clemenceau zum Fürsten Radolin, der aber, weil in den Stand der 8484 Verhandlungen nicht hinreichend eingeweiht, sich auf einige zustimmende Äußerungen beschränken mußte.

In Marokko entwickelten sich inzwischen die Dinge so, daß auch Mulay Hafid sich genötigt fühlte, den Franzosen weit entgegenzu- 8482

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8490 siehe hinten Teil 3.

kommen. Es sei nicht seine Absicht, ließ er nach Berlin mitteilen, sich den Franzosen auszuliefern, aber die politische Lage zwinge ihn, so zu tun, als ob er es wolle. Er könne auch nicht gegen ein gleichgültiges Europa angehen.

8485 Am 4. Februar 1909 telegraphierte das Auswärtige Amt an den Botschafter Fürsten Radolin nach Paris, daß mit Cambon in Berlin über die marokkanische Frage ganz geheime Besprechungen stattgefunden hätten. Nunmehr sei es gelungen, den Entwurf zu einer Erklärung zu vereinbaren, durch den die Algecirasakte und deren Grundlagen — Unabhängigkeit, Integrität, Offene Tür für Marokko — erneut bekräftigt würden. Frankreich verspreche, den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen nicht entgegenzuwirken, Deutschland erkläre, nur wirtschaftliche Ziele zu verfolgen und die mit Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Marokko eng verknüpften politischen Sonderinteressen Frankreichs nicht zu hemmen. Beide Staaten wollten keine wirtschaftlichen Sonderstellungen schaffen und ihre Staatsangehörigen an den ihnen zufallenden Geschäften gemeinsam zu beteiligen suchen.

Zum Abschluß der Verhandlungen fuhr Jules Cambon am 2. Februar 1909 selbst nach Paris und erwirkte dort die Zustimmung der 8486 französischen Regierung. Gewisse Sonderwünsche, die Fürst Radolin noch berücksichtigt zu sehen wünschte, konnten nicht mehr erfüllt werden.

Am 7. Februar lag in Berlin bereits die Meldung vor, daß die französische Regierung ihre Zustimmung zu dem Entwurfe gebe; 8487 Kaiser Wilhelm II. äußerte sich hierüber sehr erfreut. War es doch stets sein Hauptwunsch gewesen, mit Frankreich zu vertrauensvollen Beziehungen zu gelangen. Die Unterzeichnung des Abkommens sollte unmittelbar nach Rückkehr Cambons nach Berlin am 9. Februar und möglichst noch vor der Ankunft des zu amtlichem Besuche des deutschen Kaiserhofes am gleichen Tage in Berlin eintreffenden englischen Königspaares erfolgen, damit nicht der Anschein entstehen konnte, als sei das Zustandekommen von der Mitwirkung König Eduards abhängig gewesen. Da Botschafter Cambon infolge einer Verspätung seines Zuges zur verabredeten Stunde nicht in Berlin zur Stelle war, konnte diese Absicht nicht ausgeführt werden. Um so größeren Wert legte man in Berlin darauf, die sofortige Veröffent- 8488 lichung des Abkommens und die gleichzeitige vertrauliche Mitteilung seines Inhalts an die spanische und scherifische Regierung vorzu- 8490 nehmen. Diesen Standpunkt teilte man auch in Paris.

Das am 9. Februar 1909 von Schoen und Cambon in Berlin unter- 8490 zeichnete Abkommen[1]) bildete einen brauchbaren Ausgangspunkt für ein Nebeneinanderarbeiten der beiden Mächte in Marokko. Beide er-

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8490 siehe hinten Teil 3.

klärten, keinerlei Maßregeln verfolgen oder ermutigen zu wollen, die geeignet wären, zu ihren Gunsten oder zugunsten irgendeiner anderen Macht ein wirtschaftliches Vorrecht zu schaffen. Die Bedeutung der Abmachung wurde noch dadurch unterstrichen, daß Cambon und Schoen am 9. Februar 1909 Briefe untereinander austauschten, wonach von Cambon die Tatsache festgestellt wurde, die französischen 8491 Interessen in Marokko seien bedeutender als die deutschen[1]), während 8492 Herr v. Schoen seine vollkommene Übereinstimmung mit der französischen Auffassung zum Ausdruck brachte[2]).

In Paris wurde der Abschluß in der Presse freudig begrüßt. 8493-8496 Spaniens Wunsch, dem Abkommen beizutreten, wurde indes von Deutschland als berechtigt nicht anerkannt, da zwischen Deutschland und Spanien Reibungen nicht stattgefunden hatten.

Die Beurteilung des Abkommens in Wien, wo man davon eine 8497 Lockerung der englisch-russischen Entente erhoffte, und in London war sehr günstig. Sir E. Grey ließ den deutschen Geschäftsträger v. Kühlmann zu sich bitten und gab seiner herzlichen Befriedigung 8498 darüber Ausdruck, daß mit diesem Abkommen eine Quelle beständiger Reibungen und Gefahren beseitigt sei. Als Sir Ch. Hardinge, der damals mit König Eduard VII. in Berlin weilte, am 10. Februar den Fürsten Bülow begrüßte, beglückwünschte er ihn in gleichem Sinne. Zu dem Botschaftsrat v. Stumm, der inzwischen Vortragender Rat im Auswärtigen Amt geworden war, sagte er geradeheraus, das deutsch-französische Marokko-Abkommen befreie die englische Regierung von einer großen Sorge. Falls es zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko zum Kriege gekommen wäre, würde die öffentliche Meinung in England so gebieterisch ein Eingreifen zugunsten Frankreichs gefordert haben, daß eine Beteiligung Englands am Kriege sich kaum würde haben vermeiden lassen[3]).

Eine genaue Begründung des Abkommens ist in den Weisungen enthalten, die das Auswärtige Amt am 25. Februar 1909 dem Ge- 8499 sandten Rosen nach Tanger zugehen ließ. Die Vereinbarung sei bezüglich jedes Wortes genau abgewogen worden. Sie bedürfe keiner besonderen Auslegung, sondern nur der loyalen Durchführung, um Eintracht an Stelle des bisherigen Zwistes zwischen Deutschland und Frankreich in Marokko treten zu lassen. Sie sichere Frankreich als dem höher zivilisierten Nachbarlande Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung daselbst besonders interessiert sei, einen nicht unberechtigten politischen Einfluß, ohne ihm die Möglichkeit zu geben, sich das Land in irgendeiner Form anzueignen. Deutschland aber sichere das Abkommen die freie Betätigung von Handel und

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8491 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8492 siehe hinten Teil 3.
[3]) Siehe Band XXVI, 2. Hälfte, Dokument Nr. 9375.

Gewerbe in einem unabhängigen Marokko sowie die Möglichkeit, sich an der Betätigung französischer Kreise zu beteiligen, und aus deren Errungenschaften Nutzen zu ziehen. Das müßten die deutschen Marokko-Interessenten nunmehr selbst würdigen. Man wünschte daher in Berlin, daß zwischen den deutschen und französischen Behörden und Beamten in Marokko sich nunmehr ein freundschaftliches, vertrauensvolles und kollegiales Verhältnis entwickeln möge. Ein gutes Einvernehmen mit Frankreich sei auch — abgesehen von seiner allgemein politischen Bedeutung —, für unsere eigenen Interessen in Marokko wichtig. Der Gesandte Rosen sollte in diesem Sinne wirken, sich der neuen Lage anpassen und „auch unter den veränderten Verhältnissen" die ihm anvertrauten Interessen weiter mit Erfolg vertreten.

8500 Rosen bestätigte die ihm gewordenen Weisungen am 3. März 1909 durch den Hinweis darauf, daß er sich stets bemüht habe, auf einen vernünftigen modus vivendi mit den Franzosen und namentlich auf gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen hinzuarbeiten. Er bezweifelte aber, daß es den in Marokko befindlichen Deutschen gelingen werde, „nach allem, was vorgefallen ist, sich mit einem Schlage in die neue Lage hineinzufinden." Alles werde auf das Verhalten der Franzosen ankommen. Jetzt glaube man in Marokko allgemein, Frankreich werde seine in dem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen ebensowenig einhalten, wie diejenigen, zu denen es durch die Algecirasakte und durch das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 verpflichtet gewesen sei. „Dieses Mißtrauen zu beseitigen, sind allein die Franzosen selbst imstande."

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Der fünfundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 25. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 183

Das Werden der Englisch-Russischen Entente 1905—1907
Das Abkommen vom 31. August 1907

Die Dokumente des 25. Bandes ermöglichen eine kürzere Zusammenfassung, als dies beim 24. Bande mit seinen die deutsche Politik auf das Nächste angehenden Problemen möglich war.

Das 183. Kapitel schildert das Werden der englisch-russischen Entente in einer Reihe von Berichten aus Petersburg, London, Berlin und Wien. Sie setzen mit November 1905 ein.

Als Träger der englisch-russischen Annäherung erscheint zunächst Sir Ch. Hardinge, der vom Mai 1904 bis November 1905 englischer Botschafter in Petersburg war. In der russischen Hauptstadt hatte er an dem Werke der Verständigung mit Rußland gearbeitet und sich selbst dahin geäußert, daß das Problem einer englisch-russischen Verständigung sich jetzt bedeutend vereinfacht habe, denn die russische Regierung sei seit der Niederlage im russisch-japanischen Kriege zugänglicher als früher. Nunmehr gelte es, die Handelsrivalität zwischen den beiden Mächten durch ein freundschaftliches Abkommen zu beseitigen. Da Sir Ch. Hardinge Unterstaatssekretär im Foreign Office wurde, so konnte er an der Ausführung dieses Gedankens wirkungsvoll arbeiten. 8501

Zunächst war Rußland noch zurückhaltend. Dem deutschen Botschafter v. Schoen sagte der Zar zwar am 27. Januar 1906, Rußland habe seit dem Abkommen von 1873 über Afghanistan stets unangenehme Erfahrungen mit den Engländern gemacht; sobald man etwas Neigung zu einer allgemeinen Verständigung zeige, rückten diese mit unerfüllbaren Forderungen hervor, die sich auf Persien, den Persischen Golf, auf Afghanistan und andere Grenzgebiete bezögen. Nunmehr werde Sir Ch. Hardinge als Unterstaatssekretär voraussichtlich erfolgreich für die Annäherung wirken. Er hatte aber, wie Graf Metternich Ende März vertraulich berichtete, damals noch mit dem in London herrschenden Eindrucke zu kämpfen, daß die russischen Zustände noch nicht so konsolidiert seien, um einen engeren Anschluß ratsam erscheinen zu lassen. 8502 8503

Im Frühjahre 1906 fragte der russische Botschafter in London Graf Benckendorff gesprächsweise bei Sir Edward Grey an, wie die britische Regierung über eine Vereinbarung denke, die geeignet sei, 8504

die russisch-englischen Gegensätze in Asien zu beseitigen oder abzuschwächen. Sir Edward Grey antwortete ausweichend unter Betonung des Wunsches guter Beziehungen zu Rußland. In Petersburg 8505 wartete man nun weitere Schritte ab. Es schien, als wenn England die Teilung Persiens in einen nördlichen, russischen, und einen südlichen, dem englischen Einflusse zufallenden, Teil zugestehen wollte. Die 8506 österreichisch-ungarische Regierung hegte bei dieser Lage der Dinge den Wunsch, daß Deutschland seine alten, freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland weiter pflegen möge, da sonst König Eduard den willkommenen Anlaß haben würde, sich Rußland zu nähern und eine Verständigung mit ihm zu suchen.

Für Deutschlands Haltung waren die Weisungen maßgebend, die 8507 der Reichskanzler Fürst Bülow am 19. Mai 1906 dem deutschen Botschafter v. Schoen nach Petersburg telegraphieren ließ. Danach begrüßte Deutschland eine jede Einigung der beiden Mächte, die ausschließlich englisch-russische Interessen zum Gegenstande hatte und durch Beseitigung russisch-englischer Reibungsflächen dem allgemeinen Frieden diente. Der Botschafter sollte dem am 12. Mai an Stelle des Grafen Lamsdorff zum russischen Minister des Äußern ernannten Iswolski sagen, Deutschland werde die Haltung Rußlands in dieser Frage als Gradmesser für die Gesinnungen ansehen, von denen sich Rußland in seinen politischen Beziehungen zu Deutschland in Zukunft leiten lassen wolle. Es erwarte, daß die russische Regierung in Fragen, die deutsche Interessen berührten, nicht ohne deutsches Zutun entscheide und Deutschland nicht vor eine vollendete Tatsache stelle. Das gelte besonders für die Bagdadbahn, die durch Konzessionen des Sultans zu einem deutschen Wertobjekte geworden sei.

8508 Iswolski ließ am 20. Mai antworten, er kenne die Verhandlungen 8509 mit England noch nicht genau, und erklärte zwei Tage später, Rußland und England hätten in letzter Zeit eine Verständigung über ihre Interessen in Aussicht genommen, aus der sich eine konkrete Vereinbarung auf Grundlage der beiderseitigen Wünsche ganz natürlich entwickeln könne. Deutschlands Standpunkt in der Bagdadbahnfrage werde 8510 durchaus anerkannt. Der Reichskanzler ließ Iswolski sofort für „seine schnelle und loyale Erklärung" danken.

Noch im Mai 1906 schien man von einer solchen Vereinbarung 8511 weit entfernt. Anfangs Juni fragte die englische Regierung amtlich in 8512 Petersburg an, ob ein Geschwader der Kanalflotte die russischen 8513 Häfen besuchen dürfe. Man war damit in Rußland wenig einver- 8514 standen und wußte den geplanten englischen Besuch auch durch Hin- 8515 weis auf die unruhige innere Lage Rußlands zu verhindern. Hieraus ergab sich zunächst ein Stillstand der englisch-russischen Annäherung.

Im September 1906 tat nunmehr Iswolski einen Schritt des Entgegenkommens und wies seine Petersburger Telegraphen-Agentur an, sie möge fortan nach Persien keine englandfeindlichen Nachrichten

mehr senden und sich auch aus Persien keine solchen Telegramme 8516
mehr kommen lassen. In Diplomatenkreisen erklärte man sich diesen
Schritt mit der Vorliebe Iswolskis für England, das ihm nahestehe, da 8517
er an der Universität Edinburg studiert habe.

Die Verhandlungen kamen nunmehr in Fluß. Aus Petersburg berichtete am 19. September 1906 der deutsche Geschäftsträger v. Miquel, das russische Außenministerium scheine jetzt mehr und mehr in 8518
das englische Fahrwasser zu steuern. Der Kaiser vermerkte zu dieser Meldung: „Nette Aussichten! Man kann also in Zukunft mit der Alliance Franko—Russe, Entente cordiale Franko—Anglaise und Entente Anglo—Russe rechnen, mit Spanien, Italien, Portugal als Anhängsel dazu im zweiten Treffen!“ Trotzdem schritten die Verhandlungen nur langsam vorwärts, da zeitweilig Iswolski die in Aus- 8519—8521
führung des Friedensvertrages von Portsmouth notwendig werdenden Verhandlungen mit Japan als Hindernis für die Weiterführung der 8522
mit England in Angriff genommenen Fragen vorschob.

Ende Februar 1907 trat eine merkbare Wendung ein. Rußland und England schienen nunmehr in Sachen der asiatischen Verständi- 8524
gung einig zu sein, und in London bestätigte Sir Edward Grey, die 8525
Verhandlungen seien wieder aufgenommen. Sie umfaßten Tibet, Persien und Afghanistan. Graf Metternich erblickte in dem Entgegenkommen Englands gegen Rußland hauptsächlich den Wunsch der Engländer, sich vor Deutschland zu sichern und daher neue Freundschaften zu schließen. So entschloß sich anläßlich des Eintreffens eines russischen Geschwaders von drei Schiffen in Portsmouth Ende März 1907 8526
König Eduard VII. dazu, 18 Offiziere und 100 Mann des russischen Geschwaders nach London einzuladen, wo sie als Gäste der Admiralität gefeiert wurden.

Der Weitergang der Verhandlungen geht aus den Dokumenten Nr. 8527—8530 hervor. Das nur sehr langsame Fortschreiten der 8527—8530
Verhandlungen wurde zeitweise Deutschland in die Schuhe geschoben, 8531, 8532
das dem englisch-russischen Ausgleiche entgegenwirke. Nach der Auffassung des Geschäftsträgers W. v. Stumm entsprang dieses Gerücht der Anschauung, daß ein jedes Anzeichen für das Vorhandensein guter deutsch-russischer Beziehungen, wie z. B. die Swinemünder Kaiserzusammenkunft vom 3. bis 6. August 1907[1]), in London mit Mißtrauen betrachtet werde. Gerade diese Zusammenkunft der Monarchen habe in London besonders beunruhigt, und man erblickte in dem ungünstigen Verlaufe der Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit König Eduard in Wilhelmshöhe am 14. August 1907[2]) geradezu eine er- 8533
freuliche Abschwächung der Swinemünder Eindrücke.

Am 31. August 1907 telegraphierte Geschäftsträger v. Miquel, 8534

---

[1]) Vgl. Band 22, Kapitel 160, Dokumente Nr. 7378 und 7379. S. o. S. 12.
[2]) Vgl. o. S. 107.

das englisch-russische Abkommen sei soeben unterzeichnet worden. Fürst Bülow ließ daraufhin der deutschen Presse den Wunsch mitteilen, das Abkommen ruhig und sachlich zu besprechen, es nicht etwa zu einer englisch-russischen Allianz aufzubauschen oder ohne Not als Verletzung deutscher Interessen hinzustellen. Miquel war übrigens der Ansicht, daß Rußland dieses Abkommen aus Schwäche habe an-
8535 nehmen müssen, und daß es ohne den japanischen Krieg und die Revolution nicht dazu bereit gewesen sein würde. Seiner Ansicht nach kam eine wesentliche Bedeutung den Vereinbarungen über Afghanistan zu, wo England sich den Löwenanteil zu sichern gewußt habe. Im ganzen genommen blieben die jetzt vereinbarten Neuerungen in Asien
8536 hinter den Erwartungen zurück. „Von dieser Betrachtung ausgehend", so schloß er seinen Bericht vom 25. September 1907, „kommt man leicht zu der Schlußfolgerung, daß die Bedeutung des englisch-russischen Abkommens nicht so sehr in Asien, sondern vielmehr in Europa liegt, wo sich seine Folgen auf längere Zeit hinaus bemerkbar machen dürften. Dieser Zweck dürfte England vor allem den dringenden Wunsch nach einer freundschaftlichen Abrechnung mit Rußland nahegelegt haben. Der englische Einfluß muß in Europa steigen, nachdem die Reibungsflächen mit Rußland beseitigt sind." Kaiser Wilhelm II. trat dieser Auffassung bei und gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß der englische Einfluß sich für Deutschland in Europa nun noch unangenehmer fühlbar machen werde als bisher.

8537 In einer rückblickenden Betrachtung vom 27. September 1907 führte Miquel nochmals aus, daß die erfolgten Abreden über Tibet, Afghanistan und Persien für England nur teilweise Selbstzweck gewesen seien, zum großen Teile aber nur als Sicherung Englands gegen eine feindliche Haltung Rußlands in europäischen Fragen aufgefaßt werden dürften. Niemand könne England aus dieser Politik einen Vorwurf machen, aber Deutschland werde dennoch von dem Abkommen am meisten betroffen. England habe jetzt im Stillen Ozean und in der Nordsee freie Hand. Sein Bedürfnis nach Zusammenschluß mit anderen Mächten sei ein „wenn auch lästiges Kompliment für das deutsche Heer, die deutsche Marine, unsere Kaufmannschaft und die Entwicklungsfähigkeit des deutschen Volkes überhaupt".

Eine unmittelbare Auswirkung des Abkommens schien im Oktober 1907 die Reise des englischen Generalissimus Sir John French nach Rußland zu sein, wenn ein solcher Zusammenhang in London auch
8539 amtlich in Abrede gestellt wurde. General French kam mit amtlichen Vollmachten König Eduards und stattete vielen hochgestellten Persönlichkeiten Besuche ab. Trotzdem versuchte man in Petersburg den
8540 Besuch als einen privaten hinzustellen. In Berlin löste er jedenfalls große Beunruhigung aus. Kaiser Wilhelm II. bemerkte auf die Nach-
8538 richt von dem bevorstehenden Besuche, die Entsendung des Generals French sei beispiellos, zumal wenn man bedenke, daß seit vierzig bis

fünfzig Jahren kein deutscher Heerführer offiziell je in Rußland geduldet worden sei. „Die Einkreisungspolitik geht weiter ihren ruhigen, unveränderlichen Gang, trotz der Einladung nach Windsor [1]), die nur eine Finte ist und bestimmt, den Dummen beider Nationen Sand in die Augen zu streuen."

Kapitel 184

Eine Quadrupelentente zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan? 1907

Am 10. Juni 1907 schloß Frankreich mit Japan ein Abkommen, das auf eine Ermäßigung der japanischen Forderungen an Rußland wenigstens indirekt hinwirkte. Iswolski hatte daher auf das Zustandekommen eines solchen Abkommens großen Wert gelegt, wie er überhaupt die japanische Gefahr für Rußland übertrieben hoch einschätzte. 8541

Das französisch-japanische Abkommen erregte lebhaftes Aufsehen, da im Juni 1907 in der Presse viel von einer gegen Deutschland gerichteten Koalition zwischen England, Japan, Frankreich und Rußland die Rede war. Ein Artikel des „Berliner Lokalanzeigers" vom 12. Mai hatte darüber auffallende Mitteilungen gemacht. Das Auswärtige Amt legte ihnen eine derartige Bedeutung bei, daß der deutsche Botschafter in Petersburg v. Schoen angewiesen wurde, diesen Zeitungsartikel Iswolski vorzulegen, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob er Deutschland gegenüber ein reines Gewissen habe. Der Botschafter sollte ihm sagen, daß Deutschland sich damit abfinden werde, wenn Rußland sich durch Begleichung der mit Japan und mit England bestehenden Reibungsflächen gegen diese beiden Staaten Sicherheiten zu verschaffen trachte. „Wir können es aber nicht verstehen und finden es durch das Sicherungsbedürfnis nicht gerechtfertigt, wenn Rußland sich mit den erwähnten drei Staaten zu einer Koalition zusammenschließt, die, möge sie auch ostentativ nur defensive Zwecke affichieren, doch der Natur der Sache nach direkt gegen uns gerichtet ist und unsere Weltstellung bedrohen muß." Mit einer solchen Koalition würde sich Rußland in die Zahl unserer Gegner einreihen. 8542

Iswolski gab zu, daß auch der englisch-französisch-spanische Notenaustausch vom 16. Mai 1907 über die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer ihm als „ein Glied in einer von England geschmiedeten, für Deutschland nicht erfreulichen Kette" erscheine. Er halte ein derartiges Abkommen nicht für nützlich und würde die Hand zu ähnlichen Abmachungen nicht bieten. Die dem Abschluß nahe Verständigung Rußlands mit England und Japan habe einen ganz anderen Charakter, beziehe sich auf ganz bestimmte, scharf umgrenzte 8543

[1]) Für November/Dezember 1907. Vgl. Band 24, Kapitel 174. S. o. S. 110/111.

Fragen und Gebiete und auf die Beseitigung von Reibungsflächen. Diese Abkommen hätten keinerlei Spitze gegen irgendeine andere Macht, am wenigsten gegen Deutschland. Iswolski werde nie und nimmer für eine politische Koalition mit einer mehr oder weniger offenen Spitze gegen Deutschland zu haben sein. Botschafter v. Schoen berichtete über seine Aussprache mit Iswolski am 19. Juni außer in dem erwähnten Telegramm (Nr. 8543) noch am gleichen Tage in 8544 einem Berichte.

Am 31. Juli teilte Iswolski dem deutschen Botschafter streng vertraulich mit, daß er gestern das politische Abkommen über Anerkennung und Erhaltung des beiderseitigen Status quo mit dem 8545 japanischen Gesandten unterzeichnet habe; andere Verständigungen mit Japan seien bereits vor einigen Tagen unterzeichnet worden. Iswolski teilte von sich aus mit, daß er den Text des politischen Abkommens zunächst in Swinemünde dem Fürsten Bülow zur Kenntnis bringen würde, und daß es dann den anderen Mächten mitgeteilt werden sollte. Tatsächlich unterrichtete er gelegentlich der Zusammenkunft der beiden Kaiser in Swinemünde — 3. bis 6. August 1907 — den Reichskanzler von dem Texte des russisch-japanischen Abkommens vom 30. Juli 1907.

Die Tatsache einer japanisch-französischen Verständigung[1]) führte den deutschen Botschafter in Tokio Frhr. Mumm v. Schwarzenstein zur Erörterung der Frage, ob es wünschenswert sei, wenn Deutschland ein ähnliches Abkommen mit Japan eingehe wie Frankreich. Frhr. 8546 v. Mumm verneinte diese Frage, ein Standpunkt, dem das Auswärtige Amt beitrat, da ein solches Abkommen zwischen Deutschland und Japan infolge des am 29. Oktober 1900 erfolgten japanischen Beitritts zum deutsch-englischen Jangtse-Abkommen eigentlich schon bestand.

Anhang

Eine Deutsch-Amerikanisch-Chinesische Entente?

Das am 10. Juni 1907 abgeschlossene französisch-japanische Abkommen über die Unabhängigkeit und Integrität Chinas sowie die Garantie des bisherigen Besitzstandes auf dem asiatischen Festlande bot für China gewisse Gefahren. Der Vertrag war auch nach deutscher Auffassung eine weitere Grundlage für die Vorherrschaft Japans in Ostasien.

Diese Erwägung führte den deutschen Gesandten in Peking Grafen Rex zu dem Gedanken, daß Deutschland sich mit anderen 8547 Großmächten über Ostasien verständigen möge, um insbesondere seine ungestörten Handelsbeziehungen zu China möglichst bald durch Bünd-

---

[1]) Siehe o. S. 159.

nisse zu sichern. Auch aus Tokio bekundete der deutsche Botschafter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein die Auffassung, daß man in dem französisch-japanischen Abkommen eine Art Einleitung zur Aufteilung des Chinesischen Reiches erblicken müsse. Graf Rex war nun der Auffassung, daß sich Deutschland hauptsächlich mit den Vereinigten Staaten zu einem Abkommen zusammenschließen solle. Diesen Gedanken fand man in Berlin beachtenswert, und das Auswärtige Amt beauftragte den deutschen Botschafter in Washington, Frhr. Speck v. Sternburg, möglichst unauffällig die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf diese Angelegenheit zu lenken. 8548 8549

Der Botschafter nahm die Anregung sofort tatkräftig auf. Gerade damals, wo im Westen Amerikas, besonders in Kalifornien, eine scharfe Mißstimmung wegen der überhandnehmenden japanischen Einwanderung bestand, die Ortsbehörden von San Francisco japanische Kinder von den öffentlichen Schulen ausschlossen und die Bevölkerung sich Ausschreitungen gegen die japanischen Einwanderer zuschulden kommen ließ, war die Stimmung für ein solches Abkommen mit Deutschland vielleicht günstig. Präsident Roosevelt befürwortete aber eine versöhnliche Politik gegen Japan, da die Vereinigten Staaten damals noch nicht über ein hinreichend starkes Heer verfügten. Er sprach sich mit dem deutschen Botschafter offen hierüber aus[1]). 8550

Im Oktober 1907 telegraphierte Graf Rex aus Peking, der chinesische Staatsrat habe seine Gesandten in Washington und Berlin telegraphisch angewiesen, wegen eines Bündnisses mit Amerika und Deutschland zu sondieren. Kaiser Wilhelm II. war durchaus dafür, diesem Wunsche zu entsprechen. „Die Chinesen“, schrieb er an den Bericht des Grafen Rex, „haben mehr Selbstgefühl wie Spanien, Portugal und Gallien. Wir müssen ihnen unbedingt den Rücken stärken und ihr Vertrauen nicht zurückweisen.“ Fürst Bülow ließ nunmehr nach Washington mitteilen, Deutschland werde ebenso wie zur Zeit des russisch-japanischen Krieges auch in Zukunft bereit sein, mit den Vereinigten Staaten in China Hand in Hand zu gehen. Der deutsche Botschafter sollte von sich aus ganz vertraulich mit dem Präsidenten darüber sprechen. 8551

In China nahm die Angelegenheit nur einen langsamen Verlauf, da es sehr schwer war, einen Einfluß auf die Chinesen zu gewinnen. Sie waren unschlüssig, welchen Weg ihre Politik einschlagen solle, und mißtrauten daher den Europäern. Daher erklärte es sich auch, daß der chinesische Vertreter in Washington noch im November in keiner Weise an die amerikanische Regierung herangetreten war. Auch in Berlin hielt man es für richtig, daß der erste Schritt China überlassen werden müsse. 8552 8553 8554

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8550 siehe hinten Teil 3.

Anfangs Dezember wurde der deutsche Botschafter in Washington dahin verständigt, daß nunmehr ein Mitglied der chinesischen Regierung den Grafen Rex in Peking wegen einer Annäherung an Deutschland und Amerika sondiert habe. Daraufhin erklärte Roose- 8555 velt, ein formelles Bündnis sei zwar ausgeschlossen, dagegen könne eine Verständigung wegen gemeinsamen Vorgehens der drei Mächte vereinbart werden.

Für die deutsche Politik in dieser Frage während der nächsten 8556 Monate wurde ein ausführlicher Bericht des Grafen Rex vom 7. Dezember 1907 maßgebend. Danach durfte damit gerechnet werden, daß China an Amerika und Deutschland herantreten würde, da diese beiden Mächte im Gegensatze zu Japan, England, Frankreich und Rußland in China lediglich wirtschaftliche und keine politischen Ziele verfolgten. Gelinge es, eine geeignete Form für eine politische Verständigung zwischen Deutschland, Amerika und China zu finden, die Deutschland gegen den Verlust seines zukunftsreichen Absatzgebietes im fernen Osten schützen würde, so war Graf Rex dafür, auf die Wünsche der chinesischen Regierung einzugehen. Außerordentlich stark würde Deutschlands Lage im fernen Osten werden, falls es etwa gelang, Rußland gänzlich von der japanisch-französisch-englischen Gruppe loszulösen und unter gewissen Voraussetzungen zu einem Anschlusse an die deutsch-amerikanisch-chinesische Kombination zu bewegen.

Kaiser Wilhelm II. nahm die Vorschläge des Grafen Rex mit feurigem Eifer auf und drängte den Reichskanzler in einem Schreiben 8557 vom 30. Dezember 1907 zu sofortigen Schritten. Fürst Bülow bewahrte sich eine ruhigere Auffassung. Einen Bündnisvertrag zwischen Deutschland, China und den Vereinigten Staaten hielt er, wie er am 3. Januar 1908 dem Grafen Rex telegraphieren ließ, für unmöglich, 8558 da der Senat der Vereinigten Staaten die hierfür erforderliche Zustimmung nicht geben würde. Man müsse sich daher auf den Austausch von Erklärungen beschränken. Überhaupt sei die Frage einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten vorläufig noch nicht spruchreif. Graf Rex sollte versuchen, die Chinesen zur alsbaldigen Einleitung von Verhandlungen zu bewegen.

Um die Jahreswende 1907/1908 hatte Roosevelt ein großes amerikanisches Schlachtschiffgeschwader in den Stillen Ozean geschickt. Daraus ließ sich auf seinen Wunsch schließen, in der ostasiatischen 8559 Frage Ernst zu machen. Der deutsche Botschafter in Washington erhielt Auftrag, den Präsidenten, falls China mit entsprechenden Vorschlägen an ihn herantreten sollte, tunlichst für deren Annahme und Unterstützung auch in Berlin zu gewinnen. Die Chinesen vermochten 8560, 8561 sich aber vorläufig noch nicht zu einem so weitgehenden Schritte zu entschließen. Als im April ein neuer chinesischer Gesandter die

Geschäfte in Washington übernahm, sagte er von einer Verständigung (8562) Chinas mit Deutschland und Amerika kein Wort. Auch die Berichterstattung des Grafen Rex aus Peking zeigte, daß die chinesischen (8563, 8564) Staatsmänner zu ängstlich waren, entscheidende Schritte einzuleiten.

Zur größten Überraschung des diplomatischen Korps in Peking, aber auch der Mächte selbst, wurde anfangs Dezember bekannt, daß Amerika mit Japan am 1. Dezember 1908 ein Abkommen geschlossen hatte. In Deutschland hatte man immer noch gehofft, Amerika würde sich mit Deutschland und China verständigen. Die Entsendung der amerikanischen Flotte in den Stillen Ozean hatte einen Krieg Amerikas mit Japan in bedrohliche Nähe gerückt. Roosevelt war aber von der Unterlegenheit der amerikanischen Seestreitkräfte überzeugt und schloß nun mit Japan das Abkommen vom 1. Dezember 1908, das in gewisser Beziehung einen Waffenstillstand zwischen den beiden Mächten bedeutete. „Die Reibungsflächen", schrieb Graf Rex am 15. Dezember 1908 aus Peking, „sind dieselben geblieben, sie haben nur durch die (8565) Erklärung der Aufrechterhaltung des Status quo im Stillen Ozean und der Integrität Chinas eine gewisse Beschränkung erfahren."

Somit war die in Deutschland, besonders vom Kaiser, mit großen Hoffnungen erstrebte Verständigung zwischen Deutschland, Amerika und China endgültig erledigt.

Kapitel 185

Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Abkommen über Persien Deutschlands Verzichtpolitik in Persien 1905—1908

Die Dokumente springen gegen den Schluß des Anhanges zum 184. Kapitel — Dezember 1908 — um über drei Jahre zurück. Sie beginnen mit zwei Aufzeichnungen des Gesandten Rosen, der damals noch die orientalischen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt bearbeitete, vom 14. und 24. Oktober 1905. Danach hatte Persien den Wunsch nach der Ausdehnung seiner Handelsbeziehungen mit Deutschland ausgesprochen und wünschte, die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Teheran nach Chanikin zum Anschlusse an die Bagdadbahn einer deutschen Gesellschaft zu verschaffen.

Neun Monate später wurde diese Annäherung persischerseits dahin erweitert, daß man in Teheran einer deutschen Finanzgruppe diese (8568) Bankkonzession zu erteilen wünschte. Hierauf war man in Berlin ein- (8569—8571) zugehen geneigt. Das Auswärtige Amt befürchtete, sich bei einer Ablehnung mit den Interessen der deutschen Handels- und Industriekreise in direkten Widerspruch zu setzen, wollte aber in Persien nach wie (8572) vor lediglich wirtschaftliche, nicht etwa politische Ziele verfolgen. Die Konvention betreffs Erteilung einer Bankkonzession an deutsche

Kapitalisten wurde sodann am 1. Juli 1906 unterzeichnet, wobei die 8572 persische Regierung Wert darauf legte, diese Tatsache bis zum 1. Januar 1907 geheimzuhalten.

Bei den revolutionären Bewegungen, die gegen Ende Juli 1906 in Teheran ausbrachen, wurde es klar, daß damals nur England und Deutschland einen tatsächlichen Einfluß auf die Geschicke Persiens auszuüben vermochten. Rußland, das man bisher gewöhnt war, allein mit England in Persien handelnd auftreten zu sehen, mußte nach der Auffassung des deutschen Geschäftsträgers in Teheran, Frhr. Hartmann v. Richthofen, für geraume Zeit als ein wesentlicher Machtfaktor ausgeschieden werden.

8573 Bei diesem durch die zunehmende russische Schwäche und die wachsende englische Stärke gekennzeichneten Zustande suchte die persische Regierung Hilfe bei Deutschland. Persiens Lage war noch dadurch erschwert, daß im Herbste 1905 zwischen Persien und der Türkei ernste Grenzstreitigkeiten entstanden waren. Im August 1906 8574 trat eine persisch-türkische Grenzkommission in Tätigkeit, die aber noch im gleichen Monate ergebnislos auseinanderging. Persien wünschte nunmehr, daß der deutsche Kaiser das Schiedsrichteramt zwischen dem 8575 Schah von Persien und dem Sultan übernehmen möge. Hierauf wollte man in Berlin nicht eingehen, suchte vielmehr eine unmittelbare Ver-8576 ständigung zwischen beiden Teilen zu fördern. In dieser Beziehung war die deutsche Diplomatie sowohl beim Sultan wie bei der Pforte, ebenso wie in Teheran, unausgesetzt tätig.

Das freundschaftliche Zusammengehen Deutschlands mit Persien 8577 erregte alsbald in Rußland Bedenken. Märchenhafte Gerüchte liefen dort um, und Iswolski erklärte offen, daß er sich mit der Absicht trage, mit Persien ein Abkommen dahin zu treffen, daß dieses sich verpflichte, Verkehrskonzessionen in Nordpersien ohne vorherige russische Einwilligung nicht zu geben. Sein Beweggrund dabei war, 8578 einer Ausdehnung des Netzes der Bagdadbahn nach Persien einen Riegel vorzuschieben.

8579 Persien suchte demgegenüber auf jede Weise Deutschland handelspolitisch zu begünstigen. Die deutsche Rücksichtnahme auf Rußland ging indes so weit, daß aus dem „Orientbank-Abkommen" vom 24. Juli 1907, zu dessen Abschluß der Direktor der deutschen Orient-8580 bank Herbert E. Gutmann nach Teheran gereist war, alle Bestimmungen ausgemerzt wurden, die in Rußland hätten Anstoß erregen können.

Die russischen Wünsche betreffend Persien in Verbindung mit der Frage der Bagdadbahn waren dem deutschen Botschafter in Petersburg v. Schoen durch Iswolski am 20. Februar 1907 zugestellt worden[1]. Gegen diesen Entwurf, der dem Botschafter Frhr. v. Mar-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8580 siehe hinten Teil 3.

schall zur Kenntnis zugesandt wurde, erhob dieser Bedenken, da in ihm Deutschland fast ausschließlich in der Rolle des Gebenden, Rußland dagegen als Nehmender erschien. Er wünschte auch nicht, daß Deutschland einer anderen Macht eine vertragsmäßige Erklärung abgebe, wonach es in einem so großen Lande wie Persien keine politischen Interessen besitze. 8581 8582

In England zeigte sich die Presse im Frühjahr 1907 durch Deutschlands Beziehungen zu Persien erheblich beunruhigt und mutmaßte darin das Bestreben der Handelspolitik Deutschlands, Persien ebenso unter ihren Einfluß zu bringen, wie es Deutschland in der Türkei gelungen sei. Der „Standard" betonte bei diesem Anlasse den Gedanken, daß die Anwesenheit irgendeiner fremden Militärmacht im Osten und Süden Persiens eine ernste Gefahr für den Frieden und die Sicherheit Indiens bedeuten würde. 8583

In den kommenden Monaten wurde über eine deutsch-russische Verständigung in der persischen Frage hin und her verhandelt[1]). Aus dem Verlaufe der Besprechungen ging hervor, daß Rußland in Persien noch weitergehende Rechte beanspruchte, als es anfangs geschienen hatte. Man suchte daher von Berlin aus Iswolski über das deutsche Bankunternehmen in Persien völlig zu beruhigen. Iswolski vermied es aber geflissentlich, die Linie näher anzugeben, bis zu welcher die russische Einflußsphäre reichen sollte. Auch bei der Swinemünder Zusammenkunft hatte er es umgangen, auf diese Frage näher einzugehen, und dem Fürsten Bülow nur allgemein dargelegt, es komme ihm darauf an, sich mit Deutschland über Persien in der Weise zu verständigen, daß Rußlands traditionelle Interessen und wohlerworbene Rechte durch Deutschlands wirtschaftliches Eindringen nicht geschädigt würden. Nach deutscher Auffassung gingen seine Wünsche aber wesentlich weiter, wenn er auch einwilligte, unter gewissen Bedingungen den Anschluß einer Abzweigung der Bagdadbahn an das persische Bahnnetz zuzugeben. 8585 8588 8589, 8590 8591 8592

Bei den deutsch-russischen Verhandlungen über Persien trat immer wieder zutage, daß Iswolski mit der persönlichen Tätigkeit des deutschen Geschäftsträgers in Teheran Frhr. Hartmann v. Richthofen nicht einverstanden war, da er allzusehr politisch hervorgetreten sei und in den persischen Kreisen offen gegen Rußland gehetzt habe. Richthofen bestritt das entschieden. Es kam aber doch schließlich dazu, daß man, als Iswolski im Januar 1908 einzulenken schien, ihm nun auch einen Beweis deutschen Entgegenkommens zu geben für nötig hielt. Man faßte die Versetzung des Herrn v. Richthofen ins Auge und besetzte den Gesandtenposten in Teheran mit dem Grafen v. Quadt-Wykradt. 8593 8594 8595 8596

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8585 und der Anlage zu Dokument Nr. 8588 siehe hinten Teil 3.

8597 Eine ausführliche Weisung des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1908 enthält die Richtlinien, nach denen der neue Gesandte in Persien arbeiten sollte. Im Vordergrunde stand hierbei die Betonung des Grundsatzes, daß Deutschland in Persien keine politischen Ziele verfolge. Der Gesandte sollte sein Verhalten danach einrichten und namentlich bei dem russischen Vertreter — Herrn v. Hartwig — Zweifel daran tunlichst nicht aufkommen lassen. Es bot sich übrigens 8598 noch vor Abgang des Geschäftsträgers Frhr. Hartmann v. Richthofen aus Teheran die Gelegenheit einer grundlegenden Aussprache zwischen 8599 ihm und Herrn v. Hartwig. Letzterer nahm bei diesem Anlasse die gegen Herrn v. Richthofen erhobenen Vorwürfe zurück.

Die Berichterstattung des Gesandten Grafen v. Quadt vom 4. 8600, 8601 und 6. März bestätigte zunächst das bei der englischen und russischen Vertretung in Teheran bestehende Mißtrauen gegen Deutschland; Graf v. Quadt entnahm daraus die Veranlassung, zunächst 8602 hauptsächlich das Vertrauen dieser beiden Gesandtschaften zu ge- 8603 winnen. Im übrigen suchte er eine möglichst neutrale Haltung einzunehmen.

Kapitel 186

Die Deutsche Bagdadbahn-Politik
Englische und Russische Gegenwirkung 1904—1908

Das 186. Kapitel bildet den Anschluß an die im Wegweiser Band 3, Seite 157 ff., dargelegten Vorgänge. Die Dokumente Nr. 8604—8680 8604—8680 stellen eine zusammenfassende Schilderung der politischen Erwägungen Deutschlands, soweit sie sich auf die deutsche Bagdadbahn beziehen, dar. Sie beginnen mit der Darlegung der Vorgänge bei der feierlichen Eröffnung der ersten Strecke der Bagdadbahn Konia—Eregli am 25. Oktober 1904 und enden mit dem Abschlusse der Konvention über den Weiterbau der Bagdadbahn bis zu 8680 dem 840 km von der anfänglichen Endstation Bulgurlu entfernten Helif am 2. Juni 1908. Da diese Strecke den technisch schwierigsten und teuersten Teil darstellte, nämlich die Übergänge über Taurus und Amanus sowie die große Brücke über den Euphrat, so konnte nunmehr auch die spätere Fortsetzung bis Bagdad als gesichert angesehen werden. Die Strecke Helif—Mosul (225 km) und von da nach Bagdad (etwa 400 km) bot technisch keine Schwierigkeiten mehr.

Eine genauere Darlegung der Schwierigkeiten, die seitens der deutschen Politik zu überwinden gewesen sind, ehe dieser für Deutschland befriedigende und aussichtsreiche Abschluß erreicht wurde, darf einer Sonderdarstellung der deutschen Bagdadbahn-Politik vorbehalten bleiben. Eine wichtige Etappe des zurückgelegten Weges, auf dem dauernd mit der Eifersucht Englands, Frankreichs und Ruß-

lands gerechnet werden mußte, bildete der im Oktober 1905 geltend
gemachte Wunsch der französischen Politik, die Frage der Bagdad- 8620
bahn durch freundschaftliche Aussprache mit Deutschland zu regeln.
In Deutschland wollte man jede Gelegenheit benutzen, um Interessen-
solidaritäten mit Frankreich zu schaffen, und kam Frankreich weit 8622
entgegen, worauf der französische Ministerpräsident Rouvier eine
weitere Behandlung der Angelegenheit erst nach der Konferenz von 8627
Algeciras für wünschenswert bezeichnete.

Auch mit England wollte sich Deutschland über die Bagdadbahn
verständigen, hielt es aber für richtig, daß England den ersten 8629
Schritt tue, da Deutschland im Besitz der Konzession bis zum Per-
sischen Golf war. Die Stellung der Engländer kennzeichnete der
Botschafter Frhr. v. Marschall am 27. Mai 1906 dahin, daß es 8633
ihnen am liebsten wäre, wenn die Bahn nicht gebaut würde; geschehe
es aber trotzdem, so müsse England dabei sein. Marschall erwog
aus diesem Grunde, ob Deutschland nicht in Rußland einen natür-
lichen Bundesgenossen finden könne, um extreme englische Wünsche
zu mildern.

Aber auch in Rußland betrachtete man den Bau der Bagdad-
bahn mit Mißtrauen, wenn auch Iswolski am 29. Oktober 1906 er- 8649
klärte, er persönlich stehe dem Unternehmen freundlich gegenüber,
müsse aber die Opposition der öffentlichen Meinung und der Tradi-
tion erst überwinden. Fürst Bülow hielt es daher für angezeigt, Ruß-
land gegenüber in dieser Frage völlige Zurückhaltung zu beobachten. 8655

In England wünschte man, an der Eisenbahn beteiligt zu werden, 8656
und befürchtete, dieses wichtige Unternehmen könne etwa auch ohne 8657
englische Beteiligung tatsächlich zur Ausführung gelangen.

Deutscherseits verhielt man sich zurückhaltend. Das Auswärtige 8659
Amt fürchtete auf Grund von Mitteilungen der Deutschen Bank, daß
England unter der Hand die im Verkehr befindlichen Aktien der
anatolischen Eisenbahngesellschaft aufzukaufen trachte, um in dieser
Gesellschaft den deutschen Einfluß tunlichst zurückzudrängen und
selbst darin eine ausschlaggebende Stellung zu erlangen.

Als im Frühjahre 1907 Botschafter Frhr. v. Marschall zum Ersten
Delegierten Deutschlands auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz
bestimmt wurde, übertrug der Reichskanzler dem bisherigen Ge- 8660
sandten in Rumänien, v. Kiderlen, seine Vertretung in Konstantinopel.
Über die Erfolge, die dieser während seiner siebenmonatigen Tätig-
keit in Konstantinopel erzielte, und die in der Hauptsache auf einer
gewandten Weiterbearbeitung der von Marschall geschaffenen Grund-
lagen beruhte, geben die Dokumente Nr. 8661—8674 Aufschluß.

Das wesentlichste Ergebnis bestand in der Übertragung der Ent- 8665
und Bewässerung der Konia-Ebene an die anatolische Eisenbahngesell-
schaft. Diese bildete einen Erfolg für die deutsche Politik, der von
Kaiser Wilhelm II. mit lebhafter Freude begrüßt wurde. Der Kaiser

führte indes seinen anfänglichen Entschluß, bei seinem Besuche in
8666 England im November 1907 auf die Frage der Bagdadbahn nicht
8667 einzugehen, nicht aus, sondern brachte am 14. November 1907 das Gespräch selbst auf die Bagdadbahn und suchte dabei die in England bestehenden Vorurteile zu widerlegen. Er hielt es sogar für möglich, den Engländern die Ausmündung der Bagdadbahn am Persischen Meerbusen zu überlassen, falls England eine Sicherheit dafür bot, daß dieses Ausfallstor immer für Deutschland offen bleibe.

Haldane überreichte dem Kaiser am gleichen Tage eine Note über die zwischen dem Monarchen, ihm und Sir Edward Grey statt-
8668 gehabte Unterredung. Danach war es der Wunsch der Engländer[1]), daß der schnellste Verbindungsweg zwischen Westen und Osten sich nicht ausschließlich in der Hand einer fremden Gesellschaft befinden sollte, die in der Lage sein würde, die Handelsbeziehungen zwischen England und Indien ernstlich zu gefährden. Diese Frage könne jedoch nicht zu zweien zwischen England und Deutschland allein, sondern nur zu vieren, unter Hinzuziehung Frankreichs und Rußlands erörtert werden, die an der Frage strategisch, politisch und wirtschaftlich interessiert seien.

Die Engländer waren, wie die Aufzeichnungen des Staatssekretärs
8669 v. Schoen aus Windsor vom 16. November 1907 und der Bericht des
8670 Botschafters Grafen v. Metternich vom 19. November 1907 erweisen, hauptsächlich für Indien besorgt und deuteten an, daß es im Kriegsfalle möglich sei, deutsche Truppen auf der Bagdadbahn bis an den Persischen Golf und damit in größere Nähe Indiens zu befördern. „Im Grunde", berichtete Graf Metternich, „ist alles nur die Furcht für Indien und die Besorgnis, die Abgeschlossenheit dieses Kronlandes von der Landseite durch Eisenbahnen zu gefährden."

8671–8673 Auf eine Verhandlung zu vieren wollte man aber in Berlin nicht eingehen. Nunmehr meinte Sir E. Grey, Deutschland könne sich an die französische und russische Regierung wenden, um deren Wünsche in bezug auf die Bagdadbahn zu hören. Damit machte sich
8674 der englische Staatsmann in einer für Deutschland wenig freundschaftlichen Weise immer wieder zum Anwalt Frankreichs und Rußlands. Der Gedanke einer Verhandlung zu vieren wurde nunmehr nicht wieder aufgenommen.

Im Februar 1908 drängte der Sultan selbst auf den Weiterbau
8675 der Bagdadbahn, in dem er das einzige Mittel erblickte, um den fortdauernden englisch-russischen Intrigen ein Ende zu machen. Es
8678, 8679 kam dann Ende Mai zu dem bereits mitgeteilten[2]) Entschlusse, die Bagdadbahn bis Helif fortzusetzen. Der Sultan ließ den darauf bezüglichen Beschluß des Ministerrates sofort nach Berlin mitteilen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8668 siehe hinten Teil 3.

[2]) Siehe o. S. 166.

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Der fünfundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 25. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 187

Das Sandschakbahnprojekt
Verdächtigungen Deutscher Politik

Das 187. Kapitel ist mit seinen zahlreichen Dokumenten über das österreichische Projekt der Sandschakbahn und die sich daraus ergebende Verschlechterung der russisch-österreichischen Beziehungen insofern ganz besonders aufschlußreich, als sich mit zwingender Deutlichkeit ergibt, in wie hohem Maße hier die Politik der beiden Großmächte durch die persönlichen Gegensätze Iswolskis und des Barons v. Aehrenthal belastet worden ist. Zugleich wird deutlich, daß bei der Eigenart der in Betracht kommenden Staatsmänner jeder weitere Versuch Aehrenthals zu einer entschiedeneren Politik auf dem Balkan in Petersburg dem schärfsten Widerstande begegnen mußte. Der unheilvolle Gegensatz der beiden Großmächte in der Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Herbst 1908 kündigte sich bereits an.

Am 22. Oktober 1906 berichtete der Gesandte in Belgrad Prinz v. Ratibor, das alte Projekt einer Transversalbahn durch den Balkan nehme augenscheinlich in der letzten Zeit festere Form an. Bei dieser Lage der Dinge dürfte es sich für Österreich-Ungarn empfehlen, (8681) im Sandschak Bahnen anzulegen. Fürst Bülow ließ diesen Bericht (8682) dem Botschafter Frhr. v. Marschall zur Kenntnis zugehen, der vorsichtige Zurückhaltung anriet, da solche Bahnprojekte in hohem Maße politische Zündstoffe enthielten.

In Wien erregte der Gedanke einer Transversalbahn zwischen der unteren Donau und der Adria, die hauptsächlich Serbien zugute (8683) kommen könnte, lebhafte Aufmerksamkeit. Aehrenthal betonte alsbald, daß es dann österreichischerseits angezeigt sei, das noch fehlende (8684, 8685) Bahnglied Priboj-Mitrovitza durch das Sandschak zu bauen. Er beabsichtigte, die Hilfe der deutschen Regierung für die Durch- (8686) führung seines Programms in Anspruch zu nehmen. Deutschland sollte den Plan in Konstantinopel unterstützen. (8687)

Ende Dezember 1907 brachte Österreich seine Absicht in Konstantinopel vertraulich zur Sprache und bemühte sich um die Er- (8688) laubnis der Pforte zur Vornahme von Vorarbeiten. Marschall hielt eine vorsichtige Unterstützung seiner geltend gemachten Wünsche (8689) für angezeigt; hiermit war man in Berlin einverstanden.

Am 27. Januar 1908 verkündete plötzlich Aehrenthal in einer
8691 Delegationsrede seine Bahnprojekte im Sandschak. Dadurch stieß er
8692, 8693 nicht nur in Konstantinopel, sondern besonders auch in Petersburg
8694 heftig an. Die zahlreichen Dokumente zeigen deutlich, daß Aehren-
8695—8697 thal mit seinen Projekten nicht nur Iswolski persönlich herausgefordert, sondern auch den Panslawismus auf den Plan gerufen hat. Iswolskis Verstimmung wurde noch dadurch erhöht, daß seine Feinde
8698 in Rußland der Rede Aehrenthals neue Anhaltspunkte entnahmen, um die Leitung der auswärtigen Politik Rußlands auf das Heftigste anzugreifen.

Auch in London bestätigte der russische Botschafter die tiefe Bestürzung Iswolskis über die Politik des Barons Aehrenthal und
8699 gab der Befürchtung Ausdruck, daß die russisch-österreichische Balkan-Entente vollständig in die Brüche gehen könne. Die panslawistischen Ideen würden wieder großgezogen, die slawischen Balkanvölker seien beunruhigt, die Einigkeit der Mächte in Konstantinopel gefährdet und der Widerstand des Sultans gegen die Mächte gestärkt. Von Deutschland erhoffte man eine beruhigende Einwirkung auf Wien. Zu einer aktiven Orientpolitik Deutschlands lag aber, wie Graf Metternich am 7. Februar 1908 zutreffend ausführte, für Deutschland kein eigenes Interesse vor, ebensowenig wie zu Bismarcks Zeiten.
8700 Die englischen Regierungskreise schlossen sich der Auffassung Ruß-
8701 lands an. Auch in Italien zeigte man lebhafte Bedenken.

8702 Bald war man so weit, Deutschland einen Einfluß auf den österreichischen Plan zuzuschieben. Deutschland sollte das Wiener Kabi-
8704 nett in das Unternehmen der Sandschakbahn hineingetrieben haben. Nunmehr ließ die deutsche Regierung in Petersburg auf das Bestimmteste erklären, daß an diesen Darstellungen kein wahres Wort sei. „Wir haben mit Wien über diese Frage nicht verhandelt, auch von dort keinerlei Mitteilung über das Bahnprojekt erhalten und sehen gerade darin einen Beweis für die bona fides und die volle Loyalität Baron Aehrenthals gegenüber Rußland.“ Iswolski blieb aber nach wie
8705 vor auf das Äußerste gereizt, wenn er es auch vermied, die deutsche Politik zu verdächtigen. Die französische Presse verurteilte Öster-
8703 reichs Vorgehen scharf und sprach von dem alsbaldigen Zusammenbruch der russisch-österreichischen Entente.

Aehrenthal selbst beklagte sich über Iswolskis Haltung und
8707 meinte, damit habe er nicht gerechnet, daß Iswolski ins Feuer blase und bei den Kabinetten das Feuer schüre. Dabei sei es doch vom türkischen Standpunkte eine kluge Politik, möglichst viele Bahnen zu bewilligen, um die Balkanvölker mit wirtschaftlichen Problemen an Stelle der nationalen und politischen zu beschäftigen. Er suchte denn
8708 auch Frankreichs Unterstützung in Konstantinopel für seine Pläne zu gewinnen.

Für Deutschland war es von großer Bedeutung, in die Verstim-

mung des Petersburger und Wiener Kabinetts nicht mit hineingezogen 8709, 8710
zu werden; begann doch schon im Februar 1908 die russische Presse,
Deutschland für die ganze Sache verantwortlich zu machen. Selbst in
den schlimmsten Zeiten der panslawistischen Hetzereien hatte die
Presse nicht einen so scharfen Haß gegen Deutschland bekundet wie 8711
damals. Nicht mit Unrecht vermutete man in Berlin dahinter eng-
lische und französische Machenschaften, machte aber zugleich Is- 8712
wolski darauf aufmerksam, daß er dem verleumderischen Treiben der
russischen Presse Einhalt gebieten möge. Iswolski versprach, zu tun, 8713
was in seinen Kräften stehe, und auch der Zar ließ in Berlin erklären,
seine Gesinnung gegen Deutschland sei unverändert. 8714

Englands Haltung war undurchsichtig. Sir Edward Grey erklärte, 8715, 8716
daß er sich in Konstantinopel absolut neutral verhalte und die Frage 8717
der Sandschakbahn dort nicht berühre. In den Kreisen der Peters-
burger Diplomatie erhielt sich aber die Auffassung, daß der englische
Botschafter Sir A. Nicholson der Preßkampagne gegen Deutschland 8718
und Österreich-Ungarn nicht fernstehe. Auch in Italien begann man
Partei zu ergreifen und forderte in der Presse, „daß Deutschland als 8719
intellektueller Urheber der Italien schädigenden Aktivität Österreichs
für seinen anderen Verbündeten eine Kompensation herbeischaffe“.

Eine gewisse Entspannung zwischen Deutschland und Rußland
ergab sich am 20. Februar 1908 daraus [1]), daß Iswolski seinen Berliner 8720
Botschafter beauftragte, den Fürsten Bülow persönlich zu bitten,
keine Zweifel in sein aufrichtiges Verlangen zu setzen, mit aller
seiner Kraft an der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu
Deutschland unter den jetzigen, durch das Wiener Kabinett so
schwierig gewordenen Umständen mitzuwirken. Fürst Bülow schrieb
dem Botschafter, der durch Erkrankung an einem persönlichen Be-
suche des Reichskanzlers verhindert gewesen war, am 21. Februar [2]), 8721
Deutschland könne als treuer Bundesgenosse Österreich-Ungarns und
aufrichtiger Freund Rußlands nur wünschen, daß gute Beziehungen
zwischen beiden Ländern herrschten.

Die russische Presse hetzte zunächst noch weiter. Auch in mili- 8722
tärischen Kreisen war man der Meinung, über die der zum Zaren be-
fehligte Militärbevollmächtigte General v. Jacobi am 23. Februar 1908 8723
berichtete, daß die herausfordernde Haltung der Türkei sich nur durch
Deutschlands Unterstützung erklären lasse. Jacobi trat dieser Auf-
fassung scharf entgegen. Trotz aller beunruhigenden Anzeichen glaubte
man aber nicht, daß die russische Regierung jetzt die Balkanfrage auf- 8724
rollen und diplomatische Händel mit Österreich-Ungarn oder Deutsch-
land suchen wolle.

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8720 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8721 siehe hinten Teil 3.

Auch Graf Pourtalès war nicht der Ansicht, daß Iswolski so weit- 8725 gehende Pläne hege. In seinem Charakter und seiner Politik spielten persönliche Momente, wie Eitelkeit und Empfindlichkeit, eine nicht zu unterschätzende Rolle, und er vermöchte es nicht zu verwinden, daß Aehrenthal gerade jetzt einen diplomatischen Erfolg erringen sollte. Offenbar hat bei Iswolskis Gereiztheit auch der Umstand eine Rolle gespielt, daß er als Träger eines bürgerlichen Namens für persönliche Mißerfolge besonders empfindlich war. In richtiger Einschätzung dieser Eigenart bezeichnete ihn der deutsche Botschafter Graf Pourtalès gern als „gentleman du grand monde“.

8726—8729 Gegen Ende Februar 1908 begann die Erregung Iswolskis nachzulassen. Trotzdem glaubte Graf Pourtalès, daß mit der Rückkehr geordneter Verhältnisse und mit der Befestigung der Staatsgewalt in Rußland der Chauvinismus mehr und mehr sein Haupt wieder erheben, und daß es nur eines geringen Anstoßes bedürfen würde, um den immer weitere Kreise erfassenden Deutschenhaß zu hellen Flammen 8731 anzufachen. Die Erbitterung gegen Österreich dauerte fort.

In Petersburg sprach sich General v. Jacobi im Februar 1908 8732 mit dem Kriegsminister Rödiger offen über die Lage aus. Beide waren der Meinung, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland liege im Interesse beider Länder, und Rödiger erklärte, Rußland werde dann nur gegen Deutschland kämpfen, wenn es sich um eine absolute russische Lebensfrage handele. „Dies würde z. B. der Fall sein, wenn Deutschland die polnische Frage im antirussischen Sinne aufrollen würde, nicht aber, wenn es sich um irgendeinen Zipfel Landes, zum Beispiel in Kleinasien, handele.“

Ein Schreiben Iswolskis an den russischen Botschafter in Berlin 8733 vom 27. Februar 1908[1]), das Graf v. der Osten-Sacken am 2. März im Auswärtigen Amt überreichte, suchte den Gegensatz zu beschwören. Wenn man in Berlin gerecht sein wolle, hieß es darin, dann müsse man anerkennen, daß die Lage für Rußland sehr schwierig geworden sei, und man dürfe sich nicht darüber wundern, wenn das große Publikum an die Einwirkung Deutschlands glaube. Staatssekretär v. Schoen antwortete am 2. März[2]), man habe in Berlin keinen Anlaß, an dem 8734 guten Glauben Aehrenthals zu zweifeln. Graf Pourtalès erhielt Weisung, eine stärkere Einwirkung auf die russische Presse zu versuchen.

Anfangs März 1908 trat die russische Regierung mit dem Wunsche 8735 hervor, Deutschland möge das serbische Projekt einer Donau-Adria-Bahn seinerseits empfehlen. Die weitere Entwicklung führte schließlich dahin, daß der deutsche Kaiser lebhaft für die Förderung des serbischen

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8733 siehe hinten Teil 3.

[2]) Deutscher Wortlaut des Schreibens des Staatssekretärs v. Schoen vom 2. März 1908 siehe hinten Teil 3 (Anmerkung zu Nr. 8733).

Wunsches eintrat und auf das Wiener Kabinett einwirkte. Er tat da- 8743
mit, was in seinen Kräften stand, um die russisch-österreichische
Entente vielleicht noch zu retten. In Petersburg wurde seine Tätigkeit 8744
in der lebhaftesten Weise anerkannt, ebenso auch in Italien. 8749

Nunmehr lenkte auch Wien ein, wozu Aehrenthal an sich wenig 8750
Neigung zeigte. Für ihn war ein Ehrenpunkt, daß nicht etwa die 8751
Mächte in seine Balkanpläne hineinreden sollten, besonders Italien 8752
nicht. Dem italienischen Botschafter in Wien sagte er gerade heraus,
er könne es unter keinen Umständen zulassen, daß die Österreich-
Ungarn durch den Berliner Vertrag ausdrücklich zugesprochene Be- 8753
rechtigung zum Bau der Sandschakbahn auf eine Linie mit anderen
mehr oder weniger phantastischen Bahnprojekten gestellt werde. 8754
Italien verzichtete nunmehr darauf, den gesamten Komplex der Balkan-
bahnfrage dem Konzert der Mächte zu unterbreiten.

Kaiser Wilhelm II. hatte zeitweise die Ansicht, daß König Edu-
ard VII. ihn beim Zaren verdächtigt habe, das Sandschakbahnprojekt
persönlich ausgeheckt und die Österreicher in diesem Sinne vorge- 8755
schoben zu haben. Fürst Bülow ließ in Petersburg durch unmittelbare
Anfrage beim Zaren feststellen, ob wirklich König Eduard VII. bei 8756
seinem Zarenbesuche in Reval am 9. und 10. Juni 1908 in diesem
Sinne mit dem Zaren gesprochen hatte. Kaiser Nikolaus erklärte ent- 8757
rüstet, nicht das Geringste davon zu wissen, tadelte aber Aehrenthals
Schritt. Dieser hätte voraussehen müssen, daß sein plötzliches Hervor-
treten mit derartigen Bahnplänen in Rußland eine große Erregung
hervorrufen würde. Aehrenthal sei Iswolski gegenüber nicht offen 8758
gewesen. Baron v. Aehrenthal war besonders gereizt darüber, wenn
er in der Öffentlichkeit als von Deutschland Geschobener erschien,
und wollte durchaus keinen Zweifel an der Selbständigkeit seiner Ent- 8758
schließungen und an der Unabhängigkeit seiner Politik aufkommen
lassen. Jeden Zweifel daran empfand er als persönliche Kränkung. 8760

So endeten die Erörterungen über das Projekt der Sandschakbahn
mit einer kaum wieder gutzumachenden Verstimmung der leitenden
Staatsmänner in Wien und Petersburg. Die russisch-österreichische
Balkan-Entente mußte als beendigt angesehen werden.

Aus dem reichen Inhalte des 187. Kapitels sei noch auf den Be-
richt des Generals v. Jacobi vom 16. März 1908 an Kaiser Wilhelm II. 8740
hingewiesen. Jacobi bezeichnete darin als Hauptgrund des wieder er-
wachenden Deutschenhasses in Rußland das neu belebte Gefühl „einer
ja glücklicherweise durchaus nicht vorhandenen politischen und mili-
tärischen Stärke" Rußlands. Seiner Ansicht nach kam es darauf an,
den Russen zu zeigen, daß Deutschland ihrer nicht bedürfe. Sehr
aufschlußreich sind ferner die Berichte des Botschafters Grafen Pour-
talès vom 7. und 16. März, sowie vom 14. April 1908, der für das 8738, 8739
Eingreifen Kaiser Wilhelms II. bestimmend geworden ist. 8743

Kapitel 188

Das Ende der Österreichisch-Russischen Entente
Die Anbahnung eines Englisch-Russischen Zusammengehens im Nahen Orient

Schon bei Übernahme des russischen Außenministeriums durch Iswolski war von den Diplomaten verschiedentlich die Frage erörtert worden, ob Iswolski nicht eine Annäherung an England suchen würde. Je größer das russische Interesse für Balkandinge wurde, um so wichtiger war es, ob Rußland in den Balkanfragen an seiner bisherigen Entente mit Österreich-Ungarn festhalten oder sich dem englischen Standpunkte nähern würde.

Anfangs Januar 1908 war der deutsche Botschafter in Petersburg Graf Pourtalès noch der Meinung, daß man in dieser Frage noch nicht hinreichend klarsehe. Selbst Österreich-Ungarns Botschafter in Peters- 8761 burg glaubte vorläufig noch nicht an eine Ausdehnung der englisch-russischen Verständigung auf Angelegenheiten des Balkans. Im Fe- 8762 bruar wurde es bereits wahrscheinlicher, daß Iswolski eine Verständigung mit England suchte, wenn er auch an ein Abkommen mit England über Balkanfragen in weiterem Sinne vorläufig noch nicht dachte.

Am 25. Februar 1908 gab Sir Edward Grey im Unterhause Er- 8763, 8765 klärungen über die mazedonische Frage ab und befürwortete die Einführung eines christlichen Generalgouverneurs in Mazedonien. Dieser 8764 Vorschlag wirkte bei den meisten Mächten beunruhigend. In Wien vermutete man ein abgekartetes Spiel zwischen dem Londoner und dem Petersburger Kabinett, das es Iswolski erlauben sollte, im Anschluß an das schärfere englische Programm mit abgeschwächten Gegenvorschlägen hervorzutreten. Vielleicht wollte Sir Edward Grey der Eitelkeit Iswolskis dadurch schmeicheln.

Der Gedanke eines christlichen Generalgouverneurs in Mazedo- 8767 nien wurde von Iswolski, ebenso auch von Tittoni abgelehnt, obwohl 8768 die Italiener sich in den letzten Jahren nach dem Urteil des Grafen 8769 Monts immer mehr von den Engländern hatten ins Schlepptau nehmen lassen. Man befürchtete in Italien nicht mit Unrecht, daß die nur im Zwangswege zu erreichende Einsetzung eines Generalgouverneurs das Signal für den Zusammenbruch aller Balkandinge sein würde. Auch 8770 Iswolski erklärte die englischen Vorschläge für zu weitgehend und kündigte Gegenvorschläge an, für deren Verwirklichung er auch die deutsche Unterstützung erbat. In Wien war man der Ansicht, man 8771 werde sich mit ihm über seine neuen Vorschläge einigen können.

8772 Der Grundgedanke der neuen russischen Vorschläge war der, allen Signatarmächten bei den geplanten mazedonischen Reformen die gleichen Rechte einzuräumen. Hiermit ließ, so wurde es wenig- 8774 stens in Wien verstanden, Rußland den Gedanken der Entente mit

Österreich-Ungarn in Balkanfragen endgültig fallen. Die russische Regierung ließ sich dabei immer von dem Wunsche leiten, den christlichen Balkanvölkern vor Augen zu führen, daß Rußland für sie [8773] eintrete.

Am 29. und 30. März 1908 stellte Fürst Bülow bei seinem Besuche in Wien in Besprechungen mit dem Kaiser Franz Joseph und Frhrn. v. Aehrenthal fest, daß man dort immer noch darauf hoffte, [8775] Iswolski werde sich Österreich-Ungarn und Deutschland wieder mehr nähern, da Rußland in seiner gegenwärtigen Verfassung doch gar kein Interesse haben könne, eine Katastrophe im Orient und damit voraussichtlich einen allgemeinen Zusammenstoß herbeizuführen. Das Wiener [8776] Kabinett antwortete daher entgegenkommend auf die russischen Vorschläge.

Im April 1908 wurde über die Einzelheiten der russischen und [8777–8788] englischen Reformvorschläge hin und her verhandelt. Deutschland vertrat dabei in Konstantinopel den Standpunkt, die russischen Vor- [8789] schläge seien durchaus maßvoll; die Pforte müsse sich ihnen wohlwollend gegenüberstellen, da durch eine ablehnende Haltung ihre Lage nur ungünstig beeinflußt werden könnte.

Die ausführlichen Berichte des Botschafters Frhr. v. Marschall [8782] vom 4. April und vom 22. April 1908 unterrichten über alle Einzel- [8787] heiten der damaligen Vorschläge und Gegenvorschläge. Seiner Ansicht nach führte jetzt England mit der Parole „Los vom Palais“ einen tödlichen Streich gegen die türkische Herrschaft. In seinem Berichte [8788] vom 26. April 1908 sprach er seine Genugtuung darüber aus, daß die Verhandlungen mit den Mächten dem Anscheine nach noch geraume Zeit in Anspruch nehmen würden. „Wenn ich die verschiedenen Projekte und Gegenprojekte betrachte, die zur Zeit vorliegen, so gelange ich zu der ebenso unmaßgeblichen wie respektwidrigen Schlußfolgerung, daß die Verwirrung in Mazedonien nicht so groß ist als diejenige unter den Mächten über die Frage, wie dort Ordnung und Ruhe herzustellen sei.“ Damit traf er den Nagel auf den Kopf.

Rußland und England nahmen nun in den weiteren Erörterungen [8790–8794] die Führung in die Hand. Nach Aehrenthals Ansicht war es am besten, etwa eingehende neue russisch-englische Vorschläge der Kompetenz des europäischen Konzerts zu überweisen und sie zu diesem Zwecke [8795] der Botschafterkonferenz in Konstantinopel zur Prüfung vorzulegen. Auch Deutschland schloß sich dieser Auffassung an. Im übrigen hatte [8796] sich die Lage in Mazedonien im Frühjahr 1908 wesentlich gebessert. Die Bildung neuer Banden und neue Ausschreitungen waren nicht [8797] erfolgt.

Kapitel 189

Die Entrevue von Reval
Legenden und Intrigen

Mitte Mai 1908 tauchten in London Gerüchte auf, daß ein Besuch König Eduards VII. in Rußland bevorstehe. Am 20. Mai erfuhr 8798 die deutsche Botschaft amtlich, der König werde sich mit seiner Yacht Anfang Juni zu einem zweitägigen Zusammentreffen mit dem Zaren, den er seit sieben Jahren nicht gesehen habe, nach Reval begeben. Iswolski legte Wert darauf, in Verbindung mit dieser Nachricht sofort 8799 zu erklären, er denke nicht daran, in neue politische Kombinationen 8800 einzutreten. Offensichtlich legte König Eduard auf den Besuch großen Wert.

Die russische Presse, von dem deutschfeindlichen Korrespondenten und Geheimagenten v. Wesselitzky maßgebend beeinflußt, begrüßte die bevorstehende Zusammenkunft mit lebhafter Befriedigung. Wesselitzky hatte sich seit Jahren in deutschfeindlichem Sinne betätigt und wiederholt die österreichischen und russischen Polen in deutsch- 8801 feindlichem Sinne beeinflußt. Jetzt ließ er in der „Nowoje Wremia" verkünden, die Tripleallianz Frankreich-England-Rußland werde durch die Zusammenkünfte der drei Staatsoberhäupter im Herbst 1908 besiegelt werden. Um Deutschland ganz zu isolieren, handele es sich nur noch darum, daß das österreichische Polentum offen und entschieden der slawischen Solidarität beitrete.

Iswolski hielt es für nötig, nunmehr in der russischen Presse einen deutschfreundlichen Schritt zu tun. Am 5. Juni 1908 ließ er einen offiziösen Artikel in der „Rossija" erscheinen, der die freundschaftlichen Beziehungen Rußlands zu Deutschland stark unterstrich und sich gegen die russischen Blätter wendete, die Rußland auf den Weg neuer politischer Bündnisse zu drängen suchten und Deutschland zum Ziele abfälliger und scharfer Ausfälle machten. Die Veranlassung zu diesem Aufsatze war in der Hauptsache eine Beschwerde Kaiser Wilhelms II. bei dem ihm seit 1906 attachierten General Tatischtschew gewesen. Als Graf Pourtalès sich mit Iswolski über diesen Aufsatz aussprach, unterließ er den Hinweis nicht, daß Deutschland sich energisch dem Versuch widersetzen müsse, ihm eine englisch-fran- 8802 zösisch-russische Gruppierung in wichtigen Fragen immer wieder entgegenzustellen.

Die Zusammenkunft der Monarchen fand am 9. und 10. Juni 1908 in Reval statt. König Eduard VII. befand sich in Begleitung des Staatssekretärs Sir Charles Hardinge, des Admirals Sir John Fisher und des Generals Sir John French. Russischerseits waren die Kaiserinmutter, die Kaiserin, die Königin von Griechenland, der Großfürst-Thronfolger, mehrere Großfürstinnen und der Großfürst

Michael Alexandrowitsch sowie Iswolski zugegen. Schon vor der Zusammenkunft begrüßten die meisten russischen Zeitungen die französisch-englisch-russische Freundschaft sympathisch als Mittel zur Lahmlegung der deutschen Übermacht. Auch in der Pariser Presse zeigte sich eine nur schlecht verhehlte Schadenfreude über das vereinsamte Deutschland. 8803 8804

Bei der Begegnung sind zweifellos politische Fragen wiederholt erörtert worden. Ein ziemlich inhaltloses kurzes Telegramm des Zaren an den Kaiser[1]) gab diesen Tatbestand mit der kurzen Bemerkung: „Politische Fragen sind in unseren Gesprächen kaum berührt worden“ kaum richtig wieder, und der Kaiser telegraphierte zurück, er hoffe aufrichtig, daß der Eindruck des Zaren, nichts habe sich geändert, sich im Laufe der Ereignisse als richtig erweisen werde[2]). 8805 8806

Die ausführliche Berichterstattung des Grafen v. Pourtalès mit zwei Berichten vom 12. Juni 1908 stellte die politische Bedeutung der Monarchenbegegnung in den Vordergrund. In seinem Berichte an den Reichskanzler hob er hervor, daß, wenn es auch zu neuen Abmachungen auf der Reede von Reval nicht gekommen sei, die Annäherung zwischen Rußland und England doch bei dieser Gelegenheit weitere Fortschritte gemacht habe. Die russische Presse hebe jetzt hervor, eines Bündnisses würde es nur bedürfen, wenn die Haltung „irgendeiner Macht“ dies notwendig machen sollte. „Mit dieser Macht kann in erster Linie nur Deutschland gemeint sein. Die Gruppierung zu Dreien soll gegen das angebliche Überhandnehmen des deutschen Einflusses ein Gegengewicht bilden. Deutschland soll nicht bedroht werden, man verwahrt sich gegen die ‚Einkreisungspolitik‘; man will aber überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, den angeblichen Gelüsten Deutschlands, seine Weltmachtstellung zu betätigen, wie in Algeciras, gemeinsam diplomatisch entgegentreten.“ Für die nächste Zeit werde man mit einer zunehmenden Intimität zwischen den Kabinetten von Petersburg und London zu rechnen haben. Der Kaiser vermerkte zu diesem Berichte: „Daher Reichsfinanzreform! Viele indirekte Steuern; starke Flotte, starkes Heer! Pulver trocken!“ 8807

In einem Privatbriefe an den Reichskanzler fügte Graf Pourtalès noch hinzu, augenscheinlich herrsche beim Zaren eine Verstimmung, weil Kaiser Wilhelm II. sich in der letzten Zeit wiederholt sehr scharf über Rußland ausgesprochen haben solle. Es sei jedenfalls sehr bedauerlich, daß der Zar unter diesen Eindrücken, die Kaiser Wilhelm II. als durchaus unbegründet zurückwies, nach Reval gegangen sei. Im besonderen sollte der Kaiser in Döberitz eine kriegerische Ansprache mit Anspielungen gegen Rußland gehalten haben, was der Wahrheit nicht entsprach. 8808

---

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8805 siehe hinten Teil 3.
[2]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8806 siehe hinten Teil 3.

8809, 8811—8813, 8816, 8817

Die englische Presse beurteilte sowohl die Zusammenkunft von Reval wie auch die Gerüchte über die Döberitzer Ansprache verhältnismäßig ruhig. Die liberale „Nation“ erklärte am 13. Juni 1908, der Anstoß zu der Revaler Zusammenkunft sei von Frankreich gekommen; es sei das Ideal von Delcassé gewesen, alle Mächte, insbesondere aber England, Frankreich und Rußland zu einer Liga zu gruppieren, um Deutschland zu isolieren. Seine Nachfolger hätten vielleicht die Gefahren dieser offenen und aggressiven Einkreisungspolitik erkannt; Delcassés Schule aber beherrsche noch das Mnisterium des Äußern in Paris.

Von Reval zurückgekehrt, beeilte sich Iswolski, dem deutschen 8810 Botschafter von den dortigen Vorgängen ein möglichst harmloses Bild zu entwerfen. Vereinbarungen über politische Fragen, die in irgendeiner Weise gegen Deutschland gerichtet seien, hätten nicht stattgefunden. Tatsächlich aber haben die Vertreter Englands bei der Revaler Zusammenkunft die russischen Staatsmänner, wie aus dem Berichte des Admirals Sir John Fisher über Reval hervorgeht, zu einer Verstärkung der russischen Kriegsrüstung gegen Deutschland aufgefordert, damit Rußland etwa im Jahre 1915 bei der vorausgesetzten Zuspitzung des deutsch-englischen Verhältnisses als Schiedsrichter gegen Deutschland auftreten könne. Graf Pourtalès gewann aus Iswolskis Mitteilungen den Eindruck, daß ihm viel an der Beruhigung Deutschlands über Reval gelegen sei. „Meine früher ausgesprochene Ansicht, daß die russisch-englische Intimität in Reval eine engere geworden ist, und daß diese Intimität dazu neigen wird, sich in dem Spiele der Diplomatie der nächsten Zukunft nicht zu unserem Vorteil zu betätigen, wird durch Herrn Iswolskis Versicherungen nicht erschüttert.“

Da das Ausland immer wieder die Äußerungen des Kaisers in 8814 den Vordergrund stellte, auch in ganz unberechtigten Fällen, legte 8815 Fürst Bülow dem Kaiser am 17. Juni 1908 verschiedene darauf bezügliche Mitteilungen der Botschafter vor und wies darauf hin, daß es im Interesse der Mächte läge, Deutschland als nervös und unruhig erscheinen zu lassen. „Das ist schon darum die Taktik unserer Feinde, weil jede wirkliche oder scheinbare Drohung von unserer Seite die Franzosen veranlaßt, ihre Ostgrenze noch mehr zu befestigen, die Engländer, noch mehr Dreadnoughts zu bauen, die Russen, noch mehr Truppen nach ihrer Westgrenze zu legen . . . Wir müssen in möglichster Stille an der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit der Armee arbeiten, nach außen hin aber vermeiden, was auf unsere Arbeit und auf uns unnötigerweise die Aufmerksamkeit lenkt und uns neuen Verdächtigungen und Umtrieben aussetzt.“

Zweifellos gab es auch in Rußland Kreise, die es keineswegs gern 8818 sahen, wenn die russische Politik auch nur scheinbar die Richtung gegen Deutschland nahm. Das erwies unter anderem auch ein Ge-

spräch des Kriegsministers Rödiger mit dem General v. Jacobi am 4. Juli 1908 in Petersburg. Rödiger gab in unbestimmten Andeutungen 8826 zu verstehen, daß er und mit ihm noch andere die Iswolskische Politik England gegenüber nur zum Teil billigten, daß bis jetzt Rußland keinerlei bindende Verpflichtungen im Falle eines deutsch-englischen Konfliktes eingegangen sei, und daß Rußland neutral bleiben müsse, falls es sich nicht um eine Lebensfrage handele.

Eine nicht ganz unbedenkliche Wendung nahm unter der Nachwirkung der Zusammenkunft von Reval die deutsche Politik gegenüber Österreich. Ein Teil der österreichischen Presse beurteilte die Weltlage pessimistisch, während Aehrenthal mit einer gewissen Gereiztheit nichts von einer solchen Auffassung wissen wollte. „Die Enttäuschung,“ berichtete der deutsche Botschafter v. Tschirschky am 23. Juni 1908, „die er von russischer Seite erlebt hat, das er so genau 8819 zu kennen geglaubt hatte, hat ihn bei seinem stark entwickelten Selbstgefühle hart getroffen. Daher sein Bemühen, die Tragweite der englisch-russischen Annäherung nach Möglichkeit abzuschwächen.“ Tschirschky empfahl nun, auf die Eigenheiten Aehrenthals jede mögliche Rücksicht zu nehmen.

Die Beunruhigung der deutschen Staatsmänner über die neue Weltlage findet ihren prägnantesten Ausdruck in einem Rundschreiben vom 25. Juni 1908, das den preußischen Gesandten in München, 8820 Dresden, Stuttgart und Karlsruhe zuging. Es beschäftigte sich mit der zweifellos vorhandenen Beunruhigung, die durch die Revaler Entrevue erzeugt worden sei. Bülow bezeichnete es als einen verhängnisvollen Fehler, wenn wir etwa im Vertrauen auf die uns abgegebenen Versicherungen verkennen wollten, daß durch diese Vorgänge unsere politische Bewegungsfreiheit unter Umständen beeinträchtigt werden könnte. „Wir haben damit zu rechnen, daß, wenn wir oder Österreich-Ungarn mit einer der Ententemächte in einen ernsteren Interessenkonflikt geraten sollten, die bis dahin noch losen und vagen Ententen und Verständigungen sich zu konkreten Bündnissen verdichten würden, so daß wir zusammen mit Österreich-Ungarn uns einer starken Koalition gegenübersehen könnten . . . Diese Ententen und Allianzen sind also ihrem Ursprung nach eher defensiven Charakters. Man würde aber vielleicht nicht zögern, auch aggressiv gegen uns vorzugehen und uns womöglich niederzuzwingen, wenn man sich dazu die Macht zutraute.“ Für unsere Haltung im Orient und besonders auf der Balkanhalbinsel, wo wir nur wirtschaftliche Interessen hätten, seien und blieben die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen des uns eng befreundeten und verbündeten Österreich-Ungarns in erster Linie maßgebend. Die Lage sei für beide mitteleuropäischen Monarchien in gleichem Maße ernst. Deshalb sei es nötig, die militärische Rüstung zu Wasser und zu Lande so achtunggebietend zu gestalten wie möglich, und neben der militärischen auch

die finanzielle und wirtschaftliche Rüstung nicht zu vernachlässigen. Hierbei müsse ruhig und möglichst geräuschlos verfahren werden. Ein herausfordernder und andere Nationen ohne Not verletzender, ruhmrediger Ton müsse von der Presse vermieden werden. Dann könne man getrost und ohne Furcht in die Zukunft sehen: „So lange Deutschland fest, einig und mutig bleibt, stellt es eine gewaltige Volkskraft und eine große militärische Kraft dar, an die sich andere nicht so leicht heranwagen werden. Deutschland und Österreich-Ungarn bilden einen starken Block, der allen Stürmen Trotz zu bieten vermag . . . Treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn soll und muß auch in Zukunft der oberste Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bleiben."

Von dem gleichen Gedankengange ist auch ein Schreiben des 8822 Reichskanzlers an den Botschafter v. Tschirschky vom 29. Juni 1908 beherrscht. Tschirschky sollte scharf darauf achten, daß Baron Aehrenthal keine plötzliche Schwenkung nach der englischen Seite machte.

In England war man nicht allseitig mit der Besuchspolitik des Königs zufrieden. Man bestrebte sich daher, diese Besuche möglichst 8821 mit Stillschweigen zu übergehen, zumal seit die Zusammenkunft von Reval solche scharfen Erörterungen in der ganzen europäischen Presse ausgelöst hatte.

Dem Wunsche Kaiser Wilhelms II., seiner Verstimmung über die persönliche Politik seines königlichen Oheims durch Nichtzulassung englischer Offiziere zur deutschen Armee äußerlich Ausdruck zu 8824 geben, trat das Auswärtige Amt entgegen und wußte den Monarchen 8825 davon zu überzeugen, daß eine abweichende Behandlung der englischen Offiziere unangezeigt sei.

Wenn in den Wochen, die auf Reval folgten, Iswolski und die russische Presse eine deutschfreundliche Haltung annahmen, so lag 8823 nach der Überzeugung des Grafen Pourtalès der Grund dafür darin, daß Rußland damals außerstande war, bei einer eintretenden Verwicklung eine Rolle zu spielen. „Die ernsten Worte, die in der letzten Zeit von Deutschland her vernommen worden sind, haben ihre Wirkung nicht verfehlt."

Aus der ganzen Entwicklung ergab sich ein noch näherer Anschluß der Türkei an die deutsche Politik. Als der frühere Militär-Instrukteur General Frhr. v. der Goltz im Juni 1908 in der Türkei geweilt und auch den Sultan besucht hatte, hatte dieser auf die Animosität König Eduards VII. gegen Kaiser Wilhelm II. hingewiesen; seine Absicht, Deutschland einzukreisen, sei nicht zu verkennen und in Reval zum Ausdruck gekommen. Da Deutschland auf ein unbedingtes 8827 Mitgehen Italiens nicht rechnen könne, so sei es im wesentlichen jetzt auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn verwiesen. „Den hieran logisch anzuknüpfenden Schluß, daß die Türkei im Dreibunde den Er-

satz für Italien bilden müsse, sprach der Sultan nicht förmlich aus, allein derselbe lag ganz in der von ihm verfolgten Gedankenreihe."

Ein Nachspiel zu der Begegnung von Reval bildete das Zusammentreffen des Präsidenten Fallières mit dem Zaren am 27. und 28. Juli 1908 auf der Reede von Reval. (8828) Wenn hierbei auch ein geringerer Glanz entfaltet wurde als im Juni bei der Monarchenbegegnung, so zeigte man sich doch in Petersburg von dem Verlaufe des Besuches befriedigt. Iswolski hob den „eminent friedlichen Charakter (8829) der ausgetauschten Trinksprüche" hervor und betonte nach Berlin hin, er habe ebenso wie auch bei früheren Gelegenheiten bei seinen Interviews mit französischen Journalisten den Wert besonders hervorgehoben, den Rußland auf freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland lege.

Kapitel 190

Das Englisch-Russische Reformprojekt Iswolskis Drohungen

Das 190. Kapitel umfaßt 45 Dokumente aus der Zeit vom 18. Juni bis zum 20. August 1908, überschneidet sich also zeitlich mit dem vorhergehenden Kapitel [1]. Seinen wesentlichen Inhalt bildet die Frage der von England und Rußland vorgeschlagenen Reformen für Mazedonien und die Stellung Iswolskis gegen Deutschland. Unter der Überschrift „Iswolskis Drohungen" sind seine wiederholt gegebenen Hinweise zu verstehen, daß Rußland sich völlig an England an- (8851) schließen werde, falls Deutschland nicht das von Iswolski verbesserte englische Reformprojekt unterstützte.

Die deutsche Regierung hielt in dem gekennzeichneten Zeitabschnitte immer den Gedanken fest, einerseits in Konstantinopel be- (8830) ruhigend einzuwirken, andererseits mit Wien in voller Übereinstim- (8831) mung zu handeln. Die Anweisungen des Auswärtigen Amts in Berlin und die Botschafterberichte aus London, Therapia, Petersburg und (8832—8840) Wien Ende Juni 1908 stellen klar, daß Deutschland in Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn nur für solche Neuerungen beim Sultan einzutreten wünschte, deren Durchführung keine Gefahr für den europäischen Frieden bildete. Dabei stellte es sich bereits als schwierig heraus, mit Aehrenthal zusammenzugehen, der unter allen Umständen (8841) als selbständiger Leiter seiner eigenen Politik erscheinen wollte.

Unter diplomatischen Erörterungen über die auf dem Balkan zu treffenden Maßregeln, wobei England mit seinen Vorschlägen über die Bildung fremder Kolonnen am meisten drängte, kam allmählich der (8835, 8838) Juli 1908 heran, der durch den A u s b r u c h d e r j u n g t ü r k i s c h e n

[1]) Vgl. die synchronistische Zusammenstellung, S. 191 ff.

Bewegung die Gesamtlage auf dem Balkan entscheidend veränderte und sämtliche Großmächte völlig überraschte. Kurz vorher noch hatte 8851 Iswolski in seinen Besprechungen mit dem Grafen Pourtalès immer wieder den Gedanken erörtert, daß die Entscheidung über den Kurs, den die russische Politik einzuschlagen habe, nunmehr in Deutschlands Händen liege. „Stellt sich Deutschland und mit ihm Österreich-Ungarn günstig zu dem anglo-russischen Reformprojekt für Mazedonien, so bietet es dadurch Rußland die Möglichkeit, auf dem Boden der Entente mit Österreich-Ungarn und des Zusammenwirkens der drei konservativen Kaisermächte weiter zu arbeiten. Machen dagegen das Berliner und das Wiener Kabinett dem Reformprojekt Schwierigkeiten, so sieht sich Rußland genötigt, stärkere Anlehnung an England zu suchen. Die letztere Eventualität würde, wie sich nicht leugnen läßt, erheblich zur Verschärfung der allgemeinen Lage in Europa beitragen.“ Iswolski betont dabei immer wieder, Aehrenthal tue ja doch nur, was ihm von Berlin aus vorgeschrieben werde. Dabei wies er den Gedanken zurück, selbst einen dominierenden Einfluß in der Türkei oder gar territoriale Erwerbungen dort anzustreben. Beides 8852 würde dem russischen Reiche nur Verlegenheiten bereiten. Das Einzige, was er für die Zukunft Rußlands träume, sei die freie Ein- und Ausfahrt der russischen Kriegs- und Handelsschiffe aus dem Schwarzen Meere, jedoch nicht zu kriegerischen Zwecken, sondern lediglich, um eine Rußlands Machtstellung entsprechende Rolle im Mittelländischen Meere zu spielen. Die Verwirklichung dieses Traumes sei auch ohne den Besitz von Konstantinopel möglich. Graf Pourtalès begegnete ihm mit der Frage, ob sich die panslawistische Partei mit einem verhältnismäßig so genügsamen Programm begnügen würde.

Am 10. Juli 1908 überreichte der englische Geschäftsträger in 8853 Berlin den Entwurf zu einer Kollektivnote an die Pforte[1]), den die russische und englische Regierung gemeinsam ausgearbeitet hatten. In dieser Anlage war die Bildung einer mobilen Truppe von 10 bis 12 000 Mann vorgeschlagen, die dem Generalinspekteur für die Wiederherstellung der Ruhe in den Wilajets Saloniki, Kossowa und Monastir zur Verfügung gestellt werden sollte. England legte Wert auf 8854 baldige Prüfung, während Aehrenthal den Entwurf den Botschaftern 8855, 8856 in Konstantinopel zu gemeinschaftlicher näherer Prüfung und Ausarbeitung einer Note zuzuweisen wünschte.

8857, 8858 Iswolski befürwortete dringend die Förderung des Projekts durch Österreich-Ungarn und Deutschland. In Berlin wollte man aber durchaus den Eindruck vermeiden, als wenn Deutschland der Lösung der Frage in russischem Sinne als Haupthindernis im Wege stehe. Hinsichtlich der deutsch-österreichischen Beziehungen sollte Graf Pourtalès gesprächsweise gelegentlich zu Iswolski sagen, Deutschland

[1]) Deutscher Wortlaut des Dokumentes Nr. 8853 sowie der Anlage siehe hinten Teil 3.

mache ihn auch nicht für alles verantwortlich, was die Franzosen täten. Gerade unter der Leitung des Frhrn. v. Aehrenthal sei die [8859] österreichische Politik recht selbständig geworden, und es sei falsch zu vermuten, daß Deutschland hinter jedem österreichischen Vorschlage oder hinter jeder österreichischen Weigerung stehe.

Der österreichische Wunsch einer redaktionellen Änderung in dem englischen Vorschlage zur Bildung fliegender Kolonnen wurde dadurch [8860—8862] gegenstandslos, daß am 3. Juli im Wilajet Monastir eine jungtürkische Erhebung ausgebrochen war, die rasch an Ausdehnung gewann und den Sultan schon am 24. Juli nötigte, die Verfassung von 1876 wiederherzustellen und die Vorbereitung von Parlamentswahlen anzuordnen [1]). England erklärte nunmehr, wenn die in der Türkei ausgebrochene Be- [8863] wegung Ordnung schaffe, so werde es sich mit Freuden von jeder Einmischung in die mazedonischen Verhältnisse zurückziehen. Die eng- [8865, 8867] lische Regierung ließ daher am 30. Juli mitteilen, daß sie Vorstellungen bei der Pforte im Sinne der Bildung fremder Kolonnen nicht mehr für angezeigt halte.

In Wien wirkte der damalige deutsche Geschäftsträger Graf [8864, 8866, 8868, 8869] Brockdorff-Rantzau in dem Sinne einer noch stärkeren Unterstützung Aehrenthals als bisher, wozu man auch in Berlin bereit war.

Nach dem Ausbruche der jungtürkischen Revolution beruhigte sich Iswolski wesentlich. Er hielt nunmehr die größte Zurückhaltung und [8870] Vorsicht seitens der Mächte für geboten. Eine russische Zirkularnote an die Mächte erklärte, daß Rußland angesichts der Vorgänge in der [8871, 8872] Türkei seine Reformvorschläge einstweilen zurückstelle. Hiermit er- [8873] klärte man sich in Wien und auch in Berlin einverstanden.

Als am 12. August in Ischl die Begegnung zwischen König Eduard VII., der von Sir Ch. Hardinge begleitet war, und Kaiser Franz Joseph stattfand [2]), benutzte Aehrenthal die Gelegenheit, mit dem Könige und Sir Ch. Hardinge politische Fragen zu besprechen und die Grundzüge der österreichischen Politik klarzulegen. Sie halte es jetzt für richtig, gegenüber der jungtürkischen Bewegung eine abwartende Haltung einzunehmen. Österreich-Ungarn habe in den drei Wilajets keine politischen Interessen, müsse aber auf die Türkei, der es als Großmacht am nächsten liege, eine gewisse Rücksicht nehmen. An der Allianz mit Deutschland halte die k. und k. Regierung unverbrüchlich fest, weil sie den Interessen Österreich-Ungarns und dem Frieden Europas zunutze komme. Sowohl Sir Ch. Hardinge wie auch Baron Aehrenthal hielten es für richtig, zunächst die Weiterentwicklung der Dinge abzuwarten, wobei Aehrenthal den Gedanken hinwarf, es könne sich aus der in der Türkei eingetretenen Wendung vielleicht auch eine Annäherung zwischen Deutschland und England und daraus mit der Zeit eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen ergeben.

[1]) Siehe Kapitel 191.

[2]) Vgl. o. Kapitel 177, Dokument Nr. 8230, S. 125.

Kapitel 191

Die Jungtürkische Revolution und die Mächte. 1908

Für die ganze Welt war es eine ungeheure Überraschung, als in der Türkei, die seit Jahrzehnten den Gegenstand von Reformwünschen der Mächte gebildet hatte, im Juli 1908 eine aus der Korruption des Staates und aus den Reformwünschen ihr Vaterland liebender Türken entstehende Militärrevolte und daraus allmählich die sogenannte jungtürkische Revolution entstand, die eine völlige Umwälzung der Staatsgrundlagen und die Einführung einer konstitutionellen Verfassung herbeiführte.

Die Bewegung entstand beim III. Armeekorps in Mazedonien. Anfangs nahm der Gesandte v. Kiderlen, der in Therapia den im Haag befindlichen Botschafter Frhr. v. Marschall vertrat, an, es 8875 handele sich nicht um bedenkliche politische Erscheinungen und die Bewegung werde sofort verschwinden, wenn die persönlichen Gründe beseitigt seien. Bald aber stellten es ausführliche Berichte des deut- 8876 schen Konsuls in Saloniki Frhr. v. Ostman vom 8. Juli 1908 und des 8877 Konsulatsverwesers in Saloniki Hoffmann vom 22. und 23. Juli 1908 klar, daß die anfängliche Militärrevolte sich zu einer nationalen Bewegung großen Umfanges auswuchs. Als Ziel erschien die Beseitigung der ungeheuren Korruption in der bisherigen Staatsleitung, die Abschaffung der allzu starren Zentralisation und des Spionenwesens in der inneren Politik. Die ganze Bewegung hatte einen durchaus nationalen Zug und breitete sich mit großer Geschwindigkeit unter der Devise „Es lebe das Vaterland! Es lebe die Nation! Es lebe die Freiheit!" über das ganze Land aus.

Über diesen Verlauf erschrocken, entschloß sich Sultan Abdul Hamid am 24. Juli zur Wiederherstellung der Konstitution von 1876, die tatsächlich noch in Kraft war, wenn auch das Parlament niemals mehr einberufen worden war, und ordnete die Vorbereitung von Parlamentswahlen an.

Für die fremden Mächte und in erster Linie für Deutschland war bei seinen nahen Beziehungen zur Türkei die Frage wichtig, ob die jungtürkische Bewegung sich außenpolitisch gegen die fremden Mächte wenden würde. Das von vornherein gegebene Stichwort der Revolution „par nous-mêmes, pour nous-mêmes" wies auf eine derartige Entwicklung hin. Kaiser Wilhelm II. war der Ansicht, Botschafter v. Marschall, 8878 der sich seit dem 3. Juni in Deutschland auf Urlaub befand, müsse sofort nach Konstantinopel zurückkehren, ließ sich aber vom Auswär- 8879 tigen Amt überzeugen, daß ein derartiger Schritt im gegenwärtigen Augenblick alarmierend wirken und nirgendswo verstanden werden würde.

So blieb denn Herr v. Kiderlen, mit dessen Tätigkeit am Goldenen Horn man in Berlin sehr zufrieden war, und der sich der besonderen Gunst des Großherrn erfreute, zunächst dort. Jede Einmischung frem-

der Staaten, so auch das Erscheinen fremder Schiffe oder der Versuch, 8880
neue Reformvorschläge für Mazedonien durchzusetzen, konnten nach
Kiderlens Ansicht die bis jetzt türkisch-nationale Bewegung in eine
islamitische umschlagen lassen.

Kiderlen setzte seinen Einfluß dafür ein, daß der Sultan den einmal beschrittenen Weg der Konzessionen und Versprechungen in durchaus loyaler Weise weiter verfolgen solle. Eine nationale Bewegung wie die jungtürkische wäre seiner Ansicht nach ohne das 8881
Reform-Unwesen der Mächte niemals möglich gewesen. Das Eigentümliche an der Bewegung war die überall hervortretende Betonung der nationalen Seite und das Auftauchen eines von der Religion unabhängigen Patriotismus. „Soweit ein solcher Patriotismus vorhanden, dürfen sich ihn diejenigen Mächte auf die Rechnung schreiben, die durch Flottendemonstrationen, Protektion der ungerechten Forderungen der kleinen Balkanstaaten, durch die Reformaktion in Mazedonien und das Verhalten in Kreta der Türkei fortwährende Demütigungen bereiteten.“ Mit Flottendemonstrationen und Reformaktionen werde es gegenüber dem plötzlich erwachten Nationalbewußtsein der Türken zu Ende sein, eine Feststellung, der Kaiser Wilhelm II. freudig beitrat.

Zweifellos gerieten England und Rußland, die Hauptträger der Reformwünsche, durch die türkischen Ereignisse in nicht geringe diplomatische Schwierigkeiten. In Wien sowohl wie in Berlin war 8882, 8883
man entschlossen, dahin zu wirken, daß die Presse diese Schwierigkeiten nicht unterstreichen möge, um die Lage nicht zu verwirren. Besonders in Rußland war man sehr empfindlich gegen den Versuch, 8884
die Verantwortung für die Reformen diesen Mächten zuzuschreiben.

In Berlin hielt man es für die Hauptsache, daß der Sultan nun 8885
auch an der von ihm selbst gegebenen Konstitution festhielt, damit sich nicht etwa übelwollende Elemente der Bewegung bemächtigten; 8886
bemühte sich doch die deutschfeindliche Presse des Auslandes bereits 8887
damals, den in der Türkei eingetretenen Umschwung als englischen Sieg und deutsche Niederlage hinzustellen und anzudeuten, Deutschland berate den Sultan im Sinne baldiger Aufhebung der Verfassung. Kaiser Wilhelm II. ließ daher am Goldenen Horn erklären, daß er die 8888
eingeleitete Reformaktion mit den besten Wünschen begleite. Auch der türkische Botschafter in Berlin wirkte in gleichem Sinne und bezeichnete die Wiedereinführung der Konstitution als eine absolute Notwendigkeit. Sein Wunsch ging dahin, Deutschland möge auf die Pforte dahin einwirken, daß sie den Mächten die Zusicherung für die 8889
Aufrechterhaltung der Konstitution für alle Zukunft geben möchte. Kiderlen wurde angewiesen, in diesem Sinne bei der Pforte zu arbeiten. 8893, 8894

In Italien trat man in der türkischen Frage auf Deutschlands Seite und ließ am 29. Juli in Berlin erklären [1]), man werde keinen Schritt 8890

[1]) Deutscher Wortlaut der Anlage zu Dokument Nr. 8890 siehe hinten Teil 3.

in der türkischen Angelegenheit ohne vorherige Verständigung mit den verbündeten Regierungen unternehmen.

In Konstantinopel flaute die Erregung der Massen bald ab, da 8891. 8892 die Regierung in weitestem Maße einlenkte. Der Sultan wurde zum Gegenstande begeisterter Ovationen der Volksmenge. Man wünschte 8895–8897 daher in Berlin, in die weitere Entwicklung möglichst nicht einzugreifen. Jede Einmischung von außen, sowohl für wie gegen die 8898 Konstitution, konnte nach Kiderlens Erachten der Bewegung eine bedenkliche Richtung sowohl in nationaler wie in dynastischer Richtung geben. Er riet daher dem Sultan eindringlich zu treuem Festhalten an den gegebenen Versprechungen.

In der gesamten europäischen Presse wurde die türkische Verfassungsbewegung, wenn auch teilweise mit erheblichen Vorbehalten, 8899 sympathisch begrüßt. Dabei war unbestreitbar, daß Österreich-Ungarn mit Rücksicht auf Bosnien und die Herzegowina in eine etwas schwierige Lage geriet, daß die umliegenden Balkanstaaten, Bulgarien, Serbien und Griechenland, die Möglichkeit einer dauernden Erstarkung der Türkei nur mit sauersüßer Miene begrüßen konnten, und daß auch Rußland ähnlich denken mußte. Auch Italiens Freude an einer erstarkenden Türkei mußte durch seine heimlichen Gelüste auf Tripolis und Albanien wesentlich eingeschränkt werden. Ähnlich stand es mit England, wie aus der Art hervorging, mit der Sir Ch. Hardinge beim Besuche König Eduards VII. in Wilhelmshöhe am 14. August 1908 [1]) sich über die türkischen Vorgänge aussprach.

Eine wichtige Rolle in der jungtürkischen Bewegung hatten diejenigen Offiziere gespielt, die in Deutschland ihre Ausbildung ge- 8902 nossen hatten. Sie hatten jetzt in der türkischen Armee fast alle maßgebende Stellen inne. Österreich-Ungarn und Deutschland legten nunmehr Wert darauf, daß der Zar Nikolaus nicht etwa annehmen sollte, die angebliche wirtschaftliche Ausbeutung der Türkei durch die beiden Mächte habe die jungtürkische Revolution bewirkt, sondern vielmehr 8903 das türkische Mißtrauen gegenüber den weiteren Reformplänen der Mächte und die Besorgnis vor etwaigen in Reval in dieser Beziehung getroffenen Abmachungen. Tatsächlich hatte die türkische Staats- 8904 umwälzung alle europäischen Mächte überrascht. Erfreulich war es, 8905 daß Italien sich in dieser Zeit eng an der Seite seiner Dreibundgenossen hielt.

Einen außerordentlich lesenswerten und klug abwägenden Überblick über die Geschehnisse in der Türkei und die daraus sich ergebenden politischen Folgen enthält eine Aufzeichnung des Bot- 8906 schafters in London, Grafen v. Metternich, die er am 14. August 1908

---

[1]) Siehe o. S. 107 ff.

an Bord des Dampfers „Amerika“ niederschrieb. Darin finden sich eine Reihe feiner Bemerkungen über politische Dankbarkeit, von der Metternich nicht viel hielt. Seine Bemerkung, daß Deutschland durch sein Verhalten beim Friedensschlusse von Schimonoseki[1]) sich die japanischen Sympathien entfremdet habe, wurde vom Kaiser als „Unsinn“ zurückgewiesen. Die türkische Politik, meinte Metternich, werde sich in erster Linie dem zukehren, der ihr am meisten nützen und am meisten schaden könne, und das sei England. „Sobald Englands törichte Politik aufhört und es den Wunsch betätigt, Freund der Türkei zu sein, wird es in Konstantinopel bald die leitende Rolle haben. Das liegt in der Natur der Verhältnisse und ist unabhängig von unserem Verhalten.“

Nach Ablauf seines Urlaubes traf am 25. August 1908 der Botschafter Frhr. v. Marschall in Konstantinopel wieder ein. Er beeinflußte den Sultan in dem Sinne treuen Festhaltens an den gegebenen Versprechungen und loyalen Einhaltens der Verträge, die er dem Auslande gegenüber eingegangen sei. Die Reformwünsche der Mächte traten einstweilen in den Hintergrund. Man war aber noch nicht bereit, völlig darauf zu verzichten, da nach Ansicht der Staatsmänner des Dreibundes das jungtürkische Regime zunächst noch Beweise für seine Dauer zu erbringen hatte. 8907 8908 8909

Das 191. Kapitel endet mit zwei großen Berichten des Botschafters Frhr. v. Marschall vom 3. und 4. September 1908. Der erstgenannte, sehr ausführliche, ist vom Kaiser als „hervorragend“ und als „ein geradezu klassisches Werk“ bezeichnet worden. Er gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Gesamtereignisse und bildet in der Tat eine geschichtliche Darstellung von hohem Reiz und ernsthafter, dauernder Bedeutung. Zu der Feststellung Marschalls, daß von allen den Leuten, die allein dem Sultan ihre Stellung und ihren Reichtum verdankten, in entscheidender Stunde keiner für ihn eingetreten sei, machte Kaiser Wilhelm II. die bittere und durch den Abschluß des Weltkrieges bei ihm selbst in tragischer Form bestätigte Bemerkung: „Das machen Hofkreaturen immer so! Auch außerhalb der Türkei, bei uns Christen!“ 8910

Der Abschlußbericht Marschalls vom 4. September 1908 beschäftigte sich hauptsächlich mit der Rückwirkung der türkischen Vorgänge auf die englische Politik. Die Tatsache einer starken türkischen Sympathie für England war unbestreitbar, während Deutschland allmählich am Goldenen Horn in die unbequeme und nicht ungefährliche Rolle des einzigen Freundes hineingeraten war. Nach Mar- 8911

[1]) Vgl. Wegweiser Band II, Kapitel 57, S. 86 ff.

schalls Ansicht bedeutete eine Wendung der englischen Politik nach turkophiler Seite hin für Deutschland eine Entlastung. Vielleicht konnte sich daraus, wie Marschall meinte, automatisch eine Wiederbelebung des Gegensatzes zwischen England und Rußland ergeben. Deutschland aber und England könnten die Freunde der Türkei sein, ohne daß auf politischem Gebiete ihre Wege sich zu kreuzen brauchten.

Synchronistische Zusammenstellung
der
in den Bänden XXII–XXV,2 enthaltenen Dokumente

Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen Anlagen zu den Aktenstücken bezw. unsichere Daten

Tag	Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Jahr		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
1904							
5.	Februar	7387	5. Februar 1904 Russisch-Japanischer Krieg.				
10.	„	7388					
12.	„	7389					
13.	„	7390					
18.	„	7391					
20.	„	7392					
23.	„	7393, 7394					
26.	„	7395					
29.	„	7396					
3.	März	7397, 7398					
5.	„	7399					
9.	„	7400					
10.	„	7401					
11.	„	7402, 7403, 7404					
12.	„	7405, 7406					
13.	„	7407					
14.	„	7408, 7409					
15.	„	7410					
16.	„	7411, 7412					
18.	„	7413					
19.	„	7414					
21.	„	7415					
22.	„	7416					
23.	„	7417					
26.	„	7418					
30.	„	7419					
31.	„	7420					

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1904						
1.	April	7421, 7422					
2.	„	7423, 7424					
3.	„	7425					
5.	„	7426					
6.	„	7427					
7.	„	7428, 7429					
8.	„	7430	8. April 1904 Entente cordiale.				
10.	„	7431					
20.	„	7432					
8.	Mai	7433, 7434					
9.	„	7435, 7436					
10.	„	7437					
13.	„	7438					
19.	„	7439					
21.	„	7440					
23.	„	7441					
25.	„	7442					
26.	„	7443					
5.	Juni	7444					
12.	„	7445					
24.	„		7749				
3.	Juli	7446					
6.	„		7750				
7.	„	7447					
9.	„		7751				
11.	„		7752				
12.	„		7753, 7754				
13.	„	7448					
14.	„		7755				
20.	„	7449	7756				
30.	„	7450					
9.	August	7451					
16.	„	7452, 7454					
18.	„	7453					
24.	„	7455					
7.	Sept.	7456					

Tag	Monat (Jahr)	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1904						
			21./22. Oktober 1904 Zwischenfall an der Doggerbank.				
14.	Oktober	7457					
23.	„	7458					
24.	„	7459					
25.	„		7757			8604	
27.	„		7789				
28.	„		7758				
1.	Nov.	7344	7790				
2.	„		7759, 7791				
4.	„	7460, 7461					
5.	„	7462	7760, 7792				
6.	„		7793				
12.	„	7463					
15.	„		7761				
16.	„		7794				
17.	„		7762, 7763				
18.	„		7764, 7795				
20.	„		7765				
23.	„		7766				
25.	„	7345					
27.	„	7346, 7364					
28.	„	7465					
29.	„	7466					
30.	„	7467					
2.	Dez.	7468					
4.	„	7469					
6.	„	7470					
10.	„	7347					
13.	„	7471					
18.	„	7472					
27.	„	7473					
	1905						
2.	Januar	7348					
20.	„	7474					
22.	„	7475					
23.	„	7477					
24.	„	7478					
25.	„	7476					

Jahr Tag	Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1905						
28.	Januar		7767				
29.	„	7479					
31.	„	7480, 7481					
8.	Februar	7482					
13.	„		7768				
14.	„	7484					
15.	„	7349,7483, 7486					
18.	„	7485					
20.	„	7487, 7488					
22.	„	7489					
23.	„	7490	24. Februar—10. März 1905 Entscheidungsschlacht bei Mukden.				
28.	„	7492					
1.	März	7491					
2.	„	7493, 7494					
3.	„	7495, 7498					
4.	„	7496					
5.	„	7497					
6.	„	7499, 7500					
8.	„	7350, 7501					
10.	„	7351					
11.	„	7502, 7503					
15.	„	7352					
18.	„	7353					
20.	„	(7504)					
21.	„	7504					
22.	„	7505, 7506					
23.	„	7507	31. März 1905 Landung Kaiser Wilhelms II. in Tanger.				
26.	„	7508					
1.	April	7509					
6.	„	7510				8605	
10.	„	7354					
13.	„	7511					
17.	„	7512					
23.	„	7513					
26.	„	7514					
28.	„	7515					

Tag	Jahr Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1905						
3.	Mai	7516					
				27. Mai 1905 Seeschlacht bei Tschusima.			
7.	„	7517					
11.	„	7518					
12.	„	7519					
14.	„	7520					
15.	„	7521					
				6. Juni 1905 Rücktritt Delcassés.			
6.	Juni			8024			
12.	„					8606	
				8. Juli 1905 Deutsch-französische Verständigung über den Konferenzgedanken.			
4.	Juli	7522					
5.	„	7523					
12.	„	7524					
14.	„					8608, 8611	
15.	„					8607, 8609	
16.	„	7525				8610	
19.	„	7526					
21.	„					8612	
22.	„					8614	
23.	„					8613	
			24. Juli 1905 Vertrag von Björkoe.				
24.	„	7527					
28.	„					8615	
31.	„	7528					
1.	August	7529				8616	
4.	„	7530					
			5. August 1905 Beginn der Friedensverhandlungen in Portsmouth				
9.	„					8617	
10.	„	7531, 7532					
15.	„	7533					
16.	„						
19.	„					8618	
31.	„	7534					
				5. September 1905 Friede von Portsmouth.			
15.	Sept.	7535					
16.	„		7796			8619	
23.	„		7797				
				26. September 1905 Rußland lädt zur zweiten Haager Friedenskonferenz ein.			
30.	„		7798				
1.	Oktober	7536					
3.	„		7799			8620	

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1905						
4.	Oktober	7537				8621	
6.	,,					8622	
7.	,,		7800			8623	
8.	,,					8624	
11.	,,	7538					
14.	,,					8566	
15.	,,					8625	
16.	,,	7539, 7540					
18.	,,	7541					
19.	,,	7542					
20.	,,	7543, 7544					
21.	,,	7545,7546, 7547,7548, 7549					
23.	,,	7550, 7551					
24.	,,	7552, 7553				8567, 8626	
25.	,,	7554, 7555					
26.	,,	7556					
27.	,,	7557, 7558					
5.	Nov.	7559					
9.	,,	7560, 7561					
10.	,,	7562					
11.	,,	7563, 7564					
12.	,,	7565					
13.	,,	7566					
14.	,,	7567					
15.	,,					8501	
16.	,,	7568					
18.	,,	7569					
19.	,,	7570					
21.	,,	7571					
22.	,,	7572, 7573					
23.	,,	7574, 7575					
24.	,,	7577					
25.	,,	7576					
26.	,,	7578, 7579					
27.	,,	7580					
28.	,,	7581,7582, 7583					
30.	,,	7584					

Jahr Tag	Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
1905							
2.	Dez.	7585, 7587					
3.	„	7586					
4.	„	7588					
5.	„	7590					
6.	„	7589,7591, 7592					
11.	„	7593					
16.	„	7594					
				16. Januar 1906 Beginn der Konferenz in Algeciras.			
1906							
17.	Januar	7595					
28.	„					8502	
7.	Februar	7596					
25.	„		7801				
6.	März	7597					
12.	„	7598					
15.	„	7599					
31.	„					8503	
3.	April		7802, 7803				
6.	„		7804				
7.	„					8504	
				7. April 1906 Abschluß der Konferenz von Algeciras.			
11.	„		7805				
13.	„		7806				
15.	„		7807				
23.	„		7808				
26.	„					8505	
30.	„					8506	
				4. Mai 1906 König Eduard VII. in Paris.			
6.	Mai	7600					
10.	„		7769, 7809				
13.	„	7601, 7602					
14.	„	7355					
16.	„	7603					
19.	„	7356				8507, 8627	
20.	„					8508	
22.	„					8509	
23.	„					8510, 8628	

Jahr Tag	Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1906						
24.	Mai					8629	
26.	,,		7770				
27.	,,					8633	
28.	,,	7604					
29.	,,					8630, 8632	
30.	,,					8511	
31.	,,					8631	
4.	Juni					8568	
7.	,,					8512	
8.	,,		7771			8634	
13.	,,					8513	
16.	,,					8635	
20.	,,					8569	
21.	,,	7605, 7606					
23.	,,	7607					
25.	,,					8636	
26.	,,	7608				8637	
27.	,,			8025		8638	
28.	,,					8570	
29.	,,			8026		8571	
4.	Juli					8639, 8640	
6.	,,					8641	
9.	,,	7609					
10.	,,	7610		8027			
12.	,,					8642	
13.	,,	7611, 7612				8514	
14.	,,					8515	
15.	,,					8643	
16.	,,	7613					
17.	,,					8644	
18.	,,	7357, 7615				8645	
19.	,,	7614					
21.	,,	7616					
27.	,,	7617	7772			8646	
28.	,,		7773				
29.	,,	7618				8572	
30.	,,	7619	7774				
31.	,,		7810				

Jahr Tag	Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1906						
1.	August	7358	7775				
2.	„	7620	7811				
5.	„	7621	7812				
6.	„					8573	
7.	„		7814				
9.	„	7622					
11.	„	7359					
13.	„	7623					
15.	„		7815				
17.	„	7624					
18.	„	7625					
20.	„	7626	7813				
21.	„	7627					
23.	„	7628					
24.	„	7629					
25.	„					8574	
30.	„	7630	7776			8575	
1.	Sept.	7360					
4.	„		7816				
6.	„	7631					
7.	„	7632	7817				
8.	„					8516, 8517	
11.	„					8576	
13.	„	7633				8577	
16.	„	7634					
18.	„	7635					
19.	„	7636, 7637				8518, 8647	
21.	„					8578	
22.	„	7638					
23.	„	7639					
24.	„	7640					
29.	„	7641					
30.	„	7642, 7643					
3.	Oktober	7361					
5.	„					8519	
6.	„	7644					
9.	„		7818				

15. August 1906
Besuch König Eduards VII. bei Kaiser Wilhelm II. in Friedrichshof.

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1906						
10.	Oktober		7819			8648	
13.	,,	7362	7820				
15.	,,	7645					
16.	,,		7821				
22.	,,			22. Oktober 1906 Freiherr von Aehrenthal wird österreich-ungarischer Minister des Äußern.			8681
24.	,,		7822				
27.	,,	7363					
29.	,,					8649	
30.	,,	7364				8650	
31.	,,					8651	
2.	Nov.	7365				8652	
8.	,,	7366					
9.	,,	7367, 7646					
12.	,,	7647					
13.	,,	7648					
14.	,,	7370, 7669					
15.	,,	7368		8028			
16.	,,	7369					
19.	,,		7777				8682
20.	,,	7371					
23.	,,			8029			
25.	,,			8030			
28.	,,	7670					
30.	,,			8031			
3.	Dez.	7671					
6.	,,					8579	
8.	,,		7778				
10.	,,	7649		8032		8520	
15.	,,			8033			
17.	,,			8034			
18.	,,					8521	8683
19.	,,	7650		(8036)			
20.	,,			8035			
21.	,,					8653	
24.	,,			8036			
29.	,,			8037			
31.	,,	7672					

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1907						
1.	Januar	7673					
2.	,,		7828	8038			
4.	,,		7823	8039			
5.	,,		7824, 7829	8040			
6.	,,		7825				
7.	,,			8041			
8.	,,		7826				
9.	,,	7651					
12.	,,	7674	7779				
13.	,,	7372	7830				
16.	,,	7675	7780				
20.	,,		7831				
21.	,,		(7833)				8684
22.	,,		7832, 7833				
26.	,,		7834				8685
28.	,,		7835	8042			
29.	,,		7836	8043			
30.	,,		(7838)	8044			
31.	,,	7652	7837			8654	
4.	Februar		7839				
5.	,,			8045, 8046			
8.	,,		7840				
9.	,,					8655	
10.	,,		7841, 7842				
11.	,,		7843, 7844			8522	
12.	,,		7845, 7846	8047			
14.	,,		7847, 7848				
15.	,,		7849				
16.	,,		7850				
17.	,,		7851				
18.	,,		7852, 7853				
19.	,,		7827				
20.	,,		7855			8580	
21.	,,		7854, 7856	8048, 8049			
23.	,,		7857				
24.	,,		7858				
26.	,,		7859	8002		8523, 8581	
27.	,,	7653	7860, 7861				
28.	,,			8003			8686

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
Tag	Monat						
1907							
2.	März		7862				
3.	„		7863				
4.	„	7654	7864				
5.	„		7865				
6.	„		7781,7782, (7866)				
7.	„		7867	8004			
8.	„		7783,7868, 7869, 7870			8524	
9.	„		7871				
10.	„		7872				
11.	„		7873				
12.	„		7874				
13.	„		7875			8656	
14.	„		7785				
15.	„		7784, 7876	8050			8687
16.	„		7877				
17.	„					8582	
18.	„		7878, 7879				
19.	„		7880, 7881			8525	
20.	„		7882				
21.	„		7883	8005			
22.	„	7655					
23.	„		7884, (7886)				
24.	„		7885,7887, 7888				
25.	„		7889				
26.	„		7890				
27.	„		7891, 7892			8526	
28.	„		7893,7894, 7895				
29.	„		7896				
30.	„		7897,7898, 7899				
31.	„		7900,7901, 7902				
1.	April		7903,7904, 7905				
2.	„		7906,7907, 7908				

Jahr Tag	Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
1907							
3.	April		7909, 7910			8583	
4.	,,		7911				
5.	,,	7656					
6.	,,		7912,7913				
			7914	8./9. April 1907 Zusammentreffen König Eduards VII. mit dem Könige von Spanien bei Cartagena.			
7.	,,		7915				
8.	,,	7657, 7658	7916				
9.	,,		7917			8657	
10.	,,	7659	7918, 7919				
11.	,,					8658	
12.	,,		7920, 7922				
13.	,,					8584, 8659	
				18. April 1907 Zusammentreffen König Eduards VII. mit dem Könige von Italien in Gaëta.			
18.	,,		7923				
19.	,,		7921				
20.	,,	7660	7927	8006		8527	
21.	,,		7924	8051		8528	
23.	,,		7925				
24.	,,		7928				
25.	,,		7786, 7929				
26.	,,	7661	7926				
29.	,,			8007			
30.	,,	7676					
3.	Mai		7930				
4.	,,		7931, 7932	8052			
6.	,,	7662	7933			8660	
7.	,,	7373	7934	8053			
8.	,,		7935				
11.	,,		7936				
12.	,,			8008			
13.	,,		7787, 7937				
15.	,,		7938, 7939				
			7940				
17.	,,					8541	
21.	,,		7941				
22.	,,					8585	
23.	,,			8054			
25.	,,		7942				
26.	,,			8055			

Jahr Tag	 Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1907			27. Mai bis 7. Juni 1907 Besuch englischer Journalisten in Deutschland.			
27.	Mai		7943				
28.	,,		7944, 7945				
30.	,,			8009		8529	
31.	,,		7788, 7946 7947				
1.	Juni		7947,7948, 7949, 7950				
2.	,,					8542	
3.	,,	7677					
4.	,,			8056			
5.	,,	7678	7951				
6.	,,					8586	
7.	,,	7663					
8.	,,		7952	8057			
11.	,,		7954	10. Juni 1907 Französisch-japanisches Abkommen.			
12.	,,	7664	7953				
13.	,,		7955	8058		8661	
14.	,,		7956	7987			
			7957, 7658	15. Juni 1907 Eröffnung der 2. Haager Friedenskonferenz.			
16.	,,	7666					
17.	,,			7966, 8012			
18.	,,	7665		7988, 8010			
19.	,,		7959	8011		8543,8544, 8587	
20.	,,			7967			
21.	,,	7667		8013			
24.	,,			7968,7969, 8059			
26.	,,			7989			
27.	,,	7668					
28.	,,			7990			
3.	Juli					8588, 8662	
4.	,,			8060		8547	
6.	,,			7991, 8014			
8.	,,			8061			
11.	,,			8062			
12.	,,			7970		8589	

Tag	Jahr Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1907						
13.	Juli	7374		8063, 8064			
17.	„			8065			
18.	„			8066, 8068			
20.	„			8067			
22.	„	7375					
24.	„			7971, 7972			
25.	„	7376, 7377		7974		8590	
26.	„	7960		7973		8530	
27.	„			7975, 7976	30. Juli 1907 Russisch-Japanisches Abkommen.		
28.	„		7961				
29.	„			7977, 7992		8663	
31.	„			7978	8275	8545	
1.	August			7979			
2.	„			8069			
3.	„			7980	8276		
5.	„					8546, 8548	
6.	„		7962		8277		
7.	„	7378		8083	8278, 8279		
10.	„	7379			8280	8531	
11.	„			8084	8281, (8287)	14. August 1907 König Eduard VII. in Wilhelmshöhe.	
13.	„			7981, 8085			
14.	„	7679		7982, 8015			
15.	„			7993	8160, 8161	15. August 1907 König Eduard VII. in Ischl	
16.	„				8282		
17.	„			7983	8162		
18.	„			7984		8532	
19.	„				8286		
20.	„	7680, 7681			8163, 8283		
21.	„	7380		7994			
22.	„				8164,8165, 8284	8533	
23.	„	7685		7985,8086, 8087	8285	21. August 1907 Clemenceau besucht König Eduard VII. in Marienbad.	
24.	„	7684			8288		
25.	„	7682		8088			
26.	„	7683		7995	8289		
28.	„	7686		7996	8290		
29.	„			8089	8291		

Tag	Jahr Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1907						
30.	August	7687		8090	8166, 8287	8664	
31.	„	7688				8534	
2.	Sept.	7689			8292, 8293		
3.	„	7690					
4.	„				8294		
5.	„			7997		8535	
7.	„	7691, 7693		7998			
8.	„	7692			8295		
9.	„			8091		8550, 8665	
11.	„				8296, 8297		
13.	„				8167, 8298		
14.	„			8017		8666	
15.	„			8016		8549	
16.	„	7694		8070			
20.	„			7986,8018, 8019, 8092			
21.	„	7695					
22.	„			8071			
23.	„			8020			
25.	„			8072		8536	
27.	„			7999		8537	
28.	„			8021			
29.	„	7381					
30.	„			8022	8299		
2.	Oktober	7696				8591	
3.	„			8073			
4.	„			8074, 8093			
5.	„	7697		8075,8076 8094			
7.	„			8000			
8.	„	7698					
9.	„					8538	
10.	„	7699			8168		
11.	„			8001	8300	8539	
12.	„				8169, 8170 8301		
13.	„	7700					
17.	„				8302	8551	
21.	„		7963	8077	8303		
23.	„	7382, 7701					

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1907						
27.	Oktober			8078			
28.	„		7964				
29.	„			8095, 8096			
30.	„				8304		
31.	„	7383				8540, 8552	
1.	Nov.			8079			
2.	„			8080, 8082			
4.	„	7702		8097, 8098			
5.	„			8081, 8099			
8.	„	7703		8100		8553	
9.	„	7704					
10.	„		7965		10.—18. November 1907 Besuch des deutschen Kaiserpaares in England (anschließend 3 Wochen in Highcliffe Castle).		
11.	„	7705					
13.	„			8101			
14.	„	7706				8667, 8668	
15.	„	7707		8102			
16.	„					8669	
17.	„	7708					
19.	„					8670	
20.	„			8103	8171, 8172		
21.	„					8672	
22.	„	7709				8554	
23.	„					8671	
25.	„	7711					
26.	„	7710		8104		8673	
28.	„			8105			
29.	„	7712		8106, 8107			
30.	„	7713					
2.	Dez.			8108			
3.	„	7714		8109			
4.				8110,8111,			
5.	„	7715		8112		8555	
6.	„	7716					
7.	„					8556, 8674	
8.	„	7384					
9.	„	7717, 7718		8113			
10.	„	(7717)		8114			
11.	„			8115			
13.	„			8116			
14.	„	7385, 7719		8117	8173		

Jahr Tag	Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
1907							
16.	Dez.			8118			
17.	„				8174		
18.	„			8119			
19.	„				8175		
21.	„					8592	
24.	„	7720				8593	
25.	„					8594	
26.	„	7386					
28.	„				8305		
29.	„	7721				8595	
30.	„					8557	8688
31.	„						8689
1908							
2.	Januar					8596	
3.	„					8558	8690
4.	„	7722			8176		
5.	„	7723					
6.	„					8559	
8.	„			8120, 8121			
10.	„			8122, 8123			
11.	„	7724, 7725		(8123)	8306		
12.	„				8307		
13.	„	7726					
14.	„				8308, 8309		
15.	„				8310		
16.	„				8177		8761
17.	„					8598	
18.	„			8124	8311,8312, 8313		
20.	„					8560	
21.	„	7727			8314		
22.	„				8315		
23.	„			8125			
24.	„			8126, 8128	8178, 8316		
25.	„					8597	
26.	„			8127			
29.	„			8129			8691
30.	„	7728		8130			8692,8693,
31.	„						8694
1.	Februar						8695
2.	„	7729					8698

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
Tag	Monat						
	1908						
3.	Februar	7730, 7731		8131	8179		8696, 8697
5.	„			8132			
6.	„	7732					
7.	„			8023			8699
9.	„	7733				8599	8701
10.	„			8133			8700
11.	„	7734					8702
12.	„	7735, 7736		8134			8703, 8706
13.	„			8135	8317		8704, 8710
14.	„	7737			8180		8705
15.	„	7738	16. Februar 1908 Brief Kaiser Wilhelms II. an Lord Tweedmouth				8707,8708
							8711
16.	“	7739			8181		
17.	„	7740, 7741					8709, 8712
		7742					
18.	„	7743		8136			8713, 8719
19.	„	7744					8714,8715,
							8722, 8762
20.	„			8137	8182		8716, 8717
							8718, 8720
21.	„			8138			8721, 8725
22.	„	7745			8183	8675	
23.	„						8723, 8726
24.	„					8676	8724
25.	„	7746					8727
26.	„				8318		8728, 8731
27.	„						8733
28.	„				(8184)	8677	8729
29.	„			8139			8730,8732,
							8763
1.	März						8764
3.	„			8140,	8185		8734
				(8143)			
4.	„			8141	8319	8600	8735
5.	„						8736
6.	„			8142,8143,	8186,8187,	8601	8737
				8144	8188, 8189		
7.	„				8190, 8192		8738
8.	„	7747			8191, 8193		
9.	„			8145	8194		8765

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1908						
10.	März				8195		
11.	,,			8146			8766
13.	,,	7748					
14.	,,				8196		
16.	,,						8739, 8740
17.	,,				8197		8741,8767, 8768, 8769
19.	,,			8147			8770
21.	,,			8148	8320	8561	8771
24.	,,	24. März 1908 Erörterung der Tweedmouth-Affäre im deutschen Reichstage					8772
26.	,,				8321		8773
27.	,,						8774
29.	,,			8149			8776
30.	,,						8775
31.	,,			8150			
1.	April					8602	8777
2.	,,			8151	8322		8778
3.	,,			8152			8779,8780, 8781, 8783
4.	,,				8323		8742, 8782
5.	,,						8785
6.	,,						8784
7.	,,					8562	
9.	,,			8153			8786
13.	,,			8154			
14.	,,				8324		8743
16.	,,				8200		
18.	,,				8325		8744
19.	,,						8745
20.	,,				8326		
21.	,,					8603	
22.	,,						8787
23.	,,			8155, 8156			
24.	,,				8327		
25.	,,						8746, 8747
26.	,,						8748, 8788
28.	,,				8328, 8329		
29.	,,				8331, 8332		
30.	,,			8157, 8158			8749, 8789

Jahr		Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
Tag	Monat	Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
1908							
3.	Mai				8333		
4.	„				8334		8790
5.	„						8750
6.	„				8330, 8335		
9.	„						8751
11.	„						8752
13.	„				8336		
15.	„				8198		
16.	„				8337		8791
18.	„					8678	8753
20.	„						8792, 8798
21.	„				8338		
22.	„					8679	
23.	„						8754
25.	„	25. Mai 1908 Präsident Fallières in London			8339		
26.	„				8201, 8341		8799
27.	„				8202, 8203		
28.	„						8800
29.	„				8204, 8340		
30.	„				8205		
1.	Juni				8206, 8207	8563	
2.	„				8343	8680	8793, 8801
3.	„						8794
4.	„				8208		
5.	„				8209		8802
6.	„	9. u. 10. Juni 1908 Zusammenkunft des englischen Königspaares mit dem Zarenpaare in Reval					8795
7.	„				8342		
9.	„						8803
10.	„						8804
11.	„						8796, 8805
12.	„				8210, 8344		8806,8807, 8808
13.	„						8809
14.	„						8810
15.	„				8345		8797,8811,
	„						8812
16.	„						8813, 8814
17.	„						8815
18.	„						8816, 8830
19.	„				8346		8831

Jahr Tag	Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1908						
20.	Juni						8817,8832, 8833
22.	„				8199		8818
23.	„						8819,8835, 8839
24.	„	24. Juni 1908 Empfang Delcassés durch König Eduard VII in London					8836,8837, 8838, 8840
25.	„						8820,8821, 8841, 8843
26.	„				8211		8842
27.	„						8844, 8845
28.	„				8347		8823
29.	„						8822
30.	„				8212		
1.	Juli			8159			8846
2.	„						8847
3.	„						8848
4.	„				8348		8824, 8826
5.	„				(8213)		8827, 8850
6.	„				8214, 8350		8755, 8834
7.	„						8849
8.	„						8825, 8876
9.	„				8213		8851, 8852
10.	„				8215, 8349		8853, 8875
13.	„						8854
14.	„				8351		8855, 8856
15.	„				8216		8756
16.	„				8217		8857, 8858
19.	„						8859, 8860
20.	„						8861
21.	„						8757, 8862
23.	„						8877
24.	„						8828, 8863
25.	„						8864,8878, 8879
26.	„						8880
27.	„						8758,8881, 8882, 8884

Jahr Tag	Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1908						
28.	Juli						8865,8883, 8885,8886, 8887
29.	„				8218		8866,8888, 8889, 8890
30.	„						8867,8868, 8869
31.	„						8891, 8892
1.	August				8219		8829,8870, 8893
3.	„						8894, 8895
5.	„				8220	(8564)	8871
6.	„						8896
7.	„				8221		8897, 8898
9.	„						8899
10.	„				8222		8872, 8900
11.	„	11. August 1908 König Eduard VII. besucht Kaiser Wilhelm II. in Kronberg			8223,8224, 8228, 8352		
12.	„	12./13. August 1908 König Eduard VII. besucht Kaiser Franz Joseph in Ischl			8225,8227, 8229,8353, 8354, 8355		
13.	„				8226		
14.	„						8901, 8906
15.	„						8902
17.	„				8356		
19.	„				8230		8759
20.	„				8231,8232, 8237		8760,8873, (8874)
21.	„				8233, 8234		8903
22.	„	22. August 1908 Iswolski besucht König Eduard VII. in Marienbad			8235, 8236		
23.	„				8357		
24.	„				8238, 8359		8904
25.	„				8358, 8360		
26.	„	26. August 1908 Zusammenkunft zwischen König Eduard VII., Clemenceau und Iswolski in Marienbad			8239,8240, 8407,8408, 8409, 8411		8905
27.	„				8410,8412, 8413, 8423		
28.	„				8414		8907

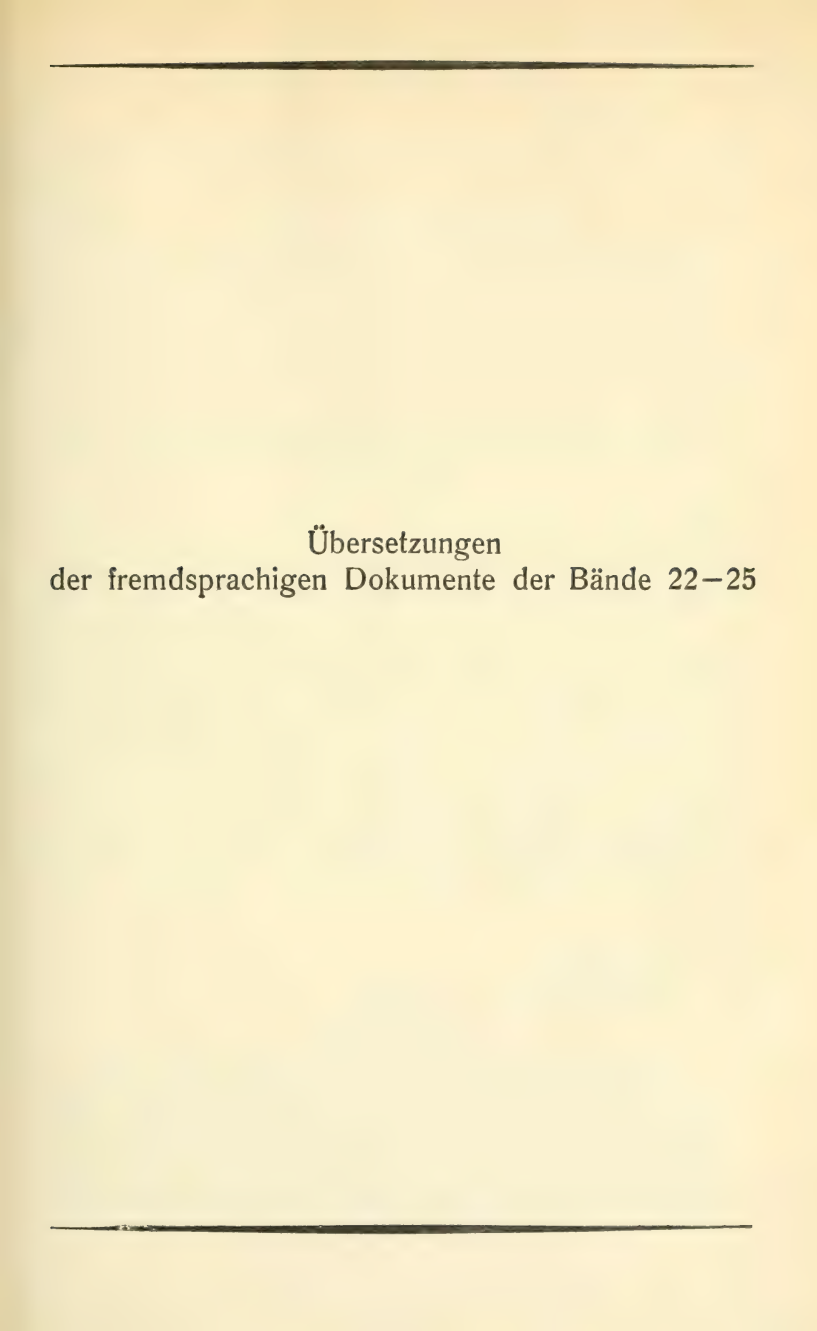
Jahr Tag	Jahr Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1908						
29.	August				8415,8416, 8417, 8419		
30.	"				8418		
31.	"				8420,8421		
1.	Sept.	4. September 1908 Begegnung Aehrenthals mit Tittoni in Salzburg.			8241,8422, 8424		
3.	"				8425,8426		8908, 8910
4.	"						8911
5.	"	5. September 1908 Begegnung Aehrenthals mit Staatssekretär v. Schoen in Berchtesgaden.			8242		8909
6.	"				8243		
7.	"				8431		
8.	"				8244,8245, 8246,8427, 8428		
10.	"				8436		
11.	"				8430		
12.	"				8429, 8432		
14.	"				8247, (8433)		
15.	"				8434, 8435		
17.	"				8437		
18.	"				8438,8439, 8440, (8457)		
19.	"				8441, 8442		
20.	"				8443, 8445		
21.	"				8444		
22.	"				8248, (8446) 8447		
24.	"	25. September 1908 Zwischenfall in Casablanca			8449, 8450		
25.	"				8448,8451, 8452		
26.	"				8453, (8455)		
27.	"				8361, 8362		
28.	"				8363, 8364		
29.	"				8365,8366, 8367, 8454		
30.	"				8249, 8455		

Tag	Jahr Monat	Band XXII	Band XXIII,1	Band XXIII,2	Band XXIV	Band XXV,1	Band XXV,2
		Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen		Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Die Englisch-Russische Entente und der Osten	
	1908						
1.	Oktober				8368, 8456		
2.	„				8250,8369, 8370, 8457		
3.	„				8371, 8373		
5.	„	6. Oktober 1908 Oesterreich-ungarische Note wegen Annexion Bosniens und der Herzegowina.			8251, 8372		
6.	„				8376		
7.	„				8374		
8.	„				8458		
10.	„				8459		
11.	„				8252 (8269)		
12.	„				8375		
14.	„				8460		
15.	„				8377, 8378		
16.	„				8379		
17.	„				8380		
19.	„				8381, 8461		
21.	„				8382		
22.	„				8253		
27.	„				8462		
28.	„	28. Oktober 1908 Veröffentlichung des „Daily Telegraph".			8254, 8463		
29.	„				8255, 8383		
30.	„				8257,8384, 8464		
31.	„				8385		
1.	Nov.				8256 8386, 8387		
2.	„				8388		
3.	„				8389,8390, 8391		
4.	„				8392,8393, 8395		
5.	„	6. November 1908 Kaiser Wilhelm II. in Wien bei Kaiser Franz Joseph.			8394,8396, 8397		
6.	„				8258, 8398		
7.	„				8259,8260, 8399, 8400		
9.	„	10. November 1908 Fürst Bülow spricht im Reichstage über die „Daily-Telegraph"-Affäre.			8261, 8401		
10.	„				8262,8402, 8403, 8404		

Jahr Tag	Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
1908							
11.	Nov.				8263, 8264		
12.	„				8265		
17.	„				8266		
18.	„	24. November 1908 Deutsch-französischer Schiedsvertrag über den Zwischenfall von Casablanca.			8465		
19.	„				8268		
20.	„				8267		
27.	„				8405		
6.	Dez				8466		
7.	„				8467		
8.	„				8269		
13.	„				8468	8565	
14.	„				8469, 8471		
15.	„						
17.	„				8470		
18.	„				8406		
24.	„				8472		
28.	„				8474		
29.	„				8473		
31.	„				8475		
1909							
5.	Januar				8476		
6.	„				8477		
8.	„				8478		
9.	„				8479,8480 8481		
17.	„				8482		
20.	„				8483		
31.	„				8484		
4.	Februar				8485		
5.	„	9. Februar 1909 Englisches Königspaar in Berlin			8486		
7.	„				8487, 8488		
8.	„				8489		
9.	„	9. Februar 1909 Deutsch-französisches Marokko-Abkommen.			8490,8491, 8492,8493, 8494,8495, 8496,8497, 8498		

Jahr Tag	 Monat	Band XXII Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907	Band XXIII,1 Die Zweite Haager Friedenskonferenz. Nordsee- und Ostsee-Abkommen	Band XXIII,2	Band XXIV Deutschland und die Westmächte 1907—1908	Band XXV,1 Die Englisch-Russische Entente und der Osten	Band XXV,2
	1909						
25.	Februar				8499		
3.	März				8500		
5.	April	14. Juli 1909 Entlassung des Reichskanzlers Fürsten Bülow. Bethmann Hollweg wird Reichskanzler.			(8478)		
25.	Sept.				8270		
28.	„				8271, 8272		
29.	„				8273		
30.	„				8274		





Übersetzungen
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 22–25



Zu Band XXII, S. 4/5

Nr. 7345

Der Generaladjutant Kaiser Wilhelms II. Generalleutnant von Scholl, z. Z. in Moschen bei Kujau (Oberschlesien), an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Moschen, den 25. November 1904

Seine Majestät der Kaiser und König haben befohlen, nachstehendes Telegramm Euerer Exzellenz zu übersenden:

„Da ich höre, daß der Kaiser von Österreich Dir über ein von Rußland und Österreich unterzeichnetes Übereinkommen geschrieben hat, halte ich es für meine Pflicht, Dich auch meinerseits zu benachrichtigen. In dem Verlangen nach einer Kräftigung unserer Bemühungen, in den Balkanangelegenheiten gemäß unserem Abkommen von 1897 Frieden und Ruhe zu bewahren, haben der Kaiser und ich beschlossen, eine geheime Erklärung zu unterzeichnen zur Beobachtung der loyalen und strikten Neutralität für den Fall, daß eines der Reiche allein und ohne Herausforderung von seiner Seite sich mit einer dritten Macht im Kriegszustande befinden sollte, die ihrerseits den bestehenden status quo zu gefährden beabsichtigte. Natürlich betrifft diese Erklärung keines von den kleinen Balkanländern, und sie wird so lange gelten, als Rußland und Österreich ihre Politik des Friedens in Südosteuropa fortsetzen. Da mir Deine Bemühungen um die Erhaltung des allgemeinen Friedens bekannt sind, bin ich sicher, daß dieses Übereinkommen Deine Zustimmung und freundliche Beachtung finden wird. Nicky."

. . . . . . Scholl

Zu Band XXII, S. 58.

Nr. 7375

Anmerkung

Artikel II des Entwurfes lautete:

„In Anerkennung der Tatsache, daß es von Interesse sein würde, das Netz der künftigen Eisenbahnen in Persien mit dem der Bagdadbahn zu verbinden, übernimmt die Kaiserlich Russische Regierung zunächst den Bau einer Linie, die an der türkisch-persischen Grenze an die Linie Sadijé—Hanékin gleich nach der Vollendung dieser Zweigstrecke der Bagdadbahn angeschlossen werden wird. Was den Bau weiterer Anschlußstrecken betrifft, so soll weder auf der einen noch auf der anderen Seite ohne vorherige Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen eine Entscheidung getroffen werden.

Die beiden Regierungen werden den internationalen Verkehr auf den Linien, die im Süden des Kaukasus die Verbindungswege zwischen der Türkei und Persien bilden würden, erleichtern unter Vermeidung jeglicher Maßregel, die ihn hemmen könnte, wie die Einführung von Durchgangszöllen oder die Anwendung einer Differenzialbehandlung."

Zu Band XXII, S. 109/110

Nr. 7398

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Pera, den 3. März 1904

Die der vorgestrigen Note der Ententebotschafter angeschlossene Beilage enthält eine von General de Georgis redigierte Zusammenstellung der „conclusions" der Militärkommission. Dieselbe betrifft zunächst den Inhalt der mit den fremden Offizieren und Unteroffizieren abzuschließenden Kontrakte, die Bezahlung der Gendarmerie usw. Die entscheidenden Bestimmungen lauten folgendermaßen:

„Die Pforte erkennt dem General und den fremden Offizieren die ausübende Gewalt zu, und zwar insbesondere:

a) das Recht, den ottomanischen Offizieren Befehle zu übermitteln und diejenigen, die nicht gehorchen, zu entlassen.

b) das Recht, aus der Gendarmerie der drei Wilajets die ottomanischen Offiziere und Militärpersonen zu entfernen, deren körperliche, geistige oder sittliche Eigenschaften sich als unzureichend erweisen, sowie diejenigen, deren schlechte Führung oder Manneszucht zu Klagen Veranlassung geben sollten.

Die aus irgendeinem Grunde aus der Gendarmerie der drei Wilajets ausgeschlossenen ottomanischen Offiziere und Militärpersonen sind anderswohin zu versetzen und müssen das Land ohne Aufschub verlassen."

. . . . . . **Marschall**

Zu Band XXII, S. 130

Nr. 7421

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 Pera, den 1. April 1904

Ententebotschafter haben heute eine weitere Note an die Pforte gerichtet. Sie sagen darin, daß sie in einer so wichtigen Frage wie die Gendarmeriereform keine Zweideutigkeit bestehen lassen dürften und fahren dann fort: Es ist für sie unmöglich, wie die Hohe Pforte es tut, über den Sinn der dem General de Georgis zugeschriebenen Erklärungen betreffs der erforderlichen Anzahl fremder Offiziere zu verhandeln.. Unter voller Wahrung der Richtigkeit ihrer Fassung müssen die Botschafter darauf hinweisen, daß die Denkschrift, die sie am 29./16. Februar die Ehre hatten, der Hohen Pforte zu überreichen, mit den darauf folgenden Erläuterungen vom 19./6. März das einzige Dokument bildet, das die Schlußfolgerungen des Generals de Georgis und seiner Beigeordneten der übrigen Mächte in amtlicher Wiedergabe enthält.

Daß daher die Kaiserlich Ottomanische Regierung sich einzig und allein über den Inhalt dieser Akte auszusprechen hat; daß sie Befehl erhalten haben, nachdrücklich auf ihrer unveränderten Annahme zu bestehen, und keinerlei Einschränkungen zulassen können.

. . . . . . Marschall

Zu Band XXII, S. 179

Nr. 7455

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Therapia, den 24. August 1904

Ich möchte empfehlen, auf das jüngste italienische Promemoria zu erwidern, wir stimmten durchaus überein mit den grundsätzlichen Anschauungen, „daß ein herzliches Einverständnis und vollständige Übereinstimmung zwischen den Dienststellen bestehen muß, denen infolge des Vorgehens der beiden Kaiserreiche und durch die Zustimmung aller Großmächte eine auf Befriedung und Wiederherstellung gerichtete Sendung in Mazedonien übertragen wurde,“ müßten uns jedoch, getreu unserer bisherigen Haltung, eines Eingreifens in Einzelheiten der Durchführung des Mürzsteger Programms enthalten.

Marschall

Zu Band XXII, S. 238

Nr. 7503

Aide-mémoire

Am 16. März dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich und dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken abschriftlich mitgeteilt

Unsigniertes Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 11. März 1905

Die Kaiserliche Regierung erklärt ihr grundsätzliches Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung für die Unterstützung der Forderung der türkischen Regierung, den Satz der in den türkischen Zollstationen erhobenen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent ad valorem zu erhöhen. Sie muß jedoch hinzufügen, daß eine förmliche Vereinbarung mit der Türkei in dieser Frage für Deutschland nur unter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages zu bewerkstelligen wäre.

Nach Ansicht der deutschen Regierung müßte diese Erhöhung der Zollgebühren der Bedingung unterstellt werden, daß die Pforte sich verpflichtete, unverzüglich eine Prüfung der ottomanischen Zollvorschriften vorzunehmen.

Zu Band XXII, S. 239

Nr. 7504

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift

Berlin, den 21. März 1905

. . . . . . Über die von mir hierauf unter Bezugnahme auf die den beiden Botschaftern schon früher mündlich und schriftlich abgegebenen Erklärungen

und auf die Ansichtsäußerungen des Freiherrn von Marschall erteilte Antwort haben sich die beiden Botschafter folgende Aufzeichnung gemacht:

„Freiherr von Richthofen hat uns heute an erster Stelle erklärt, das in dem Entwurfe der ottomanischen Bank vorbehaltene Kontrollamt könne von Deutschland, weil nicht mit seinen Interessen übereinstimmend, nicht angenommen werden.

Was die Art der Finanzkontrolle im allgemeinen anbelangt, so behält er sich vor, sie zu prüfen und uns sobald wie möglich die Meinung des Berliner Kabinetts mitzuteilen. Auf alle Fälle wird die deutsche Regierung diesen Entwurf entsprechend ihrem Wunsche prüfen, die von den beiden Regierungen unternommene Aufgabe nach Möglichkeit zu fördern.

Betreffs der 3 Prozent bei den Zollgebühren ist sich Freiherr von Richthofen darüber im klaren, daß die Erhöhung sich auf das ganze Türkische Reich erstrecken wird; er möchte jedoch wissen, ob nach der Absicht der beiden Mächte der Gesamtertrag dieser Erhöhung für die drei Wilajets bestimmt ist, oder nur der in den drei Wilajets erhobene Ertrag der Erhöhung."

Richthofen

Zu Band XXII, S. 253/254

Nr. 7514

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Pera, den 26. April 1905

Freiherr von Calice hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, das frühere Finanzprogramm der Ententemächte sei aufgegeben. Man beabsichtige nunmehr, der Pforte zu erklären, daß das zwischen der Pforte und der Ottomanbank vereinbarte Reglement angenommen werde. Nach einem zwischen ihm und Sinowiew vorläufig vereinbarten Entwurf solle dann gesagt werden: „Um über die vorstehend gekennzeichnete Anwendung (desselben) zu wachen und seine genaue Beobachtung zu sichern, werden die deutsche, die englische, die französische und die italienische Regierung je einen Finanzdelegierten ernennen.

Diese Delegierten der vier Mächte werden im Einvernehmen mit dem Generalinspektor und den österreichisch-ungarischen und russischen Zivilagenten, deren Befugnisse im Mürzsteger Programm festgelegt sind, handeln.

Die so gebildete Kommission erhält alle für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Machtbefugnisse, und um ihr dieselbe zu erleichtern, soll sie das Recht haben, für jedes Wilajet einen Inspektor zur Überwachung der in den einzelnen fiskalischen Dienstzweigen beschäftigten Agenten zu ernennen."

Marschall

Zu Band XXII, S. 255/256

Nr. 7516

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Pera, den 3. Mai 1905
[aufgegeben am 4. Mai]

Botschafterkonferenz findet morgen, Donnerstag, nachmittag statt. Nach vorläufiger Besprechung dürfte Einigung unter folgender Fassung erzielt werden:

„Um die Ausführung der Finanzreformen sowie die Anwendung der obigen Vorschriften zu überwachen und deren Beobachtung zu sichern, werden die . . . Regierungen jede für sich einen Finanzdelegierten ernennen. Diese Delegierten der vier Mächte werden im Einvernehmen mit dem Generalinspektor und den österreichisch-ungarischen und russischen Zivilagenten, deren Befugnisse im Mürzsteger Programm festgelegt sind, handeln.

Die so gebildete Kommission erhält alle für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Machtbefugnisse, so namentlich das Recht, für die regelmäßige Erhebung der Steuern, unter Einschluß des Zehnten, zu sorgen.

Die Budgets müssen vor ihrem endgültigen Abschlusse der Kommission vorgelegt werden. Diese soll das Recht haben, unter den Rubriken der Einnahmen und Ausgaben diejenigen Verfügungen zu berichtigen, die sich mit den bestehenden Gesetzen nicht im Einklang befinden oder den wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnissen des Landes nicht entsprechen würden. Zur Erleichterung ihrer Aufgabe erhält sie das Recht, für jedes Wilajet einen Inspektor zur Überwachung der in den . . . fiskalischen Dienstzweigen beschäftigten Agenten zu ernennen.“

Bin ich ermächtigt, eine an die Pforte zu richtende Note mit vorstehendem Inhalt zu unterzeichnen?

Marschall

Zu Band XXII, S. 299/300

Nr. 7565

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 319 Therapia, den 12. November 1905

In der morgigen Sitzung soll außer dem Reglement auch eine Kollektivnote festgestellt werden, in welcher an die Pforte das Verlangen gerichtet wird, das Reglement anzunehmen und die Funktionen des Generalinspektors sowie die Kontrakte der fremden Gendarmerieoffiziere auf zwei Jahre zu verlängern. Am Schluß des von Freiherrn von Calice mit Sinowiew vereinbarten Entwurfs heißt es:

„Indem sie der Hohen Pforte Vorstehendes zur Kenntnis bringen, geben die Unterzeichneten sich der Hoffnung hin, die ottomanische Regierung werde binnen kürzester Frist den im obigen dargelegten Forderungen beistimmen wollen und im Interesse ihrer Würde den Mächten die peinliche Notwendigkeit ersparen, zu den Maßregeln zu greifen, welche die Vertreter der sechs Mächte ihr in ihrer obenerwähnten Mitteilung angedeutet haben.“

Bin ich ermächtigt, falls das Reglement in einer unseren Anschauungen entsprechenden Weise modifiziert wird, eine Note obigen Inhalts zu zeichnen?

Marschall

Zu Band XXII, S. 340/341

Nr. 7604

Note der Botschafter in Konstantinopel an die Hohe Pforte

Abschrift

Konstantinopel, den 28. Mai 1906

In Beantwortung der Denkschrift vom 30. April d. J., in welcher das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Vertreter der Mächte

ersucht, ihm ihre Antwort hinsichtlich der dreiprozentigen Zollerhöhung, die die Kaiserliche Regierung ihrer Zustimmung unterbreitet hatte, mitzuteilen, beehren sich die . . . . Botschafter, Seine Exzellenz den Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten davon in Kenntnis zu setzen, daß ihre betreffenden Regierungen geneigt sind, diese Abänderung für einen Zeitraum von sieben Jahren zu bewilligen, wobei sie jedoch ihre Zustimmung von der strengen Beobachtung der hierunter aufgezählten Bedingungen durch die Kaiserliche Regierung abhängig machen:

1. Die Bedingungen, die von den fremden Missionschefs bereits für die Annahme der Zollerhöhung gestellt wurden (Minengesetz, Zollreglement, Analysengesetz, Reglement für die Einlagerung von Petroleum), werden pünktlich von der Hohen Pforte erfüllt werden, die den Missionschefs von der Annahme dieser Bedingungen amtlich Nachricht zu geben haben wird.

2. Die Vertreter der Mächte erhalten vorab durch eine wirksame Gewähr (garantie effective) die Sicherheit, daß der nach den bestehenden Gesetzen zur Verfügung der Kaiserlichen Regierung verbleibende Teil der aus dieser Erhöhung eingenommenen Beträge ausschließlich zum Ausgleich des Fehlbetrages im Haushalte Rumeliens Verwendung findet, und daß die Hohe Pforte die Verpflichtung aus Artikel XII des zwischen ihr und der Ottomanischen Bank getroffenen und durch ihre Note an die sechs Botschafter vom 14. Dezember d. J. bestätigten Abkommens einhalten wird.

3. Um nach Möglichkeit zu verhindern, daß die in Rede stehende Zollerhöhung die Handelsinteressen der noch nicht davon benachrichtigten Schutzbefohlenen der Mächte schädige, dürfen die neuen Zölle erst zwei Monate nach der von den verschiedenen Regierungen vollzogenen Ratifikation der hierüber zwischen der Kaiserlichen Regierung und den Vertretern der Mächte getroffenen Vereinbarung erhoben werden. Andererseits sollen die Verträge, die von den Kaufleuten im Auslande und den in der Türkei wohnenden vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs abgeschlossen wurden, für ihre ganze Geltungsdauer zur Ausführung gelangen, ohne die Folgen dieser Erhöhung tragen zu müssen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Geltungsdauer ein Jahr nicht überschreitet und das Datum der Verträge regelrecht festgestellt werden kann.

4. Die Kaiserliche Regierung verpflichtet sich förmlich, die Zollgeschäfte mit keinen neuen ungewissen und unvorhergesehenen Abgaben in Form von Stempelsteuern oder auf sonst irgendeine Art zu belasten.

Da Artikel I des Vollziehungsprotokolls zu dem am 26. August 1890 zwischen Deutschland und der Türkei abgeschlossenen Handelsvertrage bestimmt, daß „gemäß seinem Artikel XXV die gegenwärtige Handhabung bis zum Zeitpunkte des Inkrafttretens besagten Vertrages aufrechterhalten werden soll", so behält sich der deutsche Botschafter vor, zwecks Abänderung dieses Artikels in unmittelbare Verhandlungen mit der Hohen Pforte zu treten.

Zu Band XXII, S. 341/343

Nr. 7606

Note der Hohen Pforte an die Botschafter in Konstantinopel

Abschrift

Hohe Pforte, den 21. Juni 1906

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten hatte die Ehre, die Kollektivnote zu empfangen, die Ihre Exzellenzen die Herren Botschafter Deutschlands, Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs und die Herren Geschäftsträger Italiens und Österreich-Ungarns die Güte hatten, am 15./28. Mai hinsichtlich der dreiprozentigen Zollerhöhung an dasselbe zu richten.

Was das Minengesetz, das Zollreglement, das Analysengesetz und das Reglement für die Einlagerung von Petroleum betrifft, so hat, da die Kaiserliche Regierung die Abänderung derselben bereits vollzogen hat, dieser erste in vorgenannter Mitteilung erwähnte Punkt hiermit seine Erledigung gefunden.

Was den zweiten Punkt anbelangt, so erklärt die Hohe Pforte, unter ausdrücklicher Erneuerung der Verpflichtung aus Artikel XII des am 25. Zilhidjé 1322 (7. März 1905) zwischen der Kaiserlichen Regierung und der Kaiserlich Ottomanischen Bank getroffenen Abkommens, welches die Bezahlung des Fehlbetrages in den Haushalten der Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir aus den Zolleinkünften sichert, daß sie diesen Fehlbetrag vermittels des nach den bestehenden Gesetzen zur Verfügung der Kaiserlichen Regierung verbleibenden Teiles der aus dieser Erhöhung einkommenden Beträge ausgleichen wird.

Betreffs des Zeitpunktes für das Inkrafttreten dieser Erhöhung ist die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß Veranlassung vorliegt, eine sowohl für die Erlangung der erforderlichen Ratifikationen wie für den Schutz der Handelsinteressen hinreichend bemessene Frist festzusetzen. Eine bestimmte Frist bezeichnen, und zwar zugunsten der Verträge, die vor diesem Zeitpunkte zwischen den Kaufleuten im Auslande und den in der Türkei wohnenden abgeschlossen wurden, hieße jedoch Mißbräuchen und endlosen Beschwerden Tor und Tür öffnen, zumal angesichts der Unmöglichkeit, das genaue Datum dieser Verträge festzustellen, die fast immer auf dem Wege des Schriftwechsels, nicht aber in Form von eingetragenen Protokollen abgeschlossen werden. Übrigens muß bemerkt werden, daß es sich keineswegs um ein Einfuhrverbot handelt, sodaß die Ausführung der Lieferungsaufträge darunter leiden könnte und man gehalten wäre, ihretwegen eine Ausnahme zu machen, eine Ausnahme, die noch überdies dazu führen würde, daß eine Kategorie von Kaufleuten zum Schaden der anderen bevorzugt würde.

Daher bestimmt die Kaiserliche Regierung in der Absicht, die Interessen des Handels in jeder Beziehung zu wahren, den 1./14. September d. J., was eine hinreichend lange Frist bedeutet, für die Anwendung der Erhöhung.

Mit Bezug auf den 4. Punkt zögert die Hohe Pforte nicht, die Zusicherung abzugeben, daß die Zollgeschäfte mit keinen neuen Abgaben ohne vorherige Verständigung mit den interessierten Mächten belastet werden sollen.

Die Dauer von sieben Jahren endlich, auf die Ihre Exzellenzen diese Erhöhung beschränken möchten, stellt einen hinreichend langen Zeitraum dar, und man kann hoffen, daß in seinem Verlauf die neuen Handelsverträge, deren Abschluß vereinbart wurde, unterzeichnet werden, oder doch zum mindesten, daß im Interesse der Verwaltung wie des Handels ein spezifischer Tarif als Ersatz für das System der Wertzölle in der Zwischenzeit zur Anwendung gelangt. Für alle Fälle jedoch hält sich die Hohe Pforte für berechtigt, sich davon zu vergewissern, daß, auch wenn nach Ablauf dieses Zeitraums eine Verständigung nicht zustande gekommen sein sollte, die Zollsätze von 11 Prozent auch weiterhin erhoben werden sollen, bis diese Verständigung Platz greift, und ohne daß es zur Fortsetzung dieses Verfahrens der Aufnahme erneuter Förmlichkeiten bedarf.

Die Hohe Pforte erklärt sich außerdem bereit, mit der Kaiserlich Deutschen Botschaft ein Sonderprotokoll zur Abänderung gemäß vorliegendem Abkommen des Artikels I des Vollziehungsprotokolls zum türkisch-deutschen Handelsvertrage vom 23. August 1890 zu unterzeichnen.

Zum Schlusse gibt sich das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten der Hoffnung hin, daß Ihre Exzellenzen ihrerseits gleich von jetzt an das Erforderliche tun wollen, um die in Rede stehende Zollerhöhung vom 1./14. September dieses Jahres ab in Kraft treten zu lassen.

Zu Band XXII, S. 368/369

Nr. 7628

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 Therapia, den 23. August 1906

Im Anschluß an Telegramm Nr. 206.

Der Gedanke, welchen ich neulich behufs Lösung der bestehenden Streitfrage Sir Nich. O'Conor suppeditierte, würde durch folgende Fassung — salva redactione (endgültige Fassung vorbehalten) — Ausdruck finden: „Es gilt als abgemacht, daß für den Fall, wo durch das Verhalten der Kaiserlich Ottomanischen Regierung die Ausgaben der drei rumelischen Wilajets eine Erhöhung erführen und infolgedessen die verfügbaren Einkünfte — das sind die 3 Prozent und die excédents des dîmes (Überschüsse aus den Zehnten) — für die Deckung des Fehlbetrages nicht mehr ausreichten, die Hohe Pforte gemäß den Bestimmungen in Absatz 2 der Botschafternote vom 22. Mai gehalten sein soll, ergänzende Sicherheiten zu liefern, um die Erfüllung der Verpflichtung aus Artikel XII des zwischen ihr und der Ottomanischen Bank getroffenen Abkommens zu gewährleisten."

. . . . . . Marschall

Zu Band XXII, S. 370

Nr. 7631

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Therapia, den 6. September 1906

Herr Constans hat bezüglich des einzigen noch vorhandenen Streitpunktes, nämlich der Gendarmerie, folgende Vergleichsvorschläge gemacht. Es soll am Schlusse der auf die drei Prozent bezüglichen Note gesagt werden: „Da die von der Hohen Pforte übernommenen Verpflichtungen in bezug auf das Waffentragen, die Rekrutierung und die Bewaffnung der Gendarmerie in den drei rumelischen Wilajets nicht ausgeführt worden sind und Artikel 61 des Reglements, der das Recht des Einschreitens für die Gendarmerie im Falle von Vergehen und Verbrechen feststellt, nicht eingehalten worden ist, muß die Kaiserliche Regierung die erforderlichen Maßregeln treffen sowohl für die Ausführung dieser verschiedenen Punkte, wie namentlich um zu bewirken, daß die Zivil- und Militärbehörden den Gendarmerieoffizieren ihren Beistand leisten, damit die strikte Anwendung des Artikels 61 und folgender des Reglements dieser Truppe gesichert sei."

. . . . . . Marschall

Zu Band XXII, S. 374/375

Nr. 7636

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Freiherr von und zu Bodman an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 Therapia, den 19. September 1906

. . . Nach der englischem Geschäftsträger zugegangenen Instruktion verlangt England: „Es muß als eine der Bedingungen der Note klar festgesetzt

werden, daß die Finanzkommission das unbestrittene Recht haben soll, den Zivilanteil des mazedonischen Haushalts zu bestimmen.“ . . . Daneben soll am Eingang von Absatz 3 der Nr. 2 des vorliegenden Notenentwurfs folgender Passus eingeschoben werden: „Es versteht sich von selbst, daß, falls die Finanzkommission, in Gemäßheit der Bestimmungen des Artikels 6 des Reglements für das Finanzwesen der drei rumelischen Wilajets verfahrend, die für die Zivilverwaltung mit Einschluß der Gendarmerie und der Polizei vorgesehenen Ausgaben für unzureichend erachtet und sie berichtigen zu müssen glaubt, die Kaiserliche Regierung sich den Forderungen der Finanzkommission in vollem Umfange anschließen wird.“ . . . Die bezüglich der übrigen drei englischen Desiderata im Notenentwurf aufzunehmenden Zusätze sollen lauten: Zusatz zu A Nr. 1:

„Die Hohe Pforte verpflichtet sich außerdem, sobald die Zollerhöhung von den Mächten angenommen ist, eine Summe von 100 000 türkischen Pfunden anzuweisen für die bauliche Wiederherstellung und Verbesserung der Zollamtsräume.

Die Frage des ‚Hamalage (Lastträgergebühren)‘ soll gleichfalls in endgültiger und befriedigender Weise gelöst werden.“

Und zu Nr. 4: „Was die Rekrutierung anbelangt, so verpflichtet sich die Hohe Pforte zur Gestellung des vollzähligen Rekrutenaufgebots für die Gendarmerie in voller Übereinstimmung mit den von dem die Neuordnung leitenden General vorgebrachten Forderungen.

Für den Fall, daß die Kaiserliche Regierung nicht über eine genügende Anzahl von Rekruten verfügt, soll sie gehalten sein, das Aufgebot durch Mannschaften, die den Truppenbeständen des regulären Heeres entnommen sind, zu ergänzen.“

. . . . . . Bodman

Zu Band XXII, S. 378

Nr. 7641

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 Therapia, den 29. September 1906

. . . In dieser Beziehung bietet Absatz 3 des Artikels VI des Reglements eine Handhabe. Derselbe lautet: „Die Kommission wird sich in erster Linie vergewissern, daß der Haushaltsplan die für die Bedürfnisse der Zivilverwaltung mit Einschluß der Gendarmerie und der Polizei erforderlichen Voranschläge enthält.“

Wenn daher dem englischen Wunsch in folgender Fassung entsprochen wird:

„Es soll als selbstverständlich gelten, daß, falls die Finanzkommission, in Gemäßheit der Bestimmungen des Artikels 6 des Reglements verfahrend, befinden sollte, daß der Haushaltsplan nicht die für die Bedürfnisse der Zivilverwaltung mit Einschluß der Gendarmerie und der Polizei erforderlichen Voranschläge enthält, die Kaiserliche Regierung sich den von der Kommission vorgenommenen Berichtigungen in vollem Umfange anschließen würde,“

so bleiben wir streng auf dem Boden des Reglements . . . . . .

. . . . . . Marschall

Zu Band XXII, S. 415

Nr. 7681

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Stellvertretenden Botschafter in Konstantinopel Gesandten von Kiderlen

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 87 Berlin, den 20. August 1907

Auf Telegramm Nr. 164.

Der türkische Geschäftsträger hat mir folgende Erklärung abgegeben: „Die Hohe Pforte hat aus eigener Entschließung die Bestimmung des Mürzsteger Programms über die Neuordnung der Rechtseinrichtungen in den drei rumelischen Wilajets erfüllt und einen Sonderausschuß an Ort und Stelle geschickt, um für die völlige und gänzliche Anwendung derjenigen dieser Bestimmungen, die noch nicht zur Ausführung gelangt sind, Sorge zu tragen.

Die Kaiserliche Regierung überläßt sich der Hoffnung, daß die Mächte es nicht für erforderlich halten werden, ihr einen neuen Vorschlag zu machen.

Infolgedessen erscheint es dringend notwendig, beschleunigte Schritte bei Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bülow zu tun, um ihn zu veranlassen, seine guten Dienste bei den übrigen Mächten zu verwenden, um jedweden Schritt bis zur Beendigung der Arbeiten vorgenannten Ausschusses, die ohne allen Zweifel vollkommen befriedigend ausfallen werden, zu verhindern."

. . . . . . Tschirschky

Zu Band XXII, S. 439/440

Nr. 7702

Der Stellvertretende Botschafter in Konstantinopel Gesandter von Kiderlen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 201 Therapia, den 4. November 1907
Streng vertraulich

. . . . . .

2 . . . der Satz des russisch-österreichischen Programms, der von der (sic) Finanzkommission zu bildenden Kanzlei handelt, soll folgendermaßen lauten: „Die Kommission wird in dieser Aufgabe von einer besonderen Kanzlei unterstützt werden, deren Personal von ihr ausgewählt und an deren Spitze ein rechtskundiger Ratgeber ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit gestellt werden soll."

3 . . . . . .

Es wurde folgende vorläufige Fassung angenommen:

„Alle Veränderungen bei dem in den drei Wilajets angestellten Justizpersonal werden der Kommission zur Kenntnis gebracht unter Angabe der jeweilig veranlassenden Gründe." . . . . . .

5. Für die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden als Disziplinarkammern verlangte Herr O'Conor ebenfalls ein Aufsichtsrecht der Finanzkommission. Er beantragte zu sagen: „Die Verwaltungsräte sollen in bezug auf ihre gerichtliche Tätigkeit nach dem Beispiel der übrigen Gerichtshöfe (!) der Aufsicht der Kommission unterstellt werden." . . . . . .

6 . . . . . .

. . . Als Antrag einer der Ententemächte, dem auch der Vertreter der anderen zustimmte, gelangte er aber ohne weiteres zur Annahme. Er lautet:

„Gefängnis- und Verschickungsstrafen für Verbrechen, die in den drei Wilajets begangen wurden, können nur an solchen Plätzen verbüßt werden, wo mindestens zwei von den Mächten durch Berufskonsuln vertreten sind. Diese Maßregel soll sich auch auf früher verhängte Strafen erstrecken."

Kiderlen

Zu Band XXII, S. 448

Nr. 7705

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 926 Berlin, den 11. November 1907
[abgegangen am 12. November]

. . . . . .

„Gleichlautendes Telegramm.
Protokoll.

Die Vertreter der Mächte von . . . ., die auf der russischen Botschaft zusammengekommen sind, haben den vom österreich-ungarischen und vom russischen Botschafter eingebrachten Vorschlag zur mazedonischen Justizreform geprüft. Sie haben gleichfalls den von der Hohen Pforte zu demselben Zwecke unterbreiteten Entwurf einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Sie haben einstimmig anerkannt, daß Veranlassung vorliegt, die von der Hohen Pforte vorgeschlagenen Reformen anzunehmen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß die Finanzkommission das Recht haben soll, die von der Kaiserlich Ottomanischen Regierung ernannten und der Abhängigkeit von besagter Kommission zu unterstellenden christlichen Justizinspektoren zu billigen.

Da die Vertreter überdies ernste Schwierigkeiten und einen hartnäckigen Widerstand, der zu Verwickelungen führen kann, voraussehen, werden sie von neuem zusammentreten, um einen Notenentwurf auszuarbeiten, den sie der Prüfung ihrer verschiedenen Regierungen unterbreiten werden. Kiderlen."

Mühlberg

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 19

Nr. 7764

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Washington, den 18. November 1904

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 122.

Staatssekretär Hay schlägt vor, folgende geheimzuhaltende Deklaration zusammen mit dem Schiedsvertrag zu unterzeichnen:

Die vertragschließenden Parteien erklären sich damit einverstanden, daß das zugleich mit dieser Erklärung unterzeichnete Schiedsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser zufolge der Verfassung der Vereinigten Staaten der Ratifikation durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit und unter Beratung und Zustimmung ihres Senates bedarf, um seine volle Rechtskraft zu erlangen.

Sternburg

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 65/66

Nr. 7801

Aide-mémoire

Vom Unterstaatssekretär von Mühlberg dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken übersandt
Konzept

Vertraulich Berlin, den 25. Februar 1906

Die Einrichtung der obligatorischen Schiedssprechung wäre eine schwerwiegende Abänderung des Abkommens über die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten, wie es auf der ersten Haager Konferenz unterzeichnet worden ist.

Für den Augenblick erscheint die Revision der auf dieser Konferenz geschlossenen Abkommen verfrüht, weil sie erst seit wenigen Jahren in Kraft sind und man nur auf Grund einer längeren Erfahrung darüber urteilen kann, welche von diesen Bestimmungen etwa einer Abänderung bedürfen.

Außerdem würde die obligatorische Schiedssprechung besondere Schwierigkeiten darbieten und in ernster Weise die Tätigkeit der bevorstehenden Konferenz hemmen, die durch die schwierigen und verwickelten Aufgaben, die ihr obliegen, schon hinreichend in Anspruch genommen ist, dergestalt, daß es nicht angebracht erscheint, sie noch durch neue Fragen, die gewisse Meinungsverschiedenheiten nach sich ziehen könnten, zu vermehren.

Aus diesen Gründen glaubt die Kaiserliche Regierung die Hinzufügung der Frage der obligatorischen Schiedssprechung zu dem Programm der zweiten Haager Konferenz nicht befürworten zu dürfen.

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 66—68

Nr. 7802

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Note. Ausfertigung

Nr. 704 Berlin, den 21. März/3. April 1906

Als die Kaiserliche Regierung die Zusammenberufung einer zweiten Friedenskonferenz in die Hand nahm, hatte sie die Notwendigkeit ins Auge gefaßt, den Grundsätzen der Menschlichkeit, welche die Arbeitsgrundlage der großen internationalen Vereinigung von 1899 bildeten, einen neuen Anstoß der Entwickelung zu geben.

Sie hat es zugleich für angezeigt gehalten, die Anzahl der an den Arbeiten der geplanten Konferenz beteiligten Staaten nach Möglichkeit zu erweitern, und die freudige Bereitwilligkeit, mit der dieser Ruf beantwortet wurde, legt Zeugnis ab von der Tiefe und allgemeinen Verbreitung, die heutzutage das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für die Anwendung der das Wohl der gesamten Menschheit betreffenden Ideen angenommen hat.

Die erste Konferenz ist in der Überzeugung auseinandergegangen, ihre Arbeit werde in der Folge durch die stetig unter den Völkern fortschreitende Aufklärung und nach Maßgabe der aus gesammelten Erfahrungen gewonnenen Resultate vervollständigt werden. Ihre wichtigste Schöpfung, der internationale Schiedsgerichtshof, ist eine Einrichtung, die bereits ihre Proben abgelegt und zum allgemeinen Besten eine Schar von Rechtsgelehrten als Areopag zusammengeführt hat, die von der Achtung der ganzen Welt umgeben ist. Auch hat man die Wahrnehmung machen können, wie wohltätig sich die inter-

nationalen Untersuchungsausschüsse für die Lösung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten erwiesen haben.

Es sind indessen Verbesserungen in das Abkommen über die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten einzuführen. Im Verfolg neuerlicher Schiedssprüche haben die als Gerichtshof tagenden Rechtsgelehrten gewisse Einzelfragen aufgeworfen, über die unter Vornahme der notwendigen Erweiterungen besagten Abkommens Beschluß zu fassen wäre. Namentlich würde es wünschenswert erscheinen, feste Grundsätze in bezug auf den während des Verfahrens anzuwendenden Sprachgebrauch aufzustellen, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die sich nach Maßgabe der wachsenden Inanspruchnahme der Schiedssprechung künftighin einstellen könnten. Die Tätigkeit der Internationalen Untersuchungsausschüsse wäre gleichfalls einigen Verbesserungen zu unterziehen.

Was die Regelung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges angeht, so bedürfen die von der ersten Konferenz getroffenen Bestimmungen gleichfalls der Vervollständigung und Verdeutlichung, so daß jedes Mißverständnis beseitigt wird.

In betreff des Seekrieges, wo die Gesetze und Gebräuche in gewissen Punkten von Land zu Land schwanken, besteht die Notwendigkeit, feste Regeln in beiderseitiger Übereinstimmung mit den Forderungen des Rechts der Kriegführenden und der Interessen der Neutralen aufzustellen.

Ein Abkommen über diese Gegenstände müßte ausgearbeitet werden und würde einen der Hauptabschnitte der für die nächste Konferenz vorgesehenen Aufgabe bilden.

Von der Ansicht geleitet, daß es augenblicklich nur darauf ankommt, zur Prüfung derjenigen Fragen zu schreiten, die durch ihre Herkunft aus der Erfahrung dieser letzten Jahre in besonderem Maße sich aufdrängen, ohne diejenigen zu berühren, welche die Begrenzung der Heeres- und Flottenstreitkräfte betreffen könnten, schlägt daher die Kaiserliche Regierung als Programm für die geplante Versammlung folgende Hauptpunkte vor:

1. An den Bestimmungen des Abkommens über die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten vorzunehmende Verbesserungen hinsichtlich des Schiedsgerichtshofes und der Internationalen Untersuchungs-Ausschüsse.

2. Den Bestimmungen des Abkommens von 1899 über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges beizugebende Ergänzungen, so unter anderem in bezug auf die Eröffnung der Feindseligkeiten, die Rechte der Neutralen zu Lande usw. Die Erklärungen von 1899. Da eine von diesen abgelaufen ist, Aufwerfung der Frage ihrer Erneuerung.

3. Ausarbeitung eines Abkommens über die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges mit Bezug auf:

die besonderen Kampfhandlungen des Seekrieges wie die Beschießung von Häfen, Städten und Dörfern durch eine Flottenmacht, Minenlegen usw....

die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe,

das Privateigentum der Kriegführenden auf See,

die den Handelsschiffen für das Verlassen der neutralen und der feindlichen Häfen nach der Eröffnung der Feindseligkeiten zu gewährende Schutzfrist,

die Rechte und Pflichten der Neutralen auf See, unter anderen die Fragen der Bannware, der Behandlung, welcher die Fahrzeuge der Kriegführenden in den neutralen Häfen zu unterwerfen sind, die Zerstörung der als Prisen angehaltenen Handelsschiffe der Neutralen im Notfalle.

In dieses auszuarbeitende Abkommen würden die Bestimmungen über den Landkrieg aufgenommen werden, die auch auf den Seekrieg Anwendung finden können.

4. Dem Abkommen von 1899 beizugebende Ergänzungen zur Übertragung der Grundsätze des Genfer Abkommens von 1864 auf die Seekriegführung.

Wie auf der Konferenz von 1899 würde als abgemacht zu gelten haben, daß die Verhandlungen der geplanten Versammlung sich weder auf die politischen Beziehungen zwischen den Staaten oder den durch die Verträge geschaffenen Stand der Dinge, noch im allgemeinen auf solche Fragen erstrecken dürften, die sich nicht unmittelbar in das von den Kabinetten angenommene Programm einfügen.

Die Kaiserliche Regierung legt Wert darauf, hervorzuheben, daß die Ankündigung dieses Programms und seine etwaige Annahme seitens der verschiedenen Staaten offenbar nicht der Meinung vorgreift, die im Verlauf der Konferenz bezüglich der Lösungen vorgebracht werden könnte, die den zur Verhandlung stehenden Fragen zu geben wären. Ebenso würde es Sache der geplanten Versammlung bleiben, die Reihenfolge der zu behandelnden Fragen zu bestimmen, sowie die Form, welche die getroffenen Entscheidungen anzunehmen hätten, je nachdem es für vorteilhafter erachtet wird, einige von ihnen in neue Abkommen zusammenzuschließen, oder aber sie als Ergänzungen schon bestehender Abkommen hinzuzufügen.

Bei der Abfassung des oben erwähnten Programms hat die Kaiserliche Regierung den von der ersten Friedenskonferenz geäußerten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen, so namentlich hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Neutralen, des Privateigentums der Kriegführenden auf See, der Beschießung von Häfen, Städten usw.... Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung in der Gesamtheit der vorgeschlagenen Punkte den Ausdruck des Wunsches finden wird, sich diesem hohen Ideal internationaler Gerechtigkeit anzunähern, der das beständige Ziel des ganzen zivilisierten Weltalls bildet.

Auf Befehl meiner Regierung beehre ich mich, Euerer Exzellenz Vorstehendes mitzuteilen mit dem Hinzufügen, daß der Zeitpunkt, wo die geplante Konferenz sich im Haag zu versammeln haben würde, vielleicht die zweite Hälfte des Monats Juli d. J. (neuer Stil) sein könnte, da auch die niederländische Regierung ihrerseits der Ansicht ist, dieser Zeitpunkt sei der geeigneteste.

In Erwartung einer möglichst baldigen Antwort der Kaiserlich Deutschen Regierung ergreife ich diese Gelegenheit pp.

Osten-Sacken

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 69/70

Nr. 7803

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Note. Ausfertigung

Nr. 709 Berlin, den 21. März/3. April 1906

Bei der Ausarbeitung des Programms für die nächste Friedenskonferenz hat die Kaiserliche Regierung die Wünsche der fremden Regierungen und der Gelehrten-Versammlungen, die zu ihrer Kenntnis gelangt sind, in Erwägung gezogen und versucht, sie, soweit sie miteinander und mit ihren eigenen Ansichten in Einklang gebracht werden konnten, zu verwirklichen.

Ihre Hauptaufgabe war, vermittels einer internationalen Erörterung die Fragen, die infolge der jüngsten Ereignisse zumal in bezug auf den Seekrieg die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben, zu klären, und dabei zugleich jedem einzelnen Staate die Möglichkeit zu geben, sich, falls er es für erforderlich hielte, über alle an die Beschlüsse der Ersten Friedenskonferenz

anknüpfenden Fragen zu äußern, soweit dies nicht über den Rahmen des bereits von fast allen Mächten angenommenen ursprünglichen russischen Vorschlages hinausgehen würde.

Die Kaiserliche Regierung hat es für vollkommen unmöglich erachtet, in dieser Hinsicht irgendwelche Hindernisse aufzurichten und sich der Meinung anzuschließen, es sei wünschenswert, die Fragen vom Konferenzprogramm auszuschließen, die sich auf die Abänderung der Abkommen vom Jahre 1899 und insbesondere des die Schiedssprechung betreffenden Abkommens beziehen. Sie hat es für nötig gehalten, zwischen den Versammlungen von der Art dieser nächsten und der Ersten Konferenz ein Band der Nachfolge bestehen zu lassen, in der Überzeugung, daß die beste Gewähr für die Lebensfähigkeit und weitere Entwickelung der heilsamen Beschlüsse von 1899 auf der Möglichkeit beruht, sie zu verbessern und zu vervollständigen, und zwar stufenweise und in Anlehnung an die Fingerzeige, die sich aus der Erfahrung ergeben.

Nachdem sie im Hinblick auf diese Erwägungen in das Konferenzprogramm die Fragen der Vervollkommnung (nicht aber der Revision) der Beschlüsse von 1899 sowie der Ausarbeitung eines Abkommens die Gesetze des Seekrieges betreffend aufgenommen hatte, hielt es die Kaiserliche Regierung für nötig, um dieses Programm für alle Staaten annehmbarer zu machen, auf den Gedanken eines den Gegenstand erschöpfenden Programms zu verzichten und ihm eine allgemein gehaltene Fassung zu geben, die den Mächten die Möglichkeit beließe, der Konferenz verschiedene, in dem Programm nicht in bestimmter Form aufgeführte, aber mit dessen Hauptpunkten in Verbindung stehender Sonderfragen zu unterbreiten.

Infolgedessen hat die Kaiserliche Regierung weder den für die Ergänzungen zu den Beschlüssen von 1899 festzusetzenden Inhalt in bestimmter Form angeben, noch auch die Anzahl des für die Ausarbeitung des Abkommens über den Seekrieg zu erörternden Einzelfragen weiter erhöhen zu dürfen geglaubt in dem Gedanken, daß es der Konferenz zukäme, über diese Fragen nach Maßgabe der Vorschläge, welche die eine oder die andere der Mächte ihr unterbreiten wird, zu befinden.

Ebenso hat die Kaiserliche Regierung bei der Abfassung des Programms ihr Augenmerk in besonderem Maße darauf gerichtet, daß der Konferenz selbst die Wahl überlassen bliebe, ihre Entscheidungen entweder unter Zusammenfassung in einem oder mehreren neuen Abkommen zum Ausdruck zu bringen oder aber im Anschluß an bereits bestehende Abkommen.

Das Berliner Kabinett ist bereits mit der Ansicht der russischen Regierung über die Revision des Genfer Abkommens von 1864 vermittels einer Sonderkonferenz, die jetzt von seiten der Schweizer Bundesregierung für den 2. Juni d. J. einberufen ist, befaßt worden.

Der für die neue Friedenskonferenz festgesetzte Zeitpunkt — die zweite Hälfte des Monats Juli — scheint dem Haager Kabinett ganz besonders genehm zu sein, weil seinen Berechnungen nach die Arbeiten der Genfer Konferenz um diese Zeit beendet sein, und weil andererseits die Generalstaaten der Niederlande sich im September in den für die Friedenskonferenz bestimmten Räumen versammeln müssen.

Es leuchtet daher ein, von wie großer Wichtigkeit es ist, daß die Mächte, denen der Konferenzprogrammentwurf heute unterbreitet wird, ihre Antwort in kürzester Frist geben. Auch ist nicht aus den Augen zu verlieren, daß Rußland heute nicht mehr in der Lage ist, von sich aus auch nur ein einziges Wort des Programms zu ändern, und daß für jede von dieser oder jener Macht gewünschte Änderung eine vorgängige Befragung aller 47 zur Konferenz eingeladenen Staaten erforderlich wäre, was ihren Zusammentritt kaum noch in diesem laufenden Jahre ermöglichen würde. Die moralische Verantwortung für diese Verschiebung würde auf denjenigen Staat, der eine Programmänderung

gewünscht hätte, zurückfallen; es ist jedoch bekannt, welche außerordentliche Wichtigkeit von zahlreichen Mächten einem baldigen Zusammentritt der Konferenz beigelegt wird.

Da sie alles, was in ihren Kräften stand, getan hat, um den mutmaßlichen Wünschen aller Staaten bezüglich des Konferenzprogramms zu genügen, dieser selbst aber die weiteste Freiheit des Handelns gelassen hat, hofft die Kaiserlich Russische Regierung, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung dem ihr unterbreiteten Programm zustimmen und den Wunsch einer daran vorzunehmenden Änderung nur im Falle äußerster, unabweislicher Notwendigkeit vorbringen wird.

Was die Frage des Beitritts der an der Ersten Friedenskonferenz nicht beteiligt gewesenen Mächte zum Schiedsabkommen von 1899 anbelangt, so ist zu bemerken, daß die von Rußland vorgeschlagene Art des Verfahrens ausschließlich diejenigen Mächte betrifft, die eine Einladung zur Zweiten Konferenz erhalten und sie nicht abgelehnt haben, keineswegs aber auf eine grundsätzliche Lösung der Frage des Beitritts im allgemeinen ausgeht.

Osten-Sacken

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 74/75

Nr. 7807

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Note. Konzept

Berlin, den 15. April 1906

In Beantwortung der Schreiben betreffend die zweite Friedenskonferenz, welche Euer Exzellenz die Güte hatten, unter dem 3. und 12. April d. J. an mich zu richten, beehre ich mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Kaiserliche Regierung dem von der Kaiserlich Russischen Regierung ausgearbeiteten Programm zustimmt. Allem Anschein nach vermag dieses Programm nicht mehr den Schwierigkeiten Raum zu geben, die, wie es schien, eine allgemeine Revision des Abkommens für die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten hätte veranlassen müssen, und zwar deshalb nicht, weil es nur auf Abänderung derjenigen Bestimmungen des Abkommens ausgeht, welche die internationalen Untersuchungsausschüsse (Abschnitt III) und den dauernden Schiedsgerichtshof (Abschnitt IV, Kapitel 2 und 3) betreffen.

Was den Zeitpunkt für den Zusammentritt der Konferenz angeht, so hat die Kaiserliche Regierung keine Einwendungen dagegen zu erheben, daß derselbe gemäß dem von der Regierung der Vereinigten Staaten Amerikas geäußerten Wunsche auf später verschoben wird, und erklärt sich von vornherein zur Annahme desjenigen Zeitpunktes bereit, der von der Kaiserlich Russischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten in gemeinsamer Übereinstimmung festgesetzt werden wird.

Nach Ansicht der Kaiserlich Deutschen Regierung bietet der durch Schreiben Nr. 709 gemachte Vorschlag der Kaiserlich Russischen Regierung das einfachste und brauchbarste Mittel zur Regelung der Frage des Beitritts der auf der ersten Friedenskonferenz nicht vertreten gewesenen Mächte zum Schiedsabkommen. Die Kaiserlich Deutsche Regierung erklärt daher ihre Zustimmung und nimmt das in Rede stehende Verfahren an.

Tschirschky

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 92/93

Nr. 7824

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 2 Berlin, den 5. Januar 1907
Geheim

Auf Telegramm vom 4. d. Mts.

Selbst oder durch Botschaftsrat entziffern.

Euer pp. wollen sofort folgendes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an Präsident Roosevelt persönlich überreichen:

„Herr Präsident!

Mein Botschafter in Washington hat meinem Staatssekretär ganz geheim telegraphiert, was Herr A. Carnegie Ihnen und Sekretär Root über meinen Widerstand gegen die nächste Haager Friedenskonferenz gesagt hat.

Alles, was Herr Carnegie in London gehört hat, ist erstunken und erlogen (are foul and filthy lies), und das Ziel, das damit verfolgt wird, ist nur zu klar: Mißtrauen zwischen uns beiden zu säen. Es ist die unerhörteste Quertreiberei, die jemals gegen mich und das Deutsche Reich angezettelt wurde. Ich hoffe bestimmt, daß Sie keinen Augenblick geglaubt haben, es könnte wahr sein.

Seit meiner Begegnung mit König Eduard in Friedrichshof habe ich mit niemandem, weder mündlich noch schriftlich, die Haager Konferenz erörtert. In Friedrichshof wurde die Konferenzfrage vom Könige erörtert in Gegenwart meines Staatssekretärs und Sir Charles Hardinges sowie Sir Frank Lascelles', und gleich hernach ist dann eine Aufzeichnung über unsere Besprechung aufgesetzt worden. Nach dieser Aufzeichnung, die beim Schreiben dieses Telegramms vor mir liegt, machte der König selbst den Anfang, indem er mir sagte, daß er die Neue Konferenz durchaus mißbillige und sie als „Humbug" (Schwindel) ansehe. Der König sagte mir, er hielte die Konferenz nicht nur für unnütz, da im Notfalle niemand sich durch ihre Beschlüsse für gebunden erachten würde, sondern geradezu für schädlich. Es wäre zu befürchten, daß anstatt der Eintracht nur noch mehr Reibungen das Ergebnis sein würden.

In meiner Antwort verbarg ich Seiner Majestät nicht, daß ich von der Konferenz nicht gerade entzückt bin, und ganz besonders habe ich dem Könige und Sir Charles Hardinge gesagt, daß Deutschland nicht von seinem vor sechs Jahren festgelegten Flottenprogramm abweichen könnte, daß aber Deutschland nicht mit Angriffsabsichten gegen irgendeine andere Macht eine Flotte baue; es tue dies nur, um sein eigenes Gebiet und seine Handelsinteressen zu schützen. So weit die Aufzeichnung.

Es ist wahrhaftig zu unsinnig, mich für so allen gesunden Menschenverstandes bar zu halten, daß ich meine Flotte gegen Sie bauen sollte!

Ich habe meine Haltung seit dem vorigen Jahre, wo ich durchaus bereit und vorbereitet war, auf die Haager Konferenz zu gehen, nicht geändert. Wie Sie sich entsinnen werden, wurde die Konferenz auf Ihren eigenen Wunsch vertagt. Auf Ihre Bitte verwendete ich meine guten Dienste bei Rußland für einen Aufschub der Zusammenkunft, um es so den südamerikanischen Republiken zu ermöglichen, an der Haager Konferenz teilzunehmen, was sie nicht hätten tun können, wenn der Panamerikanische Kongreß und die Haager Konferenz fast zur selben Zeit abgehalten worden wären.

Wilhelm I. R."

. . . . . . Bülow

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 94/95

Nr. 7825

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Washington, den 6. Januar 1907
Ganz geheim

Für den Herrn Reichskanzler.

Als ich Präsident heute aufsuchte, fing er sofort vom Tarif an zu sprechen, woraus ich ersah, daß er den Meldungen Carnegies keinen Wert beilegte. Als ich ihm dann Ursache meines Besuchs mitgeteilt hatte, bemerkte er folgendes: „Bitte sagen Sie Seiner Majestät, daß die Geschichte von Carnegie mir am Rücken hinuntergelaufen ist wie Wasser vom Rücken einer Ente. Ich bin nachgerade an solche Geschichten wie diese letzte da zu sehr gewöhnt. Ich habe die Bemerkung gemacht, daß diese Liebhabermitglieder des liberalen Kabinetts in London sich jetzt Carnegies bedienen, um mich irrezuführen und Deutschland Schwierigkeiten zu machen. Ich hatte keine Ahnung, daß Carnegie hingehen und Ihnen seine Geschichte erzählen würde, sonst würde ich natürlich mit Ihnen davon gesprochen haben. Ich sage Ihnen im Vertrauen, daß ich mir persönlich sehr wenig von der bevorstehenden Konferenz verspreche, zumal da der einzige Gedanke, der meiner Ansicht nach von praktischer Bedeutung sein würde, die Verdrängungsbeschränkung der Kriegsschiffe, aufgegeben werden mußte. Eben ist mir ein anderes Märchen von Deutschlands Absichten auf Kuba zu Ohren gekommen. Der Bericht meldet, vier deutsche und ein japanischer Spion wären in Moro castle verhaftet worden. Das hat diejenigen überzeugt, die mir den Bericht sandten, wonach Deutschland und Japan zu einem Angriff auf Kuba rüsten. Ich habe nun ziemlich genug von diesen alten Geschichten, die lauter großer Unsinn sind, und an die ich niemals geglaubt habe und niemals glauben werde. Das erste, was ich tun werde, wenn Bryce hier ankommt, ist, daß ich ihn bitte, diesem liberalen Kabinett eine deutliche Warnung zuteil werden zu lassen, in Zukunft vorsichtiger bei der Ausbreitung seines politischen Klatsches zu Werke zu gehen. Ich weiß, daß Carnegie seine Geschichte auch Root erzählt hat, aber ich habe es nicht einmal der Mühe für wert gehalten, die Sache Root gegenüber zu erwähnen. Sagen Sie Seiner Majestät, welch großes Vergnügen mir sein Brief gewährt hat, und daß ich ihn persönlich beantworten werde.“

. . . . . . Sternburg

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 95/96

Nr. 7826

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Theodore Roosevelt an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiger Privatbrief

Weißes Haus, Washington, den 8. Januar 1907

Mein lieber Kaiser Wilhelm,

Sie brauchen sich Ihrerseits auch nicht einen Augenblick darüber zu beunruhigen, ich könnte durch solche Geschichten irregeführt werden, wie

die, die Herr Carnegie erst mir und dann — so seltsam es klingt — Ihrem Botschafter hinterbracht hat. Abgesehen davon, daß ich mich einen Augenblick fragte, warum und in welcher Form die Geschichte ursprünglich Carnegie erzählt wurde, und ob der ursprüngliche Erzähler sie selber geglaubt hat oder nicht, habe ich nie weiter an die Sache gedacht, bis Speck mir davon sprach. Ich habe sie nicht einmal Root gegenüber erwähnt. Es ist eine Geschichte von ganz gewöhnlicher Art. Man erzählt mir immer wieder von japanischen oder deutschen oder englischen Spionen, die höchst unwahrscheinliche Plätze auskundschaften, — die Moroburg in Havana z. B., oder irgendeine ebenso veraltete und nicht zu verteidigende Befestigung, und dann und wann höre ich von diesem oder jenem hohen Beamten auf irgendeiner westindischen Insel oder in einer südamerikanischen Republik, der in eine fieberhafte Aufregung geraten sei durch die (gänzlich auf Einbildung beruhende) Nachricht, einer meiner Agenten hätte heimlich seine Gebiete ausgekundschaftet. Ich kann keine Zeit dafür opfern, derartigen Erfindungen nachzuhängen; ich bin von wirklichen Geschäften, auswärtigen wie einheimischen, viel zu sehr in Anspruch genommen. Euere Majestät können versichert sein, daß kein solches Märchen wie, daß Sie Ihre Flotte „gegen Amerika" bauten, bei mir etwas anderes hervorrufen wird als gutmütige Heiterkeit.

Ich habe volles Vertrauen zu Ihrer aufrichtigen Freundschaft für mein Land, und ich freue mich sagen zu können, daß in den letzten fünf Jahren das Wohlwollen Deutschland gegenüber in Amerika in beständigem Wachstum begriffen war. Vornehmlich dank Ihrer Haltung sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf einen ausgezeichneten Fuß gekommen. Lassen Sie mich ein Wort herzlichen Lobes hinzufügen für den Anteil, den unter Euerer Majestät Leitung Freiherr von Sternburg an dem Zustandekommen dieses glücklichen Ergebnisses gehabt hat. Er hat Ihre Wahl mehr als gerechtfertigt, denn, während er eifersüchtig die Ehre und das Interesse Deutschlands schützte, suchte er jede Gelegenheit, den Amerikanern ein Gefühl des Vertrauens zu Deutschland und der Achtung für dasselbe einzuflößen.

Eine solche Haltung leichtgläubigen und gedankenlosen Mißtrauens, wie sie das von Carnegie hinterbrachte Märchen wiederspiegelt, findet man hier und da zu verschiedenen Zeiten in jedem Lande; es gibt immer internationale Verleumder, die sich an den nationalen Argwohn wenden. Erinnern Sie sich in Thackerays „Snob-Buch" des Snobs aus den Londoner Klubs, der stets Klatsch und üble Nachrede über fremde Nationen herumträgt? Es sind sechzig Jahre, daß Thackeray über ihn schrieb: — „Das ist der Mann, der sich allen Ernstes durch die Pläne Rußlands und die abscheuliche Treulosigkeit Louis Philipps beunruhigt fühlt. Er ist es, der das Erscheinen einer französischen Flotte in der Themse erwartet und unausgesetzt ein Auge auf den amerikanischen Präsidenten hat, dessen Reden er (hilf Himmel!) Wort für Wort liest. . . Daß Lord Palmerston an Rußland verkauft ist, die genaue Anzahl Rubel, wofür, und das Haus der City, wodurch dies geschah, ist ein Lieblingsthema bei dieser Art von Snob." Die Gattung ist in England noch nicht ausgestorben; in meinem eigenen Lande und in anderen übrigens auch nicht.

Lassen Sie mich Ihnen wiederholen, daß durch keine Klatscherei zwischen Deutschland und Amerika Mißtrauen gesät werden wird. Ich glaube aufrichtig, daß die Zunahme der guten Beziehungen zwischen den beiden Völkern eine stetige und dauernde ist.

Ihr Vorschlag, ich sollte Tarifsachverständige nach Deutschland schicken, um die Tariffragen zwischen den beiden Ländern zu erörtern, hat sich wunderbar bewährt, und ich erhoffe die besten Erfolge davon.

Mit Hochachtung bin ich Ihr ganz ergebener

Theodore Roosevelt

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 111

Nr. 7838

Aide-mémoire

Vom Staatssekretär von Tschirschky am 30. Januar 1907 dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken übersandt
Konzept

Berlin, den 30. Januar 1907

Vertraulich

Zufolge der im Monat April 1906 von der russischen Regierung gemachten Mitteilungen war die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß das von Rußland für die zweite Friedenskonferenz vorgeschlagene Programm streng begrenzt wäre, und daß keine Frage, die sich nicht in dies Programm einfügte, auf der Konferenz in Erwägung gezogen werden würde, weder durch Hinzufügung zu dem einmal festgestellten Programm, noch durch eine Ausdehnung der Verhandlung. In dieser Annahme geschah es, daß die Kaiserliche Regierung die Einladung zur Konferenz angenommen und dem Programm derselben zugestimmt hat.

Wenn vorgeschlagen werden sollte, neue Fragen in das Programm aufzunehmen oder solche zur Erörterung zu stellen, so müßte die Kaiserliche Regierung sich ihre Stellungnahme gegenüber derartigen Vorschlägen vorbehalten. Sie erlaubt sich jedoch, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß das vorliegende Programm ihr genügend zahlreiche und genügend wichtige Fragen zu enthalten scheint, um die ganze Tätigkeit der Konferenz in Anspruch zu nehmen. Andererseits haben ihrer Ansicht nach die in dem Programm enthaltenen Gegenstände eine so große praktische Bedeutung, daß man vor allem bemüht sein sollte, sie zu regeln. Vorschläge, die dazu führen würden, die Beratungen der Konferenz mit neuen schwierigen Fragen zu belasten, könnten daher die Ergebnisse der Konferenz in Frage stellen — ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die diese Vorschläge ihrer eigenen Beschaffenheit nach entstehen lassen könnten.

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 149/150

Nr. 7871

Anlage

Denkschrift

Konzept

Berlin, den 9. März 1907

In den aus Anlaß der nächsten Friedenskonferenz überreichten Vorschlägen hatte die Kaiserlich Russische Regierung ausdrücklich hervorgehoben, daß die Fragen, welche die Beschränkung der Heeres- oder Flottenstreitkräfte berühren, von den Beratungen ausgeschlossen sein sollten. Nach den Mitteilungen jedoch, die der Kaiserlich Deutschen Regierung von Seiner Exzellenz dem russischen Geheimen Rate Herrn von Martens gemacht worden sind, hätten sich die englische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika das Recht vorbehalten, diesen Gegenstand auf der Konferenz zu erörtern.

Die Kaiserliche Regierung glaubt die ernsten Schwierigkeiten aufzeigen zu sollen, die sich der Aufnahme der Frage der Rüstungsbeschränkung in das Konferenzprogramm und sogar einer Erörterung derselben entgegenstellen.

Von diesen Schwierigkeiten sind einige technischer Natur, während die anderen von der Art des Problems selbst herrühren.

In der Tat umfaßt das von der russischen Regierung sehr geschickt zusammengestellte Programm zu zahlreiche und an und für sich selbst zu wichtige Gegenstände, um nicht die ganze Tätigkeit der Konferenz in Anspruch zu nehmen. Andererseits besitzen die darin enthaltenen Verhandlungsstoffe eine so große praktische Bedeutung, daß die Konferenz doch wohl vor allem ihre ganze Kraft auf die Regelung dieser Punkte gerichtet halten muß. Vorschläge mit der Wirkung, die Beratungen durch neue schwierige Fragen zu belasten, würden nicht verfehlen, die Konferenz in ihrer Arbeit zu hemmen, und könnten die Vollendung der Aufgabe, die ihr doch in erster Linie obliegen muß, schädigen.

Die Erörterung der Rüstungsbeschränkung während der ersten Friedenskonferenz im Jahre 1899 hat überzeugend dargetan, daß die Lösung des Problems außerordentliche Schwierigkeiten bietet. Seit dieser Zeit hat sich die öffentliche Meinung unablässig mit der Frage beschäftigt, ohne daß es ihr jedoch bis jetzt gelungen wäre, die Möglichkeit einer Lösung anzugeben, die der politischen und geographischen Lage der verschiedenen Staaten und der Verschiedenartigkeit ihrer militärischen Einrichtung gerecht würde. Nach Herrn von Martens wird diese Betrachtungsart von der großen Mehrheit der jetzt von ihm befragten Kabinette geteilt. Unter diesen Umständen und solange die beteiligten Mächte nicht grundsätzlich von der Möglichkeit einer befriedigenden Lösung der Frage überzeugt sind, scheint es wenig wahrscheinlich, daß man diese Lösung durch Überweisung an eine internationale Konferenz zu fördern vermöchte.

Überdies unterliegt es keinem Zweifel, daß auf der Konferenz stark voneinander abweichende Ansichten über diese Frage geäußert werden würden, und diese Abweichungen könnten zu unerwartet ernsten Meinungsverschiedenheiten führen. Dies könnte nicht nur das Scheitern der Konferenz zur Folge haben, worunter das edle Werk der Menschlichkeit leiden würde, das sie zu vollbringen berufen ist, sondern vielleicht auch in Zukunft ernste Schwierigkeiten für die Zusammenberufung einer neuen.

Infolgedessen und aus den oben auseinandergesetzten Gründen hält es die Kaiserliche Regierung für äußerst wünschenswert, daß das St. Petersburger Kabinett seinen ersten Vorschlag aufrechterhält, wonach die Beratungen der Konferenz sich nicht auf die Frage der Rüstungsbeschränkung erstrecken dürfen.

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 180

Nr. 7894

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Wien, den 28. März 1907
Ganz vertraulich

. . . Schluß der Mitteilung lautet wörtlich: „In einer demnächst zu erlassenden Zirkularmitteilung gedenkt die Kaiserliche Regierung den Mächten die Schritte der oben genannten Großmächte zur Kenntnis zu bringen. Gleichzeitig beabsichtigt sie, unter dem Hinweise, daß ihr Programm die Billigung fast aller Mächte gefunden hat, unumwunden festzustellen, daß sie ihrerseits ihr Programm in seiner ursprünglichen Form aufrechterhält und sich auch ihrerseits das Recht vorbehält, sich auf der Konferenz der Erörterung jeder

Frage zu enthalten, die ihr zu keinem greifbaren Ergebnisse führen zu sollen schiene.

Es kann sein, daß trotz dieser Mitteilung England, die Vereinigten Staaten oder eine andere Macht die Abrüstungsfrage auf der Konferenz selbst aufzuwerfen wünschen. Die Kaiserliche Regierung verfügt über kein Mittel, sie hieran zu verhindern; sie ist jedoch durchaus bereit, sich mit der österreich-ungarischen und der deutschen Regierung dahin zu verständigen, daß sie sich an der Erörterung dieser Frage nicht beteiligen und ihre Bevollmächtigten mit strengen Weisungen in diesem Sinne versehen wollen."

. . . . . . Rantzau

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 191

Nr. 7903

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 61 Berlin, den 1. April 1907

Mit Beziehung auf dortiges Telegramm Nr. 97.

Österreichisch-ungarische Regierung hat russischer Regierung durch Graf Berchtold folgende Mitteilung gemacht:

„1. Wir nehmen die Absicht der russischen Regierung zur Kenntnis, sich mit uns und dem Berliner Kabinett dahin zu verständigen, daß wir uns an der Erörterung der Abrüstungsfrage nicht beteiligen und die beiderseitigen Bevollmächtigten mit strengen Weisungen in diesem Sinne versehen wollen.

2. Wir wünschen, in das Rundschreiben, das sie morgen an alle Kabinette zu richten gedenkt, unseren dem der russischen Regierung gleichgearteten Vorbehalt eingefügt zu sehen, nämlich, uns auf der Konferenz der Erörterung jeder Frage zu enthalten, die uns zu keinem greifbaren Ergebnisse führen zu sollen schiene."

. . . . . . Tschirschky

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 198/199

Nr. 7910

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Ausfertigung

Nr. 648 Berlin, den 21. März/3. April 1907

Unter dem heutigen Datum erhielt ich soeben die Weisung meiner Regierung, dem Berliner Kabinett, vor dem Zusammentritt der neuen Haager Konferenz, eine Darstellung der gegenwärtigen Lage zu übermitteln.

Alle Mächte, denen es im Jahre 1906 zugestellt worden war, haben unser Programm angenommen; jedoch mit folgenden Vorbehalten:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich die Freiheit vorbehalten, der Zweiten Konferenz folgende beiden Ergänzungsfragen zu unterbreiten, — die Verringerung oder die Begrenzung der Heere und die Annahme einer Vereinbarung, gewisse Grenzen bei der Anwendung von Gewalt zur Eintreibung gewöhnlicher, aus Verträgen herrührender öffentlicher Schulden zu beobachten.

Die spanische Regierung hat den Wunsch geäußert, die Frage der Rüstungsbeschränkung zu erörtern, und behält sich das Recht vor, diese Frage auf der nächsten Konferenz zu behandeln.

Die britische Regierung hat wissen lassen, sie mäße dem Umstande eine große Bedeutung bei, daß die Frage der Rüstungsausgaben auf der Konferenz erörtert werde, sich dabei das Recht vorbehaltend, sie aufzuwerfen. Sie hat sich gleichfalls das Recht vorbehalten, sich der Erörterung jeder Frage des russischen Programms zu enthalten, die ihr den Anschein erwecke, daß sie zu keinem brauchbaren Ergebnisse führen würde.

Japan ist der Ansicht, daß gewisse Fragen, die nicht eigens in dem Programm mit aufgeführt sind, mit Nutzen unter die zu prüfenden Gegenstände einbegriffen werden könnten. Es behält sich ebenfalls das Recht vor, sich jeder Erörterung zu enthalten oder von ihr zurückzuziehen, die eine Richtung annimmt oder erwartungsgemäß annehmen würde, welche nach seiner Ansicht nicht dazu beitragen könnte, ein brauchbares Ergebnis zu zeitigen.

Die Regierungen Boliviens, Dänemarks, Griechenlands und der Niederlande haben sich gleichfalls in allgemeiner Form das Recht vorbehalten, andere, den im russischen Programm ausdrücklich genannten gleichartige Gegenstände der Konferenz zur Begutachtung vorzuschlagen.

Meine Regierung hält es für ihre Pflicht, zu erklären, daß sie ihrerseits ihr Programm vom April 1906 als Beratungsgrundlage aufrechterhält, und daß, falls die Konferenz in eine Erörterung eintreten sollte, die den Anschein erweckt, daß sie zu keinem brauchbaren Ergebnisse führen würde, sie sich ihrerseits das Recht vorbehält, sich einer derartigen Erörterung zu enthalten.

Dieser letzteren ähnliche Bemerkungen sind von der deutschen und der österreichischen Regierung gemacht worden, die sich ebenfalls das Recht vorbehalten haben, sich auf der Konferenz der Erörterung jeder Frage zu enthalten, die zu keinem brauchbaren Ergebnisse führen zu sollen scheint.

Indem sie das Vorstehende zur Kenntnis der interessierten Mächte bringt, in der Hoffnung, daß die Arbeiten der Zweiten Friedenskonferenz neue Sicherheiten für ein gutes Einvernehmen zwischen den Nationen der zivilisierten Welt schaffen werden, hat die Kaiserliche Regierung sich an die Regierung der Niederlande gewandt mit der Bitte, die Konferenz für die ersten Tage des Juni zusammenberufen zu wollen.

Osten-Sacken

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 202/203

Nr. 7914

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Reinschrift

Berlin, den 6. April 1907

Der italienische Botschafter machte mir heute im Auftrage seiner Regierung folgende Mitteilungen:

Für den Fall, daß der Vorschlag der britischen Regierung, auf der Haager Konferenz die Abrüstungsfrage zur Diskussion zu stellen und an eine Kommission der Großmächte zu verweisen, auf Schwierigkeiten stoßen sollte, wolle Herr Tittoni folgende Vorschläge zur Vermittelung machen:

„Das von der russischen Regierung vorgeschlagene und von allen Mächten angenommene Programm der Haager Konferenz enthält nicht die Frage der Rüstungsbeschränkung, aber diese Frage könnte nichtsdestoweniger von der Konferenz in Erwägung gezogen werden, und zwar auf Grund einer von

den Regierungen, die sie aufzuwerfen beabsichtigen, allen beteiligten Mächten zuvor zugestellten amtlichen Mitteilung.

Diese amtliche Mitteilung dürfte sich jedoch nicht auf eine einfache Bezeichnung der Frage im allgemeinen beschränken, sondern müßte die für ihre Lösung als geeignet angesehenen greifbaren Vorschläge angeben.

Da es sich um Vorschläge handelt, die nach der Mitteilung des russischen Programms und seiner Annahme durch die anderen Staaten gemacht wurden, müßte die Konferenz vor allem dieses Programm erschöpfend durchberaten.

Sollte die im Laufe der Konferenz über Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung eingeleitete Verhandlung zu einer Abstimmung führen, so soll von vornherein als abgemacht gelten, daß ein für einen eingebrachten Vorschlag verneinend lautendes Abstimmungsergebnis nur bedeuten wird, daß er nicht für geeignet gehalten wurde, der Prüfung durch die Mächte unterbreitet zu werden, und daß ein günstiges Ergebnis bedeuten wird, daß Veranlassung vorliegt, ihn für diese Prüfung zu empfehlen.

Die auf diese Weise der Prüfung durch die Mächte empfohlenen Vorschläge müßten sodann Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen denselben bilden."

. . . . . . Tschirschky

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 204/205

Nr. 7916

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Konzept

Berlin, den 8. April 1907

Ich habe die Ehre, den Empfang des Schreibens Nr. 648 vom 3. April/21. März d. J. zu bestätigen, in welchem Euer Exzellenz die Güte hatten, mir im Namen der Kaiserlich Russischen Regierung den bevorstehenden Zusammentritt der Zweiten Friedenskonferenz anzuzeigen unter gleichzeitiger Mitteilung gewisser von verschiedenen Staaten vorgebrachter Bemerkungen und Vorbehalte bezüglich der auf der Konferenz zu beratenden Gegenstände.

Sobald die förmliche Einladung der Königlich Niederländischen Regierung der Kaiserlich Deutschen Regierung zugegangen sein wird, sollen die deutschen Abgeordneten ernannt und mit den erforderlichen Weisungen versehen werden.

In dem Wunsche, die Tragweite des von ihr gemachten Vorbehaltes genau zu bestimmen, möchte die Kaiserliche Regierung schon jetzt erklären, daß in die Reihe derjenigen Fragen, die ihrer Ansicht nach zu keinem brauchbaren Ergebnisse führen zu sollen scheinen, in erster Linie die Frage der Rüstungsbeschränkung aufzunehmen ist, und daß daher die deutschen Abgeordneten sich jeder Erörterung enthalten und von ihr zurückziehen werden, die sich über diesen Gegenstand im Kreise der Konferenz ergeben könnte.

Gestützt auf den kürzlich in dieser Beziehung stattgehabten Meinungsaustausch stellt die Kaiserliche Regierung fest, daß sie sich in diesem Punkte in vollkommener Gedankengemeinschaft sowohl mit der Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland wie mit der Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Österreich, Königs von Ungarn, befindet.

Um dieser Übereinstimmung einen angemessenen Ausdruck zu verleihen, erlaubt sich die Kaiserliche Regierung auf Grund des letzten Absatzes der am 27./14. März d. J. dem deutschen Botschafter in St. Petersburg überreichten

Denkschrift die Kaiserlich Russische Regierung einzuladen, sich mit dem Berliner und dem Wiener Kabinett zwecks Feststellung des Inhalts der den Abgeordneten der drei Kaiserreiche in obigem Sinne zu gebenden strengen Weisungen ins Einvernehmen zu setzen.

Tschirschky

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 205

Nr. 7917

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 68 Berlin, den 9. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 105.

Deutscher und österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom sind angewiesen, italienischer Regierung Mitteilung folgenden Inhalts zu machen:

„Die bei mehreren Mächten bestehende Absicht, gewisse Vorbehalte in das russische Rundschreiben einrücken zu lassen, ist erst einige Tage vor Empfang dieses Schriftstückes zu unserer Kenntnis gelangt.

Gerade aus diesem Grunde haben die österreich-ungarische und die deutsche Regierung ihrerseits in das genannte Rundschreiben die darin befindlichen Vorbehalte aufnehmen lassen. Heben Sie hervor, daß diese Vorbehalte in erster Linie auf die Frage der Rüstungsbeschränkungen abzielen.“

. . . . . . Tschirschky

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 235/236

Nr. 7940

Anlage

Denkschrift

St. Petersburg, den 15./2. Mai 1907

Da die förmlichen Einladungen zur Zweiten Friedenskonferenz von seiten der Königlich Niederländischen Regierung ergangen sind, glaubt die Kaiserlich Deutsche Regierung den Augenblick gekommen, mit der Kaiserlich Russischen Regierung ohne weiteren Verzug zu einer endgültigen Einigung zu gelangen betreffs der Richtlinien, die den Abgeordneten für den Fall vorzuschreiben wären, daß die Abrüstungsfrage aufgeworfen werden sollte.

Ohne die vorherrschende Stellung aus den Augen zu verlieren, in der sich Rußland, das zum Vorsitze der Konferenz berufen ist, befindet, glaubt die deutsche Regierung den Gesichtspunkt, der in dieser Sache für sie maßgebend ist, der Kaiserlichen Regierung zu geneigter Begutachtung empfehlen zu dürfen.

In dem Falle, daß ein auf besagte Frage abzielender Antrag im Laufe einer Sitzung gestellt werden sollte, würde der Vorsitzende zu verkünden haben, daß den Nachrichten seiner Regierung zufolge mehrere Mächte nicht beabsichtigten, an einer Erörterung des Gegenstandes teilzunehmen. — Um den Abgeordneten dieser letzteren Mächte das Fernbleiben von den Beratungen zu ermöglichen, würde der Vorsitzende eine neue Sitzung, in der über die Sache zu verhandeln wäre, einberufen. Diese neue Sitzung könnte unmittelbar auf diejenige folgen, in der diese Ankündigung des Vorsitzenden gemacht wurde.

Sollte dagegen ein die Abrüstungsfrage berührender Antrag außerhalb der Sitzungen eingebracht werden, so hätte der Vorsitzende in der nächsten Zusammenkunft eine im oben gekennzeichneten Sinne gehaltene Erklärung abzugeben, oder aber er würde sich damit begnügen, eine Sondersitzung mit der Abrüstungsfrage als einzigem Beratungsgegenstande anzuberaumen.

In diesem Falle würde sich das Fernbleiben der nicht teilnehmenden Abgeordneten auf einfache Weise vollziehen, ohne daß man genötigt wäre, zu einer besonderen Ankündigung zu schreiten.

Es versteht sich von selbst, daß die anderweitigen Sitzungen, deren Tagesordnung die Abrüstungsfrage herbeiziehen würde, und diejenigen, auf der die übrigen Gegenstände beraten werden, stets getrennt stattfinden müßten.

In der für die Feststellung des Wortlautes der Schlußakte der Konferenz bestimmten Sitzung müßten allerdings die Abgeordneten aller Mächte ausnahmslos anwesend sein; auch wenn daselbst die Beschlüsse über die Abrüstungsfrage behandelt werden sollten. Die Tatsache der Nichtbeteiligung der betreffenden Abgeordneten an der Erörterung dieses letzteren Punktes müßte jedoch aus der Fassung der Schlußakte selbst deutlich hervorgehen.

Die hier ins Auge gefaßte Art des Verfahrens würde übrigens kein Hindernis dagegen bilden, daß, falls die wegen der Abrüstungsfrage aufgekommene Erörterung zu einem bestimmten und annehmbaren Vorschlage führen sollte, letzterer von den Mächten, die sich der Teilnahme an den Beratungen enthalten haben, nachträglich in Erwägung gezogen werden könnte.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß der russische Bevollmächtigte und Vorsitzende der Konferenz jedesmal, wenn die Erörterung auf die Abrüstungsfrage übergeht, seinen Platz an den Stellvertretenden Vorsitzenden abgeben wird.

Zu Band XXIII, 1. Hälfte, S. 244/245

Nr. 7948

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 115 Berlin, den 1. Juni 1907

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 114.

Botschafter Petersburg hat gestern von Iswolski folgendes Aide-mémoire erhalten.

„Die Kaiserliche Regierung stellt mit Vergnügen fest, daß die deutsche Regierung dem Vorschlage beitritt, wonach der Präsident der Konferenz, sobald ein Antrag zur Rüstungsbeschränkung eingebracht wird, einen kurzen einleitenden Überblick über die Frage geben und der Konferenz die Erneuerung des Wunsches (voeu) vom Jahre 1899 vorschlagen soll. Es ist hierbei wohl zu verstehen, daß, wenn die Kaiserliche Regierung davon gesprochen hat, diesen Wunsch zu „entwickeln", sie damit nur Formveränderungen in der Abfassung der Formel gemeint hatte, keineswegs aber eine Ausdehnung seiner Tragweite.

Bei aller Hoffnung, daß dieser Vorschlag von der Konferenz angenommen wird, glaubt die Kaiserliche Regierung ebenso wie die deutsche Regierung, daß auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden muß, die eintreten würde, wenn trotz dieser Annahme, oder aber im Gegenteil infolge einer Ablehnung, oder endlich vermittels eines Gegenantrages eine oder mehrere Mächte auf der Weiterführung der Verhandlung bestehen sollten. In diesem Falle scheint es

der Kaiserlichen Regierung durchaus in der Hand des Präsidenten zu liegen, jedes sachliche Eingehen auf die Frage zu verhindern und der Konferenz eine Beschlußfassung rein förmlicher Art zu unterbreiten, — d. h. den Vorschlag, der sich auf die Abrüstungsfrage bezieht, einem Sonderausschuß zu überweisen. Nur in dem sehr wenig wahrscheinlichem Falle, daß die Konferenz diese Beschlußfassung verwerfen und sich für die Eröffnung einer sachlichen Behandlung des oben genannten Vorschlages in der Vollsitzung entscheiden sollte, würde der Präsident die Sitzung schließen und die Erörterung an eine andere Vollsitzung verweisen, an der wohlverstanden die Abgeordneten der drei Kaisermächte nicht mehr teilnehmen werden.

Etwa in ähnlicher Weise könnten sich die Dinge in der Vollsitzung abspielen, in der der Sonderausschuß seinen Bericht vorlegen würde. Da der Bericht zuvor an die Abgeordneten aller Mächte verteilt werden wird, könnte der Präsident auch jetzt wieder die Konferenz verhindern, in voller Sitzung eine Erörterung darüber zu eröffnen, und vorschlagen, unmittelbar zur Abstimmung über den beschließenden Teil des Berichtes überzugehen, wobei sich die Abgeordneten der drei Mächte der Teilnahme enthalten würden. Erst in dem Falle, daß die Konferenz auf einer Erörterung bestünde, könnte die Sitzung geschlossen und die Verhandlung an eine andere Vollsitzung verwiesen werden, an der die drei Abgeordneten der drei Kaisermächte nicht teilnehmen würden.

Mit ihrer Anregung, in dieser Weise zu verfahren, faßt die Kaiserliche Regierung vor allem die große Bedeutung ins Auge, die für die Kaisermächte darin liegen würde, sich so wenig wie möglich der Rolle zu entziehen, die ihnen bei den Arbeiten der Konferenz gebührt.

Dieser Zweck wird sich vollkommen erreichen lassen, wenn es dem Präsidenten gelingt, den auf die Rüstungsbeschränkung bezüglichen Vorschlag einem Ausschuß zu überweisen und in den Vollsitzungen jedes sachliche Eingehen auf diesen Vorschlag zu verhindern. Eine Enthaltung der Abgeordneten dieser drei Mächte vom Erscheinen bei einer Vollsitzung müßte als eine ‚ultima ratio‘ (letzter Ausweg) betrachtet werden, zu der man nur dann seine Zuflucht nehmen würde, wenn die Konferenz sich weigern sollte, der vom Präsidenten vorgeschlagenen Verhandlungsordnung zu folgen, ein Fall, der nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Die Kaiserliche Regierung glaubt aufrichtig, daß die oben gekennzeichnete Art des Verfahrens alle Gewähr für die Beobachtung der zwischen den drei Kaisermächten getroffenen Vereinbarung gibt, und überläßt sich der Hoffnung, daß die deutsche Regierung ihr ihre endgültige Zustimmung nicht verweigern wird.“

. . . . . . Mühlberg

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 309

Nr. 7978

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Scheveningen, den 31. Juli 1907

Sir Edward hat mir gestern vertraulich den Wortlaut der Begründung mitgeteilt, mit welchem er seinen Antrag auf Begrenzung der Rüstungen einführen will. Darin heißt es, nachdem zuvor einige Zahlen über die fortschreitenden Militärausgaben erwähnt sind:

„Das sind die unmäßigen Ausgaben, die besseren Zwecken dienen könnten; das ist die Last, unter der unsere Bevölkerungen seufzen; das ist der christliche Friede der zivilisierten Welt im zwanzigsten Jahrhundert.

Ich will Ihnen nicht von der wirtschaftlichen Seite der Frage sprechen, von der großen Masse von Menschen, die durch diese Kriegsvorbereitungen gezwungen wird, sich unfruchtbaren und undankbaren Arbeiten zu unterziehen, noch von dem Schaden, den dieser Zustand der Dinge der allgemeinen Wohlfahrt zufügt. Sie kennen diese Seite der Frage besser als ich."

. . . . . . Marschall

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 338

Nr. 7997

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 44 Scheveningen, den 5. September 1907

. . . . Sollte seine Anregung Anklang finden, so beabsichtige er (der italienische Delegierte Graf Tornielli), einen solchen in folgender Form einzubringen:

„Die Unterschriftsmächte stellen fest, daß der Grundsatz der obligatorischen Schiedssprechung auf Streitigkeiten seine Anwendung findet, die nicht auf diplomatischem Wege beigelegt wurden und juristische Fragen betreffen, und zwar in erster Linie auf die Fragen der Auslegung und Anwendung der internationalen Abkommen.

Sie verpflichten sich daher, sobald wie möglich die Anwendung der obligatorischen Schiedssprechung einer eingehenden Bearbeitung zu unterziehen. Diese Bearbeitung muß am 31. Dezember 1908 beendet sein, an oder selbst vor welchem Zeitpunkt die auf der Zweiten Haager Konferenz vertretenen Mächte sich gegenseitig durch Vermittelung der Königlich Niederländischen Regierung die Fälle mitteilen werden, die sie zum Gegenstande einer Forderung schiedsgerichtlicher Entscheidung zu machen gedenken."

. . . . . . Marschall

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 346

Nr. 8001

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 64 Scheveningen, den 11. Oktober 1907

. . . Dabei einigten wir uns über folgende Deklaration:

„Dem Geiste der Verständigung und der gegenseitigen Zugeständnisse, der der wahre Frieden ist, folgend, hat der Ausschuß beschlossen, der Konferenz folgende Erklärung vorzulegen, die unter Wahrung des für jeden der Staaten aus seinen Abstimmungen sich ergebenden Standpunktes ihnen allen die Bestätigung derjenigen Grundsätze ermöglicht, die sie als einstimmig anerkannt betrachten. Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen,

1. den Grundsatz der obligatorischen Schiedssprechung anzuerkennen,

2. zu erklären, daß gewisse Streitigkeiten, und zwar namentlich solche, die sich auf die Auslegung und Anwendung internationaler vertragsmäßiger Bedingungen beziehen, ohne jede Einschränkung der obligatorischen Schiedssprechung unterliegen können.

Sie erklärt einstimmig, daß, wenn es ihr auch nicht gegeben war, schon jetzt ein Abkommen in diesem Sinne abzuschließen, die Meinungsverschiedenheiten, die zutage getreten sind, nicht die Grenzen eines juristischen Streites überschritten haben, und indem die Staaten der ganzen Welt hier vier Monate hindurch zusammenarbeiteten, haben sie nicht nur gelernt, einander näherzukommen, sondern es zugleich vermocht, im Laufe dieses langen Zusammenwirkens ein erhabenes Gefühl für das Gemeinwohl der Menschheit zur Entfaltung zu bringen."

Es ist schwer, in mehr Worten weniger zu sagen.

Marschall

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 409

Nr. 8030

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Konzept

Berlin, den 25. November 1906

. . . . . .

Graf Osten-Sacken las mir weiter noch aus einem Briefe des Herrn Iswolski folgende Stelle vor:

„Aus einem Briefe des russischen Vertreters in Christiania ergibt sich, daß es sich nach Ansicht Herrn Lövlands nicht darum handeln würde, eine Sammelurkunde wie im Jahre 1855, sondern Einzelverträge zu unterzeichnen. Gleichzeitig würde sich Norwegen verpflichten, sich weder durch Abtretung noch durch Verpachtung irgendeines Teiles seines Gebietes zu entäußern. Weiterhin hat Herr Lövland, der, ehe er den vorgenannten Schritt unternahm, in Stockholm angefragt hatte, ob die schwedische Regierung einen ähnlichen Schritt beabsichtige, die Antwort erhalten, Schweden denke sich auf keine neue internationale Verpflichtung einzulassen.

. . . . . . Tschirschky

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 412/413

Nr. 8033

Anlage

Entwurf

Seine Majestät der König von Norwegen und Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, sind übereingekommen, einen Vertrag abzuschließen zu dem Zwecke, die Neutralität, die territoriale Unverletzbarkeit und die Unabhängigkeit Norwegens sicherzustellen, und haben zu ihren beiderseitigen Bevollmächtigten ernannt:

. . . .

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die norwegische Regierung ihrerseits erklärt ihre Absicht, den Vorschriften des Völkerrechts entsprechend eine dauernde Neutralität zu wahren. Sie behält

sich jedoch die Freiheit vor, sich mit der schwedischen und der dänischen Regierung oder mit einer der beiden zu dem Zwecke ins Einvernehmen zu setzen, durch gegenseitigen Beistand die Neutralität der betreffenden Länder zu schützen.

Artikel 2

Die deutsche Regierung ihrerseits verpflichtet sich, die hiermit von der norwegischen Regierung erklärte Neutralität Norwegens in allen ihren Folgerungen anzuerkennen und zu achten.

Artikel 3

Die norwegische Regierung verpflichtet sich, keiner Macht irgendeinen Teil norwegischen Gebietes noch irgendein Recht auf besagtes Gebiet oder auf die norwegischen Küsten abzutreten, und sie verpflichtet sich außerdem, keiner Macht zu erlauben, irgendeinen Teil norwegischen Gebietes zu besetzen.

Artikel 4

Sollte der Fall eintreten, daß der Bestand oder die Unabhängigkeit Norwegens bedroht oder verletzt würden, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, der norwegischen Regierung auf Wunsch dieser letzteren ihren Beistand zu gewähren und, wenn nötig, auf Wunsch Land- und Seestreitkräfte in genügender Stärke auf eigene Kosten zur Verwendung zu bringen, um mit den norwegischen Streitkräften zum Zwecke der Sicherung des Bestandes und der Unabhängigkeit Norwegens zusammenzuwirken.

Artikel 5

Gegenwärtiger Vertrag bleibt zwanzig Jahre lang vom Tage des Austausches der Ratifikationen an in Kraft. Wenn der Vertrag nicht von der einen oder der anderen der Hohen vertragschließenden Parteien mindestens fünf Jahre vor Ablauf der genannten Frist gekündigt wird, bleibt er in der gleichen Weise für einen neuen Zeitraum von zwanzig Jahren in Kraft und so in der Folge.

Artikel 6

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden in Christiania sobald wie möglich ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen usw.

So geschehen zu Christiania, den . . .

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 416/418

Nr. 8036

Anlage

Vertragsgegenentwurf

Seine Majestät der König von Norwegen, in Erwägung der in der Lage Norwegens infolge der Auflösung seiner Union mit Schweden eingetretenen Veränderung,

von dem Wunsche beseelt, Seinen Staaten die Wohltaten eines dauernden Friedens und dauernder Neutralität zu sichern und die territoriale Unverletzbarkeit und die Unabhängigkeit Norwegens zu verbürgen,

geleitet von der Ansicht, zu diesem Zwecke ein internationales Abkommen abzuschließen als Ersatz für den am 21. November 1855 von Seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen mit Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen und Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland abgeschlossenen Vertrages —

hat Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, König von Preußen, dem Präsidenten der Französischen Republik, Seiner Majestät dem Könige des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien, und Seiner Majestät dem Kaiser aller Reußen den Wunsch ausgedrückt, zu diesem Behufe ein Sonderabkommen abzuschließen.

Die hierfür ernannten Bevollmächtigten, als:

1. . . . . (Deutschland);
2. . . . . (Frankreich);
3. . . . . (Großbritannien);
4. . . . . (Norwegen);
5. . . . . (Rußland);

sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel I

Der am 21. November 1855 von Seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen mit Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen und Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland abgeschlossene Vertrag ist und bleibt aufgehoben.

Artikel II

Das Königreich Norwegen in seinen im Augenblick der Auflösung seiner Union mit Schweden bestehenden Grenzen bildet hinfort einen dauernd neutralen Staat.

Es ist gehalten, diese Neutralität allen anderen Staaten gegenüber zu wahren.

Artikel III

Die Hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich ihrerseits, die dauernde Neutralität Norwegens, sowie seine Unabhängigkeit und seine territoriale Unverletzbarkeit zu achten.

Dieser Grundsatz ist und bleibt dem Schutz der gemeinsamen Garantie durch die Unterschriftsmächte gegenwärtigen Abkommens unterstellt sowie derjenigen, die ihm später beitreten würden.

Artikel IV

Die nicht unterzeichnenden Mächte sollen zum Beitritt zu gegenwärtigem Abkommen zugelassen werden.

Sie werden zu diesem Zwecke eine besondere Mitteilung an die norwegische Regierung zu richten haben, die sie allen Vertragsmächten zustellen wird.

Artikel V

Das gegenwärtige Abkommen tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und kann nur vermöge eines zwischen allen Vertragsmächten besagten Abkommens in gemeinsamer Übereinstimmung abgeschlossenen besonderen Vertrages aufgehoben werden.

Es wird binnen . . . . Monaten ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden in . . . . ausgetauscht und niedergelegt werden.

. . . .

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen vertragschließenden Parteien gegenwärtiges Abkommen unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

So geschehen . . . ., den 190 . .

St. Petersburg, den 6./19. Dezember 1906

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 457/459

Nr. 8082

Norwegischer Integritätsvertrag vom 2. November 1907

Ausfertigung

Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen; der Präsident der Französischen Republik; Seine Majestät der König des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland und der britischen Gebiete jenseits der Meere, Kaiser von Indien; Seine Majestät der König von Norwegen und Seine Majestät der Kaiser aller Reußen,

beseelt von dem Wunsche, Norwegen innerhalb seiner jetzigen Grenzen und mit Einschluß seiner neutralen Zone seine Unabhängigkeit und seine territoriale Unverletzbarkeit sowie die Wohltaten des Friedens zu sichern,

sind übereingekommen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschließen und haben zu Ihren wechselseitigen Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:
Herrn von Treutler, Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Christiania.

Der Präsident der Französischen Republik:
Herrn L. Delavaud, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Christiania.

Seine Majestät der König des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland und der britischen Gebiete jenseits der Meere, Kaiser von Indien:
Herrn W. G. Max Müller, britischen Geschäftsträger in Christiania.

Seine Majestät der König von Norwegen:
Herrn J. Lövland, Seinen Staatsminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen:
Herrn A. von Krupensky, Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Christiania.

Dieselben haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1.

Die norwegische Regierung verpflichtet sich, keiner Macht weder in Form des Besatzungs- noch irgendeines anderen Verfügungsrechtes irgendeinen Teil norwegischen Gebietes zu überlassen.

Artikel 2.

Die deutsche, französische, britische und russische Regierung erkennen die Unverletzbarkeit Norwegens an und verpflichten sich, sie zu achten.

Wenn die Unverletzbarkeit Norwegens von irgendeiner Macht bedroht oder verletzt wird, so verpflichten sich die deutsche, französische, britische und russische Regierung, nach einer zuvor hierfür von seiten der norwegischen Regierung erfolgten Mitteilung mit den für am meisten geeignet erachteten Mitteln dieser Regierung ihren Beistand zu leihen, um die Unverletzbarkeit Norwegens zu schützen.

Artikel 3.

Gegenwärtiger Vertrag wird für einen Zeitraum von zehn Jahren vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an abgeschlossen. Wenn der Vertrag nicht von der einen oder der anderen Seite mindestens zwei Jahre vor Ablauf der genannten Frist gekündigt wird, bleibt er in der gleichen Weise für einen neuen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft und so in der Folge.

In dem Falle, daß der Vertrag von einer der mit Norwegen an dem Abschlusse gegenwärtigen Vertrages beteiligt gewesenen Mächte gekündigt würde, soll diese Kündigung nur in bezug auf diese Macht gelten.

Artikel 4.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden in Christiania sobald wie möglich ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen zu Christiania, in fünffacher Ausfertigung, am zweiten Tage des Monats November eintausendneunhundertundsieben.

(L. S.) C. G. von Treutler. (L. S.) Delavaud (L. S.) W. G. Max Müller
(L. S.) J. Lövland (L. S.) A. Krupensky

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 463/464

Nr. 8083

Anlage

Geheimprotokoll

Die beiden Kaiserlichen Regierungen von Deutschland und Rußland, in Anerkennung des Bestehens einer völligen Interessengemeinschaft innerhalb ihrer Politik in bezug auf die Ostseegebiete

und, geleitet von dem Wunsche, durch ein hierauf bezügliches Einverständnis die ihre Staaten vereinigenden, schon mehrere Jahrhunderte bestehenden Bande althergebrachter Freundschaft und guter Nachbarschaft fester zu knüpfen,

erklären durch gegenwärtiges Protokoll, daß ihre allgemeine Politik in diesen Küstenstrecken die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo auf der Grundlage der gänzlichen Ausschließung jeden fremden politischen Einflusses von den Ostseeangelegenheiten bezweckt.

In Gemäßheit dieses grundlegenden Leitsatzes ihrer Politik sind die beiden Kaiserlichen Regierungen fest entschlossen, die Rechte Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen auf ihre beiderseitigen in besagten Gebieten belegenen Festlands- und Inselbesitzungen unverletzt zu erhalten, und verpflichten sich, in Zukunft keine andere Macht als an den Ostseeangelegenheiten interessiert anzuerkennen mit Ausnahme der Uferstaaten, welche sind: Deutschland, Rußland, Schweden und Dänemark.

Letztere beiden Staaten können daher zum Abschlusse von Sonderverträgen mit den beiden Kaiserreichen zugelassen werden, durch die ihre territoriale Unverletzbarkeit anerkannt und so die allgemeine Aufrechterhaltung des jetzigen status quo im Ostseebecken gewährleistet wird.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, hierzu in gehöriger Form ermächtigt, gegenwärtiges Protokoll unterzeichnet und ihr Wappensiegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung an Bord . . . . den . . . . . .

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 470

Nr. 8086

Anlage

Protokoll

Die beiden Kaiserlichen Regierungen von Deutschland und von Rußland, in Anerkennung des Bestehens einer völligen Interessengemeinschaft innerhalb ihrer Politik in bezug auf die Ostseegebiete

und, geleitet von dem Wunsche, durch ein hierauf bezügliches Einverständnis die ihre Staaten vereinigenden, schon mehrere Jahrhunderte bestehenden Bande althergebrachter Freundschaft und guter Nachbarschaft fester zu knüpfen,

erklären durch gegenwärtiges Protokoll, daß ihre allgemeine Politik in diesen Gegenden die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo bezweckt.

In Gemäßheit dieses grundlegenden Leitsatzes ihrer Politik sind die beiden Kaiserlichen Regierungen fest entschlossen, die Rechte Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen auf ihre beiderseitigen in besagten Gebieten belegenen Festlands- und Inselbesitzungen unverletzt zu erhalten.

Die beiden anderen Ostseeuferstaaten, d. h. Schweden und Dänemark, können zum Abschlusse von Sonderverträgen mit den beiden Kaiserreichen zugelassen werden, durch die ihre territoriale Unverletzbarkeit anerkannt und so die allgemeine Aufrechterhaltung des jetzigen status quo im Ostseebecken gewährleistet wird.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, hierzu in gehöriger Form ermächtigt, gegenwärtiges Protokoll unterzeichnet und ihr Wappensiegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung in . . . . den . . . . . .

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 481/483

Nr. 8094

Anlage

Promemoria

Ganz vertraulich

Die unterm 23. August d. J. vom deutschen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten an Seine Exzellenz den deutschen Botschafter in St. Petersburg gerichtete vertrauliche Denkschrift, — von der durch Herrn von Schoen dem Kaiserlichen Ministerium eine Abschrift überreicht worden ist, — ist von seiten dieses letzteren zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung gemacht worden, deren Ergebnis sich wie folgt zusammenfassen läßt.

Drei wesentliche Punkte heben sich klar aus vorgenannter Denkschrift ab:

1. Grundsätzlich teilt die deutsche Regierung vollkommen den Grundgedanken, der die Unterlage des geheimen Protokollentwurfes betreffs der Ostsee bildet, der vom russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Seiner Exzellenz dem Herrn deutschen Reichskanzler bei der Begegnung von Swinemünde überreicht wurde.

2. Da der Wortlaut des russischen Entwurfes ausdrücklich zum Gegenstande der Verständigung die „Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo" im Ostseebecken erklärt, hält es die deutsche Regierung für überflüssig, darin außerdem noch „die gänzliche Ausschließung jedes fremden politischen Einflusses von den Ostseeangelegenheiten" zu erwähnen —, weil eine derartige Andeutung nur die Empfindlichkeit Englands unnötigerweise verletzen könnte, wenn auf die eine oder andere Weise das fragliche Protokoll in Europa bekannt werden sollte.

3. Mit den als Folge des Obigen notwendig sich ergebenden Abänderungen des Wortlautes wäre die deutsche Regierung geneigt, die von der Kaiserlichen Regierung vorgeschlagene Regelung zu unterzeichnen, — und das entweder als Sonderabmachung zwischen Rußland und Deutschland, der Schweden und

Dänemark sodann aufgefordert werden würden beizutreten, oder aber als einen von allen genannten Mächten gleichzeitig zu unterzeichnenden allgemeinen Vertrag zu vieren, oder endlich in Form eines Austausches besonderer gleichlautender Erklärungen zwischen einer jeden dieser Mächte für sich allein nach Art des neuen französisch-englisch-spanischen Abkommens. — Ganz wie dies letztere könnte auch das Ostseeabkommen veröffentlicht werden — ohne daß England ein Recht hätte, sich zu beklagen —, und würde dann sozusagen ein richtiges „Gegenstück“ zur Mittelmeerverständigung bilden.

Bei diesem Stande der Sache schätzt das Kaiserliche Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten sich glücklich, zunächst als einen schon heute gesicherten Punkt die zwischen dem Berliner und dem St. Petersburger Kabinett bestehende vollkommene sachliche Gleichheit der Ansichten in bezug auf dieses wichtige internationale Problem, das offenbar eine ganze Reihe politischer Sonderfragen in sich birgt, feststellen zu können. — Was die Form, d. h. den Wortlaut des russischen Protokollentwurfes betrifft, trägt das Kaiserliche Ministerium kein Bedenken, in Übereinstimmung mit dem deutschen Ministerium anzuerkennen, daß die im deutschen Gegenentwurf fortgelassenen Stellen in der Tat in einer diplomatischen Urkunde, die dazu bestimmt wäre, veröffentlicht zu werden — oder es doch werden könnte —, nicht an ihrem Platze sein würden. Wenn diese Stellen in den russischen Entwurf Aufnahme gefunden hatten, so war dies einzig und allein in der Voraussetzung geschehen, daß dieser grundlegende russisch-deutsche Pakt streng geheim bleiben würde — als einfache Grundlage der in der Folge zwischen den Ostseemächten eintretenden offenkundigen Abmachungen. — In der Tat, obwohl das Kaiserliche Ministerium der Auffassung der vertraulichen Denkschrift vom 23. August beipflichtet und sich vollständig über die starke moralische Wirkung im klaren ist, die die Veröffentlichung aller Texte des künftigen „Ostseeabkommens“ in Europa hervorrufen würde, ist es der Ansicht, daß das russisch-deutsche Abkommen selbst mit den in genannter Denkschrift vorgeschlagenen Milderungen des Wortlautes nicht der Öffentlichkeit übergeben werden dürfte. Insbesondere ist die Kaiserliche Regierung der Meinung, daß, von wie unberechenbarer Bedeutung auch die Tatsache selbst dieses Abkommens — von deren politischen Folgen gewiß keine der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgeht — für die weitere Einstellung der internationalen Politik im Sinne des allgemeinen Friedens sein möge, — seine Veröffentlichung ganz im Gegensatz hierzu gerade wegen der Beschaffenheit dieses Abkommens einen neuen Faktor in sie einführen könnte, von dem man heute schwerlich vorauszusehen vermöchte, welchen Umfang er unter Mitwirkung der Presse annehmen würde. Andererseits wiederum könnte eine genaue Gegenüberstellung mit den „spanischen Abkommen“ im vorliegenden Falle, wie es scheint, nichts anderes rechtfertigen, als eben einen von Schweden ausgehenden Austausch von Erklärungen, der, auf die Erhaltung des status quo in der Ostsee gerichtet, sich auf ganz natürliche Weise aus der neuerdings in der norwegischen Frage eingetretenen Wendung ergeben würde.

Unter diesen Verhältnissen stellt sich die Gesamtheit der Vertragshandlungen, die das Ostseeabkommen bilden würden, nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung folgendermaßen dar:

1. russisch-deutsches Geheimabkommen — unverändert nach dem Wortlaut des deutschen Gegenentwurfes (was selbst die Unvorsichtigkeiten, von denen in der Denkschrift vom 23. August die Rede ist, ungefährlich machen würde), und mit einer besonderen Klausel (oder einem eigenen Protokoll) betreffs der Aalandsinseln gemäß dem letzten Vorschlage der Kaiserlich Deutschen Botschaft; und

2. Austausch offenkundiger Erklärungen zwischen den Uferstaaten der Ostsee nach einem in seinen allgemeinen Linien mit diesem selben

deutschen Gegenentwurf übereinstimmenden Wortlaute, — mit der Klausel über die Aalandsinseln für die russisch-schwedische Erklärung. Der Wortlaut dieser Erklärungen müßte zweifellos im voraus von den beiden Kaiserlichen Kabinetten in Berlin und St. Petersburg in gemeinsamer Übereinstimmung ausgearbeitet werden.

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 484/485

Nr. 8095

Anlage

Geheimprotokoll

Die beiden Kaiserlichen Regierungen von Deutschland und von Rußland, in Anerkennung des Bestehens einer völligen Interessengemeinschaft innerhalb ihrer Politik hinsichtlich der Ostseegebiete

und, geleitet von dem Wunsche, durch ein hierauf bezügliches Einverständnis die ihre Staaten vereinigenden, schon mehrere Jahrhunderte bestehenden Bande althergebrachter Freundschaft und guter Nachbarschaft fester zu knüpfen,

erklären durch gegenwärtiges Protokoll, daß ihre allgemeine Politik in diesen Gegenden die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen status quo bezweckt.

In Gemäßheit dieses grundlegenden Leitsatzes ihrer Politik sind die beiden Kaiserlichen Regierungen fest entschlossen, die Rechte Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen auf ihre beiderseitigen in besagten Gebieten belegenen Festlands- und Inselbesitzungen unverletzt zu erhalten.

Die beiden anderen Ostseeuferstaaten, d. h. Schweden und Dänemark, können zum Abschluß von Sonderverträgen mit den beiden Kaiserreichen zugelassen werden, durch die ihre territoriale Unverletzbarkeit anerkannt und so die allgemeine Aufrechterhaltung des jetzigen status quo im Ostseebecken gewährleistet wird.

Hierbei ist wohl zu verstehen, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die etwaige Aufhebung zugunsten Rußlands des am 30. März 1856 in Paris zwischen Rußland, Frankreich und Großbritannien abgeschlossenen und auf die Aalandsinseln bezüglichen Abkommens nicht als den im Obigen ausgesprochenen Grundsätzen zuwiderlaufend ansehen wird.

Die beiden Kaiserlichen Regierungen stimmen darin überein, daß das vorliegende Abkommen geheim bleiben soll, bis zu dem Augenblicke, wo es ihnen nach voraufgegangener Verständigung angezeigt erscheinen wird, dasselbe zu veröffentlichen oder anderen Regierungen mitzuteilen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, hierzu in gehöriger Form ermächtigt, gegenwärtiges Protokoll unterzeichnet und ihr Wappensiegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung in St. Petersburg, den 16./29. Oktober 1907

v. Schoen (L. S.)

Gubastow (L. S.)

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 531

Nr. 8133

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 London, den 10. Februar 1908

Sir E. Grey hat mir nachfolgenden Entwurf für das Nordseeabkommen mitgeteilt, den er dem englischen Kabinett vorschlagen wird, und den er mich bat, vorläufig als eine persönliche Anregung, nicht aber als offiziellen Gegenvorschlag der englischen Regierung anzusehen:

„Die britische, dänische, französische, deutsche und niederländische Regierung, beseelt von dem Wunsche, die zwischen ihren wechselseitigen Ländern bestehenden Bande nachbarlicher Freundschaft fester zu knüpfen und so zur Wahrung des allgemeinen Friedens beizutragen, und überzeugt, daß ihre Politik hinsichtlich der an die Nordsee und an die Zugänge zur Ostsee grenzenden Gebiete auf die Erhaltung des territorialen status quo gerichtet ist, erklären, daß sie fest entschlossen sind, die Hoheitsrechte ihrer wechselseitigen Länder über deren Besitzungen in diesen Gebieten unverletzt zu erhalten.

Sollten Umstände eintreten, die nach Ansicht einer der oben genannten Regierungen den bestehenden territorialen status quo in den an die Nordsee und an die Zugänge zur Ostsee grenzenden Gebieten bedrohen würden, so werden die Unterschriftsmächte gegenwärtiger Erklärung sich miteinander in Verbindung setzen, um in gegenseitiger Übereinstimmung solche Maßregeln zu vereinbaren, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des status quo für nützlich erachten.

Zu Urkund dessen haben die hierzu ermächtigten Unterzeichneten usw.“

. . . . . . Metternich

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 546/547

Nr. 8142

Anlage I

Memorandum

Konzept von der Hand des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Der Vorschlag, mit dem die Kaiserlich Deutsche Regierung die Ehre hatte, die Regierungen Dänemarks, Frankreichs und Großbritanniens, der Niederlande und Schwedens zu befassen, und der dahin ging, einen Austausch von Erklärungen zur Bestätigung des Grundsatzes des status quo hinsichtlich der Küstengebiete der Nordsee vorzunehmen, hat bei allen Kabinetten eine günstige Aufnahme gefunden.

Immerhin sind dem Berliner Kabinett sowohl betreffs der Form, wie des Inhalts der geplanten Abmachung mehrere Bemerkungen vorgelegt worden.

Was die Form anbelangt, so würden die meisten Regierungen einer allgemeinen und einzigen Vertragsurkunde an Stelle von zwischen allen Teilnehmern auszutauschenden besonderen Erklärungen den Vorzug geben.

Hinsichtlich des Inhalts ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Veränderungen, zu denen die Unterschriftsmächte sich in bezug auf die Anordnung ihrer in den von der Abmachung betroffenen Gebieten liegenden Heeres- oder Flottenanlagen veranlaßt sehen könnten, als dem Grundsatze

der Aufrechterhaltung des territorialen status quo zuwiderlaufend anzusehen seien.

Man hat sich ferner gefragt, ob es nicht angebracht sei, gewisse Meeresgebiete, die sich der Ostsee nähern, als zur Nordsee gehörig zu betrachten.

Die deutsche Regierung schätzt sich glücklich, in Rücksicht auf diese Bemerkungen zu erklären, daß sie der Ansicht ist:

1. daß im Augenblick, wo alle beteiligten Regierungen hinsichtlich eines gleichlautenden Textes der Abmachung übereinstimmen, eine einzige, in Berlin zu unterzeichnende Vertragsurkunde die vorzuziehende Form bilden würde;

2. daß der Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo, der durch die geplante Abmachung bestätigt werden soll, sich lediglich auf die territoriale Unverletzbarkeit aller heute vorhandenen Besitzungen der Hohen vertragschließenden Parteien in den Küstengegenden der Nordsee bezieht, und daß daher besagte Abmachung in keiner Weise herangezogen werden kann, wenn es sich um die Ausübung der Hoheitsrechte der Hohen vertragschließenden Parteien über ihre oben genannten wechselseitigen Besitzungen handelt;

3. daß hinsichtlich der zu treffenden Abmachung die Nordsee im Osten als bis zu ihrer Vereinigung mit den Gewässern der Ostsee reichend anzusehen ist.

Die Deutsche Regierung beehrt sich, den beteiligten Kabinetten einen neuen Entwurf zu einer Erklärung vorzulegen, und würde sich freuen, seine Annahme zu erfahren.

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 547/548

Nr. 8142

Anlage II

Erklärungsentwurf

Die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden,

beseelt von dem Wunsche, die zwischen ihren wechselseitigen Staaten bestehenden Bande guter Nachbarschaft und Freundschaft fester zu knüpfen und so zur Wahrung des allgemeinen Friedens beizutragen, und in Anerkennung des Umstandes, daß ihre Politik hinsichtlich der Küstengebiete der Nordsee auf die Erhaltung des jetzigen territorialen status quo gerichtet ist,

erklären, daß sie fest entschlossen sind, die Hoheitsrechte, die ihre Länder gegenwärtig über ihre wechselseitigen Besitzungen in diesen Gegenden genießen, unverletzt zu erhalten.

Im Falle, daß nach Ansicht einer der oben genannten Regierungen der jetzige territoriale status quo in den Küstengebieten der Nordsee durch irgendwelche Ereignisse bedroht werden sollte, werden die Unterschriftsmächte gegenwärtiger Erklärung sich in Verbindung setzen, um im Wege eines zwischen ihnen zu schließenden Abkommens die Maßregeln zu vereinbaren, deren Ergreifung sie im Interesse der Aufrechterhaltung des status quo in ihren Besitzungen für nützlich erachten.

Zu Urkund dessen haben die hierzu in gehöriger Form ermächtigten Bevollmächtigten unterzeichnet usw.

So geschehen zu Berlin, den . . .

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 549

Nr. 8143

Anlage

Aide-mémoire.

Am 3. März vom niederländischen Gesandten in Berlin Baron Gevers dem Auswärtigen Amt überreicht.

Ausfertigung

Berlin, den 3. März 1908

Im allgemeinen kann sich die Königliche Regierung der Fassung des deutschen Entwurfes vollkommen anschließen. Wenn sie für den Wortlaut die wenigen hier folgenden Verbesserungsanträge stellt, so geschieht dies einzig und allein, um die Bedeutung dieses Entwurfes deutlicher hervortreten zu lassen.

Wie es der Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten in der Sitzung des Haushaltsausschusses des „Reichstages" so treffend ausgedrückt hat, handelt es sich hier um die förmliche Erklärung der Nordseestaaten, in keiner Weise an dem jetzigen territorialen status quo „rütteln" zu wollen. Bei dieser Art des Gedankenganges wäre es von Wichtigkeit, in Absatz 1 außer dem Entschlusse der Regierungen, ihre eigenen Gebiete in besagten Gegenden unverletzt zu erhalten, auch den zu erwähnen, daß sie die daselbst gelegenen Gebiete der anderen Staaten achten wollen. Die Regierung der Königin schlägt daher vor, den Absatz 1 so zu lesen, daß die Regierungen erklären, „fest entschlossen zu sein, die jedem von ihnen in besagten Gegenden gehörigen Gebiete unverletzt zu erhalten und sie gegenseitig zu achten". In dieser Fassung ist das Wort „Gebiete" an die Stelle des Wortes „Besitzungen" getreten, welch letzteres sich mehr auf Kolonien bezieht, während es sich hier um die Mutterstaaten selbst handelt.

Die förmliche Erklärung in Absatz 1 schließt jeden Gedanken an eine den status quo betreffende Verletzung durch eine der Nordseemächte selbst in unzweideutiger Weise aus, und die Regierung der Königin fürchtet, daß eine amtliche Inbetrachtnahme der Verletzung einer derartigen Erklärung, wie sie Absatz 2 des deutschen Entwurfes enthält, kaum geeignet sei, den moralischen Wert des Abkommens zu erhöhen.

Dagegen besteht die Möglichkeit einer Bedrohung des status quo durch eine nicht unterzeichnende Macht. Die niederländische Regierung ist daher der Ansicht, daß Absatz 2 sich dem Gedankengange in Absatz 1 besser anpassen würde, wenn er nur die Möglichkeit zuließe, daß der jetzige territoriale status quo von Ereignissen „unabhängig von irgendeiner Handlung seitens der Unterschriftsmächte gegenwärtiger Erklärung" bedroht würde.

Wenn die betreffenden Regierungen es für angezeigt halten, eine Bestimmung in die Erklärung einzurücken, wonach die Verständigung dem Rechte der Mächte keinerlei Eintrag tun soll, im Falle eines Krieges die strengste Neutralität zu wahren, so könnte sich die Regierung der Königin diesem Gedanken durchaus anschließen.

Die niederländische Regierung glaubt zu guter Letzt hinzufügen zu dürfen, daß auch im Hinblick auf die Verfassung des Königreichs die Verständigung ratifiziert werden müßte, und daß es daher angebracht sein würde, eine Ratifikationsklausel darin aufzunehmen.

Zu Band XXIII, 2. Hälfte, S. 550

Nr. 8144

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 54 Berlin, den 6. März 1908

Auf Telegramm Nr. 79.

Wir schlagen in London vor, daß wir Beteiligten folgendes als unsere Ansicht zu Nordseeabmachung erklären:

1. daß der Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo, der durch die geplante Abmachung bestätigt werden soll, sich lediglich auf die territoriale Unverletzbarkeit aller heute vorhandenen Besitzungen der Hohen vertragschließenden Parteien in den Küstengegenden der Nordsee bezieht, und daß daher besagte Abmachung in keiner Weise herangezogen werden kann, wenn es sich um die Ausübung der Hoheitsrechte der Hohen vertragschließenden Parteien über ihre eben genannten wechselseitigen Besitzungen handelt;

2. daß hinsichtlich der zu treffenden Abmachung die Nordsee im Osten als bis zu ihrer Vereinigung mit den Gewässern der Ostsee reichend anzusehen ist.

. . . . . . v. Schoen

Zu Band XXIV, S. 32/35

Nr. 8181

Kaiser Wilhelm II. an den Ersten Lord der englischen Admiralität Lord Tweedmouth

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 16. Februar 1908

Mein lieber Lord Tweedmouth!

Darf ich Ihre kostbare Zeit in Anspruch nehmen, und einige Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit für diese Zeilen, die ich Ihnen zu unterbreiten wage, erbitten.

Aus den Tagesblättern und Zeitschriften ersehe ich, daß ein großer Kampf um die Bedürfnisse der Flotte ausgefochten wird. Ich wage daher, Sie mit einigen Auskünften betreffs des deutschen Flottenprogramms zu versehen, das, wie scheint, von allen Parteien herangezogen wird, um ihre Zwecke zu fördern oder als Schreckgespenst zu dienen, den friedlichen britischen Steuerzahler damit zu schrecken.

Bei meinem letzten angenehmen Besuche an Ihren gastlichen Gestaden habe ich versucht, Ihren leitenden Stellen begreiflich zu machen, welche Richtung die deutsche Flottenpolitik verfolgt. Aber ich fürchte, meine Auseinandersetzungen sind entweder mißverstanden oder nicht geglaubt worden, denn ich sehe, wie die „deutsche Gefahr und die deutsche Herausforderung der britischen Vorherrschaft zur See“ dauernd in den verschiedenen Aufsätzen angeführt wird. Ohne Widerlegung oder Berichtigung über das ganze Land verbreitet, und täglich in die britischen Ohren geschrieen, könnte diese Redensart zuletzt höchst bedauerliche Ergebnisse zeitigen. Ich halte es daher als Admiral der Flotte für ratsam, Ihnen einige Tatsachen vorzulegen, die Sie in den Stand setzen sollen, klar zu sehen.

Es ist durchaus widersinnig und unwahr, daß die deutsche Flottenvorlage eine Seemacht schaffen soll, die als eine „Herausforderung der britischen Herrschaft zur See" gemeint sei. Die deutsche Flotte wird überhaupt gegen niemanden gebaut. Sie wird lediglich für die Bedürfnisse Deutschlands gebaut, die mit dem rasch anwachsenden Handel dieses Landes zusammenhängen. Die deutsche Flottenvorlage wurde vor zehn Jahren vom Kaiserlichen Parlament genehmigt und veröffentlicht und ist jetzt bei jedem größeren Buchhändler zu haben. Sie enthält nichts Überraschendes, Heimliches oder Verstecktes, und jeder Leser kann mit der größten Leichtigkeit den ganzen für die Entwicklung der deutschen Flotte entworfenen Plan verfolgen. Das Gesetz wird eingehalten und liefert ungefähr 30 bis 40 Linienschiffe im Jahre 1912. Die in der Vorlage festgesetzte Anzahl von Schiffen enthielt die damals tatsächlich in Dienst befindliche Flotte, obwohl ihr Material bei weitem von den zeitgenössischen Schiffstypen in den fremden Flotten überholt war. Die außerordentliche Schnelligkeit der Einführung von Verbesserungen für Schlachtschiffsarten, Bestückung und Panzerung ließ die in Dienst befindliche Flotte veralten, ehe noch der Bauplan, der die Ergänzungen dazu liefert, halb beendet war. Die veraltete Flotte mußte aus der Liste gestrichen werden, die nun eine Lücke aufwies, wodurch die Anzahl der Schiffe unter das von der Vorlage geforderte Maß herabgedrückt wurde. Diese Lücke wurde ausgefüllt, indem man die fertigen Schiffe dazu verwendete, die veralteten zu ersetzen, anstatt sie ihnen hinzuzufügen, wie ursprünglich beabsichtigt war. So kam es anstatt einer stetigen Vermehrung der stehenden Flotte durch regelmäßige Ergänzungen zu einem Neuaufbau im großen der gesamten deutschen Seemacht. Unser heute in Ausführung begriffener Plan ist wirklich nur ein Auswechseln alten Materials gegen neues, nicht aber eine Hinzufügung zu der Zahl von Einheiten, die ursprünglich in der Vorlage von vor zehn Jahren, an die wir uns halten, festgesetzt worden war.

Mir scheint, der Hauptfehler in dem Meinungsstreite, der jetzt in den Blättern geführt wird, ist die dauernde Erörterung des sogenannten 2—3- oder mehr Mächte-Standards, ihr ausschließliches Zurückgreifen auf eine Macht, die stets und ständig Deutschland ist. Gerechterweise ist anzunehmen, daß jede Nation ihre Seemacht den Bedürfnissen gemäß ausbaut und verwendet und nicht nur in Rücksicht auf die Pläne anderer Länder. Daher wäre es für England das einfachste zu sagen: Ich habe ein weltumspannendes Reich, den größten Handel der Welt, und um sie zu schützen, muß ich so und so viele Schlachtschiffe, Kreuzer usw. haben, die nötig sind, um mir die Vorherrschaft auf See zu sichern, und demgemäß sollen sie gebaut und ausgerüstet werden. Dies ist durchaus ein Recht Ihres Landes, und nie und nirgends würde jemand ein Wort darüber verlieren. Mögen es nun 60, 90 oder 100 Schlachtschiffe sein, was gar keinen Unterschied machen und ganz gewiß keinerlei Veränderung in der deutschen Flottenvorlage herbeiführen würde: Die Zahlen mögen sein, wie Sie es für gut befinden, jeder hier würde das verstehen, aber man würde hier sehr dankbar sein, wenn Deutschland endlich aus dem Spiele gelassen würde. Denn es ist höchst ärgerlich für die Deutschen zu sehen, wie ihr Land von der gesamten Presse der verschiedenen einander befehdenden Parteien immerfort als die einzige Gefahr und Bedrohung für England hingestellt wird, wo doch andere Länder auch bauen und es da sogar größere Flotten gibt als die deutsche.

Gewiß, wenn die Wogen des Parteihaders hoch gehen, dann ist da häufig ein bedauerlicher Mangel an Urteil in den Kampfschlagworten zu finden, aber ich muß doch allen Ernstes Einspruch dagegen erheben, daß der deutsche Flottenbauplan das einzige zu ausschließlichem Gebrauch abgeben soll, oder daß ein so giftiges geschmiedet wird, wie die „deutsche Heraus-

forderung der britischen Flottenvormacht auf dem Meere". Bei ständigem Gebrauch kann dadurch zu Hause Unheil verursacht werden sowie ein Gefühl der Kränkung und als Folge davon das Verlangen nach Vergeltung in den Kreisen des deutschen Flottenvereins als eines Vertreters der Nation, der die öffentliche Meinung beeinflussen und die Regierung in eine sehr unangenehme Lage versetzen würde durch den Versuch, sie durch Ausübung eines ungebührlichen, schwer abzuweisenden Druckes zu einer Änderung ihres Planes zu zwingen.

In dem kürzlich von ihm veröffentlichten Briefe hat Lord Esher geschrieben, jeder Deutsche vom Kaiser abwärts bis zum letzten Mann wünsche den Sturz Sir John Fishers. Nun weiß ich wirklich nicht, ob die Oberaufsicht über die Grundmauern und Abzugsgräben der Königlichen Schlösser geeignet ist, jemanden zur Beurteilung von Marineangelegenheiten im allgemeinen zu befähigen. Was die deutschen Marineangelegenheiten betrifft, so hat die Äußerung als ein Stück erzdummen Geschwätzes gewaltige Heiterkeit in den Kreisen derer hervorgerufen, die hier „Bescheid wissen". Aber ich finde, daß solche Dinge nicht von hochgestellten Leuten geschrieben werden sollten, da sie die hiesige öffentliche Meinung zu verletzen imstande sind. Ich brauche Ihnen natürlich nicht zu versichern, daß hier niemand auch nur im Traume den Wunsch hegt, England in der Wahl derer zu beeinflussen, denen es die Leitung seiner Marine anzuvertrauen gedenkt, oder sie in der Erfüllung ihrer hohen Aufgabe zu stören. Man erwartet, daß die Wahl stets auf die Besten und Geeignetesten fällt, und ihre Taten werden mit Teilnahme und Bewunderung von ihren Brüdern, den deutschen Marineoffizieren, verfolgt werden. Daher ist es widersinnig, vorzubringen, deutsche Behörden arbeiteten für oder gegen Personen in amtlichen Stellen in fremden Ländern; es ist das so lächerlich wie unwahr. Ich weise hiermit eine derartige Verleumdung zurück. Übrigens ist meiner unmaßgeblichen Meinung nach dieses ewige Hervorkehren der „deutschen Gefahr" der großen britischen Nation äußerst unwürdig mit ihrem weltumspannenden Reich und ihrer gewaltigen Seemacht, die ungefähr fünfmal so groß ist wie die deutsche. Es liegt fast etwas Komisches darin. Die Fremden in anderen Ländern könnten leicht daraus den Schluß ziehen, daß die Deutschen außerordentlich starke Kerle sein müssen, da sie imstande zu sein scheinen, den Briten, die ihnen fünfmal überlegen sind, Angst einzujagen!

Ich hoffe, Euere Lordschaft werden diese Zeilen mit freundlicher Aufmerksamkeit lesen. Sie sind von jemandem geschrieben, der ein glühender Bewunderer der glänzenden englischen Kriegsmarine ist, der ihr jeden Erfolg wünscht und hofft, daß ihre Flagge stets auf derselben Seite wehen wird wie die der deutschen, von einem, der stolz ist, die englische Marineuniform eines Admirals der Flotte zu tragen, die ihm von der verstorbenen großen Königin seligen Angedenkens verliehen wurde.

Noch einmal: Die deutsche Flottenvorlage ist nicht gegen England gerichtet und ist keine „Herausforderung der britischen Vorherrschaft zur See", die für eine ganze Reihe kommender Generationen unherausgefordert bleiben wird. Wir wollen uns alle der Mahnung des Admirals Sir John Fisher an seine Zuhörer im November erinnern, als er sie so weise davor warnte, in Angst zu geraten, indem er die bewunderungswürdige Äußerung tat: Wenn Eva nicht immer ihre Augen auf den Apfel gerichtet hätte, würde sie ihn nicht gegessen haben, und wir brauchten uns jetzt nicht mit Kleidern zu schleppen.

Ich verbleibe

Ihr aufrichtig ergebener

(gez.) Wilhelm I. R.
Admiral of the Fleet.

Zu Band XXIV, S. 35

Nr. 8182

Der Erste Lord der englischen Admiralität Lord Tweedmouth an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

den 20. Februar 1908

Sire,

Ich beehre mich, den Empfang Euerer Kaiserlichen Majestät gnädigen Schreibens zu bestätigen, das in seinem Tone so deutlich Zeugnis ablegt von den Gefühlen des Wohlwollens, die Sie gegen mein Land hegen, und von dem aufrichtigen Wunsche, die freundschaftlichsten Beziehungen zu seinem Herrscher und dessen Volke zu unterhalten.

Ich will mit Euerer Majestät Erlaubnis auf keine ausführlichen Erklärungen in Beantwortung der in Euerer Majestät Schreiben berührten Punkte eingehen, da ich sehe, daß, schon bevor Euerer Majestät Schreiben mich erreichte, eine Denkschrift vom Auswärtigen Amte an Sir Frank Lascelles gesandt worden ist mit der Bestimmung, dem Fürsten Bülow zur Unterrichtung Euerer Majestät übergeben zu werden.

Ich gestatte mir, zu Euerer Majestät Gebrauch in der Anlage einen Abzug des von mir verfaßten Schriftstückes zu überreichen, das meinen in der kommenden Woche dem Parlament vorzulegenden Bericht enthält mit den genauen Voranschlägen für den Jahrgang 1. April 1908 bis 31. März 1909.

Euer Majestät wollen, wie ich hoffe, zugeben, daß darin keine Beschwerden hinsichtlich der Flottenbaupläne irgendeiner fremden Nation vorkommen. Ich stelle nur unsere eigenen Erfordernisse fest, und ich darf ehrfurchtsvoll darauf hinweisen, daß sich weder nach Form noch Inhalt in dem von mir aufgesetzten Berichte etwas befindet, was die Presse zu Bemerkungen in einem für Deutschland unfreundlichen Sinne aufreizen könnte, Bemerkungen, die die Regierung Seiner Majestät des Königs stets bedauern würde, obwohl andererseits, wie Euere Majestät bereits wissen, die Presse in Großbritannien keine Beaufsichtigung behördlicherseits duldet, vor allem nicht in bezug auf die Marine.

Ich habe die Ehre zu sein

Euerer Kaiserlichen Majestät alleruntertänigst gehorsamer Diener

Tweedmouth

Zu Band XXIV, S. 36

Nr. 8183

König Eduard VII. von England an Kaiser Wilhelm II.

Handschreiben. Abschrift

Buckingham Palace, den 22. Februar 1908

Mein lieber Wilhelm!

Ich habe Deinen Brief vom 14. d. Mts. erhalten, worin Du mir mitteilst, daß Du Lord Tweedmouth einen Brief über das deutsche Flottenprogramm geschrieben hast, worin Du einiges Unbehagen in der englischen Presse aufdeckst.

Dein Schreiben an meinen Ersten Lord der Admiralität bedeutet eine „neue Richtung“, und ich sehe nicht ein, wie er unsere Presse verhindern

könnte, die Aufmerksamkeit auf das starke Wachstum im deutschen Kriegsschiffsbau zu lenken, das uns zwingt, auch unsere Seemacht zu vermehren.

Stets Dein Dich liebender Oheim

(gez.) Eduard R.

Zu Band XXIV, S. 36/37

Nr. 8184

Memorandum

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles am 28. Februar im Auswärtigen Amt überreicht

Ausfertigung

Die Regierung Seiner Majestät hat niemals das Recht in Anspruch genommen, das Vorgehen der deutschen oder irgendeiner anderen Regierung bei der Festsetzung des Umfanges ihrer Erfordernisse in Heer und Marine einer Beurteilung zu unterziehen. Sie erkennt offen an, daß dies eine Angelegenheit ist, die jeder unabhängige Staat für sich selbst regeln muß. Sir Edward Grey hat kürzlich selbst in nicht mißzuverstehenden Worten dieser Ansicht öffentlich Ausdruck verliehen, und zwar unter besonderer Bezugnahme auf den neuen deutschen Flottenbauplan, und der deutsche Marinestaatssekretär hat bei der Einbringung der Flottenveranschlagung im Reichstage eigens auf den leidenschaftslosen und freundschaftlichen Ton angespielt, in welchem Presse und öffentliche Redner in England die deutschen Anträge erörtert hätten.

Gleichwohl ist behauptet worden, einige englische Zeitungen hätten „Angriffe auf das deutsche Flottenprogramm“ unternommen, indem sie auf die große Ausgabe aufmerksam machten, der dieses Land sich notwendigerweise unterziehen muß, wenn es gezwungen wird, infolge des Anwachsens der deutschen Seestreitkräfte soviel mehr Schiffe zu bauen. Über die einzelnen Artikel, auf die sich diese Behauptung bezieht, sind keine näheren Angaben gemacht worden. Da jedoch der Kaiser angeregt hat, daß etwas geschehen sollte, um dieser „deutschfeindlichen Tendenz“ entgegenzuwirken, scheint die Erklärung geboten, daß die Regierung Seiner Majestät den Ausdruck des Bedauerns seitens eines unabhängigen britischen Blattes über das Anschwellen der Ausgaben, dem England unvermeidlich durch das Anwachsen der deutschen Seerüstungen ausgesetzt sein würde, nicht als einen begründeten Anlaß zur Erregung in Deutschland anzusehen vermag.

Die Organe des Deutschen Flottenvereins benutzen häufig die englische Marine, um die Notwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Marine hervorzuheben, und so ist es nicht unnatürlich, wenn der Teil der englischen Presse, der stets in Sorge ist, die Regierung, zumal eine liberale Regierung, werde die Marine in Rückstand geraten lassen, zur Stärkung ihres Standpunktes einen ähnlichen Gebrauch von der deutschen Marine zu machen sucht.

Die Unabhängigkeit, ja das Bestehen des Britischen Reiches hängt von der Sicherung seiner Vorherrschaft zur See ab, und die britische Regierung ist verpflichtet, Seestreitkräfte in einem solchen Umfange zu schaffen und zu erhalten, wie für diesen Zweck unerläßlich ist. Es wäre zwecklos, behaupten zu wollen, das Anwachsen der deutschen Flotte sei keiner von den Faktoren, die bei einer Veranschlagung der Stärke, in der die englische Marine erhalten werden muß, stets in Rechnung zu stellen sind. Eine Verhinderung der englischen Presse an der freimütigen Feststellung und Erörterung einer so offensichtlichen Tatsache würde weder gerecht noch möglich sein.

Die Regierung Seiner Majestät bedauert so sehr wie irgendeiner, daß die Zeitungspresse zeitweise als Träger wechselseitiger internationaler Anschuldi-

gungen benutzt wird. Aber selbst wenn sie die Macht besäße, einzugreifen — die sie, wie natürlich allgemein bekannt ist, nicht besitzt —, würde sie sich doch nicht berufen fühlen, die öffentliche, aber höfliche Äußerung von Ansichten zu unterbinden, in denen sich die gegenwärtige Lage wiederspiegelt. Vom Standpunkte der britischen Regierung aus gesehen, stellt diese Lage sich so dar, daß, während nicht im entferntesten daran gedacht wird, Deutschland oder irgendeinem anderen der Nachbarn Großbritanniens feindliche Absichten zuzuschreiben, oder ihr Recht in Frage zu stellen, soviel Schiffe zu bauen, wie sie wollen, das entscheidende Interesse der Sicherheit des Britischen Reiches die Aufrechterhaltung des von einer Reihe aufeinander folgender britischer Regierungen durchgeführten Standes und Verhältnisses der englischen Marine im Vergleiche zu denen der Länder Europas erforderlich macht.

Auswärtiges Amt.

Zu Band XXIV, S. 170/174

Nr. 8251

Anlage

Abschrift eines englischen Zeitungsartikels

Wir haben die folgende Mitteilung aus einer so unanfechtbar glaubwürdigen Quelle erhalten, daß wir, ohne zu zögern, die offenkundig von ihr gebrachte Botschaft der Aufmerksamkeit unserer Leser empehlen können:

Verschwiegenheit ist die erste und letzte für einen Diplomaten erforderliche Eigenschaft, und sie sollte auch noch von denen beobachtet werden, die, wie ich, schon lange aus dem öffentlichen ins private Leben übergegangen sind. Bisweilen jedoch ereignen sich Augenblicke in der Geschichte der Völker, wo eine berechnete Unverschwiegenheit sich als vom denkbar höchsten Nutzen erweist, und das ist der Grund, warum ich mich entschlossen habe, den wesentlichen Inhalt einer längeren Unterhaltung bekanntzugeben, die ich den Vorzug hatte, im Laufe dieses Monats mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser zu führen. Ich tue dies in der Hoffnung, daß es dazu beitragen möge, die hartnäckige Verkennung des Wesens der Gefühle des Kaisers England gegenüber zu beseitigen, die, ich fürchte, tief im Herzen des Durchschnittsengländers eingewurzelt ist. Es ist des Kaisers aufrichtiger Wunsch, daß sie ausgerottet werde. Er hat in Wort und Tat mehrfach Beweise seines Wunsches geliefert. Aber, um es offen auszusprechen, sein großer Geduldsvorrat geht jetzt auf die Neige, wo er sich so andauernd falsch geschildert sieht, und so oft die schmerzliche Erfahrung gemacht hat, daß auf jede vorübergehende Besserung der Beziehungen erneute Ausbrüche des Vorurteils erfolgen sowie eine schleunige Rückkehr zu der alten argwöhnischen Haltung.

Wie ich bereits sagte, beehrte mich Seine Majestät mit einer langen Unterhaltung und sprach dabei mit einer dem Augenblick gehorchenden, ungewöhnlichen Freimütigkeit. „Ihr Engländer“, sagte er, „seid toll, toll wie die Märzhasen. Was ist über Euch gekommen, daß Ihr so ganz einem Argwohn anheimgefallen seid, der einer großen Nation vollkommen unwürdig ist? Was kann ich mehr tun, als ich getan habe? In meiner Rede in der Guildhall habe ich mit allem mir zur Verfügung stehenden Nachdruck erklärt, daß mein Sehnen dem Frieden gilt, und daß es mein liebster Wunsch ist, mit England in den besten Beziehungen zu leben. Habe ich jemals meine Worte Lügen gestraft? Falschheit und unwahres Wesen sind meiner Natur fremd. Meine Handlungen sollten für sich selbst sprechen, aber Ihr hört nicht auf sie, sondern auf die, die sie entstellen und verdrehen. Das ist eine persönliche Beleidigung, die ich fühle und übelnehme. Fortwährend falsch beurteilt zu werden, zu sehen, wie meine wiederholten Freundschaftsanerbietungen mit

eifervollen, mißtrauischen Augen abgewogen und untersucht werden, belastet meine Geduld schwer. Ich habe wieder und wieder gesagt, daß ich ein Freund Englands bin, und Eure Presse, oder doch wenigstens ein beträchtlicher Teil derselben, fordert das englische Volk auf, meine ausgestreckte Hand zurückzuweisen und gibt zu verstehen, die andere hielte einen Dolch. Wie soll ich eine Nation gegen ihren Willen überzeugen?"

„Ich wiederhole," fuhr Seine Majestät fort, „ich bin ein Freund Englands, aber Ihr macht es mir schwer, es zu bleiben. Meine Aufgabe ist nicht die leichteste. *Das vorherrschende Gefühl bei meinem eigenen Volke ist nicht freundlich für England. Ich bin in der Minderheit* [1]) in meinem eigenen Lande, aber es ist eine Minderheit der besten Elemente, genau wie es in England Deutschland gegenüber der Fall ist. Das ist ein weiterer Grund, warum ich Eure Weigerung übel empfinde, mein verpfändetes Wort anzunehmen, daß ich Englands Freund bin. Ich bin unablässig bemüht, unsere Beziehungen zu verbessern, aber Ihr entgegnet mir grollend, ich sei Euer Erzfeind. Ihr macht es mir sehr schwer. Warum nur?"

Daraufhin wagte ich, Seine Majestät daran zu erinnern, daß nicht allein England, sondern ganz Europa mit Mißbilligung auf das neuerliche Vorgehen Deutschlands geblickt habe, als es dem deutschen Konsul erlaubte, von Tanger nach Fez zurückzukehren und dem gemeinsamen Vorgehen Frankreichs und Spaniens vorgriff, indem es den Mächten nahelegte, der Augenblick sei für Europa gekommen, Mulay Hafid als den neuen Sultan von Marokko anzuerkennen.

Seine Majestät machte eine ungeduldige Bewegung. „Jawohl," sagte er, „das ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Art, wie deutsches Tun mißdeutet wird. Zunächst also, was die Reise des Dr. Vassel betrifft. *Die deutsche Regierung hat mit seinem Weggehen von Tanger überhaupt nichts zu tun. Er reiste ganz aus eigenem Antriebe nach Fez, um sich in dieser Stadt, von der er so lange abwesend gewesen war, um seine Privatangelegenheiten zu kümmern. Und warum auch nicht? Wissen diejenigen, die Deutschland vorwerfen, den Mächten den Rang abgelaufen zu haben, auch wohl, daß der französische Konsul bereits seit zwei Wochen in Fez war, als Dr. Vassel aufbrach?* [2]) Und dann die Anerkennung Mulay Hafids? Die europäische Presse hat mit großer Bitterkeit Beschwerde geführt und behauptet, Deutschland hätte seine Anerkennung nicht vorschlagen dürfen, bevor er nicht Europa erklärt habe, den Vertrag von Algeciras als für ihn in seiner Eigenschaft als Sultan von Marokko und Nachfolger seines Bruders verbindlich rückhaltlos annehmen zu wollen. Meine Antwort lautet, daß Mulay Hafid sich, bereits Wochen bevor die entscheidende Schlacht geschlagen wurde, zu diesem Zwecke amtlich an die Mächte gewandt hatte. Ja, sogar schon Mitte vorigen Julis sandte er der deutschen, französischen und britischen Regierung eine gleichlautende Mitteilung mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er bereit sei, alle von Abdul

---

[1]) Statt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „Das vorherrschende Gefühl bei weiten Schichten der mittleren und unteren Klassen meines eigenen Volkes ist nicht freundlich für England. So befinde ich mich gewissermaßen in der Minderheit in meinem eigenen Lande, aber" usw.

[2]) Anstatt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „Als die deutsche Regierung Vassel auf seinen Posten in Fez zurückschickte, war sie einzig und allein von dem Wunsche geleitet, er möge sich um die Privatinteressen von deutschen Staatsangehörigen in dieser Stadt kümmern, die nach der langen Abwesenheit eines konsularischen Vertreters nach Schutz und Beistand riefen. Und warum hätte sie ihn nicht schicken sollen? Wissen diejenigen, die Deutschland vorwerfen, den Mächten den Rang abgelaufen zu haben, auch wohl, daß ein französischer Konsularvertreter bereits seit mehreren Monaten in Fez war, als Vassel aufbrach" usw.

Asis als Sultan Europa gegenüber eingegangenen Verpflichtungen anzuerkennen. Die deutsche Regierung faßte diese Mitteilung als den endgültigen und maßgebenden Ausdruck der Absichten Mulay Hafids auf, und so lag ihrer Ansicht nach keine Veranlassung vor, die Sendung einer zweiten Mitteilung seinerseits abzuwarten, um ihn als Sultan von Marokko de facto (der Tatsache nach), der seinem Bruder mit dem Rechte des Siegers im Felde auf dem Throne gefolgt war, anzuerkennen."

Ich machte Seine Majestät darauf aufmerksam, daß ein bedeutender und einflußreicher Teil der deutschen Presse das Vorgehen der deutschen Regierung ganz anders ausgelegt und ihr in der Tat gerade deshalb in überschwänglichem Maße seine Zustimmung hätte zuteil werden lassen, weil er darin eine starke Tat anstatt bloßer Worte erblickte sowie eine entschlossene Ankündigung, daß Deutschland wiederum im Begriffe sei, in die Gestaltung der Ereignisse in Marokko einzugreifen. „Es gibt", antwortete der Kaiser, „Unheilstifter in beiden Ländern. Ich will nicht versuchen, ihre beiderseitige Befähigung zu Mißdeutungen gegeneinander abzuwägen. Aber die Tatsachen sind so, wie ich sie dargestellt habe. In dem neuen deutschen Auftreten betreffs Marokkos hat nichts gelegen, was der ausdrücklichen Erklärung meiner Friedensliebe zuwiderliefe, die ich sowohl in der Guildhall als auch in meiner letzten Straßburger Rede abgegeben habe."

Seine Majestät kam dann auf den Gegenstand zurück, der ihm am meisten am Herzen liegt, — seine erprobte Freundschaft für England. „Ich habe auf meine Reden verwiesen," so sagte er, „in denen ich alles getan habe, was ein Herrscher tun kann, um seinen guten Willen zu verkünden. Aber, da Taten lauter sprechen als Worte, lassen Sie mich auch auf meine Handlungen verweisen. Allgemein wird in England geglaubt, Deutschland sei ihm während des südafrikanischen Krieges feindlich gewesen. Die öffentliche Meinung in Deutschland war zweifellos feindlich, bitter feindlich. Die Presse war feindlich, die persönliche Meinung war feindlich. Aber das amtliche Deutschland, wie stand es damit? Hören Sie. Was war es, das die Europareise der Burenabgeordneten, die sich um die Erlangung einer europäischen Vermittelung bemühten, zu einem plötzlichen Stillstand und völligen Zusammenbruch führte? Sie wurden in Holland gefeiert, Frankreich bereitete ihnen einen hinreißenden Empfang. Sie wünschten nach Berlin zu kommen, wo das deutsche Volk sie mit Blumen bekränzt hätte. Sie baten mich, sie zu empfangen. Ich lehnte ab. Mit einem Schlage flaute die Bewegung ab. Die Abgeordneten kehrten mit leeren Händen zurück. War das, frage ich, das Werk eines versteckten Feindes?"

„Und wieder, als der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde die deutsche Regierung von der französischen und russischen Regierung eingeladen, sich ihnen anzuschließen, um England aufzufordern, dem Kriege ein Ende zu machen. Der Augenblick sei gekommen, meinten sie, nicht nur die Burenrepubliken zu retten, sondern auch England in den Staub zu demütigen. Welches war meine Antwort? Ich sagte, Deutschland sei soweit davon entfernt, sich irgendeinem verabredeten europäischen Vorgehen mit der Absicht, einen Druck auf England auszuüben und seinen Sturz herbeizuführen, anzuschließen, daß es vielmehr *seine bewaffnete Macht gebrauchen würde, um ein solches verabredetes Vorgehen zu verhindern*[1]). Die Nachwelt wird eines Tages den genauen Wortlaut des jetzt in den Archiven von Windsor Castle ruhenden Briefes lesen, in welchem ich dem englischen Herrscher die Antwort

---

[1]) Statt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „sich vielmehr stets von politischen Unternehmungen fernhalten würde, die es in Verwickelungen mit einer Seemacht wie England bringen könnten. Die Nachwelt" usw.

mitteilte, die ich den Mächten zurücksandte, die damals damit umgingen, Englands Fall zuwege zu bringen. Die Engländer, die mich heute beleidigen, indem sie meine Worte in Zweifel ziehen, sollten wissen, wie meine Taten in der Stunde ihres Unglücks beschaffen waren."

„Und das ist noch nicht alles. Gerade zur Zeit Ihrer Schwarzen Woche, als die Unglücksfälle einander in rascher Folge ablösten, erhielt ich einen Brief von der Königin Viktoria, meiner hochverehrten Großmuttter, der in Sorge und Kummer geschrieben war und deutliche Spuren der Ängste trug, die auf ihrem Gemüte und ihrer Gesundheit lasteten. Ich schickte sofort eine teilnehmende Antwort zurück. Aber ich tat mehr als das. Ich befahl einem meiner Offiziere, mir einen Bericht, so genau wie er ihn erlangen könnte, über die Anzahl der auf beiden Seiten in Südafrika kämpfenden Truppen und die augenblickliche Stellung der gegnerischen Streitkräfte zu verschaffen. Mit den Zahlen vor mir arbeitete ich einen Feldzugsplan aus, wie ich ihn den Umständen gemäß für den besten hielt, und legte ihn meinem Generalstabe zur Beurteilung vor. Dann schickte ich ihn nach England, und auch dieses Schriftstück befindet sich unter den Staatspapieren in Windsor Castle in Erwartung des streng unparteilichen Richterspruches der Geschichte. Und als Beispiel eines merkwürdigen Zusammentreffens lassen Sie mich hinzufügen, daß der von mir aufgestellte Plan sich sehr stark in den gleichen Linien bewegte, wie der tatsächlich von Lord Roberts angenommene, der dann von ihm in ein erfolgreiches Unternehmen umgesetzt wurde. War das, wiederhole ich, das Werk eines, der England übel wollte? Mögen die Engländer einmal aufrichtig sein und selber sprechen!"

„Aber, werden Sie sagen, wie ist es mit der deutschen Seemacht? Ist das keine Bedrohung für England? Gegen wen wird sie stetig ausgebaut, wenn nicht gegen England? Wenn es nicht England ist, das jene Deutschen meinen, die auf Schaffung einer mächtigen Flotte aus sind, wozu wird dann Deutschland aufgefordert, diese neuen, so schweren Steuerlasten zu bewilligen? Meine Antwort ist klar. Deutschland ist ein junges, im Wachstum befindliches Reich. Es hat einen weltumspannenden Handel, der sich rasch ausbreitet, und dem der berechtigte Ehrgeiz patriotischer Deutscher sich weigert, irgendwelche Schranken zu ziehen. Deutschland muß eine starke Flotte haben, um seinen Handel und seine mannigfaltigen Interessen auch in den entferntesten Meeren zu schützen. Es erwartet, daß diese Interessen weiter wachsen werden, und es muß imstande sein, sie mannhaft auf jedem Punkte des Erdballes zu schützen. Deutschland blickt vorwärts. Sein Gesichtskreis dehnt sich in die Weite. Es muß für alle Möglichkeiten im fernen Osten gerüstet sein. Wer kann voraussehen, was sich in künftigen Tagen im Stillen Ozean ereignen mag, in Tagen, die nicht so fern sind, wie manche glauben, für die aber jedenfalls alle europäischen Mächte, die im fernen Osten Interessen haben, sich anhaltend rüsten sollten. Blicken Sie auf den vollendeten Aufstieg Japans, denken Sie an die Möglichkeit des nationalen Erwachens Chinas, und urteilen Sie dann über die umfassenden Probleme des Stillen Ozeans. Nur die Mächte, die über eine weitreichende Seemacht verfügen, werden mit Achtung gehört werden, wenn es zur Regelung der Zukunft des Stillen Ozeans kommt, und wäre es nur aus diesem Grunde, so müßte Deutschland eine starke Flotte besitzen. Es kann sogar der Fall eintreten, wo England selbst froh darüber sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn sie in den großen Auseinandersetzungen der Zukunft auf derselben Seite zusammen das Wort ergreifen."

Dies war der Inhalt der Unterredung mit dem Kaiser. Er sprach mit all dem Ernst, der sein Wesen kennzeichnet, wenn er von Dingen redet, über die er tief nachgedacht hat. Ich möchte meine Landsleute, die Wert auf die Sache des Friedens legen, bitten, was ich hier geschrieben habe, zu erwägen und nötigenfalls ihre Einschätzung des Kaisers und seiner Freundschaft für England an Hand der eigenen Worte Seiner Majestät einer Prüfung zu unter-

ziehen. Wenn sie den Vorzug, der mir beschieden war, genossen hätten, daß er sich einmal aussprach, würden sie weder den starken Wunsch Seiner Majestät länger bezweifeln, mit England in den besten Beziehungen zu leben, noch seine wachsende Ungeduld gegenüber dem hartnäckigen Mißtrauen, mit dem seine Freundschaftsanerbietungen aufgenommen werden.

Zu Band XXIV, S. 176

Nr. 8253

Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Redoubt House Shorncliffe, den 22. Oktober 1908

Euer Majestät!

Der Brief (mit seiner Einlage[1]), den Sie die Gnade hatten, mir zu senden, ist wohlbehalten in meine Hände gelangt, — und ich habe Schritte getan, die, wie ich glaube und hoffe, dazu dienen werden, die törichten Eindrücke hinsichtlich der Gefühle Euerer Majestät für dieses Land, die einige unserer Presseorgane hervorgerufen hatten, zu berichtigen. — Die tiefe Bewunderung und die Hochachtung, die ich für Euere Majestät hege, machen es mir zur Pflicht, — wenn auch in einem noch so bescheidenen Umfange tätig zu sein, — in einer Weise, die nicht verfehlen kann, der englischen Öffentlichkeit die wahren Gefühle Euerer Majestät uns gegenüber vor Augen zu führen. Ich werde über die Maßen erfreut sein, wenn daraus Gutes erwächst. Der „Daily Telegraph“ wird die Sache in sehr zuverlässiger Form aufnehmen. Und niemand wird jemals die Quelle erfahren, aus der die Mitteilung stammt. —

Ich danke Eurer Majestät mit der größten Aufrichtigkeit und Erkenntlichkeit für das in meine bescheidenen Bemühungen gesetzte Vertrauen, und ich bitte Euere Majestät, stets überzeugt zu sein von der Ihrer Person gewidmeten Verehrung Euerer Majestät ergebensten Dieners

Edward Stuart Wortley

Zu Band XXIV, S. 190/191

Nr. 8264

Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Redoubt House, Shorncliffe, den 11. November 1908

Euer Majestät!

Es würde mir schwer fallen, Worte zu finden, um meine Enttäuschung auszudrücken über die Art und Weise, in der Euerer Majestät freundliche Aufmerksamkeit und Freundschaftsbeweis für dieses Land aufgenommen worden sind. Ich bin wirklich ganz beschämt gewesen über den unfeinen Ton, den mit wenigen Ausnahmen die Presse an den Tag gelegt hat. Gleichwohl habe ich

---

[1]) Bei der Einlage des (nicht bei den Akten befindlichen) Kaiserlichen Briefes handelt es sich um den nach Maßgabe der Vorschläge des Auswärtigen Amts korrigierten Entwurf zu dem „Daily-Telegraph“-Artikel.

mich gefreut zu sehen, daß in einigen Blättern die Gefühle für dieses Land — die in Euerer Majestät den Wunsch rege werden ließen, sie bekanntzumachen und Verständnis dafür zu erwecken —, in vollem Umfange und mit Dankbarkeit anerkannt worden sind. Ich habe mir Ausschnitte aus allen Zeitungen im Lande schicken lassen. Als der Sturm seinen Höhepunkt erreicht hatte, habe ich immer gesagt, daß zuletzt, für dieses Land, sehr viel Gutes daraus hervorgehen würde: und ich bin überzeugt, in späteren Jahren wird die Haltung Euerer Majestät anerkannt werden als eine, die in richtiger Weise darauf angelegt war, eine von Zweifel und Argwohn getrübte Atmosphäre in eine solche der Klarheit und der Verständigung zu verwandeln.

Ich brauche Euerer Majestät kaum zu versichern, daß der ganze Hergang der Sache, was die bescheidene Rolle anbelangt, die ich dabei gespielt habe, stets von mir als ein höchst schätzbarer, geehrter Beweis der Freundschaft Euerer Majestät und als heilig in seiner Vertraulichkeit bewahrt werden wird.

Ich muß ehrlich gestehen, daß ich eine bessere Meinung von dem gesunden Sinne der Presse hierzulande hatte, als dieses rauhe Erwachen mir zu geben vermochte. Ich glaube indessen fest, daß Euerer Majestät redliches Bemühen, dieses Land von Ihrer Freundschaft zu überzeugen, die Antwort finden wird, die es aller Gerechtigkeit nach verdient.

Ich bitte Euere Majestät, mir meine irrtümliche Einschätzung des gesunden Sinnes einiger meiner Landsleute zu vergeben, und mir zu erlauben, Euere Majestät erneut meiner untertänigsten Ergebenheit und Dankbarkeit zu versichern und mit aller gebührenden ehrfurchtsvollen Hochachtung zu zeichnen als Euerer Majestät untertänigst ergebener Diener

Edward Stuart Wortley

Zu Band XXIV, S. 217/218

Nr. 8278

Note verbale

Ausfertigung. Am 7. August von dem französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon dem Auswärtigen Amt übergeben

7. August 1907

Die Ereignisse sind den Maßregeln, die von der Regierung der Republik infolge der kürzlich in Casablanca begangenen Ausschreitungen beschlossen worden waren, und die bereits den Regierungen der beteiligten Mächte zur Kenntnis gebracht werden sollten, vorausgeeilt.

Angesichts der offenbaren Ohnmacht der marokkanischen Regierung, sich bei ihren Untertanen Gehorsam zu verschaffen und für den Schutz der fremden Staatsangehörigen zu sorgen, macht sich die dringende Notwendigkeit der Errichtung der Polizei in den marokkanischen Häfen immer stärker geltend. Die Aufrechterhaltung und die Achtung des hohen Ansehens Seiner Scherifischen Majestät sind hierbei von höchster Wichtigkeit.

Von diesen Gefühlen durchdrungen wird die Regierung der Republik den Maßregeln, zu deren Ergreifung sie sich entschlossen hatte, stattgeben unter gewissenhafter Wahrung der Unversehrtheit Marokkos und der Souveränität des Sultans. Ordnung und Sicherheit sowie die Freiheit der Handelsgeschäfte sollen in Casablanca durch genügende Streitkräfte gesichert werden. Eine zum warnenden Beispiel dienende Züchtigung wird den Eingeborenen, die an den gestrigen Morden und Ausschreitungen schuld sind, auferlegt werden.

Hand in Hand mit diesen Unternehmungen und im Einvernehmen mit der spanischen Regierung soll die sofortige Errichtung einer Polizei für die Stadt und das Weichbild gehen.

Bemerkung von Tschirschkys am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe geantwortet: „daß Frankreich bei seinem Strafunternehmen zum Schutze der Interessen und der Wahrung der Sicherheit aller Europäer unsere volle Zustimmung hat“ Ty.

Zu Band XXIV, S. 351

Nr. 8381

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 213 Berlin, den 19. Oktober 1908

Auf Telegramm Nr. 250.

Angelegenheit ist am 17. abends vom Herrn Reichskanzler und mir mit Cambon besprochen worden. Unsererseits wurde dabei folgendes vorgeschlagen:

1. Ausdruck des Bedauerns französischerseits über die von französischen Beamten gegen die Rechte des deutschen Konsuls dadurch begangene Ausschreitung, daß sie sich mit Gewalt mehrerer unter dem Schutze und der Obhut des deutschen Konsuls befindlicher Personen bemächtigten.

2. Ausdruck des Bedauerns von seiten Deutschlands über das ungehörige Verhalten seines Konsuls, der Personen einen Geleitschein gegeben hatte, die kein Recht darauf hatten.

3. Lösung der Rechtsfrage vermittels eines Schiedsgerichts.

. . . . . . v. Schoen

Zu Band XXIV, S. 358

Nr. 8388

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 2. November 1908

Ich beeile mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß wir Ihren Vorschlag annehmen, den Casablancafall folgendermaßen zu regeln:

1. Austausch der Ausdrücke des Bedauerns;

2. Note des Herrn Pichon an den Fürsten Radolin, worin der Wunsch ausgesprochen wird, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterwerfen und der Vorbehalt gemacht wird, daß bis zum Eintreten der schiedsrichterlichen Entscheidung die drei deutschen Deserteure in der Lage verbleiben, in der sie sich jetzt befinden.

Ich halte mich zu Ihrer Verfügung, um uns über die Formeln für die beiderseits auszusprechenden Ausdrücke des Bedauerns zu verständigen.

v. Schoen

Zu Band XXIV, S. 363/364

Nr. 8395

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Note. Ausfertigung

Berlin, den 4. November 1908

Am 1. dieses Monats hat der deutsche Botschafter in Paris dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten der Republik die von der Kaiserlichen Regierung überreichten Forderungen bezüglich des Zwischenfalles, den in Casablanca am 25. September d. J. die Desertion von Soldaten der Fremdenlegion veranlaßt hatte, zugehen lassen. Das Schreiben des Fürsten Radolin war von einer Denkschrift begleitet, worin unter dem Datum des 26. Oktober sowohl der Tatbestand als auch die Rechtslage dargelegt waren, auf die sich der Anspruch der Kaiserlichen Regierung stützte.

Die Prüfung dieser Unterlagen führt zur Feststellung der widersprechenden Beschaffenheit der beiderseits über die tatsächlichen Vorgänge bei der Verhaftung eingegangenen Berichte sowie der Verschiedenartigkeiten der Auffassungen hinsichtlich der bei diesem Anlasse aufzuwerfenden Rechtsfragen.

In der Tat ergibt sich aus den seitens der französischen Behörden an Ort und Stelle angestellten Nachforschungen, daß die Gewalttätigkeiten von dem Sekretär des deutschen Konsulats ausgegangen sind. Andererseits sind wir der Meinung, daß, wenn Mannschaften, die auf den Kontroll-Listen eines im Felde stehenden Truppenverbandes geführt werden, zu entweichen versuchen, ihre Festnahme innerhalb der Postenlinie dieses Truppenverbandes gerechtfertigt ist.

Unter diesen Umständen kann die französische Regierung nur erneut erklären, daß sie vollkommen die Ansicht teilt, die mir Euere Exzellenz bereits am 14. Oktober über die für diesen bedauerlichen Zwischenfall geeignete Lösung ausgesprochen haben.

Sie hatten mir nach unseren letzten Besprechungen in der Tat gesagt, daß nichts anderes übrig bliebe, als die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu überweisen. Bis dahin würden die Deserteure im Gefängnis bleiben. Sehr viel sei dann daran gelegen, daß die Einigung hinsichtlich des Schiedsverfahrens, sobald sie erzielt sei, unverzüglich veröffentlicht werde.

Ihrem mir gütigst ausgesprochenen Wunsche folgend, habe ich diesen Vorschlag nach Paris übermittelt. Bereits am folgenden Tage, dem 15. Oktober, war ich in der Lage, Ihnen mündlich mitzuteilen, daß ich soeben ermächtigt worden wäre, meine Zustimmung dazu zu geben, und am 16. schrieb ich Euerer Exzellenz, die Regierung der Republik nähme dem von Ihnen durch meine Vermittelung gütigst gemachten Vorschlage gemäß die schiedsrichterliche Regelung der Schwierigkeiten, die mit den Zwischenfällen infolge der Desertion von sechs Soldaten der Fremdenlegion in Casablanca in Zusammenhang stehen, an. Nach einer am 17. stattgehabten Unterredung mit dem Reichskanzler hatte ich dann überdies Gelegenheit, daran zu erinnern, daß in unsern Augen die Rechtsfrage eng mit der Tatsachenfrage verbunden sei.

Demzufolge beauftragt mich die Regierung der Republik, zu erklären, daß sie bereit ist, diese Angelegenheit auf der Grundlage zum Abschluß zu bringen, die ihr von der Kaiserlichen Regierung am 14. Oktober vorgeschlagen worden ist, und die sie angenommen hat. — Sie vertraut darauf, daß die gleiche Uebereinstimmung in dem gleichen Geiste der Gerechtigkeit sich auch hinsichtlich des Schiedsverfahrens einstellen wird, für dessen Einsetzung sie gern bereit ist, ihre Vorschläge zu unterbreiten oder die ihr von der Kaiserlichen Regierung geneigtest übermittelten zu prüfen.

Jules Cambon

Zu Band XXIV, S. 370

Nr. 8403

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Donaueschingen

Telegramm. Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten von Kiderlen

Nr. 123 Berlin, den 10. November 1908

Zu Telegramm Nr. 16.

Der Weisung Seiner Majestät entsprechend, habe ich sofort Stellvertretenden Staatssekretär zu Herrn Cambon geschickt, um die von Seiner Majestät gewünschte Formel zu finden und zu vereinbaren. Die Einigung erfolgte auf folgende beiderseitige Erklärung, der französische Regierung nach einigem Zögern zugestimmt hat: „Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Vorkommnisse, die sich am 25. September d. J. in Casablanca ereignet und untergeordnete Beamte zu Gewaltanwendung und beklagenswerten Gewalttätigkeiten veranlaßt haben, und beschließen, die in dieser Sache aufgeworfenen Fragen insgesamt einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Jede der beiden Regierungen verpflichtet sich zufolge gegenseitiger Übereinstimmung, ihr Bedauern über das Vorgehen ihrer Beamten nach Maßgabe des von den Schiedsrichtern über den Tatbestand und die Rechtsfrage gefällten Urteils auszusprechen!"

. . . . . . Bülow

Zu Band XXIV, S. 400/401

Nr. 8426

Anlage

Denkschrift

Ausfertigung. Vom französischen Geschäftsträger in Berlin Baron de Berckheim am 3. September übergeben

Der französische Geschäftsträger in San Sebastian hat der spanischen Regierung die französischen Vorschläge betreffs der Sicherheiten, von denen die amtliche Anerkennung Mulay Hafids begleitet sein sollte, überreicht.

Die Thronbesteigung Mulay Hafids scheint bald eine vollendete Tatsache sein zu sollen. Frankreich ist durchaus geneigt, sie zuzulassen. Alle Mächte jedoch werden seine Ansicht teilen, daß der neue Sultan erst anerkannt werden kann, wenn er die für den Schutz der fremden Interessen erforderlichen Sicherheiten gegeben hat. Unseres Erachtens verlangt die Prüfung dieser Sicherheiten eine gegenseitige Befragung der Kabinette, da in unseren Augen ein vollkommenes Einvernehmen in dieser Sache von keiner geringeren Wichtigkeit ist als die Bedingungen der Anerkennung selbst. Wir haben gleichfalls geglaubt, daß es Sache Frankreichs und Spaniens sei, gleich von vornherein die Vorschläge auszuarbeiten, zu denen sich dann die anderen Staaten zu äußern haben würden. Unser gemeinsames Beginnen bezweckt also nichts anderes, als den Mächten den Stoff zu einer Vereinbarung zu liefern: Wir bewerben uns um kein internationales Mandat — wir verlangen keineswegs, mit Mulay Hafid im Namen Europas zu verhandeln.

Ist die Vereinbarung unter diesen Bedingungen erst getroffen, dann brauchen die Mächte nur die Schritte Mulay Hafids zu erwarten.

Zu Band XXIV, S. 409/411

Nr. 8433

Note

Unsignierte und undatierte Ausfertigung am 14. September vom französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon überreicht

Die vom Sultan Abdul Asis soeben durch seinen Verzicht auf den Kampf gegen Mulay Hafid gefaßte Entschließung stellt die Mächte vor eine Lage, die es ihnen zur Pflicht macht, sie zu prüfen. Durch die Haltung, die sie im Verlaufe dieses Streites angenommen haben, ihr Einvernehmen hinsichtlich ihrer gemeinsamen Interessen in Marokko und die Grundsätze, über die sie sich bereits bei der Prüfung der marokkanischen Frage in Algeciras geeinigt hatten, wird übrigens eine gleichförmige Gestaltung der Ansichten über diese Lage sehr leicht gemacht.

Frankreich und Spanien, beauftragt, für die Durchführung der wichtigsten der von der Algeciraskonferenz getroffenen Maßregeln zum Schutze der ausländischen Kolonien im Scherifischen Reiche Sorge zu tragen, und in ihrer Eigenschaft als Grenzmächte an den marokkanischen Angelegenheiten in besonderem Maße interessiert, glauben den Mächten die Betrachtungen unterbreiten zu sollen, zu denen sie durch die Ersetzung des Makhzen Abdul Asis' durch eine neue der Tatsache nach bestehende Regierung veranlaßt worden sind.

Es erscheint von vornherein wünschenswert — und das ist zweifellos die übereinstimmende Ansicht der Mächte —, bei dieser Gelegenheit ihre Zusammengehörigkeit und vollkommene Einhelligkeit in den Augen Marokkos zu bekräftigen, und das beste Mittel zur Erzielung des erforderlichen Einvernehmens wäre wohl, als Regel anzunehmen, daß die verschiedenen Regierungen die amtliche Anerkennung des neuen Makhzen nur der Erlangung von Sicherheiten und Genugtuungen unterordnen werden, die allen fremden Interessen gemeinsam sind.

Nach Ansicht der französischen und der spanischen Regierung müßten die vom neuen Makhzen zu erlangenden Sicherheiten sich auf folgende Punkte erstrecken:

Der neue Sultan würde in allgemeiner Form sein Einverständnis erklären mit allen Vorschriften der Algecirasakte sowie allen in diesen Akten vorgesehenen Ausführungsbestimmungen, die bereits vom diplomatischen Korps in Tanger eingeführt und gebilligt wurden; ferner mit den laut diesen Bestimmungen eingesetzten Ausschüssen, den scherifischen Entscheidungen und jedweder diesbezüglich ergriffenen Maßregel.

Denn in der Tat darf nicht vergessen werden, daß, wenn diese Akte die internationale Bestätigung der Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches bildet, sie zugleich auch den Schutz der fremden Interessen in Marokko sicherstellt.

Zu bestätigen wären gleichfalls die mit Einwilligung der Mächte Frankreich und Spanien übertragenen Rechte zur Überwachung des Waffenschmuggels zur See.

Die neue Regierung müßte die Gesamtheit der übrigen von den vorhergehenden marokkanischen Herrschern mit den Mächten eingegangenen Verträge und Verpflichtungen, die mit dem diplomatischen Korps getroffenen Abmachungen sowie die Kontrakte mit Privaten anerkennen. Auch hätte sie die Haftung für die von Abdul Asis gemachten Schulden zu übernehmen. Die zugunsten von Privaten gezeichneten Schulden wären einer Nachprüfung zu unterziehen, deren Bedingungen nachträglich festgesetzt werden sollen.

Das Verfahren zur Begleichung der durch die Unruhen in Casablanca verursachten Schäden wird vor dem gegenwärtig ausübenden internationalen Ausschuß weitergeführt. Der Sultan übernimmt die tatsächliche und pekuniäre

Haftung für die Entscheidungen dieses Ausschusses, dessen Befugnisse er bestätigt.

Die Ereignisse haben die unabweisbare Notwendigkeit dargetan, daß der neue Sultan öffentlich und amtlich angesichts seines Volkes seine feste Absicht kundgibt, mit den fremden Regierungen und ihren Staatsangehörigen völkerrechtlich einwandfreie Beziehungen zu unterhalten.

Er würde also die Aufrufe zum heiligen Kriege zu verleugnen und abzustellen haben; zu diesem Zwecke würde er an die Gouverneure der Stämme und der Städte scherifische Schreiben richten mit der Bestimmung, jede Erregung und jede feindselige Handlung sowohl im Innern wie an der marokkanischen Grenze zu verhindern oder zu beschwichtigen. Der Sultan verpflichtet sich, sofort alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um die Sicherheit und Freiheit der Verbindungen in den Hafengegenden und über die Hauptverkehrsstraßen im Innern zu gewährleisten.

Nach Erlangung dieser Sicherheiten würde der Annahme eines von Mulay Hafid eingebrachten amtlichen Anerkennungsgesuches durch die Mächte nichts mehr im Wege stehen. Der Sultan wird hierbei erklären, daß dieser Vorgang für die Mächte durchaus keinen Verzicht auf die Durchführung einer Regelung der ausschließlich ihre gegenseitigen Interessen berührenden Fragen bedeutet, noch eine Schmälerung ihres Rechtes auf die Durchführung dieser Regelung. So zum Beispiel behalten sich Frankreich und Spanien die Erstattung der Kosten ihrer militärischen Unternehmungen vor sowie die sofortige Forderung der Schadenersatzzahlung für die Ermordung ihrer Staatsangehörigen.

Andererseits wäre es ratsam, daß der neue Sultan sich zu einer ehrenvollen Regelung der persönlichen Lage Abdul Asis' bereit finden ließe; auch werden ihm die Mächte die Beamten seines Vorgängers zu gerechter Behandlung empfehlen.

Zu Band XXIV, S. 426/428

Nr. 8446

Note

Unsigniertes und undatiertes Reinkonzept, am 22. September von dem Staatssekretär von Schoen dem französischen und dem spanischen Botschafter übergeben

Die Kaiserliche Regierung hatte die Ehre, die Note zu empfangen, durch die ihr die spanische und die französische Regierung, wie das Berliner Kabinett von dem Wunsche beseelt, ohne Verzug zu einer Lösung der Fragen zu schreiten, die von der in Marokko durch den Ausgang des Kampfes der beiden Sultane geschaffenen neuen Lage aufgeworfen werden, ihre Ansichten hierüber zur Kenntnis zu bringen die Güte hatten.

Die Kaiserliche Reichskanzlei ist erfreut, mit dem Pariser und dem Madrider Kabinett in dem Gedanken übereinzustimmen, daß es im Interesse aller Unterschriftsmächte der Generalakte von Algeciras liegt, sich über die angesichts dieser neuen Lage anzunehmende Haltung ins Einvernehmen zu setzen. Wie sie von der Ansicht ausgehend, daß es wünschenswert sei, die Zusammengehörigkeit und Einhelligkeit der Mächte in den Augen Marokkos zu bekräftigen, beeilt sich die Kaiserliche Regierung, für ihren Teil schon jetzt zu dem Zustandekommen einer grundsätzlichen Verständigung beizutragen, indem sie sich als Anhänger des Gedankens erklärt, daß der amtlichen Anerkennung des neuen Makhzen, so wünschenswert auch eine Beschleunigung im Interesse der Befriedung Marokkos und der regelrechten Wiederaufnahme der Geschäfte sein möge, die Erlangung von Sicherheiten und Genugtuungen voraufgehen muß, die allen fremden Interessen gemeinsam sind.

Ohne besondere Interessen in Marokko, weder Sondervorteile daselbst anstrebend noch eine bevorzugte Stellung, nur von den durch das Werk von Algeciras geweihten Grundsätzen geleitet, wird Deutschland es als eine wahre Genugtuung empfinden, zu sehen, wie im Scherifischen Reiche Ruhe, Frieden und Sicherheit wiederkehren und Zustände dort Platz greifen, die eine vollständige und endgültige Verwirklichung der allgemeinen und besonderen Bestimmungen der Generalakte von Algeciras bedeuten würden.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend, glaubt die deutsche Regierung nach einer aufmerksamen und eingehenden Prüfung der ihr von der spanischen und französischen Regierung gütigst überreichten Vorschläge ihre Auffassung folgendermaßen darlegen zu können:

Die Kaiserliche Regierung ist durchaus bereit, sich einem Schritte anzuschließen, der dazu dienen würde, Mulay Hafid zur Gewährung von Sicherheiten, wie sie die Lage verlangt, zu veranlassen.

Da diese Sicherheiten durch die allen Fremden gemeinsamen Interessen bestimmt werden müssen, ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der in Rede stehende Schritt zum Zwecke einer stärkeren Betonung der Zusammengehörigkeit und des Einverständnisses der Mächte vom diplomatischen Korps in Tanger durch Vermittelung seines Doyens getan werden müßte, ein Verfahren, das eingeschlagen wurde, als es sich darum handelte, die Zustimmung des Sultans Abdul Asis zur Generalakte von Algeciras zu erhalten.

In dieser Beziehung erscheint es als ein gutes Zeichen, daß das diplomatische Korps in Tanger kürzlich mit einem Schreiben Mulay Hafids befaßt wurde, das die förmliche Mitteilung seiner Thronbesteigung und ein Gesuch um Anerkennung enthielt. In diesem Schreiben gibt der Sultan förmliche und bestimmte Versicherungen über die Art, wie er zu regieren gedenkt, namentlich aber über seine feste Absicht, sich in allen Punkten der Algecirasakte und den übrigen mit dieser Akte zusammenhängenden Verpflichtungen gemäß verhalten zu wollen.

Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß dieses Schreiben eine neue Tatsache bildet, deren Tragweite der Aufmerksamkeit der Mächte nicht entgehen kann, und sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die spanische und die französische Regierung im Geiste der Gerechtigkeit und hoher Weisheit bereit sein werden, die Frage zu prüfen, ob die in ihrer Note aufgestellten Bedingungen nicht zu einem gewissen Teile als durch das Schreiben Mulay Hafids erfüllt angesehen werden könnten.

Was die im einzelnen vorzuschlagenden Sicherheiten betrifft, so bieten sich die folgenden Betrachtungen dar, immer unter Berücksichtigung der Vorbehalte, die aus den vorstehend zu dem Schreiben Mulay Hafids gemachten Bemerkungen hervorgehen.

Es wäre angemessen, daß der Sultan in allgemeiner Form sein Einverständnis erklärte mit allen Vorschriften der Algecirasakte sowie allen in dieser Akte vorgesehenen Ausführungsbestimmungen, die vom diplomatischen Korps in Tanger eingeführt und gebilligt wurden; ferner mit den laut diesen Bestimmungen eingesetzten Ausschüssen, den scherifischen Entscheidungen und jeglichen dieserhalb in der Ausübung des öffentlichen marokkanischen Rechtes getroffenen Maßregeln.

Gleichfalls hat die Kaiserliche Regierung keine Einwendung zu erheben gegen die Bestätigung der im Einvernehmen der Mächte Spanien und Frankreich mit vorübergehender Geltung übertragenen Rechte zur Überwachung des Waffenschmuggels zur See. Übrigens darf darauf hingewiesen werden, daß diese Rechte mit Ende des laufenden Jahres erlöschen.

Andererseits ist die Kaiserliche Regierung durchaus geneigt, grundsätzlich anzuerkennen, daß die neue marokkanische Regierung die Gesamtheit der übrigen von den vorhergehenden marokkanischen Herrschern mit den

Mächten eingegangenen Verträge und Verpflichtungen, die mit dem diplomatischen Korps getroffenen Abmachungen und selbst die Kontrakte mit Privaten anerkennen und überdies die Haftung für die von Abdul Asis während seiner Herrscherzeit gemachten Schulden übernehmen muß. Hierbei ist wohl zu verstehen, daß die mit Privaten abgeschlossenen Kontrakte und die zu einer nach dem Inkrafttreten der Algecirasakte gelegenen Zeit entstandenen Schulden nur insoweit anerkannt werden können, als sie den Vorschriften dieser Akte gemäß befunden werden. Die diesen Bestimmungen nicht entsprechenden Kontrakte und Verpflichtungen können nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung nicht in die dem Sultan im Namen der Gesamtheit der Mächte vorzulegenden Forderungen mit aufgenommen werden.

Das Verfahren zur Begleichung der durch die Unruhen in Casablanca verursachten Schäden wird am besten vor dem gegenwärtig ausübenden internationalen Ausschuß weitergeführt, dessen Befugnisse der Sultan zu bestätigen hätte.

Die Kaiserliche Regierung ist bereit, dem Sultan im Verein mit den übrigen Mächten vorzuschlagen, er möge öffentlich und amtlich angesichts seines Volkes seine feste Absicht kundgeben, mit den fremden Regierungen und ihren Staatsangehörigen völkerrechtlich einwandfreie Beziehungen zu unterhalten, und sich verpflichten, unverzüglich die zur Herstellung der Sicherheit und Freiheit des Verkehrs im Scherifischen Reiche erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Da jedoch die Kaiserliche Regierung die friedlichen Absichten Mulay Hafids nicht bezweifelt, ist sie der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, ihm eine gewisse Handlungsfreiheit zu gewähren, um eine neue Erregung unter der muselmanischen Bevölkerung und die Wiederkehr von Ereignissen zu vermeiden, die das Zustandekommen einer dauerhaften Regierung, dieses einzigen Unterpfandes für eine den gemeinsamen Interessen der Mächte entsprechende Entwicklung, ernstlich gefährden würden.

Die deutsche Regierung erkennt an, daß es Sache der spanischen und der französischen Regierung ist, mit Marokko die Frage der Kosten ihrer militärischen Unternehmungen und ihrer durch die Ermordung ihrer Staatsangehörigen veranlaßten Forderungen zu regeln. Sie vertraut darauf, daß die spanische und die französische Regierung dem Umstande Rechnung tragen werden, daß die finanzielle Lage Marokkos ein allgemeines Interesse darbietet.

Schließlich findet die Kaiserliche Regierung nichts dagegen einzuwenden, daß der neue Sultan aufgefordert werde, in einer ehrenvollen und gerechten Weise die persönliche Lage Abdul Asis' und seiner Beamten zu regeln.

Zu Band XXIV, S. 451/452

Nr. 8461

Anlage

Entwurf einer durch Vermittelung des Doyens des diplomatischen Korps in Tanger Mulay Hafid zuzustellenden Note

Oktober 1908

Die Unterschriftsmächte der Algecirasakte haben das Schreiben vom 6. September d. J. erhalten, das Mulay Hafid ihnen durch Vermittelung des Doyens des diplomatischen Korps in Tanger hat zustellen lassen, und worin er anzeigt, daß er nach seiner Ausrufung zum Herrscher durch alle Bewohner des Reiches des Mogreb von den Mächten als Sultan von Marokko anerkannt zu werden bittet. Er erbietet sich gleichzeitig zur Anerkennung aller von seinen Vor-

gängern mit den Mächten getroffenen öffentlichen Abkommen, und insbesondere des Algecirasabkommens, sowie aller Regelungen und Entscheidungen, bei denen eine Mitwirkung des diplomatischen Korps in Tanger zur Sicherung der Ausführung dieses Vertrages stattgefunden hat.

Die Regierungen der in Marokko vertretenen Länder haben die freiwillige Erklärung Mulay Hafids, die ihre Zustimmung verdient, mit Genugtuung aufgenommen.

Um jedoch in Zukunft jede irrtümliche Auffassung über die Tragweite seiner Worte zu vermeiden, glauben sie gerade im Interesse der freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen, die sie mit der herrschenden Macht im Scherifischen Reiche zu unterhalten gedenken, den Sinn dieser Worte genau bestimmen und ausdrücklich die Folgerungen daraus ziehen zu sollen.

Nach ihrem Dafürhalten gibt Mulay Hafid mit der Annahme der von seinen Vorgängern mit den verschiedenen Mächten eingegangenen Verträgen zugleich auch sein Einverständnis mit allen Vorschriften der Algecirasakte sowie allen in dieser Akte vorgesehenen und vom diplomatischen Korps in Tanger eingeführten oder gebilligten Ausführungsbestimmungen, mit den laut diesen Bestimmungen eingesetzten Ausschüssen, den scherifischen Entscheidungen und jedweder diesbezüglich ergriffenen Maßregel, sowie mit den Verpflichtungen und Verbindlichkeiten jeder Art, die sich aus Abmachungen mit dem diplomatischen Korps in Tanger oder aus regelrechten Kontrakten mit Privaten ergeben.

Mulay Hafid übernimmt auf dem Folgewege die Haftung für die von Abdul Asis gemachten Schulden bis zu dem Tage, wo letzterer durch Vermittelung Menebbis wegen seines Thronverzichtes in Verhandlungen eingetreten ist. Jedoch sollen etwaige zugunsten von Privaten gezeichnete Schulden einer Nachprüfung unterzogen werden, deren Bedingungen nachträglich auf Grund der Algecirasakte festzusetzen sind.

Eine der wesentlichsten Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist das auf die scherifische Polizei in den Häfen bezügliche Übereinkommen und der Spanien und Frankreich mit Zustimmung der Mächte zeitweilig gegebene Auftrag zur Überwachung des Waffenschmuggels zur See. Es versteht sich, daß diesen Schutzmaßregeln von seiten der scherifischen Staatsgewalt keinerlei Beeinträchtigung widerfahren wird.

Da andererseits Abdul Asis den Zusammentritt eines internationalen Ausschusses in Casablanca veranlaßt hat, zur Regelung der Ersatzleistungen, die von der marokkanischen Regierung nach Maßgabe der in dieser Gegend entstandenen Aufruhrschäden geschuldet werden, und da diese Maßregel von den Mächten, die ihre Abgeordneten geschickt haben, gutgeheißen wurde, ist es dringend geboten, daß der Ausschuß in der kürzesten Frist seine vorübergehend unterbrochenen Arbeiten mit denselben Befugnissen wie zuvor wieder aufnehme.

Eine andere Folge der Annahme der Verträge ist die dem Sultan obliegende Verpflichtung, das Erforderliche zu tun, um seinen Untertanen und den Fremdenkolonien in allen Gegenden des Reiches Sicherheit zu verschaffen. Es empfiehlt sich daher, in einer mit der Algecirasakte in Übereinstimmung befindlichen Form zur Ergreifung aller für die Gewährleistung der Sicherheit und Freiheit des Verkehrs unumgänglich notwendigen Maßregeln zu schreiten, um so die im Interesse aller gelegene Errichtung einer dauerhaften Regierung zu ermöglichen. Es empfiehlt sich ferner, daß Mulay Hafid dies dem marokkanischen Volke in amtlicher Form kundtue, wobei er ihm zugleich erklären würde, es sei sein Wille, mit allen Ländern und ihren Staatsangehörigen völkerrechtlich einwandfreie Beziehungen zu unterhalten, wie es zwischen befreundeten und sich gegenseitig achtenden Ländern sein soll.

Dies sind die Fragen, die alle Mächte angehen. Es gibt noch andere, die nur einige von ihnen betreffen. Mit der Anerkennung eines neuen Sultans

verzichtet keine der Mächte auf ihr Recht, bei ihm die Regelung derjenigen Fragen zu betreiben, die ausschließlich nur jede einzelne im besonderen berühren.

In diesem Sinne haben Frankreich und Spanien erklärt, sie behielten sich vor, in unmittelbarer Verhandlung mit dem Makhzen die Erstattung der Kosten zu betreiben, die sie gehabt haben, um in gewissen Gegenden Marokkos die Ruhe vermittels unvermeidlicher militärischer Unternehmungen sicherzustellen. Mit dem Makhzen werden auch Frankreich und Spanien, ebenso wie die übrigen Mächte, die sich zurzeit in demselben Falle befinden, die Frage der für die Ermordung ihrer Staatsangehörigen geschuldeten Entschädigungen verhandeln.

Wenn, wie die Mächte insgesamt beim Lesen von Mulay Hafids Schreiben angenommen haben, diese Ausführungen seiner Meinung durchaus entsprechen, ersuchen sie ihn, sie hiervon in ausdrücklicher Form in Kenntnis setzen zu wollen, damit sie ihn als rechtmäßigen Sultan von Marokko anerkennen können. Sie bitten darum, ihnen diese Antwort durch Vermittelung des Doyens des diplomatischen Korps in Tanger zugehen zu lassen.

Sie zweifeln nicht an seinem Verständnis dafür, daß er seinem Bruder Abdul Asis die Mittel schuldig ist, ein Leben zu führen, wie es eines ihm so nahestehenden Fürsten, der den kaiserlichen Thron seiner Väter innegehabt hat, würdig ist. Sie hoffen zugleich, daß er die Beamten, die zum Makhzen Abdul Asis' gehört haben, gerecht behandeln werde.

Zu Band XXIV, S. 458

Anlage

Nr. 8470

Entwurf einer Mitteilung, die der Doyen des diplomatisschen Korps in Tanger dem Vertreter Mulay Hafids machen soll

Die Signatarmächte der Algeciras-Akte haben den Brief vom 4. Kaaba 1326 erhalten, den Mulay Hafid durch die Vermittlung des Doyens des Diplomatischen Korps in Tanger ihnen auf ihre Mitteilung vom 18. November hat zugehen lassen.

Die Regierungen der in Marokko vertretenen Länder haben diese Antwort mit Genugtuung entgegengenommen. Sie haben darin den Beweis dafür gesehen, daß die von ihnen in ihrer Note vom 18. November formulierten Auseinandersetzungen, die gerade im Interesse der freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen geschehen waren, die sie mit der souveränen Regierungsgewalt des scherifischen Reiches zu unterhalten wünschten, genau den Gedankengängen Mulay Hafids entsprachen.

Infolgedessen haben die Signatarmächte der Algecirasakte sich entschlossen, Mulay Hafid als legitimen Sultan von Marokko anzuerkennen, und den Doyen des Diplomatischen Korps in Tanger beauftragt, diese Anerkennung dem Vertreter Seiner Majestät des Sultans in dieser Stadt bekanntzugeben.

Zu Band XXIV, S. 489/490

Nr. 8490

Text des deutsch-französischen Marokkoabkommens

Ausfertigung

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung der Französischen Republik, von dem gleichen Wunsche beseelt, die Ausführung der Algecirasakte zu erleichtern, sind übereingekommen, die Bedeutung, die sie den Bedingungen

derselben beimessen, näher zu bestimmen, um künftighin jedwede Ursache zu Mißverständnissen zwischen ihnen zu vermeiden.

Infolgedessen geben

die Regierung der Französischen Republik, völlig ergeben der Aufrechterhaltung der Unversehrtheit und der Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches, entschlossen, daselbst die wirtschaftliche Gleichheit zu schützen und daher die dortigen kaufmännischen und industriellen Interessen Deutschlands nicht zu behindern,

und die Kaiserlich Deutsche Regierung, in der Verfolgung lediglich wirtschaftlicher Interessen in Marokko, in Anerkenntnis andererseits, daß die politischen Sonderinteressen Frankreichs daselbst eng an die Befestigung der Ordnung und des inneren Friedens gebunden sind, und entschlossen, diese Interessen nicht zu behindern,

die Erklärung ab, daß sie keinerlei Maßregel verfolgen oder ermutigen werden, die geeignet wäre, zu ihren Gunsten oder zugunsten irgendeiner Macht ein wirtschaftliches Vorrecht zu schaffen, und daß sie suchen werden, ihre Staatsangehörigen an Geschäften, deren Unternehmung diese zu erlangen vermögen, gemeinschaftlich zu beteiligen.

So geschehen zu Berlin, den 9. Februar 1909

v. Schoen Jules Cambon

Zu Band XXIV, S. 490

Nr. 8491

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Vertraulich Berlin, den 9. Februar 1909

Zur Vermeidung jeden Mißverständnisses über die Bedeutung unserer heutigen Abmachung betreffs der marokkanischen Angelegenheiten wollen Euer Exzellenz mir erlauben, des näheren auszuführen, daß die politische Enthaltung Deutschlands den bereits von seinen Staatsangehörigen erworbenen Stellungen keinen Abbruch tut, wohl aber die Nichtbewerbung seiner Schutzbefohlenen um die Ämter als Leiter oder technische Berater derjenigen marokkanischen öffentlichen Dienste einschließt, die einen politischen Charakter haben oder haben können; oder auch als Ausbildner in diesen Diensten.

Andererseits ist als abgemacht zu betrachten, daß bei geschäftlichen Unternehmungen, die eine Gemeinschaftlichkeit von deutschen und französischen Interessen zulassen, nach Möglichkeit der Tatsache Rechnung getragen werden soll, daß die französischen Interessen in Marokko bedeutender sind als die deutschen Interessen.

Jules Cambon

Zu Band XXIV, S. 490/491

Nr. 8492

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Konzept

Berlin, den 9. Februar 1909

Ich beeile mich, Ihnen den Empfang des Briefes zu bestätigen, den Sie heute an mich gerichtet haben, und worin Sie zur Vermeidung jeden Mißver-

ständnisses die Bedeutung unserer heutigen Abmachung über die marokkanischen Angelegenheiten näher bestimmen.

Ich habe die Genugtuung, Ihnen mitzuteilen, daß ich vollkommen mit Ihnen übereinstimme.

v. Schoen

Zu Band XXV, 1. Hälfte, S. 72/74

Nr. 8550

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg, z. Z. in Dublin (New Hampshire), an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. A 77 Dublin N. H., den 9. September 1907
Geheim

. . . . . .

Hierauf besprach der Präsident die Möglichkeit eines kriegerischen Einfalls Japans in die Vereinigten Staaten im Falle des vorerwähnten Krieges. Nach längerem Schweigen äußerte der Präsident am Schlusse unseres Gespräches hierüber:

„Nach meiner Rückkehr von Kuba mit der Kavalleriebrigade nahm ich Sie geradeswegs mit nach dem Montauk-Lager zu einer eingehenden Besichtigung aller Streitkräfte. Ich erinnere mich Ihrer Worte: ‚In einem furchtbar scharfen Rennen wird auch das beste Pferd versagen, wenn es an der gründlichen Ausbildung fehlt.' Seit jenen Tagen ist es, wie Sie wissen, mein Hauptbestreben gewesen, den besten Ausbildungsplan im Heere einzuführen. Es ist mir mißlungen. Ich habe versucht, den Plan mit Gewalt durchzusetzen, und was war die Folge? Der Soldat desertierte, weil er sich nicht fügen wollte. Wenn Japan mit starken Kräften in Amerika einfällt, wird unsere Armee zunächst einen vernichtenden Schlag erleiden. Diese Lehre wird zu einer durchgreifenden militärischen Neubildung führen. Nach ihrer Vollendung wird Japans Armee, wenn es sie in Amerika gelassen hätte, aufgerieben werden, und Amerika wird seine Vergeltung nehmen. Ich habe noch aufrichtiges Vertrauen zu unserem Volke. — Ich habe mit Ihnen die tiefvertraulichen Seiten dieser großen, bedeutungsvollen Fragen besprochen, weil in der Geschichte Amerikas kein auswärtiger Vertreter jemals das Vertrauen seiner Bevölkerung in solchem Maße besessen hat wie Sie, und weil in Zukunft kein auswärtiger Vertreter jemals dieses Vertrauen wird besitzen können. Das rührt von besonderen Umständen her. Der Rat, den Sie uns in und nach dem Kriege zwischen China und Japan gegeben haben, hat sich in allen Fällen als der beste Rat erwiesen, den das Land erhielt. Ich denke an Ihren Brief an mich aus der Mandschurei, mit der klaren Darstellung der Eigenschaften der japanischen Armee, und an Ihren Brief aus Talienwan, wo Sie höchst wichtige Vorhaben der japanischen Flotte daselbst eingehend erforscht hatten. Sie sind nicht in Vergessenheit geraten."

Am folgenden Tage berief der Präsident den Staatssekretär Root und Kriegssekretär Taft zu sich, um die auf seinen Besprechungen mit mir beruhenden Entscheidungen festzulegen.

Sternburg

Zu Band XXV, 1. Hälfte, S. 123/124

Nr. 8580

Anlage

Die im Mai vorigen Jahres zwischen dem deutschen Botschafter in St. Petersburg und dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ausgetauschten Zusicherungen und der nachmals in Berlin zwischen dem Fürsten Bülow und Herrn Iswolski stattgehabte Meinungsaustausch haben zur Aufhellung gewisser Punkte der deutschen und der russischen Politik in Kleinasien und Persien geführt.

Es ist in gemeinsamer Übereinstimmung vereinbart worden, daß Rußland, eingedenk der deutschen Interessen in der Frage der Bagdadbahn, keinerlei Entscheidung, die diese Frage berühren könnte, treffen wird, ohne sich zuvor mit dem Berliner Kabinett freundschaftlich auseinandergesetzt zu haben, sowie daß letzteres bereit ist, die russischen Interessen zu berücksichtigen und jede Abmachung zwischen dem St. Petersburger und dem Londoner Kabinett zu begrüßen, die dem allgemeinen Frieden zu dienen und die Anlässe zu Streitigkeiten zwischen den beiden Teilen fernzuhalten vermag.

Zum Zwecke einer bestimmteren Fassung besagter Vereinbarung sind der deutsche Botschafter in St. Petersburg und der russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, hierzu gehörig ermächtigt, in folgenden Punkten übereingekommen:

1. Die Kaiserlich Russische Regierung ist bereit, der Ausführung der Bagdadbahn keinen Widerstand entgegenzusetzen und die Beteiligung fremden Kapitals an diesem Werke nach Möglichkeit zu erleichtern. Die für das Zustandekommen dieser Beteiligung anzunehmenden Formen und Bedingungen werden den Gegenstand eines späteren Meinungsaustausches zwischen dem Berliner und dem St. Petersburger Kabinett bilden.

2. Für den Fall, daß der Bau von Zweigstrecken zur Verbindung der Bagdadbahn mit den möglicherweise in Persien entstehenden Bahnen oder aber eine Verlängerung dieser Linie auf persischem Gebiete in Frage käme, wird hierüber auf der einen wie auf der anderen Seite keine Entscheidung ohne eine vorherige Übereinkunft zwischen den beiden Regierungen getroffen werden.

3. Die deutsche Regierung erkennt an, in Persien kein Interesse politischer Natur zu haben und daselbst nur Handelszwecke zu verfolgen. In Anerkennung andererseits des Vorhandenseins russischer Sonderinteressen politischer, strategischer und wirtschaftlicher Art in dem seiner Grenze benachbarten Teile Persiens erklärt die deutsche Regierung, daß sie nicht die Absicht hat, Einräumungen politischer oder wirtschaftlicher Natur, wie Bewilligungen für Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen usw. nördlich einer nachträglich in gemeinsamer Übereinstimmung festzuhaltenden Linie weder für sich selbst anzustreben, noch zugunsten deutscher oder fremder Staatsangehöriger zu unterstützen.

Zu Band XXV, 1. Hälfte, S. 132/133

Nr. 8585

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Gesandten in Teheran Stemrich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. A 40 — Berlin, den 22. Mai 1907
Geheim — [abgegangen am 23. Mai]

Herr Iswolski hat uns den nachstehenden Entwurf zu einer Verständigung über die Bagdadbahnfrage und Persien mitgeteilt:

1. Die Kaiserlich Russische Regierung ist bereit, der Ausführung der Bagdadbahn keinen Widerstand entgegenzusetzen und die Beteiligung fremden Kapitals an diesem Werke nach Möglichkeit zu erleichtern. Die für das Zustandekommen dieser Beteiligung anzunehmenden Formen und Bedingungen werden den Gegenstand eines späteren Meinungsaustausches zwischen dem Berliner und dem St. Petersburger Kabinett bilden.

2. Für den Fall, daß der Bau von Zweigstrecken zur Verbindung der Bagdadbahn mit den möglicherweise in Persien entstehenden Bahnen oder aber eine Verlängerung dieser Linie auf persischem Gebiete in Frage käme, wird hierüber auf der einen wie auf der anderen Seite keine Entscheidung ohne eine vorherige Übereinkunft zwischen den beiden Regierungen getroffen werden.

3. Die deutsche Regierung erkennt an, in Persien kein Interesse politischer Natur zu haben und daselbst nur Handelszwecke zu verfolgen. In Anerkennung andererseits des Vorhandenseins russischer Sonderinteressen politischer, strategischer und wirtschaftlicher Art in dem seiner Grenze benachbarten Teile Persiens erklärt die deutsche Regierung, daß sie nicht die Absicht hat, Einräumungen politischer oder wirtschaftlicher Natur, wie Bewilligungen für Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen usw. nördlich einer nachträglich in gemeinsamer Übereinstimmung festzusetzenden Linie weder für sich selbst anzustreben, noch zugunsten deutscher oder fremder Staatsangehöriger zu unterstützen.

Es ist hier darauf folgender Gegenentwurf aufgestellt worden:

1. Die Kaiserlich Russische Regierung ist bereit, der Ausführung der Bagdadbahn keinen Widerstand entgegenzusetzen und, insoweit als die Kaiserlich Deutsche Regierung den Wunsch danach zu erkennen geben sollte, die Beteiligung fremden Kapitals an diesem Werke nach Möglichkeit zu erleichtern. Gegebenenfalls werden die für das Zustandekommen dieser Beteiligung anzunehmenden Formen . . . usw., wie im russischen Entwurf.

2. Die Kaiserlich Russische Regierung gibt ihre Einwilligung, daß die Eisenbahnlinien, die sie auf persischem Gebiet zu bauen gedenkt, an der türkisch-persischen Grenze mit der Anschlußstrecke Sadijé—Hanikin der Bagdadbahn verbunden werden. Die beiden Regierungen sind sich darüber einig, daß der Durchgangshandel auf besagten Strecken in keiner Weise behindert werden darf.

3. Die Kaiserlich Deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, in Persien Bewilligungen für Eisenbahnen, Straßen und Telegraphen nördlich einer nachträglich in gemeinsamer Übereinstimmung festzusetzenden Linie weder für sich selbst anzustreben, noch zugunsten deutscher oder fremder Staatsangehöriger zu unterstützen. Andererseits verpflichtet sich die Kaiserlich Russische Regierung, in betreff des deutschen Handels in Persien den Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit ohne jede Ungleichheit zu achten.

. . . . . . Mühlberg

Zu Band XXV, 1. Hälfte, S. 140

Nr. 8588

Anlage

I.

Die Kaiserlich Russische Regierung ist bereit, der Ausführung der Bagdadbahn keinen Widerstand entgegenzusetzen und, insoweit als die Kaiserlich Deutsche Regierung den Wunsch danach zu erkennen geben sollte, die Beteiligung fremden Kapitals an diesem Unternehmen nach Möglichkeit zu erleichtern. Gegebenenfalls werden die für das Zustandekommen dieser Be-

teiligung anzunehmenden Formen und Bedingungen den Gegenstand eines späteren Meinungsaustausches zwischen dem Berliner und dem St. Petersburger Kabinett bilden.

II.

In Anerkennung der Tatsache, daß es von Interesse sein würde, das Netz der künftigen Eisenbahnen in Persien mit dem der Bagdadbahn zu verbinden, wird die Kaiserlich Russische Regierung zunächst eine Linie bauen lassen, die sich an der türkisch-persischen Grenze an die Linie Sadijé—Hanikin, gleich nach Fertigstellung dieser Zweiglinie der Bagdadbahn, anschließen wird. Was den Bau weiterer Anschlußstrecken betrifft, so wird hierüber auf der einen wie auf der anderen Seite keine Entscheidung ohne eine vorherige Übereinkunft zwischen den beiden Regierungen getroffen werden.

Die beiden Regierungen werden den internationalen Durchgangsverkehr auf den Linien, die gegebenenfalls südlich des Kaukasus die Verbindungswege zwischen der Türkei und Persien bilden würden, erleichtern unter Vermeidung jeglicher Maßregel, die diesen Verkehr behindern könnte, wie der Errichtung von Durchgangszöllen oder der Anwendung einer ungleichen Behandlung.

III.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, in Persien Bewilligungen für Eisenbahnen, Straßen oder Telegraphen nördlich einer Linie

. . . .

weder für sich selbst anzustreben, noch zugunsten deutscher oder fremder Staatsangehöriger zu unterstützen. Andererseits wird die Kaiserlich Russische Regierung nach wie vor in betreff des deutschen Handels in Persien den Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit ohne jede Ungleichheit anerkennen.

Zu Band XXV, 1. Hälfte, S. 263

Nr. 8668

Aufzeichnung über ein Privatgespräch zwischen Sir E. Grey und Herrn Haldane am 14. November 1907

Unsignierte Reinschrift

Wir erkennen das Vorhaben der wirtschaftlichen Entwicklung Mesopotamiens als ein solches an, das keinem Widerstande begegnen sollte.

Was wir wünschen, ist, sicherzustellen, daß der schnellste Verbindungsweg zwischen Westen und Osten sich nicht ausschließlich in der Hand einer ihrem Wesen nach fremden Gesellschaft befinde, die in der Lage sein würde, die Handelsbeziehungen zwischen England und Indien ernstlich zu gefährden, oder auch den Gebrauch desselben strategischen Zwecken dienstbar zu machen, in feindlichem Gegensatz zu englischen Interessen, die mehr als 200 Jahre in Südmesopotamien und am Persischen Golf bestanden haben.

Wir könnten jedoch diese Frage nicht à deux (zu zweien), sondern nur à quatre (zu vieren) erörtern, denn die verschiedenen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen berühren Frankreich und Rußland ebensowohl wie uns. Es scheint nicht unmöglich, sie alle mit dem wirtschaftlichen Vorhaben, das wir als eine deutsche Unternehmung anerkennen, zu versöhnen.

Wenn die deutsche Regierung diesen Standpunkt annehmen kann, so würde es wahrscheinlich keine Schwierigkeiten machen, eine vorläufige Erörterung seitens der interessierten Mächte zustande zu bringen, wenn die deutsche Regierung den ersten Schritt tun wollte. Die Frage, wie diese Interessen

in Übereinstimmung zu bringen wären, ist eine geschäftliche Angelegenheit, die von Sachverständigen in Berlin verhandelt werden könnte.

Es ist jedoch von Wichtigkeit, daß, wenn Verhandlungen auf geschäftlicher Grundlage stattfinden sollen, die Sache geheimgehalten werde.

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 328

Nr. 8720

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Den 20. Februar 1908

Graf von Pourtalès wird zweifellos über die Antwort berichtet haben, die Herr Iswolski auf die Mitteilung, mit der Sie ihn bei unserem Außenminister beauftragt hatten, erteilt hat.

Indem er mir von der fraglichen Unterredung Kenntnis gibt, beauftragt mich Herr Iswolski, Ihnen zu sagen, daß er Sie persönlich bittet, keinen Zweifel in sein aufrichtiges Verlangen zu setzen, mit aller seiner Kraft an der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Deutschland unter den durch die jüngsten Entscheidungen des Wiener Kabinetts für ihn geschaffenen besonders schwierigen Umständen mitzuwirken.

Renvers erlaubt mir noch nicht auszugehen, und so sehe ich mich gezwungen, meine Zuflucht zur Feder zu nehmen, um mich dieses Auftrages, der Herrn Iswolski ganz besonders am Herzen zu liegen scheint, zu entledigen. Da ich heute abend eine Sendung nach Petersburg abfertige, würde ich Ihnen verbunden sein, wenn Sie Zeit fänden, mir als Antwort auf diese Zeilen ein paar Worte zu schreiben, die ich unserem Minister übermitteln könnte.

Osten-Sacken

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 328

Nr. 8721

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 21. Februar 1908

Mit einem lebhaften Gefühl der Dankbarkeit und mit wahrer Genugtuung habe ich den Brief gelesen, in dem Sie mir die Mitteilung, mit der Sie Herr Iswolski beauftragt hat, zukommen lassen. Sie wissen, wie sehr mir sowohl im Interesse der beiden Länder als auch in dem des allgemeinen Friedens und des monarchischen Gedankens gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland am Herzen liegen, und wie stark in dieser Hinsicht meine Hoffnung ist, daß es der aufgeklärten Weisheit der hervorragenden Staatsmänner Rußlands und Österreich-Ungarns gelingen möge, das kürzlich zwischen ihnen eingetretene vorübergehende Mißverständnis zu beseitigen. Es versteht sich von selbst, daß Deutschland, ein treuer Bundesgenosse Österreich-Ungarns und aufrichtiger Freund Rußlands, nur wünschen kann, daß gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen.

Bülow

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 343/345

Nr. 8733

Der russische Minister des Äußern Iswolski an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Abschrift. Vom Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 2. März überreicht

St. Petersburg, den 14./27. Februar 1908

Ich hoffe, daß der Austausch von Erklärungen zwischen mir und dem Fürsten Bülow die Befürchtungen und die Gereiztheit zum Schweigen gebracht hat, die, wie es scheint, in Berlin durch die Erregung in unserer Presse infolge der Erklärungen des Barons von Aehrenthal über die Novi-Bazar-Bahn hervorgerufen worden waren. Sehr überrascht hat mich in der Sprache, die bei diesem Anlasse Graf von Pourtalès mir gegenüber geführt hat, daß man glaubt oder zu glauben vorgibt, diese Erregung sei von mir ermutigt worden, und daß man mich geradezu als verantwortlich ansieht für die Haltung von Blättern, die mich alle Tage angreifen, und über die ich nicht die geringste Macht habe. Herr von Schoen kennt zu gut die Atmosphäre, in der wir hier jetzt leben, um sich über die Möglichkeiten zu täuschen, die mir zur Ergreifung wirksamer Maßregeln auf diesem Gebiete offenstehen. Sobald als ich es mit einiger Aussicht auf Erfolg tun konnte, habe ich versucht, die wichtigsten Zeitungen zu beruhigen, und ich glaube, daß mir dies bis zu einem gewissen Grade gelungen ist. Ich werde die erste Gelegenheit ergreifen, um noch tatkräftiger in diesem Sinne vorzugehen, aber man muß stets im Auge behalten, daß ein Aufsatz oder eine Mitteilung von halbamtlicher Seite in den allermeisten Fällen eine der geplanten entgegengesetzte Wirkung hervorbringt.

Hat aber einmal der Pressefeldzug auszuscheiden, so sollte man, wie mir scheint, auf deutscher Seite der Mäßigung und dem versöhnlichen Geiste Gerechtigkeit widerfahren lassen, die wir Österreich gegenüber in diesen durch das Vorgehen des Wiener Kabinetts geschaffenen außergewöhnlich schwierigen Umständen an den Tag legen. Auf die Gefahr hin, die gegen unsere Politik gerichteten Angriffe noch zu verschärfen, haben wir ohne Zögern öffentlich das juridische Recht Österreichs anerkannt und zugegeben, daß es unsere Abmachungen mit ihm dem Buchstaben nach nicht verletzt hat. Aber es würde sich schwerlich bestreiten lassen, daß die Erklärungen des Barons von Aehrenthal im ungeeignetesten Augenblick gekommen sind, und daß sie die Lage außerordentlich erschwert haben. Haben wir nicht überdies reichlichen Grund, uns durch die Art seines Vorgehens verletzt zu fühlen? Im Verlaufe meiner Besprechung mit ihm im Oktober hat Baron von Aehrenthal mir gegenüber seinen Plan mit keinem Worte erwähnt. Als uns dann später die ersten Nachrichten zugingen, die darauf hindeuteten, Österreich verfolge in Konstantinopel eine gleichlaufende geheime Tätigkeit mit der Absicht, die Überlassung Novi Bazars zu erlangen, wies ich diese Meldungen als falsch zurück und verbürgte mich hierfür unserem Erhabenen Herrn gegenüber.

Als dann endlich Graf Berchtold kam — zehn Tage vor der Erklärung des Barons von Aehrenthal —, um zum ersten Male mit mir über sein Vorhaben zu sprechen, habe ich mich beeilt, die Aufmerksamkeit des Wiener Kabinetts in der taktvollsten und freundschaftlichsten Weise auf die Gefahren, die daraus entstehen würden, aufmerksam zu machen. Ich kann daher nicht umhin zu sagen und zu denken, daß Baron von Aehrenthal sich erstaunlich wenig aus den Schwierigkeiten, die er uns verursachte, gemacht hat. Es wäre ein leichtes für ihn gewesen, mich bei unserer Begegnung im Oktober von einem Plane in Kenntnis zu setzen, der damals schon auf dem Tapet sein mußte, und bei seiner seit langem bestehenden Kenntnis meiner Anhänglichkeit an die Ententepolitik

mit mir gemeinsam ein Mittel ausfindig zu machen, ihn mit unseren Interessen zu versöhnen. Statt dessen wirft er mir eine Bombe zwischen die Beine und entrüstet sich und ist böse auf mich wegen der Verwirrung, die daraus entsteht. Trotz der Sprache der halbamtlichen deutschen Blätter bezweifle ich, daß man diese Handlungsweise in Berlin, wo man doch gewiß die Fortdauer unserer innigen Beziehungen mit dem Wiener Kabinett wünschen muß, wirklich billigen kann.

Wenn ich zu Deutschland übergehe, so sehe ich nicht, was man uns vorwerfen könnte außer dem Pressefeldzuge, den zu verhindern nicht in meiner Macht stand, und der uns selbst große Verlegenheit bereitet hat. Eine seiner unmittelbaren Folgen ist das Sinken unserer Staatspapiere, die bis dahin eine dauernde Neigung zum Steigen aufwiesen. Wenn man in Berlin gerecht sein will, dann muß man dort anerkennen, daß nach den Rückschlägen und Schwierigkeiten, die wir durchgemacht haben, die öffentliche Meinung bei uns in besonderem Maße zur Nervosität neigt. — Nun sehen aber augenblicklich die Dinge für uns wahrlich nicht verheißungsvoll aus: Die Türkei rüstet in beunruhigender Weise an unseren kaukasischen Grenzen; Österreich-Ungarn erlangt einen unleugbaren wirtschaftlichen und politischen Vorteil auf der Balkanhalbinsel; und unser mazedonischer Reformplan, diese einzige Rechtfertigung der Ententepolitik in den Augen des Landes, ist entscheidend gefährdet. — Was Wunder, wenn das große Publikum an die Einwirkung Deutschlands glaubt, dessen innige Beziehungen zu Österreich und dessen überwiegender Einfluß in Konstantinopel bekannt sind? Aber, wie ich bereits zu Graf von Pourtalès sagte, das Kaiserliche Kabinett hat sich niemals von derartigen Einflüsterungen bestimmen lassen, und wir zweifeln keinen Augenblick an der vollkommenen Redlichkeit der deutschen Politik. Ich meinerseits glaube überzeugende Beweise dafür gegeben zu haben, daß die internationalen Abkommen, die wir einzig und allein in der Absicht unterzeichnet haben, uns vor allen Verwicklungen in Asien zu schützen, keine Spitze gegen Deutschland enthalten, und ich wiederhole, daß wir in keine Deutschland feindliche allgemeine politische Verbindung eintreten oder eintreten werden. Im übrigen glaube ich wohl daran zu tun, wenn auf irgendeinem Punkte des Erdballes die deutsche Politik in einem unseren Interessen zuwiderlaufenden Sinne geführt zu werden scheint, mich hierüber frei und offen mit dem Berliner Kabinett auszusprechen. So z. B. habe ich erst dieser Tage den Grafen von Pourtalès auf zwei Fragen aufmerksam gemacht, wo die deutschen Vertreter uns unnötige Schwierigkeiten zu machen scheinen: die Ausübung unserer Verwaltungsrechte im Gebiete der mandschurischen Eisenbahn und die Treibereien gegen die belgischen Beamten der persischen Zollbehörden. Im zweiten Falle halte ich die Einmischung des deutschen Geschäftsträgers keineswegs für erwiesen, die an Ort und Stelle umlaufenden Gerüchte jedoch schreiben diese Treibereien den Bestrebungen Herrn von Richthofens zu. — In dem einen wie in dem anderen Falle würde uns die deutsche Regierung ihre Freundschaft beweisen, wenn sie ihre Vertreter mit für uns günstigen Weisungen versehen wollte.

Was die Frage der mazedonischen Reformen betrifft, so sehe ich immer noch nicht, wie wir aus der gegenwärtigen Klemme herauskommen sollen. Die Justiznote unterzeichnen und vorlegen — das hieße einem sicheren Mißerfolge entgegengehen und uns noch mehr in eine Sackgasse verrennen. Darauf verzichten würde bedeuten, einem noch schrofferen Vorschlage den Weg bereiten und die Gefahren der Lage noch vergrößern. Wir werden uns bemühen, eine brauchbare Lösung dieser Schwierigkeit zu finden, bis jetzt aber ist uns noch kein endgültiger Plan eingefallen.

Sie wollen, falls Sie es für nützlich und angebracht halten, Herrn von Schoen von Vorstehendem in Kenntnis setzen.

(gez.) Iswolski

Anmerkung zu Nr. 8733

Auf die Mitteilung des Iswolskischen Briefes antwortete Staatssekretär von Schoen mit einem direkten Briefe an Iswolski vom 2. März, der, im versöhnlichsten Tone gehalten, sich noch einmal zugunsten Freiherrn von Aehrenthals einsetzte: „Muß ich Ihnen erst noch wiederholen, daß wir in betreff der Bahnangelegenheit von Novi Bazar keinen Grund haben, an dem guten Glauben Baron von Aehrenthals zu zweifeln, der davon überzeugt scheint, daß dieses Unternehmen, das ein rein wirtschaftliches ist, mit dem Mürzsteger Programm als einer rein politischen Angelegenheit nichts zu tun hat? Übrigens möchte ich hinzufügen, daß auch ich keinen Zusammenhang sehe zwischen der Überlassung dieser Bahnstrecke und der Reformtätigkeit, welch letztere in Baron von Aehrenthal einen so entschlossenen und eifrigen Anhänger besaß.“ Auf diesen Brief erfolgte von seiten Iswolskis unter dem 8./21. März wieder eine Antwort, die von neuen Klagen über „die geringe Rücksichtnahme, die Baron von Aehrenthal uns gegenüber an den Tag gelegt hat“ überfloß. „Es wäre so leicht für ihn gewesen, mich beizeiten davon zu benachrichtigen und gemeinsam mit mir nach einem Mittel zu suchen, alles auszugleichen.“

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 396

Anmerkung zu Nr. 8770

Ähnlich äußerte sich Iswolski in seinem Briefe an Staatssekretär von Schoen vom 21. März 1908: „Was jetzt am meisten drängt, ist die Zusammenstellung eines Reformplanes, der sich als durchführbar, wirksam und sowohl für die Mächte als auch für die Pforte als annehmbar erweist. In dieser Hinsicht ist der englische Entwurf offenbar nicht lebensfähig. Nach eingehender Prüfung der Frage haben wir einen Gegenentwurf aufgestellt, der den zu stellenden Anforderungen, wie wir glauben, entspricht, und da uns ganz wesentlich daran gelegen ist, in der bisherigen Art des Verfahrens keine Änderung eintreten zu lassen, haben wir unseren Gegenentwurf zunächst der österreichischen Regierung zur Begutachtung vorgelegt; aus Rücksicht auf diese warte ich mit der Mitteilung desselben an Sie, bis ich eine Antwort aus Wien erhalten habe; ich kann Ihnen jedoch versichern, daß wir bei Aufstellung unseres Reformplanes versucht haben, im möglichst weitesten Maße der Wirklichkeitsseite der Dinge und der Notwendigkeit, den Sultan zu schonen, Rechnung zu tragen. Möglicherweise ruft der eine oder andere Punkt dieses Planes Einwände von seiten des Wiener Kabinetts hervor. Für diesen Fall, und um so bald wie möglich eine Lage zu klären, die man nicht ohne Gefahr zu sehr ausdehnen könnte, würde es uns lieb sein, wenn wir auf Ihren Beistand zählen dürften, um sie zu überwinden, denn, um es noch einmal zu sagen, unser einziges Ziel ist, eine für jedermann annehmbare Lösung zu finden.“

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 450

Nr. 8805

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Neues Palais, 11. 6. 08

Geheim

Lieber Bülow

Folgendes Chiffretelegramm soeben vom Zaren eingelaufen:

„Onkel war sehr freundlich und liebenswürdig. Politische Fragen sind

in unseren Gesprächen kaum berührt worden. Er hat mich zum Admiral seiner Flotte ernannt. Alles in allem bin ich sehr zufrieden mit dieser Begegnung, die durchaus nichts geändert hat."

. . . . . . Wilhelm I. R.

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 451

Nr. 8806

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Konzept

[Neues Palais, 12. Juni 08]

Besten Dank für Dein liebes Telegramm. Ich freue mich zu hören, daß Du von Deiner Begegnung mit Onkel Bertie befriedigt bist. Ich hoffe aufrichtig, daß Dein Eindruck, nichts habe sich geändert, sich im Laufe der Ereignisse als richtig erweisen wird. Ich spreche Dir meinen Glückwunsch dazu aus, daß Du nun als Admiral der britischen Flotte mein Kollege geworden bist. Viktoria konnte fast den ganzen Tag im Garten zubringen und auch etwas gehen. Herzlichen Gruß an Alix.

Willy

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 532

Nr. 8853

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Nr. 8 Berlin, den 10. Juli 1908

Euerer Durchlaucht beehre ich mich zu melden, daß der hiesige englische Geschäftsträger in der mazedonischen Reformfrage unter Überreichung des abschriftlich beigefügten Entwurfs zu einer Kollektivnote der Mächte an die Pforte im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung abgegeben hat:

„In Übereinstimmung mit der russischen Regierung hat die britische Regierung diesen Entwurf einer Kollektivnote über Mazedonien ausgearbeitet. Sie sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß, um einem Zustande abzuhelfen, dessen Fortdauer kein anderes Ergebnis zeitigen kann als den Krieg, die zuständigen Behörden an Ort und Stelle eine wohlausgerüstete mobile Truppe schaffen müssen. — Sie hoffen, daß die Kaiserliche Regierung ihren Vertreter in Konstantinopel beauftragen wird, sich dem Vertreter Englands bei der Überreichung dieser Note an die Hohe Pforte anzuschließen und ihn auf die denkbar nachdrücklichste Weise zu unterstützen."

. . . . . . v. Schoen

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 533/534

Anlage

Die . . . Regierungen, beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, die Ruhe in den Vilajets Saloniki, Kossova und Monastir wiederherzustellen, sind überzeugt, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann bei Anwendung durchgreifender Maßregeln, die in wirksamer Weise dazu dienen, dem verheerenden Treiben der kämpfenden Banden ein Ende zu machen, deren erneutes Auftreten, wie aus kürzlich eingetroffenen Berichten hervorgeht, im Zunehmen begriffen ist.

Die Durchführung von Verwaltungsreformen, so wünschenswert sie auch an sich sein mögen, muß solange von einer nur geringen praktischen Wirkung bleiben, als die Grundbedingung einer guten Regierung, die Sicherheit von Leben und Eigentum, offenbar nicht vorhanden ist.

Um diesem Stande der Dinge Rechnung zu tragen, haben die oben genannten Regierungen beschlossen, der Hohen Pforte die Maßregel anzugeben, die im Interesse Seiner Majestät des Sultans sofort zur Ausführung gebracht werden sollte.

Eine mobile Truppe von 10 000 bis 12 000 Mann wäre sobald wie möglich zu bilden und dem Generalinspekteur zur Verfügung zu stellen. Diese Truppen würden von einem von Hilmi Pascha im Benehmen mit dem Reorganisationsgeneral der Gendarmerie ausgewählten und von Seiner Majestät dem Sultan förmlich ernannten türkischen Offizier befehligt werden.

Die Truppe würde eine entsprechende Anzahl von berittenen Leuten enthalten, um die Verbindung zwischen den einzelnen Verbänden herzustellen sowie zur raschen Verfolgung der Banden, da wo die Beschaffenheit des Geländes ein solches Verfahren zuläßt.

Ein Plan für das Zusammenwirken dieser Truppe mit der Gendarmerie wäre vom Generalinspekteur, dem Reorganisationsgeneral, dem Kommandeur der mobilen Kolonne und den Adjunkten zu entwerfen.

Von Hilmi Pascha und dem Gendarmeriekommandeur wäre ein gemeinsames Vorgehen in die Wege zu leiten.

Die europäischen Offiziere sollen von allen Unternehmungen in Kenntnis gesetzt werden und berechtigt sein, die Kolonnen zu begleiten, und sollen ihrem General Bericht erstatten.

Diese Vorschläge werden eine geringe Erhöhung des Bestandes an fremden Gendarmerieoffizieren und Mannschaften mit sich bringen.

Während es, die Gendarmerie selbst betreffend, nicht angemessen sein würde, den fremden Offizieren ausübende Kommandostellen bei den eigentlichen Unternehmungen im Felde zu übertragen, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß sie die Ausbildung, Verteilung und Haltung derselben überwachen.

Die . . . Regierungen sind überzeugt, daß die Hohe Pforte von dem gleichen Verlangen nach Wiederherstellung der Ruhe geleitet ist, deren Durchführung nicht verfehlen wird, das wirtschaftliche Gedeihen der betreffenden Provinzen zu fördern, und sie rechnen auf die wirksame Mitarbeit der ottomanischen Behörden bei der Inkraftsetzung dieser Maßregeln, die so dringend von dem Gebot der Umstände gefordert werden.

Zu Band XXV, 2. Hälfte, S. 582

Nr. 8890

Anlage

(Italienische Erklärung)

Da die Lage in Konstantinopel recht ernst zu sein scheint und ernstere Verwicklungen vorhersehen läßt, beauftrage ich Sie, Sr. Exzellenz dem Herrn Staatssekretär zu erklären — obwohl es überflüssig erscheinen könnte —, daß die Königliche Regierung sich streng an die durch nachträgliche wechselseitige Erklärungen bestätigten Bestimmungen des Bündnisvertrages halten und keinen Schritt tun und keine Entscheidung treffen wird, ohne zuvor die verbündeten Regierungen zu Rate gezogen zu haben, von deren Seite sie ein gleiches Verfahren erwartet.

An 8. 1. 1925

Verzeichnis

der in den

BÄNDEN 22–25

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

*

Vorbemerkung

Die an zweiter Stelle stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“ bezeichnen die deutschen Übersetzungen.

22. Band

Die Österreichisch-Russische Entente und der Balkan 1904—1907

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 22	
7376	Berlin	25. Juli	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	61	12
7377	Petersburg	25. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	61	12
7378	Berlin	7. Aug.	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Tschirschky	67	12
7379	Petersburg	10. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	68	13
7380	Semmering	21. „	Österreich-ungarischer Minister Frhr. v. Aehrenthal an Reichskanzler Fürst Bülow	72	13
7381	Wien	29. Sept.	Geschäftsträger Graf v. Brockdorff-Rantzau an Reichskanzler Fürst Bülow	76	14
7382	„	23. Okt.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	77	14
7383	Hietzing	31. „	Österreich-ungarischer Minister Frhr. v. Aehrenthal an Reichskanzler Fürst Bülow	79	15
7384	Berlin	8. Dez.	Reichskanzler Fürst Bülow an österreichungarischen Minister Frhr. v. Aehrenthal	81	15
7385	Wien	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	83	16
7386	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	88	16
			161. Kapitel		
			Die Mazedonischen Reformen		
			I. Die Gendarmeriereform		
		1904	**A. Die Organisation der Gendarmerie**		
7387	Pera	5. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	99	17
7388	„	10. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	100	17
7389	„	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	100	17
7390	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	102	17
7391	Wien	18. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	103	17
7392	„	20.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	105	18
7393	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	106	18
7394	Wien	23. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	106	18
7395	London	26. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Graf v. Bülow	107	18

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 22	
7396	Pera	29. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	108	18
7397	„	3. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	108	18
7398	„	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	109	18, 224
7399	Wien	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	110	18
7400	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	111	18
7401	Wien	10. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	114	18
7402	Pera	11. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	115	18
7403	Berlin	11. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	116	18
7404	Petersburg	11. „	Botschafter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	117	18
7405	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	117	18
7406	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	118	18
7407	Petersburg	13. „	Botschafter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	120	18
7408	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	120	18
7409	„	14. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Graf v. Alvensleben	121	19
7410	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf v. Alvensleben	121	19
7411	Petersburg	16. „	Botschafter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	122	19
7412	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	123	19
7413	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf v. Alvensleben	124	19
7414	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	124	19
7415	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	125	19
7416	Pera	22. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	126	19
7417	Berlin	23. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	127	19

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 22	
7418	Berlin	26. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Monts	128	19
7419	Wien	30. „	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	128	19
7420	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel	129	19
7421	Pera	1. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	130	19, 224
7422	„	1. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	130	19
7423	„	2. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	131	19
7424	Berlin	2. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Alvensleben	132	19
7425	Pera	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	132	19
7426	„	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	133	19
7427	„	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	133	19
7428	Berlin	7. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Graf v. Alvensleben	134	19
7429	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	136	19
7430	„	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	136	19
7431	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Karl v. Wedel	137	19
7432	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	139	19
			B. Neue Schwierigkeiten in der Gendarmeriefrage		
		1904			
7433	Berlin	8. Mai	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	149	20
7434	Therapia	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	150	20
7435	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	151	20
7436	Therapia	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	152	21
7437	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	153	21
7438	Wien	13. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	154	21

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 22	
7439	Therapia	19. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	155	21
7440	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	157	21
7441	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	158	21
7442	„	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	158	21
7443	Berlin	26. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	159	21
7444	Therapia	5. Juni	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	160	21
7445	Wien	12. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	161	21
7446	Therapia	3. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	162	21
7447	„	7. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	165	21
7448	„	13. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	166	21
7449	„	20. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	168	21
7450	„	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	170	21
7451	Wien	9. Aug.	Geschäftsträger Graf Botho v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	172	22
7452	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Rosen	174	22
7453	„	18. „	Vortragender Rat Rosen an Botschafter Frhr. v. Marschall	175	22
7454	Therapia	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Graf v. Bülow	176	22
7455	„	24. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	179	22, 225
7456	„	7. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	179	23
7457	„	14. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	188	24
7458	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	190	24
7459	Petersburg	24. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	190	24
7460	„	4. Nov.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	191	24
7461	Wien	4. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	191	24

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 22	
7462	Petersburg	5. Nov.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf v. Bülow	192	24
7463	"	12. "	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	193	24
7464	Pera	27. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	194	25
7465	"	28. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	195	25
7466	"	29. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	196	25
7467	Berlin	30. "	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	197	25
7468	Konstantinopel	2. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	198	25
7469	Pera	4. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	199	25
7470	"	6. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	200	25
7471	"	13. "	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt . . .	200	25
7472	"	18. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	200	25
7473	"	27. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	201	25

162. Kapitel

Die Mazedonischen Reformen

II. Die Finanzreform

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905			
7474	Pera	20. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	205	26
7475	"	22. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	206	26
7476	Berlin	25. "	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	207	26
7477	Pera	23. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	207	26
7478	"	24. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	214	26
7479	"	29. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	215	26
7480	Berlin	31. "	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	216	26

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 22	
7481	Pera	31. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	216	26
7482	Wien	8. Febr.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	217	26
7483	London	15. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Graf v. Bülow	218	26
7484	Wien	14. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	219	26
7485	Berlin	18. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	221	26
7486	Pera	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	222	26
7487	Berlin	20. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	225	26
7488	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	225	26
7489	Petersburg	22. „	Botschafter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	226	26
7490	Berlin	23. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Alvensleben . . .	226	26
7491	„	1. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	227	26
7492	Wien	28. Febr.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	227	26
7493	Pera	2. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	228	26
7494	„	2. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	229	26
7495	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	230	26
7496	Pera	4. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	232	26
7497	„	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	234	26
7498	„	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	235	26
7499	„	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	235	26
7500	„	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	236	26
7501	Berlin	8. „	Reichskanzler Graf v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	237	26
7502	„	11. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Zimmermann	237	26

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 22	
7503	Berlin	11. März	Aide-mémoire, am 16. März 1905 dem österreich-ungarischen Botschafter v. Szögyény-Marich und dem russischen Botschafter Graf v. der Osten-Sacken mitgeteilt . .	238	26, 225
7504	„	21. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	239	26, 225
	„	20. „	Anlage. Note, vom österreich-ungarischen Botschafter v. Szögyény-Marich im Auswärtigen Amt überreicht	239	26
7505	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	240	27
7506	Wien	22. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	241	27
7507	„	23. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf v. Bülow	243	27
7508	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	246	27
7509	Berlin	1. April	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Karl v. Wedel	247	27
7510	Pera	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	248	27
7511	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	249	27
7512	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	250	27
7513	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Graf v. Bülow	251	27
7514	„	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	253	27, 226
7515	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	254	27
7516	.	3. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	255	27, 226
7517	Therapia	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	256	27
7518	Pera	11. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	257	27
7519	Berlin	12. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	257	27
7520	„	14. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	258	27
7521	Therapia	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	258	27
7522	„	4. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	259	27

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 22	
7523	Therapia	5. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	261	27
7524	„	12. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	261	27
7525	„	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	262	27
7526	„	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	263	27
7527	Berlin	24. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	264	27
7528	Therapia	31. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	265	27
7529	—	1. Aug.	Aufzeichnung des Botschafters Frhr. v. Marschall	265	27
7530		4. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	270	28
7531	.	10. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	272	28
7532	„	10. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	273	28
7533	„	15. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	274	28
7534	„	31. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	276	28
7535	„	15. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	276	28
7536	„	1. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	277	28
7537	„	4. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	277	28
7538	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	279	28
7539	Therapia	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	279	28
7540	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	280	28
7541	London	18. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	280	28
7542	Therapia	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	281	28
7543	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	282	28
7544	„	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	282	28

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 22	
7545	Therapia	21. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	283	28
7546	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	284	28
7547	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	284	28
7548	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	285	28
7549	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	286	28
7550	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	287	28
7551	Therapia	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	287	28
7552	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	289	28
7553	„	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	290	28
7554	„	25. „	Promemoria, am 26. Okt. an die österreichungarische und an die russische Botschaft übersandt	291	28
7555	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	291	28
7556	Konstantinopel	26. „	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt	292	28
7557	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	293	28
7558	„	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	294	28
7559	Wien	5. Nov.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	295	28
7560	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	296	28
7561	Therapia	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	296	28
7562	„	10. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	297	28
7563	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	298	28
7564	Therapia	11.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	299	28
7565	„	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	299	29, 227
7566	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	300	29

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 22	
7611	Therapia	13. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	347	31
7612	London	13. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	349	31
7613	Therapia	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	349	31
7614	„	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	351	31
7615	„	18. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	352	31
7616	„	21. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	353	31
7617	„	27. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	354	31
7618	„	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	355	31
7619	Berlin	30. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	356	31
7620	Therapia	2. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	357	31
7621	„	5. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	358	31
7622	Neuershausen	9. „	Aufzeichnung des Botschafters Frhr. v. Marschall	360	31
7623	Therapia	13. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	363	31
7624	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	364	31
7625	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	365	31
7626	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	366	31
7627	Therapia	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	367	31
7628	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	368	31, 230
7629	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	369	31
7630	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	370	31
7631	„	6. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	370	31, 230
7632	„	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	371	31

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 22	
		1906			
7633	Therapia	13. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	371	31
7634	"	16. "	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	372	31
7635	"	18. "	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	373	31
7636	"	19. "	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	374	31, 230
7637	Wien	19. "	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	376	32
7638	Therapia	22. "	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	376	32
7639	Berlin	23. "	Stellvertretender Staatssekretär Graf v. Pourtalès an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodmann	377	32
7640	"	24. "	Stellvertretender Staatssekretär Graf v. Pourtalès an Botschafter Graf v. Metternich	377	32
7641	Therapia	29. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	378	32, 231
7642	"	30. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	379	32
7643	"	30. "	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt	379	32
7644	London	6. Okt.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	380	32
7645	Therapia	15. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	381	32
7646	Pera	9. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	381	32
7647	"	12. "	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	382	32
7648	Konstantinopel	13. "	Delegierter bei der Türkischen Staatsschuldenverwaltung Testa an Generaldirektion der Seehandlung	382	32
7649	Pera	10. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	383	32
7650	Berlin	19. "	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	385	32
		1907			
7651	Pera	9. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	385	32
7652	London	31. "	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	386	32
7653	Pera	27. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	388	32
7654	"	4. März	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt	389	32

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 22	
		1907			
7655	Pera	22. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	389	32
7656	„	5. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	390	32
7657	Konstantinopel	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	391	32
7658	Berlin	8. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	392	32
7659	Pera	10. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	393	32
7660	Konstantinopel	20. „	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt . . .	393	32
7661	Pera	26. „	„ „ „ „ „ . . .	394	32
7662	Konstantinopel	6. Mai	Delegierter bei der Türkischen Staatsschuldenverwaltung Testa an Generaldirektion der Seehandlung	394	32
7663	Therapia	7. Juni	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	395	32
7664	„	12. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	397	32
7665	Berlin	18. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Stellvertretenden Botschafter Gesandten v. Kiderlen	397	32
7666	Therapia	16. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	398	32
7667	„	21. „	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt . . .	398	32
7668	„	27. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	399	32
			164. Kapitel		
			Die Mazedonischen Reformen		
		1906	**III. Das Justizreformprojekt**		
7669	Pera	14. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	403	32
7670	Berlin	28. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	404	32
7671	Budapest	3. Dez.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	406	33
7672	Berlin	31. „	Aufzeichnung des Staatssekr. v. Tschirschky	407	33
		1907			
7673	Pera	1. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	408	33
7674	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Generalkonsul Frhr. v. Romberg	409	33

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 22	
7697	Berlin	5. Okt.	Staatssekretär v. Tschirschky an Stellvertretenden Botschafter Gesandten v. Kiderlen	430	34
7698	Wien	8. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	431	34
7699	Berlin	10. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	432	34
7700	Therapia	13. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	433	34
7701	Wien	23. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	435	34
7702	Therapia	4. Nov.	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	437	34, 232
7703	„	8. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	444	34
7704	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	445	34
7705	„	11. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau	447	34, 233
7706	Wien	14. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	449	34
7707	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	451	35
7708	Pera	17. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	453	35
7709	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	455	35
7710	„	26. „	„ „ „ „ „	456	35
7711	Wien	25. „	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	457	35
7712	„	29. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	460	35
7713	Petersburg	30. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	461	35
7714	Berlin	3. Dez.	Staatssekretär v. Schoen an Stellvertretenden Botschafter Gesandten v. Kiderlen . .	462	35
7715	Pera	5. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	462	35
7716	Berlin	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Stellvertretenden Botschafter Gesandten v. Kiderlen . .	463	35
7717	Pera	9. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow .	464	35
7718	„	9. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	465	35
7719	Wien	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	466	35

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 22	
7720	Pera	24. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	471	36
7721	London	30. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	479	36
		1908			
7722	Konstantinopel	4. Jan.	Dragoman Padel an Auswärtiges Amt . . .	484	36
7723	Pera	5. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	485	37
7724	„	11. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	486	37
7725	London	11. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	487	37
7726	Pera	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	488	37
7727	Wien	21. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	492	37
7728	Pera	31. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	495	37
7729	Berlin	2. Febr.	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	496	37
7730	Pera	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	496	37
7731	Berlin	3. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. v. Marschall	498	37
7732	Pera	6. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	498	37
7733	Berlin	9. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter v. Tschirschky	503	37
7734	Petersburg	11. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	504	37
7735	Pera	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	506	37
7736	„	12. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	507	37
7737	Berlin	14. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	508	37
7738	Pera	15. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	509	37
7739	Wien	16. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	510	37
7740	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	512	37
7741	Pera	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	513	37
7742	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	514	37

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 22	
7743	London	18. Febr.	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	515	37
7744	Berlin	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	516	37
7745	„	22. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter v. Tschirschky	519	37
7746	Pera	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	520	37
7747	„	8. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	521	37
7748	Konstantinopel	13. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	522	36

23. Band

Die Zweite Haager Friedenskonferenz

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Erste Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			Abschnitt I: Die Friedenskonferenz	Bd. 23, 1	
			165. Kapitel		
			Deutschland—England—Amerika und der Schiedsgedanke 1904		
		1904	**A. Das Deutsch-Englische Schiedsabkommen von 1904**		
7749	Berlin	24. Juni	Unterstaatssekretär v. Mühlberg an Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	5	41
			Anlage. Schiedsabkommen	5	42
7750	London	6. Juli	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	6	42
7751	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf v. Metternich	8	42
7752	London	11. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	9	42
7753	„	12. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	9	42
7754	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf v. Metternich	10	42
7755	London	14. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Graf v. Bülow	10	42
7756	Washington	20. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Reichskanzler Graf v. Bülow	12	42

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 23, 1	
7793	Berlin	1904 6. Nov.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	60	50
7794	St. Petersburg	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	61	50
7795	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	62	50
7796	Petersburg	1905 16. Sept.	Botschafter Graf v. Alvensleben an Reichskanzler Fürst v. Bülow	63	50
7797	Washington	23. „	Geschäftsträger Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen an Reichskanzler Fürst Bülow	63	50
7798	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen	64	50
7799	Washington	3 Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt . .	64	50
7800	Berlin	7. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Miquel	65	50
7801	„	1906 25. Febr.	Aide-mémoire	65	50, 234
7802	„	3. April	Botschafter Graf v. der Osten-Sacken an Staatssekretär v. Tschirschky	66	51, 234
7803	„	3. „	Botschafter Graf v. der Osten-Sacken an Staatssekretär v. Tschirschky	69	51, 236
7804	Washington	6. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	71	51
7805	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	71	52
—	—	—	Anlage. Russischer Entwurf für das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz	73	52
7806	Berlin	13. April	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	74	52
7807	„	15. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	74	52, 238
7808	Washington	23. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	75	52
7809	London	10. Mai	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	76	52
7810	„	31. Juli	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst v. Bülow	77	52
7811	„	2. Aug.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst v. Bülow	78	53
7812	Norderney	5. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow für Staatssekretär v. Tschirschky . .	79	53

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 1	
7857	Paris	23. Febr.	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	132	62
7858	Rom	24. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	132	62
7859	Wien	26. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	133	62
7860	„	27. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst v. Bülow	134	62
7861	Washington	27. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	136	62
7862	Rom	2. März	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	137	62
7863	Wien	3. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	138	62
7864	Berlin	4. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	140	62
7865	Wien	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	141	62
7866	Washington	(6.) „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	144	62
7867	Berlin	7. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	144	62
7868	Washington	8. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	145	62
7869	London	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	147	62
7870	Berlin	8. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	147	62
7871	„	9. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	149	62
	„	9. „	Anlage. Mémoire	149	62, 242
7872	Petersburg	10. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	151	63
7873	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	151	63
7874	Petersburg	12. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	152	63
7875	Wien	13. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	155	64
7876	Petersburg	15. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	156	64
7877	„	16. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	156	64
7878	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	161	64
7879	Petersburg	18. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	162	64
7880	„	19. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	163	64

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 23, 1	
		1907			
7881	Wien	19. März	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	164	64
7882	London	20. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst v. Bülow	164	64
7883	„	21. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärwärtiges Amt	165	64
7884	Petersburg	23. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	166	65
7885	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	166	65
7886	—	—	Österreich-Ungarisches Promemoria	167	65
7887	Berlin	24. März	Deutsches Promemoria	167	65
	—	—	Anlage. Denkschrift	168	65
7888	Wien	24. März	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	172	65
7889	Berlin	25. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau	174	65
7890	Wien	26. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	176	65
7891	Berlin	27. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau	177	65
7892	Petersburg	27. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	178	65
7893	Tokio	28. „	Botschafter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	179	65
7894	Wien	28. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	180	65, 243
7895	„	28. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Staatssekretär v. Tschirschky	181	65
7896	Berlin	29. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau	182	65
7897	Wien	30. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	183	65
7898	Berlin	30. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	184	65
7899	Wien	30. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	186	65
7900	Berlin	31. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	188	65
7901	Wien	31. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	189	65
7902	„	31. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	190	65
7903	Berlin	1. April	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	191	66, 244

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 1	
7904	Berlin	1. April	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	191	66
7905	Petersburg	1. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	192	66
7906	Berlin	2. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	192	66
7907	Petersburg	2. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	193	66
7908	Wien	2. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	193	66
7909	Petersburg	3. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	195	66
7910	Berlin	3. „	Botschafter Graf v. der Osten-Sacken an Staatssekretär v. Tschirschky	198	66, 244
7911	Rapallo	4. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	199	67
7912	Berlin	6. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau	200	67
7913	Wien	6. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	201	67
7914	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	202	67, 245
7915	Petersburg	7. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	203	67
7916	Berlin	8. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	204	67, 246
7917	„	9. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	205	67, 247
7918	„	10. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	206	67
7919	Petersburg	10. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	206	67
7920	London	12. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	206	68
7921	Petersburg	19. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	208	68
7922	Tokio	12. „	Botschafter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein Reichskanzler Fürst Bülow	208	68
7923	Paris	18. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	209	68
7924	Petersburg	21. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	210	68
7925	London	23. „	Geschäftsträger v. Stumm an Auswärtiges Amt	211	68
7926	„	26. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	212	68
7927	„	20. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	213	68
7928	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf Karl v. Wedel	217	68

23. Band

Die Zweite Haager Friedenskonferenz

Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Zweite Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 2	
7968	London	24. Juni	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	300	79
7969	Kiel	24. „	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	301	79
7970	Petersburg	12. Juli	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	301	79
7971	Scheveningen	24. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	303	80
7972	Wien	24. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	304	80
7973	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Tschirschky an den Ersten Delegierten Botschafter Frhr. v. Marschall	305	80
7974	Petersburg	25. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	306	80
7975	Scheveningen	27. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	307	80
7976	Petersburg	27. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	308	80
7977	Berlin	29. „	Reichskanzler Fürst Bülow an den Ersten Delegierten Botschafter Frhr. v. Marschall	308	80
7978	Scheveningen	31. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	309	81, 249
7979	Berlin	1. Aug.	Staatssekretär v. Tschirschky an den Ersten Delegierten Botschafter Frhr. v. Marschall	310	81
7980	Scheveningen	3. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	310	81
7981	„	13. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Büllow	311	81
7982	„	14. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	311	81
7983	„	17. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	312	81
7984	„	18. „	Erster Delegierter Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Büllow	313	81
7985	Petersburg	23. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	318	81
7986	Dublin	20. Sept.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Reichskanzler Fürst Bülow	318	81

171. Kapitel

Die Schiedsgerichtsfrage auf der Konferenz

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907			
7987	London	14. Juni	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	323	81

172. Kapitel

Das Seebeuterecht auf der Konferenz

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			Abschnitt II	Bd. 23, 2	
			Nordsee- und Ostsee-Abkommen		
			173. Kapitel		
			Die Verhandlungen über ein Nordsee- und ein Ostsee-Abkommen		
			A. Das Vorspiel:		
			Das Norwegische Integritätsabkommen 1905—1907		
		1905			
8024	Berlin	6. Juni	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	403	92
		1906			
8025	„	27. Juni	Stellv. Staatssekretär v. Mühlberg an Staatssekretär v. Tschirschky	404	92
8026	Travemünde	29. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	406	93
8027	—	10. Juli	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Reichskanzler Fürst Bülow	406	93
8028	Berlin	15. Nov.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	407	93
8029	London	23. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	408	93, 251
8030	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	408	93
8031	„	30. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	409	93
8032	London	10. Dez.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	410	93
8033	Berlin	15. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	411	93
	—	—	Anlage. Projet	412	93, 251
8034	Petersburg	17. Dez.	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	413	93
8035	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	414	93
8036	Petersburg	24. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	415	93
	—	—	Anlage. Contre-Projet de Convention	416	93, 252
8037	Berlin	29. Dez.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	418	93
		1907			
8038	Petersburg	2. Jan.	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	419	93
8039	Berlin	4. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	420	93
8040	Petersburg	5. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	420	93

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 2	
8041	Berlin	7. Jan.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	421	93
8042	„	28. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Scheller-Steinwartz	422	94
8043	„	29. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Graf Henckel v. Donnersmarck	422	94
8044	Christiania	30. „	Geschäftsträger Scheller-Steinwartz an Reichskanzler Fürst Bülow	425	94
8045	„	5. Febr.	Geschäftsträger Scheller-Steinwartz an Reichskanzler Fürst Bülow	426	94
8046	Petersburg	5. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	428	94
8047	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	430	94
8048	Petersburg	21. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	431	94
8049	Berlin	21. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	431	94
8050	Petersburg	15. März	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	432	94
8051	„	21. April	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	432	94
8052	„	4. Mai	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	434	94
8053	Berlin	7. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	435	95
8054	Christiania	23. „	Geschäftsträger Scheller-Steinwartz an Reichskanzler Fürst Bülow	436	95
8055	„	26. „	Geschäftsträger Scheller-Steinwartz an Reichskanzler Fürst Bülow	436	95
8056	Berlin	4. Juni	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Metternich	437	95
8057	Petersburg	8. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	438	95
8058	Berlin	13. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter v. Schoen	438	95
8059	Christiania	24. „	Gesandter v. Treutler an Auswärtiges Amt	439	95
8060	London	4. Juli	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	439	95
8061	Christiania	8. „	Geschäftsträger Scheller-Steinwartz an Reichskanzler Fürst Bülow	440	95
8062	London	11. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	440	95
8063	Berlin	13. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Metternich	441	95
8064	Petersburg	13. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	442	95
8065	„	17. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	443	96

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 2	
8066	Berlin	18. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter v. Schoen	443	96
8067	Petersburg	20. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	444	96
8068	London	18. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst v. Bülow	445	96
8069	Berlin	2. Aug.	Aufzeichnung	446	96
8070	„	16. Sept.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf v. Pourtalès	447	96
8071	„	22. „	Aufzeichnung d. Staatssekretärs v. Tschirschky	448	96
8072	„	25. „	Staatssekretär v. Tschirschky an den Rat Gesandten Frhr. v. Jenisch	448	96
8073	Petersburg	3. Okt.	Geschäftsträger v. Miquel an Auswärtiges Amt	450	96
8074	Berlin	4. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger v. Miquel	450	96
8075	Wien	5. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	451	96
8076	Petersburg	5. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	452	96
8077	Stockholm	21. „	Geschäftsträger v. Beneckendorff und v. Hindenburg an Reichskanzler Fürst Bülow	454	97
8078	Christiania	27. „	Gesandter v. Treutler an Auswärtiges Amt	455	97
8079	„	1. Nov.	Gesandter v. Treutler an Auswärtiges Amt	455	97
8080	„	2. „	Gesandter v. Treutler an Auswärtiges Amt	456	97
8081	Berlin	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	456	97
8082	—	—	Norwegischer Integritätsvertrag vom 2. November 1907	457	97, 254

B. Das Nordsee- und Ostsee-Abkommen 1907—1908

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907			
8083	Berlin	7. Aug.	Aufzeichnung d. Staatssekretärs v. Tschirschky	463	98
—		—	Anlage. Protocole Secret	463	98, 255
8084	Berlin	11. Aug.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Jagow	464	98
8085	„	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	467	98
8086	„	23. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	468	98
	—	—	Anlage. Protocole	470	98, 255

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 2	
8087	Berlin	23. Aug.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	471	98
8088	Petersburg	25. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	472	98
8089	Berlin	29. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger v. Miquel	472	98
8090	Petersburg	30. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	473	98
8091	Berlin	9. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	474	98
8092	Karlsbad	20. „	Vortragender Rat v. Jagow an Staatssekretär v. Tschirschky	477	98
8093	Berlin	4. Okt.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	478	98
—	—	—	Anlage. Vertragsentwurf	479	98
8094	Wien	5. Okt.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	479	99
—	—	—	Anlage. Promemoria	481	99, 256
8095	Petersburg	29. Okt.	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	483	99
—	—	—	Anlage. Protocole Secret	484	99, 258
8096	London	29. Okt.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	485	99
8097	Berlin	4. Nov.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	490	100
8098	„	4. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	491	100
8099	„	5. „	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten v. Schlözer	492	100
8100	„	8. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	493	100
8101	Haag	13. „	Gesandter v. Schlözer an Auswärtiges Amt	494	100
8102	Petersburg	15. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	495	100
8103	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Schoen an Geschäftsträger v. Miquel	496	100
8104	„	26. „	Staatssekretär v. Schoen an Geschäftsträger v. Miquel	496	100
8105	„	28. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	497	100
8106	Highcliffe Castle	30. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	498	100
8107	Petersburg	30. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	499	100
8108	Berlin	2. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen	500	100

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 23, 2	
8109	Berlin	3. Dez.	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	501	100
8110	„	4. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	502	101
8111	London	4. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	503	101
8112	Highcliffe Castle	4. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	505	101
8113	London	9. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	506	101
8114	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	507	101
8115	„	11. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Fürst v. Radolin	508	101
8116	London	13. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	509	101
8117	Paris	14. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	511	101
8118	Berlin	16. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Fürst v. Radolin	512	101
8119	Petersburg	18 „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	513	102
		1908			
8120	Berlin	8. Jan.	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	514	102
8121	Paris	8. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	515	102
8122	Berlin	10. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Fürst v. Radolin	516	102
8123	London	10. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	516	102
8124	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	520	102
8125	London	23. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	521	102
8126	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	521	102
8127	„	26. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	522	102
8128	London	24. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	523	102
8129	Berlin	29. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	526	102
8130	London	30. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärwärtiges Amt	527	102

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 23, 2	
8131	Berlin	3. Febr.	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	528	102
8132	London	5. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	529	102
8133	„	10. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	531	102, 259
8134	„	12. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärwärtiges Amt	532	102
8135	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	533	102
8136	London	18. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	534	103
8137	—	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	534	103
8138	—	21. „	„ „ „ „ „	538	103
8139	London	29. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	541	103
8140	Berlin	3. März	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	544	103
8141	Petersburg	4. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Auswärtiges Amt	545	103
8142	Berlin	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	545	103
	—	—	Anlage I. Memorandum	546	103, 259
			Anlage II. Projet de déclaration	547	103, 260
8143	Berlin	6. März	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	548	103, 261
	„	3. „	Anlage. Holländisches Aide-mémoire . . .	549	103
8144	„	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	550	103, 262
8145	London	9. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	551	103
8146	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten Graf v. Pückler	551	103
8147	Kopenhagen	19. „	Gesandter Graf Henckel v. Donnersmarck an Reichskanzler Fürst Bülow	553	103
8148	London	21. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	554	103
8149	St. Petersburg	29. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	554	103
8150	London	31. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	555	103
8151	Berlin	2. April	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	556	103
8152	London	3. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	557	103

24. Band

Deutschland und die Westmächte 1907—1908

Abschnitt I

Die Flottenfrage

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 24	
8168	London	10. Okt.	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	15	110
8169	„	12. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	15	110
8170	„	12. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	16	110
8171	Berlin	20. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	17	110
8172	„	20. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Staatssekretär v. Schoen	22	111
			175. Kapitel		
			England und das Deutsche Flottenprogramm. Der Tweedmouth-Brief. Dezember 1907 bis Juni 1908		
		1907			
8173	London	14. Dez.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	25	111
8174	„	17. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	26	112
8175	„	19. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	26	112
		1908			
8176	„	4. Jan.	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	27	112
8177	„	16. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	28	113
8178	„	24. „	Marine-Attaché Kapitänleutnant Widenmann an Staatssekretär Admiral v. Tirpitz	29	113
8179	„	3. Febr.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	30	113
8180	„	14. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	31	113
8181	Berlin	16. „	Kaiser Wilhelm II. an Lord Tweedmouth	32	113, 262
8182	—	20. „	Lord Tweedmouth an Kaiser Wilhelm II.	35	114, 265
8183	Buckingham Palace	22. „	König Eduard VII. an Kaiser Wilhelm II.	36	115, 265
8184	—	(28.) „	Englisches Memorandum	36	115, 266
8185	London	3. März	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	37	116
8186	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	39	116
8187	„	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	39	116
8188	„	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	40	117

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 24	
8189	London	6. März	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	40	117
8190	„	7. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	41	117
8191	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	42	117
8192	Paris	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	43	117
8193	London	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	44	118
8194	„	9. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	47	118
8195	„	10. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	48	118
8196	Berlin	14. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	49	118
8197	„	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	50	118
8198	London	15. Mai	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	51	119
8199	—	22. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	52	119
			176. Kapitel		
			Die Englisch-Französische Intimität Präsident Fallières in London Frühjahr 1908		
		1908			
8200	London	16. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	57	119
8201	„	26. Mai	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	59	120
8202	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	60	120
8203	Wien	27. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	61	120
8204	London	29. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	62	120
8205	„	30. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	62	120
8206	Berlin	1. Juni	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	64	120
8207	London	1. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	64	120

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			178. Kapitel	Bd. 24	
			Die Daily-Telegraph-Affäre November 1908		
		1908			
8249	Rominten	30. Sept.	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Reichskanzler Fürst Bülow	167	130
8250	Norderney	2. Okt.	Direktiven des Reichskanzlers Fürst Bülow für Auswärtiges Amt	168	130
8251	Berlin	5. „	Stellvertretender Staatssekretär Stemrich an Reichskanzler Fürst Bülow	169	130
—	—	—	Anlage	170	130, 267
8252	Norderney	11. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Rat Gesandten Frhr. v. Jenisch	175	130
8253	RedoubtHouse, Shorncliffe	22. „	Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.	176	130, 271
8254	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	177	131
8255	„	29. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Mumm v. Schwarzenstein	178	131
8256	Tokio	1. Nov.	Botschafter Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	179	131
8257	Berlin	30. Okt.	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	179	131
8258	„	6. Nov.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	183	131
8259	Donaueschingen	7. „	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	185	131
8260	London	7. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	186	131
8261	Berlin	9. „	Direktiven des Reichskanzlers Fürst Bülow	187	131
8262	London	10. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	188	131
8263	„	11. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	189	132
8264	RedoubtHouse, Shorncliffe	11. „	Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.	190	132, 271
8265	Berlin	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	191	132
8266	—	—	Original des Entwurfs für die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ nach der Audienz des Reichskanzlers vom 17. November 1908	191	132
8267	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Frhr. v. Griesinger	192	132
8268	Rom	19. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	192	132

Abschnitt II

Die Marokkofrage

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 24	
8287	Bad Gastein	30. Aug.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Staatssekretär v. Tschirschky	229	136
	Tanger	11. „	Anlage. Dragoman Schabinger an Gesandten v. Tattenbach	230	136
8288	„	24. „	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Auswärtiges Amt	233	136
8289	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern . . .	233	136
8290	„	28. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	234	136
8291	Paris	29 „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Reichskanzler Fürst Bülow	234	137
8292	Berlin	2. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern . . .	236	137
8293	Paris	2. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Reichskanzler Fürst Bülow	237	137
8294	Berlin	4. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	238	137
8295	„	8. „	Promemoria für den französischen Botschafter	240	136
8296	Paris	11. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	241	137
8297	„	11. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	241	137
8298	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken	242	137
8299	Tanger	30. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	243	137
8300	Berlin	11. Okt.	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	244	137
8301	Paris	12. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Reichskanzler Fürst Bülow	245	137
8302	„	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	247	137
8303	Tanger	21. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	248	136
8304	„	30. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	251	137
8305	Paris	28. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	252	137
		1908			
8306	Tanger	11. Jan.	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	252	137
8307	„	12. „	„ „ „ „ „	253	137
8308	„	14. „	„ „ „ „ „	254	137

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 24	
8309	Tanger	14. Jan.	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	255	137
8310	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	259	138
8311	„	18. „	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten Rosen	259	138
8312	Tanger	18. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	260	138
8313	„	18. „	„ „ „ „ „	261	138
8314	Berlin	21. „	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten Rosen	262	138
8315	Paris	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	262	138
8316	„	24. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	263	138
8317	Tanger	13. Febr.	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	264	138
8318	„	26. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	265	138
8319	Berlin	4. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	267	138
8320	Tanger	21. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	268	138
8321	Paris	26. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	268	138
8322	Berlin	2. April	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Fürst Radolin	269	138
8323	Paris	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	269	139
8324	„	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	272	139
8325	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Fürst Radolin	273	139
8326	Tanger	20. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	273	139
8327	Venedig	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Staatssekretär v. Schoen	274	139
8328	Berlin	28. „	Staatssekretär v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	276	139
8329	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	277	139
8330	„	6. Mai	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	280	139
8331	„	29. April	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten Rosen	281	139
8332	Tanger	29. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	282	139
8333	Berlin	3. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	282	139
8334	„	4. „	„ „ „ „ „	283	139
8335	Paris	6. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	284	139
8336	Berlin	13. „	Aufzeichnung des Ersten Sekretärs Frhr. Langwerth v. Simmern, nebst 2 Anlagen	285	139
8337	Paris	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	287	139

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 24	
8450	Tanger	24. Sept.	Geschäftsträger Gesandter Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	434	147
8451	Wien	25. „	Geschäftsträger Graf Brockdorff-Rantzau an Auswärtiges Amt	435	147
8452	Rom	25. „	Geschäftsträger Frhr. v. Ritter zu Grünstein an Auswärtiges Amt	435	147
8453	Berlin	26. „	Stellvertretender Staatssekretär Stemrich an Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken . .	436	147
8454	Paris	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	437	147
8455	London	30. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	438	147
	„	26. „	Anlage. Aufzeichnung des Ersten Sekretärs v. Stumm	438	147
8456	Paris	1. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	440	147
8457	Berlin	2. „	Stellvertretender Staatssekretär Stemrich an Kaiser Wilhelm II.	440	147
	Fes	18. Sept.	Anlage. Konsul Vassel an Geschäftsträger Gesandten Frhr. v. Wangenheim	441	147
8458	Tanger	8. Okt.	Geschäftsträger Gesandter Frhr. v. Wangenheim an Auswärtiges Amt	446	147
8459	Berlin	10. „	Staatssekr. v. Schoen an Kaiser Wilhelm II.	448	147
8460	Paris	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Reichskanzler Fürst Bülow	448	147
8461	Berlin	19. „	Staatssekr. v. Schoen an Kaiser Wilhelm II.	450	147
	—	— „	Anlage. Projet de Note à faire parvenir à Moulay Hafid	451	147, 279
8462	Berlin	27. „	Staatssekr. v. Schoen an Kaiser Wilhelm II.	453	147
8463	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	454	147
8464	„	30. „	Staatssekretär v. Schoen an Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken	455	147
8465	Tanger	18. Nov.	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . . .	455	147
8466	„	6. Dez.	„ „ „ „ „	456	147
8467	„	7. „	„ „ „ „ „	456	147
8468	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Schoen an Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken	457	147
8469	Paris	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. der Lancken an Auswärtiges Amt	457	147
8470	Berlin	17. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	458	147, 281
			182. Kapitel **Das Deutsch-Französische Abkommen vom 9. Februar 1909**		
		1908			
8471	Paris	14. Dez.	Geschäftsträger Frhr. v. d. Lancken an Reichskanzler Fürst Bülow	461	148

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 24	
8472	Paris	24. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	462	148
8473	Berlin	29. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	464	148
8474	Paris	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	465	148
8475	Berlin	31. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	468	148
		1909			
8476	„	5. Jan.	Aufzeichnung des Gesandten Frhr. v. Wangenheim	469	148
8477	„	6. „	Aufzeichnung des Gesandten Frhr. v. Wangenheim	474	148
8478	„	8. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Erckert	476	148
8479	„	9. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	480	149
8480	„	9. „	Staatssekretär v. Schoen an Gesandten Rosen	481	149
8481	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	482	149
8482	Tanger	17. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt	483	149
8483	Paris	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	484	149
8484	„	31. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	484	149
8485	Berlin	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Schoen an Botschafter Fürst Radolin	485	150
8486	Paris	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	487	150
8487	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	488	150
8488	„	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Schoen an Botschafter Fürst Radolin	488	150
8489	Paris	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	489	150
8490	Berlin	9. „	Text des deutsch-französischen Marokkoabkommens	489	149, 281
8491	Berlin	9. Febr.	Französischer Botschafter Cambon an Staatssekretär Frhr. v. Schoen	490	151, 282
8492	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Schoen an französischen Botschafter Cambon	490	151, 282
8493	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Schoen an Botschafter Graf Tattenbach	491	151
8494	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	491	151
8495	„	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	492	151

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1909		Bd. 24	
8496	Paris	9. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	492	151
8497	Wien	9. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	493	151
8498	London	9. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	494	151
8499	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Schoen an Gesandten Rosen	494	151
8500	Tanger	3. März	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	498	152

25. Band

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Erste Hälfte

			183. Kapitel	Bd. 25, 1	
			Das Werden der Englisch-Russischen Entente 1905—1907		
		1905	**Das Abkommen vom 31. August 1907**		
8501	London	15. Nov.	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	3	155
		1906			
8502	Petersburg	28. Jan.	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	5	155
8503	Berlin	31. März	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	6	155
8504	Petersburg	7. April	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	7	155
8505	London	26. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	8	156
8506	Wien	30. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	10	156
8507	Berlin	19. Mai	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Schoen	11	156
8508	Petersburg	20. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	13	156
8509	„	22. „	„ „ „ „ „ „	13	156
8510	Berlin	23. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Schoen	14	156
8511	Petersburg	30. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	15	156

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 25, 1	
8512	Berlin	7. Juni	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter v. Schoen	16	156
8513	Petersburg	13. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	17	156
8514	London	13. Juli	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	19	156
8515	Petersburg	14. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	20	156
8516	„	8. Sept.	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	20	157
8517	London	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	21	157
8518	Petersburg	19. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	23	157
8519	Therapia	5. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	23	157
8520	—	10. Dez.	Erster Sekretär v. Flotow an Vortragenden Rat v. Jagow	25	157
8521	London	18. Dez.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	26	157
		1907			
8522	Petersburg	11. Febr.	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	28	157
8523	„	26. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	29	157
8524	London	8. März	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	30	157
8525	„	19. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	31	157
8526	„	27. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	32	157
8527	„	20. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	32	157
8528	Petersburg	21. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	34	157
8529	London	30. Mai	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	34	157
8530	„	26. Juli	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	35	157
8531	Petersburg	10. Aug.	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	35	157
8532	„	18. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	36	157
8533	London	22. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	37	157

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 25, 1	
8551	Kl.-Flottbek	17. Okt.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	74	161
8552	Peking	31. „	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Fürst Bülow	75	161
8553	Washington	8. Nov.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	78	161
8554	Berlin	22. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	79	161
8555	Washington	5. Dez.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	80	162
8556	Peking	7. „	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Fürst Bülow	81	162
8557	—	30. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	87	162
		1908			
8558	Berlin	3. Jan.	Reichskanzler Fürst Bülow an Gesandten Graf Rex	89	162
8559	„	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	90	162
8560	„	20. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	92	162
8561	„	21. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	92	162
8562	Washington	7. April	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	94	163
8563	Peking	1. Juni	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Fürst Bülow	94	163
8564	„	(5.) Aug.	Gesandter Graf Rex an Auswärtiges Amt .	96	163
8565	„	15. Dez.	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Fürst Bülow	97	163
			185. Kapitel **Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Abkommen über Persien** **Deutschlands Verzichtpolitik in Persien 1905—1908**		
		1905			
8566	Berlin	14. Okt.	Aufzeichnung des Gesandten Rosen für den Staatssekretär Frhr. v. Richthofen . . .	103	163
8567	„	24. „	Aufzeichnung des Gesandten Rosen	103	163
		1906			
8568	Teheran	4. Juni	Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	104	163
8569	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen	107	163

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 25, 1	
8570	Teheran	28. Juni	Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen an Auswärtiges Amt	108	163
8571	Berlin	29. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen	108	163
8572	„	29. Juli	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	109	164
8573	Teheran	6. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	110	163
8574	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	116	164
8575	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtig s Amt	117	164
8576	Berlin	11. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. Richthofen	118	164
8577	„	13. „	Stellvertretender Staatssekretär Graf Pourtalès an Geschäftsträger v. Miquel	119	164
8578	„	21. „	Stellvertretender Staatssekretär Graf Pourtalès an Botschafter Graf v. Metternich	119	164
8579	Teheran	6. Dez.	Gesandter Stemrich an Reichskanzler Fürst Bülow	121	164
		1907			
8580	Petersburg	20. Febr.	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	122	164
	—	—	Anlage	123	164, 284
8581	Berlin	26. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	124	165
8582	Pera	17. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	125	165
8583	London	3. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	129	165
8584	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter v. Schoen	130	165
8585	„	22. Mai	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Stemrich	132	165, 284
8586	Teheran	6. Juni	Gesandter Stemrich an Auswärtiges Amt	134	165
8587	Berlin	19. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter v. Schoen	135	165
8588	Petersburg	3. Juli	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	137	165
	—	—	Anlage	140	165, 285
8589	Berlin	12. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter v. Schoen	140	165
8590	Petersburg	25. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	143	165

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 25, 1	
8610	Therapia	16. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	183	166
8611	„	14. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	183	166
8612	„	21. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	185	166
8613	Berlin	23. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	186	166
8614	Therapia	22. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	186	166
8615	Neuershausen	28. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	188	
8616	Berlin	1. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	188	166
8617	Therapia	9. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	189	166
8618	„	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	191	166
8619	„	16. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	192	166
8620	Berlin	3. Okt.	Staatssekretär Frhr v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	194	167
8621	Therapia	4. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	195	167
8622	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	196	167
8623	Baden-Baden	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	197	167
8624	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	197	167
8625	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	198	167
8626	„	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	198	167
		1906			
8627	„	19. Mai	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	200	167
8628	London	23. „	Geschäftsträger v. Stumm an Auswärtiges Amt	202	167
8629	Berlin	24. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger v. Stumm	203	167
8630	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	203	167
8631	Berlin	31. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst Radolin	204	167

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 25, 1	
8632	London	29. Mai	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	205	167
8633	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Bülow	207	167
8634	London	8. Juni	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	211	167
8635	Petersburg	16. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	212	167
8636	Therapia	25. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	214	167
8637	London	26. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	215	167
8638	„	27. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	216	167
8639	Therapia	4. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	217	167
8640	Berlin	4. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	218	167
8641	Therapia	6. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Reichskanzler Fürst Bülow	218	167
8642	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Präsident Gwinner	221	167
8643	„	15. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	222	167
8644	Therapia	17. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	223	167
8645	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman	224	167
8646	Therapia	27. „	Geschäftsträger Frhr. v. u. zu Bodman an Auswärtiges Amt	225	167
8647	London	19. Sept.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	225	167
8648	Berlin	10. Okt.	Präsident Gwinner an Staatssekretär v. Tschirschky	227	167
8649	„	27. „	Aufzeichnung des Stellv. Staatssekretärs v. Mühlberg	231	167
8650	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	234	167
8651	Berlin	31. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Frhr. v. Marschall	235	167
8652	Therapia	2. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	236	167
8653	Pera	21. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	238	167

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 25, 1	
8654	London	31. Jan.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	238	167
8655	Berlin	9. Febr.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	241	167
8656	London	13. März	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	244	167
8657	„	9. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	246	167
8658	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Frhr. v. Marschall	247	167
8659	„	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger v. Stumm	248	167
8660	„	6. Mai	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	249	167
8661	„	13. Juni	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Fürst Radolin	251	167
8662	Therapia	3. Juli	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow	253	167
8663	„	29. „	Stellvertretender Botschafter Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow	254	167
8664	London	30. Aug.	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	256	167
8665	Berlin	9. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	258	167
8666	London	14. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	260	168
8667	Berlin	14. Nov.	Reichskanzler Fürst Bülow an Staatssekretär v. Schoen	261	168
8668	—	—	Note of a private conversation between Sir E. Grey and Mr. Haldane on 14 Nov. 1907	263	168, 286
8669	Windsor Castle	16. „	Staatssekretär v. Schoen an Auswärtiges Amt	263	168
8670	Highcliffe	19. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	264	168
8671	Berlin	23. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	270	168
8672	London	21. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	271	168
8673	„	26. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	271	168
8674	Berlin	7. Dez.	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	273	168
		1908			
8675	Konstantinopel	22. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	276	168

25. Band

Die Englisch-Russische Entente und der Osten

Zweite Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 25, 2	
8692	Pera	31. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	298	172
8693	„	31. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	298	172
8694	Wien	31. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	299	172
8695	Pera	1. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	299	172
8696	Wien	3. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	300	172
8697	Pera	3. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	301	172
8698	Petersburg	2. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	302	172
8699	London	7. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	304	172
8700	Wien	10. „	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	308	172
8701	Rom	9. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	309	172
8702	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter v. Tschirschky	310	172
8703	Wien	12. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	311	172
8704	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	312	172
8705	Petersburg	14. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Auswärtiges Amt	312	172
8706	London	12. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	313	172
8707	Wien	15. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	314	172
8708	Paris	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	316	172
8709	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	317	173
8710	Petersburg	13. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	318	173
8711	„	15. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	319	173
8712	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	320	173
8713	Petersburg	18. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Auswärtiges Amt	321	173

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 25, 2	
8736	Pera	5. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	350	174
8737	Berlin	6. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Frhr. v. Marschall	351	174
8738	Petersburg	7. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	351	175
8739	„	16. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	353	175
8740	„	16. „	Militärbevollmächtigter General v. Jacobi an Kaiser Wilhelm II.	356	175
8741	Wien	17. „	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	358	174
8742	Bukarest	4. April	Gesandter v. Kiderlen an Reichskanzler Fürst Bülow	358	174
8743	Petersburg	14. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	360	175
8744	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	363	175
8745	Petersburg	19. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	363	175
8746	Korfu	25. „	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	365	175
8747	„	25. „	Rat Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	366	175
8748	Wien	26. „	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	367	175
8749	„	30. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	369	175
8750	„	5. Mai	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	370	175
8751	„	9. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	371	175
8752	Berlin	11. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Tschirschky	372	175
8753	Wien	18. „	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	372	175
8754	„	23. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	374	175
8755	Travemünde	6. Juli	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	374	175
8756	Norderney	15. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	376	175
8757	Petersburg	21. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	377	175

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 25, 2	
			189. Kapitel		
			Die Entrevue in Reval		
		1908	**Legenden und Intrigen**		
8798	London	20. Mai	Geschäftsträger v. Stumm an Auswärtiges Amt	441	178
8799	Petersburg	26. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Auswärtiges Amt	441	178
8800	Belgrad	28. „	Botschafter Prinz v. Ratibor an Reichskanzler Fürst Bülow	442	178
8801	Wien	2. Juni	Botschafter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	442	178
8802	Petersburg	5. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	444	178
8803	„	9. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	448	179
8804	Paris	10. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	450	179
8805	Neues Palais	11. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	450	179, 290
8806	„	12. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	451	179, 291
8807	Petersburg	12. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	451	179
8808	„	12. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	454	179
8809	London	13. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	457	180
8810	Petersburg	14. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	458	180
8811	London	15. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	462	180
8812	„	15. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	463	180
8813	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Metternich	463	180
8814	„	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	464	180
8815	„	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	466	180
8816	„	18. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	467	180
8817	London	20. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	468	180
8818	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	469	180

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1908		Bd. 25, 2	
8839	Petersburg	23. Juni	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	512	183
8840	Wien	24. „	Botschafter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	515	183
8841	Berlin	25. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter v. Tschirschky	517	183
8842	„	26. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	518	183
8843	Paris	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	519	183
8844	Petersburg	27. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	520	183
8845	London	27. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	521	183
8846	Berlin	1. Juli	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Pourtalès	521	183
8847	Petersburg	2. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	522	183
8848	Berlin	3. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf Monts	524	183
8849	„	7. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Schoen	525	183
8850	Petersburg	5. „	Militärbevollmächtigter General v. Jacobi an Kaiser Wilhelm II.	525	183
8851	„	9. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	528	184
8852	„	9. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	531	184
8853	Berlin	10. „	Staatssekretär v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow nebst Anlage	532	184, 291
8854	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter v. Tschirschky	534	184
8855	„	14. „	Staatssekretär v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	535	184
8856	„	14. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	536	184
8857	Petersburg	16. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	537	184
8858	„	16. „	Botschafter Graf v. Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	538	184
8859	Norderney	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Pourtalès	540	185
8860	Berlin	19. „	Staatssekretär v. Schoen an Botschafter Graf v. Metternich	541	185
8861	London	20. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	542	185

191. Kapitel

Die Jungtürkische Revolution und die Mächte 1908



